

# Bohemia

Zeitschrift für Geschichte und Kultur  
der böhmischen Länder  
A Journal of History and Civilisation  
in East Central Europe

Herausgegeben  
im Auftrag des Collegium Carolinum  
von Ferdinand Seibt und Hans Lemberg

in Verbindung mit Manfred Alexander, Peter Burian,  
John M. Clifton-Everest, Winfried Eberhard, Horst Förster,  
Jörg K. Hoensch, Rudolf Jaworski, Walter Schamschula,  
Georg R. Schroubek, Helmut Slapnicka, Stanley B. Winters

---

Band 38

Heft 1

1997

---

## INHALT

### AUFSÄTZE

- Liermann, Christiane: Das Risorgimento der Anderen: Italienische Stimmen zum Emanzipationsprozeß in Mittel- und Südosteuropa . . . . . 1
- Uhlíř, Duřan: Die mährische Landeshauptstadt um 1800 und die Brünnener Augustiner-Eremiten . . . . . 22
- Maurer-Horn, Susanne: Die Landesregierung für Deutschböhmen und das Selbstbestimmungsrecht 1918/1919 . . . . . 37
- Alexander, Manfred: Deutschland, Italien und die Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit . . . . . 56

## II

Löwenstein, Shimon: Zur Aktualität der Philosophie Emanuel Rádl's: Versuch einer Bilanz . . . . .	66
Franzen, K. Erik: Verpaßte Chancen? Die Verträge zwischen Bonn und Prag im Urteil der Sudetendeutschen . . . . .	85

### MARGINALIEN

Osterrieder, Markus: Das Großmährische Reich: Zwei neue Studien . . . . .	112
Storck, Christopher P.: „Sein Autor muß tschechoslowakischer Nationalität sein“: Die tschechische Akademie als Förderer und Kontrolleur der nationalen Kunstentwicklung 1891 bis 1914 . . . . .	120
Schallner, Dieter: Die tschechische Geschichte in deutschen historischen Fachzeitschriften: Eine quantitative Analyse . . . . .	129
Kipke, Rüdiger: Zum Verlauf der „Samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei . . . . .	141

### CHRONIK

Tätigkeitsbericht des Collegium Carolinum 1997 (Robert Luft) . . . . .	153
Bauen für die Nation: Strategien in der Selbstdarstellung junger/kleiner Völker in der urbanen Architektur zwischen nationaler Identität und sozialer Ambition (Michaela Marek) . . . . .	181
Bilanz der Forschung zu den tschechisch-deutschen Beziehungen und der Deutschlandstudien in der ČR (Matthias Roeser) . . . . .	188
Soziale Strukturen in Böhmen in der Frühneuzeit (Robert Luft) . . . . .	193
Ursprünge, Kontexte und Entwicklungsmuster des tschechischen Kapitalismus (Christoph Boyer) . . . . .	194
Historická Olomouc XI. (Stanley B. Winters) . . . . .	199
Gala Receptions for Book of Seton-Watson Documents (Stanley B. Winters) . . . . .	201
František Šmahel honored by the American Historical Association (Stanley B. Winters) . . . . .	203

### NEUE LITERATUR

Nová encyklopedie českého výtvarného umění. Hrsg. v. Anděla Horová (Michaela Marek) . . . . .	205
Brandes, Detlef u.a.: Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa (Ferdinand Seibt) . . . . .	208
Lutovský, Michal/Profantová, Nad'a: Sámova Říše (Peter Hilsch) . . . . .	209
Schmidtberger, Helga Susanne: Die Verehrung der heiligen Elisabeth in Böhmen und Mähren (Ferdinand Seibt) . . . . .	211
Bláhová, Marie (Hrsg.): Staročeská kronika tak řečeného Dalimila (Peter Hilsch) . . . . .	212
Wörster, Peter: Humanismus in Olmütz (Joachim Bahlcke) . . . . .	213
Böhmen im 19. Jahrhundert. Von Klassizismus zur Moderne. Hrsg. v. Ferdinand Seibt (Christopher P. Storck) . . . . .	214
Morava, Georg J.: Sehnsucht in meiner Seele. Božena Němcová, Dichterin. Ein Frauenschicksal in Alt-Österreich (Peter Drews) . . . . .	220

Burger, Hannelore: Sprachenrecht und Sprachgerechtigkeit im österreichischen Unterrichts- wesen 1867–1918 (Robert Luft) . . . . .	221
Kudělka, Milan/Šimeček, Zdeněk/Věčerka, Radoslav: Česká slavistika v prvním období svého vývoje do počátku 60-ých let 19. století (Antonín Měšťan) . . . . .	223
Rösel, Hubert: Die deutsche Slawistik und ihre Geschichte an der Universität Prag (Jan Novotný) . . . . .	225
Zeil, Wilhelm: Slawistik in Deutschland (Wolfgang Gesemann) . . . . .	227
Židé a Morava. Sborník z konference v Kroměříži (Helmut Teufel) . . . . .	230
Svátek, František: Politické elity; K dějinám sociálních elit první ČSR (Bedrich Loewenstein) . . . . .	230
Votýpka, Vladimír: Příběhy české šlechty (Johanna v. Herzogenberg) . . . . .	232
Lücken in der Geschichte 1890–1938. Polemischer Geist Mitteleuropas. Deutsche, Juden, Tschechen (Michaela Marek) . . . . .	234
SUMMARIES . . . . .	239
RÉSUMÉS . . . . .	244
RESUMÉ . . . . .	249
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS . . . . .	254
MITARBEITER DES HEFTES . . . . .	256

## ERRATUM

Im Bericht „The 1995 National Convention of the American Association for the Advancement of Slavic Studies“ (BohZ 37/1, 1996, 213–215) sollte der erste Satz auf S. 214 lauten: „Igor Lukes (Boston U.) did not see Beneš's role in the Tukhachevsky Affair as that of Stalin's dupe, because Stalin himself had instigated it.“

## IV

BOHEMIA. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder erschien von Jahrgang 1 (1960) bis 20 (1979) als: BOHEMIA. Jahrbuch des Collegium Carolinum. Begründet und bis Jahrgang 25 (1984) herausgegeben von Karl Bosl.

Redaktion: Eva Hahn, Collegium Carolinum, Hochstraße 8/II, 81669 München.

Für Form und Inhalt der einzelnen Beiträge tragen die Verfasser die Verantwortung.

Rezensionsexemplare und Zuschriften sind an die Redaktion zu richten.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Übersetzung, Nachdruck – auch von Abbildungen –, Vervielfältigung auf photomechanischem oder ähnlichem Wege oder im Magnettonverfahren, Vortrag, Funk- und Fernsehsendung sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet. Werden von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen einzelne Vervielfältigungsstücke im Rahmen des § 54 UrhG hergestellt und dienen diese gewerblichen Zwecken, ist dafür eine Vergütung gem. den gleichlautenden Gesamtverträgen zwischen der Verwertungsgesellschaft Wissenschaft GmbH (ehemals Inkassostelle für urheberrechtliche Vervielfältigungsgebühren GmbH), 60311 Frankfurt/Main, Großer Hirschgraben 17–21 und dem Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., dem Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e. V., dem Bundesverband deutscher Banken e. V., dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und dem Verband der privaten Bausparkassen e. V., an die VG Wissenschaft zu entrichten. Die Vervielfältigungen sind mit einem Vermerk über die Quelle und den Vervielfältiger zu versehen. Erfolgt die Entrichtung der Gebühren durch Wertmarken der VG Wissenschaft, so ist für jedes vervielfältigte Blatt eine Marke im Wert von DM 0,40 zu verwenden.

Bezugsbedingungen: Pro Jahr erscheint ein Band in zwei Heften. Einzelheft DM 45,-, Jahresabonnement DM 76,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht.

Zahlungen erbitten wir an den Verlag R. Oldenbourg (Abt. Zeitschriften) München, auf unsere Konten beim Postscheckamt München Nr. 64950-809 oder bei der Bayerischen Vereinsbank München 2 Nr. 6405215.

Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der BOHEMIA sind in einer Adreßkartei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Verlag: R. OLDENBOURG VERLAG GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die Firma R. Oldenbourg GmbH & Co. KG unter der gleichen Anschrift. Sie wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin R. Oldenbourg Verwaltungs GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München, vertreten.

Außerdem sind nachstehende Kommanditisten beteiligt: Elisabeth Alber, Hausfrau, Rieden/Tirol; Hedwig Geupel, Hausfrau, Oberhaching; Baronin Silvia von Maydell, Hausfrau, München; Christian Kraft von Dellmensingen, Parsippany/USA; Gabriele von Bomhard, Kindergärtnerin, München; Christa von Bomhard, Sekretärin, München; Maria Freifrau von Meyern-Hohenberg, Hausfrau, München; Gräfin Inge Schönborn, Geschäftsführerin, München; Nelly Reichhold, Hausfrau, Iching; Dr. Roswitha Sieper, Oberstudiendirektorin, München; Dr. John C. Oldenbourg, Übersetzer, München; Andreas D. Oldenbourg, Rechtsreferendar, München; Thomas A. Oldenbourg, Dipl.-Kfm., München; Hanna Sychily, Hausfrau, Bad Reichenhall; Dr. Rolf-Dieter Schmid, Nürnberg; Axel Schmid, München; Wilhelm Schmid, Major a. D., Regensburg; Barbara Müller, Hannover; Emmy Oldenbourg, Private, München; Hans A. Fieser, Dipl.-Ing., Steinebach; Irmgard Fieser, Hausfrau, Steinebach; Hans Herbert Fieser, Dipl.-Kfm., Lindenfels; Heidi Fieser, Sekretärin, Salem; Reinhard Fieser, Heimleiter, Esslingen; Dr. Rudolf Oldenbourg, Verleger, München; Johannes Oldenbourg, Dipl.-Math., München; Christoph Oldenbourg, Restaurator, München; Louise Oldenbourg, Grafikerin, München; Walter Oldenbourg, Verleger, München; Eva Lange, Hausfrau, München; Dr. Helene Hahn, Ärztin, Bremen; Edith Müller, Hausfrau, Hamburg; Brigitte Reiner, Hausfrau, Haar; Heinz Reiner, Arzt, Haar; Eberhard Oldenbourg, Kaufmann, München; Eva May, Studienrätin, München; Paul Oldenbourg, Ingenieur, München; Wolfgang Oldenbourg, Kaufmann, München; Doris Kühnhackl, Lehrerin, München; Regine Oldenbourg, Geschäftsinhaberin, München; Albrecht Oldenbourg, Student, München; Gertrud Oldenbourg, Archivangestellte, Bremen; Paul Schröder sen., Den Haag; Anne Schröder, Den Haag; Thomas Schröder, Verlagskaufmann, Hamburg; Nicola Schröder, Den Haag; Paul Schröder jun., Den Haag; Brigitte Ferl, Hausfrau, München; Inge von Negelcin, Kindergärtnerin, München; Dr. Friedrich Rosenkranz, Physiker, München; Ilse Edelstein, Berlin; Dr. Karl von Cornides, Verleger, Wien; Dr. Thomas von Cornides, Verleger, München; Dr. Elisabeth Garms, Hausfrau, Rom; Hedwig Kloepfer, Private, Söchtenau; Cécilie von Cornides, Therapeutin, Rieden/Tirol; Dr. Rudolf von Cornides, Amtsarzt, Innsbruck; Margit von Cornides, Hausfrau, Bonn; Christoph von Cornides, Volkswirt, Bonn; Gabriele Hommes, Aachen; Bankhaus H. Aufhäuser, München.

Satz, Druck und Einband: Verlagsdruckerei Michael Lafleben, 93183 Kallmünz.

ISSN 0523-8587

DAS RISORGIMENTO DER ANDEREN:  
ITALIENISCHE STIMMEN ZUM EMANZIPATIONS-  
PROZESS IN MITTEL- UND SÜDOSTEUROPA

*Von Christiane Liermann*

Im Jahr 1844 veröffentlichte der piemontesische Gelehrte und Staatsmann Cesare Balbo (1789–1853) einen Traktat mit dem Titel „Von Italiens Hoffnungen“<sup>1</sup>, dem eine außergewöhnliche Fortüne beschieden war. Denn eingebettet in einen geschichtsphilosophischen Entwurf über den Fortschritt der Menschheit aus christlich erneuertem Geist wurde darin eine neue Politik der Italiener skizziert: Unabhängigkeit und Einheit, die beiden hohen Ziele der italienischen Nationalbewegung, seien nicht durch rein inneritalienische Verständigung zwischen den Staaten der Halbinsel zu erreichen; vielmehr müsse eine europäische Lösung der italienischen Frage gefunden werden. Der Schwerpunkt dieser Lösung bestand Balbo zufolge in einer großräumigen Verschiebung der Einfluß- und Herrschaftssphären in Südosteuropa, deren Ausgangspunkt der erwartete Zusammenbruch des Osmanischen Reiches darstellte. Durch ihn würde sich für Österreich die Möglichkeit einer Ausdehnung zum Balkan hin eröffnen, indem es „die europäischen Hinterlassenschaften des Osmanischen Reiches unmittelbar zu Provinzen oder mittelbar zu seinen Protektoraten macht“<sup>2</sup>. Angesichts der Notwendigkeit, einen solchen heterogenen Staatsverband mit hohem slawischen Bevölkerungsanteil zu vereinheitlichen, könnte sich Österreich zur Freigabe des italienischen Besitzes bereitfinden oder es könnte dazu gezwungen werden, zumal wenn die Italiener gleichzeitig die antihabsburgische Stimmung geschickt schürten. Es gälte also, den Österreichern klarzumachen, daß es sich nicht um die Alternative handle, Lombardo-Venetien zu behalten oder den Donauraum zu übernehmen, sondern um die Alternative, den Donauraum zu übernehmen oder ihn nicht zu übernehmen als Kompensation für den italienischen Besitz, der eines Tages sowieso verloren gehe<sup>3</sup>. Österreich müsse sich als supranationale Schutzmacht der unter seiner Herrschaft geeinten slawischen Völker im Donauraum und auf dem Balkan etablieren, um deren legitime Emanzipationsbestrebungen gegen einen russischer dominierten und instrumentalisierten, das christliche Abendland bedrohenden Panslawismus abzusichern: „Ich glaube nicht an jenen Zusammenschluß von Geheimbünden, den man gemeinhin Panslawismus nennt“, heißt es in den „Hoffnungen Italiens“, „sondern ich glaube an den Slawismus, an einen Fortschritt aller slawischen Völker ebenso wie den der anderen christlichen Völker; ja, um so mehr, als die Slawen im universalen Fortschrittsprozeß noch zurück sind und des Fortschritts so sehr bedürfen.“<sup>4</sup> Der Zusam-

<sup>1</sup> Balbo C.: *Le speranze d'Italia*. 3. Aufl. Florenz 1855.

<sup>2</sup> Ebenda, Kap. VIII, § 8.

<sup>3</sup> Ebenda, Kap. IX, § 14.

<sup>4</sup> Ebenda 452.

menschluß in Form einer Föderation unter österreichischer Herrschaft könne, Balbo zufolge, diesen Fortschritt ermöglichen, kombiniert mit dem erwünschten Effekt, daß sich Österreichs Interesse angesichts dieser Aufgabe von Italien abwenden müsse; damit war programmatisch eine Verbindung zwischen „*quistione italiana*“ und „*quistione orientale*“ hergestellt.

Das Stichwort von der „Balkanisierung“ Österreichs, das heißt Balbos Idee von einer Umorientierung der habsburgischen Politik und von der „Entschädigung“ Österreichs auf dem Donau-Balkan-Raum für die Abtretung Lombardo-Venetien an die zu schaffende italienische Föderation<sup>5</sup>, fiel zu einem Zeitpunkt, in dem die Vertreter der noch jungen, elitären nationalen Idee in Italien mühsam (und letztlich erfolglos) nach einer gemeinsamen politischen Linie suchten. Denn ebenso heterogen wie die Interessen der einzelnen Staaten der Halbinsel waren die Vorstellungen von der zukünftigen Gestalt, der Staatsform, den Grenzen des zu schaffenden Italien und nicht zuletzt über den Weg, auf welchem dieses zu erreichen sei<sup>6</sup>. Eines der Hauptprobleme, die Präsenz Österreichs in der Lombardei und in Venetien, wurde nicht selten völlig ausgeklammert<sup>7</sup>. Balbo entwarf nun von „moderater“, reformorientiert-liberaler Warte aus eine Politik, die, bei klarer Absage an den revolutionären Internationalismus à la Mazzini, die italienische Frage erstmals konkret in den gesamt-europäischen Kontext stellte. Im Rückblick erscheint sie keineswegs unplausibel, wengleich zum damaligen Zeitpunkt, angesichts der tatsächlichen Ohnmacht der Italiener, eine solche politische Wende herbeizuführen, zumindest kühn. Die italienische Geschichtsschreibung in der national-liberalen Tradition ist denn auch nicht müde geworden, Balbo Weitsicht und realpolitisches Gespür zu attestieren, waren es doch eben die von ihm beschriebenen Leitlinien, die dann von Camillo Cavour in die politische Tat umgesetzt wurden und 1859–1861 zur Einigung Italien führten<sup>8</sup>. Anders bewertete hingegen die Linke, angefangen von Mazzini selbst, dieses Programm. Während der Genueser Revolutionär an seinem Credo festhielt, die Heilige Allianz der Völker müsse gegen den gemeinsamen Feind Österreich aufstehen und den Bund absolutistischer Regierungen niederringen<sup>9</sup>, kritisierte später Antonio Gramsci in

<sup>5</sup> Vgl. dazu Giusti W.: *Cesare Balbo e i problemi del mondo slavo* [Cesare Balbo und die Probleme der slawischen Welt]. Triest 1957.

<sup>6</sup> Zu den politischen Programmen der ersten Phase des Risorgimento bis 1848 vgl. A. Scirocco: *L'Italia del Risorgimento* [Italien im Risorgimento]. Bologna 1990, 173 ff. – Della Peruta, F.: *Mazzini e la democrazia risorgimentale (1830–1861)* [Mazzini und die Risorgimento-Demokratie]. In: *Il movimento nazionale e il 1848 Storia della società italiana*. 15. Mailand 1986, 151 ff. – Berti, G.: *I moderati e il neoguelfismo* [Die Gemäßigten und der Neoguelfismus]. E b e n d a 227 ff.

<sup>7</sup> Dies gilt beispielsweise für eine der einflußreichsten politischen Schriften des frühen Risorgimento, Vincenzo Giobertis „*Del Primato morale e civile degli italiani*“ [Vom sittlichen und bürgerlichen Primat der Italiener] aus dem Jahr 1843.

<sup>8</sup> In diesem Sinne z. B. Tamborra, A.: *Cavour e i Balcani* [Cavour und der Balkan]. Turin 1958, 13 ff. – Allerdings spricht auch Tamborra von dem „Mythos“ einer Umorientierung Österreichs, der aber immerhin dazu beigetragen habe, dem politischen Kampf der Italiener einen umfassenderen Sinn, einen weiteren Horizont zu verleihen. E b e n d a , 18.

<sup>9</sup> Vgl. Pierazzi, G.: *Mazzini e gli Slavi dell' Austria e della Turchia* [Mazzini und die Slawen in Österreich und in der Türkei (Estratto dagli Atti del XLVI congresso di storia del Risorgimento italiano, Genua, 24.–28. September 1972)]. Città di Castello 1974, 23 f.

seinen berühmten 1934/5 in der Haft niedergeschriebenen Betrachtungen zur italienischen Unabhängigkeits- und Einigungsbewegung („Risorgimento“) den ‚utopischen‘ Charakter der gemäßigt-liberalen Vorstellungen eines Cesare Balbo von den internationalen Mächtekonstellationen und ihrem möglichen Nutzen für die italienische Einigungsbewegung:

In einer ganzen Reihe von Schriften – aus dem Umkreis der „Gemäßigten“ [moderati] – wird jenen literarischen Erzeugnissen aus der Zeit des Risorgimento eine geradezu transzendente Bedeutung zugesprochen, in denen die „Orientfrage“ [quistione orientale] mit Blick auf die italienischen Probleme entfaltet wird: Entwürfe einer *Umorientierung und Balkanisierung Österreichs* als Entschädigung für Lombardo-Venetien, das friedlich zum Nutzen der nationalen italienischen Wiedergeburt abgetreten würde, und so weiter. Mir scheint nicht, daß solche Entwürfe von großer politischer Tüchtigkeit zeugten, wie behauptet wird. Mir scheint eher, daß sie für politische Passivität und Mutlosigkeit angesichts der Schwierigkeiten des nationalen Vorhabens stehen, für eine Mutlosigkeit, die verschleiert wird mit ebenso großartigen wie abstrakten und unscharfen Entwürfen, insofern es ja nicht von den italienischen Kräften abhing, diese in die Tat umzusetzen<sup>10</sup>.

Denn de facto, so Gramsci, spielte Italien im europäischen Mächtekonkordat keine Rolle. Das Land war nach innen zersplittert und fand daher auch keine Unterstützung von außen. Nur ein starker italienischer Staat, der Österreich in seiner antifranzösischen Funktion im Mittelmeer hätte ersetzen können, wäre im Stande gewesen, England zu bewegen, wohlwollend auf Italien zu blicken, was dann ja auch nach der Annexion Mittelitaliens und Garibaldi's „Zug der Tausend“ gegen die Bourbonen geschah. Vor diesen „echten Tatsachen“, so Gramsci, hätte nur eine große, entscheidungsfreudige, wagemutige und sich ihrer Aktionen sichere, weil in den Volksmassen verwurzelte Partei vielleicht dasselbe Ergebnis erzielen können. Davor aber schreckten die Gemäßigten zurück. Mithin war keine der beiden erfolgversprechenden Bedingungen Ende der vierziger Jahre erfüllt.

Immerhin konzedierte Gramsci, Balbos „Hoffnungen Italiens“ hätten dazu beigetragen, die „quistione orientale“ in Italien bekannt zu machen und die Aufmerksamkeit auf deren Bedeutung zu lenken, und hätten damit „möglicherweise“ Cavours Politik anlässlich des Krimkrieges erleichtert<sup>11</sup>.

Läßt man die Frage, inwieweit Balbo ein zum Zeitpunkt der Niederschrift tatsächlich realisierbares oder ein „nur“ zukunftsweisendes Programm vorlegte, einmal bei Seite, so erscheint doch dieser zuletzt genannte Aspekt wesentlich: In Balbos „Hoffnungen Italiens“ wurde der Gedanke formuliert und salonfähig gemacht, daß der italienische Emanzipationsprozeß nicht isoliert, sondern als Teil eines gesamteuropäischen Fortschrittsprozesses zu betrachten sei, in welchem dem reformierten und politisch umorientierten Habsburgerreich eine entscheidende stabilisierende Funktion in Mittel- und Südosteuropa zufiele, von der das italienische Risorgimento profitieren werde<sup>12</sup>.

<sup>10</sup> Gramsci, A.: *Risorgimento italiano. Quaderni del Carcere* [Das italienische Risorgimento. Kerkeraufzeichnungen]. Quaderno 19, eingeleitet von C. Vivanti. Turin 1977, 92f.

<sup>11</sup> Ebenda 94.

<sup>12</sup> Angesichts des Vorteils, den die „Balkanisierung“ Österreichs Italien verschafft hätte, blieb der Vorwurf nicht aus, die Italiener wollten auf Kosten der slawischen Völker Habsburg von Italien weglenken; vgl. dazu Pierazzi: Mazzini 23.

Nationaler Vorteil und gesamteuropäische Reform schienen auf diese Weise versöhnbar.

In dem Bemühen, Italiens politische Führungsschicht mit dieser Einsicht vertraut zu machen, stand Balbo nicht allein. Zu den Intellektuellen jener Zeit, deren Kosmopolitismus ein wesentlicher Bestandteil ihres Patriotismus war, gehörte auch der aus Dalmatien stammende Niccolò Tommaseo (1802–1874), der durch seine Herkunft und seine politische Aufgeschlossenheit wie kein zweiter Protagonist des italienischen Risorgimento mit der Situation in Südosteuropa vertraut war.

Ich gebe zu, daß ich für Dalmatien, wo ich geboren wurde, und für die slawischen Völker, von denen ich doch auch abstamme, erst ziemlich spät Zuneigung entwickelt habe. In meiner Jugend gab es im dalmatischen Küstengebiet keinen slawischen Geist [spirito slavo], meine Erziehung war vollständig italienisch, sei es hinsichtlich der Sprache, sei hinsichtlich der Traditionen oder der Bildung. Danach habe ich immer woanders gelebt, und wäre ich in der Heimat [patria] geblieben, hätte ich ihr wohl keinen Dienst erweisen können. Ich pflegte herzliche Freundschaften in Dalmatien und schrieb hin und wieder über das, was sich im Lande tat, aber, wie gesagt, ohne echte Liebe, und ich schämte mich in meiner Jugend, mich als Dalmate zu bezeichnen, und weil ich väterlicherseits eine italienische Großmutter hatte, erklärte ich mich zum Italiener<sup>13</sup>.

Dieses Eingeständnis des berühmten, auch im Ausland hoch geachteten Schriftstellers ist ein eindrucksvolles Zeugnis für den sozialen und kulturellen Abstand zwischen den in Dalmatien ansässigen Volksgruppen und zugleich ein Beispiel für die mühevollere Identitätsuche zwischen den Ethnien. Tommaseo stammte aus Šibenik (ital. Sebenico) im Königreich Dalmatien, das seit seiner Gründung auf dem Wiener Kongreß zum Habsburgerreich gehörte, und wuchs in einem italienisch geprägten, bürgerlichen Milieu auf. Wohl erlernte er in der Kindheit die kroatische (illyrische) Sprache, aber sie galt als Sprache des einfachen Volkes und der Bauern<sup>14</sup>. Das Land seiner Herkunft schien dem jungen Literaten, der seinen Lebensunterhalt schon bald als unabhängiger Publizist bestritt, im Vergleich zu Venetien, wo er studierte, „armselig“, „barbarisch“, die Einwohner „rückständig“, und dorthin zurückzukehren zu müssen, empfand er als „Verbannung“<sup>15</sup>. Als er später gebeten wurde, sich zu der Frage zu äußern, ob Zadar (ital. Zara) und Dubrovnik (ital. Ragusa) *italienische* Städte seien, antwortete er in einer Weise, die nicht nur seinen entschiedenen Willen zur Zugehörigkeit zu Italien verrät, sondern ebenso die heikle Frage aufwirft, was denn überhaupt nationale Zugehörigkeit verbürgt:

<sup>13</sup> Pecoraro, M.: Il testamento letterario di Niccolò Tommaseo [Das literarische Testament Niccolò Tommaseos]. Giornale storico della letteratura italiana 131 (1954) fasc. 393, 49. Zu Tommaseo vgl. die meisterhafte Studie von Jože Pirjavec: Niccolò Tommaseo tra Italia e Slavia [Niccolò Tommaseo zwischen Italia und Slavia]. Venedig 1977, an der sich der folgende Teil orientiert.

<sup>14</sup> So notierte er später, daß er sich sehr gewundert habe, als er bei seiner ersten Reise nach Padua die Bauern *italienisch* sprechen hörte; N. Tommaseo: Memorie poetiche [Poetische Erinnerungen]. Hrsg. v. M. Pecoraro. Bari 1964, 19.

<sup>15</sup> In den Briefen an seinen Freund Antonio Marinović kommt dieses Leiden an der Heimat zum Ausdruck: Fondo tommaseiano der Nationalbibliothek von Florenz, 100, 27, Tommaseo an A. Marinovic, 16. März 1823, 25. April 1823, 5. September 1823, 5. Mai 1825; vgl. R. Ciampini: Vita di Niccolò Tommaseo [Das Leben des Niccolò Tommaseo]. Florenz 1945, 100–107 und Pirjavec: Niccolò Tommaseo 20f.

Ich bin Italiener, weil ich von venezianischen Untertanen abstamme, weil meine erste Sprache Italienisch war, weil der Vater meiner Großmutter aus den bergamaskischen Tälern nach Dalmatien kam. Dalmatien ist virtuell [„virtualmente“] italienischer als Bergamo, und ich bin eigentlich italienischer als Italien. Rome n'est plus dans Rome. Dalmatien, ich sage es noch einmal, ist ein mindestens ebenso italienisches Land wie Tirol, auf jeden Fall mehr als Triest und mehr als Turin. Die Sprache meiner Kindheit ist bescheiden, hat aber keine Franzosismen. Und sie ist weniger widerspenstig als die meisten anderen italienischen Dialekte. Aber das alles beweist nichts. Dante sagte, der Quarnero [i. e. das Land- und Meergebiet südl. von Fiume/Rijeka] sei Italiens Grenze. [...] Dante verbannt mich, der Unselige. Gott möge ihm vergeben: Er wußte nicht, was er tat<sup>16</sup>.

Und doch blieb er sich trotz aller Versuche seiner Jugendzeit, sich vollständig zu *italianisieren*, eines problematischen Außenseiterstatus bewußt<sup>17</sup>, der ihn sensibel machte für die Besonderheiten der beiden Kulturen, denen er entstammte, und für ihren wachsenden Selbstbehauptungswillen. Diese Sensibilität wurde im Laufe der Jahre gestärkt durch das allgemein unter Europas Intellektuellen verbreitete Interesse an den slawischen Völkern, welches durch die Arbeiten Herders und Schlözers geweckt worden war<sup>18</sup>. In Tommaseos Beschreibung der Slawen finden sich denn auch später zahlreiche Motive, wie sie typisch waren für die romantische Entdeckung und Verklärung des archaischen slawischen Volkscharakters: Ursprünglichkeit, Unschuld und Schlichtheit zeichnen danach die Slawen gegenüber dem überzivilisierten Okzident aus und prädestinieren sie zu Wegbereitern einer heilsnotwendigen Erneuerung und Wiedergeburt aus dem Geist unverdorberner Natürlichkeit<sup>19</sup>. Kritisch und besorgt betrachtete er dagegen die Expansionsbestrebungen des zaristischen Rußland, gleichzeitig fasziniert von den Russen als Volk und abgestoßen von ihrer politischen Führung. Mit entsprechender Begeisterung äußerte sich Tommaseo daher zum polnischen Aufstand von 1830, wobei aus seinen Stellungnahmen ersichtlich wird, daß er sich nicht so sehr dem nationalen Befreiungskampf als solchem, sondern der ausdrücklichen Verteidigung von Freiheit und katholischem Bekenntnis verbunden fühlte<sup>20</sup>. Die Überzeugung, die er in diesem Zusammenhang und auch später in seinen moralisch-politischen Schriften vertrat, daß beide, Freiheit und christlicher Glaube, wesens-

<sup>16</sup> Il primo esilio di Niccolò Tommaseo (1834–1839) [Niccolò Tommaseos erstes Exil]. Lettere di lui a Cesare Cantù. Hrsg. v. E. Verga. Mailand 1904, 134.

<sup>17</sup> Bezeichnend dafür ist die Tatsache, daß er die Buchstaben KXY als Sigle seiner Artikel für die hochangesehene Florentiner Zeitschrift *Antologia* von Gian Pietro Vieusseux wählte mit der Begründung: „Diese drei Buchstaben, die es im italienischen Alphabet nicht gibt, bedeuten, falls Sie es nicht wissen, daß der Autor des Artikels nicht als Italiener geboren wurde“, in: Carteggio inedito N. Tommaseo–G. P. Vieusseux (1825–1834). Hrsg. v. R. Ciampini und P. Ciureanu, Rom 1956, 26. – Ciampini: Vita di Niccolò Tommaseo 147. – Pirjavec: Niccolò Tommaseo 22.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Cronia, A.: La conoscenza del mondo slavo e l'Italia [Die Kenntnis von der slawischen Welt und Italien]. Padua 1958.

<sup>19</sup> Tommaseo, N.: Scritti editi ed inediti sulla Dalmazia e sui popoli slavi [Edierte und inedierte Schriften über Dalmatien und über die slawischen Völker]. Hrsg. v. R. Ciampini. Bd. 1. Florenz 1943, 28 ff. – Carteggio inedito N. Tommaseo–G. Capponi. Hrsg. v. I. Del Lungo und P. Prunas. Bde. 1–4. Bologna 1911–1932, hier II, 338. – Anelli: Oriente e Occidente, Romanità e Slavia – Motivi Tommaseiani, in: La rivista dalmatica 27 (1956), fasc. III, 45 f.

<sup>20</sup> Tommaseo: Memorie poetiche 53. – Ders.: Dell'Italia. Hrsg. v. G. Balsamo-Crivelli. Turin 1920, Bd. II, 42 f.

haft zusammengehören, daß jene ohne diesen nur äußerlich sei, während dieser ohne jene sein eigentliches Wesen verleugne, machte ihn zu einem der bedeutendsten Vertreter des liberalen Katholizismus in Italien. Beweggrund der so sehr ersehnten, *wirklichen*, individuell-moralischen, sozialen und nationalen Erneuerung, so lautete sein Credo, müsse und könne nur ein mit dem Freiheitsideal versöhnter, buchstäblich reformierter Katholizismus sein<sup>21</sup>. Für diese Überzeugung fand er in Adam Mickiewicz's „Buch der polnischen Pilger“ wichtige Anregung und Bestärkung: So wie der litauisch-polnische Dichter im gläubig beschrittenen Leidensweg seines Volkes die Voraussetzung für dessen verheißene Wiedergeburt erkannte, so erklärte der dalmatische Autor die religiös-sittliche Heilung zur Bedingung der nationalen politischen Regeneration Italiens<sup>22</sup>. Auch ein Giuseppe Mazzini blieb nicht unbeeindruckt von Mickiewicz's heilsgeschichtlicher Deutung der Unterdrückung, die den von der Vorsehung gewollten Triumph der unterworfenen Nationen versprach und damit den Italienern wie eine Prophezeiung der eigenen Zukunft klingen mußte<sup>23</sup>. Das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals der Unterdrückten förderte die Idee von einer gleichsam natürlichen Zusammengehörigkeit und Brüderlichkeit zwischen den unter Fremdherrschaft lebenden Völkern, für die Mazzini ebenso wie Tommaseo eintrat<sup>24</sup>. Beide stimmten darin überein, daß diese Schicksalsgemeinschaft auch eine Widerstandsgemeinschaft der von Wien beherrschten und nach Emanzipation strebenden Völker nahelegte. Die Mittel, die Mazzini dafür vorsah, widersprachen allerdings Tommaseo's Auffassung vollständig<sup>25</sup>. Während der Revolutionär aus Genua Geheimbünde, politische Agitation und Aufstände für die geeigneten Instrumente hielt, vertraute Tommaseo allein auf die Wirksamkeit von Reform und Erziehung, die nach seiner Überzeugung zuallererst bei der inneren, geistig-sittlichen Verfassung der Individuen wie der Völker einsetzen mußten. Denn politische Fragen, heißt es in seinem fünfbandigen Essay *Dell' Italia*, dessen erstes Kapitel in Wlalystaw Platers Pariser Exilzeitschrift *Le Polonais* 1835 veröffentlicht wurde, sind letztlich moralische, philosophische, religiöse Fragen, und nur wenn die Menschen zum rechten Gebrauch der Freiheit, zur Pflicht, zum Guten erzogen sein werden, wird sich die Verkehrtheit

<sup>21</sup> Vgl. zu Tommaseo's Bedeutung im italienischen liberalen Katholizismus Gentile, G.: Gino Capponi e la cultura toscana nel secolo XIX [Gino Capponi und die toskanische Kultur im 19. Jahrhundert]. 3. Aufl. Florenz 1973, bes. Kapitel 5. – R. Ciampini: Il Tommaseo e i cattolici liberali [Tommaseo und die liberalen Katholiken]. Auszug aus *Civiltà moderna* 10/1 (1938). – F. Pitocco: Utopia e riforma religiosa nel Risorgimento [Utopie und religiöse Reform im Risorgimento]. Bari 1972, bes. Kapitel 3 und 4. – E. Passerin d'Entrèves: Ideologie del Risorgimento, Storia della letteratura italiana [Ideologien des Risorgimento. Geschichte der italienischen Literatur]. Bd. 7: L'Ottocento. Mailand 1969, 317–324. – F. Traniello: Le origini del cattolicesimo liberale [Die Herkunft des liberalen Katholizismus], wiederabgedruckt in *Ders.*: Da Gioberti a Moro. Percorsi di una cultura politica. Mailand 1990, 11 ff.

<sup>22</sup> Tommaseo: *Dell' Italia* I, 187 f.

<sup>23</sup> Vgl. Pirjevec: Niccolò Tommaseo 34.

<sup>24</sup> Vgl. Tommaseo: *Dell' Italia* I, 3–12.

<sup>25</sup> Vgl. zu Tommaseo's Kritik an Mazzini G. Pierazzi: Il pensiero e l'azione di Mazzini e Tommaseo nei confronti dei popoli balcanici (1830–1874) [Lehre und Aktion hinsichtlich der Völker des Balkan bei Mazzini und bei Tommaseo]. *Revue des études sud-est européennes* 19/2 (1976) 284.

der jetzigen Situation heilen lassen<sup>26</sup>. Im Gegensatz zu Mazzini, der sich von den Aktionen der *Giovine Europa* unter der Führung der Italiener jene allgemeine Revolution erhoffte, aus der die Neuordnung Europas hervorgehen sollte, vertrat Tommaseo eine typisch „moderate“ Auffassung, nach welcher die Befreiung der Völker ein evolutionärer Prozeß ist, der nicht durch Revolution erzwungen werden kann. Anders als Mazzini sprach er nicht von einer herausgehobenen Führungsrolle der Italiener in diesem Prozeß: Italien sei nur, schrieb er in seinen Betrachtungen *Über die Erziehung*, „ein Zweig in der großen europäischen Pflanze“, „eine Speiche in diesem Rad, das den Menschheitswagen [„carro dell' umanità“] durch Sumpf und Leichen zum zwar umkämpften, aber doch sicheren Triumph bringt.“ Um dorthin zu gelangen, seien nicht Utopien und große Worte von der Brüderlichkeit der europäischen Nationen hilfreich, wo diese einander doch kaum kannten. Vielmehr müsse systematisch auf deren Versöhnung und Verbrüderung hingearbeitet werden<sup>27</sup>.

Ein hervorragender Platz in diesem Prozeß schien der Annäherung und Verständigung der Kulturen zuzukommen. Europas Intellektuelle entdeckten in den volkstümlichen Traditionen den ursprünglichsten und reinsten Ausdruck des Volksgeistes, und Tommaseo, von seiner Herkunft her dafür geradezu prädestiniert und von der „illyrischen Bewegung“ (Illyrismus) angesteckt<sup>28</sup>, beteiligte sich – auf den Spuren seines großen Vorbildes Giambattista Vico – als Publizist und Dichter intensiv an der Wiederherstellung, Bewahrung und Verbreitung der slawischen Kultur<sup>29</sup>, wohl wissend allerdings, daß mit der kulturellen Wiederbelebung nationale Ambitionen gestärkt und mithin auch Konflikte zwischen den Ethnien seiner Heimat genährt werden konnten<sup>30</sup>. Von diesem Wissen zeugen nicht zuletzt seine berühmten Prosagedichte in kroatischer Sprache, die unter dem Namen *Iskrice* (Funken) erschienen. Dort heißt es: „Welches Schicksal steht uns bevor? Welcher Stamm [sanguè] wird Oberhand gewinnen? Der italienische oder der illyrische? Oder wirst Du, mein Dalmatien, in ferner Zeit andere Völker [razze] in Deinem Schoß bergen?“ Die Hoffnung, gerade Dalmatien sei berufen, Heimstatt der Versöhnung der slawischen Völker zu sein, läßt den Dichter antworten: „Du bist bescheiden unter den slawischen Schwestern; aber eine Stimme im Herzen verheißt mir, Du wirst nicht die geringste und die am wenigsten schöne sein; und man wird Deinen Gesang in der Ferne vernehmen, auf daß er Deinen Söhnen im Grabe Trost spende, die auf Dich hoffend starben und nicht ihren eigenen, wohl aber den Schmerz der Brüder beweinten.“<sup>31</sup> Hier fand die Vision poeti-

<sup>26</sup> Tommaseo: *Dell' Italia* I, 3–12.

<sup>27</sup> Tommaseo: *Dell' educazione*, *Scritti vari*, 2. Aufl. Lugano 1836, 300.

<sup>28</sup> Zu Tommaseos Verbindung zu prominenten Vertretern des „Illyrismus“ wie Spiridone Popović, Ljudevit Gaj und Ivan Kukuljević vgl. Pirjavec: *Niccolò Tommaseo* 47–51, 61–66, mit weiterführenden Literaturangaben. – Tommaseo: *Diario intimo* [Tagebuch]. Hrsg. v. R. Ciampini. 3. Aufl. Turin 1946, 317ff. – *Ders.*: *Dell' animo e dell' ingegno di Antonio Marinovič*, *Memorie* [Über Herz und Geist von Antonio Marinovich, Erinnerungen]. Venedig 1840, 148–152.

<sup>29</sup> Vgl. I. Franges: *Tommaseo e i Canti illirici* [Tommaseo und die illyrischen Lieder]. In: *Primo centenario della morte di Niccolò Tommaseo 1874–1974*, *Atti in onoranze tommaesiane*. Florenz 1977, 533–546.

<sup>30</sup> Tommaseo: *Dell' animo e dell' ingegno di A. Marinovich* 152–154. – Pirjavec: *Niccolò Tommaseo* 51.

<sup>31</sup> Tommaseo: *Scintille* [Funken]. Hrsg. v. M. Zorić. *Studia Romanica Zagabriensia* 4 (1957) 72.

schen Ausdruck, die gemeinsame Vaterlandsliebe werde nicht nur die Distanz zwischen italienischer Oberschicht und „illyrischem“ Volk aufheben und die slawischen Völker in „heiliger und unsterblicher Brüderlichkeit“ einen, sondern auch Modell universaler Völkerfreundschaft sein: „Möge unsere Nation [nazione] dem Süden den Norden näherbringen und die alten, abgenutzten Völker erneuern und in Europa den Geist des Ostens säen.“<sup>32</sup>

Tommaseos eigene Gedichte und die Gedichtsammlungen, die er edierte, zeugen von dem Einfluß jenes durch Vico belebten Geschichtsmythos, demzufolge die Slawen von den Skyten abstammten und mithin auf eine heroische Vergangenheit zurückblicken konnten, was als genealogische Konstruktion ebenso der Fundierung durch Quellen entbehrte, wie es den Slawenenthusiasmus nährte<sup>33</sup>. Welchen politischen Sprengstoff die pathetischen Erinnerungen an die einstige Größe und der Appell, sich ihrer würdig zu erweisen, enthielten, war jedoch nicht zuletzt den Zensoren bewußt: Die Zensurbehörde in Zadar (ital. Zara) lehnte das „Nihil obstat“ für die *Iskrice* mit der Begründung ab, hinter den bewußt dunklen Worten verbürgen sich gefährliche politische Ideen; es werde dort nicht nur in düsteren Farben die Situation der unter Habsburger Herrschaft stehenden Slawen gezeichnet, sondern die Auferstehung einer neuen illyrischen Nation prophezeit, deren Größe darin bestehen werde, die Fremden in die Knie zu zwingen und den Norden mit dem Süden vereinen zu können, indem asiatischer Geist nach Europa getragen werde<sup>34</sup>.

Tommaseo war in den vierziger Jahren eine feste Größe im Kreis jener patriotischen Intellektuellen, die in den verschiedenen Zentren der Habsburgermonarchie eine rege publizistische Aktivität entfalteten, um aus patriotischem Geist für kulturelle und politische Erneuerung und Völkerverständigung zu werben. So gehörte er zum Mitarbeiterkreis der in Triest erscheinenden patriotischen Zeitschrift *Favilla* [Funken], die von Francesco Dall'Ongaro und Pacifico Vanussi herausgegeben wurde und der italienisch-slawischen Verständigung breiten Raum widmete<sup>35</sup>. Hier traf er auf Männer wie den Grafen Albert Nugent, den Sohn des österreichischen Feldmarschalls, die, anders als er selbst, auch zum revolutionären Umsturz bereit waren. Nugent wiederum, der als der maßgebliche Agitator in den südslawischen Provinzen galt<sup>36</sup>, war mit den Brüdern Attilio und Emilio Bandiera befreundet, deren Idee vom bewaffneten Freiheitskampf eine italienische Einzelaktion ausschloß und statt dessen, Mazzini folgend, den

<sup>32</sup> E b e n d a 80. – Zu Tommaseos „Nation“-Begriff vgl. die Ausführungen zum Stichwort „Nation“ in: Niccolò Tommaseo: *Dizionario della lingua italiana*. Turin 1865–1879, Bd. 12, wiederabgedruckt Mailand 1977, 664.

<sup>33</sup> Zu den 1844 auf Italienisch und 1845 auf Kroatisch erschienenen *Canti del popolo dalmata*“ [Lieder des dalmatischen Volkes] vgl. P i r j e v e c : Niccolò Tommaseo 76 ff.

<sup>34</sup> Carteggio inedito N. Tommaseo – G. Capponi II, 163, 164, 172. – P i r j e v e c : Niccolò Tommaseo 64. Tatsächlich erschienen die „Iskrice“ auf mühevollen Umwegen und anders als Tommaseo gehofft hatte, 1844 in Zagreb mit einer Einleitung von Ivan Kukuljević, der sie dem „ganzen jugoslawischen Volk“ zusprach; e b e n d a 75.

<sup>35</sup> So erschien z. B. 1842–1844 eine Artikelserie „Studi sugli Slavi“ (Studien über die Slawen) von A. Kaznacić und M. Pozza-Pucić; auch die Herausgeber widmeten sich der slawischen Literatur und Lyrik. Vgl. *La Favilla* 5 (1840); Nr. 15; 8 (1843), Nr. 1, Nr. 23.

<sup>36</sup> P i e r a z z i : Mazzini 21.

gleichzeitigen Aufstand von Polen, Griechen, Italienern Ungarn und Südslawen vorsah, der durch gezielt angestachelte Unruhen auf dem Balkan seinen Ausgang nehmen sollte. Tommaseo zweifelte aus ethischen wie politischen Gründen am Sinn eines solchen Unternehmens. Er versuchte, die revolutionären Geister zu mäßigen, richtete zugleich jedoch scharfe Kritik gegen die Regierung in Wien, der er vorwarf, kurzfristig am italienischen Besitz festzuhalten, anstatt die angesichts des unaufhaltsam scheinenden Zerfalls des Osmanischen Reiches viel dringlichere Aufgabe, Österreich als Ordnungsmacht auf dem Balkan zu etablieren, wahrzunehmen<sup>37</sup>. Auch er erkannte mithin wie Cesare Balbo die Verbindung zwischen der Herauslösung Italiens aus dem Verband der habsburgischen Länder und der Verlagerung österreichischer Interessen zum Balkan hin. Dieses Ziel, so lautete seine Überzeugung in Übereinstimmung mit derjenigen des Piemontesen, war jedoch nicht mit Massenerhebungen zu erreichen, noch gar konnte die italienische Unabhängigkeit um den Preis der fortdauernden Unterwerfung anderer Nationen erstritten werden, vielmehr müsse durch den Druck der öffentlichen Meinung Wien zu Autonomiezugeständnissen an die Slawen gezwungen werden. Zu seinem Unmut mußte er jedoch erkennen, daß die „moderaten“ Meinungsführer in Italien kein Gespür für eine solche, über die eigenen nationalen Interessen hinausgehende Lösung besaßen. „Als ich zu zeigen versuchte, wie dringend notwendig es für Italien sei, die anderen Nationen zu kennen und sich mit ihnen zu verbrüdern, antworteten mir diese noblen Herren, daß das Aufgabe der Polen sei“, notierte er im Anschluß an politische Gespräche in Rom<sup>38</sup>. Dennoch sah er sich in seinem Glauben an die Überlegenheit von Reformen gegenüber Revolutionen und an die Reformfähigkeit des Habsburgerreiches bestätigt durch die Erfolge, die die Kroaten und die Böhmen im Kampf um Anerkennung der Volkssprache, das heißt mehr kulturelle Eigenständigkeit, auf legalem Wege erzielt hatten<sup>39</sup>. Im Dezember 1847 traf er mit Palackýs Schwiegersohn František Rieger in Venedig zusammen. Man sprach über die Lage der Habsburgermonarchie, wobei wohl beide übereinstimmten, daß die Erhaltung des Reiches durch tiefgreifende Reformen möglich und der Zerstörung durch Revolution vorzuziehen sei<sup>40</sup>. Das Beispiel der Böhmen und der Kroaten, die sich im Zagreber Parlament gegen die dominierende Ungarnpartei (magiaroni) durchgesetzt hatten, ermutigte Tommaseo, ebenfalls im Dezember 1847 öffentlich die Unrechtmäßigkeit der österreichischen Zensur anzuprangern. Mitte Januar 1848 wurde er deshalb inhaftiert, was nicht nur unter den Italienern, sondern besonders auch bei Dalmaten und Kroaten, die die Freilassung „unseres berühmten Autors und würdigen Sohnes des Vaterlandes“ forderten<sup>41</sup>, für Empörung sorgte<sup>42</sup>. Seine Haft endete allerdings schon wenig später, als es in Venedig in Folge von Metternichs Sturz zum Volktaufstand kam, bei dem am 18. März auch die Gefängnisse gestürmt wurden<sup>43</sup>. Die anfänglichen Erfolge der Erhebungen in der Lombardei und in Venedig

<sup>37</sup> Tommaseo: Scritti editi e inediti sulla Dalmazia 96.

<sup>38</sup> Carteggio inedito N. Tommaseo - G. Capponi II, 519.

<sup>39</sup> Pirjavec: Niccolò Tommaseo 110.

<sup>40</sup> Ebd. 111.

<sup>41</sup> Zit. nach Pirjavec: Niccolò Tommaseo 113.

<sup>42</sup> Tommaseo: Il secondo esilio [Das zweite Exil]. Mailand 1862, Bd. I, 334.

<sup>43</sup> Ciampini: Vita di Niccolò Tommaseo 397.

konnten die erheblichen Widersprüche zwischen den Zielsetzungen der Aufständischen allerdings nicht überdecken. Venedig trat unter Daniele Manin mit dem Anspruch an, die Republik von San Marco mit den Gebieten Venetien, Istrien und Dalmatien wiederzubegründen, um sie in ein geeintes Italien zu überführen. Das aber bedeutete, unter Berufung auf historische Rechte der Serenissima und im Namen der zu schaffenden Nation der Italiener vergleichbare Rechte der Südslawen zu übergehen, was um so schwerer wog, als deren Unterstützung im Kampf gegen Österreich für Venedig lebenswichtig war<sup>44</sup>. Auf der Gegenseite enthielt der Katalog der politischen Forderungen und Reformen, den die Notablenversammlung in Zagreb im März vorlegte, an erster Stelle die Forderung nach der Wiederherstellung der alten Dreiermonarchie, bestehend aus Slawonien, Kroatien und Dalmatien<sup>45</sup>. Auf diese Forderung reagierte die dalmatische Bevölkerung je nach ethnischer Zugehörigkeit verständlicherweise unterschiedlich: Der Plan vom Zusammenschluß aller Südslawen wurde dort, wo sich ein slawisches Selbstbewußtsein entwickelt hatte, wie zum Beispiel in Dubrovnik (ital. Ragusa), positiv aufgenommen, während Zadar (ital. Zara), Split und Tommaseos Geburtsort Šibenik als venetianisch-italienisch geprägte Städte ihn rundweg ablehnten. Beide Seiten bestürmten den prominenten Autor, sein machtvolleres Wort für ihre Sache einzusetzen. Mit dem eindringlichen Appell „Sagen Sie nur ein Wort, schreiben Sie eine Zeile, tun Sie einen Schritt, äußern Sie Ihren Wunsch: Und Kroatien, Slawonien und Dalmatien, diese drei Schwestern, werden geeint sein, alle drei mit der Zierde einer freiheitlichen Verfassung, auf dem Wege zu gemeinsamer Blüte“<sup>46</sup>, wurde er aufgefordert, als Mitglied der dalmatisch-kroatischen Delegation die nationalen Anliegen der Südslawen in Wien zu vertreten. Doch Tommaseo zögerte, unsicher, welches Schicksal seiner Heimat zu wünschen sei: Zugehörigkeit zu Venetien und damit möglicherweise Einbindung in ein geeintes Italien, das nach Tommaseo föderalen Charakter haben sollte, oder Zusammenschluß mit den Südslawen? Nach wie vor hielt er an der Vorstellung fest, Venedig komme eine besondere Rolle als Vermittlerin zwischen romanischer und slawischer Welt zu, was nicht nur den venezianischen Anspruch auf einen autonomen Status gegenüber den Annexionsbestrebungen Piemont-Sardiniens begründete, sondern auch die Oberhoheit Venedigs im adriatischen Raum gerechtfertigt hätte. Zugleich beugte er sich doch der Erkenntnis, daß die „nationale Persönlichkeit“ Dalmatiens trotz der philoitalienischen Stimmen dort seine Vereinnahmung durch Italien ausschloß: „Die Sitten der dalmatinischen Städte sind italienisch; und das Umland zehrt noch von den Zeiten der Venezianischen Republik. Aber Sitten und Sprache des Umlandes sind nicht italienisch, und Italien hat weder die politische Stärke noch die freundschaftlichen Verbindungen, um als Souverän fremde Provinzen regieren oder sie schwesterlich umarmen

<sup>44</sup> Vgl. zur Politik Venedigs 1848/49 V. Marchesi: *Storia documentata della rivoluzione e della difesa di Venezia negli anni 1848–49* [Geschichte der Revolution und der Verteidigung Venedigs in den Jahren 1848–49]. Venedig 1916. – G. Gambarin: *Il Mazzini, il Tommaseo, il Manin e la difesa di Venezia* [Mazzini, Tommaseo, Manin und die Verteidigung Venedigs]. Archivio Veneto 5 (1929).

<sup>45</sup> Dazu mit weiteren Literaturangaben Pirjavec: Niccolò Tommaseo 115ff.

<sup>46</sup> Brief von Andrija T. Brlić an Tommaseo vom 24. März 1848: Fondo tommaseiano der Nationalbibliothek, Florenz, 34, III, 3. – Ciampini: *Vita di Niccolò Tommaseo* 421.

zu können. [...] Dalmatien zu einer proitalienischen Erhebung zu bewegen, bedeutete, das Problem auszuweiten, nicht, es zu lösen.“<sup>47</sup>

Dalmatiens Anbindung an Italien hätte seine Verbindungen zu den slawischen Völkern, bei denen nach Tommaseo seine Zukunft lag, gekappt<sup>48</sup>. Deren Emanzipationsbestrebung suchte er gleichzeitig nach Kräften zu unterstützen – um der politischen Freiheit willen und zum gegenseitigen Nutzen im antiösterreichischen Kampf. Das Beispiel der Zagreber Forderungen vom März 1848, zu denen auch jene nach Rückzug der kroatischen Truppen aus Italien gehörte, bestärkte ihn in der Überzeugung, für das italienische Risorgimento seien Verständigung und Verbrüderung mit den übrigen unter habsburgischer Herrschaft stehenden Völkern nicht nur aus ideellen sondern auch aus praktisch-politischen und militärischen Gründen unverzichtbar. Immer wieder betonte er den gesamteuropäischen Kontext der italienischen Unabhängigkeitsbewegung, die losgelöst von den jenen der anderen Völker, und eben besonders der Slawen, nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern auch ethisch wertlos sei<sup>49</sup>. In diesem Sinne verfaßte er Anfang April einen „An die Kroaten und die slawischen Völker“ gerichteten Appell, in dem er die kroatischen, böhmischen und polnischen Brüder zum gemeinsamen Widerstand gegen Österreich aufrief<sup>50</sup>, der auf große Resonanz stieß, zumal gleichzeitig die Vorbereitung für den Prager Slawen-Kongreß im Gange war<sup>51</sup>, zu dem Tommaseo eingeladen wurde<sup>52</sup>. Das Programm des Vorbereitungskomitees besaß allerdings nicht die antihabsburgische Stoßrichtung, die er selbst inzwischen vertrat, ging es darin doch um die Abwehr großdeutscher Politik der Paulskirche und um die Erhaltung Österreichs als des Garanten der kleineren slawischen Nationen in Mitteleuropa, verbunden mit dem Ziel, das Reich in eine slawisch dominierte Föde-

<sup>47</sup> Zit. nach P r i j e v e c: Niccolò Tommaseo 120. – T o m m a s e o: Venezia negli anni 1848 e 1849. Memorie storiche inedite [Venedig in den Jahren 1848 und 49. Unveröffentlichte historische Erinnerungen]. Hrsg. v. P. P r u n a s. Florenz 1931, Bd. I, 346.

<sup>48</sup> La Repubblica Veneta nel 1848–49. Hrsg. v. G. G a m b a r i n, Bd. 2. Padua 1949, 380. – P r i j e v e c: Niccolò Tommaseo 134ff.

<sup>49</sup> So im Brief an Daniele Manin vom 3. Juni 1848, Fondo tommaseiano der Nationalbibliothek, Florenz, 176, 36.

<sup>50</sup> T o m m a s e o: Ai Croati e agli altri popoli slavi [An die Kroaten und die übrigen slawischen Völker]. La Gazzetta di Venezia vom 5. April 1848. – Dazu G. P i e r a z z i: Studi sui rapporti italo-jugoslavi (1848–49) [Studien über die italienisch-südslawischen Beziehungen]. Archivio storico italiano 80 (1972) dispensa II, 182f.

<sup>51</sup> Vgl. zu den revolutionären und zu den moderaten Aufrufen, die von Prag aus an die Italiener gerichtet wurden, G. R u t t o: Contributo allo studio dei rapporti tra Italia e Boemia nel 1848–49 [Beitrag zur Untersuchung der Beziehungen zwischen Italien und Böhmen im Jahr 1848–49]. Europa Orientalis 1 (1982) 35–37.

<sup>52</sup> C i a m p i n i: Vita di Niccolò Tommaseo 422. – Brief von A. T. B r l i ć an Tommaseo vom 15. Mai 1848, in dem es heißt: „Das Reich hat mittlerweile jenes Band verloren, das die österreichischen Provinzen zusammenhielt, also die absolute Herrschaft. Es kann folglich nicht fortbestehen. Und wir Slawen suchen in diesem Reich, was uns gehörte, um es vor dem Ruin zu retten, und wir werden unser Haus vom österreichischen Unrat befreien, um jene slawische Macht zu errichten, die der gewaltige Serbenkönig Dušian zwischen Schwarzem Meer und Adria zu errichten suchte. In dieser Erwartung wenden wir uns an Sie und beschwören Sie bei der Milch der Mutter, nach Zagreb und nach Prag zu kommen. Alle werden zu Ihnen wie zu einem Führer aufschauen und von Ihnen erwarten, daß Sie der slawischen Nation den wahren Weg aufzeigen“. Fondo tommaseiano der Nationalbibliothek, Florenz, 163.

ration umzuwandeln<sup>53</sup>. Mit Skepsis betrachtet Tommaseo mittlerweile dagegen das moderate Ansinnen, Autonomiezugeständnisse zu erzwingen bei gleichzeitiger Erhaltung des habsburgischen Reichsverbandes, und das austroslawische Programm hielt er für eine Illusion: „Wenn die Slawen glauben, sie könnten nach der Niederlage Italiens und Ungarns Österreich zähmen und aus dem Reich ein slawisches Reich machen, dann kennen sie weder die anderen noch sich selbst. Sie werden sich vor der Vollendung ihres Werkes zerstreuen und wenn sie dann zerstritten sind, wird Österreich mit ganz Deutschland über sie herfallen.“<sup>54</sup>

Er fürchtete, daß Wien damit wieder die Macht in Händen hätte, indem es zum Schiedsrichter in den nationalen Interessenkonflikten angerufen und die eine gegen die andere Nation ausspielen würde, wie die ungarisch-kroatische Auseinandersetzung ebenso zeigte wie die geringe Neigung der kroatischen Liberalen im Laufe des Revolutionsjahres, sich Wiens Sympathien durch den tatsächlichen Abzug der kroatischen Truppen aus Italien zu verscherzen<sup>55</sup>. Während die Mehrheit der italienischen Politiker aus dem Kreis der Gemäßigten gerade in den Ungarn mögliche Verbündete der Italiener sahen, plädierte Tommaseo dafür, mit dem „Parlament“ der Slawen in Prag Kontakt aufzunehmen, da, wie er im Mai 1848 schrieb, „Ungarn wenig zählt im Vergleich zu jener großen und vielfältigen Familie“.<sup>56</sup> Als sich jedoch Ende des Jahres eine südslawisch-ungarische Annäherung abzeichnete, die von der piemontesischen Regierung unter Ministerpräsident Vincenzo Gioberti zur Vorbereitung eines erneuten Waffengangs gegen die Österreicher diplomatisch gefördert wurde<sup>57</sup>, beteiligte sich auch Tommaseo nach einigem Zögern publizistisch zu deren Gunsten. Neben der in März 1849 in Turin entstandenen Turiner *Gesellschaft für die italienisch-slawische Allianz* („Società per l'alleanza italo-slava“), die die piemontesische Diplomatie unterstützte, diente die von ihm gegründete *Brüderlichkeit der Völker* („Fratellanza de' Popoli“) mit ihrer gleichnamigen Zeitschrift dem Ziel, „die Völker zu verbrüdern, damit sie sich gegenseitig helfen, die Freiheit zu erringen. Und weil momentan die Spaltung zwischen Slawen und Italienern, zwischen Slawen und Ungarn, zwischen Italienern und Italienern, zwischen Slawen und Slawen Europas gemeinsame Gefahr ist, widmet sich der Verein besonders der Aufgabe, diese Differenzen zu beheben“, wie es in der ersten Ausgabe hieß<sup>58</sup>. Die *Fratellanza de' Popoli* bündelte noch einmal die Ideen vom moralischen, religiösen und politischen Risorgimento der Völker, für die Tommaseo immer gestritten hatte und denen er nun eine entschieden demokra-

<sup>53</sup> Vgl. dazu W. Giusti: *Il Congresso Slavo di Praga (1848)*. Triest 1948, 7–31. – L. B. Namier: *La rivoluzione degli intellettuali e altri saggi sull' ottocento europeo*. Turin 1957, 146 ff. – A. Tamorra: *Josef Václav Frič e l'Italia*. Rom 1993, 31 ff.

<sup>54</sup> *La Repubblica Veneta nel 1848–49*, 528 f. – Unterstützung für seine Warnung suchte Tommaseo bei Cyprien Robert, dem Direktor der Pariser „Pologne“, den er in einem Brief aufforderte: „Geben auch Sie einen Rat. Das Reich zu slawisieren [slavificare] und ihm zugleich ein österreichisches Haupt zu belassen, ist ein Traum von allzu schlichter Schlaueit“, abgedruckt in *Fratellanza de' Popoli* vom 21. Juni 1849, 189.

<sup>55</sup> Pirjevec: Niccolò Tommaseo 124 f., 131 f.

<sup>56</sup> Zit. nach Pirjevec: Niccolò Tommaseo 124.

<sup>57</sup> Zu diplomatischen Mission Alessandro Montis im Auftrag der piemontesischen Regierung vgl. Pierazzi: Mazzini 40 ff.

<sup>58</sup> *Fratellanza de' Popoli* vom 4. April 1849.

tisch-universalistische Note verlieh: „Ich glaube nämlich“, hieß es in dem Brief vom 22. März 1849, mit dem er die neue Zeitschrift ankündigte,

daß das triste Ergebnis der Liga der Fürsten, auch der guten, auch der jungen, starken und aufrichtigen, uns lehrt, endlich Rettung von der Völkerverbrüderung zu erwarten. Was die Könige, die doch qua Zeremoniell Cousins sind, nicht vermochten, das schaffen die Völker, die aus Notwendigkeit, zum Nutzen, von Natur aus, aus spontaner Liebe Brüder sind. Ich wünschte, von diesem engen, aber herrlichen Nest italischer Größe begänne ein noch universaleres Prinzip seinen Flug; und vom Turm von S. Marco ließe sich das Wort des politischen Evangeliums aller Völker vernehmen. Ich denke nicht nur an die Herstellung des Friedens zwischen den Magyaren und den Slawen und zwischen den Slawen und den Italienern (den ich ersehnt und prophezeit habe und für den es höchste Zeit ist); sondern meine Gedanken umfassen alle Völker, die sich jemals, jetzt oder später, innig miteinander verständigen können, ohne daß die Minister der Fürsten für sie sprechen, verleumderisch, gelangweilt oder uneinsichtig [...] <sup>59</sup>.

Diese noble Absicht ließ sich nicht mehr verwirklichen: Das Jahr 1849 endete nicht mit der ersehnten Verbrüderung in Freiheit, sondern bekanntermaßen mit der Niederlage der Ungarn im August in Világos gegen die Russen und der Kapitulation Venedigs vor den Österreichern, die für Tommaseo erneut das Exil bedeutete <sup>60</sup>.

In Tommaseos Fall hatte seine Herkunft aus slawisch-italienischem Gebiet entscheidend dazu beigetragen, aus der romantischen Verklärung der Slawen ein konkretes Engagement für ihre soziale, kulturelle und politische Emanzipation zu entwickeln. Bei aller patriotischen Emphase, mit der er die Befreiung der Italiener voranzutreiben suchte, verlor er die Interessen und die Rechte der slawischen Nachbarn nicht aus den Augen. Er beharrte im Gegenteil darauf, daß es sich bei den einzelnen nationalen Risorgimento-Bewegungen nur um unterschiedliche Facetten des einen, universalen Befreiungsprozesses handelte <sup>61</sup>. Und dennoch war auch sein von den Idealen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter den Völkern geprägter Patriotismus keinesfalls konfliktfrei, wie sein Ringen in der konkreten Frage um die Zukunft seiner Heimat zeigt: Bei aller Hochschätzung der Slawen und bei allem Vertrauen in ihre Fortschrittbarkeit fiel ihm der Gedanke schwer, daß Dalmatien in einen südslawischen Staat eingegliedert werde, auch wenn er selbst prophezeigte, daß die Provinz mit der Zeit vollständig „slawisch“ werden würde <sup>62</sup>.

Trotz aller Unterschiede hinsichtlich ihrer politischen Auffassungen stimmten der gemäßigte, liberal-katholische Niccolò Tommaseo und der demokratisch-revolutionäre Giuseppe Mazzini (1805–1872) in einem wesentlichen Punkt überein: Beide

<sup>59</sup> Abgedruckt am 25. März 1849 im *Percursore*, der von Pacifico Valussi in Venedig herausgegebenen Wochenzeitung. Anerkennung für Tommaseos Initiative kam auch von Cyprien Robert, der notierte, die Brüderlichkeit der Völker des „célébre dalmate“ beweiße, daß auch Venedig den neuen Weg der „fédérations nationales“ eingeschlagen habe. Vgl. *Fratellanza de' Popoli* vom 20. Mai 1849, 115, dazu G. RUTTO: Tommaseo e la „Fratellanza de' Popoli“ [Tommaseo und die „Frantellanza de' popoli“]. *Rassegna Storica del Risorgimento* 62 (1975), 3–16, mit weiterführender Bibliographie und knappem Überblick über die wichtigsten Interpretationen zu Tommaseo in der Risorgimento-Historiographie des XX. Jahrhunderts.

<sup>60</sup> Pirjavec: Niccolò Tommaseo 143 ff.

<sup>61</sup> Zum Konzept des „Risorgimento-Nationalismus“. Vgl. P. ALTER: Nationalismus. Frankfurt/M. 1985, 60 ff.

<sup>62</sup> Fondo Tommaseiano der Nationalbibliothek, Florenz, 142, 1, Brief an P. Valussi vom 29. Dezember 1848.

waren davon überzeugt, daß den Slawen dank ihrer Unverdorbenheit und heroischen Leidenschaft eine große Zukunft und Vorbildfunktion in der Entwicklung der Menschheit beschieden sei. Mit Worten, die den Volksmythos ebenso wie die Dekaden- und Regenerationsvisionen der Romantik aufgriffen, beschrieb Mazzini diese Tugenden in einem Brief aus dem Jahr 1834, in dem es von den Slawen heißt, „ils naissent, ils viennent à la vie: nous mourons; nous mourons pour nous transformer, pour renaître, je le veux bien, toutefois, c' est d' un côté le berceau, de l' autre la tombe de tout un ordre de choses [...] En second lieu, ils ont seuls aujourd' hui, depuis la mort de Goethe et de Byron, la seule poésie spontanée, vivante, respirante l' action qu' il me soit donné de connaître [...] Enfin, ces hommes, ces Slaves, savent le martyre que nous ne connaissons plus: ils prient et combattent, tandis que nous diplomatisons.“<sup>63</sup>

Wie Tommaseo glaubte der Genuese, daß das gegen die österreichische, türkische oder russische Fremdherrschaft gerichtete Freiheitsstreben der jungen Nationen zwischen diesen eine natürliche Nähe und Solidarität schaffe, wobei er, erfüllt von der Idee demokratischer Völkerfreundschaft, weniger Gespür als der Dalmate entwickelte für mögliche Nationalitätenkonflikte und ethnische Rivalitäten gerade im Donauraum und auf dem Balkan. Die politischen Schriften der dreißiger Jahre, in denen Mazzini seine Vorstellung von der Neuordnung Europas entfaltete, zeigen, daß ihm Völkerbündnis und Selbstbehauptung der Nationalitäten widerspruchsfrei harmonisierbar schienen, zumal in seinem Konzept eine Anerkennung als Volk nicht zwangsläufig Nationalstaatsbildung implizierte!<sup>64</sup> Dies wird deutlich in seinem 1833/34 für die *Giovine Italia* geschriebenen Artikel „Dell' Ungheria“: Pfeiler der neuen europäischen Ordnung war demnach zum einen Italien, von dem die ehemals Frankreich gebührende, revolutionäre Initiative ausgehen sollte und an das er appellierte, „Seid mutig, guckt Euch den Koloß (i. e. Österreich) doch genau an. Seine Macht ist eine Schimäre und basiert nur auf Eurer Passivität. [...] Ihr solltet die Ersten sein. Vielleicht bestimmt Euch die Menschheit dazu, die Völker [razze] zu befreien. Vielleicht soll Eure Stimme zum Befreiungskreuzzug aufrufen, der in Wiens Mauern sein Ziel erreichen wird.“<sup>65</sup>

Daneben wies er den Ungarn eine wichtige Funktion zu, deren geographische Lage sie dazu prädestinierte, imperialistische Tendenzen Rußlands abzublocken und das vor dem Zerfall stehende Osmanische Reich als Ordnungsmacht durch Schaffung einer Föderation der Völker des Balkan- und Donauraums zu beerben<sup>66</sup>. Wohl war ihm bekannt, daß der politische und kulturelle Hegemonieanspruch der Magyaren bei den Kroaten auf heftigen Widerstand stieß, wie sich bei der Einführung des Ungarischen als Schulsprache in Kroatien zeigte; doch obwohl er sich der Bedeutung gerade der Sprache bei der Herausbildung und Behauptung nationaler Identität durchaus bewußt war, überwogen in seinem politischen Konzept das geostrategische und das revolutionstheoretische Argument: Anders als Tommaseo hielt er zu diesem Zeit-

<sup>63</sup> G. Mazzini: Scritti editi ed inediti. Imola 1907 sgg., Bd. 79, 87. (Edizione Nazionale).

<sup>64</sup> Sehr gut wurde Mazzinis Idee von Nation zuletzt herausgearbeitet von N. Urbinati: „A Common Law of Nations“ – Giuseppe Mazzini's Democratic Nationality. *Journal of Modern Italian Studies* 1/2 (1996) 197–222.

<sup>65</sup> Mazzini: Scritti editi ed inediti III, 91 ff.

<sup>66</sup> E b e n d a 115.

punkt die staatliche Vereinigung der Südslawen in einem „Illyrischen Reich“ für eine Utopie und mithin für eine Quantité négligiable in der Neuordnung Europas<sup>67</sup>, aber er unterstrich die antiösterreichische Stimmung der Slawen „in Böhmen, in Gallizien, in den illyrischen Provinzen und praktisch auf der ganzen Fläche des Habsburgerreiches“, dem deren Autonomieverlangen das Ende bereiten würde: „Die Zeit der Resignation ist fast vorbei. Nun schlägt die Stunde der Emanzipation der Völker („razze“) und das Slawische Volk wird sich dem Ruf nicht entziehen.“<sup>68</sup>

Es war der von dem polnischen Historiker Joachim Lelewel vor dem polnischen Aufstand gegründeten *Jugendverband*, der Mazzini als Vorbild für seine *Giovine Italia* diente, die später durch die *Giovine Europa* erweitert wurde<sup>69</sup>. Der Genuese knüpfte daran die Absicht, durch ein europaweites Netzwerk nicht nur Völkerfreundschaft zu propagieren, sondern auch revolutionäre Aktionen zu koordinieren, die ausgehend „von der italienischen Initiative, von einem Zeichen, das wir setzen, ein europäisches Zeitalter eröffnen“<sup>70</sup>. Wie es seinem radikaldemokratischen Anliegen und den nachrevolutionären Gepflogenheiten entsprach, richtete er sich dabei weniger an die „Großen“ wie Frankreich und England, sondern an jene lange vergessenen, nun um Anerkennung und Selbstbehauptung ringenden Völker, „que nous sommes habitués à ne pas calculer en Europe“<sup>71</sup>, wozu für ihn insbesondere Polen, Böhmen und Serben zählten. Ein weitgespannter Briefwechsel diente dem Informations- und Ideenaustausch und beweist Mazzinis durchaus nicht von allen italienischen Zeitgenossen geteilte Grundüberzeugung von der Notwendigkeit, die Politik der Italiener zu „internationalisieren“ und die verschiedenen Risorgimento-Bewegungen miteinander zu verknüpfen. Zu seinen Korrespondenzpartnern gehörte auch František Zach, Vertrauensmann des Fürsten Czartoryski, durch den Mazzini in dessen Balkanpolitik und mithin in die Aktionen, die auf den Zusammenschluß der unter türkischer und unter österreichischer Herrschaft stehenden Südslawen hinwirken sollten, eingeweiht war<sup>72</sup>. In Übereinstimmung mit diesen Plänen konstatierte er 1843: „Im Habsburgerreich entwickelt sich eine Bewegung der slawischen Bevölkerungen, auf die keiner achtet, die eines Tages, mit der Unsrigen zusammengeschlossen, Österreich von der Landkarte Europas tilgen wird. Die Keime eines Krieges sind stärker als je zuvor im Osten [Oriente] wegen der Serbenfrage.“<sup>73</sup>

Der Glaube an die Solidarität der Unterdrückten und an die Zweckmäßigkeit des konzertierten Aufstandes einte die Schar revolutionsbereiter Patrioten unterschiedlicher Nationalität, die von Triest, Zagreb, Paris und Belgrad aus die Völkerbefreiung verkündeten. Ein Brief des schon erwähnten italienischen Revolutionärs Emilio Bandiera an Mazzini aus dem Jahr 1844 zeugt eindrucksvoll von diesem Glauben und von der Zukunftsvision eines neuen Europa:

<sup>67</sup> E b e n d a 115.

<sup>68</sup> M a z z i n i: Scritti editi ed inediti I, 379, 381.

<sup>69</sup> Zu Mazzinis Verbindungen nach Polen vgl. P i e r a z z i: Mazzini 9.

<sup>70</sup> M a z z i n i: Scritti editi ed inediti V, 291.

<sup>71</sup> E b e n d a Appendice I, 199.

<sup>72</sup> Vgl. P i e r a z z i: Mazzini 16f.

<sup>73</sup> M a z z i n i: Scritti editi ed inediti XXIV, 220.

Wir stellen uns ein Europa vor, das neu geordnet in große Volksmassen ist, die zahlreiche der heutigen, so häufig irrationalen politischen Unterteilungen verschlungen haben werden. [...] Das wiedererstandene Polen. [...] Rußland möglicherweise zweigeteilt. Die Walachei, Serbien, Bulgarien, Kroatien, die Herzegowina, Montenegro und Dalmatien in einer illyrischen oder serbischen Nation geeint. Ungarn mit dem jetzigen Besitz plus Moldavien und Bessarabien. Blickt man allein auf die Levante, erkennt man unschwer, daß Polen, Ungarn, Griechenland, Serbien und Italien gemeinsame Interessen gegen Rußland, Österreich und die Türkei haben. Folglich können sich diese Völker garnicht genug gegen ihre Regierungen zusammenschließen, und wenn sie diese Wahrheit einmal einsähen und entsprechend handelten, wäre der Kampf auch nicht mehr so ungleich, wie er auf den ersten Blick erscheint. Jeder Pole, Ungar, Serbe, Grieche, Italiener, dem das Wohl seines Vaterlandes und von daher das der ganzen Menschheit am Herzen liegt, möge sich deshalb unerschrocken dafür einsetzen, diese sinnvolle Politik [plausibile politica] immer weiter zu propagieren<sup>74</sup>.

Mazzinis Briefe, Schriften und politische Verbindungen in den vierziger Jahren belegen ebenfalls die prominente Rolle, die nach revolutionärer Auffassung dem Bund der Slawen untereinander und der italienisch-slawischen Allianz gegen den „gemeinsamen Feind“ Österreich zukam<sup>75</sup>. Auch Mißerfolge, wie die Niederschlagung der polnischen Aufstände des Jahres 1844, konnten seine Zuversicht nicht unterminieren, das Habsburgerreich sei durch das Aufbegehren der Slawen zum Untergang bestimmt: „Das Echo“, heißt es in einem Brief an seine Mutter aus demselben Jahr, „das dieser Versuch in allen Ländern mit slawischer Bevölkerung, die zu Österreich gehören, gehabt hat, wird eines Tages seine Wirkung zeigen, da könnt Ihr sicher sein.“<sup>76</sup>

Hatte er in den dreißiger Jahren noch große Hoffnung auf die zu etablierende ungarische Vorherrschaft im Donaauraum gesetzt, so äußerte er sich in der Artikelserie mit dem Titel *On the Slavonian National Movement*, die er im Spätsommer des Jahres 1847 im *Lowe's Edinburgh Magazine* veröffentlichte<sup>77</sup>, kritisch zu den magyarschen Suprematieansprüchen und nannte statt dessen als Hauptakteure im Risorgimento-prozeß vor allem die Demokraten Polens, Böhmens eher moderat-bürgerlichen Patrioten, wobei er deren austroslawische Absichten völlig ausklammerte, und die Vertreter des „Illyrismus“, der kulturell-politischen Sammlungsbewegung der Südslawen. Natürlich war es die Absicht der Artikel, in England Interesse für die Anliegen der jungen Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas zu wecken und begreiflich zu machen, daß die traditionelle Sichtweise von Österreich als dem einzigen und daher um jeden Preis erhaltenswerten Bollwerk gegen den Imperialismus des Zaren überholt sei. Neben Metternichs Europa gebe es nämlich ein Europa der Völker, von denen gerade die Polen und die vereinten Südslawen eine defensive und stabilisierende Funktion am Ost- und Südostrand Europas wahrnehmen könnten. Wie stets bei Mazzini wurde auch diese Artikelserie gekrönt von der Vision, daß der zündende Impuls zum Umsturz der alten Unordnung von den Italienern kommen werde. Der Traum von

<sup>74</sup> Ebenda XXXI, 25f.

<sup>75</sup> Vgl. Pierazzi: Mazzini 24.

<sup>76</sup> Mazzini: Scritti editi ed inediti XXVIII, 326.

<sup>77</sup> Mazzini: Scritti editi ed inediti XXXVI, 109–215. – Ders.: Lettere slave. Eingeleitet von G. Canfora. Bari, 1939, 58, 72, 74; vgl. dazu Tamborra: Cavour 48f. und Pierazzi: Mazzini 26ff.

einer italienisch-slawischen Allianz, die durch ihre gemeinsame Front als Hebel für den Sturz Österreichs operieren sollte, wurde allerdings bei seiner ersten Bewährungsprobe erheblich gedämpft durch den Mißerfolg von Mickiewicz' militärisch-revolutionärer Expedition im Mai 1848: Der polnische Dichter war mit seiner Truppe unter großer Anteilnahme der Bevölkerung durch halb Italien gezogen, um dem Hilferuf der Aufständischen in Lombardo-Venetien zu folgen<sup>78</sup>. Der Aktion, die Mazzini begeisterte, lag die Idee zugrunde, die Anwesenheit der polnischen Freiwilligen werde die Soldaten slawischer Abstammung in Radetzky's Heer zur Desertion veranlassen und an die Seite der Italiener bringen. Doch die provisorische Regierung von Mailand, in der die Gemäßigten das Sagen hatten, mißtraute dem Ansinnen ebenso wie, trotz Tommaseos Fürsprache, die provisorische Regierung in Venedig: Hier wie dort bestand zu diesem Zeitpunkt weder das Interesse an einer „republikanisch-sozialistischen Truppe“, wie Mickiewicz selbst sie bezeichnet hatte, noch das Gespür für die Notwendigkeit, sich durch Bündnisse mit den slawischen Nationalbewegungen abzusichern<sup>79</sup>. Empört kommentierte Mazzini in einem Brief an Tommaseo die Reserviertheit der „moderati“: „Diese Flüchtlinge der Schwesternation kamen hierher, um den Kern polnischer Truppen zu bilden; einen wertvollen Kern, denn er hätte den im österreichischen Heer kämpfenden Slawen einen Moment der Anteilnahme („elemento simpatico“) offeriert, und mehr noch, weil er lebendiges Unterpfand der Freundschaft ist, die zwischen Polen und uns herrschen soll. Hier begreift die provisorische Regierung nur das schäbige Nützlichkeitskalkül, das ihr von Carlo Albertos Agenten eingeflüstert wird, und versteht weder Mickiewicz, noch Polen, noch etwas anderes, das wirklich zählt.“<sup>80</sup>

Erst die Bereitschaft der piemontesischen Regierung unter Gioberti zur Wiederaufnahme des Krieges gegen Österreich ebnete, um die Jahreswende 1848/49 in Turin den Boden für „offizielle“ diplomatische Schritte in Richtung auf eine italienisch-slawische Allianz, deren Ziel schließlich eine italienisch-ungarisch-slawische Einheitsfront gegen Österreich hätte sein sollen. Die Bündnisdiplomatie der Piemontesen konnte dabei allerdings auf publizistische Vorarbeit und auf eine ganze Reihe von Kontakten aufbauen, die sich im Vorfeld des ersten Krieges gegen Österreich und in der Frühphase der Revolution angebahnt hatten<sup>81</sup>. Hier war insbesondere Lorenzo Valerio mit *La Concordia* tätig, der mit antiösterreichischer und antirussischer Polemik die Aufforderung zum italienisch-slawischen Bund verknüpfte<sup>82</sup>. „Die größten Feinde sowohl der Italiener als auch der Slawen sind die österreichische Regierung und Rußland. [...] Die Slawen, die von den Italienern vernachlässigt, und ich wage zu

<sup>78</sup> Pierazzi: Mazzini 31.

<sup>79</sup> Pierazzi: *Progetti e tentativi di propaganda sovversiva tra le truppe slave di Radetzky nella primavera del 1848* [Pläne und Versuche auf dem Gebiet der subversiven Propaganda bei Radetzky's Truppen im Frühling des Jahres 1848]. *Rassegna storica del Risorgimento* 57 (1971) 389–394. – Ders.: Mazzini 31 ff.

<sup>80</sup> Mazzini: *Note autobiografiche* [Autobiographisches]. Hrsg. v. M. Menghini. Florenz 1943, 288 f. – Ders.: *Scritti editi ed inediti*, XXXV, 184 f.; *Appendice IV*, 27.

<sup>81</sup> Zur piemontesischen Balkandiplomatie 1848/49 vgl. Tamorra: *Cavour* 84 ff.

<sup>82</sup> Zu Lorenzo Valerio und *La Concordia* vgl. F. Venturi: *Esuli russi in Piemonte dopo il '48, [Russische Exilanten in Turin nach 1848]*. Turin 1959, 13–24.

sagen, ignoriert und von Frankreich nicht unterstützt wurden, sind geeint in der Ausrichtung, aber unverbunden im Raum und getrennt durch unterschiedliche Entwicklungsstufen; weil sie Rußland zu Recht fürchten, sind sie gezwungen, sich den Deutschen in die Arme zu werfen.“

Diesen aber sei zu mißtrauen, weil sie, obgleich trunken von liberalem und demokratischen Geist, die neuen Prinzipien noch nicht mit Aufrichtigkeit und religiöser Verehrung verinnerlicht haben: „Sie wollen über die slawischen Nationen herrschen, so wie bisher Habsburg über die italienische und die slawische Nation geherrscht hat.“ Wenn sich jedoch die Slawen mit den Ungarn und den Rumänen verbündeten und wenn die Italiener ihren eigenen Vorteil und den der anderen Völker begriffen, könnte daraus eine Koalition erwachsen, die zwar keine „Großmacht“ [grande potenza] darstellt, aber doch immerhin eine Union „der kleineren Völker, die im Unglück oft unsere Gefährten waren“<sup>83</sup>.

Unterstützung in der Öffentlichkeit fand diese Politik auch durch die schon erwähnte, am 7. März 1849 in Turin entstandene Gesellschaft für die *Italienisch-Slawische Allianz* („Società per l'alleanza italo-slava“),<sup>84</sup> zu deren Gründungsmitgliedern Giorgio Pallavicino gehörte, der als Gesandter der piemontesischen Regierung in Wien und in Prag die verschiedenen Bestrebungen innerhalb der slawischen Bewegung aus nächster Nähe kennengelernt hatte<sup>85</sup>. Absicht der Allianz war es, laut Gründungsstatut, „brüderliche Liebe zwischen den Italienern und den Slawen zu fördern, für die Unabhängigkeit und den Fortschritt dieser beiden Nationen, damit auch zwischen Slawen und Magyaren dieselben freundschaftlichen Bande gestärkt werden, die schon zwischen Magyaren und Italienern bestehen sowie zwischen diesen beiden Nationen und Polen“<sup>86</sup>.

Ein Aufruf der *Allianz* an die Slawen, ebenfalls am 7. März 1849, bot diesen die materielle und moralische Hilfe der Italiener an, um Unabhängigkeit, Nationalstaatlichkeit und Freiheit gegen Österreich zu erlangen. Mit dem Rekurs auf die historische Republik von Dubrovnik, „den hohen und edlen Ausdruck italoslawischer Kultur“, wurde die gemeinsame Vergangenheit ebenso beschworen wie die Interessengemeinschaft der Gegenwart, die ein enges Bündnis erfordere. In einer Mischung aus Enthusiasmus, wie er typisch war für die Atmosphäre der Revolutionsjahre, und unscharfer Wahrnehmung möglicher Konfliktstellen, welche der revolutionäre Optimismus letztlich aber souverän übergang, versicherte der Appell, die geographische Nähe im adriatischen Raum sei Grund für Freundschaft, nicht für Rivalität oder Streit um territorialen Besitz:

<sup>83</sup> Rede vor der Kammer am 1. März 1849, abgedruckt in Gazzetta piemontese (Turin) 2. März 1849; eine Zusammenfassung wurde abgedruckt in La Concordia, (Turin) 2. März 1849.

<sup>84</sup> Zur *Società* und zu ihrem Giornale dell' Alleanza Italo-Slava vgl. F. Venturi: *Esuli russi*, 34–49.

<sup>85</sup> Archivio Storico del Ministero degli Esteri [Historisches Archiv des Außenministeriums], Rom, Sardische Gesandtschaft in Wien, Mappe 84, Pallavicino an Gioberti, 9. Juni und 9. Oktober 1848; A. T a m b o r r a: Cavour 52.

<sup>86</sup> Veröffentlicht in La Concordia (Turin) 21. März 1849; abgedruckt in: *Memorie di Giorgio Pallavicino publ. per cura di sua moglie* [Erinnerungen Giorgio Pallavicinos]. Bd. 2 (1848–1852). Turin 1886, 627.

Und so wie wir gemeinsam durch das Prinzip der Nation [principio della nazionalità] wieder auferstehen werden, so werden wir keinen Grund für Zwietracht zwischen uns haben, denn die Grenzen der beiden Nationen wären die Grenzen der beiden Territorien [perchè i limiti delle due nazioni sarebbero i limiti dei due territori]. So bieten Slawen und Italiener, die in Harmonie [pieno accordo] in Istrien und in Dalmatien leben, ein Modell zweier befreundeter Völker, so wie wir es in Zukunft sein werden, so wie wir uns nunmehr zu sein vornehmen. Das adriatische Meer, das Ihr das „blaue Meer“ nennt, und dessen Besitzer wir Slawen und Italiener sind, weil wir es hauptsächlich nutzen, stellt den Fortschritt unserer Industrie und unseres Handels dar, der von Zollbeschränkungen nicht behindert sein wird.

Das Manifest schließt mit dem Aufruf:

Und da Ihr, oh Slawen, mit dem Wunsch, Euch mit den Magyaren zu verständigen, beweist, daß Ihr Euch von Österreich abtrennen wollt, reichen wir Euch brüderlich die Hand. Ergreift sie, und statt eines betrügerischen Österreich werdet Ihr fünfzehn Millionen Italiener heute und demnächst ganz Italien zu Freunden, zu Verbündeten, zu Brüdern haben. Laßt uns zusammengehen, sucht nicht den Schutz der Deutschen und der Russen. Vereint Euch mit uns, unsere vereinten Kräfte werden ausreichen, um unsere Nationalität [nazionalità] zu errichten<sup>87</sup>.

Daß hier nicht nur oberflächlich und unzutreffend „die“ Slawen und ihre höchst unterschiedlichen politischen Ambitionen ineingesetzt wurden und daß es bei der Einforderung vermeindlich „natürlicher“ oder „historischer“ Rechte zum Konflikt zwischen Italienern und Südslawen wegen Istrien und Dalmatien kommen könnte, blieb in der großherzigen Stimmung 1848/49 mit ihrem Glauben an das friedliche Zusammenleben der Völker oftmals unbemerkt. Aber doch nicht vollständig. Tommaseo war sich des Problems bewußt und schloß sich, um Spannungen von vornherein zu vermeiden, dem zum damaligen Zeitpunkt diskutierten Kompromiß an, das Küstengebiet zwischen Triest und der Bucht von Kotor (ital. Cattaro) vorläufig zur Freihandelszone zu erklären. In der Erkenntnis, daß eine Trennung der Bevölkerung nach nationaler Zugehörigkeit schwierig sei, hatte Pacifico Valussi diesen Vorschlag im März 1849 in *L'Italia Nuova* vorgestellt und erläutert: „Italien will nur seine eigene Unabhängigkeit erobern. Es kann und darf nicht außerhalb seiner Grenzen herrschen. Es wünscht, daß das italo-slawische Küstengebiet als Freizone [porto franco] für Handel und Seefahrt von Italienern und Illyrern ein Bindeglied zwischen den beiden Völkern sei. Im neuen Europa [nella nuova civiltà europea] sind das italienische Volk [razza] und das slawische Volk geschaffen, sich gegenseitig zu verstehen und übereinzustimmen und sich zu helfen.“<sup>88</sup>

Ein solcher „Mittelstaat“ zwischen Italien und Jugoslawien, den auch Tommaseo sich nur als Übergangslösung, nicht als dauerhafte Alternative zum ethnisch homo-

<sup>87</sup> Veröffentlicht in La Concordia (Turin) 7. März 1849; zur *Società*, ihren Mitarbeitern und ihrer politischen Ausrichtung vgl. auch Tamborra: Cavour 52f. – Eine der interessantesten Gestalten unter den Initiatoren der *Società* war Pietro Giovenale Vegezzi-Ruscalla, der mit Publikationen und als politischer Berater für ein italienisch-slawisches Bündnis warb, wovon er selbst in einem Brief an Palacký berichtet: „J'ai cru que mes pénibles recherches sur l'ethnographie européenne me procuraient l'avantage de pouvoir montrer aux Italiens ce que sont les peuples Slaves et combien leur cause s'identifie avec la nôtre. Vous voulez vous soustraire à l'injuste hégémonie allemande comme nous. Vous voulez que la Pologne soit aux Polonais, la terre des Tchèques aux Tchèques, l'Illyrie aux Illyriens, comme nous voulons que l'Italia nous appartienne“, zit. nach Tamborra: Josef Václav Frič e l'Italia 39.

<sup>88</sup> P. Valussi in *L'Italia Nuova* vom 20. März 1849.

genen Nationalstaat vorstellen konnte<sup>89</sup>, entsprach allerdings nicht den Wünschen derjenigen, die auf italienischer wie auf südslawischer Seite Ansprüche geltend machten. In gewisser Weise vertraten Giuseppe Mazzini und der erwähnte Vincenzo Gioberti in diesem Punkt die beiden konträren Positionen, die bis zur nationalstaatlichen Einigung Italiens und auch noch darüber hinaus die Auseinandersetzung um die Nordostgrenze Italiens beherrschten: Maßgeblich waren für den Genuesen der geostrategische Aspekt, eingebettet in die Idee von den „providentiellen“ natürlichen Grenzen Italiens, die durch Gebirge und Meer bestimmt seien, sowie die Notwendigkeit der italienisch-südslawischen Solidarität und Allianz, die Großzügigkeit in Bezug auf territoriale Besitzansprüche geboten erscheinen ließen. Aus diesen beiden Gründen erklärte er Dalmatien, dessen „slawischen“ Charakter er betonte, zum Teil des zukünftigen Nachbarstaates in Italiens Nordosten, des von ihm vorgezeichneten „Großillyrien“, was den ausdrücklichen Verzicht auf die rein italienische Hoheit über die Adria bedeutete. Schwankend äußerte er sich hingegen zu der Frage nach der staatlichen Zugehörigkeit Triests, Istriens und Rijekas (ital. Fiume). Vom geostrategischen Standpunkt aus boten sich sowohl die Isonzo-Mündung als Grenze an, die schon Napoleon vorgesehen hatte, als auch die istrische Halbinsel, wofür Mazzini letztlich plädierte, ohne jedoch zur Zukunft Rijekas eindeutig Stellung zu nehmen<sup>90</sup>. In Giobertis Konzept überwog dagegen das historisch-kulturelle Argument, auf dessen Basis er die Zugehörigkeit des „illyrischen“ Küsten- und Inselgebiets und Dalmatiens zu Italien postulierte. Diese Provinzen seien zwar geographisch von der Halbinsel getrennt, schrieb er in seinem 1843 erschienenen Risorgimento-Programm, aber ethnisch, sprachlich und kulturell doch auf vielfältige Weise seit der Antike mit Italien verbunden und in der neueren Zeit venetianisch-italienisch geprägt. Die Dominanz der italienischen Zivilisation rechtfertigte folglich Italiens Anspruch auf Hoheit im adriatischen Raum, wobei es aufschlußreich ist, daß Gioberti diesen Anspruch nicht gegen die Südslawen verteidigte, deren Emanzipationsbestrebung und kulturelle Eigenständigkeit er angesichts der „italienisch“ definierten Identität des Landes unberücksichtigt ließ, sondern gegen die europäischen Großmächte: „Da es sein könnte, daß die Ereignisse eine Neuordnung Europas möglich und notwendig machen und eine weisere Politik die Führer der Nationen dazu bewegt, die Aufteilung der Staaten mit den geographischen und ethnographischen Gegebenheiten der Völker in Einklang zu bringen, müssen diejenigen, die das Schicksal Italiens lenken, dafür sorgen, daß die Ostküste der Adria, sofern nicht griechisch, italienisch sein muß, statt englisch, russisch oder deutsch.“<sup>91</sup>

Losgelöst vom historischen Kontext wurde später Gioberti mit seiner Forderung nach Harmonisierung von „Kulturraum“ und Staatsgrenzen zum Gewährsmann für den Ruf nach „italiantà“ des gesamten adriatischen Küstengebietes<sup>92</sup>. Die beiden

<sup>89</sup> Vgl. Pierjevec: Niccolò Tommaseo 136.

<sup>90</sup> Vgl. dazu A. Ara: Il problema dei confini nord-orientali d' Italia [Die Frage der italienischen Nordostgrenzen]. Il Veltro. Rivista della civiltà italiana 17 (1973) 4–6, 687–695.

<sup>91</sup> V. Gioberti: Del Primato morale e civile degli italiani. Hrsg. v. G. Balsamo-Crivelli. Turin 1920, Bd. 3, 191.

<sup>92</sup> So z. B. bei Ettore Alodoli in La Nazione vom 24. April 1941: „La Dalmazia nel pensiero di Gioberti e di altri scrittori del Risorgimento“.

genannten Stimmen markierten somit die Spannung zwischen patriotischem Ideal universaler Völkerfreundschaft und nationalem Selbstbehauptungs- und Abgrenzungswillen im italienischen Risorgimento. Obwohl der Traum vom italienisch-slawischen Bündnis 1848/49 unerfüllt blieb, überlebte die Erkenntnis schicksalhafter Nähe und wechselseitiger Abhängigkeit, die die europäische Dimension der „*quistione italiana*“ wegweisend aufzeigte, allerdings ohne auf Dauer eine wirksame Barriere gegen nationale-nationalistische Egoismen bieten zu können.

## DIE MÄHRISCHE LANDESHAUPTSTADT UM 1800 UND DIE BRÜNNER AUGUSTINER-EREMITEN

Von *Dušan Uhlíř*

Die Stadt Brünn, die 1993 den 750. Jahrestag ihrer rechtlichen Gründung feierte, hat eine Geschichte, die noch tiefer in der Vergangenheit wurzelt. Zwar nennt die erste schriftliche Erwähnung das Jahr 1091, mit Sicherheit können wir jedoch heute sagen, daß die Ursprünge Brünns als Verwaltungszentrum und Marktsiedlung bis in das beginnende 11. Jahrhundert reichen. Damals wurden nämlich drei große Teilfürstentümer der Přemysliden-Dynastie in Olmütz, Brünn und Znaim gegründet. Eine annähernd tausendjährige Geschichte ermöglicht uns durchaus, eine Bilanz zu ziehen und zu zeigen, wie die Stadt nach höchst unterschiedlichen Entwicklungsphasen zu ihrem wirtschaftlichen und kulturellen Aufblühen im 18. und 19. Jahrhundert kam<sup>1</sup>.

Die Gründung des přemyslidischen Lehens in Brünn markiert den ersten Wendepunkt in der Geschichte jener slawischen Siedlung an Schwarzza und Zwitta, aus der sich später die Stadt Brünn entwickeln sollte. Anfangs war Brünn nur eine fürstliche Burg mit angeschlossener Marktsiedlung. Erst allmählich entwickelte sie sich zu einer regelrechten Stadt mit Stadtmauern und Stadtrechten. Diese erste geschichtliche Phase, vom 11. bis Mitte des 13. Jahrhunderts, war durch Machtkämpfe und Streitigkeiten zwischen einzelnen Mitgliedern der Přemysliden-Dynastie gekennzeichnet. Darauf bezieht sich auch die erste schriftliche Erwähnung Brünns in der böhmischen Chronik

---

<sup>1</sup> Zur Geschichte Brünns im Allgemeinen vgl. d'Elvert, Christian: Versuch einer Geschichte Brünns. Brünn 1828. – Bretholz, Bertold: Geschichte der Stadt Brünn. Bd. 1. Brünn 1911 – Bretholz, Bertold: Brünn. Geschichte und Kultur. Brünn 1938. – Trautenberger, Gustav: Die Chronik der Landeshauptstadt Brünn. 5 Bde. Brünn 1891–1897. – Schram, Wilhelm: Ein Buch für jeden Brünner. 5 Bde. Brünn 1901–1905. – Šujan, František: Dějepis Brna [Geschichte Brünns]. Brno 1902. – Šebánek, J./Mayer J./Balbinder, K.: Listy z dějin brněnského obchodu [Blätter aus der Geschichte des Brünner Handels]. Brno 1928. – Bulín, Hynek: Čtení o dávném Brně [Lektüre vom vergangenen Brünn]. Brno 1948. – Hálová-Jahodová, Cecilie: Brno, stavební a umělecký vývoj města [Brünn, die bauliche und künstlerische Entwicklung der Stadt]. Brno 1947. – Dějiny Brna [Geschichte Brünns]. 2 Bde. Hrsg. v. Jaroslav Dřímál und Václav Peša. Brno 1969–1973. – Zabel, Johann: Zweihundert Jahre Bistum Brünn 1777–1977. Königstein/Taunus 1976. – Tomšchik, Erich: Brünn im Wandel der Zeit. Stuttgart 1983. – Brno mezi městy střední Evropy [Brünn unter den Städten Mitteleuropas]. Brno 1983. – Brünner Köpfe. Lebensbilder bedeutender Frauen und Männer unserer Heimatstadt. Stuttgart 1988. – Polišenský, Josef: Brněnské motivy ve světových dějinách [Brünner Motive in der Weltgeschichte]. In: Forum brunense 1988. Brno 1988, 45–54. – Uhlíř, Dušan: Brněnský pitaval [Der Brünner Pitaval]. Brno 1992. – Sirovátka, Oldřich et al.: Město pod Špilberkem [Die Stadt unter dem Spielberg]. Brno 1993.

von Cosmas zum Jahr 1091<sup>2</sup>. Auch später – noch Ende des 12. Jahrhunderts – war die Stadt Schauplatz der Rivalität zwischen mährischen und böhmischen Přemysliden, die im Jahr 1182 in der Erhebung Mährens zur dem Reich direkt untergeordneten Markgrafschaft durch Kaiser Friedrich I. Barbarossa mündete<sup>3</sup>. Auch als später zur Versöhnung zwischen beiden Parteien kam und sich die Bindung zwischen Böhmen und Mähren unter dem Zepter der Könige aus dem Hause der Přemysliden festigte, blieb die Markgrafschaft Mähren als Reminiszenz an die alten Streitigkeiten bestehen.

Die zweite Zäsur in der Stadtgeschichte begann mit der Kolonisation. Die Kolonisten, überwiegend aus Deutschland, prägten das Stadtbild neu. Brünn wurde nun eine mittelalterliche königliche Stadt. Den Grundstein legte König Wenzel I. 1243 mit der Verleihung der Stadtrechte<sup>4</sup>.

Kulturell wurde nun die Stadt vom Zusammenleben der einheimischen slawischen Bevölkerung mit den Neuankömmlingen geprägt. Letztere hatten die meisten Stadtämter inne. Die Kolonisierung brachte der alten Siedlung einen nie zuvor dagewesenen Wohlstand. Handwerk und Handel erfuhren einen beträchtlichen Aufschwung. Die böhmischen Könige waren den Kolonisten und der Stadt Brünn durchaus wohlgeneigt. Der berühmteste unter ihnen, König Přemysl Otakar II., der seine Jugendjahre als Markgraf von Mähren in Brünn verbracht hatte, weilte auch in späteren Jahren regelmäßig in den Mauern Brünns. Auf dem Felsen oberhalb der Stadt ließ er eine Burgfestung bauen. So entstand in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts die Burg Spielberg, in den folgenden Jahrhunderten als Militärfestung und berüchtigtes Gefängnis bekannt. Hier sammelten sich 1278 die Truppen des böhmischen Königs, zur Schlacht gegen Rudolf von Habsburg<sup>5</sup>.

Auch im 14. Jahrhundert blieb Brünn Residenz der Markgrafen von Mähren (Angehöriger einer Nebenlinie des Hauses Luxemburg) und erlebte eine weitere Blütezeit. Die geruhsamen Jahre unterbrach jedoch nach dem Tod Kaiser Karl IV. im Jahre 1378 ein Bürgerkrieg zwischen rivalisierenden Luxemburgern. Auch die Hussitenkriege zu Beginn des 15. Jahrhunderts, als Brünn Bollwerk der katholischen Partei und Kaiser Sigismunds wurde, brachten der Stadt keinen Wohlstand<sup>6</sup>. In diesen Kriegen ebenso wie später, als der streitbare Adel den Ton angab, büßte Brünn erheblich an Bedeutung und Prosperität ein. Hinzu kamen noch Streitigkeiten mit der Stadt Olmütz, die mit Brünn um die Vormachtstellung unter den mährischen Städten rivalisierte. Die alleinige Landeshauptstadt war Brünn im Mittelalter tatsächlich nicht. Die Landtagsversammlungen und Landesgerichte tagten wechselseitig in Brünn und Olmütz, die Landtafeln wurden in zwei Reihen – einer Brünner und einer Olmützer –

<sup>2</sup> Flodrová, Milena: Kosmas a Brno [Cosmas und Brünn]. In: Forum brunense 1992. Brno 1992, 9–10.

<sup>3</sup> Válek, Josef: Dějiny Moravy [Geschichte Mährens]. Bd. 1. Brno 1991, 41–45.

<sup>4</sup> Krška, Ivan: Brněnská městská listina z první poloviny 14. století [Brünner Stadt-Urkunde aus der 1. Hälfte des 14. Jhdts.]. Brněnský archivní věstník 3 (1958).

<sup>5</sup> Uhlíř: Brněnský pitaval 20–31.

<sup>6</sup> Válek, Josef: Počátek války o Moravu 1422–1423 [Anfang des Krieges um Mähren]. Jižní Morava 18 (1982) 48–52. – Urbánek, Rudolf: K historii husitské Moravy [Zur Geschichte des hussitischen Mährens]. Časopis Matice moravské 63 (1939) und 64 (1940).

geführt. Olmütz hatte außerdem als Sitz des Erzbischofs von Mähren und seit 1566 einer Universität an Bedeutung gewonnen<sup>7</sup>.

Erst am Ende des Dreißigjährigen Krieges wurde die Situation günstiger. Aufgrund der politischen, militärischen und auch wirtschaftlichen Entwicklung fiel die Entscheidung für Brünn als Landeshauptstadt. Damit eröffnete sich eine neue Phase der Stadtgeschichte<sup>8</sup>. Schon 1636 wurde Brünn zum Sitz des mährischen Tribunals, einer Verwaltungsbehörde. Von da an übersiedelten nach und nach auch andere Landesbehörden und -institutionen nach Brünn. Mehrere Faktoren begünstigten diese Entwicklung: die geographische Lage im Zentrum des Landes nahe der Haupt- und Residenzstadt Wien, die Existenz „eines wohl erbauten und sicher verwahrten Landhauses“, die gute Postverbindung mit Prag und anderen Städten und schließlich eine gute Versorgung mit Lebensmitteln, hauptsächlich mit einheimischem Wein aus der Umgebung<sup>9</sup>.

Den Ausschlag gab jedoch die schwedische Invasion Mährens Anfang der vierziger Jahre. Olmütz wurde von den Schweden schon 1642 erobert und blieb acht Jahre lang in deren Händen. Brünn dagegen leistete zweimal Widerstand und verteidigte sich heldenhaft – besonders 1645 während der zweiten Belagerung. Dadurch wurde auch die Reichshauptstadt vor einer schwedischen Invasion gerettet, was der Wiener Hof zu belohnen mußte. Brünn war fortan alleinige Landeshauptstadt Mährens und wurde mit mehreren Vorrechten vorwiegend wirtschaftlicher Natur ausgestattet. Viele Bürger der Stadt wurden in den Adelsstand erhoben<sup>10</sup>. Der Brünnener Spielberg, nach dem Dreißigjährigen Krieg zu einer der modernsten und sichersten Festungen der Habsburgermonarchie umgebaut, wurde Sitz des mährischen Landeskommandanten<sup>11</sup>. Allmählich befreite sich die Stadt aus ihren mittelalterlichen Strukturen und begann eine bedeutende Rolle im mitteleuropäischen Raum zu spielen. Bald schon zeigten sich Ansätze einer Industrieregion.

\* \* \*

Militärisch hatten sich Stadt und Festung noch im 18. Jahrhundert (während einer Belagerung durch Preußen und Sachsen im Österreichischen Erbfolgekrieg 1742) gut bewährt, was den Einwohnern ein Gefühl der inneren Sicherheit verlieh<sup>12</sup>. In diesem Milieu und unter Einfluß der alten Handwerks- und Handelstradition entwickelte

<sup>7</sup> Válka: Dějiny Moravy 150–170. – Balcárek, Pavel: Brno versus Olomouc. Pod Špilberkem proti Švédům [Brünn versus Olmütz. Unter dem Spielberg gegen die Schweden]. Brno 1993.

<sup>8</sup> Balcárek: Brno versus Olomouc 28–50.

<sup>9</sup> Balcárek, Pavel: Příspěvek k problematice povýšení Brna na hlavní město Moravy [Ein Beitrag zur Erhebung Brünns zur Landeshauptstadt Mährens]. In: Brno mezi městy střední Evropy 154–157.

<sup>10</sup> Bretholz, Bertold: Der Verteidigungskampf der Stadt Brünn gegen die Schweden 1645. Brünn 1895. – Balcárek: Brno versus Olomouc 55.

<sup>11</sup> Franěk, Otakar/Toman, Oldřich: Špilberk [Spielberg]. Brno 1968. – Uhlíř, Dušan: Der Spielberg als Strafanstalt der Habsburgermonarchie. In: 200 Jahre Rechtsleben in Wien. Wien 1986, 59–62.

<sup>12</sup> Kindl, Johann Michael: Breve compendium oder Gründliche kurtze Beschreibung des Preussisch- und Sächsischen feindlichen Einfalls im Markgrathum Mähren. Brünn 1743.

sich die Stadt allmählich zum Industriezentrum. Es entstand dort eine Sozialstruktur, die gute Voraussetzungen für die unternehmerische Tätigkeit des ausgehenden Feudalismus darbot. Zu derselben Zeit sind aber auch bemerkenswerte intellektuelle Aktivitäten zu beobachten. Im 17. Jahrhundert lebten und wirkten in Brünn vor allem zwei namhafte Vorkämpfer des österreichischen Merkantilismus, die eine wesentliche Rolle im wirtschaftlichen Denken ihrer Zeit spielten: Paul H. Morgenthaler und Fabian Sebastian Malivský von Maliv. Der Brünnener Richter Morgenthaler veröffentlichte 1653 einen großzügigen Plan zur wirtschaftlichen Belebung der böhmischen Kronländer und Österreichs<sup>13</sup>, und zehn Jahre später legte der Rechtsanwalt Malivský einen ähnlichen Entwurf den mährischen Landesständen und später auch dem Kaiser vor. Beide verwarfen die Zunftwirtschaft mit ihren veralteten und überlebten Privilegien, empfahlen die einheimische Produktion zu fördern und die Einfuhr ausländischer Güter zu beschränken. Sie betonten dabei die Exportfähigkeit der einheimischen Erzeugnisse.

Das Wirken der beiden Merkantilisten war Katalysator der industriellen Revolution in Brünn<sup>14</sup>. Nach und nach entstanden hier mehrere Manufakturen, vorwiegend der Textilbranche. Die Gründung einer erfolgreichen Feinwolltuchfabrik im Jahre 1764 erwies sich auch als folgenreich für die sozio-ökonomische Entwicklung der Stadt, und so kamen in der Brünnener Wirtschaft um 1800 gleichzeitig mehrere Innovationen zur Geltung. Im Jahre 1802 gab es in der mährischen Landeshauptstadt 12 hochqualifizierte Tuchfabriken, dazu noch acht Tuchmachermeister, deren Produktionsvolumen mit dem der Tuchfabrik vergleichbar war. In der Zeit der napoleonischen Kontinentalsperre arbeiteten in Brünn 14 Tuchfabriken auf Hochtouren für den Export<sup>15</sup>.

Der amerikanische Historiker Herman Freudenberger veröffentlichte in den siebziger Jahren zwei Studien über Brünn als Industrieregion des 17. und 18. Jahrhunderts, in denen er die stürmische wirtschaftliche Entwicklung der Stadt hervorhob und mit jener des englischen Manchester verglich<sup>16</sup>. Freudenberger zeigte, wie sich die damals günstigen Bedingungen in Produktion und Wirtschaft der Stadt auswirkten. Die Triebfeder der industriellen Revolution – in Brünn und anderswo – war nach Freudenberger, die Nachfrage nach Erwerb und Nutzung neuer Produkte. Freudenbergers Theorie der Innovationsschübe beschreibt 17 bestimmte Innovationsfaktoren, die die mährische Landeshauptstadt und ihr Umland als führendes Wirtschaftszentrum Mitteleuropas etabliert hätten.

<sup>13</sup> Burián, Vladimř: První moravský merkantilista Pavel Hynek Morgenthaler [Der erste mährische Merkantilist P. H. M.]. Brno v minulosti a dnes 3 (1961) 72–92.

<sup>14</sup> Burián, Vladimř: Hospodářské a sociální poměry v Brně v roce 1748 [Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Brünn im J. 1748]. Brno v minulosti a dnes 8 (1966).

<sup>15</sup> Janák, Jan: Brno jako středoevropské centrum výroby jemných suken [Brünn als mitteleuropäisches Zentrum der Feinwolltuch-Fabrikation]. In: Brno mezi městy střední Evropy 116–128.

<sup>16</sup> Freudenberger, Herman/Mensch, Gerhard: Von der Provinzstadt zur Industrieregion (Brünn). Göttingen 1975. – Ders.: State Intervention as an Obstacle to Economic Growth in the Habsburg Monarchy. *Journal of Economic History* 27 (1967) 493–509. – Vgl. auch ders.: *The Industrialisation of Central European City. Brno and the Fine Woolen Industry in the 18<sup>th</sup> Century*. Edington, Wiltshire 1977.

Zu den wichtigsten dieser Innovationsfaktoren zählen nach Freudenberger

- Institutionalisierung einer merkantilistischen Entwicklungskonzeption (1653–1743),
- Etablierung einer Entwicklungsbank in Brünn (1686–1751),
- Staatliche Investitionen in die Textilindustrie (1701–1762),
- Gründung von Colonialen Handelsgesellschaften (1670–1719),
- Einführung einer lebensfähigen Feinwolltuch-Fabrikation (1715–1764),
- Ausbildung von Textilarbeitern (1701–1765),
- Lockerung der Innungskontrolle (1672–1754),
- Straßenbau (1704–1740),
- Bereitstellung sachbezogener Informationsdienste (1666–1754),
- Einführung eines Schutzzollsystems (1737–1775),
- Abschaffung von Monopolprivilegien für einzelne Textilunternehmungen (1672–1763),
- Abkehr vom wirtschaftlichen Zentralismus (1747 bis 1763)<sup>17</sup>.

Der Prozeß innovativen Denkens und Handelns erfaßte jedoch nicht nur die Textilproduktion. Er fand am Ende des 18. und im Laufe des 19. Jahrhunderts seinen Ausdruck sowohl in weiteren Wirtschaftszweigen, als auch in der Wissenschaft und in anderen neuen Formen gesellschaftlichen Lebens. Es war der Beginn einer Gründerzeit der mährischen Metropole, die tief ins 19. Jahrhundert reichte und zum Aufschwung auch der Maschinenproduktion (1814 wurde die 1. Brünnner Maschinenfabrik gegründet), des Bauwesens, Transports usw. führte.

Auf diesem Hintergrund muß auch die Reformpolitik Josephs II. betrachtet werden, in erster Linie seine Patente aus dem Jahre 1781: Das Toleranz- und Judenpatent sowie das Patent über die Aufhebung der Leibeigenschaft wirkten sich nachhaltig im gesellschaftlichen Leben der Stadt aus, weil von nun an auch Protestanten und Juden den anderen kaiserlichen Untertanen gleichgestellt waren. Für Brünn bedeutete das auch die Beteiligung dieser Gruppen am Wirtschafts- und Kulturleben der Stadt.

In den Jahren 1773–1787 wirkte unter den Juden der Stadt ein „Messias“, Jakob Frank, dessen Lehre auf eigenartige Weise Judentum und Christentum zu vereinen suchte. Sein Wirkungskreis unter den mittel- und osteuropäischen Juden war beträchtlich. Viele Anhänger Franks pilgerten nach Brünn und brachten dem Pseudopropheten großzügige Gaben, was wiederum der Stadt wirtschaftlich zum Nutzen gereichte. Wichtiger jedoch war der geistige Nachlaß Jakob Franks: die Ideen des falschen Messias verschmolzen in der zweiten Generation der „Frankisten“ mit den Ideen der Spätaufklärung, die später das Leben der Brünnner Judengemeinde wesentlich beeinflussten<sup>18</sup>. Träger dieses Ideengutes – einer Annäherung von Juden und

<sup>17</sup> Freudenberger/Mensch: Von der Provinzstadt 48–87.

<sup>18</sup> Uhlíř, Dušan: Brněnská židovská obec v 18. století a sekta Jakuba Franka [Brünnner Judengemeinde im 18. Jhd. und die Sekte J. Franks]. In: Forum brunense 1993. Brno 1993, 71–82.

Christen – war die reiche jüdische Unternehmerfamilie Dobruška-Schönfeld, die weitläufige Handelsbeziehungen in der Monarchie und mit dem Ausland pflegte.

Die Toleranzpolitik Josephs II. lockte auch viele Lutheraner aus Deutschland herbei. Es waren nicht nur Unternehmer im Textilbereich, wie zum Beispiel die Fabrikanten Heinrich Friedrich Hopf und Johann Bartholomäus Seittler, sondern auch Wissenschaftler und Pädagogen wie Pastor Viktor Heinrich Riecke und Christian Carl André, dem Herausgeber des *Hesperus*, einer Zeitschrift für gebildete Leser. Diese Einwanderer gründeten in Brünn in den achtziger Jahren eine protestantische Schule. Sie waren engagierte Anhänger der josephinischen Reformpolitik sowie der Aufklärungsideale, und viele von ihnen vereinigten sich schließlich mit den mährischen Aufklärern – adeligen wie bürgerlichen – in der zweiten Brünnner Freimaurerloge „Zu den wahren vereinten Freunden“<sup>19</sup>.

Trotz des Verbots aller Geheimgesellschaften unter Franz II. setzten sie ihre Tätigkeit fort. Um Verfolgungen zu entgehen, gründete man zwei private wissenschaftliche Gesellschaften; ihrer philanthropischen Tätigkeit gingen die Freimaurer in verschiedenen wohltätigen Zirkeln nach. Die meisten von ihnen standen auch 1816 Pate bei der Gründung Franzens Museum in Brünn, des späteren Mährischen Landesmuseums. Besondere Verdienste um die Vereinigung der beiden Gesellschaften erwarb sich Christian Carl André, der auch 1803 das Programm erarbeitet und 1806–1809 die K. k. Mährische Ackerbaugesellschaft mit begründet hat, die 1811 in die K. k. Mährisch-schlesische Gesellschaft zur Beförderung des Ackerbaues, der Natur- und Landeskunde erweitert wurde. Ihr erster Vorsitzender war Hugo Franz Altgraf von Salm-Reifferscheidt, André wurde Sekretär<sup>20</sup>.

Wie die beschriebenen kulturellen und intellektuellen Bemühungen im Zusammenhang mit den Entwicklungstendenzen der aufblühenden Brünnner Industrie gesehen werden müssen, zeigt anschaulich die Geschichte des Eisenbahnbaus:

Die Eröffnung der ersten Eisenbahn der österreichischen Monarchie – der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn – im Jahre 1839, die die Verbindung zwischen Wien und Brünn herstellte, war ein konkretes Ergebnis gemeinsamer Bemühungen aller für neue Entwicklungen aufgeschlossenen Vertreter der Spätaufklärung und des Frühliberalismus<sup>21</sup>.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Brünnner Industrieregion brachte auch eine starke Arbeiterbewegung mit sich – eine der mächtigsten der gesamten Monarchie –, deren erste Strukturen schon im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts sichtbar wurden. Die Arbeiterfrage verknüpfte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zusehends mit

<sup>19</sup> Kroupa, Jiří: Alchymie štěstí. Pozdní osvícenství a moravská společnost [Alchimie des Glücks. Die Spätaufklärung und die mährische Gesellschaft]. Kroměříž-Brno 1986, 55–77.

<sup>20</sup> Ebenda 173–192.

<sup>21</sup> Die ersten fünfzig Jahre der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn 1836–1886. Wien 1886. – Krejčířík, Mojmír: Zahájení provozu na železniční trati Vídeň-Brno 7. července 1839 [Eröffnung des Betriebes der Eisenbahn Wien-Brünn am 7. Juli 1839]. In: Forum brunense 1989. Brno 1989, 51–56.

der tschechischen Nationalfrage<sup>22</sup>. Zusammen stellten sie eine stete Gefahr für das Weiterbestehen des habsburgischen Vielvölkerstaates dar.

\* \* \*

Das wissenschaftliche Leben Mährens konzentrierte sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in der K. k. Mährisch-schlesischen Gesellschaft zur Beförderung des Ackerbaus, der Natur- und Landeskunde, kurz nur Ackerbaugesellschaft genannt, die in mehreren wissenschaftlichen Sektionen arbeitete. Es war das Verdienst dieser Gesellschaft, daß sich die wissenschaftliche Forschung trotz ungünstiger politischer Verhältnisse unter Metternich weiterentwickeln konnte. Hinsichtlich der verschärften staatlichen Kontrolle und der Zensur konnten größere Erfolge fast nur noch auf dem Gebiet der Naturwissenschaften erzielt werden. Hier wurden die ersten Schritte zur Verbindung der Naturwissenschaften mit der Landwirtschaft unternommen. Es wurde u. a. das Problem der Zeugung und Vererbung abgesondert, Hybridisation erforscht, Schafselektion und Pflanzenveredelung durchgeführt. In der naturwissenschaftlichen Sektion der Ackerbaugesellschaften arbeiteten damals viele Vorkämpfer neuer Methoden in der Landwirtschaft, wie – neben Christian Carl André, Ferdinand von Geisslern, Franz Diebl, Johann Karl Nestler, Johann Nepomuk Sedláček u. a., die durch ihre Arbeit den späteren Entdeckungen des Brünner Genetikers Johann Gregor Mendel den Weg bereiteten und eine Basis für spätere naturwissenschaftliche Forschungen und Entdeckungen des späteren 19. Jahrhunderts erarbeiteten<sup>23</sup>.

Eine besondere Stellung in der Brünner Wissenschaft und Kultur nahm seit der Jahrhundertwende das Kloster der Augustiner-Eremiten in Altbrünn ein, das sich geradezu zu einer Brutstätte von Talenten und Gedankengut entwickelte. Unter den

<sup>22</sup> Vytiská, Josef: Brněnská průmyslová oblast v první polovině 19. století [Die Brünner Industrieregion in der 1. Hälfte des 19. Jhdts.]. Brno v minulosti a dnes 5 (1963). – Jordán, František: Sjezd dělnictva československého v Brně a jeho místo v procesu sjednocení českého a rakouského dělnického hnutí [Kongress der tschechoslawischen Arbeiterschaft und seine Stelle im Einigungsprozess der tschechischen und österreichischen Arbeiterbewegung]. Brno 1957.

<sup>23</sup> Vgl. dazu mehrere Aufsätze des Brünner Naturforschers Vítězslav Orel u. a.: Program rozvoje vědy na Moravě na počátku 19. století [Ein Programm für die Entwicklung der Wissenschaft in Mähren zu Beginn des 19. Jhdts.]. Dějiny vědy a techniky 18/3 (1985) 149–158 (gem. m. Antonín Verbík); Embryonální „Genetische Gesetze“ zveřejněné v Brně před Mendlovým narozením [Die Ansätze der in Brünn vor Mendels Geburt veröffentlichten „genetischen Gesetze“]. Dějiny vědy a techniky 28/1 (1994) 15–22; Heredity in the Teaching Programme of Professor J. K. Nestler (1783–1841). Acta Universitatis Olomucensis. Facultas rerum naturalium, tome 59 (1978) 79–98; Das Interesse F. C. Napps (1792–1867) für den Unterricht der Landwirtschaftslehre und die Forschung der Hybridisation. Časopis Moravského muzea LX, Folia Mendeliana 10 (1975) 225–241; Počátek proslulosti moravského šlechtitelství před G. Mendlem v osobě Ferdinanda Geisslerna [Anfänge der Berühmtheit der mährischen Veredelung vor G. Mendel in Person des F. G.]. Vlastivědný věstník moravský 27/1 (1975) 72–75; Programy učených společností v Brně na přelomu 18. a 19. století [Programme der gelehrten Gesellschaften in Brünn an der Wende des 18. und 19. Jhdts.]. In: 200 let České společnosti nauk 1784–1984. Praha 1985, 107–112 (gem. m. Antonín Verbík).

Ordensbrüdern wirkten aber auch Gelehrte und Schriftsteller, die wegen ihres Frei-sinns in Konflikt mit staatlichen und kirchlichen Autoritäten gerieten.

Die Ära Metternich, die nach 1815 für mehrere Jahrzehnte den inneren Frieden erhielt, schuf diesen mit Mitteln, die in mancher Hinsicht die Abtötung allen freien gesellschaftlichen Lebens bewirkten. Dies bekamen nicht nur sich radikalisierende Bürgerliche, Intellektuelle und Studenten zu spüren, sondern auch freidenkende Geistliche. Die bedrückende Atmosphäre, die das Kirchenleben jener Zeit kennzeichnete, bekannt durch die Novelle „Innocens“ von Ferdinand von Saar, hinterließ auch im religiösen Denken jener Zeit tiefe Spuren<sup>24</sup>. Die politische Restauration verband sich mit der römisch-katholischen im gemeinsamen Kampf gegen alle, die der Ideen der Aufklärung oder des Liberalismus verdächtig waren. Bittere Erfahrungen mit dem Regime des österreichischen Vormärz, wie sie ein Bernard Bolzano in Prag und ein Klemens Maria Hofbauer in Wien machten, blieben keine Einzelfälle. Das Altbrünner Augustinerkloster liefert indes den Beweis für die dennoch vorhandene Existenz kreativen und kritischen Denkens in dieser Zeit, selbst noch hinter Klostermauern<sup>25</sup>.

Das Kloster der Brünner Augustiner, das zur Kongregation der Augustiner-Eremiten gehörte, wurde im Jahre 1350 vom mährischen Markgrafen Johann Heinrich, dem Bruder Kaiser Karls IV. aus der Dynastie der Luxemburger, gegründet. Das Gebäude mit der benachbarten Kirche, wurde außerhalb der Stadtmauern errichtet und erst später in die Stadtbefestigung eingeschlossen. Es hatte eine Sonderstellung unter den übrigen Augustinerklöstern des böhmischen Königreichs, da es nicht dem Provinzial, sondern direkt dem Ordensgeneral unterstellt war. Nicht zuletzt aus diesem Grunde entwickelte es sich unabhängig von anderen Klöstern der böhmischen Provinz<sup>26</sup>. Vorgesetzter des Brünner Konvents war folglich auch kein Prior, sondern ein Abt.

Im Laufe der Jahrhunderte erwarb sich das Kloster einen hohen Rang im geistigen und politischen Leben Mährens. Es überdauerte die Wirren der Hussitenkriege sowie die Reformation und entwickelte sich zum wichtigsten Zentrum des Marienkultes in Mähren. Aus seinen Mauern gingen mehrere namhafte Theologen und Würdenträger hervor. Erst die Reformpolitik Joseph II. verfügte eine entscheidende Veränderung. Die Klostersgemeinde mußte den bisherigen Ort bei St. Thomas verlassen und siedelte sich in einer Vorstadt an.

Unter die Religionsorden und Klöster, die von Joseph II. aufgehoben wurden, gehörte auch das Königinkloster der Zisterzienserinnen in Altbrünn, einer Vorstadt, die vor den Stadtmauern lag. Die Augustiner gehörten zu den wenigen Kirchenorden, die von der Aufklärung stark beeinflußt waren. Ähnlich wie die Prämonstratenser und Dominikaner, unterstützten auch die Augustiner die Reformbemühungen Josephs.

<sup>24</sup> Saar, Ferdinand von: *Innocens. Eine Novela*. Heidelberg 1892, 51–52.

<sup>25</sup> Vgl. *Katholische Aufklärung und Josephinismus*. Hrsg. v. Elisabeth Kovács. Wien 1979. – Fleischmann, Kornelius: *Klemens Maria Hofbauer. Sein Leben und seine Zeit*. Graz-Wien-Köln 1988. – Winter, Eduard: *Tisíc let duchovního zápasu* [Tausend Jahre des geistigen Kampfes]. Praha 1940.

<sup>26</sup> d'Elvert, Christian: *Das Augustiner Kloster St. Thomas in Brünn mit Rückblicken auf die anderen Augustiner-Eremiten-Klöster in Mähren*. Notizen-Blatt (1865) Nr. 2.

Dennoch wurden sie von seinen Maßnahmen betroffen. Das Augustinerkloster bei St. Thomas zog die Begehrlichkeit staatlicher Behörden sowohl durch seine schöne Bauweise und repräsentative Erscheinung, als auch seiner Lage im Stadtzentrum wegen auf sich. Aufgrund einer kaiserlichen EntschlieÙung wurde es schließlich zum Sitz der Landesregierung und des mährisch-schlesischen Landesgouverneurs sowie zur Unterbringung der k. k. Ämter und Gerichtsbehörden bestimmt<sup>27</sup>. Als Ersatz erhielten die Augustiner das Gebäude des aufgehobenen Königinklosters der Zisterzienserinnen, in dessen Stiftskirche das „wundertätige“ Marienbild von St. Thomas am 7. Juni 1783 feierlich überführt wurde<sup>28</sup>.

Mit dieser Übersiedlung begann eine neue Epoche in der Geschichte des Klosters. Von hier datiert ein nie dagewesener intellektueller Aufschwung der Brüner Augustiner. In den folgenden Jahrzehnten legte das Konvent in Altbrünn – beeinflusst durch die Ideen der Spätaufklärung, des Liberalismus und nicht zuletzt durch den beginnenden tschechischen Nationalismus – in vielfältiger Weise Zeugnis seiner Bildungs- und Organisationsreife ab. Unter Führung toleranter Äbte entwickelten sich mehrere Ordensmitglieder zu bedeutenden Persönlichkeiten der mährischen Kultur und Wissenschaft. Es waren wesentlich die Männer aus den Reihen des Brüner Augustinerkonvents – und weniger die Mitglieder der übrigen Brüner Klöster, der Jesuiten, Kapuziner, Minoriten und Barmherzigen Brüder – die zum Aufblühen des geistigen Lebens in Mähren beitrugen, insbesondere unter dem Abt Franz Cyrill Napp (1792–1867).

Abt Napp, ein toleranter Deutscher, verkehrte nicht selten mit tschechischen Wissenschaftlern und Politikern der sogenannten nationalen Wiedergeburt – mit Josef Dobrovský, František Palacký, Pavel Josef Šafařík und František Ladislav Rieger. Er unterstützte nicht nur die wissenschaftliche und kulturelle Arbeit im Kloster, sondern auch die nationalen Bestrebungen der Tschechen. Die Abtwürde übte er seit dem Jahr 1824 bis zu seinem Tode 1867 aus. Als mährischer Patriot machte er sich um wichtige Neuerungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich verdient, u. a. um die Errichtung der Technischen Hochschule, der Gründung der Sparkassen und der Hypothekenbank<sup>29</sup>. Unter seiner Obhut wurde das Altbrüner Kloster zum Zentrum der Wissenschaften, an denen er sich als Theologe beteiligte. Unter den Augustinern jener Zeit sind etliche zu nennen, die Bedeutendes im ihrem Fachgebiet oder im öffentlichen Leben geleistet haben.

Von 1807–1821 wirkte der freidenkende Theologe und tschechische Schriftsteller Pater Philipp Neděle (1778–1825) als Professor der Hermeneutik an der theologischen

<sup>27</sup> Š i g u t, František: Zrušení kláštera Králové na Starém Brně [Aufhebung des Königinklosters in Altbrünn]. Časopis slovanských bohoslovců 65 (1934–1935). – J a n e t s c h e k, Clemens: Das Augustiner-Eremitenstift St. Thomas in Brünn. Bd. 1: Brünn 1898.

<sup>28</sup> T r a u t e n b e r g e r: Chronik der Landeshauptstadt Brünn IV, 138.

<sup>29</sup> Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 3: München 1985. – Z l á m a l, Bohumil: Cyril František Napp, augustiniánský opat na Starém Brně 1798–1867. Životopisný nástin [C. F. N., der Augustinerabt in Altbrünn. Biographischer Abriß]. Věstník jednoty duchovenstva diecéze brněnské a olomoucké (1938). – Vgl. auch Moravský zemský archiv Brno (Mährisches Landesarchiv Brünn, (weiter nur MZA), Fond E4, Brüner Augustiner, Personalien der Mönche; Abt, Cyril Napp, Kart. 198–208.

Lehranstalt Brünn<sup>30</sup>. Der Literaturhistoriker und Schriftsteller Pater Franz Thomas Bratranek (1815–1884) erfreute sich als angesehener Kenner des Werkes von J. W. Goethe damals eines internationalen Rufes<sup>31</sup>. Als leidenschaftlicher, bei den Studenten beliebter Lehrer an der philosophischen Anstalt war in den dreißigern und vierziger Jahren der Philosoph, Schriftsteller und Journalist Pater Franz Mathäus Klácel (1808–1882) tätig<sup>32</sup>. Pater Paul Křížkovský (1820–1885) zeichnete sich als Komponist, Chormeister und Reformator des Kirchengesanges aus – der bekannte Komponist Leoš Janáček war einer der zahlreichen Zöglinge dieses Tonkünstlers<sup>33</sup>. Die bedeutendste Persönlichkeit unter den Augustinern aber war zweifellos der heute weltbekannte Naturforscher und Begründer der Genetik Johann Gregor Mendel (1822–1884)<sup>34</sup>. Mendel folgte Franz Cyrill Napp als gewählter Abt des Altbrünner Konvents von 1868 bis 1884 nach, ihm selbst der namhafte Philologe und Gymnasialprofessor für tschechische Sprache Anselm Rambousek (1824–1901)<sup>35</sup>. Die Galerie bedeutender Männer aus dem Brünner Augustinerkloster bliebe allerdings unvollständig, ohne den damals bekannten Redakteur der Zeitung Hlas (Die Stimme) und katholischen Politiker Tomáš Šilinger (1866–1913)<sup>36</sup>. Am Aufschwung des geistigen Lebens im Altbrünner Klosters waren gleichrangig Ordensbrüder tschechischer wie deutscher Nationalität beteiligt. Im Konvent gab es keine nationalen Differenzen. Hier herrschte ethnische Liberalität, die die Mönche auch in ihren anderen Wirkungskreisen zu verbreiten suchten<sup>37</sup>.

Das Klosterleben hatte jedoch auch Schattenseiten, wie das Beispiel zweier Ordensbrüder aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts belegt. Das bewegte Schicksal des Franz Mathäus Klácel, eines radikalen Journalisten<sup>38</sup> und Freundes der Schrift-

<sup>30</sup> Wurzbach, Constant von: Biographisches Lexikon. Bd. 20: Wien 1869. – MZA, Fond E4, Filip Neděle, Kart. 2111, 279.

<sup>31</sup> Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 1: München 1975. – MZA, Fond E4, Tomáš František Bratranek, Kart. 191.

<sup>32</sup> Kabelík, Jan: František Matouš Klácel. Praha 1908. – Dvořáková, Zora: František Matouš Klácel. Praha 1976. – MZA, Fond E4, Matouš Klácel, Kart. 195.

<sup>33</sup> Eichler, Karel: P. Pavel Křížovský. Životopisný nárys [P. P. K. Der biographische Umriss]. Brno 1904. – Janáček, Leoš: Pavel Křížovský a jeho činnost u opravě chrámové hudby [P. K. und seine Tätigkeit bei einer Reform der Kirchenmusik]. In: Cecilie, časopis pro katolickou hudbu posvátnou v Čechách, na Moravě a ve Slezsku 2 (1875).

<sup>34</sup> Kříženecký, Jaroslav: G. J. Mendel 1822–1884. Texte und Quellen zu seinem Wirken und Leben. Prag 1965. – MZA, Fond E4, Abt. J. G. Mendel, Kart. 197.

<sup>35</sup> Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 3: München 1989. – MZA, Fond E4, Abt. Anselm Rambousek, Kart. 281.

<sup>36</sup> MZA, Fond E4, Tomáš Šilinger, Kart. 221.

<sup>37</sup> Zlámal: C. F. Napp. – Michálek, A.: Účast moravského kněžstva na národním probuzení tiskem v letech 1848–1850 [Teilnahme der mährischen Priesterschaft an dem nationalen Erwachen durch die Presse 1848–1850]. Archa 25 (1937) 17–28, 63–77. – Cinek, František: K národnímu probuzení moravského dorostu kněžského [Zum nationalen Erwachen des mährischen Priesternachwuchses]. Olomouc 1934.

<sup>38</sup> Aus der Beziehung Kláčels zu Božena Němcová entstand ein bemerkenswertes Werk „Listy přítelkyni o původu socialismu a komunismu“ [Briefe eines Freundes an seine Freundin über den Ursprung des Sozialismus und Kommunismus], das Klácel im Jahre 1850 herausgegeben hatte.

stellerin Božena Němcová, der im Revolutionsjahr 1848 zu den bedeutendsten politischen Aktivisten Mährens gehörte und deswegen den Zorn des Brünnner Episkopats auf sich zog, ist zur Genüge bekannt<sup>39</sup>. Klácel verließ später den Orden und wanderte in die Vereinigten Staaten von Amerika aus, wo er im Alter von 74 Jahren starb<sup>40</sup>. Weniger bekannt ist der Fall des Pater Philipp Neděle, dessen Verfolgung an den Prager Prozeß des Bernhard Bolzano erinnert. Es ist sicher kein Zufall, daß sich der Fall des Philipp Neděle fast zur selben Zeit wie der Fall Bolzano und seines Schülers Michael Josef Fesl ereignete<sup>41</sup>.

Philipp Neděle, geboren in Polička in Ostböhmen<sup>42</sup>, studierte am Lyceum bei den Piaristen in Litomyšl, absolvierte Philosophie in Prag und die theologische Fakultät in Olmütz. Als Mitglied des Augustinerkonvents in Brünn wurde er im Jahre 1807, in seinem 29. Lebensjahr, zum Professor der Hermeneutik beider Testamente an der Brünnner theologischen Lehranstalt ernannt<sup>43</sup>. Im Jahre 1808 erwarb sich Neděle nach einer öffentlichen Disputation in Olmütz den theologischen Doktorgrad. Er gehörte zu den populärsten Professoren des Brünnner Alumnats<sup>44</sup>. Seine Vorlesungen, die sich durch eine unorthodoxe und undogmatische Auslegung der Bibel auszeichneten, fanden bei den Studenten großen Anklang, was Neděle später erhebliche Unangenehmlichkeiten eintragen sollte.

Neben seinem Lehramt wirkte Professor Neděle auch als Schriftsteller und Verleger. Auf eigene Kosten gab er mehr als ein Dutzend gelehrter Bücher und Andachtschriften – überwiegend in tschechischer Sprache – heraus; einige davon verfaßte er selbst<sup>45</sup>. Diese Tätigkeit, die Neděle aus seinem Professorengeloh finanzierte,

<sup>39</sup> Näheres über Klácel und Literatur von ihm und über ihn im Lexikon české literatury [Lexikon der tschechischen Literatur]. Bd. 2/II. Praha 1993, 691–695.

<sup>40</sup> Wegen Unstimmigkeiten mit dem neuen Abt Mendel verließ Klácel das Augustinerkloster und wanderte im Sommer 1869 nach Amerika aus. Dort arbeitete er als Redakteur und Verleger tschechischer Zeitschriften „Slovan americký“ (Der amerikanische Slawe) und „Svojan“ (Der Unsrige) in Iowa City und Chicago.

<sup>41</sup> Vgl. Berk a, Karel: Bernhard Bolzano. Praha 1981 und Castle, Eduard: Der große Unbekannte. Das Leben von Charles Sealsfield (Karl Postl). Wien 1955, 36–40, wo Bolzano, die Bevormundung der Kirche durch den Staat und der Fall von Bolzanos Schüler Fesl (S. 86–88) behandelt werden.

<sup>42</sup> Unter den Personalien von Philipp Neděle im MZA Brünn, Fond E4, Kart. 211 wird auch Neděles Manuskript „Knížka strom aneb pořádek rodu pana Matouše Nedělovského“ [Das Stammbüchlein oder Geschlechtsordnung des Herrn M.N.]. aufbewahrt. Als Eltern von Philipp (ursprünglich Prokop) Neděle sind hier Matouš und Alžběta (Elisabeth) Neděle (geb. Martinů) aus Polička angeführt. Aus Polička stammt auch der Komponist Bohuslav Martinů; die Verwandtschaft der Neděles mit der Familie des bekannten Komponisten ist sehr wahrscheinlich.

<sup>43</sup> Die Schulzeugnisse und Diplome von Neděle befinden sich im MZA, Fond E4, Kart. 211, sein Doktordiplom im Kart. 279.

<sup>44</sup> MZA, Fond E4, Kart. 211, wo unter anderem auch eine Ode an Professor Neděle aufbewahrt ist, die von seinen Theologiestudenten im Jahre 1818 verfaßt wurde.

<sup>45</sup> Alle Bücher Neděles sind in den Beständen der Brünnner Universitätsbibliothek, u. a. Náboženství ve výkladech a rozmlouváních podle uvedení v cí. král. zemích předepsaného katechismu [Religion in Erläuterungen und Gesprächen nach dem in den k. k. Ländern vorgeschriebenen Katechismus]. Brno 1808; Václav a Dorota aneb Obraz pro obecný lid vystavený [Wenzel und Dorothea oder ein für das gemeine Volk niedergeschriebenes Bild].

rief den Unwillen des Brünner Episkopats hervor. Sie führte auch zu einem ersten Konflikt Neděles mit seinen Vorgesetzten, der in den folgenden Jahren seine Fortsetzung fand. Am 9. Januar 1811 sandte der Brünner Bischof Vinzenz Fürst von Schrattenbach an den Abt des Augustinerstiftes Benedikt Eder ein Schreiben, in dem er auf die literarische und editorische Tätigkeit des Philipp Neděle hinwies. Neděle sei an seine „Pflichten, die er Gott, seinem Obern und Orden schuldig ist, zu erinnern“. Da – so hieß es in dem Schreiben weiter – „nach allen Ordensstatuten und den abgelegten feierlichen Gelübden kein Religios ohne ausdrückliche Bewilligung seines Ordens- oder Stiftobers für sich etwas erwerben kann, sondern alle seine anderweiten Zuflüsse dem Stifte oder Orden anheim fallen sollten; daher erachte ich vermöge meiner bischöflichen Sorgfalt für nothwendig, ausdrücklich zu bestimmen und oben-erwähnten Pater Philipp Nediele dahin zu verhalten, daß von dessen jährlichen Professorsgehälte er 1.200 fl. zur Entschädigung der für ihn durch mehrere Jahre bestrittenen Auslagen und bis gegenwärtig genießenden Unterhalt an allen nothwendigen Bedürfnissen alljährlich 600 fl., es sey dann, daß Euer Hochwürden Wohlgeboren als Abt dieses Stiftes nachsichtiger seyn wollten, an dieselben unausweichlich bezahlet und entrichtet, werden sollen [...]“<sup>46</sup>. Neděle mußte sich fügen, doch da er weiterhin Bücher verlegte, steckte er bald in Schulden.

Die erste Beschwerde gegen Neděle stammte also vom alten Bischof Schrattenbach aus dem Jahre 1811. Seit der Amtsübernahme durch Bischof Stufferl im Jahre 1816 verschärfen sich die Einwände gegen Professor Neděle zusehends<sup>47</sup>. Schon im Jahre 1817 stellte der Bischof fest, daß der Professor für Hermeneutik sich in seinen Vorträgen nicht an die katholische Dogmatik halte. In einem Brief an Neděle vom 20. April schreibt Bischof Stufferl mahndend: „Ihre ganz eigene Art die Hl. Schrift zu erklären, ist mir gleich bei der ersten heurigen Semestralprüfung aufgefallen, und hat mich bestimmt, nähere Einsicht in Ihre Schriften zu nehmen. Aus diesen erhielt ich die Überzeugung, daß Sie von dem Lehrbegriff der Kirche gänzlich abweichen, die Hl. Schrift nicht in dem Geiste der Kirche erklären, sondern sich hierinfast beinahe ausschließlich nach neueren protestantischen Schriftauslegern richten, deren Meinungen, oft auf bloße Wortgrubeleyen gegründet, sie blindlings annehmen, andurch aber,

---

Brno 1812; Eine Rede am Tage des ersten Opfers, welches der geistliche Herr Bruder Fulgenz Süsser, Priester des Augustiner-Ordens im Königkloster in Altbrunn Gott dargebracht hat. Brunn 1813; Vyučování v náboženství pro dospělejší mládež křesťansko-katolické církve [Religionsunterricht für erwachsenere Jugend der christlich-katholischen Kirche]. Brno 1813; Velikonoční vejce [Die Ostereier]. Brno 1818; Knížka mravů pro děti [Sittenbüchlein für Kinder]. Brno 1820; Věc nejdůležitější pro rodiče, školní učitele a dohledáče mládeže [Das Wichtigste für Eltern, Schullehrer und Aufseher der Jugend]. Brno 1824; Náboženství ve výkladech a rozmlouváních [...] 2. überarbeitete Auflage. Brno 1825.

<sup>46</sup> MZA, Fond E4, Kart. 211 – ein Brief des Brünner Bischofs Vinzenz Joseph Grafen Schrattenbach an den Augustinerabt Benedikt Eder vom 13. Jänner 1811. Der bischöfliche Brief wurde durch eine Anzeige Eders an Schrattenbach angespornt.

<sup>47</sup> Bischof Schrattenbach (1744–1816, Bischof seit 1800) starb am 25. Mai 1816. Ihm folgte Wenzel Urban Ritter von Stufferl (1764–1831, Bischof seit November 1816), ursprünglich auch Augustiner in Olmütz, dann Pfarrer und Referent für kirchliche Angelegenheiten bei der Statthalterei in Brunn und Kanonikus. Er zeichnete sich als eifriger Visitor der Diözese aus. Vgl. Zabel: C. F. Napp 10–15.

und wegen der schiefen und verkehrten Deutung wichtiger Stellen, aus denen der Lehrer der Dogmatik die Beweise für seine Glaubenswahrheiten herholt, diesem Letzteren, anstatt, wie es wohl die Pflicht des Exegeten ist, vorzuarbeiten, gerade entgegenhandeln [...]“<sup>48</sup>. Darauf folgte eine ernste Warnung: wenn sich Professor Neděle nicht bessere, werde sich der Bischof genötigt sehen, Maßnahmen gegen ihn zu ergreifen, deren Folgen für ihn gewiß höchst nachteilig sein würden.

Neděle, überzeugt von der Lauterkeit seiner Anschauungen, änderte indes nichts an seiner Vortragsweise. Ermuntert und unterstützt durch die leise Zustimmung seiner Studenten, gab er dem Druck des Episkopats nicht nach. Doch die Lage spitzte sich allmählich zu. Im Jahre 1820 wurde gegen den widerspenstigen Professor eine Ermittlung und ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Vor eine bischöfliche Kommission gestellt wurde Neděle zu den strittigen Punkten seiner Lehre befragt<sup>49</sup>. Da er keine

<sup>48</sup> MZA, Fond E4 – ein Brief des Bischofs Stuffer an Neděle vom 20. April 1817 im Kart. 211 (unnummeriert).

<sup>49</sup> MZA, Fond B95, Präsidium des mährisch-schlesischen Landesguberniums, geheime Schriften, Kart. 839, Nr. 54/22. Protokoll des kommissionellen Verhörs vom 1. August 1820: „[...] Es werde dem besagten Professor Nedele eine Abschrift seines öffentlichen Vortrages in Bezug auf die obzitierten Schriftsteller [es handelt sich um zwei Mitglieder der bischöflichen Untersuchungskommission die Theologen Paul Ferdinand Niering von Hochheim und Johann Zelinka aus Brünn – Anm. v. D. U.] zum Durchlesen vorgelegt, und nach Durchlesung derselben folgende Fragen gestellt: 1. Haben Sie Ihren Schülern die Lehre von der Unechtheit der letzten 12 Verse des XVI Kapitels im Evangelio Marci und das in der 1<sup>ten</sup> Epistel Pauli an den Timotheus im Kapitel III Vers 15 nach den Worten: quomodo oporteat in familia Dei (seu Ecclesia) versari ein Schlußpunkt gemacht werden soll, sowie sie in vorliegender Abschrift Ihres Vortrages enthalten ist, vorgetragen? – Antwort ad 1: Ja. Die Ursache des Vortrages ist in beiden Aufsätzen mit Gründen belegt, welche dem Lehrer so gewichtig schienen, daß er nicht mehr konnte, so zu lehren wie geschrieben steht. – 2<sup>te</sup> Frage: „Welche Absicht hatten Sie bey dem Vortrage dieser Sätze? Antw. 2: Keine andere, als die Belehrung, in so weit sie mir als dem Lehrer des neuen Bundes obliegt. – 3<sup>te</sup> Fr.: Wie werden Sie aber vereinigen können, diese Lehre mit dem Dekrete der Concilii Tridentinae sessionis 4<sup>ten</sup>? Ant. 3: Hier scheine ich mit dem Dekret des Consiliums von Trident, welches in der 4<sup>ten</sup> Sitzung im 4<sup>ten</sup> Canon die ganze heil. Schrift mit ihren Büchern u. s. w. als kanonisch anzunehmen befiehlt, in keine Collision zu gerathen, weil wie gleichzeitige Geschichtsschreiber nämlich Paulus Sarpi, und Palavicini, welche dem Consilio zu Trident beywohnten, aussagen, dass als es sich handelte um den Canon der heil. Schriften beyderley Testaments fest zu setzen, und den Protestanten, welche einige Bücher aus dem alten Testament, die nicht in dem Canon der Juden vorfindig waren, als göttliche nicht annehmen wollten; um dann die Bücher des N. Bundes, nämlich den Brief an die Hebräer, den II und III Brief Joannis sammt seiner Offenbarung, der II Brief Petri, den Brief Juda, und Brief Jacobi als göttlich nicht annehmen wollten; so hat der Kirchenrath beschlossen, daß alle Bücher des alten und neuen Testaments, so wie sie von jeher in der Kirche sind gelesen worden, ohne Unterschied zwischen dem 1<sup>ten</sup> und 2<sup>ten</sup> Canon zu machen, als göttlich anzunehmen wären. Von der fraglichen Perikope war zu dieser Zeit in dem Kirchenrath keine Meldung gemacht, um so weniger eine Untersuchung angestellt. Daher komme ich, wenn ich mich auf die Geschichte aus den ältesten Zeiten, auf das Ansehen der Väter der griechischen Kirche, des heil. Hieronymus, eines in dieser Sache sehr gewichtigen und unterrichteten Mannes, auf das Ansehen des ältesten Codicis Vaticanani, und selbst auf das Ansehen Cardinalis Cajetani berufe, in keine Collision mit dem Dekrete des Kirchenrathes zu Trident [...] Zu dem bleibt das Dogma der katholischen Kirche von der Unfehlbarkeit derselben unangetastet, indem nur klassische Stellen, d. h. solche, die keinem Zweifel unterliegen, und denen kein anderer Sinn als den sie Aussage unterlegt werden

Fehler eingestand, wurde seine Causa offiziell zum Landesgubernium als übergeordneter staatlicher Behörde weitergeleitet. Zuletzt mischte sich der Kaiser höchstpersönlich in die Sache ein. Dessen „Willensmeinung“ übermittelte Bischof Wenzel Urban Ritter von Stuffer dem Altbrünner Abt in einem Schreiben vom 18. Februar 1821: „Seine k. k. Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieſung dto Laibach den 4. ten Mts. ein besonderes Mißfallen hierüber zu erkennen gegeben, daß der Ordenspriester und Professor an meiner theologischen Lehranstalt, Philipp Nediele, der wegen seinen von den katholischen Lehrensätzen abweichende Grundsätze schon im Jahre 1817 ämtlich zurecht gewiesen wurde, ohngeachtet seiner im zweiten Semester v. J. mündlich vorgetragenen anstößigen Lehrensätze durch andauernd im Lehramte belassen worden ist – zugleich aber auch Allerhöchst ihre Willensmeinung dahin erklärt, daß ich sowohl in Hinblick des Lehramtes, als der Person besagten Professors dasjenige veranlasse, was mir meine heilige Amtspflicht auferlegt [...]“<sup>50</sup>.

Hierauf wurde Nediele sofort aus seiner Lehrstelle abberufen. Er gab aber nicht auf und wandte sich mit einem Brief persönlich an den Kaiser, in dem er einen ordentlichen Prozeß verlangte, in welchem er sich verteidigen könnte. Die Antwort ließ mehrere Monate auf sich warten. Am 25. Jänner 1822 endlich wurde Abt Eder vom mährisch-schlesischen Landesgubernator Anton Friedrich Graf Mittrowsky die definitive kaiserliche Entscheidung zugestellt: es sei dem „benannten Philipp Nediele bedeuten zu lassen, daß er sich der geschehenen, in der Amtsmacht seines Bischofs liegenden Verfügung gehorsam zu unterziehen habe, und eine weitere Untersuchung des diesfälligen Vorgangs nicht stattfinde [...]“<sup>51</sup>. Damit war der Fall erledigt und Professor Nediele wurden alle Türen zur Laufbahn eines Lehrers ein für allemal zugesperrt. Vergebens bewar er sich um eine Lehrerstelle an der theologischen Fakultät in Olmütz<sup>52</sup>. Gebrandmarkt und für immer verdächtigt durfte er nicht mehr in Kontakt mit Studenten kommen,<sup>53</sup> sein Werk wurde einer neuerlichen Zensur unterzogen<sup>54</sup>. Gebrochen

kann, die Glaubenssätze und die Sätze der Moral erhärten können, und erhärten sollen. Hie-mit wurde das Protokoll geschlossen und unterfertigt [...]“.

<sup>50</sup> Abschrift des Briefes von Bischof Stuffer an Abt Eder, dato Brünn den 18. Februar 1821 in MZA, Fond E4, Kart. 211, Nr. 78/ S.

<sup>51</sup> MZA, Fond B 95, Kart. 839, Konzept eines Briefes des Gubernators Mittrowsky an den Abt Eder vom 25. Januar 1822, Nr. 5/14. Eine Kopie befindet sich auch im Fond E4, Kart. 211. Vgl. dazu auch MZA, Fond 95, Nr. 54/22, fol. 57 – eine Zuschrift in der Sache Nediles: „Im Anschlusse erhält des Gubernium des bey Sr. Majestät eingereichte Gesuch des Professors an der bischöfl. Diözesan Lehranstalt zu Brünn Philipp Nediele mit dem Auftrage, den Bischof daselbst über den ganzen Hergang der Sache einzuvernehmen, und denselben zur weiteren Schlußfassung gutächtlichen hier vorzulegen, bis dahin aber über diesen Gegenstand nichts weiter verfügen, Geislern m. p. Von der k. k. Studienkommission Wien den 28. April 1821.“

<sup>52</sup> Seine Bewerbung wurde vom Landesgubernium vereitelt, obwohl Nediele eine schriftliche Empfehlung des Abtes Eder erhalten hatte. Vgl. dazu Eders Brief vom 9. Februar 1822 in MZA, Fond E4, Kart. 211, Nr. 5/14.

<sup>53</sup> Nediele kehrte in sein Kloster zurück, versah dann eine Ortspfarre und wurde schließlich kurz vor seinem Tode von seinen Ordensbrüdern zum Prior des Altbrünner Klosters gewählt, der die Obhut über Novizen innehatte. Vgl. Samsour, J.: Dějiny alumnátu brněnského [Geschichte des Brünner Alumnats]. Hlídka 25/5 (1908) 321–325.

<sup>54</sup> MZA, Fond E4, Kart. 211 – eine Zuschrift Peter Cerronis aus dem mährisch-schlesischen Bücherrevisionsamt vom 20. August 1822.

starb Philipp Neděle, erst 47jährig, am 23. November 1825 im Brünnener Konvent. Seine Schulden in Höhe von 1.429 fl. 25 kr. wurden nach dem Verkauf seiner Habseligkeiten vom Kloster beglichen<sup>55</sup>.

Neděles Fall – dem des Bernard Bolzano und des Michael Josef Fesl zur selben Zeit sowie dem des Wiener Philosophieprofessors Ludwig Rembold aus dem Jahre 1835 nicht unähnlich – war typisch für die Ära Metternich. Die Staatsmacht, im Einvernehmen mit der katholischen Kirche, überwachte sorgfältig jede Abweichung. Antidogmatisches Denken bei Priestern war der strengen Sanktionierung von Kirche und Staat unterworfen. Manifestationen einer erneuerten Religiosität wurden nicht geduldet. Getreu den Grundsätzen des Spätjosephinismus behielt sich auch in diesen Fällen der Staat das letzte Wort vor<sup>56</sup>. So war es auch im Verfahren gegen Philipp Neděle. In der Atmosphäre konsequenter Durchführung der Karlsbader Beschlüsse Anfang der 1820er Jahre<sup>57</sup>, handelte es sich um eine gezielte Kampagne gegen kritische Theologen, deren Opfer keineswegs nur Bernard Bolzano in Prag und Philipp Neděle in Brünn waren. Zur gleichen Zeit, im Jahre 1822, wurde im Piaristenkloster in Nikolsburg ein ungehorsamer Piaristenpriester und ehemaliger Professor der Philosophie am Lyceum in Görz, Prokop Pokorny, festgehalten und von den staatlichen Behörden beschattet<sup>58</sup>.

Die Beispiele des Augustinerpaters Philipp Neděle und seines jüngeren Ordensbruders Franz Mathäus Klácel belegen, daß das Altbrünnener Konvent durchaus Nährboden eines kritischen, manchmal sogar oppositionellen Denkens war. Beide hatten jedoch für ihren Freisinn einen hohen Preis zu zahlen. Es stellt sich die Frage, inwiefern beide Priester tatsächlich gegen das Gesetz verstießen. Sie, die das Priestergelübde abgelegt hatten, kämpften im Namen einer bestimmten Gerechtigkeitsvorstellung gegen das Gesetz. Sie handelten im Sinne einer revolutionären Gerechtigkeit und des freien Denkens und wurden deshalb bestraft.

Die rege intellektuelle Tätigkeit des Altbrünnener Klosters, verbunden mit kritischem Denken, wurde durch die allgemeine gesellschaftliche Situation in der mährischen Landeshauptstadt bedingt. Sie ist vom übrigen intellektuellen Milieu dieser Stadt nicht zu trennen. Aus diesem Blickwinkel muß auch das wissenschaftliche Werk des großen Genetikers Mendel gesehen werden. Dieses war keine Einzelleistung, sondern eher eine Synthese dessen, was Mendels Vorgänger aus der Zeit der Spätaufklärung und des Frühliberalismus geleistet hatten, und sollte auch nicht losgelöst aus dem Kontext industrieller Revolution in Brünn betrachtet werden.

<sup>55</sup> MZA, Fond E4, Kart. 211 – Neděles Nachlaß.

<sup>56</sup> Winter, Eduard: *Josefinismus a jeho dějiny* [Josefinismus und seine Geschichte]. Praha 1945.

<sup>57</sup> Vgl. B ü s s e m, Eberhard: *Die Karlsbader Beschlüsse von 1819*. Hildesheim 1974.

<sup>58</sup> MZA, Fond B 95, Kart. 840, Nr. 340/22.

## DIE LANDESREGIERUNG FÜR DEUTSCHBÖHMEN UND DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT 1918/1919\*

Von *Susanne Maurer-Horn*

Deutschböhmen umfaßte den größten Teil des Siedlungsgebietes der deutschsprachigen Bevölkerung in Böhmen. Als „Provinz Deutschböhmen“ wurde es am 29. Oktober 1918 in einer Versammlung aus Böhmen stammender deutschsprachiger Reichsratsmitglieder konstituiert und zu einem „unabtrennbaren Bestandteil“ des Staates Deutschösterreich erklärt. Die Versammlung verlangte unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Volksabstimmung für Deutschböhmen, falls bestritten werde, „daß die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung Deutschböhmens deutsch ist und ihre Einverleibung in den tschechischen Staat nicht will“<sup>1</sup>.

Die tschechoslowakischen Politiker wollten auf der Pariser Friedenskonferenz die Anerkennung der historischen Grenzen der böhmischen Länder als Grenzen des tschechoslowakischen Nationalstaates durchsetzen, was bedeutete, daß Deutschböhmen Teil des tschechoslowakischen Staates würde<sup>2</sup>. Die Landesregierung für Deutschböhmen setzte sich zum Ziel, dies zu verhindern. Sie erreichte ihr Ziel nicht: Im Friedensvertrag von St. Germain am 10. September 1919 wurde Deutschböhmen dem tschechoslowakischen Staatsgebiet zugesprochen. Zu einer Volksabstimmung kam es nicht. Nach knapp elfmonatigem Bestehen wurde die Landesregierung für Deutschböhmen aufgelöst<sup>3</sup>.

In vielen Studien richtet sich das Augenmerk auf die Frage, warum die Friedenskonferenz nicht auf die Forderungen der Landesregierung für Deutschböhmen einging<sup>4</sup>.

---

\* Die folgenden Ausführungen basieren auf meiner Lizentiatsarbeit *Die Idee vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen am Ende des Ersten Weltkrieges*, die ich bei Prof. Dr. Jörg Fisch an der Universität Zürich im Jahre 1994 eingereicht habe.

<sup>1</sup> Neues Wiener Tagblatt (Wien) vom 30. 10. 1918 (Aus dem Aktenmaterial der Landesregierung für Deutschböhmen, das auch gesammelte Zeitungsauszüge enthielt. Vgl. Anm. 5).

<sup>2</sup> Hier wird isoliert der Fall Deutschböhmen behandelt. Auf die Bildung der Gebietskörperschaften Böhmerwaldgau, Kreis Deutschmähren und Sudetenland wird nicht eingegangen, zumal zwischen ihnen und Deutschböhmen fast keine Zusammenarbeit stattfand. Zur Agitation für diese Gebiete siehe *M o l i s c h*, Paul: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918–1919. Wien–Leipzig 1932.

<sup>3</sup> Am 24. September 1919 trat sie in Wien zum letzten Mal zusammen und wurde von dem Präsidenten der Nationalversammlung Deutschösterreichs verabschiedet. Siehe dazu *Rudolf Lodgman v. Auen*: Ein Leben für Recht und Freiheit und die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen. Nürnberg 1984, 149–158. (Veröffentlichungen des Sudetendeutschen Archivs 18).

<sup>4</sup> Siehe z. B. *W o l f e*, James H.: Woodrow Wilson und das Selbstbestimmungsrecht. Das Problem der böhmischen Grenze. *Bohemia* 8 (1968) 217–226 und *H ö l z l e*, Erwin: Wilsons

Eher unberücksichtigt blieben in der Forschung die Auseinandersetzungen innerhalb der Landesregierung und die Frage der Übereinstimmung ihrer Politik mit den Wünschen der Bevölkerung Deutschböhmens. Die Akten der Landesregierung – Sitzungsprotokolle, Berichte, Rundschreiben, Erlasse und Briefe<sup>5</sup> – und die Berichte des reichsdeutschen Gesandten in Prag, Konsul Fritz Freiherr von Gebattel<sup>6</sup>, erlauben Einblicke in diese zwei Problembereiche, die hier wie folgt umrissen werden können:

- Die Landesregierung konnte sich besonders in den ersten Monaten ihrer Agitation nicht sicher sein, wie sich die Bevölkerung Deutschböhmens im Falle einer Volksabstimmung aussprechen würde. Daß die Bevölkerung die Zugehörigkeit Deutschböhmens zum tschechoslowakischen Staat mehrheitlich ablehnte, war keineswegs sicher. Die Bevölkerung Deutschböhmens mußte von der Landesregierung erst „national erweckt“ werden.
- In der Landesregierung arbeiteten erstmals die Bürgerlichen mit den Sozialdemokraten zusammen. Sie engagierten sich für Deutschböhmen unter einem gemeinsamen Nenner, dem Kampf um Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht, und bauten zusammen eine Propagandaorganisation auf. Zur Bevölkerung Deutschböhmens hatten sie jedoch einen unterschiedlichen Bezug, was auch aus ihren Propagandaschriften hervorgeht.

Die Auseinandersetzung mit von der Seite der Landesregierung verfaßten Propagandaschriften<sup>7</sup> führt in einen dritten Problembereich, der nicht nur die Agitation der Landesregierung betrifft, sondern die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war 1918/1919 keine eindeutig anwendbare Völkerrechtsnorm, sondern ein politisches Prinzip<sup>8</sup>. Es wurde als Schlagwort gebraucht, und es machte sich auch niemand die Mühe, es zu definieren<sup>9</sup>.

---

Friedensplan und seine Durchführung. In: Hellmuth Rössler (Hrsg.): *Ideologie und Machtpolitik 1919, Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenzen 1919*. Göttingen 1966, 9–21.

<sup>5</sup> Sie wurden für das Sudetendeutsche Archiv in München gesammelt und stammen aus dem Allgemeinen Verwaltungsarchiv in Wien. In den Anmerkungen werden sie mit dem Kürzel „DBLR“ gekennzeichnet.

<sup>6</sup> Er informierte Berlin über die Verhältnisse in Böhmen. Vgl. *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Teil 1: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918–1921*. München 1983 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 49,1), im Folgenden abgekürzt mit „Gesandtschaftsberichte“.

<sup>7</sup> Analysiert werden hier Seliger, Josef: *Warum kämpfen wir für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes? Teplitz-Schönau 1919*; Wieser, Friedrich: *Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht*. In: Rudolph Lodgman (Hrsg.): *Deutschböhmen*. Berlin 1919, 225–290 und *Deutschböhmens Recht auf Selbstbestimmung*. Vadmecum 1919.

<sup>8</sup> Alter, Peter: *Nationalismus*. Frankfurt/M. 1985, 96. Seit dem Inkrafttreten der Menschenrechtspakte im Jahre 1976 ist es Bestandteil des geltenden Völkerrechts. Inhalt und Träger des Selbstbestimmungsrechts sind jedoch bis heute umstritten. Zur Problematik des Selbstbestimmungsrechts vgl. Fisch, Jörg: *Selbstbestimmungsrecht – Opium für die Völker? Neue Zürcher Zeitung vom 9./10. 9. 1995*. Siehe auch *Politische Studien, Sonderheft 6/1993: Selbstbestimmungsrecht und Frieden*.

<sup>9</sup> Vgl. Schmid, Georg: *Selbstbestimmung*. Anmerkungen zur historischen Relevanz eines politischen Schlagwortes. In: Bosl, Karl (Hrsg.): *Versailles – St. Germain – Trianon. Umbruch in Europa vor 50 Jahren*. München 1971, 127–142, hier 131.

Die Versammlung, die Deutschböhmen konstituierte, setzte das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit dem Nationalitätsprinzip gleich, das sie als Recht eines Volkes verstand, „innerhalb der Grenzen seines Siedlungsgebietes seinen unabhängigen Staat zu bilden“<sup>10</sup>. Nach dem Nationalitätsprinzip stand jeder Nation<sup>11</sup> das Recht zur Bildung eines unabhängigen nationalen Staates zu<sup>12</sup>. Was verstand man jedoch unter einer Nation? Wie rechtfertigten die in der Landesregierung vertretenen Bürgerlichen, wie die Sozialdemokraten den Kampf um Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht? Es zeigt sich, daß der Begriff vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einen Interpretationsspielraum bot, in dem sowohl volkstümlich-nationalistische als auch demokratische Vorstellungen Platz hatten. Die Landesregierung schlug sich mit dem Begriff herum und bog ihn für ihre Ziele passend<sup>13</sup>.

### *Die Haltung der Bevölkerung Deutschböhmens*

Nach den Vorstellungen der Landesregierung bestand Deutschböhmen aus 38 zusammenhängenden und mehrheitlich deutschsprachigen Bezirken im Norden und Nordwesten Böhmens. Von der Bevölkerung dieser Bezirke hatten nach den Ergebnissen der letzten österreichischen Volkszählung im Jahre 1910 2.070.438 Einwohner Deutsch und 116.275 Tschechisch als Umgangssprache angegeben<sup>14</sup>. Die tschechischsprachige Bevölkerung siedelte vor allem in den im Kohlerevier liegenden Bezirken<sup>15</sup>. Für die Landesregierung waren die Deutschsprachigen Deutsche, und sie ging davon aus, daß diese Deutschen in einem deutschen und nicht in einem tschechoslowakischen Nationalstaat leben wollten.

Der tschechoslowakische Nationalausschuß – bis zum 12. November 1918 Träger der Macht in Prag – betrachtete Deutschböhmen als Teil des tschechoslowakischen Nationalstaates. Zu ihm suchte die Landesregierung den Kontakt nur, um Übergangsregelungen zu erreichen, die die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung oder die Sicherstellung der Versorgung in Deutschböhmen betrafen. Verhandlungen mit dem Ziel der Mitarbeit am Aufbau eines gemeinsamen Staates suchte die Landesregierung nicht<sup>16</sup>.

<sup>10</sup> Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Synonym wurde auch der Begriff „Nationalität“ gebraucht.

<sup>12</sup> Das Nationalitätsprinzip war von den Staatsrechtslehrern Pasqual Stanislav Mancini und Johann Kaspar Bluntschli 1851 bzw. 1866 formuliert worden. Es läßt sich auch mit der Formel „Jede Nation ist ein Staat. Jeder Staat eine Nation“ zusammenfassen. Siehe dazu z. B. Decker, Günther: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Göttingen 1955, 70–72, 84–90 und Heidemeyer, Wolfgang: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Paderborn 1973, 13–15.

<sup>13</sup> Da es hier um die Darstellung von Problemen der Landesregierung sowie um die Darstellung ihrer Argumente geht, wurden tschechischsprachige Quellen und Literatur nicht berücksichtigt.

<sup>14</sup> Vgl. Birke, Ernst: Der Erste Weltkrieg und die Gründung der Tschechoslowakei 1914–1919. In: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 3. Stuttgart 1968, 239–446, hier 395.

<sup>15</sup> Das waren die Bezirke Brüx, Dux, Oberleutensdorf, Bilin und Teplitz.

<sup>16</sup> Diese Meinung vertritt auch Höbel, Lothar: Deutschösterreich und die Sudetendeutschen 1918–1919. In: Lemberg, Hans und Heumos, Peter (Hrsg.): Das Jahr 1919 in der

Rudolf Lodgman<sup>17</sup>, der Anfang November 1918 Raphael Pacher<sup>18</sup> als Landeshauptmann Deutschböhmens ablöste, äußerte sich über die Politik der Landesregierung am 3. November 1918: „Weil der *narodní výbor*<sup>19</sup> den deutsch-österreichischen Staat nicht anerkennt, weil Deutschböhmen als sein Anteil in Anspruch genommen wird, müssen wir unsererseits auf dem Standpunkte stehen, auch den tschecho-slowakischen Staat nicht anzuerkennen, weil er seine Hand auf Deutschböhmen legen will; wohl aber muß eine Übergangsperiode geschaffen werden, welche die Verhältnisse bis zur endgültigen Regelung bei den Friedensverhandlungen provisorisch ordnet und den Deutschen zu diesen Zeiten Sicherheiten schafft, also einen *modus vivendi* für beide Teile für die Übergangsperiode festlegt.“<sup>20</sup>

Es ist fraglich, ob die Politik der Landesregierung den Interessen der Bevölkerung Deutschböhmens Ende Oktober und Anfang November 1918 entsprach. Zu dieser Zeit scheinen nationale Ziele für die Bevölkerung nicht im Vordergrund gestanden zu haben. Sie erfuhr ohnehin erst eine Woche nach der Konstituierung Deutschböhmens, daß es Deutschböhmen überhaupt gab. Die Provinz wurde in Wien konstituiert, und die Landesregierung versäumte es, sofort ein Pressebüro in Deutschböhmen einzurichten<sup>21</sup>. Spontane Massenbewegungen und Willenskundgebungen der Bevölkerung für eine staatliche Trennung Deutschböhmens vom tschechischsprachigen Siedlungsgebiet gab es in dieser Zeit nicht. Aus der Bevölkerung wurden vielmehr Forderungen nach einer Verständigung zwischen der Landesregierung und den Tschechen laut. Grund dafür waren auch die Unruhen, zu denen es Anfang November 1918 in den Kohlegebieten kam. Mit dem Zerfall der alten Ordnungsmacht trat die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zum Vorschein. Es kam zu Ausschreitungen und Plünderungen. Die Versorgung mit Lebensmitteln wurde knapp. Gebattel, der die Ereignisse in Deutschböhmen von Prag aus verfolgte, berichtete am 7. November 1918: „Auch mehren sich die Stimmen aus,

---

Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa. München 1992, 159–166, hier 162–163. Zwar suchte Seliger den Nationalausschuß am 4. 11. 1918 auf, jedoch nicht mit dem Ziel der Verhandlungen um einen gemeinsamen Staat, sondern mit dem Ziel, bis zur endgültigen Friedensregelung eine provisorische Abgrenzung für die Organisation der Versorgung zwischen Deutschböhmen und den tschechischen Gebieten zu vereinbaren. Die immer wieder zitierte Zurückweisung Seligers durch den tschechischen Finanzministers Rašín „Mit Rebellen verhandeln wir nicht“ zerstörte keine Verständigungsbereitschaft Seligers für einen gemeinsamen Staat, da eine solche nicht bestanden hatte. Vgl. Z e s s e r, Klaus: Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Stuttgart 1976, 121–123. Auch Lodgman hatte, als er den Nationalausschuß am 30. Oktober 1918 aufsuchte, die Frage der staatsrechtlichen Stellung Deutschböhmens von vornherein ausgeklammert. Vgl. M o l i s c h: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 24–25 und H a a s, Hanns: Die deutschböhmisches Frage 1918–1919 und das österreichisch-tschechoslowakische Verhältnis. *Bohemia* 13 (1972) 336–383, hier 346.

<sup>17</sup> Rudolf Lodgman von Auen (1877–1962) war 1911 als Parteiloser in den österreichischen Reichsrat gewählt worden.

<sup>18</sup> Raphael Pacher (1857–1936) war einer der wichtigsten deutschradikalen Politiker in der Monarchie und hatte sich schon im letzten Kriegsjahr für die Abgrenzung einer Provinz Deutschböhmen eingesetzt.

<sup>19</sup> Nationalausschuß.

<sup>20</sup> DBLR, Gedächtnisprotokoll Pachers über Lodgmans Meinung, Aussig, 3. 11. 1918.

<sup>21</sup> Vgl. H a a s: Die deutschböhmisches Frage 351 f.

Deutschböhmen, die sich für den Ausgleich mit den Tschechen aussprechen. Eine derartige Äußerung wird sogar aus Eger, dem deutschesten aller Bezirke Deutschböhmens, berichtet, allerdings vom tschechischen Pressebureau, das damit vielleicht eine Tendenznachricht zu verbreiten sucht. Auch die Handelskammer in Reichenberg tut den Tschechen einen Schritt entgegen und plädiert für sofortige Verständigungsverhandlungen“.<sup>22</sup>

Ähnliches erfuhr die Landesregierung aus einem Schreiben des Bezirksausschusses Tachau vom 8. November 1918: „Leider ist der Großteil der städtischen und ländlichen Bevölkerung vielfach durch unsere heimkehrenden deutschen Soldaten verletzt, und durch die Sorge um die Ernährung und die Versorgung mit Bedarfsartikeln und durch das bisherige Nichtfunktionieren der deutschen böhmischen Regierung, die herrschenden Unruhen in Deutschböhmen und die so überaus ungünstigen Waffenstillstandsverhandlungen, endlich durch die wirtschaftlichen Beziehungen unseres Gebiets zum tschechischen Böhmen beeinflusst und bei dem vielfachen Mangel eines wirklichen Nationalbewußtseins von der Meinung und dem Glauben erfaßt, daß uns Deutschböhmen zum Schlusse gar nichts anderes übrig bleibe, als der Anschluß an den tschechoslowakischen Staat, ja ein Großteil der Bevölkerung will ihn sogar, und zwar mit der Begründung, daß es der Bevölkerung in demselben besser ergehen werde. [...] Sofortige Verhandlungen mit den Tschechen“ würden, so meldete der Bezirksausschuß, „als höchst dringend und offenbar im Sinne eines Anschlusses gefordert werden, um für die Deutschen in Böhmen zu retten, was zu retten ist“. Der Bezirksausschuß riet der Landesregierung, dieser Stimmung in der deutschböhmischen Bevölkerung, „die teils Mangel an Nationalgefühl, teils Apathie, teils Verzweiflung“ sei, entgegenzuwirken<sup>23</sup>. In dem Brief eines Offiziers vom 9. November 1918 wurde die Landesregierung zur Führung der verunsicherten Bevölkerung aufgefordert: Durch eine feste Hand müsse das Vertrauen der Bevölkerung geweckt werden, „das persönliche Wort, die Macht der Rede muß sie packen und aufklären“. Die Bevölkerung ließe sich packen, doch sie fühle sich verlassen, und dieses Gefühl des Verlassenseins müsse ihr genommen werden. Die Unruhen im Kohlerevier seien darauf zurückzuführen, daß „die Leute nicht wissen, daß Deutschböhmen ein Staat ist, dessen Bürger sie sind“<sup>24</sup>.

Die deutschösterreichische Regierung in Wien erklärte am 12. November 1918 den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland. Damit war auch für Deutschböhmen als Teil Deutschösterreichs der Anschluß erklärtes Ziel. Deutschböhmen grenzte an Deutschland (Bayern, Sachsen und Preußen). In einer Volksabstimmung hätte sich die Bevölkerung somit für einen Anschluß an Deutschland aussprechen können. Wie aus den Berichten Gebtsattels hervorgeht, schwankte die Stimmung in der Bevölkerung stark: Am 13. November 1918 schrieb er: „Von gut unterrichteter Seite wird mir versichert, daß schon jetzt 80 % der Bevölkerung für einen Anschluß an Deutschland gewonnen sind und daß bei einer etwaigen Volksabstimmung sich eine überwälti-

<sup>22</sup> Gesandtschaftsberichte 61 f.

<sup>23</sup> DBLR, Bezirksausschuß Tachau an die Landesregierung, Tachau, 8. 11. 1918.

<sup>24</sup> DBLR, Dr. Paul Hermann an Lodgman, Rumburg, 9. 11. 1918.

gende Mehrheit in diesem Sinne aussprechen würde.“<sup>25</sup> Am 28. November 1918 schrieb er hingegen, daß: „die Bourgeoisie (insbesondere die führenden Industriellen) für ein Verbleiben im tschechoslowakischen Staate stimmt, während die breiten Volkskreise und zwar sowohl die Bauernschaft als auch die Arbeiterschaft eher zu einem Anschluß an das Reich neigen. Immerhin wird fast von allen Seiten als zweifelhaft dargestellt, ob ein Plebiszit zu unseren Gunsten ausfallen würde und im Zusammenhang damit auf die systematische und energische Agitation der Tschechen für ihre Politik (auch durch Wanderredner) hingewiesen“<sup>26</sup>.

Im November 1918 war die Haltung der Bevölkerung Deutschböhmens offenbar noch unklar und die Meinungen, abgesehen von derjenigen der Industrie, waren noch nicht gefestigt. Die Industriellen waren für die Zugehörigkeit Deutschböhmens zum tschechoslowakischem Staat, da sie – wie die Landesregierung in einem Bericht festhielt – ihren böhmischen Markt nicht aufgeben und sich nicht dem Wettbewerb der überlegenen reichsdeutschen Industrie aussetzen wollten<sup>27</sup>. Daß die Industriellen „zum größten Teil auf einen Ausgleich mit den Tschechen, und zwar so schnell wie möglich, sehr großen Wert“ legten, wurde der Landesregierung in dem Schreiben eines Unternehmers vom 4. Dezember 1918 dargelegt: Die Industriellen verträten die Meinung, daß „derselbe unbedingt besser wäre als der Anschluß an das Deutsche Reich“. Komme der Ausgleich „nicht von oben“, d. h. durch eine Einigung zwischen der Landesregierung und der tschechoslowakischen Regierung, so sei zu befürchten, daß „von unten herauf, also von den Arbeitern u. s. w. Selbsthilfe geübt werden würde“. Auf einer großen Versammlung ostböhmischer Industrieller in Trautenau sei geäußert worden, daß, wenn die Industriellen mehr Einfluß auf die Ausgleichsverhandlungen mit den Tschechen üben könnten, diese einen günstigeren Verlauf nehmen würden, als wenn nur die Reinpolitiker diese Angelegenheiten in der Hand haben! Denn die Industrie, die ja so lange Hand in Hand miteinander gearbeitet hat, hat gegenwärtig das größte Interesse daran, sich lebensfähig zu erhalten. Wir Weber und Spinner aus der Deutsch-Trautenauer Gegend sehen es ja am besten, daß es eine solche Möglichkeit gibt, indem wir heute noch mit den tschechischen Webern und Spinnern aus Eipel und zum Teil auch aus Hronow, wenn wir montags in Trautenau zum Garnmarkt zusammen kommen, unsere gegenseitigen Interessen und Angelegenheiten betreffs Arbeitszeit, Löhne, Garne etc. stets zur vollsten Zufriedenheit geregelt haben, genauso wie in Friedenszeiten“<sup>28</sup>.

<sup>25</sup> Gesandtschaftsberichte 81.

<sup>26</sup> Gesandtschaftsberichte 104.

<sup>27</sup> Vgl. DBLR, Robert Seifert (Sekretär der Presseabteilung der Landesregierung), Die deutsch-böhmische Industrie und die Ausscheidung Deutschböhmens aus dem tschechoslowakischen Staat, vermutlich Anfang 1919 (zweiseitiger Aufsatz).

<sup>28</sup> DBLR, Julius Bendix & Söhne an die Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg (in der Handels- und Gewerbekammer hatte die Landesregierung ihren Regierungssitz), Qualisch, 4. 12. 1918. Bedenken, ob das Ergebnis einer Volksabstimmung in den deutschsprachigen Gebieten der böhmischen Länder eine Ablehnung der Zuhörigkeit zum tschechoslowakischen Staat sein würde, äußerte auch der deutschösterreichische Staatskanzler Renner am 12. Dezember 1918 in einem Brief an Otto Bauer, den Staatssekretär des Äußeren. Renner befürchtete, daß die „Politik der nationalen Separation“ an dem Votum der Deutschen in den böhmischen Ländern für einen Anschluß an den tschechoslowakischen Staat scheitern

Die Landesregierung war durch diese Schreiben alarmiert. Kam es zu der geforderten Volksabstimmung und wollte die Landesregierung den Anschluß Deutschböhmens an Deutschland durchsetzen, mußte sie versuchen, die Bevölkerung Deutschböhmens für ihre nationalen Ziele zu begeistern. Erschwert wurde ihr dies seit Mitte November: Wenige Zeit nach ihrer Konstituierung am 14. November 1918 hatte die tschechoslowakische Regierung begonnen, in vielen Städten Deutschböhmens Militäreinheiten zu stationieren. Dies ermöglichte ihr, direkt auf die Bevölkerung einzuwirken<sup>29</sup>. Nach Gebstatts Berichterstattung versuchte die tschechoslowakische Regierung die Bevölkerung durch Verteilen von Flugblättern in deutscher Sprache, in denen sie „Versprechungen“ für den Fall eines Anschlusses an den tschechoslowakischen Staat machte und auf die Nachteile der Vereinigung Deutschböhmens mit Deutschland hinwies, für den tschechoslowakischen Staat zu gewinnen<sup>30</sup>. Diese Propaganda war offenbar nicht ohne Erfolg: Der Nationalausschuß der Stadt Wegstädtl warnte die Landesregierung am 22. November 1918, daß sich der Einfluß der tschechischen Pressepropaganda an der Sprachgrenze bereits bemerkbar mache<sup>31</sup>.

Dem Vordringen der tschechischen Soldaten setzte die Bevölkerung Deutschböhmens außer in Brüx<sup>32</sup> keinen Widerstand entgegen. Es fehlte, so Gebstatt am 30. November 1918, „auf deutscher Seite entschieden an Energie, Organisationstalent und Widerstandskraft. Kenner der Verhältnisse versichern, daß bei den Deutschen nicht die geringste Lust zu ernstem Widerstand besteht. Namentlich vor einem Bürgerkrieg schrecke man zurück. [...] Es herrsche in allen deutschböhmisches Kreisen eine derartige Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung, daß die Aufrufe zur Bildung von Bürgerwehren nur geringen Erfolg hätten und daß die zurückkehrenden regulären Truppen höchst unzuverlässig seien. So seien sogar die Mannschaften des im Kriege besonders bewährten Egerländer Inf.-Regts. Nr. 73 nach ihrer Rückkehr in Eger nicht mehr zu halten gewesen, sondern hätten zum größten Teil eigenmächtig die Garnison verlassen.“<sup>33</sup>

Vergeblich versuchte die Landesregierung, die deutschsprachigen Soldaten des k.k. Militärkommandos in Leitmeritz, das sich seit dem 31. Oktober 1918 in Auflösung befand, zurückzurufen. Nach einer nationalen Trennung – die unter den Offizieren

---

könnte. Vgl. Burian, Peter: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1918/1919. In: Kluxen, Kurt und Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. München-Wien 1968, 359–376, hier 367f.

<sup>29</sup> Gebstatt urteilte am 19. Dezember 1918: „Das Hauptmoment, das die Tschechen veranlaßt hat, die Besetzung Deutschböhmens jetzt durchzuführen, ist außer dringenden wirtschaftlichen Momenten anscheinend die Erwägung gewesen, daß für den Fall eines Plebiszits die Besetzung des Landes es ihnen ermöglichen wird, einen entsprechenden Einfluß auf die Abstimmung auszuüben“. Gesandtschaftsberichte 122.

<sup>30</sup> Über diese Agitation siehe z. B. Gebstatts Bericht vom 4. 12. 1918, Gesandtschaftsberichte 110.

<sup>31</sup> DBLR, Nationalausschuß Wegstädtl an die Landesregierung, Wegstädtl, 22. 11. 1918.

<sup>32</sup> Vgl. Gebstatts Bericht vom 30. November 1918, Gesandtschaftsberichte 106–108, besonders 107: Es kam zu Kämpfen zwischen der Volkswehr und tschechischen Soldaten „in deren Verlauf auf deutscher Seite 3, bei den Tschechen noch mehr Tote zu verzeichnen waren.“

<sup>33</sup> Gesandtschaftsbericht 107f.

teils zu Protesten führte<sup>34</sup> – waren die tschechischsprachigen Soldaten entlassen worden, woraufhin auch die deutschsprachigen Soldaten nicht mehr zu halten gewesen waren. Diese Aufgabe wurde dem Deutschnationalen Hans Hartl übertragen, der Mitglied der Landesregierung war. Hartl rechnete damit – so sein im Frühjahr 1919 verfaßter Bericht – daß die aus dem Krieg heimgekehrten Soldaten „einen solchen Aufruf einfach verlachen würden“<sup>35</sup>.

Tatsächlich meldeten sich weniger als 10% der Soldaten zurück<sup>36</sup>. Auf freiwilliger Basis bildeten sich jedoch in vielen Städten Deutschböhmens Volkswehren, mit dem Ziel, weitere Plünderungen zu verhindern. Sie waren aber nur mit wenig Waffen ausgestattet und an einen erfolgreichen Widerstand gegen die Tschechen, die weitaus besser organisiert waren, war mit Hilfe der Volkswehr nicht zu denken<sup>37</sup>. Zudem rief die deutschösterreichische Regierung in Wien die Volkswehr zu Gewaltverzicht auf<sup>38</sup>.

### *Bürgerliche und Sozialdemokraten in der Landesregierung*

Sitz der Landesregierung war Reichenberg. Grundlage für die Bildung der Landesregierung waren langwierige Koalitionsverhandlungen zwischen dem Deutschradikalen Raphael Pacher und dem Sozialdemokraten Josef Seliger gewesen<sup>39</sup>. Sie vertraten die beiden stärksten deutschsprachigen Parteien in Böhmen zu diesem Zeitpunkt. Die Sozialdemokraten hatten verlangt, daß nur nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählte Abgeordnete in die Landesregierung wie die Landesversammlung für Deutschböhmen berufen wurden<sup>40</sup>. Und sie forderten, daß die Zahl der Mandate der Sozialdemokraten nicht dem Stimmenverhältnis der letzten Reichsratswahlen von 1911 entsprechen, sondern gemäß ihrer tatsächlichen Stärke zu Kriegsende erhöht werden sollte. Der Landesregierung gehörten nach diesen Vereinbarungen dann insgesamt 12 Mitglieder an, drei Sozialdemokraten, drei Deutschnationale, zwei Agrarier, ein Abgeordneter der Arbeiterpartei und drei Parteilose. Seliger war Landeshauptmann-Stellvertreter und der Parteilose Lodgman seit Anfang November 1918 Landeshauptmann<sup>41</sup>.

<sup>34</sup> Siehe DBLR, Dr. Paul Rumburg an Lodgman, Rumburg, 9. 11. 1918: „Bei der Mittagstafel trennte ich sofort eigenmächtig die deutschen und die tschechischen Offiziere. Schwere Proteste, daß es Provokation sei.“

<sup>35</sup> DBLR, Hans Hartl an die Landesregierung in Wien, Dresden, 28. 4. 1919.

<sup>36</sup> Vgl. Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 85 f.

<sup>37</sup> Vgl. Höbelt: Deutschösterreich und die Sudetendeutschen 161 f. und Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 86–95. Molisch bezeichnete die Volkswehr als „Arbeits- und Obdachlosenversorgung“, weil sie zum großen Teil nicht aus Soldaten, sondern aus Arbeitslosen bestand (S. 89).

<sup>38</sup> Zur Haltung der Wiener Regierung siehe Molisch: 78–83 und Haas: Die deutschböhmischesche Frage, besonders 360–365.

<sup>39</sup> Josef Seliger (1870–1920) vertrat eine reformistische Zielsetzung in der sozialdemokratischen Politik.

<sup>40</sup> Der böhmische Landtag war bis zu seiner Sistierung 1913 noch nach dem Kurienwahlrecht gewählt worden, und die Sozialdemokraten waren nicht darin vertreten gewesen.

<sup>41</sup> Vgl. Bachmann, Harald: Die Landesregierung für Deutschböhmen und das verweigerte Selbstbestimmungsrecht 1918/1919. Der Donauraum. 30/1 (1989/90) 13–32, hier 18 und Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 22. Auf die endgültige Mandatsverteilung in der Landesversammlung für Deutschböhmen einigte man sich erst auf der 2. Sitzung

Am 14. Dezember 1918, einen Tag bevor auch in Reichenberg tschechoslowakische Militäreinheiten stationiert wurden, begab sich die Landesregierung nach Wien. Eigentlich hatte sie sich in Dresden einrichten wollen. Die sächsische Regierung hatte dem deutschösterreichischen Gesandten in Dresden aber schon Anfang Dezember 1918 mitgeteilt, daß Sachsen sich nicht in die innere Entwicklung der böhmischen Länder einmischen werde und dann auch die Agitation der Landesregierung für Deutschböhmen von Dresden aus untersagt. Das entsprach der allgemeinen Zurückhaltung auch der Reichsregierung in der deutschböhmischen Frage<sup>42</sup>. In Wien bekam die Landesregierung im österreichischen Abgeordnetenhaus einige Räume zur Verfügung gestellt<sup>43</sup>. Die sich für Deutschböhmen einsetzenden Vertreter der bürgerlichen Parteien hatten sich jedoch bereits vorher schon mehr in Wien als in Reichenberg aufgehalten, was ihnen seitens der Bevölkerung Deutschböhmens auch zum Vorwurf gemacht wurde<sup>44</sup>.

Die Landesregierung beeilte sich, sofort nach ihrer Ankunft in Wien eine Propagandaorganisation aufzubauen, mit der sie auf die Haltung der Bevölkerung Deutschböhmens einwirken konnte. Von der deutschösterreichischen Regierung war in der Staatskanzlei bereits ein „Werbedienst für die bedrohten deutschen Gebiete“ eingerichtet worden, der „Flugblätter für Deutschösterreichs Recht“<sup>45</sup> herausgab. Am Aufbau einer „Werbeabteilung“ für die „deutschböhmische Freiheitsbewegung“ war ein Deutschnationaler namens Lauer mann seit dem 16. Dezember 1918 maßgeblich beteiligt. Er habe, schrieb er im Juni 1919 rückblickend, der Landesregierung eine „durchgreifende Organisation des Werbedienstes“ vorgeschlagen, mit sieben sogenannten Geschäftsstellen, sechs davon in Deutschböhmen, eine im Deutschen Reich. Diese Organisation sollte es ermöglichen, „auf den Geist der Bevölkerung in irredentistischem Sinne“ einzuwirken<sup>46</sup>.

Die Einrichtung von Geschäftsstellen in Eger, Komotau, Karlsbad, Reichenberg, Warnsdorf und Teplitz und in Dresden wurde dann in einer Sitzung des Landesrates am 30. Dezember 1918 beschlossen: „Die Geschäftsstellen“, hieß es im Protokoll dieser Sitzung, „dienen als Propagandastellen für die Selbstbestimmung Deutschböhmens: Die Arbeit ist vor allem durch eine rege Werbetätigkeit durch kleinere Versammlungen sowie durch die Presse zu verrichten“<sup>47</sup>. Die Bevölkerung Deutsch-

---

der provisorischen Landesversammlung am 27. November 1918. Von insgesamt 84 Mandaten entfielen 33 auf die Sozialdemokraten, 45 auf den Bürgerblock, 4 auf die Christlichsozialen und 2 auf die Deutsche Arbeiterpartei. Vgl. Bachmann: Die Landesregierung 21.

<sup>42</sup> Siehe dazu Burian: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1918–1919.

<sup>43</sup> Vgl. Bachmann: Die Landesregierung 23.

<sup>44</sup> Vgl. Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 150f.

<sup>45</sup> Insgesamt wurden von U. R. v. Wottava in Wien 1919 neununddreißig dieser Flugblätter herausgegeben.

<sup>46</sup> DBLR, Abt. III, Lauer mann an das Präsidium der Landesregierung für Deutschböhmen in Wien, Wien, 11. 6. 1919 (im Folgenden abgekürzt: DBLR, Bericht Lauer mann), 3. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges hatten die österreichischen Regierungsbehörden keine Propagandaabteilung, weshalb Lauer mann in seinem Bericht feststellte, daß „wir einen uns ganz neuen Boden betraten, auf dem wir uns erst zurecht finden mußten“. Bericht Lauer mann 3.

<sup>47</sup> DBLR, Protokoll: „Sitzung des Landrates mit dem Einrichten der Geschäftsstellen vom 30. Dezember 1918“, o. O.

böhmens solle bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen werden, „daß das Schicksal Deutschböhmens erst auf der Friedenskonferenz zur Entscheidung gelangen wird; um die auf diese Ziele<sup>48</sup> gerichteten Bestrebungen wirklich erfolgreich durchzuführen, ist es aber notwendig, daß die Bevölkerung selbst die Regelung dieser Frage im Sinne der Selbständigkeit Deutschböhmens und seiner völligen Unabhängigkeit vom tschecho-slowakischen Staate verlangt. Es ist daher Sache der Geschäftsstelle dafür zu sorgen, daß dieser Wunsch der Bevölkerung bei jeder sich bietenden Gelegenheit nachdrücklich zum Ausdrucke gebracht werde.“<sup>49</sup>

An der Spitze der Geschäftsstellen sollte ein Ausschuß stehen, in dem alle in Deutschböhmen vorhandenen politischen Parteien vertreten sein sollten. Er sollte einheitlich vorgehen, d.h. gegensätzliche Programmpunkte der Parteien sollten „allesamt hinter dem einen Gesichtspunkte, nämlich dem der Erringung der Selbstbestimmung“ zurücktreten<sup>50</sup>. Der Hinweis auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller politischen Parteien in den Geschäftsstellen wurde auch in anderen Rundschreiben an die Geschäftsstellen wiederholt<sup>51</sup>. Der Grund dafür war, daß sich zum einen Spannungen zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten bemerkbar machten, zum anderen die Bürgerlichen untereinander zerstritten waren.

Zu Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen kam es Ende Dezember 1918, als es darum ging, Abgeordnete für Deutschböhmen nach Wien, in die neuzubildende deutschösterreichische Nationalversammlung zu entsenden<sup>52</sup>. Diese sollte die bisher tagende provisorische Nationalversammlung ablösen. Es stellte sich nun die Frage, ob die Landesregierung in Deutschböhmen Wahlen durchführen oder ob sie die Abgeordneten ernennen sollte. Die Bürgerlichen befürworteten die Ernennung der Abgeordneten. Dagegen wandte sich Seliger in der Sitzung des Landrates für Deutschböhmen am 29. Dezember 1918. Er befürwortete Wahlen, weil er glaubte, damit die Bevölkerung für den Kampf um Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht aktivieren zu können. „Die Auffassung muß da sein und aufrecht erhalten werden,“ so Seliger in der Sitzung, „daß wir unser Selbstbestimmungsrecht behaupten wollen. Das beste Mittel ist, die Bevölkerung es selbst aussprechen zu lassen. [...] Wir müssen Situationen herbeiführen, wo jeder einzelne das Verhalten der Tschechen als Vergewaltigung seiner Persönlichkeit empfindet. Wir müssen also hinausgehen und für das Volk sprechen.“<sup>53</sup> Er betonte: „Ich lege Wert darauf, daß uns Deutschböhmen innerlich nicht verloren geht. Die Leute glauben nicht mehr

<sup>48</sup> Diese bestanden, hieß es weiter oben, in der Erlangung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschböhmens.

<sup>49</sup> DBLR, Der Landeshauptmann, Rundschreiben an alle deutschböhmisches Geschäftsstellen, 15. 1. 1918, o. O. 5.

<sup>50</sup> DBLR, Erlaß Lodgmans an alle deutschböhmisches Geschäftsstellen, Wien, 4. 4. 1919. In diesem Erlaß rief Lodgman die Zielvorstellungen der Landesregierung, die bei der Errichtung der Geschäftsstellen maßgeblich waren, in Erinnerung.

<sup>51</sup> Siehe z. B. auch DBLR, Der Landeshauptmann, Rundschreiben an alle deutschböhmisches Geschäftsstellen, 15. 1. 1919, o. O. 1f.

<sup>52</sup> Diese sollte am 16. Februar 1919 einberufen werden.

<sup>53</sup> DBLR, Protokoll der Sitzung des deutschböhmisches Landesrates, 29. 12. 1918, Wien, 10f.

an die Selbstbestimmung, wir sind nur papierene Abgeordnete.“<sup>54</sup> Seliger hielt an diesem Standpunkt fest, obwohl die Durchführung von Wahlen in Deutschböhmen sich als unmöglich erwies. Die tschechoslowakische Regierung sah Wahlen für das deutschösterreichische Parlament als Hochverrat an, da Deutschböhmen ihrer Auffassung nach zum tschechoslowakischen Staat gehörte.

Die Sozialdemokraten, besonders Seliger, suchten im Gegensatz zu den Bürgerlichen die Nähe zu der Bevölkerung Deutschböhmens. Seit November 1918 hatte Seliger große Massenkundgebungen veranstaltet, und er hielt sich auch nach der Besetzung trotz der Gefahr, verhaftet zu werden, oft in Deutschböhmen auf. Die Bürgerlichen blieben weiterhin bevorzugt in Wien, wo sie zum Teil ihren ständigen Wohnsitz hatten<sup>55</sup>.

### *Argumente im Kampf um Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht*

In seiner im März 1919 erschienenen Schrift: „Warum kämpfen wir um das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes?“ rechtfertigte Seliger die Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen, die die Sozialdemokraten „bisher auf das Heftigste bekämpften“<sup>56</sup>.

Eine Sozialisierung der Gesellschaft war für Seliger nur innerhalb von demokratischen Strukturen möglich. In Deutschland und Deutschösterreich habe die Revolution alle politischen Vorrechte beseitigt und in beiden Ländern seien Nationalversammlungen auf Grund des Wahlrechts aller Frauen und Männer gewählt worden. „Auf diesem Boden“, so Seliger, „führen die Arbeiter den Kampf um die Sozialisierung, um den schrittweisen Aufbau der sozialistischen Ordnung. [...] Nur die Arbeiterklasse Deutschböhmens ist im Augenblick davon ausgeschlossen, für ihren Teil an die Vollbringung dieser großen Aufgabe zu schreiten.“<sup>57</sup> Die tschechische Nation sei durch den Zerfall der Habsburgermonarchie von den Fesseln des Nationalitätenstaates befreit worden, sei aber ihrerseits nun dabei, einen neuen Nationalitätenstaat aufzurichten. Sie wolle andere Völker mit Gewalt diesem Staat unterwerfen. „In diesem Teil der Habsburgermonarchie“, fuhr Seliger fort, „tobt also der alte Kampf der Nationen gegeneinander weiter, hier erst muß der nationale Umsturz vollendet werden. Die Befreiung der Nationen von der drohenden neuen Fremdherrschaft ist hier die herrschende Frage der unmittelbaren Gegenwart, und diese muß zunächst entschieden werden, bevor das Proletariat dazu schreiten kann, die Demokratie zu erkämpfen und die Sozialisierung durchzusetzen.“<sup>58</sup>

Grundsätzlich hielt Seliger es jedoch auch für möglich, daß das Proletariat seinen Kampf um die Sozialisierung in einem Nationalitätenstaat führen könnte. „Er wird schwerer sein als in einem einheitlichen nationalen Staat. Denn in einem Nationalitätenstaat gibt es Schwierigkeiten zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Nationen, die erst überwunden werden müssen, die ihre Ursache in der Verschieden-

<sup>54</sup> DBLR, ebenda 15.

<sup>55</sup> Vgl. Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 142 und 150f.

<sup>56</sup> Seliger: Warum kämpfen wir 4.

<sup>57</sup> Ebenda 8.

<sup>58</sup> Ebenda 8f.

heit der Sprache, die die Verständigung erschwert, in der Verschiedenheit der durch die besondere Geschichte jeder Nation begründeten geistigen Orientierung, in der Verschiedenheit des Temperaments ec. haben. Aber es sind nur Dinge, die den gemeinsamen Kampf erschweren, die aber zu überwinden sind. Sie schließen den gemeinsamen erfolgreichen Kampf nicht aus.“<sup>59</sup> Die Bedingung dafür sei aber, „daß dieser Staat auf dem Willen der Nationen beruht, die ihn bewohnen, daß sie ihn begründen aus dem Rechte ihrer freien Selbstbestimmung, daß er in diesem Sinne ein Rechtsstaat und ein Gewaltstaat sei“<sup>60</sup>. Da dies im tschechoslowakischen Staat nicht der Fall sei, gebe es für das deutschböhmisches Volk nur eine Rettung, um die Durchsetzung der Sozialisierung zu erreichen. Diese bestehe darin, „daß unser Volk der nationalen Fremdherrschaft nicht unterworfen wird, daß auch für unser Volk das Recht der freien Selbstbestimmung gilt. Daß unser Volk nach freiem Willen sein staatliches Schicksal bestimmen, in freier Willensbestimmung sich dem deutschen Volke im Reiche anschließen und mit ihm vereinigen kann in der freien, demokratischen und sozialen deutschen Republik. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschböhmens ist der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes in diesem Sinne der Kampf zur Demokratie und zum Sozialismus.“<sup>61</sup>

Die Sozialdemokraten setzten sich gemeinsam mit den Bürgerlichen für ein nationales Ziel ein und versprachen sich davon in erster Linie Fortschritte in der von ihnen angestrebten Sozialisierung. Nach den revolutionären Bewegungen im Deutschen Reich und der Ausrufung der Deutschen Republik am 9. November 1918 durch den Sozialisten Philipp Scheidemann war die Begeisterung für einen Anschluß Deutschösterreichs an das „sozialistische Deutschland“ groß<sup>62</sup>. Der Anschluß an Deutschland entsprach zudem dem marxistischen Konzept, daß in einem wirtschaftlich starken Staat schnellere Fortschritte in der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft zu erwarten waren<sup>63</sup>. Außerdem hatte Seliger schon zu Beginn seines Engagements für Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht bezweifelt, daß Deutschböhmern in der Lage sei, ein selbständiges Staatswesen zu bilden. „Denn von der nationalen Selbstbestimmung allein kann kein Mensch und kein Staat leben“ schrieb Seliger in seinem im November 1918 in der sozialdemokratischen Monatszeitschrift *Der Kampf* erschienenen Artikel „Das selbständige Deutschböhmen“. Deshalb sei in Betracht zu ziehen, daß Deutschböhmern den Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet suchen müsse, das nur Deutschland sein könne<sup>64</sup>.

Von der Seite der Bürgerlichen wurden zum Teil abstrakte Vorstellungen über das Wesen der deutschböhmisches Bevölkerung vertreten. So zum Beispiel in einem Aufsatz von Friedrich Wieser<sup>65</sup>. Wieser war Präsident des am 19. Januar 1919 gegründeten

<sup>59</sup> Ebenda 9.

<sup>60</sup> Ebenda 10.

<sup>61</sup> Ebenda 13.

<sup>62</sup> Vgl. Zessner: Josef Seliger 119f.

<sup>63</sup> Vgl. Wingfield, Nancy M.: *Minority Politics in a Multinational State. The German Social Democrats in Czechoslovakia 1918–1938*. New York 1989, 11.

<sup>64</sup> Der Artikel Seligers in Zessner: Josef Seliger, Quellenanhang 219–221, hier 221.

<sup>65</sup> Wieser (1851–1926) war Professor der Volkswirtschaft an der Prager und Wiener Universität und seit 1917 letzter Handelsminister Österreichs bis zum Zusammenbruch der Monarchie

„Hilfsverein für Deutschböhmen und Sudetenland“<sup>66</sup>. Dieser unterstand im neuen Organisationsentwurf für die Tätigkeit der Landesregierung in Wien der Propagandastelle der Landesregierung<sup>67</sup>. Wiesers Aufsatz „Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht“ erschien in einem von Lodgman herausgegebenen Propagandabüchlein<sup>68</sup>.

Nach Wiesers Auffassung war die nationale Selbstbestimmung ein unanfechtbares Naturrecht. Sie müsse jedoch ihre Grenzen haben und es sei zu prüfen, ob das Recht darauf den Deutschen in Böhmen zustehe. Sie könne nämlich „nicht jedem kleinsten oder formlosesten und nicht jedem ganz unterentwickelten nationalen Gebilde zuerkannt werden, sondern nur einem solchen, das so groß, in seiner Form so geschlossen und in seiner geschichtlichen Entwicklung so weit gediehen ist, daß es sein eigenes Leben als Volk leben und sich entschließen kann, seine eigenen Einrichtungen als Volk zu haben. Es muß ein staatliches Gemeinwesen bilden können, es muß ein Staatsvolk sein“.<sup>69</sup>

Nach Wiesers Meinung siedelten 2,5 Millionen Deutsche in Deutschböhmen und dies seien „reichlich genug“, um einen Staat zu bilden. „Auch bei der immer wieder vorgebrachten Einwendung brauchen wir uns nicht lange aufzuhalten, daß die Ziffern, die unsere Volkszählungen über die Statistik der Nationalitäten bringen, nicht beweiskräftig seien, weil sie nicht die Nationalität, sondern die Umgangssprache zum Gegenstande hätten. Das nationale Ringen in Böhmen hat es mit sich gebracht, daß das Bekenntnis der Umgangssprache längst zum nationalen Bekenntnis geworden ist.“<sup>70</sup>

Von diesen Deutschen siedle der größte Teil geschlossen zusammen, „nur ein geringer Rest von 170 000 Menschen wohnt in Sprachinseln bzw. als nationale Minderheiten im tschechischen Volksgebiete; ebenso sind umgekehrt im deutschen Volksgebiete nur geringe tschechische Inseln, bzw. Minderheiten eingesprengt. Da überdies die Grenze zwischen den beiden Volksgebieten national sehr scharf gezogen ist, so löst sich der deutsche Volkskörper bis auf geringfügige Reste klar von dem tschechischen ab.“<sup>71</sup>

Die Tschechen wendeten ein, daß das deutsche Gebiet ein „zwei langgestreckten Fangarmen gleichendes Grenzgebiet“ darstelle, das „als Staatsgebiet ein formloses Unding“ sei<sup>72</sup>. „Die beiden langgestreckten Fangarme, von denen sie sprechen“, so Wieser, „ziehen sich der Grenze entlang, an der sich das Land mit Deutschösterreich

---

gewesen. Er übernahm im April 1919 den Vorsitz der von Lauer mann in Wien gebildeten „Aus kunftsstelle für Industrie, Gewerbe und Handel in Böhmen und Sudetenland“.

<sup>66</sup> Ihm gehörten Teile der Wiener Bevölkerung an, die aus den böhmischen Ländern stammten. Die Gründung dieses Vereins bedeutete, so H a s : Die deutschböhmische Frage 379: „einen wichtigen Schritt für die Entfaltung der Irredentabewegung in Oesterreich, die bis zum Zweiten Weltkrieg unter geistiger Leitung dieses Vereins blieb“.

<sup>67</sup> DBLR, Vorläufige Geschäftseinteilung und Geschäftsordnung für die Landesregierung für Deutschböhmen, Wien 1. 2. 1919.

<sup>68</sup> In diesem Büchlein erschienen verschiedenen Aufsätze von Professoren der Wiener und der Prager Universität, vgl. Anm. 7.

<sup>69</sup> Wieser: Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht 233.

<sup>70</sup> E b e n d a 233f.

<sup>71</sup> E b e n d a 235f.

<sup>72</sup> E b e n d a 236.

und Deutschland berührt, an dieser ganzen ausgedehnten Grenze schließt sich der deutsche Volkskörper Böhmens voll und ohne irgendwelche störenden Zwischengebilde dem großen Körper des deutschen Volkes außerhalb Böhmens an, und wenn daher den Deutschen Böhmens ihre Selbstbestimmung unverkümmert bleibt und es ihnen freigegeben wird, sich an Deutschösterreich und mit diesem an Deutschland anzuschließen, so sind sie dem großen deutschen Volksgebiete in engster Geschlossenheit verbunden, ohne daß ein noch so kritisches Auge eine Trennung oder auch nur eine Nahtstelle zu entdecken vermöchte. Selbst wenn wir davon ausgehen mußten, daß den Deutschen Böhmens der Anschluß an das Deutsche Reich verwehrt bleiben sollte, oder wenn wir annehmen, daß sie sich nicht für ihn entschließen sollten, so trifft die Behauptung nicht zu, daß ihr Volksgebiet als Staatsgefüge ein formloses Unding sei. Der südliche, an Deutschösterreich angrenzende Fangarm – um diese Bezeichnung beizubehalten – wäre durch seine Verbindung mit Deutschösterreich als Staatsgebilde ein durchaus wohlgeformtes Ding, an dem nichts auszusetzen bliebe, und der nördliche Fangarm mit seinen zwei Millionen geschlossen wohnenden Menschen ist auch für sich allein so geformt, daß seine Eignung zum Staatskörper nicht bestritten werden kann.<sup>73</sup>

Neben der Größe der deutschsprachigen Bevölkerung, der ethnischen Homogenität, der Form und der geographischen Lage ihres Siedlungsgebietes war für Wieser ihre „innere Gemeinschaft“ eine wichtige Bedingung für den Anspruch auf Selbstbestimmung. „Die Deutschen Böhmens sind durch ihre innere Gemeinschaft ein Volk und können daher einen Staat bilden,“ urteilte Wieser, „Deutsche und Tschechen zusammen sind aber nicht ein Volk, sondern zwei Völker und können niemals einen gesunden Staat bilden“.<sup>74</sup> Bei Deutschen und Tschechen sei in den langen Jahren des Kampfes nationales Selbstgefühl und nationale Organisation auf beiden Seiten zu gleicher Kraft gediehen. Tschechen und Deutsche hätten sich schließlich vollkommen voneinander abgedockt, so daß am Ende „zwei nationale Ströme des Lebens getrennt durch das Land“ gingen.<sup>75</sup> „In immer gesteigertem Maße hat dafür das deutschböhmische Volk durch seine besten und rührigsten Elemente sich mit Wien und dem übrigen Deutschösterreich verschlungen. [...] Es wäre ein Schnitt ins Lebendige, wenn man versuchen wollte, das deutsche Volkstum in Böhmen von den Genossen abzutrennen, die es nach Wien und den Alpenländern entsendet hat. Durch sie sind Deutschböhmen und Deutschösterreich so eng zu einem Staatsvolk verbunden, wie die Wurzeln eines Baumes sich in Stamm und Krone verbinden.“<sup>76</sup>

Wieser sprach von den Deutschen in Böhmen als einem organischen Ganzen. Die Zuhörigkeit Deutschböhmens zum Deutschen Reich und zu Deutschösterreich sah er als etwas Natürliches und Gewachsenes an. Der Gedanke einer Volksabstimmung spielte bei ihm eine untergeordnete Rolle.

Wiesers nationalistisches Gedankengut geriet in Umlauf, wie auch von der Propagandastelle der Landesregierung verbreitetes Material, so z. B. die „Flugblätter

<sup>73</sup> Ebenda 237f.

<sup>74</sup> Ebenda 239.

<sup>75</sup> Ebenda 258.

<sup>76</sup> Ebenda 258f.

für Deutschösterreichs Recht“<sup>77</sup> und die Broschüre „Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht“. Letztere wurde von Laueremann im Namen der Landesregierung verfaßt<sup>78</sup>.

Ausführlich eingegangen wird in dieser Broschüre auf die tschechischsprachige Bevölkerung in Deutschböhmen. Dem Nationalitätsprinzip entsprach die Vorstellung, daß in einem Staat nur eine Nation leben sollte. Auf dieses Prinzip berief sich die Landesregierung und sie forderte das Selbstbestimmungsrecht für Deutschböhmen, damit Deutschböhmen Teil eines Staates, nämlich Deutschlands, würde, in dem nur eine Nation, nämlich die deutsche, lebte. Wie rechtfertigte sie aber die Einbeziehung des in Deutschböhmen liegenden tschechischen Sprachgebietes? Die Einbeziehung der weit über 100 000 Tschechen in einen deutschen Staat widersprach ja dem Prinzip, daß in einem Staat nur eine Nation leben sollte. In der Broschüre hieß es, daß von den 122 000 Tschechen, die nach den Zählungen der Landesregierung in Deutschböhmen lebten, 59 000 bzw. 48,2 Prozent in den fünf Gerichtsbezirken des nordwestböhmischen Kohlereviere siedelten. „Scheiden wir diese Gerichtsbezirke aus“, hieß es weiter, „so erübrigen sich 1 661 000 Deutsche und 53 000 Tschechen. Auf je 100 Deutsche entfallen dann 3,1 Tschechen, also so wenig, daß der deutsche Charakter des übrigen Gebietes nicht in Abrede gestellt werden kann.“<sup>79</sup> Anhand der Ergebnisse der letzten Volkszählungen lasse sich zeigen, daß „die Tschechen erst in den letzten Jahrzehnten massenhaft in den Gerichtsbezirken des Kohlereviere aufgetreten“ seien, dies aufgrund des dringenden Bedarfs an Arbeitern im Kohlebergbau<sup>80</sup>. Die hohe Anzahl der Tschechen im Kohlerevier lasse aber keine Rückschlüsse auf den „nationalen Charakter der bodenständigen Bevölkerung“ zu. Die Bergarbeiter hätten aufgrund der Lage der Schächte „nur geringen Anteil am Leben der bodenständigen Bevölkerung“. Die Bergarbeiterschaft führe „ein soziales und nationales Sonderdasein“, das, gleich wie die Lebensdauer der Schächte, zeitlich begrenzt sei. „Sind die Schächte abgebaut, so verläuft sich die Menschenanhäufung, und die Bevölkerung geht zurück auf den Stand, der durch die landwirtschaftliche Bodenbenützung gegeben ist. Es bedarf keines weiteren Nachweises, daß dann die Alteingesessenen bis auf wenige Reste wieder unter sich und der fremdsprachige Einschlag verschwunden ist. Auf den Abbau der Schächte folgt der Abbau der Arbeitermassen, die sie angelockt haben, und nach geraumer Zeit wächst wieder der Wald über den verwüsteten Stätten und der Pflug, geführt von deutscher Hand, geht über die neuangelegten Felder. Das tschechische Zwischenspiel

<sup>77</sup> Die Flugblätter wurden in deutschen Ausgaben über ein in Bern eingerichtetes Büro ins Ausland und über die Geschäftsstellen unter der Bevölkerung Deutschböhmens verteilt. Vgl. die verschiedenen Anfragen für Materialentsendungen: DBLR, Deutschböhmisches Hilfsbüro (Geschäftsstelle in Dresden) an die Landesregierung in Wien, Dresden, 15., 21., 27. und 31. 3. 1919 und 11. 9. 1919. Siehe auch Lodgmans Auftrag an die Landesregierung in Wien zur Sendung von Propaganda- und Bildmaterial an das Büro in Bern. DBLR, Lodgman an „Lieber Freund“, Bern 10. 2. 1919. In der Reihe „Flugblätter für Deutschösterreichs Recht“ erschien auch eine Rede, die Lodgman am 28. Dezember 1918 vor der in Wien tagenden Landesversammlung für Deutschböhmen hielt.

<sup>78</sup> Vgl. DBLR, Bericht Laueremann 7.

<sup>79</sup> Deutschböhmen 30f.

<sup>80</sup> Ebenda 32.

ist vorüber. Aber auch während der Lebensdauer der Schächte steht die Belegschaft in so losen Beziehungen zum Boden, daß sie unmöglich zur Einwohnerschaft gezählt werden kann, wenn es sich um die Beurteilung von dauernden Verhältnissen oder Einrichtungen handelt. Auf den Schächten herrscht ein geradezu unglaublicher Belegschaftswechsel, der so etwas wie Heimatgefühl, Bodenständigkeit oder vollends Kulturanschluß gar nicht aufkommen läßt.“<sup>81</sup>

Um der Idee des Nationalitätsprinzipes gerecht zu werden, wurden nationale Minderheiten „weggerechnet“ oder ihr Anspruch auf Anwesenheit in den umstrittenen Gebieten in Frage gestellt. Es wurde die Vorstellung verbreitet, daß die Tschechen eigentlich nicht nach Deutschböhmen gehörten. Dabei wurden schwer faßbare Begriffe wie Heimatgefühl und Bodenständigkeit in die Diskussion gebracht, die ins Dickicht nationaler Streitigkeiten führten.

### *Stimmungswechsel in der Bevölkerung Deutschböhmens*

Die Propaganda-Aktivitäten der Landesregierung zeigten bei der Bevölkerung Deutschböhmens, wie Gebtsattel am 29. Januar 1919 berichtete, schnell Wirkungen: „In Deutschböhmen ist die anfänglich in weiteren Kreisen gezeigte Geneigtheit, sich mit den Tschechen abzufinden, ganz bedeutend zusammengeschrumpft. Dazu beigetragen haben einerseits die Agitation der deutschböhmischen Führer, andererseits das herausfordernde Verhalten, das sich die tschechischen Besatzungstruppen wenigstens an einzelnen Orten wie Brüx, Reichenberg, Saaz etc. zuschulden kommen ließen. Übergriffe, Ausschreitungen und Plünderungen tschechischer Soldaten, die in Brüx sogar zu Blutvergießen führten, haben den Gedanken an einen Anschluß an die Tschechen zurückgedrängt und die Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens erheblich gefördert. Die Verhältnisse liegen zur Zeit derart, daß nur ein großer Teil der Industrie aus wirtschaftlichen Gründen unbedingt für die Vereinigung mit den Tschechen eintritt. Weite Kreise des Bürgertums und der Landbevölkerung, in denen anfangs Gleichgültigkeit und Unklarheit herrschten, namentlich die deutschdemokratische und nationaldemokratische Partei sowie die sozialistischen Parteien, setzen sich nunmehr entschieden für den Anschluß an Deutschland ein, und zwar als selbständiger Bundesstaat.“<sup>82</sup>

Das Verhalten der tschechischen Soldaten während der Besetzung trug dazu bei, den Willen in der Bevölkerung Deutschböhmens zum Anschluß an das Deutsche Reich zu verstärken. Dies zeigt auch der Bericht eines deutschen Offiziers, der vor und nach der Besetzung Deutschböhmens bereiste: „Die Bevölkerung verhielt sich vor dem tschechischen Einmarsch eher gleichgültig gegen eine Einverleibung in den tschechoslowakischen Staat. Allgemein herrschte die Ansicht, daß die Hauptsache wäre, etwas zu essen zu bekommen, ganz gleich von wo. Einige Industrielle waren offen für den Anschluß. Diese Ansichten änderten sich wesentlich nach der Besetzung durch die Tschechen. Diese ließen die Bevölkerung durch Schikanen aller Art merken, daß

<sup>81</sup> E b e n d a 42f.

<sup>82</sup> Gesandtschaftsberichte 142.

sie als Machthaber gekommen seien. Die Städte mußten die Besetzung erhalten, Verhaftungen von Offizieren, die die Volkswehr ins Leben gerufen hatten, und einflußreicher Männer wurden vorgenommen. Den Volkswehren wurden die Waffen abgenommen und sie selbst aufgelöst. Deutsche wurden öfters mißhandelt und beschimpft [...] In den besetzten Orten wurden vorhandene Getreidemengen beschlagnahmt und in das tschechische Gebiet weggeführt. Durch diese Maßnahmen wurde das Deutschtum aufgerüttelt, so daß es jetzt geschlossen und einig ist, gegen die Tschechen zu arbeiten.<sup>83</sup>

Nach dem Bericht Laueremanns vom 11. Juni 1919 waren es die Sozialdemokraten, „welche die lebhafteste Werbetätigkeit entfalteten. Die bürgerlichen Parteien waren nicht geschlossen, doch wurden die bürgerlichen Kreise mit in die Bewegung gerissen, wenn auch nicht so, wie es sich manche bürgerlichen Kreise gewünscht haben. Auf jeden Fall war das Hauptziel angebahnt und bald erreicht. Der erste Erfolg zeigte sich in der zweiten Hälfte des Jänner bereits in der deutsch-böhmischen Presse. Ihre Haltung wurde fast schlagartig einheitlich irredentistisch, ihre Aufmachung ganz so, wie es in der allgemeinen Instruktion vorgeschrieben war und zeigt bis auf den heutigen Tag das gewünschte gute Bild. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß damit ein großer Einfluß auf die ganze Bevölkerung in Deutschböhmen gewonnen ist. Die Organisation hat am 4. März ihre Probe glänzend bestanden. Das Hauptverdienst an der Durchführung fällt den Sozialdemokraten zu, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß die unerhörten Übergriffe der tschechischen Regierung selbst auf die Stimmung der Bevölkerung in Deutschböhmen den für uns günstigen Erfolg hatten.“<sup>84</sup>

Am 4. März 1919 kam es anlässlich des Zusammentretens der neugewählten deutsch-österreichischen Nationalversammlung in vielen Städten Deutschböhmens zu Massendemonstrationen. Deutschböhmen war in dieser Nationalversammlung nicht vertreten, die Ausscheidung Deutschböhmens aus dem deutschösterreichischen Staatsverbund somit ein Stück weit vorweggenommen. Aufgrund des Widerstandes der deutschböhmischen Sozialdemokraten waren keine Abgeordneten ernannt worden und die Durchführung von Wahlen war von den Tschechoslowaken verboten worden.<sup>85</sup>

Während der Demonstrationen wurde vielfach an öffentlichen Gebäuden die deutsche Nationalflagge gehißt. Als tschechische Soldaten das Einholen der Flaggen befahlen und die Plätze und Straßen räumten, kam es zu Auseinandersetzungen, wobei es insgesamt 54 Tote unter den Deutschen gab.<sup>86</sup>

<sup>83</sup> Zit. nach Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 118–119, der weder angibt, von wem dieser Bericht stammt, noch, wann er abgefaßt wurde.

<sup>84</sup> DBLR, Bericht Laueremann 4.

<sup>85</sup> Vgl. Opitz, Alfred: Der tschechische Nationalstaat im Jahre 1919. *Bohemia* 22 (1981) 43–78, hier 47f.

<sup>86</sup> Vgl. Bachmann: Die Landesregierung 25. – Laut einem Bericht der deutschnationalen Kaadener Zeitung vom 8. März 1919 war es in Kaaden, wo am 4. März zwanzig Deutsche starben, folgendermaßen zu dem blutigen Zusammenstoß zwischen Deutschen und Tschechen gekommen: Die sozialdemokratische Partei habe Arbeiter und Bürgerliche zu einer Versammlung eingeladen, „in welcher über das Selbstbestimmungsrecht nach dem Programme Wilsons gesprochen und gegen die Verhinderung der Wahlen in die deutschöster-

Nach dem 4. März 1919 entsprach die Politik der Landesregierung den Interessen eines großen Teiles der Bevölkerung Deutschböhmens, im Gegensatz zum Herbst und Winter 1918/1919, als viele Stimmen aus der Bevölkerung eine Bereitschaft zur Verständigung mit den Tschechen erkennen ließen. Zu dieser Zeit war die Bevölkerung, was die nationale Frage anbelangte, eher gleichgültig<sup>87</sup>. Nach den hier untersuchten Quellen gab es im Herbst und Winter 1918/1919 auch keine spontanen anti-tschechischen Ausbrüche. So kann man durchaus vermuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung Deutschböhmens nicht von vornherein grundsätzlich gegen die Verständigung zwischen der Landesregierung und den Tschechen über einen gemeinsamen Staat war und daß sie auch für die Idee des Aufbaus eines gemeinsamen Staatswesens mit den Tschechen und Slowaken hätte gewonnen werden können, hätte sich die Landesregierung von Anfang an für diese Lösung eingesetzt. Die Bevölkerung Deutschböhmens verschloß sich ja auch gegenüber der Propaganda der Tschechen für die Zugehörigkeit Deutschböhmens zum tschechoslowakischen Staat nicht vollkommen.

Die Landesregierung ging indes nicht auf die im Herbst und Winter 1918/1919 vorherrschende Stimmung ein. Im Gegenteil, sie versuchte, die Bevölkerung Deutschböhmens mit Propaganda für ihre Ziele zu gewinnen und diese bestanden von Anfang an in der Durchsetzung der staatsrechtlichen Loslösung Deutschböhmens vom tschechischsprachigen Teil Böhmens. Es gelang der Landesregierung auch, durch ihre Propaganda zum Stimmungsumschwung beizutragen. Die Übergriffe der Tschechen kamen ihr dabei gelegen. Es waren also nicht nur das Verhalten der tschechischen Soldaten und die Maßnahmen der tschechischen Behörden, die zum Stimmungsumschwung in der Bevölkerung Deutschböhmens führten, der sich bereits am 4. März 1919 durch die zahlreiche Teilnahme an den Demonstrationen in verschiedenen Städten<sup>88</sup> zeigte<sup>89</sup>.

---

reichische Nationalversammlung und gegen die Knebelung der Deutschen Böhmens protestiert werden sollte.“ An der Versammlung hätten etwa 9000 Personen teilgenommen. Parallel zu dieser Versammlung habe es am Marktplatz Auseinandersetzungen mit tschechischen Soldaten gegeben, weil deutsche Demonstranten die deutsche Fahne am Rathaus gehißt und die tschechoslowakische Fahne entfernt hätten. „Beim Entrollen der deutschen Fahne“, hieß es, „brach die vor dem Rathause stehende Menge in Heilrufe aus und stimmte die Wacht am Rhein an. Unterdessen gerieten beim Rathausaufgange einige junge Heimkehrer mit den dort aufgestellten Posten in einen Wortwechsel. Ein halbwüchsiger Junge warf mit einem Stück von der Mauer losgelöstem Mörtel nach einem Soldaten und traf diesen an die Wange. Der Soldat feuerte sein Gewehr ab und dieser Schuß – der Einschlag der Kugel im inneren Pfeilerbogen des Rathhausturmes ist wohl der glaubwürdigste Zeuge – war das Zeichen zum Beginne der „Schlacht“, die in den nächsten Sekunden losging. Die Posten beim Rathause und auf den Zinnen des Turmes eröffneten ein Schnellfeuer auf die ahnungslose, meist promenierende Menschenmenge, in das sich zur selben Sekunde das Rattern der Maschinengewehre im Hotel Austria und im Postgebäude und von der Schloß- und Schützengasse her das Krachen der Gewehrsalven mischte.“ DBLR, Auszug aus der Kaadener Zeitung vom 8. 3. 1919.

<sup>87</sup> Vgl. auch Carsten, Francis L.: *Revolution in Central Europe 1918–1919*. London 1972, der betreffend der Stimmung in der Bevölkerung Deutschböhmens im November 1918 schreibt: „The mood of general indifference and lack of national enthusiasm even affected German Bohemia and the Sudetenland, in spite of all national propaganda“ (S. 292).

<sup>88</sup> Es gab u. a. Demonstrationen in Kaaden, Eger, Karlsbad, Mies, Aussig und Sternberg. Vgl. Bachmann: *Die Landesregierung* 25.

Sicher gewann Seliger, der ein guter Redner war und an vielen Massenkundgebungen in Deutschböhmen sprach, große Teile der Bevölkerung für den Anschluß. Er trug dadurch auch dazu bei, daß der Graben zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen größer wurde. Dabei war er nicht grundsätzlich gegen ein Zusammenleben verschiedener Völker in einem gemeinsamen Staat.

Bürgerliche und Sozialdemokraten verfolgten mit der Forderung nach dem Anschluß Deutschböhmens an Deutschland ideologisch unterschiedliche Ziele, konnten ihre Vorstellungen aber jeweils mit dem Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens zusammenfassen. So war es möglich, alle Schichten der Bevölkerung Deutschböhmens anzusprechen und auf ein gemeinsames Ziel hin zu orientieren.

---

<sup>89</sup> Z. B. Birke führt diesen Stimmungsumschwung allein auf das Verhalten der Tschechen zurück: „Wirtschaftliche Bedenken hinderten manche Fabrikanten, politische Uninteressiertheit zunächst viele Bauern daran, die altgewohnten Gemeinsamkeiten mit den tschechischen Landesbewohnern aufzugeben und erst deren Feindseligkeiten und aufreizende Erklärungen sowie willkürliche Maßnahmen und Gewalttaten der tschechischen Behörden bewirkten vom Frühjahr und Sommer 1919 ab einen Stimmungsumschwung.“ (Birke: *Der Erste Weltkrieg und die Gründung der ČSR* 398).

## DEUTSCHLAND, ITALIEN UND DIE TSCHECHOSLOWAKEI IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Von *Manfred Alexander*

Die Behandlung des Themas scheint auf dem ersten Blick einfach zu sein: man zeichne im Geiste drei Kreise, die die Interessen und Kontakte der drei genannten Staaten beschreiben sollen, und die allen gemeinsame Schnittmenge ergibt in der chronologischen Reihenfolge die Punkte, die in der Darstellung zu behandeln wären.

In Wahrheit erwies sich die Bearbeitung als unerwartet schwierig, denn zu den italienisch-tschechoslowakischen Beziehungen existiert nur eine schmale Literatur: der tschechoslowakische Gesandte in Rom, Vlastimil Kybal, hat in späterer Sicht seine eigenen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Prag und Rom geschildert<sup>1</sup>, und aus den italienischen Akten hat zu diesem Problem Francesco Leoncini einiges beigetragen<sup>2</sup>. Eine Bibliographie zur italienischen Außenpolitik<sup>3</sup> und Gesamtdarstellungen<sup>4</sup> beschränken sich bei diesem Thema nur auf allgemeine Bemerkungen zu vier Hauptthemen: die Bemühungen der Tschechen und Slowaken im Weltkrieg um eine Anerkennung der Legion und daran anschließend der tschechoslowakischen Auslandsbewegung, die um die Tätigkeit von Milan R. Štefánik kreisten, dann nach der Staatsgründung das Problem der französisch-italienischen Rivalität im Mittelmeerraum und im Donaubecken, damit verbunden das Verhältnis Italiens zum neuen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen (besonders Fiume/Rijeka und Triest betreffend) und daran anknüpfend das Verhältnis zur Kleinen Entente, und schließlich das schlechte Verhältnis zwischen den beiden Hauptantagonisten Mussolini und Beneš<sup>5</sup>.

---

<sup>1</sup> Kybal, Vlastimil: *Czechoslovakia and Italy; My Negotiations with Mussolini, 1922–1924*. *Journal of Central European Affairs* 13 (1953–54) 352–368; 14 (1954/55) 65–76.

<sup>2</sup> Leoncini, Francesco: *Italien und die Tschechoslowakei 1919–1939*. In: Gleichgewicht – Revision – Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vorortverträge. Hrsg. v. Karl Bosl. München-Wien 1976, 337–353. – Ders.: *Rapporti tra l'Italia ed i paesi dell'Europa orientale* [Beziehungen zwischen Italien und den Ländern Osteuropas]. In: *Rivista di Studi Politici Internazionali* 41 (1974) 369–374. – Ders.: *Italia e Cecoslovachia, 1919–1939* [Italien und die Tschechoslowakei 1919–1939]. *Ebenda* 45 (1978) 357–372.

<sup>3</sup> *Italian Foreign Policy 1918–1945. A Guide to Research and Research Materials*. Compiled and Edited by Alan Cassels. Revised Edition. Wilmington, Del., 1991.

<sup>4</sup> Cassels, Alan: *Mussolini's Early Diplomacy*. Princeton, N.J. 1970. – Noch am ausführlichsten Vondracek, Felix John: *The Foreign Policy of Czechoslovakia, 1918–1935*. New York 1937. – Gajanová, Alena: *ČSR a středoevropská politika velmocí* [Die ČSR und die Mitteleuropapolitik der Großmächte] (1918–1938). Praha 1967.

<sup>5</sup> Am meisten dazu findet sich bei Gajanová, z. B. 126 und 162–167. – Cassels, Alan: *Mussolini's Early Diplomacy*. Princeton, N.J. 1970, 131, 178, 181; „Mussolini and Beneš,

Weiter kompliziert wird die Fragestellung, wenn man als drittes die Komponente Deutschland hinzu nimmt; zwar wären die italienisch-deutschen Beziehungen breit zu dokumentieren, zumal das Verhältnis nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zu einem Schlüsselproblem der Faschismusforschung geworden ist, damit wäre zu der Fragestellung der Dreierbeziehungen indes wenig ausgesagt. Im Suchen nach der erwähnten Schnittmenge scheinen drei Problemfelder betrachtenswert: der Anteil Italiens und Deutschlands an der Zerschlagung der Habsburgermonarchie und an der Entstehung der Tschechoslowakei, damit verbunden das Problem der Reparationen, die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held vom 5. Februar 1926 und deren Wirkungen und schließlich das Münchner Abkommen, das ein Thema für sich ist. Da die vorliegende Darstellung mit einer Analyse der Rede Helds abgeschlossen werden soll, und andererseits die Staatsentstehung nicht ihr Thema ist, sei hier dieser Punkt nur kurz behandelt: Italien war jener Staat, der als erster die tschechoslowakische Legion anerkannte (21. April 1918), damit gewissermaßen den noch nicht bestehenden Staat der Tschechen und Slowaken, und italienische Soldaten unter dem Befehl des Generals Piccione kamen 1918/19 in die Slowakei, um beim Aufbau der Armee und des Staates zu helfen.

In der Dreierbeziehung ergibt sich daraus das Problem, daß die neue Tschechoslowakei vor ihrer Gründung bereits als kriegsführende Macht auf Seiten der Alliierten anerkannt war, während die meisten Tschechen mit den anderen Völkern der Habsburgermonarchie noch gemeinsam mit dem Deutschen Reich die Alliierten bekämpften. Prag stand also gleichzeitig auf der Seite der Sieger, die dem besiegten Deutschland gegenüber Ansprüche auf Reparationen erhoben, wie auf Seiten der Besiegten, denn der neue Staat wurde im Friedensvertrag von St. Germain mit der Pflicht belastet, seinen Anteil an der Kriegsschuld des untergegangenen Habsburger Reiches zu

---

the Czech premier, developed a hearty dislike of each other, derived largely from their respective ideological positions. Mussolini in the 1920 was an exemplar of nationalism in foreign policy and domestic authoritarianism, while Beneš was an admirer of Wilsonian internationalism and the main representative of parliamentary democracy in central Europe. Neither man was reticent in claiming to be a universal spokesman for his personal creed. Such personal and symbolic differences obstructed from the beginning and attempt to achieve an Italo-Czech rapprochement.“ (S. 178) Besonders in der Matteotti-Affäre war Beneš der schärfste Kritiker von Mussolini (S. 249).

In den Opera Omnia von Mussolini werden die Politiker der Tschechoslowakei kaum erwähnt: im Sommer 1922 nennt Mussolini Beneš im *Popolo d'Italia* „klein, schlau und intrigant“ (Opera Omnia di Benito Mussolini. Bd. XVIII. Dalla Conferenza di Cannes alla Marcia su Roma, 14 gennaio 1922–30 ottobre 1922 [Von der Konferenz von Cannes bis zum Marsch auf Rom, 14. Januar bis 30. Oktober 1929]. Firenze 1956, 378 f.); im Jahre 1927 nennt er Beneš „un antiitaliano“ (Opera Omnia XXIII. Dal discorso dell' ascensione agli accordi del Laterano, 27 maggio 1927–11. febbraio 1929 [Von der Aufstiegsrede bis zu den Lateranabkommen, 27. Mai 1927 bis 11. Februar 1929]. Firenze 1957, 300). – In offiziellen Anlässen wurden die Beziehungen als „rapporti di assoluta cordialità e di perfetta amicizia“ [„Beziehungen von absoluter Herzlichkeit und perfekter Freundschaft“] bezeichnet (Opera Omnia XX. Dal viaggio negli Abruzzi al delitto Matteotti, 23 agosto 1923–13 aprile 1924 [Von der Reise in die Abruzzen bis zum Verbrechen an Matteotti, 23. August 1923 bis zum 13. April 1924]. Firenze 1956, 83).

tragen und zusätzlich die Kosten zurückzuerstatten, die aus dem Aufbau der Legion in Italien entstanden waren.

Mit der Beschränkung auf diese Schnittstellen wäre aber nicht nur der vorliegende Text sehr kurz, sondern das Wichtige und Typische der hier zu behandelnden Problematik bliebe unerörtert.

Bei der näheren Betrachtung des Themas, wenn die *indirekten* Berührungspunkte betrachtet werden, erweist es sich hingegen als sehr komplex, spiegeln sich doch in den Dreierbeziehungen die Probleme der gesamten Zwischenkriegszeit, und noch komplizierter wird es, wenn man feststellt, daß sich je nach genauer betrachtetem Problemfeld die Periodisierung ändert und das einfache chronologische Schema – vor und nach Mussolini, vor und nach Hitler – nicht trägt.

Um bei der folgenden Darstellung nicht den roten Faden zu verlieren, sei hier die Hauptthese ausdrücklich formuliert: für Italien ist die Tschechoslowakei kein Problem gewesen, das große Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätte; im Unterschied zur demokratischen Epoche ist für die faschistische Zeit jedoch eine fortschreitende Klimaverschlechterung festzustellen. Für Prag waren die Beziehungen zu Rom anderen Problemen nachgeordnet, für die sie instrumentalisiert wurden. Dasselbe läßt sich auch für die Beziehungen Deutschlands zu den beiden Staaten sagen, nur mit dem Unterschied, daß in der letzten Phase der nationalsozialistischen Politik vor dem Weltkrieg dieses Muster nicht mehr gilt und Prag zum Opfer, Rom zum Partner geworden ist.

Im folgenden wird an fünf verschiedenen Problemfeldern dieses Muster erläutert, wobei zwar einerseits viele Fakten – wenn auch noch so kurz – zu nennen sind, jedoch andererseits nur die großen Linien nachgezeichnet werden können. Eine Zusammenfassung soll schließlich die Fäden verknüpfen und eine Deutung versuchen.

\* \* \*

1. Zunächst ist der Blick auf das Verhältnis zu *Frankreich* zu richten. Die Tschechoslowakei verdankte ihre Entstehung zum guten Teil der Unterstützung durch Frankreich, und die Grenzen des Landes wurden auf der Pariser Friedenskonferenz vor allem durch dessen Unterstützung so vorteilhaft gezogen oder sanktioniert. Prag revanchierte sich dafür, indem es während der ganzen Zwischenkriegszeit an Paris gebunden blieb, auch als nach Locarno ein deutlicher Verlust an Bedeutung festzustellen war. Im Mittelpunkt gemeinsamer Interessen stand die Erhaltung des status quo, was für Frankreich bis zu den Verträgen in Locarno die Vorherrschaft über Deutschland bedeutete und nachher den Beginn eines problematischen Suchens nach einer Partnerschaft, bis Hitler der Politik eine neue Richtung gab. Für Prag war die Erhaltung des status quo eine Existenzbedingung für seine Innen- und Außenpolitik, was der Politik der führenden Burggruppe Stetigkeit und Unflexibilität gab. Die Abwehr jeder Form von Revisionismus galt Prag als unantastbares Prinzip.

Für Italien läßt sich in dieser Beziehung indes eine interessante Entwicklung verfolgen. Aus dem Weltkrieg folgte zunächst die Fortsetzung der Kriegsbündnis, die jedoch auf der Pariser Friedenskonferenz bereits zerbrach, als Rom seine exzessiven territorialen Ansprüche nur zum Teil erfüllt sah (Abreise Orlando aus Paris am 23. April 1919). Der Slogan „guerra vinta, pace perduta“ vergiftete nicht nur den Triumph des

Sieges im Innern, sondern nach außen auch das Verhältnis zu Frankreich, das vom Verbündeten zu einem Rivalen im Mittelmeer und auf dem Balkan wurde. Italien war eine Macht geworden, die an einer Revision der Friedensordnung zu seinen Gunsten interessiert war. Als Mussolini 1935 seine imperialistische Politik mit dem Krieg gegen Äthiopien und 1939 mit dem Ausgreifen nach Albanien krönte, war aus der Rivalität mit Frankreich längst eine Gegnerschaft geworden, die nur scheinbar mit dem gemeinsamen Diktat des Münchner Abkommens überdeckt wurde. Hierin waren sich die beiden Diktatoren – Mussolini und Hitler – schon vorher einig und haben – nach einer langen Phase der Annäherung – ihre Interessen schließlich im „Stahlpakt“ (22. V. 1939) verschmolzen.

Der entscheidende Punkt für das Verhältnis zu Frankreich war also die Zuordnung zu den beiden Begriffen „Erhaltung des status quo“ oder „Revision der Pariser Friedensordnung“.

2. Eine Konsequenz dieser Grundhaltung findet sich im zweiten Problemfeld, dem Verhältnis zum südslavischen Staat, dem späteren *Jugoslawien*, und diesem nachgeordnet zu *Ungarn*.

Tschechen und Südslaven verbanden viele Interessen: beide waren durch den Weltkrieg aus dynastischen Staaten befreit worden, hatten durch eine nationale Integrationsideologie ihre Zusammenfügung begründet („Tschechoslowakismus“ und „Illyrismus“ bzw. „südslavische Idee“), waren unbedingte Parteigänger Frankreichs und untereinander durch Gebietsgewinne auf Kosten des alten Königreiches Ungarn über die ethnisch vertretbaren Grenzen hinaus verbunden, was das Bündnis der „Kleinen Entente“ seit dem Abkommen von 1920 auch formal besiegelt hatte. Das verbale Beteuern der Freundschaft überdeckte aber, daß etwa gemeinsame Wirtschaftsinteressen weitgehend fehlten und nur in der Frage der Häfen eine Rolle spielten<sup>6</sup>. Als nach der Wirtschaftskrise das aufsteigende nationalsozialistische Deutschland seinen Schatten auf den Balkan warf, driftete Jugoslawien relativ schnell ab und distanzierte sich von seinem langjährigen Verbündeten, um eine Annäherung an Berlin zu suchen<sup>7</sup>.

Während Deutschland in diesem Problemfeld lange eine vernachlässigenswerte Größe war und nur in dem gemeinsamen Wunsch nach Revision der Pariser Vorortverträge in Ungarn einen unzuverlässigen und sich selbst überschätzenden Verbündeten sah, kommt der Stellung Italiens in diesem Teil Europas eine zentrale Bedeutung zu. In Triest, in Istrien und an der dalmatinischen Küste stießen die Ansprüche des italienischen Königreiches und des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen direkt aufeinander. Dies war der Punkt, der die italienische Öffentlichkeit über den „verlorenen Frieden“ lamentieren ließ, und hier brachte die Besetzung der Stadt Rijeka durch die Verbände des „Dichter-Soldaten“ Gabriele d'Annunzio im Herbst 1919 jene nationalistische Emotionalisierung, die in den Faschismus überleiten sollte.

<sup>6</sup> Hradecný, Pavel: Politické vztahy Československa a Jugoslávie v letech 1925–1928 v zahraničním i vnitřním kontextu [Die politischen Beziehungen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens in den Jahren 1925–1928 im außen- und innenpolitischen Kontext]. Praha 1988.

<sup>7</sup> Reichert, Günter: Das Scheitern der Kleinen Entente. Internationale Beziehungen im Donauraum von 1933–1938. München 1971. – Adám, Magda: Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920–1938. o. O. (Corvina, Österreichischer Bundesverlag) 1988.

Auch wenn im Frieden von Rapallo im November 1920 das Verhältnis zu den Südslaven verbessert werden konnte (Triest-Frage) und 1925 auch das Problem „Fiume“ geklärt werden konnte (Teilung von Stadt und Umland), so blieb Belgrad für Rom ein Stolperstein auf dem Weg in die beabsichtigte Einflußzone des Donauraumes. Hier galt Ungarn als italienisches Interessengebiet, nicht wegen mittelalterlicher dynastischer Verbindungen, sondern wegen einer indirekten Konfrontation mit französischen Interessen<sup>8</sup>. Mit Blick auf unser Grundmuster läßt sich feststellen, daß Italien in dem aufgezeigten Problemfeld auf Seiten der revisionistischen Staaten stand.

3. So eindeutig läßt sich dies wiederum für das nächste Problemfeld nicht sagen, für *Österreich*. Am leichtesten ist das Verhältnis der Tschechen zu Österreich zu beschreiben: Wien, die alte Kapitale der Habsburgermonarchie, galt ihnen mit dem Kriegsende als überdimensionierte Hauptstadt einer kleinen Alpenrepublik, die als Juniorpartner von der Gnade der früheren Provinz Böhmen abhängig geworden war. Jeder Schatten einer Revision der Friedensverträge oder gar der Gedanke eines Anschlusses an Deutschland weckte hingegen Umrängste, weil die gefürchtete Umklammerung durch Deutschland an die Substanz des tschechoslowakischen Nationalstaates gehen mußte. Prag verurteilte daher seit Beginn seiner Selbständigkeit alle Bestrebungen in diese Richtung.

Eben dies aber war von Anfang an das Ziel der deutschen Politik, auch wenn darüber in den ersten Jahren der Weimarer Republik aus Gründen der vollständigen Abhängigkeit von der französischen Politik nicht laut geredet werden konnte. Als Beneš im Mai 1928 auf einem „privaten“ Besuch in Berlin weilte, wurde er dort zu seinem Entsetzen mit dem Projekt einer deutsch-tschechoslowakisch-österreichischen Zollunion konfrontiert, was er selbstverständlich ablehnte; das kleinere Projekt der Zollunion zwischen Deutschland und Österreich von 1931 mußte schon mit Hilfe Frankreichs und des Haager Gerichtes gestoppt werden, und als 1938 der Anschluß proklamiert wurde, war Prag bereits selbst in der Schußlinie und hilflos.

Gegenüber diesen beiden klaren Positionen erscheint die Haltung Italiens gewunden. Als Mitglied der Weltkriegsallianz hatte Rom das Verbot des Anschlusses „Deutschösterreichs“ an Deutschland mitgetragen, und auch Mussolini ließ lange Zeit keinen Zweifel an dieser Haltung, die bis zu einem Aufmarsch seiner Truppen an der Brennergrenze führte, als im Juli 1934 Dollfuß ermordet wurde und Hitler Konzessionen zugunsten der heimischen Nationalsozialisten erzwang. Das Verhältnis des faschistischen Staates zu dem klerikal-autoritären Regime in Wien war 1934 fast freundschaftlich zu nennen (Römische Protokolle, 17. März 1934), obwohl die faschistische Minderheitenpolitik in Südtirol für keinen Österreicher akzeptabel war. Die

<sup>8</sup> De Felice, Renzo: Mussolini il duce. Bd. 1. Gli anni del consenso 1929–1936 [Mussolini der Duce. Die Jahre der Zustimmung. 1929–1936]. Torino 1974. Felice nennt zwei Problemfelder für die faschistische Außenpolitik; die Sicherheitsfrage im Donauraum und auf dem Balkan, sowie die Expansionspolitik im Mittelmeerbereich und in Afrika, S. 347. – Allgemein zur italienischen Außenpolitik Petersen, Jens: Die Außenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem. VfZ 22 (1974) 417–457 und Der italienische Faschismus, Probleme und Forschungstendenzen. München-Wien 1983 (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte).

Wende brachte der Krieg gegen Äthiopien und schließlich der Austritt Italiens aus dem Völkerbund (Dezember 1937); nunmehr fanden die beiden Diktatoren zusammen und besiegelten damit das Schicksal Wiens als Hauptstadt der neuen reichsdeutschen „Ostmark“.

Als Ergebnis unserer Betrachtung können wir zu diesem Problemfeld also feststellen, daß Italien ins Lager der „Revisionisten“ übergewechselt war und mit diesem Schritt den Beginn der gewaltsamen Expansion des nationalsozialistischen Regimes unterstützte.

4. Nimmt man als nächstes Problemfeld das Verhältnis zu *Polen* in den Blick und betrachtet die italienisch-polnischen Beziehungen so ist zunächst die Feststellung überraschend, daß mehrere polnische Historiker dieser Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet haben. Sierpowski, Waldenburg und Borejsza wären hier zu nennen. Der Dichte der Literatur widerspricht aber der inhaltliche Ertrag, denn schon Sierpowski weist am Ende seiner Studie darauf hin, daß in den polnisch-italienischen Beziehungen viel Gefühl und Herz und wenig Politik zu finden sei<sup>9</sup>. Auch ein Vergleich des Paares Mussolini-Ciano mit Pilsudski-Beck bringt nur wenig neue Einsichten.

Anders steht es um die nachbarlichen Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei, die seit dem Auftakt des kurzen militärischen Schlagabtausches um Teschen im Januar 1919 bis zum Münchner Abkommen herzlich schlecht waren<sup>10</sup>. Prag und Warschau galten als Rivalen im Streit um die Führungsrolle der Staaten zwischen Deutschland und der Sowjetunion (Prag verwehrt Warschau stets den Beitritt zur Kleinen Entente) und in der Stellung zur westlichen Vormacht Frankreich. Territoriale Forderungen minimalen Ausmaßes waren nur Anlaß für gehässige gegenseitige Äußerungen der grundverschiedenen Führungseliten in den beiden Nachbarstaaten.

Daß Polen für Deutschland der „unerträglichste Nachbar“ war, wie der Chef der Obersten Heeresleitung von Seeckt 1922 für die Zeit der Weimarer Republik geäußert hat, ist wohl bekannt. Auf Polen konzentrierten sich die deutschen Revisionsforderungen (Danzig, Korridor, Oberschlesien), die in Beziehung auf Frankreich nicht geltend gemacht werden konnten (Elsaß-Lothringen) und mit Blick auf die Tschechoslowakei keine historische Berechtigung besaßen. Hitlers politische Wendung, die 1934 mit dem Nichtangriffspakt dem NS-Staat internationale Reputation verschaffen sollte, erwies sich 1939 nur als ein Intermezzo.

Für unsere Betrachtung der Spiegelung der Dreiecksbeziehung erweist sich Polen als untypisch, weil zwei feindseligen Nachbarschaftsverhältnissen ein weitgehendes Desinteresse Italiens an dem Problemfeld korrespondierte.

5. Anders ist das letzte hier zu behandelnde Problemfeld einzuschätzen, die Beziehungen zum *Völkerbund*. Italien und die Tschechoslowakei gehörten zu den Gründungsmitgliedern, während Deutschland erst 1926 im Gefolge der Locarno-Verträge

<sup>9</sup> Sierpowski, Stanisław: Stosunki polsko-włoskie w latach 1918–1940 [Die polnisch-italienischen Beziehungen 1918–1940]. Warszawa 1975, hier 557f. und 611.

<sup>10</sup> Nowak, C. M.: Czechoslovak-Polish Relations 1918–1939. A Selected and Annotated Bibliography. Stanford, Cal. 1976.

aufgenommen wurde. Der Völkerbund hatte das System der Pariser Friedensverträge sichern und die Streitigkeiten der Staaten mit einer neuen politischen Kultur regeln sollen. Das System der „kollektiven Sicherheit“, wie es am reinsten im Genfer Protokoll von 1924 zu sehen ist, entsprach den Interessen der kleinen demokratisch regierten Staaten, während die großen Staaten ihrer eigenen Politik solche Fesseln nicht anlegen lassen wollten. Nachdem die USA den Beitritt zum Völkerbund abgelehnt hatten und Großbritannien sich einer Dominanz durch Frankreich nach 1922 immer deutlicher entzogen hatte, war der Völkerbund zu einem Instrument der Erhaltung des status quo geworden, konkret der französischen Hegemonie in Europa. Dies änderte sich mit dem Beitritt Deutschlands, denn schon Anfang 1926 zeichnete sich ab, daß Berlin in der Frage der deutschen Minderheiten im Ausland, z. B. in der Tschechoslowakei, als Fürsprecher aufzutreten gewillt war. In mehreren Fällen geriet Prag dabei in der Folge in die Defensive, auch wenn in bilateralen Gesprächen die Grenzen der Einflußnahmen ausgelotet wurden. Als sich aber Prag bereit erklärt hatte, die Frage der deutschen Minderheit mit Berlin zu beraten, war der erst Schritt zu einer Internationalisierung der späteren Sudetenfrage getan, was dann unter anderen Bedingungen in das Münchner Abkommen münden sollte.

Der Völkerbund hatte seit Locarno seinen Charakter verändert, weil sich auch die Machtverhältnisse geändert hatten. Der tschechoslowakische Außenminister Beneš hatte bis dahin oft eine Vermittlerrolle gespielt, besonders im Verhältnis zwischen Paris und London, nach Locarno kann von einer solchen Rolle keine Rede mehr sein. Fast symbolisch war, daß Beneš 1926 seinen Sitz im Völkerbundsrat Deutschland überlassen mußte.

Auch das Scheitern des Völkerbundes in den dreißiger Jahren war auf das Grundmuster „status quo“ und „Revision“ zurückzuführen, wobei der deutsche Austritt im Oktober 1933 den deutschen Vertragsverstößen voraus ging. Dagegen sprengten weitere Gewaltmaßnahmen den Rahmen der europäischen Friedensordnung; denn Italiens Überfall auf Äthiopien (1935) und Japans Angriff auf China (Juli 1937) waren imperialistische Akte, mit denen verglichen die vertragswidrige Rheinlandbesetzung durch Hitler 1936 verhältnismäßig geringfügig war. Italien erklärte erst nach der Rüge durch die Genfer Organisation im Dezember 1937 seinen Austritt aus dem Völkerbund.

\* \* \*

Versuchen wir an dieser Stelle eine erste Bilanz der Überlegungen, deren Ausgangspunkt die Frage gewesen war, wie sich in Problemfeldern überschneidender Interessen die Dreiecksbeziehungen zwischen Italien, Deutschland und der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit spiegeln.

Die Tschechoslowakei blieb während des ganzen Betrachtungszeitraumes eng an Frankreich und an das System von Versailles gebunden; in ihrer internationalen Bedeutung sind aber zwei Phasen deutlich zu unterscheiden: bis zur Vorlage des Genfer Protokolls, an dem Beneš mit dem Ziel der Sicherheit durch kollektive Garantien maßgebend beteiligt gewesen waren, hatte Prag eine Bedeutung besessen, die über die Ressourcen des Staates weit hinaus gegangen war (ironisch gesprochen war Beneš eine „Ein-Mann-Großmacht“ gewesen); danach ging es in mehreren Etappen bergab:

Locarno brachte keine Grenzsicherheit gegenüber Deutschland, aber einen beträchtlichen Prestigeverlust; jeder Schritt Deutschlands zur Minderung der Lasten aus dem Vertrag von Versailles und erst recht jeder Vertragsbruch Hitlers, der ungeahndet blieb, schwächte die Stellung Prags, das spätestens seit 1936 die Grundlagen erschüttert sah, auf denen seine „status quo“-Politik gegründet gewesen war. Die politischen Ereignisse der beiden letzten Jahre vor dem Münchner Abkommen lesen sich mit tschechischen Augen schließlich wie ein „schwarzer Krimi“: der schleichende Verrat durch die Verbündeten und die Erpressungspolitik Hitlers boten keinen Ausweg mehr<sup>11</sup>.

Für Deutschland ist das betrachtete Beziehungsdreieck von keinem großen Interesse gewesen. Prag war für Berlin ein untergeordnetes Problem, in dem der „rührige Beneš“ zwar für Irritationen sorgte, aber nicht sonderlich ernst genommen wurde<sup>12</sup>. Die Tschechoslowakei war nur als Annex Frankreichs von gewissem Interesse, wie sich in der Reparationsfrage und während der Ruhrbesetzung zeigte: die wirtschaftlichen Beziehungen und die große deutsche Minderheit waren Trümpfe, gegen die verbale Attacken aus Prag wenig ausrichteten. Italien war für die Weimarer Republik kein besonderes Thema, und nach dem Machtantritt Hitlers war der Diktator-Kollege Mussolini nicht nur Vorbild sondern auch lange ein gewisses Ärgernis in der Anschlußfrage, bis dann Mussolinis Kraftakt in Afrika die Brücke zu einem Zusammengehen schlug („Achse“ im Oktober 1936).

Italien schließlich ist für unseren Untersuchungszeitraum nicht eindeutig einzuschätzen: weniger der „Marsch auf Rom“ 1922 wurde hier als Zäsur gesehen, als vielmehr die Wende Mussolinis zur Gewaltpolitik, die nach innen mit der Kammerrede vom 3. Januar 1925 begann, nach außen spätestens mit dem Kolonialkrieg in Afrika 1935. Rom schwankte zwischen einer Revisionspolitik (Balkan, Ungarn) und einer Erhaltung des status quo (etwa in der Brennergrenze), je nachdem welche Interessen gerade auf dem Spiel zu stehen schienen. Im Grunde war Italien zu schwach, um selbst gestalten zu können, aber stark genug, um in anderen Problemgebieten störend aufzutreten.

Zu Beginn der Ausführungen war angekündigt worden, daß sie mit der Betrachtung einer eindeutigen gemeinsamen „Schnittmenge“ abgeschlossen werden sollten, nämlich der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held am 5. Februar 1926 vor dem bayrischen Landtag. Auf eine parlamentarische Anfrage hatte Held nämlich erklärt: „Wir müssen aber auch von dieser Stelle aus gegen die brutale Vergewaltigung des Deutschtums, die sich heute in Südtirol gegenüber feierlichen Versprechungen vollzieht, schärfsten Protest einlegen; genau dasselbe tue ich auch gegenüber Dingen, die gegen

<sup>11</sup> Klímek, Antonín/Eduard Kubů: Československá zahraniční politika 1918–1938. Kapitoly z dějin mezinárodních vztahů [Die Tschechoslowakische Außenpolitik 1918–1938. Kapitel der Geschichte der internationalen Beziehungen]. Praha 1995. – Kubů, Eduard: Německo – zahraničně politické dilema Edvarda Beneše [Deutschland – das außenpolitische Dilemma des Edvard Beneš]. Praha 1994.

<sup>12</sup> Alexander, Manfred: Die außenpolitische Stellung und die innere Struktur der ČSR in der Sicht des Auswärtigen Amtes in Berlin 1918–1933. In: Hoensch, Jörg K./Kováč, Dušan (Hrsg.): Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik (1918–1938). Essen 1994, 29–41.

den Friedensvertrag, gegen den Geist von Locarno, gegen Recht und Billigkeit von der Tschechoslowakei gegen das Deutschtum verübt werden.“<sup>13</sup>

Die Reaktionen der solcherart Gescholtenen waren heftig, aber uneinheitlich. Mussolini ergriff die Gelegenheit, in zwei Reden in ausfälliger Weise gegen Deutschland und gegen die Tschechoslowakei aufzutreten. Daß er die Lage der Deutschen in Südtirol dabei lobte und als besser darstellte, als die Lage der Sudetendeutschen, war von seiner Seite aus verständlich, erbitterte die tschechischen Betrachter aber umso mehr. Dem tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Kamil Krofta, war schon der Vergleich seines Landes mit dem faschistischen Italien peinlich gewesen, das Nachkarten Mussolinis wurde von der tschechischen Öffentlichkeit als Provokation empfunden. Die gewundenen diplomatischen Erklärungen, die man zur Beilegung dieses Streites gefunden hat, sind hier weniger interessant als die Betrachtung des Gegenstandes des Streites: die Minderheiten in den betroffenen Ländern.

Es ist wohl einhellige Meinung, daß die deutschsprachigen Südtiroler unter dem faschistischen Regime unterdrückt waren. Das Problem der Sudetendeutschen kann in unserem Zusammenhang nicht ausführlich behandelt werden. Gerade in diesem Jahr 1926 begann zwischen der Regierung der Weimarer Republik und der Tschechoslowakischen Republik ein Dialog über die sudetendeutschen Gravamina, der aber vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden mußte, um nicht einen Sturm der Entzündung der tschechischen Gesellschaft auszulösen. In Deutschland versuchte zu diesem Zeitpunkt das Auswärtige Amt, in Gesprächen mit den Innenressorts des Reiches und der Länder Preußen und Sachsen eine Verbesserung des Minderheitenstatus im eigenen Lande zu erreichen; hier war das Problem der Lausitzer Sorben Teil des Streites mit Prag. Von allen drei Ländern war die Tschechoslowakei das Land mit der liberalsten Regelung, aber auch mit dem heftigsten Streit über dieses Problem. Angesichts dieser Tatsache ist es fast eine Ironie der Geschichte, daß die Frage der Sudetendeutschen schließlich 1938 die beiden Diktatoren zu einer gemeinsamen Aktion veranlaßten, die im Münchner Abkommen die Abtretungsmodalitäten regelte. Und noch ein Gedanke soll kurz angeführt werden: beide Diktatoren waren am Schicksal der betroffenen Minderheiten gar nicht interessiert. Hitler benutzte die Sudetendeutschen als Mittel, die ungeliebte tschechoslowakische Demokratie als Eckstein der Versailler Friedensordnung auszuschalten. In seiner Haltung zu den Südtirolern ging er sogar so weit, sie den Interessen einer Übereinkunft mit dem faschistischen Italien zu opfern, indem während des Krieges Anstalten zu ihrer Aussiedlung getroffen wurden.

\* \* \*

Fragen wir zum Abschluß, was die Überlegungen zu dem Thema erbracht haben:  
 – Als erstes kann festgestellt werden, daß die vorgegebene Fragestellung eigentlich eine Zumutung gewesen ist: da direkte Berührungspunkte von Belang nicht gefunden werden konnten, war nur ein Blick in das Umfeld geeignet, indirekte Aussagen zu

<sup>13</sup> Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Teil II. Vom Kabinett Beneš bis zur ersten übernationalen Regierung unter Švehla (1921–1926). Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander. München-Wien (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum Band 49/II), hier Dok. A 60 und A 61 (im Druck).

machen, dies aber mit dem Nachteil, eine Überfülle von Problemen nur kurz anreißen zu können.

– Der Versuch, die Dreiecksbeziehungen in der jeweiligen Interessenlage zu anderen Problemen zu suchen, hat vielleicht das außenpolitische Panorama der Zwischenkriegszeit ein wenig aufgehellt und konnte dazu dienen, in einigen Problemstellungen die politische Kultur eines jeden der Beteiligten zu skizzieren; dabei hat die Tschechoslowakei zweifellos am besten abgeschnitten, ohne aber von zweifelhaften Entscheidungen frei gewesen zu sein: die Konstruktion des Staates nach innen und seine Haltung gegenüber Deutschland und Ungarn sind zumindest kritisch zu sehen.

– Drittens ergab sich aus der Betrachtung verschiedener Überschneidungen die nicht neue Feststellung, daß das Grundmuster der Zwischenkriegszeit die Spannungen zwischen einer Politik des status-quo der Versailler Friedensordnung und der Revision derselben gewesen ist. Italien hat dabei – je nach Gelegenheit – beiden Richtungen angehört.

– Viertens und letztlich kann festgestellt werden, und auch dies ist kein Neuland, daß es zwischen der jeweils vertretenen Ideologie und der praktischen Politik der betrachteten Staaten kein Gleichheitszeichen gab. Die demokratisch verfaßte Tschechoslowakei verfolgte eine Politik gegen die Geographie, indem sie mit mindestens drei Nachbarn in Spannung lebte; daß diese Spannung sich schließlich mit ihrem Verschwinden löste, kann ihr allerdings nur zum geringsten Teil als Schuld zugewiesen werden. Die beiden Diktatoren in Italien und Deutschland hatten es dagegen leichter, ihre Interessen zu cachieren und durchzusetzen, bis sie den Bogen überspannten und ganz Europa ins Unglück stürzten.

## ZUR AKTUALITÄT DER PHILOSOPHIE EMANUEL RÁDL'S: VERSUCH EINER BILANZ

Von Shimona Löwenstein

Es sind über fünfzig Jahre her, daß der originelle tschechische Denker während des Krieges, von dem er nichts mehr wußte, einsam in seiner Prager Wohnung starb. Zu seinem fünfzigsten Todestag fanden wieder in Prag Veranstaltungen statt, und sein *Kampf zwischen Tschechen und Deutschen* aus dem Jahr 1928 erfuhr eine Neuauflage. Ob das Buch noch jemanden anspricht?

Sicher gibt es einige, die sich zu diesem oder jenem Gedanken Rádl's immer noch oder schon wieder bekennen. Oft sind es Theologen, die sich auf seine posthum veröffentlichte Schrift, den *Trost der Philosophie*, stützen, häufiger diejenigen, die sich mit nationalen Problemen beschäftigen. Andere Schriften als die zwei genannten finden selten Beachtung. Nur Rádl's *Geschichte der biologischen Theorien* vom Jahre 1905/09 wird immer noch zitiert, aber eher als ein interessantes historisches Dokument denn als ernsthafte wissenschaftliche Untersuchung. Schließlich hat sich die biologische Forschung im 20. Jahrhundert in völlig neuen Bahnen entwickelt, so daß die vitalistischen Ansätze Rádl's (ebenso wie die seines ehemaligen Vorbilds, des Vitalisten Hans Driesch) hoffnungslos überholt zu sein scheinen.

Manchmal sind es allgemein weltanschauliche Themen bzw. politische, soziale oder religiöse Fragen, die von weiteren Generationen wieder aufgegriffen werden, um in den Ideen früherer Denker Antworten auf eigene Probleme zu finden. Hat Rádl vielleicht in dieser Hinsicht noch etwas zu sagen, oder gehören seine politischen und kulturphilosophischen Thesen ebenso der Vergangenheit an wie seine wissenschaftliche Forschung?

Nach Rádl's eigener Aussage gründet die Bestimmung der Philosophen in der Aktualität und im Praxisbezug ihres Denkens. „Je näher der Philosoph seiner wirklichen Berufung ist, desto klarer tritt eine seiner Grundeigenschaften hervor: der Philosoph beantwortet die Fragen seiner Zeit: er lebt von den Sorgen seines sozialen Umfelds, begreift die Situation und löst sie im Namen der absoluten Wahrheit.“<sup>1</sup> In der *Geschichte der Philosophie* paraphrasiert Rádl David Hume in seinem eigenen Sinne: „Hat eine Philosophie für uns keine Antwort, gebietet sie uns nicht, *was wir tun sollen*, „werft sie ins Feuer, sie kann nichts enthalten als Sophistik und Selbsttäuschung.“<sup>2</sup> Wie steht es dann mit der Aktualität seiner eigenen Philosophie nach

---

<sup>1</sup> Rádl, Emanuel: *Dějiny filosofie* [Geschichte der Philosophie]. 2 Bde. Praha 1932/33, hier Bd. I, 4.

<sup>2</sup> *Ebenda* 9.

sechzig oder siebzig Jahren? Weist die geringe Beachtung von Rádl's Schriften auf ihre geringe Bedeutung, auf mangelnde Plausibilität oder auf einen Wandel der Gesellschaft hin, für die seine Fragestellungen und die entsprechenden Lösungsansätze nicht mehr relevant sind?

Um eine angemessene Antwort auf die Fragestellung nach Rádl's Aktualität zu erhalten, sind drei verschiedene Fragen zu beantworten: 1. Worin besteht die Originalität von Rádl's Philosophie und damit seine Stellung unter den zeitgenössischen Denkern? 2. Wie hätte Rádl gemäß seiner eigenen philosophischen Kriterien unsere heutige Situation gesehen und beurteilt? 3. Was ist an seinem Denken überholt und nur von historischer Bedeutung, und was wäre brauchbar als Anknüpfungspunkt für eine Lösung aktueller Probleme?

### *Ein moralistischer Vitalist?*

Manche Denker unseres Jahrhunderts haben die Bedeutung der Philosophie in der modernen und gar der postmodernen Zeit geleugnet oder ihr nur noch eine sehr begrenzte Aufgabe zugewiesen. Die Beliebigkeit philosophischer Ansätze und die Zusammenhanglosigkeit der verschiedenen Richtungen der Moderne deuten auf eine weitreichende Sinnkrise hin, ähnlich wie es in der modernen Literatur und Kunst der Fall ist.

Rádl war gewiß kein überragender, anerkannter Denker, ist aber mehr als nur ein Symptom des tschechischen Geisteslebens der ersten vier Jahrzehnte unseres Jahrhunderts. Sein Denken berührt in großem Ausmaß klassische philosophische Fragestellungen. Er hat im Ansatz ein Denksystem entworfen, das sowohl Erkenntnistheorie als auch ein bestimmtes Weltbild sowie eine Geschichts-, eine Kultur- und eine politische Philosophie einschließt. Ob ihm das immer gelungen ist, sei dahingestellt. Einige seiner Ideen und Betrachtungen sind jedenfalls nach meiner Ansicht einer näheren Betrachtung wert.

### *Erkenntnistheorie und Wissenschaftskritik*

Die heftige Diskussion über die Objektivität wissenschaftlicher Erkenntnis, die die beiden neueren physikalischen Theorien, die Relativitätstheorie Einsteins und die Quantenphysik, ausgelöst hatten<sup>3</sup>, läßt bis heute den Eindruck entstehen, als seien das die einzigen Ursachen, die den positivistischen Wissenschaftsglauben erschütterten. Der erkenntnistheoretische Subjektivismus besitzt doch nicht nur eine lange philo-

<sup>3</sup> Weizsäcker, C.F. von: Zur Deutung der Quantenmechanik. *Zur Physik* 11 (1941) 489–509. – Bohr, N.: Discussion with Einstein on Epistemological Problems in Atomic Physics. In: Schlipp, P. A. (Hrsg.): *Einstein, Philosopher-Scientist*. New York 1949, 199–241. – Heisenberg, W.: Die Entwicklung der Deutung der Quantentheorie. *Physikalische Blätter* 12 (1956) 289–304. – Rosenfeld, L.: Misunderstanding about a Foundation of Quantum Theory. In: Körner, S. (Hrsg.): *Observation and Interpretation*. London 1957, 41–45. – Feyerabend, P. K.: Problems of Microphysics. In: Colodny, R. G. (Hrsg.): *Frontiers of Science and Philosophy*. Pittsburg 1962, 189–283. – Petersen, A.: *Quantum Physics and the Philosophical Tradition*. Cambridge (Mass.) 1968.

sophische Tradition, sondern wird in den Geisteswissenschaften schon immer zu einem gewissen Grad vorausgesetzt.

Rádl erkenntnistheoretischer Subjektivismus ist dagegen biologisch begründet. Ausgehend von seinen biologischen Untersuchungen der Sinnesorgane gelangte er, ähnlich wie der Begründer der Umwelttheorie Jakob von Uexküll, zur grundsätzlichen Subjektivität der Erkenntnis ohne jede objektive Garantie; seine Kriterien sind die Intuition und der feste Glaube der jeweiligen Persönlichkeit<sup>4</sup>. Die Debatte über die Konsequenzen physikalischer Theorien wurde von ihm nicht berücksichtigt.

Der Grund dafür lag sicher zum Teil an seinen geringen Kenntnissen auf dem Gebiet theoretischer Physik. Rádl hielt sogar Einsteins Relativitätstheorie für eine Art Mystik oder modernen Aberglauben, eine „bedeutungslose“ Folge des modernen Relativismus<sup>5</sup>. Dennoch reflektierte er ebenfalls sowohl die Rolle des Beobachters als auch die Relevanz von Kausalität und Statistik, ohne allerdings diesen Sachverhalt eine derartige Bedeutung zuzuschreiben, wie es in den späteren wissenschaftstheoretischen Diskussionen der Fall war.

Die Rolle des Beobachters taucht bei Rádl hauptsächlich in seiner Kritik am Positivismus auf, dessen „neutral anschauenden Zugang zur Natur“ er kritisierte und dem er eine moralisch verantwortungslose Haltung vorwarf<sup>6</sup>. Damit brachte Rádl vor allem seine Abneigung gegen die bloße Anschauung als vermeintliche wissenschaftliche Methode der „Romantik“ zum Ausdruck, von der er sich selbst erst später distanzierte<sup>7</sup>. Mit dem im weiteren oft besprochenen quantenphysikalischen Problem einer genauen Messung ohne gleichzeitige Einwirkung auf das untersuchte Objekt<sup>8</sup>, hat Rádl's Kritik nichts zu tun.

<sup>4</sup> Über den Glauben der Wissenschaftler s. Rádl, E.: Úvahy vědecké a filosofické [Wissenschaftliche und philosophische Überlegungen]. Praha 1914, 6–8. – Ders.: Věda abstraktní a reálná [Abstrakte und reale Wissenschaft]. Česká mysl 15 (1914) 120. – Ders.: Věda a víra u Komenského [Wissenschaft und Glaube bei Comenius]. Praha 1939 (geschr. 1918), 50–52. – Ders.: Moderní věda [Die moderne Wissenschaft]. Praha 1926, 51, 114.

<sup>5</sup> Zur Quantentheorie s. Rádl: Moderní věda 239–241. – Zu Einstein ebenda 222–226. – Ders.: Dějiny filosofie II, 614–617.

<sup>6</sup> Rádl: Moderní věda 26f., 50. – Ders.: Dějiny filosofie II, 430–448. – Ders.: O naší nynější filosofii [Über unsere heutige Philosophie]. Praha 1922, 19f. – Ders.: Praktická filosofie [Praktische Philosophie]. Česká mysl 30 (1935) 14–18.

<sup>7</sup> Rádl: Dějiny filosofie II, 99, 430–448, 599–626. – Ders.: Praktická filosofie 15–18, 23f. – Ders.: Náš filosofický program [Unser philosophisches Programm]. Praha 1934, 1. – Zur Unterscheidung zwischen der anschauenden Methode und dem logischen begrifflichen Denken s. Rádl: Dějiny vývojových teorií v biologii XIX. století [Geschichte der Entwicklungstheorien in der Biologie des XIX. Jahrhunderts]. Praha 1909, 491–493. – Ders.: Romantická věda [Die romantische Wissenschaft]. Praha 1918, 36–41, 183–196. – Ders.: Věda Purkyňova a věda Masarykova [Die Wissenschaft von Purkyně und die von Masaryk]. Nové Atheneum 1 (1920) 321–334.

<sup>8</sup> Zur Diskussion über die Anwendung des Meßverfahrens in der Quantenphysik s. Ludwig, G.: Zur Deutung der Beobachtung in der Quantenmechanik. Physikalische Blätter 2 (1955) 489–494. – Ders.: Gelöste und ungelöste Probleme des Meßprozesses in der Quantenmechanik. In: Bopp, F. (Hrsg.): Werner Heisenberg und die Physik unserer Zeit. Braunschweig 1961, 150–181. – Danery, A./Loinger, A./Prospery, G.M.: Quantum Theory of Measurement and Ergodicity Conditions. Nuclear Physics 33 (1962) 297–319. – Bohm, D./Bub, J.: A Proposed Solution of the Measurement of the Quan-

Die Statistik in Form einer mehrwertigen Wahrscheinlichkeitslogik wird bei Rádl übereinstimmend mit der seit den dreißiger Jahren erörterten Vorstellungen als Alternative zu kausalen Erklärungen herangezogen<sup>9</sup>, allerdings nicht für physikalische Erscheinungen, bei denen eine eindeutige Voraussage unmöglich ist, sondern in erster Linie für Gesetzmäßigkeiten, die aus der Summe einzelner freier Willen erfolgen<sup>10</sup>.

Rádls Überlegungen zu diesen Themen sind zwar nicht ausreichend noetisch fundiert, aber immerhin etwas älter als die später aus ähnlichen Erwägungen aufgebauten Theorien. Nichtsdestoweniger bleibt es, ähnlich wie bei seinen vitalistisch motivierten biologischen Ideen über die Nicht-Zufälligkeit bestimmter Sinnesorgane, bei bloßen Bemerkungen.

Die Einbeziehung der historischen Hintergründe von wissenschaftlichen oder philosophischen Theorien, die seine beiden größten Werke, die *Geschichte der biologischen Theorien* und die viel spätere *Geschichte der Philosophie* enthalten, war die zweite Methode, mit der Rádl seine subjektivistische Einstellung abstützte. Mit diesen beiden Ansätzen nahm er gewissermaßen auch die später berühmte Paradigmalehre und die psychologische Wissenschaftskritik<sup>11</sup> vorweg. Zumindest seine früheren Äußerungen über die scheinbar objektive Wissenschaft<sup>12</sup> ähneln den viel späteren wissenschaftskritischen Ansätzen<sup>13</sup>: „Je mehr man sich in das Wesen der Wissenschaft vertieft, die mit stolzen Ansprüchen an kalte Objektivität, an exakte Wiedergabe der Wirklichkeit einherschreitet, desto klarer tritt die Erkenntnis hervor, welche dem

tum Mechanics by a Hidden Variable Theory. *Review of Modern Physics* 38 (1966) 453–469.

- <sup>9</sup> Zu den verschiedenen nicht immer geglückten Versuchen, kausale Erklärungen durch probabilistische zu ersetzen s. Schlick, M.: *Causality in Everyday Life and Recent Science*. University of California Publications in Philosophy 15 (1932).
- <sup>10</sup> Rádl: *Moderní věda* 156, 169–177. – *Ders.*: *Dějiny filosofie I*, 114. – *Ders.*: F. X. Šaldaova filosofie [Die Philosophie von F. X. Šalda]. Praha 1918, 24f. – Rádls Bevorzugung des logischen Prinzips von Grund und Folge der kausalen Ursache-Wirkungs-Erklärung entspricht auch der Schlußfolgerung z. B. von König, J.: *Bemerkungen über den Begriff der Ursache*. In: *Das Problem der Gesetzlichkeit*. Bd. 1. Hamburg 1949, 25–120.
- <sup>11</sup> Aus der Menge der Schriften, die zum Teil Rádls psychologisch-historischer Darstellung der Wissenschaft oder seine früheren Ansichten über die wissenschaftliche Forschung ähneln s. z. B. Kuhn, Th.: *The Structure of Scientific Revolution*. Chicago 1962. – Maslow, A.: *The Psychology of Science. A Reconnaissance*. Chicago 1969. – Über den Einfluß der Überzeugungen auf die Erkenntnis Bruner, J./Godman, C. C.: *Value and Need as Organizing Factors in Perception of Abnormal and Social Psychology* 42 (1947) 33–44. – Hastorf, A./Cantril, H.: *They Saw a Game. A Case Study*. *Journal of Abnormal and Social Psychology* 49 (1954) 129–134.
- <sup>12</sup> Rádl: *Dějiny vývojevých teorií* 185. – *Ders.*: *Neue Lehre vom zentralen Nervensystem*. Leipzig 1912, 7–18, 413–415.
- <sup>13</sup> Außerdem nimmt Rádl mit seiner Darstellung des mathematischen Weltbilds und dessen Gefahren einer immer größeren Formalisierung und Schematisierung der Wissenschaften gewissermaßen die Kritik an mathematischem Neopositivismus vorweg. – Rádl: *Moderní věda* 160–167, 194f. – *Ders.*: *Dějiny filosofie I*, 87–91, 179; *II*, 91, 179f., 192f., 601–606, 615f. – *Ders.*: *Dnešní stav filosofie a psychologie* [Der heutige Stand von Philosophie und Psychologie]. Praha 1933, 14. – Siehe dazu Parson, Ch.: *Mathematics in Philosophy*. Selected Essays. Ithaca 1983.

abseits Stehenden unmöglich scheinen mag, daß jene objektive Wissenschaft eine Art Halluzination darstellt, wo aus dem Nebel des Ungewissen nur hier und da ein formloses Objekt hervortritt, das unsere Phantasie nach ihrem Bedarf zu einem lebendigen Ganzen vervollständigt.“<sup>14</sup>

### *Die Teleologie der Erkenntnis*

Diese Einstellung führt bei Rádl nichtsdestoweniger, wie bei vielen anderen Kritikern, zu keinem Relativismus und Indifferentismus in Fragen der Erkenntnis. Sein früheres enthusiastisches Eintreten für die „subjektive Wissenschaft“<sup>15</sup> wird später erheblich reduziert. Der Grund für seine Akzeptanz der immer subjektiven und persönlich motivierten Erkenntnis besteht in der Annahme, daß nur der Zweck- und Praxisbezug im Gegensatz zur Orientierung an bloßer Anschauung und Beobachtung zur echten Erkenntnis führt. Die Subjektivität, Selektivität und Zweckgebundenheit der Wahrnehmung bedeutet somit keine Beeinträchtigung oder Einschränkung der Erkenntnis, sondern ihre Voraussetzung. Die immanent teleologische Struktur stiftet Erkenntnis, indem sie das Chaos formt, in ihm eine Ordnung nach einem bestimmten Muster herausbildet. Ihren Ursprung glaubte Rádl bereits in der Evolution der Lebewesen entdeckt zu haben, z.B. durch die Herausbildung der Sinnesorgane<sup>16</sup>. Der Begriff „Chaos“ wird dabei noch in seiner ursprünglichen Bedeutung als Unordnung, Verschwommenheit, Durcheinander verstanden und nicht im Sinne der heutigen Modetheorien, die die Selbstorganisation verschiedener Erscheinungen zu erklären suchen.

Die Idee der „Sinnesenergien“ oder anderer vitaler Kräfte ist nichtsdestoweniger nicht neu, sondern wurde in den zeitgenössischen biologischen Theorien erörtert<sup>17</sup>. Diese vitalistischen Überlegungen scheinen zumindest in Bezug auf die Zweckgebundenheit der Wahrnehmung auch von der späteren Wahrnehmungsforschung in der Deutung der Sinne als „Systeme der Datenreduktion“ und des Bewußtseins als einer persönlichen Konstruktion der Welt<sup>18</sup> eher bestätigt als widerlegt. Die spätere Ver-

<sup>14</sup> Rádl: Neue Lehre 413f.

<sup>15</sup> Rádl: Dějiny vývojových teorií 190f., 292f., 519, 541–544. – Ders.: Neue Lehre 3–7. – Ders.: Úvahy 10–16, 27, 43–48, 55–58, 118, 142.

<sup>16</sup> Dabei glaubte Rádl an die Ursprünglichkeit des Orientierungsvermögens der Lebewesen, das bereits da ist, selbst wenn noch die zugehörigen Organe fehlen. – Rádl: Neue Lehre 41–52, 56, 67, 70–82, 91–97, 111f., 128, 140f., 183, 465, 481–487. – Ders.: Moderní věda 99. – Ders.: Útěcha z filosofie [Trost der Philosophie]. Praha 1947, 86–88.

<sup>17</sup> Über die Idee der Sinnesenergien s. Müller, J.P.: Handbuch der Physiologie der Menschen. Bd. 2. Coburg 1840, 254. – Dazu Uexküll, J. von: Der Organismus und die Umwelt. In: Driesch, H./Woltereck, H. (Hrsg.): Das Lebensproblem im Lichte der modernen Forschung. Leipzig 1931, 208f. – Über den Begriff der „Innerlichkeit“ s. Roux, W.: Das Wesen des Lebens. Leipzig 1915. – Dazu Portmann, A.: Neue Wege der Biologie. München 1960, 47–65.

<sup>18</sup> Ittelson, W.H./Kilpatrick, F.P.: Experiments in Perception. Scientific American (August 1951) 50–55. – Sperry, R.W.: The Eye and the Brain. Scientific American (Mai 1956) 48–52. – Lettvin, J.Z./Matura, H.R./McCulloch, W.S./Pitts, W.H.: What the Frog's Eye Tells the Frog's Brain. Proceeding of the Institute of Radio Engineers

drängung des Vitalismus durch den dogmatischen Neodarwinismus<sup>19</sup> läßt bestimmte „undogmatische“ Richtungen in der Biologie<sup>20</sup> als etwas völlig Neues erscheinen, als wären nicht analoge Ideen um die Jahrhundertwende<sup>21</sup> selbstverständlich gewesen. Bei Rádl, dessen biologische Vorstellungen sicher dazu gehören, bleibt es allerdings bei bloßen Überlegungen. Er selbst hat weder eine vollständige Wahrnehmungstheorie noch eine Evolutionstheorie entwickelt.

Rádl's Betrachtung führte ihn jedoch zu einer ungewöhnlichen Wissenschaftsauffassung. Wenn unsere Wahrnehmung keine bloße Registrierung der objektiv vorhandenen Welt ist, sondern ein aktiv prägendes Element in sich enthält, dann haben auch die wissenschaftlichen Begriffe eher den Charakter von Gesetzen oder Normen für die Natur als von Beschreibungen<sup>22</sup>.

Es ist aber keine Normativität im Sinne des logischen Positivismus, sondern eine vitalistisch begründete. Denn der aktive Geist, der das Chaos formt, ist nicht nur logisches Denken, sondern Wahrnehmung und Denken als Einheit<sup>23</sup>. „Im Kopf gibt es keine Verstandesmaschine und vor ihr gibt es keine Fenster; das Auge reicht bis zum Gehirn und der Gesichtssinn durch seine Tätigkeit bis zum Verstand. Das Auge

47 (1959) 140–151. – Neisser, U.: The Process of Vision. Scientific American (September 1968) 204–214.

<sup>19</sup> Eine mechanistische Deutung der Selektionstheorie im Neodarwinismus findet man z. B. bei Huxley, J.: Evolution. The Modern Synthesis. London 1942. – Huxley, J./Hardy, A. C./Ford, E. B.: Evolution as a Process. London 1954.

<sup>20</sup> Gemeint sind von der Systemtheorie, Quantenphysik und Thermodynamik inspirierte Ansätze über „morphogenetische“ oder „motorische Felder“, „morphische Resonanz“, „Zeit-Raum-Kanäle“ u. ä. – Gurwitsch, A.: Über den Begriff des embryonalen Feldes. Archiv für Entwicklungsmechanik 51 (1922) 383–415. – Waddington, C. H.: The Strategy of the Genes. London 1957. – Haraway, D. J.: Crystals, Fabrics and Fields. New Haven 1976. – Sheldrake, R.: Das schöpferische Universum. München 1984. Portmanns Ansatz über den Selbstdarstellungstrieb der Lebewesen (Portmann: Neue Wege 1960) ist etwas anders, allerdings nicht neu. – S. z. B. Sachs, J.: Geschichte der Botanik. München 1875. Auch zu diesem Thema gibt es zwei Aufsätze von Rádl, in denen er analoge Deutungsvorschläge macht. – Rádl: O původu krásy [Über den Ursprung der Schönheit]. Křesťanská revue 10 (Dezember 1936) 67–70. – Ders.: Rozšíření krásy v organickém světě [Die Verbreitung der Schönheit in der organischen Welt]. Křesťanská revue 10 (Januar 1937) 98–104.

<sup>21</sup> Zur Autonomie der Lebensvorgänge. Driesch, H.: Die organischen Regulationen. Leipzig 1901, 149f. – Ders.: Philosophie des Organischen. Leipzig 1921, 110–159, 209–231. Über das Vervollkommnungsprinzip des Lebens. Nageli, C. von: Mechanistisch-physiologische Theorie der Abstammungslehre. München 1884. – Weitere Theorien der direkten Anpassung s. z. B. Roux, W.: Über die Leistungsfähigkeit der Prinzipien der Deszendenzlehre zur Erklärung der Zweckmäßigkeit des tierischen Organismus. Breslau 1880. – Eimer, Th.: Die Entstehung der Arten auf Grund von Vererben erworbener Eigenschaften nach den Gesetzen organischen Wachstums. Jena 1888. – Wettstein, R. von: Über direkte Anpassung. Wien 1902. – Piepers, M. C.: Mimikry, Selektion, Darwinismus. Leiden 1903.

<sup>22</sup> Über die Begriffe als Gesetze für die Natur s. Rádl: Moderní věda 84–93, 116–118, 126, 145–156. – Ders.: Dějiny filosofie I, 72, 82f., 117, 138, 199; II, 64, 73. 90f., 140, 433, 440, 624f. – Ders.: Věda Purkyňova 327–329.

<sup>23</sup> Diese Auffassung stellt die hauptsächliche Kritik an Lockes Empirismus dar. – Rádl: Neue Lehre 20. – Ders.: Úvahy 154–159. – Ders.: Moderní věda 98–105, 148f. – Ders.: Dějiny filosofie II, 126, 455f. – Ders.: Praktická filosofie 5–9. – Ders.: Locke. Česká mysl 28 (1932) 258–261.

versteht schon selbst und der Verstand sieht schon selbst.“<sup>24</sup> Was er jedoch sieht, ist keineswegs vorgegeben, sondern ist auch ein Akt des Willens, somit also eine Funktion des jeweiligen Zwecks, der dem Leben innewohnt: „der Mensch will gerade den Baum sehen (und nicht Holz, Blätter, Kronen), der Mensch postuliert den Begriff des Baumes; tut er dies nicht, so sieht er vielleicht den Wald, vielleicht ein Chaos von Farben, aber keinen Baum.“<sup>25</sup> Das positivistische Ideal eines neutralen Beobachters wird so als Illusion entlarvt und durch seinen passiven, nur registrierenden Zugang zu den Phänomenen mit dem mystischen Schauen in Verbindung gebracht. Die subjektive Wissenschaft und die „praktische Philosophie“, die Rádl im Geiste Masaryks fördern wollte, enthielt damit noch eine zusätzliche Rechtfertigung.

### *Die vom „Sollen“ geprägte Weltanschauung*

Noch deutlicher als in der Naturwissenschaft kommt der teleologisch-normative Charakter der Begriffe in Rádls Geschichtsauffassung zum Ausdruck. Im Unterschied sowohl zum vitalistischen Erklären biologischer Formen durch nur zusätzliche nicht-mechanische Ursachen<sup>26</sup> als auch zu der aus einem anderen Ansatz entwickelten Auffassung des historischen „Verstehens“ als Anschauung und Einfühlung<sup>27</sup>, besteht Rádls historische Methode im Erfassen des „Sinnes“, einerseits der biologischen Zweckmäßigkeiten und Ganzheiten (Entelechien), andererseits der Beweggründe und Wertvorstellungen der in der Geschichte handelnden Menschen sowie in der Auseinandersetzung mit diesen<sup>28</sup>.

Dieses Erfassen von Ganzheiten hat wenig mit dem modischen „Ganzheitsdenken“ zu tun. Möglicherweise könnte man noch gewisse Gemeinsamkeiten mit Uexkülls „sinndeutender Biologie“ finden, der in sein Funktionskreismodell das Subjekt eingeführt hat, den Vitalismus jedoch ablehnte<sup>29</sup>. Seine Umwelttheorie führte auch in die Richtung des kybernetischen Regelkreismodells, das Rádls Denkweise fern lag, ebenso wie alle anderen systemtheoretischen, synergetischen oder ökologischen Theorien. Auch die Idee der hierarchisch strukturierten Ordnung biologischer Ganzheiten in einer weiteren antireduktionistischen Richtung, dem „Holismus“<sup>30</sup>, war ihm fremd,

<sup>24</sup> Rádl: *Moderní věda* 101.

<sup>25</sup> Rádl: *Dějiny filosofie* II, 455.

<sup>26</sup> Über verschiedene Arten der Zweckmäßigkeit vgl. Driesch, H.: *Geschichte des Vitalismus*. Leipzig 1922, 1–7.

<sup>27</sup> Siehe Anm. 37. und 39.

<sup>28</sup> Rádl: *Dějiny vývojových teorií* 298f. – Ders.: *Moderní věda* 134–136, 181–185, 196, 214, 241–244. – Ders.: *Věda a víra* 54ff. – Ders.: *Šaldova filosofie* 14–16. – Ders.: *Dnešní stav* 31, 36f., 41f. – Ders.: *Dějiny filosofie* I, 12f., 115f., 194f., 202–204, 210f.; II, 74, 98f., 163–165, 176–178, 571f. – Ders.: *Útěcha* 27–35, 78–84. – Ders.: *Národnost jako vědecký problém* [Die Nationalität als wissenschaftliches Problem]. Praha 1929, 15, 33f.

<sup>29</sup> Uexküll, J. von/Brock, F.: *Vorschläge zu einer subjektbezogenen Nomenklatur in der Biologie*. *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft* 1 (1935) 36–47. – Uexküll, J. von/Kriszát, G.: *Streifzüge durch die Umwelten von Tieren und Menschen*. *Bedeutungslehre*. Frankfurt/M. 1970.

<sup>30</sup> Wilson, A. G./Wilson, D. (Hrsg.): *Hierarchical Structures*. New York 1969. – Nedham, J.: *Order and Life*. New Haven (Conn.) 1936. – Koesteler, A.: *Das Gespenst in*

abgesehen davon, daß er die politischen Konsequenzen und überhaupt die Anwendung dieser Vorstellung auf soziale Gebilde wohl abgelehnt hätte, wie er auch die romantischen Spekulationen über „Volkseele“ und dergleichen seinerzeit kritisiert hatte.

Mit der Ablehnung, biologische und soziologische Phänomene auf physikalische oder biochemische Prozesse zurückzuführen, gehört Rádl auch zu den Kritikern des sogenannten mikroreduktionistischen Trends<sup>31</sup>, angefangen mit Hans Drieschs Forderung, die Biologie als eigenständige Wissenschaft zu betrachten<sup>32</sup>, bis zu Paul Feyerabends Plädoyer für die Pluralität der Wissenschaft<sup>33</sup>. Rádl's Überlegungen dienen dagegen als Ansatz zu einem in drei Bereiche unterteilten Weltbild, denen jeweils eine bestimmte Art von Sinn und Geschichtlichkeit zukommt: die unbelebte Natur mechanisch-kausaler Prozesse; die belebte Natur mit objektiven Sinnstrukturen und einer rudimentär historischen, aber noch unbewußten Evolution; die menschliche, von Sollvorstellungen geprägten Geschichte mit subjektiver Sinngebung und bewußter Anknüpfung an die Vergangenheit<sup>34</sup>.

Die grundsätzliche Unterscheidung zwischen belebter und unbelebter Natur übernahm Rádl von Driesch<sup>35</sup>, aber nicht dessen Verständnis der Geschichte als bloßer Kumulation<sup>36</sup>, sondern benutzte die in der Geschichtsphilosophie Diltheys, Rickerts, Windelbands und anderen vollzogene Trennung zwischen den erklärenden Natur- und den verstehenden Geistes- bzw. historischen Wissenschaften<sup>37</sup> zu einer weiteren Unterteilung der biologischen Evolution und der menschlichen Geschichte, ins-

---

der Maschine. Wien-München 1968. – Ders.: Der Mensch – Irläufer der Evolution. Frankfurt/M. 1989, 35–70.

<sup>31</sup> Zur mikroreduktionistischen Hypothese s. Kemeny, J.G.: Man Viewed as a Machine. Scientific American (April 1956) 296–301. – Kemeny, J.G./Oppenheim, P.: On Reduction. Philosophical Studies 7 (1956) 6–19. – Putnam, H.: Mind, Language and Reality. Cambridge 1975.

<sup>32</sup> Driesch, H.: Die Biologie als selbständige Grundwissenschaft und das System der Biologie. Leipzig 1911.

<sup>33</sup> Zur Kritik des mikroreduktionistischen Postulats s. z. B. Feyerabend, P.K.: Reply to Criticism. New York 1965. – Ders.: Against Method. Mineapolis 1970.

<sup>34</sup> Rádl: Dějiny vývojových teorií 62f., 322, 487–490, 498f., 510–516. – Ders.: Romantická věda 186–188. – Ders.: Šaldova filosofie 14–16, 31f. – Ders.: Moderní věda 167, 170, 179, 182–184, 195–197, 202–208, 244, 249–264. – Ders.: Dnešní stav 13, 34–36. – Ders.: Naš filosofický program 2. – Ders.: Dějiny filosofie I, 12–16, 20, 25, 279; II, 116, 121. – Ders.: O smysln našich dějin [Über den Sinn unserer Geschichte]. Praha 1925, 12. – Ders.: Zur politischen Ideologie der Sudetendeutschen. Prag 1935, 30f. – Am besten dargestellt ist die Problematik in Rádl: Národnost 7–40. – Eine andere Deutung findet man in Rádl: Útěcha 14–16, 36–43, 50f., 82–92.

<sup>35</sup> Driesch: Regulationen 1901, 189–191, 198–208. – Ders.: Philosophie 1921 – Ders.: Biologische Probleme höherer Ordnung. Leipzig 1941.

<sup>36</sup> Zur Kritik von Drieschs Geschichtsauffassung s. Rádl: Dějiny vývojových teorií 493f. – Ders.: Dějiny filosofie I, 19; II, 573. – Ders.: Dnešní stav 11.

<sup>37</sup> Dilthey, W.: Einleitung in die Geisteswissenschaften. Gesammelte Schriften. Bd. 1. Leipzig 1922. – Rickert, H.: Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung. Eine logische Einleitung in die historischen Wissenschaften. 4. Aufl. Tübingen 1921. – Windelband, W.: Präludien. 7. Aufl. Tübingen 1921. – Droysen, J.G.: Grundriß der Historik. Berlin 1962.

besondere der Geschichte der Zivilisation. „Die Geschichte der Menschheit unterscheidet sich sodann von den Organismen dadurch, daß es in ihr nicht um objektiv vorgegebene, sondern um vom Menschen beabsichtigte Zwecke geht.“<sup>38</sup>

Aus Rádls Überlegungen ergibt sich eine Geschichtsphilosophie, die einander scheinbar widersprechende vitalisierende und neukantianische Ansätze auf eine originelle Art verknüpft. Sein Begriff des „Verstehens“ unterscheidet sich dabei in einigen Punkten von den seit in den verschiedenen Kontroversen erörterten Begriffen<sup>39</sup>. Das „Verstehen“ der Geisteswissenschaften wird nicht dem kausal aufgefaßten „Erklären“ der Naturwissenschaften gegenübergestellt, sondern nur der naturwissenschaftlichen „Anschauung“ und Beschreibung der Phänomene, weil es sich eben durch die Einführung von „Sinn“ oder „Zweck“ bereits um eine Erklärung handelt; diese sind für ihn eine Art metaphysische Grundlage des geistigen Lebens<sup>40</sup>. „Für den Mondbewohner, der das menschliche Leben nicht begriffe, gäbe es weder einen Geist der Gesetze noch einen Zeitgeist; es gäbe nur ein Chaos von Erscheinungen. Aus diesem Grund *versteht* der Naturwissenschaftler die Natur *nicht*; er sieht die Natur nur wie eine fremde, unverständliche Sache; die Natur versteht nur derjenige, der aus ihr die Stimme von jemandem hört, der spricht, um verstanden zu werden.“<sup>41</sup>.

Aus seinen geschichtsphilosophischen Überlegungen folgt auch Rádls Einstellung zu einem bis heute beliebten Thema der tschechischen Historiker, nämlich der Frage nach dem Sinn der böhmischen (bzw. tschechischen) Geschichte<sup>42</sup>.

<sup>38</sup> Rád l: *Národnost* 34. – Über den geschichtlichen Sinn. *E b e n d a* 11, 31–35, 58. – Rád l: *Moderní věda* 204–206. – *D e r s.*: *O smysl* 7, 30, 35 f., 44–47. – *D e r s.*: *Dějiny filosofie* I, 30; II, 336 f., 540. – *D e r s.*: *Praktická filosofie* 29.

<sup>39</sup> *W a c h*, J.: *Das Verstehen. Grundzüge einer Geschichte der hermeneutischen Theorien im 19. Jahrhundert.* 1926–33. – *G a d a m e r*, H. G.: *Wahrheit und Methode.* 2. Aufl. Tübingen 1965. – *D i e m e r*, A. (Hrsg.): *Der Theorien- und Methodenpluralismus in den Wissenschaften.* Meisenheim-Glan 1971. – *G r a u m a n n*, H. M.: *Das Verstehen. Versuch einer historisch-kritischen Einleitung in die Phänomenologie des Verstehens.* In: *B a l m e r*, H. (Hrsg.): *Die Psychologie des 20. Jahrhunderts*, Bd. 1. Zürich 1976, 159–271. – *A p e l*, K.-O./*M a n n i n g e n*, J./*T u o m e l a*, R. (Hrsg.): *Neue Versuche über Erklären und Verstehen.* Frankfurt/M. 1978. – *A p e l*, K.-O.: *Die Erklären-Verstehen-Kontroverse in transzendentalpragmatischer Sicht.* Frankfurt/M. 1979. – Bei Masaryk wird das „Verstehen“ als eine unmittelbare künstlerische Einsicht aufgefaßt, was Rádls schlichtem „Verstehen des Sinnes“ ebenfalls nicht entspricht. – *M a s a r y k*, T. G.: *O studiu děl básnických [Über das Studium von Dichtungswerken].* Praha 1926.

<sup>40</sup> Rád l: *Dějiny filosofie* I, 9–12, 25, 137–141, 210 f.; II, 620. – *D e r s.*: *Moderní věda* 134–136, 180–183. – *D e r s.*: *Šaldova filosofie* 31. – Rádls Einstellung gegen Karl Jaspers', William Sterns und Alfred Adlers Auffassung des Verstehens s. Rád l: *Dějiny filosofie* II, 488.

<sup>41</sup> Rád l: *Dějiny filosofie* I, 12.

<sup>42</sup> Rád l: *O smysl.* – Rádls Deutung der böhmischen Geschichte s. Rád l: *Válka Čechů s Němci [Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen].* Praha 1928, vor allem 130 und 169 ff. – Zur früheren Diskussion s. *M a s a r y k*, T. G.: *Česká otázka [Die tschechische Frage].* Praha 1948. – *P e k a ř*, J.: *O smyslu českých dějin [Über den Sinn der tschechischen Geschichte].* Neuauflage, Praha 1990. – Zum Streit über den Sinn der böhmischen Geschichte bzw. die „tschechische Frage“ vgl. *H a v e l k a*, H. (Hrsg.): *Spor o smysl českých dějin 1895–1938 [Der Streit über den Sinn der tschechischen Geschichte].* Praha 1995. – Zu Rádls Deutung *e b e n d a* 29–31.

Die vorausgesetzte normative Funktion des jeweiligen „Sinnes“ bezieht sich dabei nicht nur auf den Bedeutungszusammenhang der Erkenntnis, sondern stellt einen Maßstab zur Betrachtung und Bewertung bestimmter Bereiche der Welt dar; sie ist auch Rádl's wichtigstes Unterscheidungskriterium für die einzelnen historischen Zeitabschnitte, Kulturen, Denksysteme und Weltanschauungen. So stellt für ihn z. B. der Orient gegenüber der westlichen Zivilisation eine minderwertige Kulturform dar, weil das gesamte orientalische Denken nach seiner Meinung das „Sollen“, die normative Ebene vermissen läßt, und deshalb das bloß Vorhandene fatalistisch hinnimmt. Ähnliche Tendenzen der Verabsolutierung des „Seins“, der Natur, historischer oder wirtschaftlicher Prozesse findet Rádl auch im europäischen Denken, insbesondere einigen Repräsentanten des deutschen Idealismus sowie bei dessen Nachfolgern, dem ethnisch-kulturellen Nationalismus und dem Marxismus. Die Methode der Gegenüberstellung liefert auch das Grundschema für seine politische Philosophie.

### *Die normative Zivilisation*

Im Unterschied zu Auffassungen, die eine bestimmte Seinsform als Grundlage der gesellschaftlichen Beziehungen verabsolutieren, stellte Rádl ein Idealbild der modernen Zivilisation auf, deren Grundlagen von keiner vorhandenen Wirklichkeit abgeleitet sind, sondern als Sollvorstellungen bzw. Ideen entworfen und postuliert werden<sup>43</sup>. Die westliche Zivilisation scheint dann eben wegen ihres normativen Charakters und ihrer gleichzeitigen Offenheit gegenüber Veränderungen allen anderen statischen Kulturen und totalitären Systemen überlegen, allgemeingültig, flexibel und zugleich stabil. „Die Zivilisation ist keine Materie; es sind weder Maschinen noch Bücher noch ist es die Rasse; die Zivilisation ist das Ideal, das Ziel, der Lebensmaßstab, zu dem Menschen hinstreben, nach dem sie ihre Erfolge und Mißerfolge messen, während sie anerkennen, daß sie das Ideal erreichen sollen, aber nie erreichen werden. Die Zivilisation will richtig sein, Gesetz für alle, allmenschlich, sittlich.“<sup>44</sup>

Rádl's Deutung der Entwicklung der Zivilisation findet man implizit vor allem in seiner *Geschichte der Philosophie*. Fast alle behandelten Denker werden daran gemessen, ob sie zur Weiterentwicklung oder zum Niedergang der europäischen Zivilisation nach Rádl's Vorstellung von Fortschritt beigetragen haben. Eine andere Betrachtung stellt die Konfrontation des westlichen Lebens und Denkens mit dem des Orients in Rádl's *West und Ost* dar. Es bleibt nur die Frage, ob oder inwiefern Rádl's Darstellung für die heutige Situation noch zutrifft oder für bestimmte Problembereiche aufschlußreich sein könnte.

<sup>43</sup> Zu Rádl's Darstellung der Zivilisation s. Rádl: *Náš filosofický program 2*. – Ders.: *Dějiny filosofie I*, 179; II, 1933, 270. – Ders.: *Zur Ideologie* 9, 27, 34. – Ders.: *Západ a Východ* [West und Ost]. Praha 1925, 20, 316–318, 331–383. – Ders.: *Proti tzv. sociální indikaci* [Gegen die sog. soziale Indikation]. Praha 1932, 5, 8, 30f. – Ders.: *Demokracie a věda* [Demokratie und Wissenschaft]. Praha 1919, 7–10. – Ders.: *Smysl kultury* [Der Sinn der Kultur]. *Křesťanská revue IV* (Februar 1931), 164–170. – Ders.: *Co nám slibuje filosofie?* [Was verspricht uns die Philosophie?]. *Česká mysl* 30 (1934) 73–79.

<sup>44</sup> Rádl: *Západ* 316.

*Die westliche Zivilisation in der Krise?*

Die Zivilisation war einer der zentralen Begriffe von Rádl's Denken. Sie war für ihn der Inbegriff dessen, was er für gut und fortschrittlich hielt, ja die Verwirklichung der Wahrheit in ihrer historischen Erscheinung. Undifferenziert verwarf er alles, was seinem eigenen Zivilisationskonzept nicht entsprach und teilte trotz seiner kritischen Einstellung gegenüber hegelianischen oder marxistischen geschichtsphilosophischen Modellen den aufklärerischen Fortschrittsoptimismus, verbunden mit dem Ethos der freien, bewußten und kreativen Persönlichkeit. Moderne Übel der entwickelten Konsumgesellschaft wie Anonymität, praktische Ohnmacht und Sinnverlust des Einzelnen, Werteverfall, Zerstörung der menschlichen Beziehungen und der gesamten Umwelt<sup>45</sup> waren für ihn noch kein Problem. Rádl hätte diese Probleme der Moderne auch kaum als Folge der Zivilisation gewertet, sondern eher auf Ursachen wie moralischen Niedergang, Versagen der Intelligenz als Führungskraft u. ä. zurückgeführt, wie er es häufig bei gesellschaftlichen Fragen seiner Zeit getan hat.

Die Beschuldigung der zeitgenössischen Intelligenz wie der Denker des 19. Jahrhunderts, die Rádl für die allgemeine Krise der Moderne verantwortlich macht<sup>46</sup>, erinnert trotz Abweichungen in der Deutung bestimmter Phänomene der Neuzeit an Julian Bendas und José Ortega y Gasset's berühmte Kritiken<sup>47</sup>. Insofern gehört Rádl auch zu den Diagnostikern der Anfälligkeit der Moderne für extremistische Ideologien, Massenpsychosen und totalitäre Regimes.

Die Gefahren für die westliche Zivilisation in seiner Zeit, den aufkommenden ethnischen Nationalismus und den Kommunismus, erkannte er richtig, wenn auch das Ausmaß der Verbrechen und damit der Barbarei des 20. Jahrhunderts von Nationalsozialismus und Stalismus für ihn kaum vorstellbar gewesen sein dürfte. Beide Ideologien sah er nicht als Folge der westlichen Zivilisation, sondern als Angriff gegen diese, als zivilisationsfeindliche, rückwärtsgewandte und an Gruppeninstinkte appellierende Lehren mit einer quasi-mystischen Weltanschauung als Grundlage. Trotz ihrer Übernahme bestimmter Elemente der Neuzeit wie der modernen Wissenschaft und Technik, handle es sich nicht um eine Weiterentwicklung der eigentlichen zivilisatorischen Linie, sondern um verhängnisvolle Abwege, deren katastrophale Folgen bereits an ihrem Anfang erkennbar waren.

Die Bemerkung in *West und Ost*, der Kampf zwischen dem antizivilisatorischen und antidemokratischen Sowjetrußland und der amerikanischen christlichen Demokratie in Asien werde künftig auch für Europa bestimmend sein<sup>48</sup>, war keine zu-

<sup>45</sup> Über das Scheitern des „Mythos der Moderne“, der Verheißung des selbstbewußten Subjekts, des Fortschritts und der liebesbegründeten Ehe und Familie s. Wahl, K.: Die Modernisierungsfalle: Gesellschaft, Selbstbewußtsein und Gewalt. Frankfurt/M. 1989. – Zum Problem der Konsumgesellschaft s. Traube, K.: Wachstum oder Askese. Kritik der Industrialisierung von Bedürfnissen. Hamburg 1979. – Zu den sog. „Megakrisen“ des 20. Jahrhunderts und deren möglichen Lösungen s. Flechtheim, O.K.: Ist die Zukunft noch zu retten? Weltföderation – Der Dritte Weg ins 21. Jahrhundert. Frankfurt/M. et al. 1995.

<sup>46</sup> Rádl: Krise intelligence [Die Krise der Intelligenz]. Praha 1928.

<sup>47</sup> Benda, J.: La trahison des clers. Paris 1927. – Ortega y Gasset, J.: La rebelión de las masas. Madrid 1930. – Ders.: El hombre y la gente. Madrid 1957.

<sup>48</sup> Rádl: Západ 378.

fällige Prophezeiung. Die neueste Geschichte gab Rádl schließlich auch mit dem Untergang des kommunistischen Regimes recht. Seine Diagnose der aufkommenden Trends weist auf Gefahren hin, die oft erst in ihrer fortgeschrittenen Form erkannt wurden.

Dennoch sind Rádl's Schlußfolgerungen für die Zivilisation, insbesondere im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft, nicht immer so schlüssig. Ihre Normativität wird nicht nur durch den kulturellen Relativismus in Frage gestellt, sondern wird heute bereits an sich heftig umstritten und scheint sich in einem logischen Widerspruch zu ihrer gleichzeitigen Offenheit zu befinden. Dieser Widerspruch verschwindet nur, wenn man die Normativität in Rádl's Sinne dynamisch auffaßt, wofür wiederum die apriorische Einsichtigkeit fehlt und ihre nachträgliche Rechtfertigung umstritten ist. Die Offenheit der modernen Gesellschaft bezieht sich auch auf Ideen und Ideologien, die keine solche Offenheit und Toleranz kennen oder akzeptieren. Sie birgt auch Möglichkeiten in sich, die nicht ihrer Grundstruktur entsprechen, ja auf ihre Vernichtung hinauslaufen.

Eine Forschungsrichtung vertritt heute die Ansicht, der *Nationalsozialismus* sei als eine „moderne“ Bewegung aufzufassen. Wenn auch diese Deutungen bestimmte modernistische Züge der nationalsozialistischen Ideologie überbewerten, so bleibt doch für sie die westliche Demokratie und liberale Wirtschaftsstruktur als Nährboden der Destruktion und notwendiges Feindbild bestehen, wobei sich die Abneigung gegen diese kaum als traditionell werten läßt. Der wiederaufkommende ethnische Nationalismus in den ehemaligen Ostblockländern zeugt auch nicht von hohem Modernitätsbewußtsein oder gar von zivilisatorischen Wertvorstellungen.

Rádl's Ablehnung des rassistisch oder ethnisch begründeten Nationalismus, dessen Wurzeln er auf die deutsche Romantik, insbesondere auf Herders Philosophie zurückführte, bildet heute den bekanntesten Bestandteil seines Denkens, auf dessen Grundlage er sich für die Rechte der Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik einsetzte<sup>49</sup>. Seine Auffassung gehört sicher zur Erbschaft der übernationalen k. u. k. Monarchie. 1918 vertrat der österreichische Sozialdemokrat Karl Renner ein analoges Konzept für Österreich und sehr ähnliche Gedankengänge finden wir bei Hans Kohns Idee des Nationalismus<sup>50</sup>.

Rádl's Vorstellung einer politischen Nation ist jedoch nicht nur wegen ihrer geringen Beachtung in der politischen Praxis Ost- und Mitteleuropas, sondern an sich keineswegs selbstverständlich. Es bleibt fraglich, ob die Unterscheidung zwischen einem positiven und einem destruktiven Patriotismus überhaupt angebracht ist, und inwiefern ein, wenn auch politisch begründeter, Nationalismus zu einer sinnvollen Entwicklung der zivilisierten Welt beiträgt oder eher viele vernünftige Chancen verhindert. Durch das Postulat des sog. „Selbstbestimmungsrechts der Nationen“ wurden

<sup>49</sup> Die Hauptgedanken zu diesem Thema findet man vor allem in Rádl: *Válka*. – Ders.: *Národnost*. – Ders.: *O smysl*. – Ders.: *Zur Ideologie*. – Ders.: *Národ a stát* [Das Volk und der Staat]. Praha 1921. – Ders.: *O německé revoluci* [Über die deutsche Revolution]. Praha 1933.

<sup>50</sup> Renner, K.: *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*. 2. Aufl. Wien-Leipzig 1918. – Kohn, H.: *Die Idee des Nationalismus*. Frankfurt/M. 1962.

nicht selten terroristische Organisationen und politische Regimes gefördert, die individuelle Menschenrechte völlig ignorieren. Der inflationäre verbale Gebrauch westlicher Wertvorstellungen außerhalb des westlichen Traditionsbereichs führt zu Verwässerung, inhaltlicher Entleerung und Bedeutungswandel. Vom Rest der Welt werden sie höchstens als Schlagwörter benutzt, um die eigenen Interessen zur Geltung zu bringen.

Eine ähnliche Zweideutigkeit besteht bei der Interpretation des lange als fortschrittlich geltenden *Sozialismus*. Rádl, Mitglied der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie, sah die zeitgenössischen Kommunisten ohne Illusion. Auch die historischen Wurzeln der marxistischen Ideologie im Hegelschen Geschichtsdenken schien er klar erkannt zu haben, wenn auch sein Zurückführen dieser auf die deutsche Romantik in seiner Interpretation etwas überbewertet wird. „Tatsächlich kämpfen in Marxens Lehren zwei Seelen miteinander, eine deutsch-romantische mit einer abendländisch-wissenschaftlich-kritischen. [...] die deutschen Marxisten und die Nationalsozialisten sind Brüder, Söhne desselben Vaters, des J. G. Fichte, des Begründers der romantischen Philosophie.“<sup>51</sup>

Seine zweideutige Interpretation von Marx und dem Sozialismus, bzw. der „fortschrittlichen Sozialdemokratie“ und dem „destruktiven Kommunismus“<sup>52</sup>, ebenso wie seine Gegenüberstellung von zwei Auffassungen der Demokratie<sup>53</sup>, der Nation (bzw. des Volkes)<sup>54</sup>, der Toleranz<sup>55</sup> und der Freiheit<sup>56</sup>, scheint mir allerdings frag-

<sup>51</sup> Rádl: Zur Ideologie 25.

<sup>52</sup> Rádl: Válka 104–121. – Ders.: Západ 266–273, 335. – Ders.: Moderní věda 245. – Ders.: Krise inteligence 9–14. – Ders.: Proti indikaci 22f. – Ders.: Dějiny filosofie II, 408–415, 424f. – Ders.: Zur Ideologie 25–29. – Ders.: Náboženství a politika [Religion und Politik]. Praha 1921, 74–82. – Ders.: Marxismus. Křesťanská revue 2 (Dezember 1928) 110f. – Ders.: Marxismus. Křesťanská revue 6 (April 1933) 161–163. – Ders.: Socialistický dogmatismus [Der sozialistische Dogmatismus]. Křesťanská revue 7 (April und Juni 1934) 195–199 und 239–246. – Ders.: Socialističtí radikálové [Die sozialistischen Radikalen]. Křesťanská revue 8 (November 1934) 36–41. – Ders.: O ženském hnutí [Über die Frauenbewegung]. Praha 1933, 44–50.

<sup>53</sup> Rádl: Úvahy 101, 107. – Ders.: Demokracie 3–17. – Ders.: Válka 91–93, 102–105, 107ff., 205, 210. – Ders.: O ženském hnutí 40, 48–50, 70–74. – Ders.: Proti indikaci 8. – Ders.: Dějiny filosofie II, 505f., 621, 209–211. – Ders.: Revise pokrokových ideálů v národní škole [Eine Revision der Fortschrittsideale in der nationalen Schule]. Praha 1928, 15. – Ders.: Masarykův ideál moderního hrdiny [Masaryks Ideal des modernen Helden]. Praha 1920, 37–40. – Ders.: Volkszählung. Prager Tagblatt vom 6. 2. 1930. – Ders.: Demokracie als Herrschaft der Minderwertigen. Prager Presse vom 20. 2. 1930. – Ders.: Dvojitá demokracie [Zweierlei Demokratie]. Naše doba 40 (1933) 271–274.

<sup>54</sup> Rádl: Národ a stát 3–11, 18, 21–27. – Ders.: Romantická věda 50, 225–229. – Ders.: Válka 10, 60–67, 85f., 93–98, 130–140, 174f., 211f. – Ders.: O smysl 87–89. – Ders.: Západ 274–276, 336–339. – Ders.: Národnost. – Ders.: O německé revoluci 34. – Ders.: Zur Ideologie 30–39. Ders.: Dějiny filosofie II, 318f., 330, 341–344, 354. – Ders.: Československý národ [Die tschechoslowakische Nation]. Křesťanská revue 8 (Dezember 1934) 69–80.

<sup>55</sup> Rádl: Západ 5f., 44, 67, 234–241, 323–326. – Ders.: Dějiny filosofie II, 132f. – Ders.: Locke 263f. – Ders.: Kulturní význam tolerance [Die kulturelle Bedeutung der Toleranz]. Křesťanská revue 5 (November 1931 und Januar 1932) 35–43 und 106–113.

<sup>56</sup> Rádl: Úvahy 161. – Ders.: Šaldova filosofie 25f. – Ders.: Moderní věda 50, 170f. –

würdig. Kann man eine Ideologie in zwei Teile aufspalten, von denen man einen verwirft und den anderen für die logische Fortsetzung der zivilisatorischen Tradition hält? Im Gegensatz zu Rádl, der zwischen einem „primitiven Kommunismus“ und einem „progressiven Sozialismus“ unterschied, deutete z. B. F. A. von Hayek den Sozialismus überhaupt, ebenso wie den Nationalismus, als eine Art Atavismus, eine Wiederkehr der Stammesethik, die die Große Gesellschaft eben überwinden sollte<sup>57</sup>.

Rádl's Engagement in der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei wie sein Eintreten für kollektive Rechte<sup>58</sup> hat historische Plausibilität. Es schien zweckmäßig, den benachteiligten Gruppen durch Postulierung kollektiver Menschenrechte Geltung zu verschaffen. Mit seinen Ausführungen nahm Rádl Bezug auf die parallele Entwicklung des Sozialstaates im Sinne eines angenommenen sozialen und geistigen Ausgleichs. Der moderne Sozialstaat begann mit der Postulierung kollektiver Rechte, die sich allerdings mit der Zeit in verkrustete partielle Gruppeninteressen verwandelten. Ein verwickeltes bürokratisches System von Einschränkungen, Regeln, Vorschriften wurde schließlich als Hindernis für jegliche Initiative außerhalb festgelegter Strukturen empfunden<sup>59</sup>. Gewiß hat Rádl dem Staat keineswegs solche Kompetenzen zugesprochen; aus seiner eigenen politischen Einstellung geht jedoch kein liberaler Standpunkt hervor. Gegen den Liberalismus erhob er eine Reihe von Einwänden<sup>60</sup>, die den üblichen Vorurteilen der Zwischenkriegszeit entsprachen. Eine andere Lösung für nationale und soziale Probleme bietet sein Konzept nicht.

Auch in einem weiteren Problemkomplex, der Auffassung von *Natur und Zivilisation*, geht die gegenwärtige Diskussion andere Wege. Gerade die von Rádl verabsolutierte jüdisch-christliche Tradition der „Unterwerfung der Erde“ wird heute oft

Ders.: Západ 36, 225. – Ders.: Válka 212. – Ders.: Demokracie 17. – Ders.: Proti indikaci 5, 31. – Ders.: O ženském hnutí 10–17, 24–27, 30. – Ders.: O německé revoluci 20–22. – Ders.: Zur Ideologie 34. – Ders.: Dějiny filosofie I, 31, 352; II, 20f., 258f., 501f. – Ders.: Československý národ 76f.

<sup>57</sup> Über das emotionsbeladene Schlagwort der „sozialen Gerechtigkeit“, dessen inhaltliche Leere und Widersprüchlichkeit sowie die Gefährlichkeit des allgemeinen Glaubens an diese Formel für das moralische Empfinden, die persönliche Freiheit und andere Werte der Zivilisation s. Hayek, F. A. von: Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Bd. 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie. Landsberg/L. 1981, Kap. IX und XI und 181–203.

<sup>58</sup> Rádl: Válka 113–124. – Ders.: Západ 286. – Ders.: O ženském hnutí 38f.

<sup>59</sup> Über den Wohlfahrts- oder Sozialstaat als ein System mit einem ständig dichterem Netzwerk interventionistischer Regeln s. z. B. Molitor, B.: Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat. Hamburg 1982. – Zur Rolle und Problematik des Sozialstaates Koslowski, P./Kreuzer, Ph./Löw, R. (Hrsg.): Chancen und Grenzen des Sozialstaates. Staatstheorie – Politische Ökonomie – Politik. Tübingen 1983. – Über die deutsche obrigkeitstaatliche Tradition Habermann: Traditionen obrigkeitstaatlicher Wohlfahrtspolitik in Deutschland. In: Oberender, P./Streit, M. E. (Hrsg.): Soziale und ökologische Ordnungspolitik in der Marktwirtschaft. Baden-Baden 1990, 9–22.

<sup>60</sup> Zur Liberalismuskritik s. Rádl: Válka 110f., 116. – Ders.: O smysl 49. – Ders.: Dějiny filosofie II, 230f., 428. – Ders.: Náboženství a politika 41–43, 75. – Ders.: Naše náboženské ideály před válkou a po válce [Unsere religiösen Ideale vor und nach dem Krieg]. Praha 1926, 10, 13f., 18. – Ders.: Liberalismus, pokrokářství, náboženství [Liberalismus, Fortschrittlertum, Religion]. Křesťanská revue 1 (November 1927) 78–83.

beschuldigt, die ökologische Krise herbeigeführt zu haben<sup>61</sup>. Die Gegenüberstellung der vermeintlich zerstörerischen menschlichen Zivilisation und der Natur, (manchmal dargestellt auch als Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie und verbunden mit der Verklärung einer naturnahen einfachen Lebensweise),<sup>62</sup> hat bei Rádl ein genau umgekehrtes Vorzeichen. Die Krise der modernen Zivilisation wird von ihm auch ganz anders gesehen. Seine gesamte Polemik gegen das „primitive“ orientalische Denken, die Romantik und alle modernen mythisierenden und ästhetisierenden Tendenzen, gründet in seiner Hochschätzung der normativen westlichen Zivilisation gegenüber der Natur, die es zu beherrschen gilt. Die „Krise der Zivilisation“ erblickt Rádl in einer „pantheistischen Stimmung der Neuzeit“, zu der die Relativierung kultureller Werte, die Begeisterung für primitive Lebensformen und Kulturen, für eine nicht näher definierte „Natürlichkeit“ und schließlich die Vergötzung verschiedener Gruppen wie Völker, Rassen, gesellschaftliche Klassen usw. gehören<sup>63</sup>.

Die Dringlichkeit der Umweltproblematik ist eine relativ neue, und so ist einem Denker der Zwischenkriegszeit kein Vorwurf daraus zu machen, daß er andere Prioritäten setzt. Dennoch gibt es in Rádls problematischem, weil in mancher Hinsicht seinem übrigen Werk widersprechenden *Trost der Philosophie* eine Wendung zur Idee der „natürlichen Welt“ im aristotelisch-thomistischen Sinne. Dies bietet einen Ansatzpunkt für die „Umwelt“-Diskussion insofern, als Zweifel an der mechanistischen Rationalität der Moderne geäußert werden, die die Welt nicht versteht, sondern nur seziiert<sup>64</sup>. Andererseits ist einzig und allein die westliche Zivilisation in der Lage, öko-

<sup>61</sup> White, L. Jr.: The Historical Roots of Our Ecological Crisis. *Science* 155 (1967) 1203–1205. – Amery, C.: Das Ende der Vorsehung. Die gnadenlosen Folgen des Christentums. Reinbek 1974. – Einige Theologen vertreten allerdings die Ansicht, daß nicht der Verwaltungsauftrag des Menschen über die Erde, sondern dessen Mißbrauch, vor allem aber das entfremdete Verhältnis zur Natur in der modernen Naturwissenschaft zur Despotie und Ausbeutung der Natur geführt habe. – Liedke, G.: Von der Ausbeutung zur Kooperation. Theologisch-philosophische Überlegungen zum Problem des Umweltschutzes. In: Weizsäcker, E. von (Hrsg.): Humanökologie und Umweltschutz. Stuttgart-München 1972, 36–65. – Altner, G.: Schöpfung am Abgrund. Die Theologie vor der Umweltfrage. Neukirchen-Vluyn 1974, 53–85. – Rock, M.: Theologie der Natur und ihre anthropologisch-ethnischen Konsequenzen. In: Birnbacher, D. (Hrsg.): Ökologie und Ethik. Stuttgart 1980, 76–83.

<sup>62</sup> Zu dem oft zitierten Gegensatz und dem Ruf nach moralischer Bekehrung der Menschheit angesichts der globalen Umweltkrise s. z. B. Benz, W.: Die uneingelöste Verheißung des Fortschritts als Herausforderung für die Religion. In: Schatz, O. (Hrsg.): Hoffnung in der Überlebenskrise. Salzburger Humanismusespräche. Graz-Wien-Köln 1979. – Cobb, J. B.: Der Preis des Fortschritts. Umweltschutz als Problem der Sozialethik. München 1972. – Mayer-Abich, K. M. (Hrsg.): Frieden mit der Natur. Freiburg/Br. 1979. – Weizsäcker, C. F. von: Die Zeit drängt. München 1986.

<sup>63</sup> Zu Rádls Darstellung der Krise der europäischen Zivilisation s. Rádl: Západ 149, 184, 211, 220f., 269, 323, 326f. 336. – Ders.: Náš filosofický program 1–4. – Ders.: Revize 3–5, 58–69. – Ders.: Dějiny filosofie I, 18; II, 54–64, 242, 270–284, 327, 344–346, 419f., 428, 529–539, 622. – Ders.: Úvahy 99–101, 107, 112. – Ders.: O ženském hnutí 27, 39f. – Ders.: Proti indikaci 8, 26f., 30. – Ders.: Zur Ideologie 28f. – Ders.: Smysl kultury. – Ders.: Mravnost v našem státě [Die Sittlichkeit in unserem Staat]. Praha 1925, 9, 13, 22, 33.

<sup>64</sup> Vgl. die Deutung der „natürlichen Welt“ als Grundlage der Moral und der wissenschaftlichen Begriffe als „unnatürlich“, als eine Art „Vivisektion“ der Welt in Rádl: Útěcha 17–24, 39ff., 76–82, 90.

logische Probleme zu lösen, etwa im Sinne John Passmores Kritik, die Rádls Argumentationsweise gegen ähnliche mystifizierende Denkweisen sehr ähnelt<sup>65</sup>.

Daß man bei der ökologischen Bewegung unter Umständen totalitäre, antimodernistische und romantische Züge und analoge Denkstrukturen<sup>66</sup> wie beim Nationalismus und Marxismus antreffen kann, ließe sich auch mit Hilfe von Rádls Kriterien feststellen. Insofern besitzt Rádls wenn auch zugespitzte normative Auffassung der Zivilisation und ihrer Feinde doch bis heute eine gewisse Relevanz, auch wenn sie keine Lösung für die vorhandenen Probleme bietet.

Inwiefern Rádls die westliche Zivilisation selbst richtig eingeschätzt hat, läßt sich nicht schlüssig beantworten. Der Sieg der Demokratie über den Kommunismus wird machmal als Pyrrhussieg bezeichnet. Durch das Verschwinden des Hauptgegners treten manche verdrängte Probleme erst zum Vorschein. Die Wertvorstellungen, auf denen die Zivilisation ruht, werden häufig nur als leere Phrasen gebraucht oder mit anderen kulturellen Eigenarten gleichgestellt; ihre Verbindlichkeit und Übertragbarkeit auf den Rest der Welt gerät zunehmend in Zweifel.

Diese Kritik geht jedoch nicht von der gleichen Definition und damit auch nicht der entsprechenden Sicht der Zivilisation aus wie Rádls Philosophie. Seine Betrachtungen bieten zumindest für das Überleben der zivilisierten Welt mehr Argumente bzw. Hilfsstellungen. Die gleichzeitige Verbindlichkeit und Offenheit der Wertvorstellungen, die eine größere Variabilität und Interpretationsmöglichkeit sowie eine Weiterentwicklung nicht ausschließt, ermöglicht zumindest, in verschiedenen Situationen eine Lösung zu finden, wo starre Verhaltensmuster normalerweise versagen<sup>67</sup>. So brauchen auch die Irrtümer und Sackgassen der nichtreflektierten und

<sup>65</sup> Er sieht z. B. in den Ansätzen, die sich von der sog. „Ganzheitsphilosophie“ und Mystik eine Lösung für die ökologische Krise versprechen, den Versuch einer der „gefährlichsten Illusionen“, die man bereits im deutschen Idealismus findet, „wieder Geltung zu verschaffen: der mystischen, totalitären Illusion.“ Passmore, J.: Den Unrat beseitigen. Überlegungen zu einer ökologischen Mode. In: Birnbacher, D. (Hrsg.): Ökologie und Ethik. Stuttgart 1980, 208. – Zur Verteidigung der Zivilisation, Demokratie und Ökologie als einen weiteren Zweig der westlichen Wissenschaft gegen mystifizierende Deutungen ebenda 210–223, 240–243. – Zur weiteren Kritik der in diesen Konstruktionen enthaltenen naturalistischen Fehlschlüsse und zirkulären Argumente sowie der theologischen Begründungsversuche für den Naturschutz s. Birnbacher, D.: Sind wir für die Natur verantwortlich? Ebenda 106–114. – Ders.: Mensch und Natur. Grundzüge einer ökologischen Ethik. In: Bayertz, K. (Hrsg.): Praktische Philosophie. Grundorientierungen angewandter Ethik. Reinbek 1991, 287–291.

<sup>66</sup> Über die ökologische Bewegung als einen romantischen antimodernistischen Protest s. Eder, K.: A New Social Movement? Telos 52 (1982) 5–20. – Schimank, U.: Neoromantischer Protest im Spätkapitalismus. Bielefeld 1983. – Weiß, J.: Wiederverzauberung der Welt? Bemerkungen zur Wiederkehr der Romantik in der gegenwärtigen Kulturkritik. In: Neidhardt, F./Lepsius, M.R./Weiß, J. (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Opladen 1986, 266–301. – Sprondel, W.M.: Kulturelle Modernisierung durch antimodernistischen Protest. Der lebensreformerische Vegetarismus. In: Ebenda 314–330.

<sup>67</sup> Thomas Blanke 1989 spricht z. B. von einer „Ökologie der Moral“ im Rechtssystem als einem endogenen Lernmechanismus, der ihm durch die Verankerung der elementaren Menschenrechte eingepflanzt wurde. – Blanke, Th.: Lernprozesse im Recht. Von der Ökologie der Moral zur Moral der Ökologie. In: Dörner, H. et al. (Hrsg.): Umweltschutz zwischen Staat und Markt. Moderne Konzeptionen im Umweltschutz. Baden-Baden 1989, 183–202.

einseitigen Modernisierung nicht als notwendig zerstörerische Folgen der allgemein nur technisch und wirtschaftlich definierten Zivilisation verstanden werden, ebenso wie man die modernen Ideologien nicht unbedingt für ihre legitimen Früchte halten muß.

Die aus Mangel an Einsicht in die komplexen Zusammenhänge und aus dem Verlust der wichtigsten Wertmaßstäbe entstehenden Fehler oder Irrtümer können jedenfalls einzig durch die Zivilisation selbst und auf deren Basis korrigiert werden, da es keine anderen echten Alternativen gibt. Daß dies durch menschliche Einsicht und bewußte Entscheidungen gelingt, scheint nichtsdestoweniger angesichts der allgemeinen Unfähigkeit der meisten Menschen, in nichtlinearen komplexen Zusammenhängen zu denken, ihrer Fluchttendenzen, Notfallreaktionen usw.<sup>68</sup> nicht sehr wahrscheinlich. Hier dürfte Rádl die menschliche Einsicht und Fähigkeit, die Welt „programmatisch“ umzugestalten, stark überschätzt haben. Er gehört offensichtlich zu Hayeks „Konstruktivisten“, „die glauben, daß der Mensch sein Schicksal beherrschen kann – als ob die Zivilisation und Vernunft sein eigenes Werke wären.“<sup>69</sup>

Allerdings ist eine Möglichkeit nicht ganz auszuschließen, daß nämlich dieser in der Geschichte der Menschheit völlig neuen Form der menschlichen Gesellschaft dennoch eine Tendenz innewohnt, die wie die „unsichtbare Hand“ innerhalb der Wirtschaft für die Erhaltung des ganzen Systems und dessen Rückkehr zum Gleichgewicht sorgt, ohne von einer höheren Macht oder Vorsehung bewirkt zu werden. Unter Verwendung ökologischer Begriffe könnte man dann von einer elastischen, vorwiegend von äußeren Faktoren gesteuerten Stabilität sprechen, im Gegensatz zur Persistenz der alten Hochkulturen, die trotz großer innerer Beständigkeit beim ersten Eingriff von außen untergegangen sind. Diese Gleichgewichtstendenz braucht dabei nicht unbedingt in Rádls Sinne als „Sieg der Wahrheit“ interpretiert zu werden, von Hegels „List der Vernunft“ ganz zu schweigen.

#### *Die Aktualität des normativen Bewußtseins*

Manche philosophische Publizisten der Nach-Wendezeit betonen Rádls Nähe zu Thomas Masaryk, dessen manchmal unkritische Bewunderung in neueren Arbeiten wieder zum guten Ton gehört. Es bleibt jedoch nicht nur umstritten, inwiefern Rádl als Masaryks philosophischer Nachfolger zu gelten hat, sondern auch, ob Masaryks Problemstellungen und Ideen noch aktuell sind. Mit der imponierenden Rolle eines philosophierenden Staatsoberhaupts, die Václav Havel heute verdienstvollerweise ausübt, obwohl dessen Reden wahrscheinlich von der pragmatisch denkenden Öffentlichkeit ebenso unbeachtet bleiben wie Masaryks Ermahnungen in der Ersten Republik<sup>70</sup>, hat Rádl nichts zu tun. Seine Aktualität kann auch heute kaum in seiner Persönlichkeit liegen, sondern in seinen gedanklichen Anstößen.

<sup>68</sup> Dörner, D.: Anatomie von Denken und Handeln. Der Mensch in komplexen Situationen. Mitteilungen der deutschen Forschungsgemeinschaft 3 (1981).

<sup>69</sup> Hayek: Die Illusion 49.

<sup>70</sup> Zum Vergleich Masaryks mit Havel s. Gellner, E.: The Price of Velvet: Thomas Masaryk und Václav Havel. Czech Sociological Review 3/1 (1995) 45–57.

Trotz der großen Umwälzungen unterscheiden sich nämlich die Grundstrukturen unseres Weltbilds nicht vollkommen von der entsprechenden Problematik, die Rádl vorschwebte. Das Bewußtsein der Normativität unseres Denkens und Lebens, unserer manchmal als selbstverständlich angenommenen, aber keineswegs natürlichen Welt, ist etwas, was heute oft dem Blick verloren geht. Dies gilt in allen gesellschaftlichen Bereichen, einschließlich der Wissenschaft.

Den Befürwortern der szientistischen Weltanschauung fehlt die Dimension des Sollens ebenso wie ihren Kritikern, die sich gern auf die „Natur“ oder auf ältere „Kulturwerte“ berufen. Die Gefahren der postpositivistischen Wissenschaft liegen auch nicht so sehr im immer weiter fortschreitenden Spezialistentum und in der Unverantwortlichkeit von Forschung und Anwendung, sondern vorwiegend in der Überzeugung, die gesellschaftliche Praxis jeder Art sei von wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Natur der Welt und des Menschen ableitbar.

Die Verklärung des Orients etwa in der New-Age-Bewegung, die aggressive Abneigung gegen die „dekadente“ Zivilisation in der Ideologie der fundamentalistischen Gesellschaftskritiker sind Tendenzen, die der einstigen Romantik und der nationalistischen Schwärmerei nicht unähnlich sind, deren späte Früchte bis heute in Osteuropa, auf dem Balkan usw. für Blutbäder sorgen.

Samuel Huntingtons These vom „Krieg der Zivilisationen bzw. Kulturen“ als einer bevorstehenden Zukunftsperspektive<sup>71</sup> wirft neues Licht auf Rádl's Interpretation der Ideologien auf der Basis ihrer kulturellen Hintergründe. Nicht nur der politische Ost-West-Gegensatz während des Kalten Krieges, den Rádl nicht mehr erlebte, sondern der kulturelle Unterschied zwischen dem dominanten Westen mit seinen universell gültigen Werten und anderen Kulturen, die diese Werte nicht kennen, scheint die Hauptrolle immer neuer Konflikte unserer Welt zu sein, die tiefer begründet sind als vordergründige politische Divergenzen.

Es ist relativ gleichgültig, daß sich Rádl's Ost-West-Gegensatz vor allem auf den Fernen Osten bezog, während in der Zukunft die Gefahren wahrscheinlich vom bei ihm völlig unbeachteten Islam ausgehen dürften. Doch die Annahme der Entwicklung zu einer einzigen zivilisierten Welt ist, trotz aller Bemühungen damals wie heute, in der Gefahr, zur Schimäre zu werden.

### *Schlußbetrachtung*

Im Rückblick auf Rádl's Denken vor dem Hintergrund der heutigen Probleme lassen sich etwa folgende Schlußfolgerungen ziehen:

- 1) Wenn man ein Übermaß an zeitgebundenen Vorstellungen und rhetorischen Appellen beiseite läßt, kommen einige interessante Gedanken zum Vorschein, Rádl's vitalistisch begründete Erkenntnistheorie, seine dreistufige teleologisch angelegte Weltanschauung und Geschichtsphilosophie sowie die Methode der Unterscheidung zwischen Sein und Sollen, wo die Grundlagen und Konsequenzen

<sup>71</sup> Huntington, S.P.: The Clash of Civilisations? Foreign Affairs 72/3 (Sommer 1993) 22–49.

kultureller und politischer Erscheinungen sichtbar werden, können als produktive Erkenntnischancen verstanden werden. Wenn sich Rádl die Mühe gegeben hätte, seine oft nur leicht hingeworfenen Thesen gründlicher auszuarbeiten, könnte er durchaus zu den originellsten Denkern unseres Jahrhunderts gezählt werden.

- 2) Allerdings sind die meisten politischen Ansichten Rádls vom zeitgenössischen Denken, dem Fortschrittsethos und dem Glauben an die Möglichkeit einer Reform der menschlichen Gesellschaften allein aus gutem Willen beeinflusst. Diese Vorstellungen haben sich im Laufe unseres Jahrhunderts oft als illusionär erwiesen. Mißlungene Versuche der Umgestaltung der Natur, der Erziehung der Menschheit und der Menschen, der Manipulierung der Wirtschaft zählen ebenso dazu, wie die Annahme, Frieden in der Welt durch humanitäre Appelle oder diplomatische Verhandlungen mit verbrecherischen Diktatoren herbeiführen zu können. Gewiß hätten Rádls Vorschläge für eine Reform der ersten Tschechoslowakischen Republik relevant werden können. Sie wurden als weltfremde politische Donquijotterie abqualifiziert, und erst ex post werden sie als realistische Warnungen vor der Katastrophe gewürdigt. Aber auch heute verhallt die Stimme der Vernunft angesichts der Orgien des Ethnozentrismus und Fundamentalismus. Für weitere Probleme der postmodernen Gesellschaften scheinen die Mittel der Aufklärung und moralischer Apelle nicht zu „greifen“.
- 3) Dennoch gibt es zumindest einen Aspekt, in der Rádls Denken seine Zeitgenossen übertrifft und bis heute eine gewisse Relevanz besitzt. Diese besteht in seiner Fähigkeit, zivilisatorische Zusammenhänge und Gefahren einschließlich deren biologischer und historischer Grundlagen zu erkennen. Die Interpretation des Wesens der westlichen Zivilisation und ihrer inneren und äußeren Feinde ist zwar nicht immer ganz schlüssig, trägt aber trotz einer veränderten politischen Lage einiges zum Verständnis unserer heutigen Situation bei. Insofern wäre die Besinnung auf zivilisatorische Werte, deren Unableitbarkeit von vordergründigen Gegebenheiten Rádl stets betonte, von größerer Bedeutung als kurzlebige politikwissenschaftliche Oberflächlichkeiten.

## VERPASSTE CHANCEN? DIE VERTRÄGE ZWISCHEN BONN UND PRAG IM URTEIL DER SUDETENDEUTSCHEN <sup>1</sup>

Von *K. Erik Franzen*

Die folgende Einschätzung des Vorsitzenden des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Böhm, aus dem Jahr 1974 bezieht sich auf die gelungene Integration der vertriebenen Sudetendeutschen in das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland, eine Leistung, für die auch und gerade den Vertriebenen Anerkennung und Respekt gebührt: „Es bleibt eine seltene Ausnahme, daß Menschen und Völker aus der Geschichte Lehren ziehen. Zu diesen Ausnahmen zählt eindeutig das Verhalten der Sudetendeutschen nach 1945.“<sup>2</sup>

Diese Integration war keine Absorption im Sinne des Aufgebens eigener kultureller oder geistiger Werte, was ein besonderes Verdienst zahlreicher sudetendeutscher Vereinigungen war. Politisch war die Sudetendeutsche Landsmannschaft als an Mitgliedern größte dieser Gruppen bemüht, die Sudetendeutschen als Einheit zusammenzufassen und deren Interessen zu vertreten. Immer meldete sie sich zu Wort, wenn es galt, dem eigenen Anspruch als Anwalt sudetendeutsch verstandener Anliegen gerecht zu werden.

Im folgenden wird anhand des am 11. Dezember 1973 unterzeichneten Prager Vertrages und des Nachbarschaftsvertrages vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik untersucht, wie die politisch organisierten Sudetendeutschen die Abkommen zwischen Bonn und Prag interpretierten und einordneten. Unter „sudetendeutschem Urteil“ werden an dieser Stelle vorrangig die Äußerungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft verstanden, die das Bild „der Sudetendeutschen“ in der Öffentlichkeit bis heute weitgehend bestimmen. Berücksichtigt werden zudem die Stellungnahmen des Sudetendeutschen Rates<sup>3</sup> und der drei Gesinnungsgemeinschaften<sup>4</sup>, die eine

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse meiner Kölner Magisterarbeit über das Thema „Der Prager Vertrag vom 11. Dezember 1973 im Urteil der Sudetendeutschen“ (1995), ergänzt um die Diskussion um den Nachbarschaftsvertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik.

<sup>2</sup> Weg und Ziel. Eine Chronik der heimatvertriebenen Sudetendeutschen. Herausgegeben im Auftrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft von Franz Böhm. München 1974, 5.

<sup>3</sup> Der am 3. April 1955 gegründete Sudetendeutsche Rat übernahm die Tradition der am 16. Juli 1947 als „Arbeitsausschuß zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ gegründeten Vereinigung, die sich im Januar 1948 als „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ konstituierte. Die Mitglieder des Rates müssen Mitglieder der Sudetendeutschen Landsmannschaft sein. Durch die Zusammensetzung der Mitglieder aus drei Kurien, von der eine aus Bundestagsabgeordneten sudetendeutscher Herkunft besteht, ist beabsichtigt, eine Verbindung der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu den im Bundestag vertretenen

politische Reflexionsebene innerhalb der organisierten Volksgruppe und damit ein Phänomen bilden, das bei keiner anderen Vertriebenenorganisation existiert und unter den Sudetendeutschen in der Bundesrepublik ein breites politisches Spektrum abdeckt<sup>5</sup>.

Thematisiert wird dabei in erster Linie das sich im juristischen Urteil und besonders in der historisch-politischen Einordnung der Verträge durch die politisch organisierten sudetendeutschen Einrichtungen spiegelnde Selbst- und Geschichtsverständnis, was zur Folge hat, daß eine Vielzahl von einzelnen, in anderen Zusammenhängen wichtigen Vertragsaspekten ausgeblendet wird.

Dementsprechend liegt das Hauptgewicht bei der Quellenauswertung auf sudetendeutschen Publikationen, gemeint sind hier vor allem die Veröffentlichungen der jeweiligen Institutionen, die neben eigenen Presseorganen auch umfassende Schriftenreihen betreiben.

### *Die Auseinandersetzung um den Prager Vertrag*

Mit der Ratifizierung des Prager Vertrages durch die Parlamente der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei im Juli 1974 war das Bemühen der sozial-liberalen Bundesregierung um die Aufnahme normaler Beziehungen zu den Staaten Osteuropas zu einem vorläufigen Abschluß gebracht und damit der „Schlußstein“<sup>6</sup>

---

Parteien zu verwirklichen und möglichst umfassend zu legitimieren. Absicht des Sudetendeutschen Rates ist es in erster Linie, den Rechtsanspruch der Sudetendeutschen auf ihre Heimat auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts durchzusetzen. Zur Entstehung und Entwicklung *Maier*, Erich: 40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf. Die Arbeit des Sudetendeutschen Rates seit 1947. München 1987.

<sup>4</sup> Gemeint sind die Ackermann-Gemeinde, die Seliger-Gemeinde und der Witikobund. Der Begriff wurde vom ersten Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Rudolf Lodgman von Auen, geprägt. Vgl. die Hinweise dazu bei *Brand*, Walter: Zehn Jahre Witikobund. In: Die Marbacher Vorträge 1958. Hrsg. v. Witiko-Bund. Frankfurt am Main 1959, 21 (Beiträge des Witiko-Bundes zu Fragen der Zeit 6).

<sup>5</sup> Die Ackermann-Gemeinde entwickelte sich aus dem katholischen Bereich politisch orientierter Sudetendeutscher der Ersten Tschechoslowakischen Republik und entstand unter dem Einfluß besonders des Haibach-Kreises im Januar 1946 in Ingolstadt. Vgl. u. a. *Seibt*, Ferdinand: Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. 2. Aufl. München 1995, 361. Zur Satzung und dokumentarischen Zeugnissen: Zwanzig Jahre danach. Besinnung und Ausblick. Hrsg. v. Ackermann-Gemeinde. München 1966 (Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde 21) und Weg und Ziel. Hrsg. v. Ackermann-Gemeinde. 3. Aufl. München 1988 (Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde 24). Die im April 1947 zum ersten Mal tagende Seliger-Gemeinde dagegen versteht sich explizit als Nachfolgeorganisation der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei (DSAP) der Ersten Tschechoslowakischen Republik und bezeichnet sich als „Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“. Siehe Satzung der Seliger-Gemeinde für die Bundesrepublik Deutschland e.V. Hrsg. v. Seliger-Gemeinde. München o. J. § 1. Der Witikobund versteht sich als nationale Gesinnungsgemeinschaft und entstand auf einer Tagung im April/Mai 1948 aus ehemaligen Mitgliedern sudetendeutscher Volkstumsorganisationen (Kameradschaftsbund, Aufbruch und Bereitschaft) der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vgl. Der Witikobund. Weg - Wesen - Wirkung. Hrsg. v. Witikobund. München 1969 (Beiträge des Witikobundes zu Fragen der Zeit 20).

<sup>6</sup> *Wagner*, Wolfgang: Der Prager Vertrag als Schlußstein der bilateralen Ostpolitik. Europa-Archiv 25/17 (1970) 63.

ihrer ostpolitischen Gesamtarchitektur gesetzt worden. Von der Aufnahme erster offizieller Kontakte zwischen den Regierungen beider Staaten im Januar 1967 bis zur Vertragsunterzeichnung am 11. Dezember 1973 waren beinahe sieben Jahre vergangen: ein Indiz für die Schwierigkeiten und Probleme in den gegenseitigen Beziehungen, die es zu überwinden galt, um ein vertrauensvolleres Klima zwischen beiden Staaten zu schaffen.

Die Sudetendeutschen waren von den Regelungen des Prager Vertrages entscheidend betroffen, da er an oberster Stelle das Thema „München 1938“ behandelte und die Sudetendeutschen demnach „der größte Streitpunkt in dem Problembündel von ‚München‘“<sup>7</sup> waren.

War der Kampf der „Volksgruppenführung“<sup>8</sup> um den Prager Vertrag mit dessen Ratifizierung gescheitert? Nach Bekanntwerden des Wortlautes des Vertragstextes anlässlich seiner Paraphierung am 20. Juni 1973<sup>9</sup> faßte ein Memorandum des Referates für rechtliche Grundsatzfragen der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 8. Juli 1973<sup>10</sup>, das den Prager Vertrag „unter allen Gesichtspunkten der gesamten historischen Entwicklung, der Rechte der Sudetendeutschen sowie eines notwendigen deutsch-tschechoslowakischen Ausgleichs“<sup>11</sup> geprüft hatte, die Kritik der „Volksgruppenführung“ zusammen: „a) Der Vertrag enthält eine Fülle von Unklarheiten, die in der Praxis Anlaß zu fortwährenden Streitigkeiten geben können, die das zukünftige Verhältnis beider Staaten belasten. b) Dem Vertrag mangelt insbesondere die historisch-politisch-moralische Ausgewogenheit der Aussage, was zum Nachteil der deutschen Seite und insbesondere der Hauptbetroffenen, der Sudetendeutschen, ist.“<sup>12</sup>

<sup>7</sup> Lemberg, Hans: „München 1938“ und die langfristigen Folgen für das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen. In: Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik (1918–1938). Hrsg. v. Jörg K. Hoensch und Dušan Kováč. Essen 1994, 153 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 2).

<sup>8</sup> Die Begriffe „Volksgruppenführung“, „Volksgruppenorganisation“ und „Volksgruppe“ werden im weiteren Verlauf der Arbeit in Anführungszeichen gesetzt, da das aus § 3 der Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft resultierende Volksgruppenverständnis, das auch nach der Vertreibung alle Nachkommen von Sudetendeutschen unter Ignorierung ihrer jeweiligen Bewußtseinsentscheidung als Teil der „sudetendeutschen Volksgruppe“ umfaßt, in Frage gestellt werden muß: unter „Volksgruppenorganisation“ werden alle hier untersuchten politischen Organisationen verstanden; unter „Volksgruppenführung“ nur die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat. Daß es heute eine Volksgruppe der Sudetendeutschen gibt, wird vom Verfasser nicht angezweifelt. Diese konstituiert sich jedoch nicht in dem von der Landsmannschaft behaupteten Sinn, sondern in dem einer Bekenntnisgemeinschaft.

<sup>9</sup> Siehe Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bulletin) Nr. 76 vom 21. 6. 1973, 757–760.

<sup>10</sup> In: Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen. Dokumentation zum „Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“. Hrsg. v. Sudetendeutsche Landsmannschaft. München 1973, 10–22.

<sup>11</sup> Ebenda 11.

<sup>12</sup> Ebenda 20.

„München 1938“: Die Frage der Gültigkeit und mögliche Folgen

Das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 war zentrale Thematik der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei, folglich auch des Prager Vertrages. Hauptsächlich ging es dabei um die unterschiedliche Beurteilung der Frage dessen Gültigkeit, präziser um seine historisch-politischen Grundlagen und die aus der zeitlichen Festlegung einer angenommenen Ungültigkeit möglicherweise resultierenden rechtlichen und politischen Konsequenzen.

Der Unterhändler der Bundesregierung in den Vertragsgesprächen, Paul Frank, beschrieb die hinter der Auseinandersetzung stehende Motivation der Bundesregierung wie folgt: „Der Vertrag zwischen beiden Nachbarländern durfte nicht dazu beitragen, die unselige Frustration am Leben zu erhalten und zu immer neuen Kontroversen Anlaß zu geben; er mußte erreichen, daß das Münchener Abkommen für beide Seiten endgültig der Vergangenheit angehörte, damit es den Weg für die notwendige Zusammenarbeit nicht mehr versperren konnte.“<sup>13</sup>

Wie einigten sich die Verhandlungspartner schließlich, um das „Gespenst von München“<sup>14</sup> im Interesse künftiger Beziehungen zu beseitigen<sup>15</sup>? Beide Seiten hatten sich in Artikel (Art.) I des Prager Vertrages darauf verständigt, das Abkommen als „nichtig“ zu betrachten<sup>16</sup>. Damit war dem Wunsch der Tschechoslowakei, eine Nichtigkeitserklärung vertraglich festzulegen, formal entsprochen worden. Das besondere Moment war dabei die *vereinbarte* Nichtigkeit im Prager Vertrag: das Münchener Abkommen wurde nämlich für *ingeschränkt* nichtig gehalten. Die Formulierung, „betrachten [...] im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen [...] als nichtig“, beinhaltete lediglich die Feststellung, daß beide Vertragsparteien, was ihr zukünftiges Verhältnis anbelangte, das Abkommen als nicht mehr gültig ansahen und damit als Hindernis für künftige Beziehungen aus dem Wege räumten<sup>17</sup>. Diese Aussage bedeutete mithin keinesfalls eine „Anerkennung mit rückwirkender Kraft“<sup>18</sup>.

Die entscheidende Frage lautete: handelte es sich hier um die Bestätigung einer Nichtigkeit von Anfang an, die von der tschechischen Seite unbeirrt verlangt und von

<sup>13</sup> Siehe Frank, Paul: Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur. Stuttgart 1981, 305.

<sup>14</sup> E b e n d a 303.

<sup>15</sup> In einem juristischen Kommentar wurde das Münchener Abkommen vom Herausgeber als „stinkender Leichnam“ titulierte, den es endlich zu beerdigen gelte. Ostverträge III. Deutsch-tschechoslowakische Verträge. Hrsg. v. Ingo von M ü n c h. Berlin-New York 1973, 4.

<sup>16</sup> Die Formulierung lautete konkret: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik betrachten das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig.“ Gesetz zu dem Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. In: Bundesgesetzblatt. Teil II. Jahrgang 1974 (BGBl. 1974 II) 991.

<sup>17</sup> Vgl. die Denkschrift der Bundesregierung zum Prager Vertrag. Drucksachen 2 (1974). Hrsg. v. Bundesrat. Bonn 1974, 11.

<sup>18</sup> Richt h o f e n, Hermann von: Der Vertrag zwischen Bonn und Prag. Aussenpolitik 25/1 (1974) 46.

der Bundesregierung in den Verhandlungen immer wieder abgelehnt worden war? Diese Frage muß deutlich verneint werden, denn der ausschlaggebende Art. I erwähnte überhaupt keinen Zeitpunkt einer Ungültigkeit des Münchener Abkommens<sup>19</sup>.

Auch die Interpretation der Präambel läßt keinen ex-tunc-Schluß zu. Der dort gewählte Wortlaut, das Münchener Abkommen sei der Tschechoslowakei „durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen“<sup>20</sup> worden, war für diese Schlußfolgerung irrelevant, da nach gültiger Völkerrechtsauffassung des Jahres 1938 aufgezwungene Verträge keineswegs von Beginn an nichtig waren<sup>21</sup>.

Die zwischen den Unterzeichnern strittige Frage, ab wann das Münchener Abkommen als ungültig anzusehen ist, war also bewußt offengelassen worden, da eine Einigung aufgrund des unnachgiebigen Verhaltens der beiden Gesprächspartner nicht möglich schien<sup>22</sup>.

Während die Erklärung des Sudetendeutschen Rates vom Juli 1973<sup>23</sup> nicht dezidiert auf einzelne Vertragsinhalte einging, setzte sich das Memorandum des Bundesvorstands der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 8. Juli 1973<sup>24</sup>, das der Erklärung der Bundesversammlung zum Prager Vertrag<sup>25</sup> und auch derjenigen des Sudetendeutschen Rates als weitere Entscheidungsgrundlage diente, detailliert mit einzelnen Vertragsbestimmungen auseinander<sup>26</sup>.

In der vom Bundesreferat für rechtliche Grundsatzfragen unter Leitung von Fritz Wittmann erarbeiteten Stellungnahme wurde zugegeben, daß eine Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an offenbar nicht gegeben sei und anerkannt werden müsse, „daß damit die moralisch-politische Seite der deutschen Politik, die zu dem Münchener Abkommen geführt hat und die in Absatz 3 der Präambel angesprochen ist, von der Ebene der juristischen Beurteilung und der sich daraus ergebenden

<sup>19</sup> Vgl. K i m m i n i c h, Otto: Die Beurteilung des Münchener Abkommens im Prager Vertrag und in der dazu veröffentlichten völkerwissenschaftlichen Literatur. In: Forschungsbeiträge der Geisteswissenschaftlichen Klasse. Hrsg. v. Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste. München 1988, 130 (Schriftenreihe der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste 8). Auch M ö l l e r, Dietrich: Die Verständigung zwischen Bonn und Prag. Aussenpolitik 24/3 (1973) 345.

<sup>20</sup> BGBI. 1974 II 990.

<sup>21</sup> Vergleiche Z ü n d o r f, Benno: Die Ostverträge. Moskau - Warschau - Prag - Das Berlin-Abkommen - Die Verträge mit der DDR. Bonn 1979, 105. Einschränkend auch K i m m i n i c h: Die Beurteilung des Münchener Abkommens im Prager Vertrag 151.

<sup>22</sup> Vgl. F r a n k: Entschlüsselte Botschaft 307ff. Auch Walter Scheel in seiner Rede am 27. März 1974 im Deutschen Bundestag. In: Bulletin Nr. 42 vom 29. 3. 1974, 409. Ebenso W a g n e r: Der Prager Vertrag 67.

<sup>23</sup> Siehe die „Erklärung des Sudetendeutschen Rates zu dem paraphierten ‚Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“. In: Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 8f.

<sup>24</sup> E b e n d a 10–22.

<sup>25</sup> E b e n d a 9f.

<sup>26</sup> Die „Volksgruppenführung“ hatte sich schon während der Verhandlungs- und Gesprächsrunden zwischen Bonn und Prag aus Gründen „völliger Rechtsunsicherheit“ für die Sudetendeutschen konsequent gegen eine Nichtigkeitserklärung „von Anfang an“ ausgesprochen.

rechtlichen Konsequenzen getrennt worden ist“<sup>27</sup>. Gewarnt wurde vor der Vermengung moralisch-politischer und juristischer Aspekte in der politischen Praxis, die den Wert dieser Vereinbarung unterminieren würde<sup>28</sup>.

Hinter dieser Argumentation stand die generelle Einschätzung der „Volksgruppenführung“, daß die im Prager Vertrag ausgehandelten Bestimmungen „mehrdeutig, d. h. widersprüchlicher Auslegung zugänglich sind“ und dadurch in ihnen der „Keim zu neuem Zwist“ liegt<sup>29</sup>. Die Bilanz des Bundesvorstands der Sudetendeutschen Landsmannschaft: „Die Nichtigkeitsaussage in dem deutsch-tschechoslowakischen Vertrag muß daher als ‚formulierter Dissens‘ bezeichnet werden, der nicht im Sinne einer allgemeinen völkerrechtlichen Ordnung sein kann.“<sup>30</sup>

Die völkerrechtliche Perspektive läßt jedoch einen solchen Schluß nicht zu: die Einheitlichkeit der juristischen Kommentare diesbezüglich ist einleuchtend<sup>31</sup>. Die aus der Bezeichnung „offener Dissens“<sup>32</sup> gar abgeleitete Ungültigkeit des gesamten Vertragswerkes ist ebenso unhaltbar<sup>33</sup> wie die Kritik, daß sich der Prager Vertrag qua Mehrdeutigkeit einer ex-tunc-Interpretation des Münchener Abkommens angleiche und damit sudetendeutsche Rechtspositionen gefährde.

Daß beide Vertragspartner weiterhin an ihrer unterschiedlichen Rechtsauffassung festhielten, stellte ein anderes Problem dar<sup>34</sup>, das durch den Vertrag allerdings nicht gelöst werden konnte, da eine Einigung nicht möglich war. Die in der Kompromißlösung zum Ausdruck kommende Eindeutigkeit der Nichtigkeitsaussage wurde dadurch aber nicht beeinträchtigt.

Vgl. Mögliche Rechtsfolgen einer Nichtigkeitsklärung des Münchener Abkommens, von Anfang an. Hrsg. v. Sudetendeutscher Rat. München 1971, 8.

<sup>27</sup> E b e n d a 15.

<sup>28</sup> Explizit wurde an dieser Stelle auf eine Äußerung Scheels vom 20. Juni 1973 Bezug genommen. Bulletin Nr. 76, 761f.

<sup>29</sup> Beide Zitate aus dem Memorandum des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Siehe Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 13f.

<sup>30</sup> E b e n d a 16.

<sup>31</sup> So heißt es u. a. zusammenfassend bei W e i g a n d, Matthias: Der Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 11. Dezember 1973 – Eine völkerrechtliche Analyse. Frankfurt 1975, 45: „Im deutsch-tschechoslowakischen Vertrag klammerte man die gegensätzlichen Ansichten über den Zeitpunkt der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938 aus, einigte sich aber dafür über die in der Praxis bedeutsame Regelung der Konsequenzen aus einer Nichtigkeit. Die Bezeichnung als ‚formulierter Dissens‘ ist daher mißverständlich. Soweit es überhaupt zu einer Vereinbarung kam, war man in der Tat auch einer Meinung.“

<sup>32</sup> Siehe W i t t m a n n, Fritz: Das Abkommen mit Prag – eine tragbare Lösung für beide Seiten? Die Welt vom 26. 6. 1973.

<sup>33</sup> Vgl. W e i g a n d: Der Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen 73. Gleichlautend äußerte sich Otto K i m m i n i c h: „... , daß die Formulierung des Art. I rechtstechnisch einwandfrei ist“. Siehe D e r s.: Die Aussagen des Prager Vertrages zum Münchener Abkommen in völkerrechtlicher Sicht. Politische Studien. Sonderheft 1/1974. Bundesrepublik Deutschland – Tschechoslowakei. Beiträge und Dokumente zum Vertrag vom 11. Dezember 1973, 29.

<sup>34</sup> „Beide Seiten tragen für ‚ihre‘ Interpretation des Art. I des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens politisch das *Interpretationsrisiko*; es wird eine Frage des jeweiligen politischen Standvermögens sein, welche Auslegung sich endlich durchsetzen wird.“ (Hervorhebung im Original) In: B l u m e n w i t z, Dieter: Der Prager Vertrag. Eine Einführung

Letztendlich wurde also von beiden Vertragspartnern keine endgültige Lösung des rechtswissenschaftlichen Streitpunkts einer ex-tunc-Ungültigkeit angestrebt, sondern beabsichtigt, „eine tragfähige Formel für die Grundlage der künftigen Beziehungen zu finden. Jede objektive Analyse muß bestätigen, daß dies gelungen ist.“<sup>35</sup>

Mit den Bestimmungen in Art. II<sup>36</sup>, die immer im Zusammenhang mit Art. I gelesen werden müssen, war es der Bundesregierung zudem gelungen, die in Art. I formulierte „Nichtigkeit“ dahingehend einzuschränken, daß aus ihr keine nachteiligen Rechtsfolgen für die vertriebenen Sudetendeutschen entstehen konnten<sup>37</sup>. Damit behielten alle zwischen 1938 und 1945 im Sudetengebiet getätigten personalen Rechtsakte, wie z. B. Eheschließungen, Zivil- und Strafrechtsakte, ihre Gültigkeit. Außerdem konnte so die Ableistung von Dienst in der deutschen Wehrmacht von tschechoslowakischer Seite nicht als Kollaboration gewertet werden<sup>38</sup>.

Die Kritik der „Volksgruppenführung“ an den Vertragsbestimmungen von Art. I und Art. II litt damit grundsätzlich unter folgendem Mangel: der zwischen beiden Vertragspartnern ausgehandelte „Konsens über einen Dissens“<sup>39</sup>, die Einigung, daß man sich über die Frage der zeitbedingten Nichtigkeit des Münchener Abkommens nicht einig war, war eindeutig: der Einwand der „Volksgruppenführung“, der Prager Vertrag begünstige eine ex-tunc-Interpretation des Münchener Abkommens mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen<sup>40</sup>, war demnach nicht ausreichend begründet<sup>41</sup>. Die den Vertrag kennzeichnende Kompromißformel mit dem ihr innewohnen-

---

und Dokumentation zum Vertrag vom 11. Dezember 1973 unter besonderer Berücksichtigung des Münchener Abkommens und seiner Auswirkung auf Deutschland als Ganzes. Bonn 1985, 38.

<sup>35</sup> Kimminich: Die Aussagen des Prager Vertrages zum Münchener Abkommen 29.

<sup>36</sup> Art. II, Abs. 1, Satz 1 lautet: „Dieser Vertrag berührt nicht die Rechtswirkungen, die sich in bezug auf natürliche oder juristische Personen aus dem in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 9. Mai 1945 angewendeten Recht ergeben.“ BGBl. 1974 II 991.

<sup>37</sup> Siehe die Denkschrift der Bundesregierung zum Prager Vertrag 10f. Auch Weigand: Der Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen 69. Diese Auffassung bestätigte auch das Bundesverfassungsgericht in dem Beschluß des Ersten Senats vom 25. Januar 1977: „Der deutsch-tschechoslowakische Vertrag vom 11. Dezember 1973 regelt die allgemeinen politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik; grundrechtlich geschützte Rechtspositionen werden durch das Zustimmungsgesetz zu diesem Vertrag nicht betroffen.“ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 43 (1977) 203. Eine Dokumentation aller Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts zum Prager Vertrag in: Der Prager Vertrag vor dem Bundesverfassungsgericht. Hrsg. v. Benrather Kreis. Arbeitsgemeinschaft für Deutschland. Düsseldorf-München 1977 (Schriftenreihe des Benrather Kreises 2).

<sup>38</sup> Weigand: Der Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen 77.

<sup>39</sup> Kimminich, Otto: Der Prager Vertrag: Ein Markstein in den Ost-Westbeziehungen? In: Die böhmischen Länder zwischen Ost und West. Festschrift für Karl Bosl zum 75. Geburtstag. Hrsg. v. Ferdinand Seibt. München-Wien 1983, 346.

<sup>40</sup> Wie es insbesondere das Memorandum des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft darstellt. In: Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 16.

<sup>41</sup> Vgl. Kimminich: Die Beurteilung des Münchener Abkommens im Prager Vertrag und in der dazu veröffentlichten völkerwissenschaftlichen Literatur 152 und Raschhofer, Hermann/Kimminich, Otto: Die Sudetenfrage. Ihre völkerrechtliche Entwicklung vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. 2. Auflage. München 1988, 341. Dort hieß es weiter:

den Interpretationsrisiko in diesem Sinne einseitig zu kritisieren, ohne die Chancen einer künftigen besseren Verständigung zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik auch nur ansatzweise zu würdigen, fügte sich in das Muster ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung unter Bundeskanzler Brandt.

*Die historisch-politische Bewertung des Prager Vertrages*

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft von 1968 bis 1982, Walter Becher, kennzeichnete mit folgendem Hinweis dasjenige Feld der Kritik der „Volksgruppenführung“, dem sie die meiste Aufmerksamkeit gewidmet hat: „Der Prager Vertrag beruft sich ja auf historische Erkenntnisse. Wir kommen also nicht darum herum, uns auch über Geschichte zu unterhalten, und das kann und darf ja nicht einseitig geschehen.“<sup>42</sup>

Versteht man Geschichte im engeren Sinn nicht als etwas, das man als bloße Abfolge von Ereignissen zu begreifen hat, sondern als Darstellung einer eigentümlichen „Ordnung von Verständigungshandlungen“<sup>43</sup>, wird die Bedeutung für das Selbst- und Weltverständnis des Handelnden klar. Die Auseinandersetzung mit der Anschuldigung der „Volksgruppenführung“, die Bundesregierung habe „dem Partner ihrer Verträge größere historische Anteilnahme geschenkt als den von ihnen betroffenen Deutschen“<sup>44</sup>, ist deshalb interessant, weil dadurch der Blick auf das die Führung der politisch organisierten sudetendeutschen Institutionen prägende Geschichtsverständnis geschärft und so deren Urteil über den Prager Vertrag besser verständlich wird.

Sinn und Ziel des Vertrages war in erster Linie der Beginn einer praktischen Neuordnung des seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gestörten Nachbarschaftsverhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei und nicht die Ausräumung unterschiedlicher Beurteilungen beider Seiten hinsichtlich historischer Ereignisse seit 1938<sup>45</sup>. Die gemeinsame Vergangenheit wurde nur insoweit berücksichtigt, „als sie zur Erreichung eines praktischen Vertragsabschlusses herangezogen werden mußte“<sup>46</sup>. Konkret bedeutete das: in der Präambel wird von der „unheilvollen Vergangenheit“ in den gegenseitigen Beziehungen und den den europäischen Völkern im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg zugefügten Leiden gesprochen<sup>47</sup>. Die

---

„Alle Völkerrechtler, die den Vertrag analysierten, stimmten ihm zu und erklärten die Interpretationsschwierigkeiten für überwindbar.“ *E b e n d a* 345.

<sup>42</sup> So Becher in seiner Rede am 27. März 1974 im Deutschen Bundestag. In: *Der Prager Vertrag in den Parlamenten. Eine Dokumentation.* Hrsg. v. Sudetendeutscher Rat. München 1975, 35 (Mitteleuropäische Quellen und Dokumente 15).

<sup>43</sup> *W i e n b r u c h*, Ulrich: *Das bewußte Erleben. Ein systematischer Entwurf.* Würzburg 1993, 102.

<sup>44</sup> So Becher in seiner Rede auf dem 24. Sudetendeutschen Tag 1973 in München. *B e c h e r*, Walter: *Reden zum Sudetendeutschen Tag 1968–1979.* München 1979, 67.

<sup>45</sup> Darauf wies ausdrücklich Außenminister Scheel in seiner Rede zum Vertrag im Deutschen Bundestag am 27. März 1974 hin. *Bulletin* Nr. 42 vom 29. 3. 1974, 408.

<sup>46</sup> *E b e n d a*.

<sup>47</sup> *BGBI.* 1974 II 990.

Vertreibung der Sudetendeutschen wird im gesamten Vertragswerk nicht explizit erwähnt.

Die Kritik der „Volksgruppenführung“ entzündete sich genau an dem letztgenannten Punkt. Auf einer Pressekonferenz am Vorabend der Paraphierung des Prager Vertrages sprach Becher diesbezüglich von einem Vertrag „auf der Basis einer Geschichtslüge“<sup>48</sup>. Präzisiert hieß es dort: „Die Präambel des Vertrages, . . . , erhebt den Anspruch, . . . , der ‚unheilvollen Vergangenheit ein für allemal ein Ende zu machen‘. Sie erwähnt unter dieser Parole nur das Münchener Abkommen von 1938 und die Leiden des Zweiten Weltkrieges. Das ist zunächst einmal eine einseitige und daher unzulässige Auslegung der weiß Gott so tragödienreichen böhmischen Geschichte. Es hat weit in die Vergangenheit zurücklotende Ursachen. Wer sie, wie es in der Präambel geschieht, aussondert oder unterschlägt, betreibt Geschichtsklitterung und Geschichtsfälschung.“<sup>49</sup>

Ungeachtet eindeutiger Äußerungen der Bundesregierung zur Thematik der Vertreibung außerhalb des Vertragstextes<sup>50</sup>, blieb der Vorwurf der „Volksgruppenführung“, der Vertrag selbst sei aus historischer Perspektive durch die Nicht-Erwähnung der Vertreibung unausgewogen, zunächst bestehen. Aus diesem Vorwurf sprach in erster Linie die Angst, durch dieses Verschweigen sei das Anliegen nach Wiedergutmachung der Vertreibung gefährdet. Allerdings war an keiner Stelle des Wortlautes einschließlich der Präambelsätze 2 und 3 eine Legitimierung der Vertreibung formuliert: von einer „stillschweigenden Legalisierung der Vertreibung“<sup>51</sup> konnte ebenfalls nicht die Rede sein<sup>52</sup>.

Ebenso muß der Vorwurf formaler Einseitigkeit der Präambelformulierung, wegen der Nichterwähnung der Vertreibung, eingeschränkt werden, da die Bezug-

<sup>48</sup> Sudetendeutsche Zeitung (SdZ) vom 22. 6. 1973, 1.

<sup>49</sup> Aus der Rede des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft und CDU/CSU-Bundstagsabgeordneten Becher am 27. März 1974 im Deutschen Bundestag. In: Der Prager Vertrag in den Parlamenten 36.

<sup>50</sup> Bundeskanzler Willy Brandt sagte am Abend der Unterzeichnung des Prager Vertrages in einer Fernsehansprache: „. . . Der Vertrag, den wir heute unterzeichnet haben, sanktioniert nicht geschehenes Unrecht. Er bedeutet also auch nicht, daß wir Vertreibungen nachträglich legitimieren.“ Bulletin (Sonderausgabe) Nr. 163 vom 13. 12. 1973, 1637. Die Position der Bundesregierung zur Frage der Sudetendeutschen war in bezug auf deren Vertreibungsschicksal eindeutig: sie betrachtete die Vertreibung der Sudetendeutschen als Unrecht. Darauf hatte bereits der deutsche Delegationsleiter während der mehr als zweijährigen Gespräche und Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik, Paul Frank, in einem Briefwechsel mit dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Walter Becher, vom Juli/August 1973 hingewiesen, in dem Frank versicherte, daß die Bundesregierung in den Verhandlungen unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hatte, „daß sie die Vertreibung der Sudetendeutschen im Jahre 1945 nicht als rechtmäßig anerkannt hat und dies auch nicht durch diesen Vertrag tut“. Der Briefwechsel ist abgedruckt in: Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 28–34.

<sup>51</sup> So formuliert im Memorandum des Bundesvorstands der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 8. Juli 1973. In: Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 20.

<sup>52</sup> Die Präambel besitzt nur interpretatorischen und keinen operativen Charakter: im operativen Teil des Prager Vertrages (Art. I–VI) fehlte der Anschuldigung, der Vertrag legitimiere die Vertreibung, aber ebenfalls die Grundlage. Vergleiche Z ü n d o r f: Die Ostverträge 103.

nahme auf die „im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg“<sup>53</sup> verbundenen Leiden die Interpretation offenließ, daß damit auch die Vertreibung gemeint war.

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß der Prager Vertrag erst am Anfang neu-  
zuordnender Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik  
nach dem Zweiten Weltkrieg stand: er sollte und konnte nach Meinung der Bundes-  
regierung keine „amtliche Interpretation der Geschichte“ leisten, sondern ein prakti-  
sches Fundament legen, „um den Regierungen und den Menschen unserer beiden  
Länder die Chance zu einem Neubeginn“<sup>54</sup> zu ermöglichen<sup>55</sup>.

Der Einwand der „Volksgruppenführung“, der Vertrag sei historisch unausgewo-  
gen und „enthalte eine falsche Darstellung des geschichtlichen Ablaufs der Entwick-  
lung der Sudetenfrage“<sup>56</sup>, bezog sich aber nicht nur auf die Vertreibung. Auch die  
Ereignisse bei der Entstehung der Ersten Tschechoslowakischen Republik und deren  
Entwicklung seien unverständlicherweise verschwiegen worden: insbesondere die  
damit einhergehende Eingliederung der Deutschen, der ihre gesellschaftliche Benach-  
teiligung in der Zeit bis 1938 gefolgt sei, wurde von seiten der „Volksgruppenfüh-  
rung“ als verwerflich empfunden und als „Bruch des Selbstbestimmungsrechts an den  
Deutschen Böhmens, Mährens und Österreich-Schlesiens“<sup>57</sup> deklariert<sup>58</sup>.

Bei der Bewertung sudetendeutscher Mitgestaltung tschechoslowakischer Politik  
kam es zu Widersprüchen. Behauptete Becher in seiner Bundestagsrede vom 27. März  
1974 für alle sudetendeutschen Parteien die vorbehaltlose Ablehnung der nicht durch  
ein Plebiszit bewirkten Einbeziehung der Deutschen in Böhmen und Mähren in den  
tschechischen Nationalstaat<sup>59</sup>, sprach der Bundesvorstand der Sudetendeutschen  
Landsmannschaft in seinem Memorandum zum Prager Vertrag davon, daß „die sude-  
tendeutschen Parteien“ einen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen gesucht  
hätten<sup>60</sup>.

Beide Sichtweisen sind jedoch als einseitige Fehlinterpretationen zu kennzeichnen,  
da die deutschen Parteien in der Ersten Tschechoslowakischen Republik kein homo-  
genes System darstellten, wie allein schon die zeitweise Spaltung in staatsbejahende  
und zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereite (zu den sogenannten  
aktivistischen Parteien zählten der Bund der Landwirte, die Deutsche Christlich-  
soziale Volkspartei sowie die Sozialdemokraten)<sup>61</sup> und staatsverneinende Parteien (die

<sup>53</sup> Vgl. Abs. 2 der Präambel. In: BGBl. 1974 II 990.

<sup>54</sup> Für beide Zitate siehe die Rede Scheels am 27. März 1974 im Deutschen Bundestag. Bulletin  
Nr. 42, 408.

<sup>55</sup> Siehe auch Frank: Entschlüsselte Botschaft 346f.

<sup>56</sup> Siehe die Erklärung des Sudetendeutschen Rates vom 14. Juli 1973. In: Rechtsverwahrung  
der Sudetendeutschen 9.

<sup>57</sup> Becher: Reden zum Sudetendeutschen Tag 67.

<sup>58</sup> Diese Einschätzung Bechers deckte sich mit dem Memorandum des Bundesvorstandes der  
Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 8. Juli 1973 und der Erklärung des Sudetendeut-  
schen Rates vom 14. Juli 1973 zum Prager Vertrag. In: Rechtsverwahrung der Sudetendeut-  
schen 9–11.

<sup>59</sup> Der Prager Vertrag in den Parlamenten 36.

<sup>60</sup> Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 11.

<sup>61</sup> Zu den aktivistischen Strömungen Burian, Peter: Chancen und Grenzen des sudetendeut-

Deutschnationalen und die Nationalsozialisten) belegte<sup>62</sup>: von einem gemeinsamen Vorgehen „der sudetendeutschen Parteien“ konnte ab 1926 keine Rede sein<sup>63</sup>.

In den oben zitierten Bewertungen wurde das Verhältnis beider Gruppen auf einen politischen beziehungsweise nationalen Gegensatz von Tschechen und Deutschen reduziert und zudem die ausschließliche Verantwortung für das Mißlingen der Verständigung auf die tschechoslowakische Seite übertragen. Die Behauptung der „Volksgruppenführung“, daß den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht schuldhaft vorenthalten und sie im Zuge der Konstituierung der Ersten Tschechoslowakischen Republik als Nationalstaat gleichzeitig „zu einer Minderheit degradiert und auf weite Strecken dem Prozeß der Entnationalisierung“<sup>64</sup> ausgeliefert worden seien, muß jedoch korrigiert werden. Sicherlich haben die Sudetendeutschen die ihnen nach der Verfassung vom 29. Februar 1920<sup>65</sup> zustehenden nationalen Minderheitenrechte de facto nicht vollständig ausschöpfen dürfen; überhaupt weist ein Vergleich zwischen dem von der Ersten Tschechoslowakischen Republik am 10. September 1919 unterzeichneten Minderheitenschutzvertrag von St.-Germain<sup>66</sup> und den ihm entsprechenden Verfassungsbestimmungen etliche Einschränkungen, z. B. in der Frage des Sprachenrechtes, zuungunsten des sudetendeutschen Bevölkerungsteils auf<sup>67</sup>: die Erste Tschechoslowakische Republik als Nationalstaat und nicht als Nationalitätenstaat zu charakterisieren, besitzt durchaus Berechtigung<sup>68</sup>. Für eine gewaltsame Entnationalisierung im Sinne einer Assimilierung der deutschen Bevölkerung, die laut § 134 der tschechoslowakischen Verfassung unter Strafe gestellt war, gab es allerdings keine Anzeichen<sup>69</sup>.

---

schen Aktivismus. In: Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik. Hrsg. v. Karl B o s l. München-Wien 1969, 133–149. – L e m b e r g, Hans: Der deutsche Aktivismus in der Ersten Tschechoslowakischen Republik und sein letzter Versuch einer deutsch-tschechischen Verständigung. In: Letzter Versuch zum deutsch-tschechischen Ausgleich vor 50 Jahren. Hrsg. v. Seliger-Gemeinde. München o. J. 3–26 (Schriftenreihe der Seliger-Gemeinde).

<sup>62</sup> Zum Aktivismus-Negativismus-Schema einschließlich seiner Fragwürdigkeiten siehe u. a. J a w o r s k i, Rudolf: Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR. Stuttgart 1977, 179 ff.

<sup>63</sup> Zum Parteiensystem generell: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Hrsg. v. Karl B o s l. München-Wien 1979 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum).

<sup>64</sup> So der hinter beiden Argumentationslinien stehende Grundgedanke. B e c h e r, Walter: Treffen für das Recht. SdZ vom 8. 6. 1973, 1.

<sup>65</sup> Auszugsweise abgedruckt in Dokumente zur Sudetenfrage 146 ff. Siehe auch B u r i a n, Peter: Der neue Staat und seine Verfassung. In: Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa. Hrsg. v. Hans L e m b e r g und Peter H e u m o s. München 1993, 203–214 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum).

<sup>66</sup> Dokumente zur Sudetenfrage 138–143.

<sup>67</sup> Eine vergleichende Auflistung beider Texte e b e n d a.

<sup>68</sup> Dazu K u r a l, Václav: Die Tschechoslowakei als Nationalstaat? Das sudetendeutsche Problem. In: Das Scheitern der Verständigung 63 ff.

<sup>69</sup> Darauf verweisen B r ü g e l, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1918–1938. München 1967, 135 ff. und B u r i a n: Chancen und Grenzen des sudetendeutschen Aktivismus (Anm. 28).

Der Versuch der „Volksgruppenführung“ jedoch, bereits das mit der Entstehung der Ersten Tschechoslowakischen Republik verknüpfte Jahr 1918 als Zeitpunkt zu fixieren, von dem an eine Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen aufgrund unüberbrückbarer nationaler Interessengegensätze unmöglich erschien, verschwieg, daß die von 1926 bis 1935 an den Parlamentswahlen abzulesende Unterstützung der staatsbejahenden sudetendeutschen Parteien durch den überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung<sup>70</sup> auch eine Folge der Tatsache war, „daß die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei als Minderheit (bzw. Volksgruppe) im Vergleich mit den nationalen Minderheiten aller umliegenden Länder die relativ beste war“<sup>71</sup>.

Wegen der fehlenden Bereitschaft der tschechoslowakischen Regierung, einen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen zu suchen, habe das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 mit dem Anschluß des Sudetengebietes an das Deutsche Reich für die Sudetendeutschen die Verwirklichung des ihnen seit 1918 vorenthaltenen Rechts auf Selbstbestimmung dargestellt<sup>72</sup>: mit keinem einzigen Wort beschrieb die schriftlich fixierte Vertragsanalyse der „Volksgruppenführung“ in ihrer „Rechtsverwahrung“ das Münchener Abkommen als einen Akt der Gewalt. Indem das Durchführungsabkommen, dessen Inhalte bereits in einem zuvor erfolgten Notenwechsel zwischen Prag und Paris respektive London vereinbart worden waren, von seiner Genese abgekoppelt wurde, entzog sich nämlich die „Volksgruppenführung“ einer Erwähnung oder gar Verurteilung der Gewaltandrohung Hitlers sowie der Ausübung politischen Drucks auch von Italien, Frankreich und Großbritannien auf die Tschechoslowakei<sup>73</sup>.

Das Vier-Mächte-Abkommen ausschließlich als einen Akt der Selbstbestimmung auszulegen, mißachtete die entscheidende Gewichtung: das Abkommen blieb auch mit Rücksicht auf sein Zustandekommen ein „vorsätzlicher Angriff auf das bestehende Europa“<sup>74</sup> von Seiten Hitlers und damit ein Akt der Gewalt<sup>75</sup>. Dem Münchener

<sup>70</sup> Eine vergleichende Skizze zum zahlenmäßigen Wahlverhalten der Sudetendeutschen in der ČSR in: Dokumente zur Sudetenfrage 475.

<sup>71</sup> L e m b e r g, Hans: Deutsche und Tschechen – die nationalen und die staatlichen Beziehungen. In: Osteuropa und die Deutschen. Hrsg. v. Oskar A n w e i l e r, Eberhard R e i ß n e r und Karl-Heinz R u f f m a n n. Berlin 1990, 207 (Osteuropaforschung – Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde 25).

<sup>72</sup> Vgl. das Memorandum des Bundesvorstands der Sudetendeutschen Landsmannschaft. In: Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 11 f. und 14. Siehe auch die Erklärung der sudetendeutschen Abgeordneten im Deutschen Bundestag vom 20. Juni 1974. In: Der Prager Vertrag in den Parlamenten 166 ff. Besonders aufschlußreich in dieser Richtung sind auch die Ausführungen des damaligen Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Vgl. B ö h m, Franz: Petitionen an die UNO. SdZ vom 10. 8. 1973, 3.

<sup>73</sup> Zu allen Aspekten des Abkommens immer noch grundlegend C e l o v s k y, Boris: Das Münchener Abkommen 1938. Stuttgart 1958 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 3).

<sup>74</sup> E b e n d a 479.

<sup>75</sup> So lautete ein Kommentar des zeitgenössischen Völkerrechtlers Quincy Wright 1939 wie folgt: „Es mag sein, daß die Münchner Regelung materiell gerecht war. Aber dessen wird man niemals sicher sein, weil sie nicht in einem Verfahren gefunden wurde, das nach allgemeiner menschlicher Erfahrung zur Gerechtigkeit führt.“ Zitiert nach K i m m i n i c h: Die Beurteilung des Münchener Abkommens im Prager Vertrag 145.

Abkommen mit seinen staatspolitischen Folgen fehlten entscheidende Grundlagen politischer Selbstbestimmung: demokratische Freiheit und Selbstverwaltung.

Nicht zuletzt wurde mit dem Hinweis auf das Münchener Abkommen als einer Entsprechung des Prinzips sudetendeutscher Selbstbestimmung jeglicher sudetendeutscher politischer Widerstand gegen einen Anschluß an das Deutsche Reich verschwiegen<sup>76</sup>: so z. B., daß noch im September 1938 vom Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, Wenzel Jaksch, davor gewarnt worden war, „daß unser [sudetendeutsches – K. E. F.] Volk als Werkzeug imperialistischer Vorkriegsherrschaftspläne mißbraucht und in einen Abgrund der Vernichtung gestürzt wird“<sup>77</sup>.

Mit der Umschreibung einer einseitig von der tschechoslowakischen Regierung betriebenen nationalorientierten und ausgrenzenden Politik, die der Ausweglosigkeit sudetendeutscher Forderungen Vorschub leistete, verschwieg die Führung der sudetendeutschen politischen Institutionen zudem bewußt, daß Hitler die Forderung nach Selbstbestimmung überhaupt erst für seine Zwecke mißbrauchen konnte, als sich die Mehrheit der Sudetendeutschen seiner Politik vorbehaltlos unterwarf.

Mit dieser Argumentation sanktionierte die „Volksgruppenführung“ schließlich die Abtrennung der Sudetengebiete und deren unter Gewaltandrohung erfolgten Anschluß an das Deutsche Reich: die Forderung nach Selbstbestimmung wurde nachträglich auf eine Sezessionslösung reduziert.

Das sich an dieser Stelle des Urteils der „Volksgruppenführung“ zum Prager Vertrag offenbarende national verengte Geschichtsverständnis<sup>78</sup> wurde noch deutlicher durch die generalisierende Einschätzung der zentralen politischen Gremien der Sude-

<sup>76</sup> Zum sudetendeutschen Widerstand siehe Grünwald, Leopold: Der Sudetendeutsche Widerstand gegen Hitler (1938–1945). In: Sudetendeutsche – Opfer und Täter. Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts und ihre Folgen 1918–1982. Hrsg. v. Leopold Grünwald. Wien 1983, 41–69.

<sup>77</sup> Abgedruckt in: Dokumente zur Sudetenfrage 223f. Der frühere britische Außenminister Anthony Eden äußerte sich in einer Unterhausrede am 3. Oktober 1938 dazu wie folgt: „Es kann keinen Zweifel geben, daß sich unter den Sudetendeutschen eine sehr beträchtliche Minderheit befindet, welche die Union mit dem Reich nicht wünscht. Deshalb glaube ich, daß wir mit einiger Zurückhaltung zugeben müssen, daß die Münchner Vorschläge, was immer sie sein mögen, keine Selbstbestimmung sind.“ Zitiert nach Heide Meyer, Wolfgang: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Zur Geschichte und Bedeutung eines internationalen Prinzips in Praxis und Lehre von den Anfängen bis zu den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen. Paderborn 1973, 103.

<sup>78</sup> Eugen Lemberg war es, der bereits in den fünfziger Jahren auf verschiedene Grundprobleme des sudetendeutschen Geschichtsbildes nach der Vertreibung aufmerksam gemacht hatte. Lemberg kritisierte bereits 1954 in einem Vortrag die Enge eines Geschichtsbewußtseins, das sich u. a. durch die „unverhältnismäßige Hervorhebung der Volkszugehörigkeit und des Volksbewußtseins“ auszeichne und dabei überwiegend, unter Verzicht auf eine zusammenhängende Sichtweise, eigene, deutsche Leistungen thematisiere. Er beklagte vor allen Dingen den „defensiven Charakter“ eines Geschichtsverständnisses, das ausschließlich der Rechtfertigung und Verteidigung der eigenen Existenz diene, und stellte schließlich die berechtigte Frage, ob die vertriebenen Sudetendeutschen nach 1945 mit einem aus dem Volkstumskampf der Ersten Tschechoslowakischen Republik tradierten Geschichtsbild weiterarbeiten könnten, „als wäre nichts geschehen“. Vgl. Lemberg, Eugen: Das Geschichtsbewußtsein der Sudetendeutschen. In: Die Sudetendeutsche Frage. Entstehung, Entwicklung und Lösungsversuche 1918–1973. Analysen und Dokumente. Hrsg. v. Wolfgang Götz. Mainz 1974, 133 ff.

tendeutschen in bezug auf die historische Position der sudetendeutschen „Volksgruppe“ im deutsch-tschechischen Kontext. Im Zusammenhang mit dem Prager Vertrag thematisiert, fiel sie ebenso knapp wie eindeutig aus: „Im Lichte dieser Erfahrungen [der Vertreibung – K. E. F.] haben die Sudetendeutschen erkennen müssen, daß sie ebenso wie 1918/19, 1938 und 1945 nur Objekt machtpolitischer Ziele der Großmächte waren.“<sup>79</sup>

Der Ursprung dieser Erklärungsversuche liegt in den oben erwähnten Stellen der Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Wiederholt und ergänzt wurde diese Grundüberzeugung in den sechziger Jahren, als der Sudetendeutsche Rat in einer Stellungnahme vom 7. Mai 1961 die Überzeugung äußerte, daß die Sudetendeutschen 1938 „ebenso nur Objekt der Politik der Großmächte wie am Ende des Ersten Weltkrieges“<sup>80</sup> gewesen seien. Was besagt eine solche einseitige Akzentuierung des Objekt-Charakters ihrer geschichtlichen Existenz? Sie unterschlägt ihren subjektiven Gehalt: mit dieser Interpretation gab die „Volksgruppenführung“ eigene Handlungs- und Verantwortungsfähigkeit preis und verzichtete auf eine kritische Selbstvergewisserung.

An einer einzigen Stelle in allen untersuchten Aussagen der „Volksgruppenführung“ zum Prager Vertrag wurde eine Unterstützung der nationalsozialistischen Politik durch Sudetendeutsche, wenn auch sehr stark eingegrenzt, angedeutet. In dem Memorandum des Bundesvorstandes der Landsmannschaft vom 8. Juli 1973 hieß es: „Ferner sind die Sudetendeutschen, die mit dem nationalsozialistischen Regime bei der Verfolgung des tschechoslowakischen politischen Widerstandes in rechtswidriger Weise gemeinsame Sache gemacht haben, entweder bereits bestraft worden oder unterliegen noch heute der ordentlichen Strafverfolgung...“<sup>81</sup>

Unabhängig von der Richtigkeit dieser Feststellung beschränkten sich die Ausführungen aber auf die Zeit nach der Besetzung des westlichen Teils der Tschechoslowakei im März 1939. Die vorangegangene sudetendeutsche Unterstützung der Anschlußpolitik Hitlers wurde nicht erwähnt. Auch auf die Tatsache, daß Flucht und Vertreibung aus der Tschechoslowakei nicht erst 1945, sondern bereits 1938 für Tschechen, Sozialdemokraten, Juden und weitere Verfolgte ein kennzeichnendes Merkmal war<sup>82</sup>, wurde nirgends verwiesen.

Festzustellen bleibt, daß die „Volksgruppenführung“ zu keiner angemessenen, d. h. abgestuften historischen Betrachtung dieses Themas fähig war, wo doch als gemeinsamer Nenner auch verschiedener Lesarten der geschilderten Ereignisse folgende Ein-

<sup>79</sup> Vgl. das Memorandum des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 8. Juli 1973. In: Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 12. An anderer Stelle hieß es: „Die Sudetendeutschen wollen nach 1919, 1938 und 1945 nicht noch einmal Objekt von Regelungen sein, die das Schicksal der Volksgruppe betreffen.“ So der Wortlaut eines von Walter Becher in seiner Rede auf dem 24. Sudetendeutschen Tag 1973 vorgetragenen Appells der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 9. Juni 1973. In: Reden zum Sudetendeutschen Tag 68.

<sup>80</sup> Abgedruckt in Dokumente zur Sudetenfrage 346.

<sup>81</sup> Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 14.

<sup>82</sup> Vgl. L e m b e r g: Deutsche und Tschechen – die nationalen und die staatlichen Beziehungen 217 und S o e l l, Hartmut: Deutsche Sozialdemokratie und Sudetendeutsche Frage. In: Die Sudetendeutsche Frage 99.

schätzung akzeptiert werden muß: „In der Tat wird man hier differenzieren müssen und die Einrückenden wie die Deserteure sehen, die nach dem Münchner Abkommen Hitler zujubelnden Sudetendeutschen ebenso wie diejenigen, die flohen, verfolgt, ins KZ gesteckt wurden. Auch hier sind weder Verdikte der kollektiven Schuld zu fällen, noch Freibriefe der kollektiven Unschuld auszustellen.“<sup>83</sup> Unter den Sudetendeutschen gab es eben Opfer *und* Täter. Das Selbstverständnis der „Volksgruppe“ definierte der Sprecher der Landsmannschaft, Walter Becher, in der Diskussion um den Prager Vertrag aber ausschließlich als „Leidens- und Erlebnisgemeinschaft“<sup>84</sup>.

Durch die Konzentration auf das prägende Erlebnis der Vertreibung und die Verdrängung möglicher eigener, immer im Einzelfall zu bemessender Schuld, entzog sich die „Volksgruppenführung“ der notwendigen Diskussion um ihre Mitverantwortlichkeit.

Im Hinblick auf die Neuordnung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen im Zuge des Prager Vertrages schufen die Verengung des geschichtlichen Blickwinkels auf die nationalen Auseinandersetzungen in der Zeit des Volkstumskampfes von 1918–1938 und das Ausklammern eigener Verantwortung an der Unterstützung oder Duldung des Hitler-Regimes eine denkbar schlechte Voraussetzung: Trennendes, nicht Gemeinsames zwischen Deutschen und Tschechen als Grundlage des historischen Selbstverständnisses wurde betont.

*Das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht als letzte  
Grundlage sudetendeutscher Ansprüche?*

In bezug auf das Heimatrecht als Teil des Selbstbestimmungsrechts hatte Eugen Lemberg, sudetendeutscher Wissenschaftler und von 1955–1959 Mitglied des Sudetendeutschen Rates, bereits 1965 die Problematik des Begriffs und seiner inhaltlichen Deutung beschrieben:

Das zwingt uns [die Sudetendeutschen – K. E. F.] klar zu unterscheiden zwischen dem Heimatrecht als rechtlichem und sittlichem Grundsatz, den es für die Menschheit durchzukämpfen gilt auf der einen, und einer sinnlosen Restauration von Besitzverhältnissen, für die keine Voraussetzungen mehr bestehen, auf der anderen Seite: Recht ja, Restauration nein! . . . Wir müssen lernen für etwas zu kämpfen, was uns selbst nicht den geringsten Vorteil einbringt, also eben für das Heimatrecht nicht als die Möglichkeit unserer Rückkehr, sondern als ein im Katalog der Menschenrechte und im Gewissen der Menschheit zu verankerndes Recht, in dem Ordnungsgefüge zu wohnen und zu bleiben, das wir Heimat nennen – selbst wenn dieses Recht nur dadurch zum anerkannten Menschenrecht werden könnte, daß wir für uns persönlich darauf verzichten<sup>85</sup>.

<sup>83</sup> Lemberg: „München 1938“ 154.

<sup>84</sup> Becher, Walter: Vor neuen Aufgaben. Politische Studien. Sonderheft 1/1974. Bundesrepublik Deutschland – Tschechoslowakei. Beiträge und Dokumente zum Vertrag vom 11. Dezember 1973, 60.

<sup>85</sup> Lemberg, Eugen: Zwanzig Jahre nach der Vertreibung. In: Zwanzig Jahre danach. Besinnung und Ausblick. Hrsg. v. Ackermann-Gemeinde. München 1966, 25 (Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde 21).

Wie bestimmte die „Volksgruppenführung“ nun den so erläuterten Begriff im Kontext des Prager Vertrages: als Kampf um Besitzverhältnisse oder als Kampf um ein Menschenrecht ohne eigene Ansprüche auf das Heimatgebiet? Walter Becher verglich die geistige und politische Situation zu Beginn der siebziger Jahre in Deutschland mit derjenigen nach dem Zweiten Weltkrieg:

Wir stehen heute vor einer ähnlichen Situation wie nach 1945. In einer Zeit, deren geistige und politische Grundlagen ins Wanken kommen, hilft nur das Bekenntnis zu den Grundprinzipien. Das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf die Heimat sind daher wie damals die Grundlagen unserer heimatpolitischen Arbeit. Alle Gruppen des Sudetendeutschums bekennen sich mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft dazu, daß jedwedes Gebiet, somit auch das Sudetenland, unabhängig von seiner völkerrechtlichen Zugehörigkeit zu übergeordneten Staatsverbänden, den Menschen gehört, die es urbar machten, besiedelten und seit Jahrhunderten rechtens bewohnten<sup>86</sup>.

Dieses Zitat gibt in eindrucksvoller Weise einen konkreten Hinweis auf die Funktion des Selbstbestimmungsrechts und des Rechts auf die Heimat für die „Volksgruppenführung“: sie dienten ihr als grundlegende Stützen bei dem Versuch der Begründung territorialer Ansprüche auf das alte Heimatgebiet.

Wie interpretierte die Leitung der „Volksgruppenführung“ ihre Rechtsgrundlage im Zusammenhang mit dem Prager Vertrag? In den für die „Volksgruppe“ verbindlichen Stellungnahmen ihrer zentralen politischen Gremien wurde hervorgehoben, daß der Prager Vertrag diese Rechte nicht berühre<sup>87</sup>. Von entscheidender Bedeutung war für die „Volksgruppenführung“, daß sie bei der Beratung des Prager Vertrages nicht beteiligt wurde<sup>88</sup>. Als Resultat dieser Überlegung fühlte sie sich an die Abmachungen des Vertrages nicht gebunden und blieb „in ihren Entschlüssen zur friedlichen Verwirklichung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts ohne Rücksicht auf den Inhalt irgendwelcher ohne sie abgeschlossener Verträge völlig frei“<sup>89</sup>.

Der Vertrag widerspreche zudem den „universalen Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit“<sup>90</sup>. Die obersten „Volksgruppengremien“ beriefen sich also ausdrücklich auf eine Form des überpositiven Rechts, das unabhängig von jeglichen Arten vertraglich festgelegter Vereinbarungen gültig sei. Der Sprecher der Sudetendeutschen, Walter Becher, führte auf dem 25. Sudetendeutschen Tag im Juni 1974 in Nürnberg eine Erklärung für die Haltung der „Volksgruppenführung“ an:

Wenn die Regierungen [gemeint sind die verschiedenen Kabinette der Jahre 1969–1974 – K. E. F.] indes die ursprünglich gemeinsamen Prinzipien unserer Politik, das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf die Heimat, in entscheidenden Punkten verließen, sind es nicht

<sup>86</sup> So Becher in der Eröffnungsrede zur Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 26. Juni 1971. Siehe SdZ vom 2. 7. 1971, 1.

<sup>87</sup> Vgl. die Erklärung des Sudetendeutschen Rats vom 14. Juli 1973. In: Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 8.

<sup>88</sup> So das Memorandum des Bundesvorstands der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 8. Juli 1973. In: E b e n d a 11.

<sup>89</sup> Vgl. die Erklärung der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 14. Juli 1973. E b e n d a 10.

<sup>90</sup> E b e n d a .

wir, die Ost- und Sudetendeutschen, die sich gewandelt haben. Die politischen Kräfte, die hinter der neuen Ostpolitik stehen, haben sich gewandelt und den Graben aufgerissen, der heute – ... – zwischen uns und ihnen klafft“<sup>91</sup>.

Dieser Aspekt der Kritik verdient eine genauere Betrachtung. Der Vorwurf, die Bundesregierung habe in entscheidenden Punkten die Rechtsgrundlage der „Volksgruppe“ verlassen, führt nämlich auf die entscheidende Frage, was konkret mit der Berufung auf die Menschenrechte assoziiert wurde.

In seiner Bundestagsrede vom 19. Juni 1974 anlässlich der 2. Lesung des Prager Vertrages nahm das Bundesvorstandsmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Unionsmitglied, Fritz Wittmann, genau zu diesem Punkt Stellung:

Wir wollen in eine freie Heimat, was nicht heißt – ... –, daß wir Territorialansprüche erheben. Das Recht auf die Heimat hat nichts mit Grenzen und Territorialansprüchen zu tun – ... –, sondern mit der auch in den UN-Pakten [gemeint ist der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 – K.E.F.] anerkannten Freizügigkeit ... Auch das Selbstbestimmungsrecht ist nicht ein Lösungsrecht allein, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung eines Volkes und einer Volksgruppe auch in bestehenden Grenzen<sup>92</sup>.

Stellt man diese Aussage in einen Zusammenhang mit den entsprechenden Passagen in den sogenannten „20 Punkten des Sudetendeutschen Rates vom 15. Januar 1961“<sup>93</sup>, auf die sich die Stellungnahmen der „Volksgruppenführung“ zum Prager Vertrag ausdrücklich stützten<sup>94</sup> und § 3b) der Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft<sup>95</sup>, läßt sich die eingangs erwähnte Frage eindeutig beantworten. Danach ist das Recht auf die Heimat aus ihrem Verständnis heraus nicht gleichzusetzen mit dem Ruf nach Grenzveränderungen im Sinne von *direkten* Gebietsforderungen. Allerdings zeigte der offen ausgesprochene Wunsch nach Rückkehr in die ehemaligen Heimatgebiete, der mit dem Recht auf die Heimat verbunden wurde, den rückwärtsgewandten

<sup>91</sup> B e c h e r: Reden zum Sudetendeutschen Tag 77.

<sup>92</sup> Der Prager Vertrag in den Parlamenten 114.

<sup>93</sup> Darin hieß es: „14. Unsere politischen Bestrebungen gründen sich auf das Recht auf die Heimat und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Rahmen einer europäischen Integration, und zwar unabhängig von dem umstrittenen Münchner Abkommen von 1938. 15. Wir bekennen uns sowohl zu dem naturrechtlichen Anspruch jedes Menschen auf unbehelligte Ansässigkeit an seinem rechtmäßigen Wohnsitz als auch zu dem Recht der Völker und der ethnischen, rassischen und religiösen Gruppen auf unbehelligte Ansässigkeit in ihren angestammten Siedlungsgebieten (Recht auf die Heimat). In unserem Fall verstehen wir darunter das Recht der sudetendeutschen Volksgruppe auf Rückkehr in ihre angestammte Heimat und auf ein ungestörtes Leben daselbst in freier Selbstbestimmung ... 16. Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht als dem Recht der Völker und Volksgruppen, ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Status frei zu bestimmen. Über das Schicksal der Sudetendeutschen und ihres Territoriums darf daher nur mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung verfügt werden.“ Abgedruckt in: Dokumente zur Sudetenfrage 348.

<sup>94</sup> Siehe das Memorandum der Landsmannschaft vom 8.7.1973. In: Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 12.

<sup>95</sup> Zweck der Landsmannschaft ist es danach, „den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen“. Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Bundesverband e.V. Neuauflage. Hrsg. von der Sudetendeutschen Landsmannschaft. München 1967.

Charakter ihres Rechtsverständnisses. Von einem Kampf für die Verwirklichung von Menschenrechten ohne Gedanken an die Restauration von alten Besitzständen, wie er von Eugen Lemberg als sinnvolle Aufgabe friedensschaffender Politik bezeichnet worden war, kann also nicht gesprochen werden.

### *Die Reaktion der Gesinnungsgemeinschaften*

Die Haltung der drei Gesinnungsgemeinschaften war entsprechend ihrer unterschiedlichen politischen Ausrichtung differenziert. Während bei der Ackermann-Gemeinde unterschiedliche Akzente bei der Bewertung der Vertragsresultate zutage traten und insgesamt von einer zurückhaltenden Auseinandersetzung über die erzielten Ergebnisse des Prager Vertrages gesprochen werden kann, bildeten die Vertragsinterpretationen der beiden anderen Gruppierungen, besonders in ihrer jeweiligen inhaltlichen Eindeutigkeit, Polarisationspunkte.

Die Haltung der Ackermann-Gemeinde zur Ostpolitik der Bundesregierung war weder einseitig positiv, noch implizierte sie eine national orientierte Ablehnung derselben. Ihr Hauptaugenmerk lag auf dem Prinzip der über den politischen Bereich hinausreichenden Sektor der Versöhnung zwischen dem tschechischen und dem deutschen Volk<sup>96</sup>. Auf einer Tagung ihres Führungskreises Anfang Februar 1973 wiederholte der Bundesvorsitzende, Josef Stingl, daß die Sudetendeutschen über die Art und Weise der Verhandlungen zwischen Bonn und Prag keinen Grund zur Klage gehabt hätten, da im Vergleich zu den Verträgen von Moskau und Warschau die Frage der Grenzen bereits klar geregelt war<sup>97</sup>. Auf dem 17. Bundestreffen der Ackermann-Gemeinde vom 1. bis 6. August 1973 in Regensburg kritisierte Stingl jedoch besonders die Aussparung des Themas der Vertreibung im Prager Vertrag und gelangte zu der generellen Einschätzung, daß der Vertrag in seiner Bedeutung nicht über diplomatische Verbesserungen im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis hinausgehen werde<sup>98</sup>.

Die Seliger-Gemeinde nahm, was die Bewertung der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel anging, einen grundsätzlich anderen Standpunkt als die „Volksgruppenführung“ ein und entwickelte eine Haltung, die spezifisch sudetendeutsche Interessen mit der neuen Außenpolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu verbinden suchte. Bereits während des Verhandlungszeitraums des Prager Vertrages übten Vertreter der Seliger-Gemeinde zum Teil scharfe Kritik an der Politik der Vertriebenenverbände zur Zeit der SPD/FDP-Koalition<sup>99</sup>. Die Auseinandersetzung

<sup>96</sup> Vgl. dazu grundlegend Nittner, Ernst: Die Ackermann-Gemeinde – Bilanz und Auftrag. München 1978 (beiträge 1 – Kleine Reihe des Institutum Bohemicum). Siehe außerdem Hilf, Rudolf: Wie soll es weitergehen? Mitteilungsblatt der Ackermann-Gemeinde Folge 1 vom Januar 1973, 2–4.

<sup>97</sup> Vergleiche den Tagungsbericht von Slapnicka, Harry: Kein Platz für Resignation. Mitteilungsblatt der Ackermann-Gemeinde Folge 3 vom März 1973, 1.

<sup>98</sup> Siehe Mitteilungsblatt der Ackermann-Gemeinde Folge 10 vom Oktober 1973, 8.

<sup>99</sup> Exemplarisch folgendes Zitat: „Nichts aber ist verwerflicher als der Versuch, das Leid von Millionen und die Aufputschung nationalistischer Ressentiments ins politische Kalkül zu ziehen ... Beide Herren [Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen, und Becher – K. E. F.]

zwischen Seliger-Gemeinde und Landsmannschaft spitzte sich seit Jahresbeginn 1972 auffallend zu<sup>100</sup> und kulminierte schließlich in einer Alternativklärung der sozialdemokratischen Vertreter des Sudetendeutschen Rates zu dessen mit den Stimmen der CDU/CSU-Mitglieder angenommenen Erklärung vom 14. Juli 1973<sup>101</sup>. Der schließlich gebilligten Erklärung vermochten die sozialdemokratischen Mitglieder des Rates nicht zuzustimmen, weil diese ihrer Ansicht nach „in Form und Inhalt nicht den wahren Interessen der Sudetendeutschen entspricht“<sup>102</sup>.

In dem abgelehnten Entwurf der SPD-Abgeordneten des Sudetendeutschen Rates hatte es geheißen, daß der Prager Vertrag für die Sudetendeutschen „ein Schlußstrich unter eine Entwicklung, in der sie dann vom nationalsozialistischen Regime Deutschlands in einen Krieg hineingezogen wurden“<sup>103</sup>, sei. Weiterhin wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß der in die Zukunft gerichtete Vertrag ein tragbares Element neuzugestaltender Beziehungen zwischen beiden Staaten darstelle und einen Beitrag zur europäischen Friedensordnung liefere<sup>104</sup>. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten allerdings nicht gegen den Mehrheitsbeschluß, sondern enthielten sich der Stimme, um der Landsmannschaft keine Gelegenheit zu geben, ihnen ein mangelndes Bekenntnis zu Begriffen wie Heimat- und Selbstbestimmungsrecht zu unterstellen<sup>105</sup>.

Zwei Aspekte verdienen an dieser Stelle festgehalten zu werden. Erstens, daß es innerhalb der „Volksgruppenorganisation“ durchaus eine Strömung gab, die dem Urteil ihrer politischen Führung widersprach. Und zweitens, daß diese Strömung nicht stark genug war, eigene Vorstellungen mehrheitsfähig werden zu lassen.

Schon im Vorfeld des Prager Vertrages hatte sich der Witikobund vehement gegen die Ostpolitik der Bundesregierung ausgesprochen. Wie beurteilte er das Abkommen in seiner offiziellen Stellungnahme? Auf seiner Jahreshauptversammlung am 6. Oktober 1973 in Ingolstadt wurden neben der Beschwörung der kommunistischen Weltgefahr vornehmlich die Nichterwähnung der Vertreibung und Enteignung der Sudeten-

---

sprechen zwar vom Geist der Partnerschaft, sie berufen sich auf eine europäische Gesinnung und sie bekunden ihren Willen auch zur Aussöhnung und Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn, aber in ihrem praktischen Verhalten ist von alledem nichts zu spüren, weil unselige Geister der Vergangenheit beschworen und Illusionen erweckt werden. Vokabeln wie Verzichtspolitik, Ausverkauf deutscher Interessen und Preisgabe nationaler Belange kommen allzuleicht von den Lippen.“ Die Brücke Nr. 32 vom 8. 8. 1970.

<sup>100</sup> Die Beobachtung der entsprechenden Jahrgänge 1970–1973 der Sudetendeutschen Zeitung und der Brücke sind in dieser Richtung eindeutig. Eine Protestentschließung der Seliger-Gemeinde gegen die Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft belegt das augenfällig. Die Brücke Nr. 21 vom 13. 5. 1972, 1.

<sup>101</sup> Der Alternativentwurf ist wiedergegeben in Rechtsverwahrung der Sudetendeutschen 26f. und in Dokumente zur Sudetenfrage 385. Vgl. auch den folgenden Essay des Bundestagsabgeordneten und Vorstandsmitglieds der Seliger-Gemeinde Dietz, Hans: Der Prager Vertrag und die Sudetendeutschen. Stuttgart 1974 (Schriftenreihe der Seliger-Gemeinde).

<sup>102</sup> So der Bundesvorsitzende der Seliger-Gemeinde, Hasenöhr, in einer Rede am 14. Juli 1973. Die Brücke Nr. 30 vom 28. 7. 1973, 3.

<sup>103</sup> Dokumente zur Sudetenfrage 385.

<sup>104</sup> E b e n d a .

<sup>105</sup> Vgl. K r e u t z m a n n, Heinz: Falschmünzerei. Die Brücke Nr. 32 vom 11. 8. 1973, 3. Zur Stimmbastinenz siehe auch R e h m, Martin: Stimmenthaltung bei Sudetendeutschen. Süddeutsche Zeitung vom 16. 7. 1973.

deutschen im Prager Vertrag und das Verwenden von doppeldeutigen Begriffen sowie die Konstruktion von historischen Entstellungen beklagt<sup>106</sup>. Auffallend ist bei diesen Verlautbarungen vor allem die inhaltliche Kongruenz der historisch-politischen Bewertung des Prager Vertrages von Witikobund und „Volksgruppenführung“<sup>107</sup>, die sich nicht zuletzt durch personelle Verknüpfungen zwischen beiden Organisationen erklären lassen<sup>108</sup>.

Zudem offenbarte sich in ihrer Ablehnung der Ergebnisse des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei, die wesentliche Aspekte des Vertragswerks, wie die Abwendung negativer Rechtsfolgen für die Sudetendeutschen in Art. II, ausblendete, eine einseitige wie verkürzende Interpretation. Des weiteren weist sie auf ein Demokratieverständnis hin, das in sich widersprüchlich ist: da von einer Diskriminierung der Sudetendeutschen im Prager Vertrag keine Rede sein konnte, weil die sudetendeutschen Gremien während der Verhandlungen unterrichtet und befragt worden waren, gleichzeitig aber ein ausschlaggebendes Kennzeichen demokratischer Entscheidungen, der Mehrheitsbeschluß, verunglimpft wurde, läßt sich die Haltung des Witikobundes hier nur als anti-demokratisch klassifizieren.

Die von Vertretern des Witikobundes im Zusammenhang mit dem Prager Vertrag geführte Diskussion der Vorgänge, die zum Münchener Abkommen führten, gipfelte in einer Argumentation, die schließlich die fortbestehende Gültigkeit seiner territorialen Ergebnisse unterstellte<sup>109</sup>. Die Beurteilung des Münchener Abkommens als legitimes Mittel der Politik zur Durchsetzung territorial-revisionistischer Ansprüche sanktionierte damit die Gewaltpolitik Hitlers. Damit erlaubte sie einen Blick auf die Bedeutung der Auseinandersetzung um den Prager Vertrag: sie wurde vom Witikobund zur Verwirklichung territorialer Ansprüche funktionalisiert.

Daß nicht alle politischen Kräfte der „Volksgruppenorganisation“ diese Haltung mitgestalteten, ist ein wichtiges Ergebnis der Analyse der Beurteilung des Prager Vertrags durch die Gesinnungsgemeinschaften. Die von der „Volksgruppenführung“ propagierte Vorstellung der Einheit aller politischen sudetendeutschen Organisationen muß deshalb revidiert beziehungsweise eingeschränkt werden: das Bild von „den sudetendeutschen Politikern“ verdient eine ebenso kritische wie differenzierte Beachtung.

#### *Der Nachbarschaftsvertrag von 1992: die Möglichkeit eines Neuanfangs*

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Bewertungen des Prager Vertrags fällt auf, daß sich eine Metapher zu seiner Charakterisierung eingepreßt hat, die in abgewan-

<sup>106</sup> Siehe Witiko-Brief Folge 10 vom Oktober 1973, 6.

<sup>107</sup> Siehe SdZ vom 12. 10. 1973, 3.

<sup>108</sup> Neben Sprecher Walter Becher und Walter Brand waren weitere hochrangige Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft Mitglieder des Witikobundes: u. a. Sepp und Egon Schwarz sowie Erich Maier.

<sup>109</sup> „Da das Münchener Abkommen völkerrechtlich gültig zu Stande kam, kann die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich-...-weder 1973 noch in Zukunft in Frage gestellt werden. ... Annexion und Vertreibung von 1945 sind völkerrechtswidrig und wiedergutzumachen.“ Schürch, Roland: Das Territorialproblem des Prager Vertrages. Witiko-Brief Folge 2 vom Februar 1974, 3.

delter Form häufig verwendet wurde: für den tschechoslowakischen Außenminister Bohuslav Chňoupek war er ein „Grundstein für die Normalisierung der Beziehungen zwischen zwei Staaten in Mitteleuropa“<sup>110</sup>, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher deutete ihn als „Grenzstein zwischen Vergangenheit und Zukunft“<sup>111</sup>; für andere war er ein „Pflasterstein“<sup>112</sup> auf dem Weg in eine gemeinsame Zukunft oder ein „Schlußstein“<sup>113</sup> der bilateralen Ostpolitik der Bundesregierung.

Daß der Prager Vertrag vom 11. Dezember 1973 im weitesten Sinne ein „Eckstein“<sup>114</sup> des zukünftigen Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei war, zeigte sich fast zwanzig Jahre später im „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“<sup>115</sup> vom 27. Februar 1992, der in Absatz 8 der Präambel den Prager Vertrag ausdrücklich bestätigte<sup>116</sup>.

Die Vorgeschichte des Nachbarschaftsvertrages weist in dem schwierigen Prozeß seines Zustandekommens daraufhin, daß fast 20 Jahre nach Abschluß des Prager Vertrages noch längst kein entspanntes Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei<sup>117</sup> entstanden war. Dabei schien zunächst die weltpolitische Wende der Jahre 1989/90 mit positiven Auswirkungen auf das zwischenstaatliche Klima eine grundsätzliche Verbesserung der historisch belasteten Beziehung erreichen zu können. Den gegenseitigen Staatsbesuchen der Präsidenten Václav Havel und Richard von Weizsäcker zu Beginn des Jahres 1990 in München beziehungsweise Prag war dank ihrer Einfühlsamkeit für die Problematik des deutsch-tschechischen Verhältnisses eine neue Qualität abzulesen: das offene Bekenntnis begangener Untaten und der unbedingte Wille zur Versöhnung beider Nationen in einem geeinten Europa<sup>118</sup>. Doch die Anfang 1991 begonnenen insgesamt fünf Verhandlungsrunden wurden immer wieder von Phasen der Kommunikationslosigkeit unterbrochen. Der Grund hierfür war die in der tschechischen und deutschen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem geplanten Vertragswerk einsetzende Auseinandersetzung um die „klassischen“ Themen des beiderseitigen Verhältnisses: „München 1938“, die Protektorats-

<sup>110</sup> So Chňoupek beim Austausch der Ratifikationsurkunden des Prager Vertrages am 19. Juli 1974 in Bonn. Archiv der Gegenwart vom 21. 7. 1974, 18832.

<sup>111</sup> Genscher in einer Rede bei gleicher Gelegenheit, e b e n d a .

<sup>112</sup> Kimminich: Der Prager Vertrag 348.

<sup>113</sup> Wagner: Der Prager Vertrag als Schlußstein der bilateralen Ostpolitik 63.

<sup>114</sup> Seibt: Deutschland und die Tschechen 400.

<sup>115</sup> Vgl. das Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. In: BGBl. 1992 II 462–473.

<sup>116</sup> E b e n d a 463. Siehe dazu auch O s c h l i e s , Wolf: Ehe Nachbarschaft zur Nähe wird. Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag in deutscher, tschechischer und slowakischer Sicht. Köln 1991 (Berichte des Bundesinstituts für wissenschaftliche und internationale Studien 60).

<sup>117</sup> Der Begriff „Tschechoslowakei“ wird der Einfachheit halber auch als Kennzeichnung für das unter einer neuen offiziellen Bezeichnung existierende Staatsgebilde verwendet.

<sup>118</sup> Bulletin Nr. 36 vom 17. 3. 1990, 278–280.

zeit, die Vertreibung und schließlich die von sudetendeutscher Seite geforderte Wiedergutmachung dafür<sup>119</sup>.

Auf der Hauptkundgebung des 42. Sudetendeutschen Tages Pfingsten 1991 in Nürnberg beschrieb der Sprecher der Landsmannschaft, Franz Neubauer, ausführlich die Vorstellungen der „Volksgruppenführung“. Er plädierte im Rahmen der geforderten Wiedergutmachung erlittenen Unrechts im einzelnen für die Aufhebung der Beneš-Dekrete durch die Tschechoslowakei, die Verwirklichung des Rechtes auf Heimat für die Sudetendeutschen und die Anerkennung ihres im Zuge der Vertreibung verletzten Eigentumsrechts<sup>120</sup>. Neubauer betonte, daß die Sudetendeutschen damit nichts Unmögliches verlangen würden und keine unerfüllbaren Forderungen stellten<sup>121</sup>. Er knüpfte mit dieser Stellungnahme inhaltlich an seine Erklärung vor der Presse in Prag im April 1991 an, in welcher er darüber hinaus für ein zukünftiges Klima des Vertrauens zwischen Tschechen und Deutschen und die Beendigung ihrer nationalen Auseinandersetzungen warb, um die „historische Chance“ der Verständigung zu nutzen<sup>122</sup>.

Zu fragen bleibt jedoch, warum die Führung der politisch organisierten Sudetendeutschen in der Erkenntnis, daß beide Seiten zur Verwirklichung dieser Chance Zeit brauchten, den Neuanfang der gegenseitigen Beziehungen beider Länder mit ihren Forderungen wiederum derartig belasteten: erleichterte man den Verhandlungspartnern des zu knüpfenden Vertragswerks damit ihre schwierige Aufgabe? Unabhängig davon, inwieweit diese Forderungen berechtigt waren, handelte es sich um Maximalforderungen aus sudetendeutscher Perspektive. Damit vernachlässigte sie nicht nur ein Eingehen auf tschechische Bewußtseinslagen, sondern verhinderte einen vorerst bedingungslosen Dialog, in dessen Verlauf alle problematischen Themen hätten erörtert werden können. Die Voraussetzung dafür, die kritische Prüfung des eigenen historischen Selbstverständnisses, fand ebenso wie in der Diskussion um den Prager Vertrag von 1973 nicht statt.

Die unterschiedliche historische Sichtweise zwischen der tschechischen Regierung und der Sudetendeutschen Landsmannschaft wird exemplarisch deutlich an einem Briefwechsel zwischen dem Pressesprecher des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Petr Pithart, Petr Příklad, und dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Neubauer, vom Mai/Juli 1991<sup>123</sup>. Während Neubauer darin besonders den Zeitraum von 1918 bis 1945 anspricht und dabei lediglich den Objektcharakter des sudetendeutschen Geschichtsbewußtseins hervorhebt<sup>124</sup>, beklagt Příklad genau die-

<sup>119</sup> Vgl. u. a. Neue Zürcher Zeitung vom 17. 7. 1991; 14. 9. 1991; 4. 10. 1991. Die Reaktion der tschechischen Seite bis zur Paraphierung des Nachbarschaftsvertrages ist zusammenfassend dokumentiert in: Die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen in der ČSFR. Hrsg. v. Johann-Gottfried-Herder-Institut. Marburg an der Lahn 1991 (Dokumentation Ostmitteleuropa – 17/1991, 5/6).

<sup>120</sup> Vgl. SdZ vom 24. 5. 1991, 2.

<sup>121</sup> E b e n d a .

<sup>122</sup> SdZ vom 3. 5. 1991, 1.

<sup>123</sup> Der Briefwechsel ist abgedruckt in SdZ vom 26. 7. 1991, 1.

<sup>124</sup> Zu den Folgen dieses unhaltbaren, mit der Reaktion der „Volksgruppenführung“ von 1973 identischen Argumentationsmusters vergleiche den Abschnitt ‚Die historisch-politische Bewertung des Prager Vertrages‘.

sen Umstand und erklärt, daß in der tschechischen Öffentlichkeit der Periode von 1938 bis 1945 mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird<sup>125</sup>. Neben einer Wiederholung bereits bekannter Positionen ist Neubauers einziger neuer Vorschlag die Bildung einer sudetendeutsch-tschechischen Kommission zur Lösung der gemeinsamen Probleme, der von Příklad mit dem Verweis auf die bereits seit Juni 1990 tagende deutsch-tschechoslowakische Historikerkommission abgelehnt wird<sup>126</sup>.

Aufschlußreich ist dieser Briefwechsel deshalb, weil er die mit den Standpunkten in der Betrachtung der Vergangenheit zusammenhängenden Probleme verdeutlicht: beide Seiten blendeten nicht nur gewisse Teile der Geschichte aus, sie legten ihr Schwergewicht bei der jeweiligen Bewertung zudem auf unterschiedliche Aspekte. Zu einer vorurteilsfreien Annäherung konnten sie nicht gelangen, da eine Aufrechnung historischer Ereignisse immer kontraproduktiv wirkt. Das zeigt auch die Analyse des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der von den Außenministern der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei, Genscher und Dienstbier, am 7. Oktober 1991 in Prag paraphiert wurde.

Neben der Nennung vieler in die Zukunft gerichteter Einzelaspekte bestätigt der Nachbarschaftsvertrag in der Präambel den Prager Vertrag von 1973 und übernimmt auch dessen umstrittene Formel hinsichtlich der Nichtigkeit des Münchener Abkommens. Erstmals ausdrücklich vertraglich erwähnt und verurteilt wird die Tatsache der Vertreibung der Sudetendeutschen. Außerdem wird festgestellt, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört habe<sup>127</sup>.

Während der Nachbarschaftsvertrag die Problematik des Münchener Abkommens und seiner Folgewirkungen also wiederum bewußt ausklammert, ist die Erwähnung der Vertreibung als Fortschritt in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu bewerten, weil die tschechoslowakische Seite damit zum erstenmal offiziell ein bis dahin von ihr weitgehend tabuisiertes Thema aufgriff. Die Behauptung einer Kontinuität des tschechoslowakischen Staates seit 1918 muß allerdings in Frage gestellt werden: die staatliche Existenz der Slowakei von 1939 bis 1945, mag sie durch die Protektion Hitlers auch noch so fragwürdig sein, zu verleugnen, widerspricht der allgemein akzeptierten historischen Auffassung<sup>128</sup>.

Bereits eine Woche vor der Paraphierung des Nachbarschaftsvertrages nahm die

<sup>125</sup> SdZ vom 3.5.1991, 2.

<sup>126</sup> E b e n d a. Die Historikerkommission, die sich explizit als unabhängiges wissenschaftliches Gremium ohne politische Vorgaben versteht, bildet einen unverzichtbaren Eckpunkt des deutsch-tschechischen Verständigungsprozesses. Ohne konkret auf die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie den tschechischen Reaktionen darauf einzugehen, benennt und bewertet sie in differenzierter Weise die historischen Abläufe und Strukturen des (sudeten-)deutsch-tschechischen Verhältnisses. Eine thesenartige Zusammenfassung ihrer Arbeitsergebnisse sowie eine Publikationsliste in *Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert*. Hrsg. v. d. Gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission. München 1996. Die Kommission ist in Artikel 27 Bestandteil des Nachbarschaftsvertrages geworden. BGBl. 1992 II 470.

<sup>127</sup> E b e n d a 463.

<sup>128</sup> Vgl. Seibt, Ferdinand: *Versäumte Gelegenheiten. Tschechen, Deutsche und Slowaken*. Merkur 48/12 (1994) 1068.

Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu dem ihr bis dahin bekannten Vertragstext Stellung. In einer eindeutig ablehnenden Erklärung beklagte sie grundsätzlich die Ausklammerung entscheidender sudetendeutsch-tschechischer Probleme: die Aufhebung der Beneš-Dekrete, die Wiedergutmachung der Vertreibung, eine Regelung der Eigentumsrechte der Sudetendeutschen und die Verwirklichung ihres Heimatrechts<sup>129</sup>.

Der Sprecher der Landsmannschaft, Neubauer, begründete diese Ablehnung in einer Rede auf der oben erwähnten Bundesversammlung, wobei er zunächst die aus seiner Sicht positiven Aspekte des Vertragswerks hervorhob: daß es sich um keinen historischen „Schlußstrich“ handle, der Minderheitenschutz verankert sei und in einem beigefügten Briefwechsel festgestellt werde, daß die vermögensrechtlichen Fragen offengehalten würden. Die Schattenseiten bestanden seiner Meinung nach darin, daß wesentliche Bereiche der sudetendeutschen Frage, das Heimatrecht der Sudetendeutschen, die Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen sowie die Frage des sudetendeutschen Eigentums im Vertragswerk, weder erwähnt würden noch eine für die Sudetendeutschen befriedigende Lösung gefunden hätten<sup>130</sup>. Bei dem Vertrag mit Prag handelte es sich nach Ansicht Neubauers um „eine verpaßte Chance“<sup>131</sup> des Neuanfangs im Verhältnis beider Staaten.

Zwar hat Neubauer im Gegensatz zu seinem Vorgänger im Amt des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Becher, auch im Umfeld des Nachbarschaftsvertrags betont, daß alle zukünftigen Regelungen nicht zu Lasten der Tschechoslowakei gehen dürften<sup>132</sup>. Die Erwartungshaltung von sudetendeutscher Seite an einen Vertrag mit der ersten demokratischen tschechoslowakischen Regierung nach dem Ende der kommunistischen Diktatur war aber zu hoch gegriffen, weil sie einseitig ausfiel, indem sie ähnlich wie in der Auseinandersetzung um den Prager Vertrag von 1973 unter weitgehender Ausblendung beziehungsweise Mißachtung tschechischer politischer und rechtlicher Vorbehalte eigene Forderungen derart in den Mittelpunkt ihrer Politik stellte, daß die Gesprächsebene mit dem Gegenüber unnötig belastet wurde<sup>133</sup>. Außerdem gelang es dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum wiederholten Male nicht, einen konkreten Hinweis auf die Sudetendeutschen als „Subjekt der Geschichte“ zu geben.

Komplettiert wurde die Kritik der „Volksgruppenführung“ durch die Erklärung des Sudetendeutschen Rates vom 7. Dezember 1991, der darin allerdings die positiven

<sup>129</sup> SdZ vom 4. 10. 1991, 1.

<sup>130</sup> E b e n d a 3.

<sup>131</sup> So Neubauer in einer Stellungnahme nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages. Vgl. SdZ vom 6. 3. 1992, 1. Ähnlich äußerte sich Neubauer auf dem 43. Sudetendeutschen Tag in München 1992, wo er den Vertrag mit Prag als „Vertrag der verpaßten Chancen“ charakterisierte. SdZ vom 12. 6. 1992, 1.

<sup>132</sup> So im erwähnten Briefwechsel zwischen ihm und Přihoda.

<sup>133</sup> Richtungsweisend hieß es auf der 10. Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Januar 1992, daß politisch wirksame Forderungen gebündelt werden müßten, „Forderungen, die an die ČSFR und ihre politischen Verantwortungsträger, an die Bundesrepublik als Obhutsmacht, an den Freistaat Bayern als Schirmherrn und an unsere Volksgruppe und an alle Landsleute selbst gestellt werden müssen.“ So der neugewählte Präsident der Bundesversammlung, Hans Schling, in seiner Antrittsrede. SdZ vom 24. 1. 1992, 1.

Aspekte des Nachbarschaftsvertrags deutlicher hervorhob als die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Nicht auf radikale Ablehnung des Vertrages ausgerichtet, jedoch Ergänzungen erwartend, die sudetendeutschen Ansprüchen wie der Verwirklichung des Heimatrechts Genüge tun, gelang es dem 30köpfigen Gremium eine im Gegensatz zur Landsmannschaft abgestufte Erklärung zu formulieren, ohne jedoch den bisherigen Rahmen der Kritik der „Volksgruppenführung“ zu verlassen<sup>134</sup>.

Als einzige der drei Gesinnungsgemeinschaften lehnte der national orientierte Witikobund den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag konsequent ab. Schon im Laufe der Vertragsverhandlungen wurden in seiner Mitglieiderzeitschrift territorial-revisionistische Forderungen laut, die von zum Teil eindeutig neo-faschistischen Parolen begleitet wurden und in der Konsequenz darauf hinausliefen, daß das Sudetenland den Sudetendeutschen als ihr Heimatland zurückgegeben werden müsse<sup>135</sup>. Ohne auf diese unhaltbaren wie gefährlichen Thesen weiter einzugehen, sei angemerkt, daß der Witikobund bei seiner Ablehnung des Nachbarschaftsvertrages in denselben Denkschemata verharrte, wie zwanzig Jahre zuvor bei seiner Ablehnung des Prager Vertrages 1973<sup>136</sup>.

In einer gemeinsamen Erklärung der Ackermann- und der Seliger-Gemeinde gelangten dagegen die beiden anderen Gesinnungsgemeinschaften zu einer positiven Beurteilung des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens<sup>137</sup>. Die von den beiden Bundesvorsitzenden, Herbert Werner und Volkmar Gabert, abgegebene Mitteilung interpretiert sowohl die Erwähnung der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte als auch die Betonung der Notwendigkeit europäischer Lösungen der anstehenden Zukunftsprobleme im Nachbarschaftsvertrag mit Zustimmung<sup>138</sup>: „Sicher erfüllt der Vertrag weder auf deutscher noch auf tschechischer Seite alle in ihn gesetzten Hoffnungen und Erwartungen. Der Vertrag schafft aber in allen Bereichen des Verhältnisses der beiden Staaten und Völker neue Perspektiven für eine zukünftig bessere Zusammenarbeit [. . .] Wir bejahen den Vertrag als eine Chance, zu engerer

<sup>134</sup> Die Erklärung ist abgedruckt in einem Sammelwerk, das die Nachbarschaftsverträge verzeichnet, die die Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung mit ihren östlichen Nachbarn schloß: Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1991/92. Die deutschen Nachbarschaftsverträge. Bearbeitet von Hans Viktor Böttcher und Christof Dahm. Hrsg. v. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Bonn 1993, 259f.

<sup>135</sup> Vgl. Hochfelder, Harry: Über die Ziele sudetendeutscher Politik. Witiko-Brief Folge 1/1991, 1. Dort heißt es weiter: „Das deutsche Volk ist wie in seiner ganzen Majestät wiedererstanden, wie ein Phoenix aus der Asche. Was immer Hitler dem deutschen Namen an Bösem angeheftet hat, verblaßt heute angesichts der ungeheuren Leistungen der Deutschen auf materiellem wie auf geistigem und moralischem Gebiet seit 1945.“

<sup>136</sup> Vgl. u. a. Witiko-Brief Folge 4/1991, 6; Folge 5/1991, 3; Folge 1/1992, 1–7.

<sup>137</sup> Erwähnt sei an dieser Stelle auch eine im Zusammenhang mit der Diskussion um den Nachbarschaftsvertrag formulierte gemeinsame Erklärung sudetendeutscher und tschechischer Christen zur deutsch-tschechischen Nachbarschaft zum Jahreswechsel 1991/92, die sich gemeinsam an Deutsche und Tschechen wandte, „damit nicht eine historische Chance [der Völkerverständigung – K. E. F.] vertan wird“. Mitteilungsblatt der Ackermann-Gemeinde Folge 1 vom Januar/Februar 1992, 2f.

<sup>138</sup> Die Brücke Nr. 11 vom 15. 11. 1991, 3.

Zusammenarbeit und zu einer tieferen Verständigung sowie zu einer zukünftigen Lösung noch offener Fragen zu gelangen.“<sup>139</sup>

Mit dieser Erklärung kamen die Vertreter beider Gesinnungsgemeinschaften der Intention der Bundesregierung nahe, die sich als Ziel gesetzt hatte, die gemeinsamen Fragen „in einem zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestmöglichen Sinne zu regeln“, ohne „mit einer Politik des Alles-oder-Nichts“ eine Zukunftschance zu verspielen<sup>140</sup>.

Diese Aussage Bundesaußenminister Genschers muß auch vor dem Hintergrund des einzigen ernststen Konflikts zwischen den Vertragspartnern gesehen werden, der während der Ratifizierung des Vertrags in Prag entstand. Der sogenannte „Motivenbericht“ der tschechoslowakischen Regierung vom 6. März 1992<sup>141</sup> entfachte die Diskussion um das Vertragswerk auch und vor allem unter den Sudetendeutschen, die sich weder mit der im Motivenbericht aufrechterhaltenen Interpretation des Münchener Abkommens als ungültig von Anfang an, noch mit der Bewertung der Vertreibung als eines legitimen Aktes, ausgenommen der Vertreibungsverbrechen, einverstanden erklären konnten<sup>142</sup>.

Sicherlich kann die Argumentation der tschechoslowakischen Regierung aufgrund ihrer Unhaltbarkeit, besonders im Hinblick auf die Bewertung der Vertreibung, kritisiert werden. Die Bundesregierung hat jedoch immer wieder klargestellt, daß sie diese Sichtweise ihres Vertragspartners, die ihrer eigenen diametral entgegensteht, weder akzeptiert noch billigt<sup>143</sup>. Gleichzeitig kann als Fazit ihrer Überlegungen zum Vertrag mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik folgende Einschätzung angeführt werden, die Außenminister Genscher in der oben zitierten Rede am 6. Mai 1992 im Deutschen Bundestag hielt: „... wir wollen die kritischen Fragen, die in unserer, aber auch in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Vertrag gestellt wurden, nicht übersehen. Alles das macht uns bewußt, wieviel noch aufgearbeitet werden muß. Das bleibt eine Herausforderung für die Zukunft. Wir wollen nicht vergessen, daß erst eine kurze Frist vergangen ist, seit wir wieder offen und frei über wesentliche Fragen unserer bilateralen Beziehungen reden können. Vor uns liegt die wichtige Phase der Verwirklichung der Vertragsbestimmungen.“<sup>144</sup>

Die Bewertung der zentralen historischen Ereignisse der gemeinsamen deutsch-tschechoslowakischen Geschichte durch die Signatare des Nachbarschaftsvertrages

<sup>139</sup> E b e n d a.

<sup>140</sup> So äußerte sich der deutsche Außenminister Genscher bei der ersten Beratung des Gesetzesentwurfs zum Nachbarschaftsvertrag im Deutschen Bundestag. In: Materialien zu Deutschlandfragen 140.

<sup>141</sup> Regierungsvorschlag Nr. 1373 an die Föderalversammlung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik. Abgedruckt e b e n d a 178–182.

<sup>142</sup> Der Bericht spielte eine wichtige Rolle in den Bundestagsdebatten über die Ratifizierung des Nachbarschaftsvertrages. Vgl. e b e n d a 139 ff. – Zur Reaktion der „Volksgruppenführung“ vgl. SdZ vom 24. 4. 1992, 1 ff. – Zusammenfassend beschrieb der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Neubauer, diese Kritik in einem Schreiben vom 14. 4. 1992 an Bundeskanzler Kohl. In: Materialien zu Deutschlandfragen 259 f.

<sup>143</sup> Vgl. u. a. die Denkschrift der Bundesregierung zum Vertrag. In Auszügen dokumentiert in e b e n d a 123–128.

<sup>144</sup> E b e n d a 141.

kann gegenüber dem Prager Vertrag von 1973 insgesamt als Fortschritt bezeichnet werden, womit der Prozeß der Verständigung zwischen beiden Nachbarn einen weiteren Anstoß erhalten hat, dem zusätzliche Schritte folgen müssen, damit die in ihn gesetzten Hoffnungen besser erfüllt werden als diejenigen der siebziger und achtziger Jahre<sup>145</sup>.

Die vorschnelle Klassifizierung des 1992 abgeschlossenen Vertrages als eines Dokuments verpaßter Chancen weist keinen gangbaren Weg in die sicher noch problembeladene deutsch-tschechische Zukunft: indem eigene Forderungen in den Vordergrund des aufkeimenden Verständigungsprozesses zwischen Deutschen und Tschechen plaziert wurden, äußerte sich die Führung der politisch organisierten Sudetendeutschen in einer Weise, die dem Adressaten dieser Forderungen den notwendigen Handlungs- und Gedankenspielraum einengte. Außerdem verpaßte die „Volksgruppenführung“ wie schon 1973 die Möglichkeit zur kritischen Selbstprüfung ihres Geschichtsverständnisses.

Mit Ausnahme des Witikobundes bildeten dagegen die beiden anderen Gesinnungsgemeinschaften, die Seliger-Gemeinde und die Ackermann-Gemeinde, ein Korrektiv zu den Vorstellungen der „Volksgruppenführung“, da sie die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen vorrangig unter dem Aspekt des vertrauensvollen Aufeinanderzugehens betrachteten und umzusetzen versuchten, ohne dabei eigene Interessen zu vernachlässigen.

Zur Verbesserung der deutsch-tschechischen Beziehungen bedarf es vielfältiger Anstrengungen, sowohl auf zwischenstaatlicher als auch auf der Ebene der Beziehungen zwischen beiden Nationen, wozu auch der Dialog zwischen Tschechen und Sudetendeutschen notwendig ist. Bei beiden Verträgen zwischen Bonn und Prag handelte es sich um den Versuch, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Ausgestaltung einer neuzugestaltenden Nachbarschaft einen Anfang findet: diese Versuche kann man im Detail mit Zustimmung und Kritik begleiten. Die Vertragsinhalte mitsamt ihren Kompromißformulierungen als verpaßte Chancen zu bezeichnen, unterschätzt die aus den historisch belasteten deutsch-tschechischen Beziehungen resultierenden Schwierigkeiten des gemeinsamen Annäherungsprozesses und mißachtet die Bedeutung kleiner, in die Zukunft weisender Schritte.

---

<sup>145</sup> Auch nach der Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung vom 21. Januar 1997, die eine neue Qualität in der Benennung und Beurteilung der seit jeher strittigen Ereignisse aufweist, bleibt abzuwarten, welche Formen der Ausgestaltung das gegenseitige Verhältnis in Zukunft annehmen wird: die Möglichkeiten eines offeneren Aufeinanderzugehens sind aber augenscheinlich gewachsen. Vergleiche u. a. D o l e ž a l, Bohumil: Und sie existieren doch. Süddeutsche Zeitung Nr. 16 vom 21. 1. 1997, 11. Zum Wortlaut der Erklärung siehe Auswärtiges Amt: Mitteilungen für die Presse Nr. 1175/96 vom 20. Dezember 1996.

## DAS GROSSMÄHRISCHE REICH: ZWEI NEUE STUDIEN

Von Markus Osterrieder

Wie kaum ein anderes Kapitel aus der Geschichte des 9. Jahrhunderts erhitzen Aufstieg und Untergang des sogenannten „Großmährischen Reiches“ noch heute die Gemüter nicht nur etwa der Fachwissenschaft, sondern auch derjenigen Menschen, die aktiv an der politischen Gestaltung des ostmittel- und südosteuropäischen Raums beteiligt sind. So wurde die angenommene Existenz dieses „Großmährisches Reichs“ auf dem Boden Mährens und der Slowakei nach 1918 und erneut nach 1948 bekanntlich fester Bestandteil der staatstragenden Ideologie des Tschechoslowakismus; „Großmähren“ war nach dieser Interpretation der erste „tschechoslowakische Staat“. Die Ausgrabungen, die in den fünfziger und sechziger Jahren vor allem im Marchtal unternommen wurden, schienen die vorherrschende Sichtweise unwiderlegbar zu bestätigen. Gegen Ende der sechziger Jahre publizierte dann der amerikanische Mediävist ungarischer Abstammung István Bóba einige Arbeiten, insbesondere die Monographie *Moravia's History Reconsidered* (1971), die alle bis dato bestehenden Gewißheiten nachhaltig erschütterten. Bóba denunzierte die „Tschechoslowakisierung“ der Geschichte des Moravischen Reichs, der Personen- und Ortsnamen, und versuchte den Nachweis zu erbringen, daß dieses Reich in seinen Kerngebieten gar nicht im heutigen Mähren, sondern südlich der Donau, auf dem Boden des heutigen Slavonien und Bosnien, lokalisiert war. Bóba konnte nachweisen, daß in den Quellen nicht nur von einem *regnum* der Moraver die Rede ist, sondern sowohl in lateinischen wie auch slavischen Quellen von einer *civitas* Morava; diese identifizierte er mit Sirmium an der Save. Das Herrschaftsgebiet des Neffen von Rastislav, Sventopulk (*regnum Zuentibaldi* in den Annales Fuldenes zu 869), glaubte er südlich der Save im Tal der Drina ansiedeln zu müssen. Erst 890 seien das heutige Böhmen und Mähren kurzfristig unter die Kontrolle Sventopulks gefallen, der damals also von Bosnien bis Böhmen regiert haben soll.

Die Diskussion um die von Bóba aufgeworfenen Fragen ist seitdem nicht mehr verstummt, – ja sie ist oftmals zu einem regelrechten Glaubenskrieg ausgeartet. Ein Teil der Wissenschaftler, insbesondere tschechischer, slowakischer, polnischer und österreichischer Herkunft, lehnte die Thesen Bobas schroff ab; ein anderer Teil, vor allem aus Ungarn, dem südslavischen Raum, aber auch aus Österreich, schloß sich dem „Revisionismus“ mehr oder weniger vollständig an. Nahezu zeitgleich sind nun zwei umfangreiche Studien erschienen, die, auf Bóba aufbauend, die Argumente zugunsten einer südslavischen Lokalisierung des Moravischen Reichs zu stärken versuchen<sup>1</sup>. Die beiden Verfasser, C. R. Bowlus und M. Eggers, tauschten ihre Ergebnisse unter-

<sup>1</sup> Bowlus, Charles R.: *Moravians and Magyars. The Struggle for the Middle Danube, 788–907*. University of Pennsylvania Press, Philadelphia 1995, 420 S., 6 Tabellen und Eggers, Martin: *Das „Großmährische Reich“ – Realität oder Fiktion? Eine Neuinterpretation der*

einander aus, wodurch sich beide Arbeiten mit Einschränkungen ergänzen (vgl. Eggers S. 2).

Das Buch des amerikanischen Mediävisten Charles R. Bowlus konzentriert sich auf den Problemkreis der karolingischen Herrschaftsausweitung und -festigung in den südöstlichen Grenzmarken nach 800, wobei allen Fragen der Kriegsführung und Logistik besonderes Augenmerk geschenkt wird. Bowlus hat einige seiner Thesen bereits in einer Reihe von Aufsätzen vorgelegt. Ihm zufolge bauten die ostfränkischen Herrscher eine militärische Infrastruktur auf, die der Kontrolle der Wasserwege im mittleren Donauraum, vor allem in den Mündungsgebieten von Save, Drau, Drina, Theiß und Donau, dienen sollte. Alle wichtigen Feldzüge gegen die Moraver/Moravljane und ihr Reich seien von Orten ausgegangen, die auf militärische Schläge in Richtung Südosten deuten, wo sich in der Gegend von Sirmium das Zentrum des Moravischen Reichs befunden haben soll. Deshalb habe sich Karantänien zur wichtigsten der fränkischen Grenzmarken entwickelt. Nach dem Versuch einer Rekonstruktion des organisatorischen Aufbaus der Marken in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts analysiert Bowlus die häufigen ostfränkisch-moravischen Kriege. Er zeigt, wie am Ende des 9. Jahrhunderts schließlich alle Versuche der Franken, das pannonische Tiefland zu sichern, unter dem Ansturm der Magyaren scheiterten; letzterem fiel auch das Moravische Reich zum Opfer. Ein letztes, höchst interessantes Kapitel ist der *Marcher Society at the End of the Carolingian Era* gewidmet; hier versucht der Verfasser nachzuweisen, daß auch die Geschlechter der Wilhelminer und Witagowonen trotz ihrer Besitzungen im heutigen Ober- und Niederösterreich engstens in die Geschehnisse in Karantänien und damit im Südosten verwickelt waren. Bezüglich der Frage einer Lokalisierung Moraviens, die im Rahmen der Thematik nur einen – wenn auch wichtigen – Teilaspekt bildet, folgt Bowlus im wesentlichen den Schlußfolgerungen von Boba: Moraviens Kerngebiet, der Herrschaftsbereich von Moimar I. und Rastislav, sei in der Gegend im Sirmium zu suchen, im Mündungsgebiet von Drau, Donau, Theiß und Save, d. h. in der heutigen Vojvodina. Da das Schwergewicht der Untersuchung von Bowlus auf der Militärgeschichte liegt, stützt er sich in der Hauptsache auf fränkische Quellen: Chroniken, Annalen und Urkunden. Hier liegen die Vorzüge und Schwächen des Buches. Denn der gesamte Komplex der slavischen Quellen wird nur marginal mit einbezogen, meist unter Berufung auf Arbeiten Bobas und des Slavisten Horace G. Lunt.

Sehr viel umfassender, nahezu enzyklopädisch sind die Quellen in dem Buch von Martin Eggers erschlossen, in dem nur ein Teil seiner 1991 in München eingereichten, ca. 1500 Seiten zählenden Dissertation zum Druck gelangte. In ihr steht die Untersuchung der mit dem „Moravischen Reich“ verknüpften Fragen und Probleme im Mittelpunkt. Eggers würdigt zwar die Rolle István Bobas als „Ikonoklast“ liebgewonnener Mythen und Denkmuster, steht jedoch dessen Forschungsergebnissen durchaus kritisch gegenüber und versucht sie in zahlreichen Punkten zu korrigieren. Anders als Boba und auch Bowlus lokalisiert Eggers das Kerngebiet des ‚Moravischen Reiches‘ und des südslavischen Stammesverbandes der Moravljane, das Herrschafts-

---

Quellen zur Geschichte des mittleren Donauraumes im 9. Jahrhundert. Anton Hiersemann Stuttgart 1995, 525 S., 22 Karten (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 40).

gebiet Rastislavs *nördlich* der Donau-Drau-Linie, und zwar im Mündungsgebiet der Mureş/Máros in die Theiß; die Residenz ‚Moravia‘ vermutet er nahe der heutigen rumänischen Stadt Cenad/Czanád, da diese Lokalität in Quellen aus dem 11./12. Jahrhundert (Lambert von Hersfeld, Vita maior S. Gerhardi) als *civitas Marouwa* oder *urbs Morisena*, später als Maroswar/Marosvár erscheint (S. 152 ff.). Die Moravljänen hätten ein von den Franken in den Avarenkriegen errichtetes Erdwallsystem übernommen, das sich in Überresten vom Donauknie nördlich von Budapest über Siebenbürgen bis zur Einmündung der serbischen Morava in die Donau erstreckt, und dieses als Nord- und Ostgrenze ihres Reiches zusätzlich befestigt. Es sei dies jenes *ineffabilem Rastizi munitionem et omnibus antiquissimis dissimilem*, von dem in den Fuldaer Annalen 869 die Rede ist (S. 174). Das Teilreich (*regnum*) von Sventopulk hingegen sei vor 870 *südlich* der Donau-Drau-Linie, auf dem Boden des heutigen Bosnien, zu suchen. Beide Herrschaftsbereiche seien unter Sventopulk 870/71 vereinigt worden. Wie bei Bowlus werden auch bei Eggers die kulturellen und kirchenpolitischen Aspekte des Problems weitgehend ausgeklammert; Eggers verweist mehrmals auf die noch unveröffentlichten Teile seiner Dissertation, die der Rezensent nicht einsehen konnte; die darin enthaltene Aufarbeitung des kyrillomethodianischen Komplexes soll, so der Verfasser, als gesonderte Monographie erscheinen<sup>2</sup>.

Obwohl die beiden Studien von Bowlus und Eggers einige neue Gesichtspunkte enthalten, welche die Infragestellung der herkömmlichen Lokalisierung des „Großmährischen Reiches“ durchaus bestärken, gelingt es beiden Verfassern nicht, alle sich aus den Quellen selbst ergebende Widersprüche aus dem Weg zu räumen. Aus der Vielzahl der weiterhin ungelösten Probleme seien nur einige Beispiele herausgegriffen: Überzeugend legt Charles Bowlus in seinem Buch dar, wie das Hauptgewicht der militärischen Anstrengungen der Karolinger auf die Verteidigung der pannonischen Tiefebene gerichtet war und weniger auf die Absicherung der Nordostflanke in Richtung Mähren. Die von Bowlus (und auch von Eggers) hervorgehobene Bedeutung der karolingischen Heereswege von der Ostmark und Karantanien Richtung Südosten dienen zur Stütze der These, Moravien sei im Südosten des Ostfränkischen Reichs gelegen gewesen. Doch gerade diese These wirft neue Fragen auf. Die Angabe der Fuldaer Annalen zu 846, Ludwig der Deutsche habe nach einem Feldzug gegen die *Slavi Margenses* dort Rastislav anstelle von Moimar als Fürst eingesetzt und sei unter großen Schwierigkeiten und Truppenverlusten durch Böhmen (*per Boemannos*) ins Reich zurückgekehrt, bleibt bei einer Lokalisierung Moraviens im Bereich untere Donau-Theiß auch für den Fall eigenartig, ja unverständlich, falls Böhmen damals schon das heutige Mähren umschlossen haben sollte: denn warum sollte Ludwig nach siegreichem Feldzug gerade nicht die oft zitierten und zudem sicheren karolingischen Heeresstraßen nutzen? Hätte der König in eigener Person (!) sein erschöpftes Heer nach relativ geruhamer Passage durch die pannonische Mark wieder in ungesichertes Gebiet geführt, um heimzukehren? Martin Eggers bringt als einzigen Grund vor, daß Ludwig das Heer eben in Böhmen (Mähren?) verpflegen lassen und diese Bürde nicht den Baiern auflegen wollte, als eine Art wirtschaftlichen Tributs für die im Jahr zuvor

<sup>2</sup> Der Band ist inzwischen erschienen: Eggers, Martin: Das Erzbistum des Method. Lage, Wirkung und Nachleben der kyrillomethodianischen Mission. München 1996.

erfolgte Taufe an vierzehn böhmischen *duces* (S. 283)! Vielleicht habe König Ludwig auch nur die thüringischen und sächsischen Truppenteile auf dem schnellsten Weg in ihre Heimat geleiten wollen. Doch da die Heimat der sächsischen Soldaten im 9. Jahrhundert nicht um Dresden zu suchen ist, sondern westlich von Elbe und Saale, wäre der kürzeste und sicherste Rückweg bei Kämpfen nahe Szeged/Cenad (Eggers) oder Sirmium (Bowlus) über die fränkischen Alpenpässe und die gut ausgebauten Römerstraßen verlaufen.

Ein weiteres Beispiel: Der Interpretation von Martin Eggers zufolge sei 857 der böhmische Fürstenson Sclavitag, der laut *Annales Fuldenses* zu Rostislav flüchtete, also nach Marosvár geflüchtet (S. 284). Diese Interpretation wird im wesentlichen dadurch gestützt, daß Mähren an der March eben nicht Mähren war, sondern Böhmen, und dort auch *Beheimare* lebten, während Eggers an anderer Stelle einräumt, in Mähren hätte durchaus *Marharii* gelebt, während die eigentlichen Maravljane die *Merehani* des „Bairischen Geographen“ gewesen seien, die an Theiß und Máros siedelten. *Beheimare/Marharii* seien durch die auf dem Boden der Slowakei siedelnden avarischen *Vulgarii* von den *Merehani* getrennt gewesen (S. 114f.), die nicht zu verwechseln sind mit den *Vulgarii* im heutigen Bulgarien! Sind dann aber andererseits die *Marharii* des Bairischen Geographen, die nur von den Franken wegen ihrer Wohnsitze an der March so genannt wurden, andere als die *Sclavi Marahenses* der Fuldaer Annalen oder die *Marahensi* anderer Quellen, die der „Bairische Geograph“ *Merehani* nannte und die eigentlich *Moravljane* hießen? Was aber geschah nach 860 mit den vermuteten *Vulgarii* in der Slowakei? Und war dann der namentlich ungenannte *caganus Bulgarorum*, der sich 864 mit Ludwig dem Deutschen in Tulln an der Donau traf, tatsächlich der Bulgarenchan Boris, wie man bisher immer angenommen hat (so auch bei Eggers und Bowlus)? Verwirrung entstand zudem schon unter den Zeitgenossen im 9. Jahrhundert durch die Tatsache, daß viele slavische Toponyme und Stammesbezeichnungen mehrmals existieren. So gibt es einen zweiten Fluß ‚Morava‘ im heutigen Serbien, der „Bug“ ergießt sich in die Ostsee und in das Schwarze Meer, „Chorbaten/Hrvatzen/Kroaten“ siedelten nördlich der Karpaten wie zwischen Save und Adria, „Soraben/Sorben/Serben“ an der Lausitz wie auf dem Balkan, „Slovene“ in den Karawanken wie um das nordrussische Novgorod, etc. Daraus zeigt sich die Problematik der sowohl von Bowlus als auch von Eggers eingeschlagenen methodischen Vorgehensweise, auf die toponymische Genauigkeit und geographische Präzision der Terminologie in den Quellen dann zu bauen, wenn es in das eigene Konzept paßt, in gegenteiligen Fällen jedoch ebenso großzügig darüber hinwegzugehen.

Das zeigt sich auch, wenn etwa Eggers darlegt, Sventopluk habe ursprünglich im heutigen Nordbosnien geherrscht und sein Reich habe im Nordosten an Moravia angrenzt. In fränkischen Quellen wird diese Region zwischen 838 und 869 nirgends erwähnt, angeblich weil es nicht in die zeitgenössischen „Schlagzeilen“ (so Eggers S. 211) geriet. Nimmt man jedoch ein derart weites Vordringen fränkischer Herrschaft in das Donaubecken an, wie das Eggers und Bowlus jeweils tun, und blickt man auf die in jener Zeit stets von Aufruhr ergriffenen Slavengebiete an Save, Kulpa und Una, so ist das doch höchst unwahrscheinlich. Auch hinsichtlich der kirchlichen Mission hätte dieses Gebiet bei der angenommenen Sachlage „auffallen“ müssen. Diese „Bosnier“ seien von den Franken jedoch „Moravljane“ genannt worden wie ihre

von Eggers postulierten nördlichen Nachbarn, weil „Moravia“ eine Vorrangstellung besessen habe. Da die Franken die einzelnen Herrschaftsbereiche der Slaven sehr wohl zu unterscheiden wußten, ist diese Doppelidentifizierung Moraviens nur schwer nachzuvollziehen. In Nordbosnien existieren zudem keinerlei Spuren, die diese These eines „moravljanschen“ Stammesteiles unterstützen würden.

Die bei weitem schwerwiegendsten Einwände gegen die Thesen von Bowlus und Eggers ergeben sich jedoch aus kirchenpolitischen und kulturellen Zusammenhängen. Im Zentrum stehen hier die Bemühungen um eine Mission unter den Volksstämmen zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer sowie der sich im Verlauf des 9. Jahrhunderts dramatisch zuspitzende, geistige wie kirchenpolitische Dreiecks-Konflikt zwischen den Karolingern, dem Papsttum in Rom und dem Byzantinischen Reich. Boba glaubte in seiner Monographie von 1971 Sirmium nicht zuletzt deshalb mit Rastislavs Residenz „Marava“ identifizieren zu können, weil Method hier den Sitz seines nominellen Erzbistums besaß. Die Weihe Methods erfolgte jedoch im Rahmen einer von der römischen Kurie langfristig angelegten Politik, die nicht nur auf die Wiedergewinnung der seit 437 bestehenden Kirchenprovinz Illyricum zielte – mitsamt den seit Mitte des 8. Jahrhunderts unter byzantinischer Oberhoheit stehenden Gebieten –, sondern zudem auch die Schaffung einer Rom unter Ausschaltung des fränkischen Kaisers *direkt* unterstehenden Missionsgebietes, das nach und nach weitere Teile der *Sclavinia* umfassen sollte. Noch die Übersendung der Kronen an die durch Rom bestätigten *reges* von Kroatien, Ungarn, Polen, Galizien und Serbien vom 10. bis zum 13. Jahrhundert diente diesem Zweck. Folgt man der traditionellen These, „Moravien“ sei im heutigen Mähren gelegen, so steht damit nicht im Widerspruch, daß Method zuerst zum Erzbischof von Pannonien mit Sitz im Sirmium geweiht wurde, denn Rom mußte an ebenso ehrwürdige wie unanfechtbare kirchenrechtliche Traditionen anknüpfen, – nicht nur, um sich gegenüber dem Patriarchat von Konstantinopel zu behaupten, sondern auch gegenüber den karolingisch-kaiserlichen Ambitionen. Nun wird weder von Bowlus noch von Eggers die Konkurrenz zwischen Rom und fränkischer Reichskirche im ostmittel-/südosteuropäischen Raum richtig erkannt und in ihren Überlegungen mit einbezogen. Wenn jedoch die Franken im Gebiet der Moraver/Moravjanen südlich von Sirmium (so Bowlus) oder östlich der Theiß (so Eggers) missionierten, wie es den Quellen zu entnehmen ist, müßten sich dort auch archäologische Spuren dieser fränkischen Mission finden lassen, denn die Anwesenheit von bairischen Geistlichen in der *urbs* von Rastislav *vor* 863 ist unbestritten. Das Christentum, das Kyrill und Method bei ihrer Ankunft vorfanden, war durch die Mission aus den karolingischen Grenzmarken zumindest unter dem moravischen Adel schon so verbreitet, daß im Schreiben der Passauer Bischöfe aus dem Jahr 900 über die Verhältnisse in den vierziger Jahren des 9. Jahrhunderts behauptet werden konnte: „Der Bischof der Stadt Passau [...] konnte [...] ohne irgendwelche Hindernisse dorthin gehen, wann immer er wollte [...], und hielt dort sogar mit den Seinen Synoden ab“. Bezog sich diese Aussage tatsächlich auf Marosvár östlich der Theiß, wie Eggers annimmt, das von fränkischen Truppen nur unter Mühen erreicht werden konnte? Daß jedoch Moravien, d. h. der Herrschaftsbereich Rastislavs, in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts tatsächlich in der Hauptsache von Passau aus missioniert wurde, ergibt sich nicht zuletzt aus der besonderen Abneigung, ja dem persönlichen Haß, mit

dem gerade der Bischof von Passau Hermanrich den Slavenlehrer Method verfolgte. Für eine Mission Passaus im Raum Szeged-Cenad-Sirmium in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts existieren weder schriftliche noch materielle Zeugnisse, – ja es sind überhaupt keine Zeugnisse von kirchlichen Gründungen östlich der mittleren Donau vorhanden, die entweder mit dem Wirken der fränkischen oder aber der kyrillomethodianischen Geistlichen in Zusammenhang stehen. Auch Rom knüpfte hier im Rahmen seiner kirchenpolitischen Bestrebungen – anders als in Mähren oder Kroatien – nicht an die kyrillo-methodianische Mission an. Es existiert keine örtliche Überlieferung im Raum von Szeged-Cenad-Oradea, die an das Wirken der Slavenlehrer erinnert. Alle Orte in der lateinischen Hemisphäre, an denen die Glagolica im 11. Jahrhundert noch nachzuweisen ist (Böhmen, Istrien, Dalmatien), sind von Cenad gleich weit entfernt.

Was die seit den vierziger Jahren zu Tage geförderten Ausgrabungsfunde an der March betrifft, so werden sie von Bowlus und Eggers (wie zuvor schon von Boba) mit dem Argument abgetan, es handle sich lediglich um Siedlungsreste einer „ethnischen Gruppe awarischer Tradition“ (Eggers S. 381). Unbestreitbar jedoch ist die Häufung christlicher Spuren aus dem 9. Jahrhundert (Kirchen, Kreuze, Amulette etc.), auf die beide Autoren nicht weiter eingehen. Von wem stammen diese Spuren? Wer hat dort in welchem Auftrag missioniert und warum wird die intensive Missionstätigkeit (in Mikulčice wurden allein *ein Dutzend* Kirchenfundamente ausgegraben) von keiner Quelle erwähnt, da sie doch in unmittelbarer Nachbarschaft der Franken stattfand? Die Ruinen der Kirche Na Špitálkách in Staré Město weisen ebenso wie die der Kirche Nr. 6 in Mikulčice auf byzantinische Bauformen. Eine große Anzahl der Brustkreuze, die in Sady und Mikulčice gefunden wurden, so eindeutig ostkirchlicher Herkunft. Wie sind sie an die mährischen Fundstellen gelangt, etwa nur während der von Bowlus und Eggers abgenommen kurzen Besetzung Mährens durch Sventopulk in den Jahren 890–895? Haben sich aber griechische Geistliche in Mähren aufgehalten, so wären die unvermeidbaren Auseinandersetzungen zwischen griechischen und lateinischen Geistlichen von den fränkischen Annalisten sicherlich festgehalten worden. Daneben sind die zwei Münzfunde aus der Zeit der byzantinischen Kaiser Theophil († 842) und Michael III. († 867), an den 862 die Bitte Rastislavs erging, nicht wegzuerklären. Diese Funde sind zwar nicht gerade üppig zu nennen (Bowlus meint: „a single coin, however, means little or nothing“, S. 16), doch solange aus dem Donau-/Theißraum keine entsprechenden archäologischen Funde vorliegen, wirkt die Gegenthese auch nicht besonders überzeugend. Und warum ist 976 in der Urkunde des Mainzer Erzbischofs Willigis von einem *episcopus Moraviensis* die Rede, der eindeutig in Mähren residiert, was auch Eggers nicht bestreitet; an welche Tradition schließt dieses Bistum an, wenn nicht an die Mission des Priesters Johannes bei Moimar II. im Jahr 899, die den Protest der bairischen Bischöfe hervorrief?

Ein wichtiger Punkt in der Argumentation von Martin Eggers ist die Identifizierung des Herrschaftsgebiets von Sventopulk mit Nordbosnien und dessen Begründung einer südslavischen Herrscherdynastie. Dieser Punkt stützt sich im wesentlichen auf eine einzige Quelle: die Chronik des Presbyters Diocleas. Auch Bowlus stützt sich auf dieses Zeugnis (S. 189). Es ist jedoch höchst problematisch, sich gerade auf die Diocleas-Chronik zu berufen, wie schon Boba es erschreckend unkritisch tat. Diocleas schuf so etwas wie das Gegenstück zur Idee des „Tschechoslowakismus“, nämlich

eine Art ‚Jugoslavismus‘, indem er vorgab, König Sventopulk habe über Rot- und Weiß-Kroatien, Bosnien und Serbien (Rascien) geherrscht! Zwar räumt Eggers ein, es handle sich hierbei um eine Interpolation, aber etwas müsse daran ja wohl richtig sein. Es ist jedoch eine höchst fragwürdige methodische Vorgangsweise, die böhmischen (lateinischen *und* kirchenslavischen) Quellen des Hochmittelalters als fiktiv abzulehnen und zugleich die (sehr viel spärlicheren) dalmatinischen Quellen des Spätmittelalters und der Renaissance als allein authentisch heranzuziehen. Letztere verfolgten die gleiche Tendenz der herrschaftlichen *Traditio* wie die Quellen in den böhmischen Ländern unter Karl IV.; im südslavischen Raum ging es dabei um die Schaffung eines gemeinsamen südslavischen Reiches<sup>3</sup>. Die Aufzeichnung der Chronik des Presbyters durch M. Orbin 1601 erfolgte in diesem illyristisch-panslavischen Sinn, und so hieß sein Werk, in dem die Chronik Eingang fand, dann auch *Il Regno degli Slavi!* Alle Vorwürfe, die seit Boba an die Adresse der böhmischen Überlieferung gerichtet wurden, können somit auch gegen die dalmatisch-kroatische vorgebracht werden. Es geht daraus lediglich hervor, daß man auf diese Weise die Errichtung eines Südslaven-Reiches rechtfertigen und den panslavischen Gedanken pflegen wollte.

Darüber hinaus ist die Abhängigkeit der Vorlagen für die kroatisch-dalmatinische glagolitische Literatur aus dem 11./12. Jahrhundert vom böhmisch-mährischen Raum erwiesen (Kult der hll. Wenzel, Ludmila, Adalbert-Vojtěch, Veit in den kroatisch-glagolitischen Denkmälern). Dies wäre kaum zu erklären, wenn der slavische Ritus von Kyrill und Method ausschließlich im südslavischen Raum verbreitet worden wäre. In den für ihren Konservativismus bekannten kroatisch-glagolitischen Texten wird – im Gegensatz zu den humanistisch gebildeten Jesuiten um Orbin – nirgends der Versuch unternommen, an die ‚stolze‘ Tradition eines südslavischen Reichs unter *rex* Sventopulk anzuknüpfen – ganz im Gegenteil: das Breviar des Priesters Mavra (1460) betont: [Kiril] *s bratom ur'dina v zemli češkoi* oder *Kuril] k'da pride v stranu češ'ku*<sup>4</sup>.

Jeder, der sich schon einmal mit *allen* in Frage kommenden Quellen über das „Großmährische Reich“ und den damit verbundenen Problemkreisen (Slavenmission, Verbreitung der Glagolica und des slavischen Ritus etc.) beschäftigt hat, wird zugeben müssen, daß die zu gewinnenden Aussagen letztlich unauflösbare Widersprüche enthalten. Da diese Problemkreise eben schon im 9. Jahrhundert von höchster, man möchte sagen: buchstäblich von „weltpolitischer“ Brisanz waren, wird man nicht ausschließen können, daß viele Quellen von Anfang an in der einen oder anderen Weise zurechtgebogen wurden; selbst die Authentizität der erhaltenen päpstlichen Korrespondenz mit den moravischen Herrschern (unter Hadrian II., Johannes VIII. und Stephan VI.) ist ja durchaus umstritten. Und auch die rein „militärisch-geographischen“ Fakten lassen – wie oben angesprochen – unterschiedliche Schlüsse zu. Letztlich ist die Interpretation des erhaltenen Quellenmaterials nicht ein-

<sup>3</sup> Vgl. auch Lauer, Reinhard: *Genese und Funktion des illyrischen Ideologems in den südslavischen Literatur* (16. bis Anfang des 19. Jahrhunderts). In: *Ethnogenese und Staatsbildung in Südosteuropa*. Hrsg. v. Klaus-Detlev Grothusen. Göttingen 1974, 72–91 und Zlatar, Zdenko: *Our Kingdom Come: The Counter-Reformation, the Republic of Dubrovnik, and the Liberation of the Balkan Slavs*. Boulder/Col. 1992.

<sup>4</sup> Zusammenfassend hierzu Hercigonja, Eduard: *Srednjovjekovna književnost* [Die mittelalterliche Literatur]. Zagreb 1975, 73 ff. (*Povijest hrvatske književnosti* 2).

deutig und muß nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand eine „Glaubensfrage“ bleiben. Die Frage, ob nun das Kerngebiet des „Moravischen Reiches“ in Mähren, im Banat, in der Vojvodina oder in Bosnien anzusiedeln ist, wurde auch von Bowlus und Eggers nicht zwingend entschieden.

Es mag allerdings eigentümlich berühren, auf welche Weise Motive gerade des 9. Jahrhunderts in die Geschehnisse des 19./20. Jahrhunderts hineingespielt haben. Der Streit um die Lokalisierung des ‚Moravischen Reichs‘ zeigt nämlich *auch*, wie die Erinnerung an dieses Reich immer als Bindeglied zwischen West- und Südslaven wirkte. Hier sei vor allem an die Versuche einer Kirchenunion unter dem Banner der kyrillomethodianischen Mission erinnert, aber auch an die Tatsache, daß südslavische Studenten wie Stepan Radić seit 1896 in Prag bei dem gebürtigen Mährer T. G. Masaryk studierten, was beträchtliche Folgen für die Entwicklung der Ideologie des Jugoslawismus hatte. Man denke ferner an Masaryks ausschlaggebende Intervention im Agramer Hochverratsprozeß 1909; an den Vorschlag von Edvard Beneš, die künftige CSR „Großmähren“ zu nennen; an den berüchtigten Einfall Masaryks während des Krieges, im Zuge der Neuordnung des Donauraums durch Westungarn einen Korridor zu ziehen, die burgenländischen Kroaten durch Zuzug von „Slaven“ ethnisch zu „verstärken“, um die CSR und das Königreich SHS auch territorial zu verbinden, – quasi als Aufhebung der Magyareninvasion des 9./10. Jahrhunderts die das Moravische Reich vernichtete. Masaryk, als Kind katholisch getauft, begann schon während der Schulzeit am Katholizismus zu zweifeln, so daß er als Konfession eine Weile lang „griechisch-uniert“ angab; ausgerechnet der Priester Matěj Procházka, der der tschechisch-nationalen „Cyrill-und-Method-Bewegung“ nahestand, konnte ihn am deutschen Gymnasium in Brünn vorübergehend noch einmal im katholischen Glauben bestärken. Masaryk wertete den Ersten Weltkrieg rückblickend dann auch wie eine Fortsetzung des jahrtausendealten Kampfes zwischen westlicher und östlicher Weltsphäre: „Ich sah im Kriege mehr. In der historischen Perspektive erschien mir der pangermanische Imperialismus als eine Verlängerung des alten und langwierigen römisch-griechischen Antagonismus, des Antagonismus zwischen dem Westen und dem Osten, Europa und Asien, später Rom und Byzanz; eines nicht nur nationalen, sondern auch kulturellen Antagonismus. Der Pangermanismus und sein Berlin-Bagdad gab dem ererbten römischen Imperium einen engen nationalen und geradezu chauvinistischen Charakter; beide nationalen Kaiserreiche, das deutsche und das österreichische, die aus dem mittelalterlichen römischen Imperium hervorgegangen waren, verbanden sich zur Eroberung der alten Welt. [...] Die Vereinigung aller Nationen unter der Führung des Westens ist ein Beweis, daß der Krieg nicht nur einen nationalen Charakter hatte – es ging um den ersten großartigen Versuch einer einheitlichen Organisation der ganzen Welt und der Menschheit. Die nationalen Streitigkeiten waren der kulturellen Idee untergeordnet und dienten ihr.“<sup>4</sup> Beide Staaten, die Tschechoslowakische Republik und Jugoslawien, 1918/19 ins Leben gerufen, büßten ihre Existenz aufgrund von „untergeordneten nationalen Streitigkeiten“ 1991/92 ein.

Seltsame Zufallslaunen Clios, so scheint es. Oder vielleicht doch nicht?

<sup>4</sup> Masaryk, Tomáš G.: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914–1918. Berlin 1925, 32f.

„SEIN AUTOR MUSS TSCHECHOSLOWAKISCHER  
NATIONALITÄT SEIN“<sup>1</sup>:

DIE TSCHECHISCHE AKADEMIE ALS FÖRDERER UND  
KONTROLLEUR DER NATIONALEN KUNSTENTWICKLUNG  
1891 BIS 1914

Von Christopher P. Storck

Die Gründung der *Böhmischen Kaiser Franz Josef Akademie der Wissenschaften, Literatur und Künste*<sup>2</sup> Ende 1890 besaß eine Bedeutung, die weit über den üblichen Stellenwert solcher Institutionen hinausging. Denn obwohl die offizielle Bezeichnung erwarten läßt, die Akademie habe supranationalen Charakter besessen und somit den Interessen aller Bewohner des Königreiches Böhmen dienen sollen, war diese Einrichtung eine rein tschechische Angelegenheit. Sie übernahm von Anfang an die Funktion der Zentrale für die Förderung und Steuerung der tschechischen Kulturentwicklung. Die Erfüllung dieser Aufgabe war für die Bildung einer Nation, die ihre Konsolidierung und Anerkennung vor allem auf der Grundlage kultureller Leistungen erreichen wollte, von entscheidender Wichtigkeit<sup>3</sup>.

Die Einrichtung der Akademie bedeutete einen entscheidenden Schritt hin zur Polarisierung des kulturellen Lebens in Böhmen. Mit ihr wurde die deutsche Kultur im Königreich endgültig in die Defensive gedrängt. Die Existenz einer solchen Zentraldistanz für die tschechische Kultur machte es unübersehbar, daß die Machtverhältnisse in Prag innerhalb von nur drei Jahrzehnten umgekehrt worden waren<sup>4</sup>. Nun war

<sup>1</sup> Aus den Bedingungen für den 1918 gestifteten Hlaváček-Fonds. Fond arch. inž. Bedřicha Hlaváčka a jeho choti Ludmily [Fonds des Arch. Ing. Friedrich Hlaváček und seiner Gemahlin Ludmilla]. Archiv Akademie věd umění České Republiky (im folgenden AAVČR), f. ČAVU, inv. 754, k. 276.

<sup>2</sup> Die tschechische Bezeichnung lautete *Česká akademie císaře Františka Josefa pro vědy, slovesnost a umění (ČAVU)*. Da das Selbstverständnis dieser Institution nichts *Böhmisches* hatte, sondern ganz *tschechisch* war, wird im folgenden von der *ČAVU* oder der *Tschechischen Akademie* die Rede sein. – Zur Problematik der semantischen Bedeutung von „böhmisch“ vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg vgl. Sch w i p p e l, Jindřich: *Königlich böhmische Gesellschaft der Wissenschaften (böhmisch oder tschechisch?) Germanoslavica* 2/1 (1995) 73–81.

<sup>3</sup> Einen Überblick über den Verlauf und die politischen Hintergründe der ČAVU-Gründung bietet W i n t e r s, Stanley B.: *Science and Politics. The Rise and Fall of the Czechoslovak Academy of Sciences*. *BohZ* 35 (1994) 258–299. Im Zentrum dieser Studie steht die Instrumentalisierung der Akademie durch die Politik, die vom Nationalismus der Gründungsjahre bis zur postkommunistischen Erneuerung verfolgt wird.

<sup>4</sup> Einen Überblick über die kulturellen Prozesse, die sich im Zuge der nationalen Polarisierung in Böhmen abgespielt haben, bietet erstmals der von Ferdinand S e i b t herausgegebene Sammelband *Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne*. Berlin-Frank-

es die deutsche Gesellschaft, die den tschechischen Fortschritten beim Aufbau kultureller Institutionen hinterherlief. 1891 wurde deshalb mit privaten Mitteln die *Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen* ins Leben gerufen. Sie sollte ein Gegengewicht zur Tschechischen Akademie bilden und dafür sorgen, daß Prag als Zentrum der deutschböhmisches Kultur bestehen blieb<sup>5</sup>.

Damit ist die Sonderfunktion der Prager Akademie bereits deutlich umrissen: Sie war als Faktor des tschechischen Nationsbildungsprozesses konzipiert – ein Auftrag, dem sie vor allem auf dem Gebiet der Kunstförderung nachgekommen ist. Sie war zwar auch ein wichtiger Motor für die Entwicklung der nationalen Wissenschaft hin zu europäischem Niveau<sup>6</sup>, aber dieser Teil ihrer Tätigkeit entfaltete keine vergleichbare öffentliche Breitenwirkung. Wenn auch einzelne Disziplinen wie Geschichte, Völkerkunde oder die Kunstwissenschaften durchaus zur kollektiven Identitätsstiftung beitrugen, so war die Wissenschaft in der Wahrnehmung der tschechischen Öffentlichkeit insgesamt doch nicht so unmittelbar mit den nationalen Interessen verbunden wie die Kunst. Die folgende Untersuchung wird sich deshalb nur mit den Aktivitäten der IV. Klasse beschäftigen, deren Gegenstand die schönen Künste waren.

Unter dem Dach der ČAVU war die überwiegende Mehrheit der Mittel konzentriert, die von der tschechischen Gesellschaft für die Unterstützung ihrer Künstler zur Verfügung gestellt wurden. Die Summe der Preise, Stipendien, Reisekostenzuschüsse und Projektförderungen, die durch die IV. Klasse bis 1914 vergeben worden sind, beläuft sich immerhin auf 501 390 Kronen, die auf 338 Einzelkünstler und 17 Großprojekte verteilt wurden<sup>7</sup>.

Die Akademie füllte damit eine Lücke, indem sie eine entscheidende Ergänzung zum nationalen Kunstmarkt bildete, der allein zu schwach war, um die vielen Schriftsteller, Komponisten und bildenden Künstler zu finanzieren, deren Werke und Persönlichkeiten zur schnellen Herstellung einer tschechischen „Kulturnation“ gebraucht wurden.

Hier wirkte sich das aus, was Tomáš Garrigue Masaryk als das „Problem der kleinen Nation“ begriffen hat: Die Tschechen mußten bei ihrem Versuch, die deutsche Nationsbildung nachzuvollziehen, mit einem Zehntel der Bevölkerung auskommen<sup>8</sup>.

furt/M. 1995. – Zur Differenzierung zweier nationaler Szenen für bildende Kunst in Prag vgl. Sekyrka, Tomáš: Tschechen und Deutsche in der bildenden Kunst 1848–1938. *Germanoslavica* 2/1 (1995) 93–100.

<sup>5</sup> Die Geschichte der *Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen* beleuchtet ausführlich *Germanoslavica* 2/1 (1995); siehe dort die Beiträge von Jana Mandlerová, Michael Neumüller und Alena Míšková.

<sup>6</sup> Zu den Einzelaufgaben der vier Akademieklassen vgl. Statut der Böhmisches Kaiser Franz Josef Akademie der Wissenschaften, Literatur und Kunst. Prag 1896. AAVČR, f. ČAVU, inv. 210, k. 170, § 3, S. 5f.

<sup>7</sup> Alle Zahlenangaben zur Förderungstätigkeit der IV. Klasse der ČAVU sind zusammengestellt aus: Protokoly o schůzích IV. třídy [Protokolle über die Sitzungen der IV. Klasse]. AAVČR, f. ČAVU, inv. 29, k. 18–20.

<sup>8</sup> Masaryk, Tomáš Garrigue: Das neue Europa: Der slavische Standpunkt. Berlin 1991 [Praha 1920] 63–72. – Ders.: Das Problem der kleinen Völker in der europäischen Krisis. Leipzig 1922. – Ders.: Problém malého národa [Das Problem der kleinen Nation]. Praha 1946.

In ihrer Nationalbewegung spielten die sozialen Gruppen Adel und Großbürgertum, die in Europa damals die Hauptabnehmer für bildende Kunst waren, nur eine vergleichsweise geringe Rolle. Auch der Kreis der potentiellen Leser von tschechischer Literatur war klein und konnte mangels Sprachkenntnissen und Interesse an den vorhandenen Übersetzungen nicht durch ausländisches Publikum erweitert werden.

Die Komponisten hatten da grundsätzlich bessere Möglichkeiten: In Böhmen wurde sehr viel Hausmusik gemacht; Kammermusik verkaufte sich daher gut. Und durch die äußerst populäre Gesangsvereinsbewegung bestand große Nachfrage auch nach Vokalwerken. Die Sinfonik hatte demgegenüber einen viel schwereren Stand. Das Orchester des Nationaltheaters war mit dem Opernspielplan weitgehend ausgelastet. Seit 1896 gab es mit der Tschechischen Philharmonie zwar ein ständiges Sinfonieorchester, aber dieses Ensemble stand bis zum Ersten Weltkrieg ständig am Rande des wirtschaftlichen Ruins und verdankte sein Überleben – neben stattlichen Subventionen der Stadt Prag und der Akademie der Wissenschaften – vor allem einem wenig anspruchsvollen Repertoire<sup>9</sup>.

Die Tonsetzer hatten aber noch einen Vorteil: Sie waren nicht auf sprachliche Vermittlung angewiesen, ihre Partituren gelangten leicht in die Musikmetropolen der Welt, und die musikalische Öffentlichkeit des Westens sehnte sich nach neuen Klängen. Dennoch gelang bis zum Ersten Weltkrieg nur Antonín Dvořák der internationale Durchbruch; selbst Smetanas Werke setzten sich erst lange nach seinem Tode auch außerhalb der Heimat durch.

Die mangelnde Akzeptanz im Ausland hing aber nicht nur mit den geschilderten Problemen zusammen. Sie war vielmehr vor allem eine Folge dessen, daß die Entwicklung der tschechischen Hochkultur nach der Schlacht am Weißen Berge für 200 Jahre unterbrochen worden war. Als die Nationalbewegung mit dem systematischen Aufbau eines zeitgemäßen Kulturlebens begann, ging es deshalb zunächst vorrangig um die Herstellung all jener Elemente, die als notwendige Attribute einer Kulturnation angesehen wurden. Diese Zielsetzung führte zu dem Ergebnis, daß die tschechische Kunst bis zur Gründung der Tschechoslowakei im großen und ganzen versuchte, Anschluß an die europäische Szene dadurch zu finden, daß sie deren Entwicklungen im Eiltempo nachholte. Es lag in der Natur der Sache, daß die wenigsten der Kunstwerke, die in diesem Prozeß entstanden, originell waren. Originalität und individuelle Aussagekraft eines Künstlers und seiner Werke waren aber entscheidende Voraussetzungen für den Erfolg auf der internationalen Kunstszene.

<sup>9</sup> Administrační zpráva obce královského hlavního města Prahy a spojených s městskou statistickou komisí obcí sousedních Karlína, Smíchova, Král. Vinohradů a Žižkova za let 1908–1910 [Verwaltungsbericht der königlichen Hauptstadt Prag und der Vororte Karolinenthal, Smichow, Kgl. Weinberge und Žižkow für die Jahre 1908–1910]. Praha 1915, 1023 f. – F i a l a, Kamil: Symfonické koncerty v Plodinnové bursě [Sinfonische Konzerte in der Plodinnbörse]. Moderní revue 20 (1908) 206–209. – D e r s.: Hudební marginalie [Musikalische Marginalien]. Moderní revue 21 (1909) 307 f. – D e r s.: Hudební marginalie. Moderní revue 23 (1911). – N e j e d l ý, Zdeněk: Krise České filharmonie [Die Krise der Tschechischen Philharmonie]. Smetana 4 (1914) 115–118. – Budoucnost „České Filharmonie“ [Die Zukunft der „Tschechischen Philharmonie“]. Dalibor 25 (1902). – Konec České Filharmonie? [Das Ende der Tschechischen Philharmonie?]. Dalibor 34 (1911) 95.

Wer darüber verfügte, konnte auch als Angehöriger einer kleinen und „verspäteten Nation“ die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregen – die Norweger Grieg, Ibsen und Munch sind gute Beispiele dafür. Die Propagandisten und Funktionäre des tschechischen Kulturnationalismus sahen diese Probleme aber genausowenig wie einen anderen Weg zur Anerkennung als Kulturnation. Deshalb stand der Aufbau kultureller Einrichtungen von Anfang an im Zentrum ihrer – im Endergebnis erfolgreichen – Politik.

So existierten bereits vor der Gründung der ČAVU eine Reihe von Institutionen, die zur materiellen Absicherung der tschechischen Künstler beitrugen: Die Schriftsteller und Komponisten konnten ihre Bühnenwerke dem Nationaltheater bzw. dessen von 1863 bis 1883 bestehendem provisorischen Vorgänger sowie seit 1907 auch dem Theater in den Weinbergen verkaufen. Kleinere Projekte sowie in Notlagen auch den Lebensunterhalt finanzierten beispielsweise die allgemeine Künstlerressource *Umělecká beseda* oder Schriftstellervereine wie *Svatobor* und *Máj*. Im Zuge der Sezession entfalteten seit der Jahrhundertwende dann Vereinigungen bildender Künstler wie *Mánes*, *Jednota*, *Skupina*, *Osma* oder *Artěl* eine rege Ausstellungstätigkeit und setzten sich für die Verbreitung und den Verkauf der Werke ihrer Mitglieder ein.

Der finanzielle Gewinn, den die tschechischen Künstler aus diesen Einrichtungen ziehen konnten, blieb aber vergleichsweise gering. Eine ähnlich intensive Einzelfallförderung wie die ČAVU leistete nur die tschechische Sektion der 1902 gegründeten *Modernen Galerie des Königreiches Böhmen*, die ihre Exponate überwiegend direkt bei den Malern, Bildhauern und Graphikern kaufte. Dafür verwendete sie von 1903 bis 1914 insgesamt 395 332 Kronen, die sich auf 107 bildende Künstler verteilten; im Durchschnitt also 3695 Kronen pro Künstler<sup>10</sup>.

Die etablierten bildenden Künstler konnten seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch noch durch dekorative Arbeiten an und in jenen Monumentalbauten viel Geld verdienen, mit denen die tschechische Gesellschaft ihren Besitzanspruch auf Prag zur Schau stellte<sup>11</sup>. Den Bildhauern unter ihnen winkten darüber hinaus große

<sup>10</sup> Protokoly schůzí umělecké komise českého odboru Moderní galerie [Protokolle der Sitzungen der künstlerischen Kommission der tschechischen Sektion der Modernen Galerie]. Archiv Národní galerie (im folgenden ANG), f. MG, sign. AA-3120/1–2. – Protokoly o schůzích kuratoria Moderní galerie [Protokolle der Sitzungen des Kuratoriums der Modernen Galerie]. ANG, f. MG, sign. AA-1321/1. – Protokoly o schůzích českého odboru Moderní galerie [Protokolle über die Sitzungen der tschechischen Sektion der Modernen Galerie]. ANG, f. MG, sign. AA-1321/2. – Einzelakten der Künstler, deren Werke von der tschechischen Sektion erworben worden sind (ANG, f. MG).

<sup>11</sup> Alfons Mucha erhielt beispielsweise für seine umstrittenen Wandgemälde im Repräsentationshaus das horrend Honorar von 48 000 Kronen. Administracní zpráva 1908–1910. Praha 1915, 360 – 363. – Spořitelna král. hl. města Prahy [Sparkasse der Kgl. Hauptstadt Prag]. Zprávy spolku architektů a inženýrů (im folgenden Zprávy) 29 (1895) 11 f. – Zemská banka království Českého v Praze [Landesbank des Kgr. Böhmen in Prag]. Zprávy 31 (1897) 37 und 155 f. – Museum král. hlav. města Prahy [Museum der Kgl. Hauptstadt Prag]. Zprávy 34 (1900) 1 ff. – Budova Umělecko-průmyslového musea v Praze [Gebäude des Kunstgewerbemuseums in Prag]. Zprávy 35 (1901) 84 f. und 114–117. – Nová budova Zemské banky království Českého v Praze-II [Neues Gebäude der Landesbank der Kgr. Böhmen in Prag-II]. Architektonický obzor 11 (1912). – Nová radeční budova na Linhartském a Mariánském náměstí v Praze [Neues Rathausgebäude auf dem Linhart- und Marienplatz in Prag].

Gewinne, wenn es ihnen gelang, den Auftrag für eines jener Denkmäler an sich zu ziehen, die gleichfalls zeigen sollten, welche Nationalgeschichte sich in Prag vor allem abgespielt hatte<sup>12</sup>.

Eine systematische Förderung einzelner Künstler war aber nur der Akademie möglich, unter deren Dach die wichtigsten Kulturstiftungen zusammengefaßt wurden<sup>13</sup>. Ihre IV. Klasse betrieb eine breite Nachwuchsförderung: Als talentiert erkannte Studenten der Kunstakademie und der Kompositionsklasse des Konservatoriums wurden bereits während ihrer Ausbildung finanziell unterstützt; den angehenden Schriftstellern wurde dadurch Hilfestellung gegeben, daß bemerkenswerte Erstlingswerke veröffentlicht und honoriert wurde. Allen drei Gruppen standen ferner Auslands- und Reisestipendien offen. Bewährte Künstler konnten zur Verwirklichung konkreter Projekte Mittel beantragen, die es ihnen ermöglichten, Erkundungsreisen zu unternehmen, notwendige Materialien anzuschaffen oder für die Zeit der Arbeit an einem Werk ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Von 1891 bis 1914 wurden für die erwähnten Möglichkeiten nachweislich insgesamt 787 Anträge auf Förderung gestellt<sup>14</sup>; 361 von ihnen, also fast jedem zweiten ist stattgegeben worden. Insgesamt vergab die IV. Klasse der ČAVU auf diese Weise an 234 verschiedene Personen Unterstützungsmittel in Höhe von 133 250 Kronen; ein erfolgreicher Antragsteller erhielt also durchschnittlich 361 Kronen.

Neben diesen individuellen Trägern der tschechischen Kulturnation subventionierte die Akademie 17 korporative und meist längerfristig angelegte Vorhaben. Dazu gehörten unter anderem die beiden führenden tschechischen Kunstzeitschriften *Volné směry* und *Dílo*, die Zeitschrift des tschechischen *Architekten- und Ingenieurverbandes*, die *Sammlung Weltpoesie*, die in Paris erscheinende Zeitschrift *La littérature tchèque contemporaine*, die Prager Denkmäler für die Schriftsteller Karel Hynek Mácha und Julius Zeyer, der *Klub für Alt-Prag*, die *Populären Konzerte der Künstlerressource*, die *Tschechische Philharmonie* und das *Erste Tschechische Musikfestival* in Prag 1904. Insgesamt verwandte die IV. Klasse bis 1914 für Großprojekte 72 750 Kronen.

---

Architektonický obzor 11 (1912) 101–106 und 110–116. – Obecní dům král. hlav. města Prahy [Das Repräsentationshaus der Kgl. Hauptstadt Prag]. Architektonický obzor 11 (1912) passim.

<sup>12</sup> So erhielt Stanislav Sucharda für sein 1912 enthülltes Palacký-Denkmal 241 000 K, wovon er allerdings noch die Materialkosten bestreiten mußte. Administrační zpráva 1904. Prag 1907, 28 und 121. – Josef Václav Myslbek bekam für seine vier mythologischen Figurengruppen, die ursprünglich für die Palacký-Brücke bestimmt waren und heute auf dem Vyšehrad stehen, 1882 immerhin schon umgerechnet 48 000 Kronen. Administrační zpráva 1895. Prag 1897, 87. – Zur Prager Denkmalfrage allgemein vgl. Hojda, Zdeněk und Pokorný, Jiří: *Pomníky a zapomínky* [Denkmale und Vergißmale]. Prag-Leitomischl 1996.

<sup>13</sup> 1919 machten die Stiftungen bereits 65 % des ČAVU-Stammkapitals aus. Fondy a nadace. Celkové přehledy a výkazy [Fonds und Stiftungen. Gestamtübersichten und -nachweise]. AAVČR, f. ČAVU, inv. 731, k. 274. – Die IV. Klasse konnte neben ihrem Anteil an den Zinsen des ČAVU-Grundkapitals (ø 19 000 Kronen jährlich) ganz oder teilweise über die Erträge aus 9 Stiftungen (ø 2 000 Kronen jährlich) verfügen. Protokoly o schůzích IV. třídy.

<sup>14</sup> Hierbei handelt es sich um die Anträge, die in den Protokollen ausdrücklich erwähnt sind. Die wirkliche Zahl war mit Sicherheit höher, da nicht alle Anträge vermerkt wurden; für 1902 ist beispielsweise nicht ein einziger Förderantrag verzeichnet.

Die Akademie kam der ihr gestellten Aufgabe, „die Vervollkommnung der heimischen Kunst anzustreben“<sup>15</sup>, in sehr einseitiger Weise nach. Sie beschränkte sich nicht nur auf den tschechischen Teil der Heimat, sondern förderte ausschließlich solche Künstler, deren Werken man den Stempel „Nationalkunst“ aufdrücken konnte<sup>16</sup>. Zwar herrschte zur Zeit ihrer Gründung schon längst keine Einigkeit mehr darüber, was diese besondere Art von Kunst im einzelnen auszeichnete, wohl aber darüber, was damit eindeutig nicht gemeint sein konnte: die Avantgarde. Mit Ausnahme zweier kleinerer Unterstützungen für den Schriftsteller Jiří Karásek z Lvovic erhielt diese Gruppe, deren Foren die Zeitschriften *Moderní revue*, *Umělecký měsíčník*, *Styl* und anfangs auch die *Volné směry* waren, keinerlei Förderung. Ihre Mitglieder wurden dafür bestraft, daß sie sich daran orientierten, was die *Unabhängigen* in Paris, Munch und Przybyszewski oder *Die Brücke* in Berlin, Heinrich Vogeler in *Worpswede*, Otto Wagner in Wien oder Frank Lloyd Wright in den USA erprobten, statt dabei mitzuhelfen, eine autochthone tschechische Kunst zu entwickeln. Was sollte die Nation bei „Abtrünnigen“ honorieren, die das Konzept einer ethnisch fundierten Nationalkunst, die soziale und politische Aufgaben zu erfüllen hatte, rundweg ablehnten?<sup>17</sup>

Die Spaltung der tschechischen Kunstszene in Establishment und Avantgarde, die nicht nur mit der ČAVU-Gründung zusammenhing, sondern auch mit dem Antritt einer neuen Künstlergeneration, war so tief, daß Julius Zeyer, der wohl bedeutendste tschechische Dichter dieser Zeit, seine Wahl in die Akademie als Beleidigung empfand und zurückwies. In einem offenen Brief, der am 1. 11. 1890 im alttschechischen *Hlas národa* erschien, erklärte er:

Der Ruf der Tschechischen Akademie, wo die schöne Literatur und die Kunst überhaupt eine so untergeordnete Rolle spielen, ist heute schon so allgemein verbreitet, daß er selbst bis nach Vodňany vorgedrungen ist, und dadurch kam es, daß ich aus der Zeitung erfuhr, daß dieses hochlöbliche Gremium angeblich geruht hat, mich zum außerordentlichen Mitglied zu wählen. Ich habe mich darüber zwar gewundert, im großen und ganzen war mir das aber gleichgültig. Als ich jedoch las, daß einige Herren im voraus gefordert hatten, daß ich nicht gewählt würde, weil sie diese Wahl nicht akzeptieren könnten, war ich ein wenig frappiert und unliebsam erregt. Ich sehe nämlich, daß diese großen Götter, die da kürzlich im Museumsgebäude über Gedeih und Verderben ‚jener Kleinen‘ entschieden haben bei einigen der vorgeschlagenen Kandidaten zuvor nachgefragt haben, ob diese die Wahl annehmen würden, genau das bei anderen aber für überflüssig gehalten haben. Höchstwahrscheinlich haben sie gedacht, ‚die‘ werden froh und

<sup>15</sup> Statut der Böhmisches Kaiser Franz Josef Akademie der Wissenschaften, Literatur und Künste, § 1, S. 2.

<sup>16</sup> Fondy a nadace. Základní ustanovení o jednotlivých fondch a nadacích [Fonds und Stiftungen. Grundlegende Bestimmungen für die einzelnen Fonds und Stiftungen]. AAVČR, f. ČAVU, inv. 744–818, k. 275 ff., 279f., 285, 287, 293.

<sup>17</sup> Karásek, Jiří: K naší literární revoluci [Zu unserer literarischen Revolution]. *Moderní revue* 1 (1895) 49–60. – Ders.: Sociální užitečnost umění [Die soziale Verwendbarkeit von Kunst]. *Moderní revue* 2 (1895) 25–28 und 52 ff. – Hlaváček, Karel: Nationalism a Internationalism [Nationalismus und Internationalismus]. *Moderní revue* 5 (1897) 110f. – Marten, Miloš: Kriterium života [Kriterium des Lebens]. *Moderní revue* 14 (1903) 3–13. – Svoboda, Karel: Josef Mánes. *Moderní revue* 17 (1906). – Procházka, Arnošt: Kronika [Chronik]. *Moderní revue* 12 (1901) 70–73. – Ders.: Staré bludy [Alte Irrtümer]. *Moderní revue* 21 (1909) 63–66. – Ders.: Hlasatelé prostřednosti [Propagatoren der Mittelmäßigkeit]. *Moderní revue* 27 (1913) 55–63.

glücklich sein, wenn sie so überhaupt in diese erlesene Gesellschaft gelangen. In diese Kategorie haben sie auch mich eingeordnet.

Ich gehe nicht gern an die Öffentlichkeit, doch jetzt bin ich gezwungen, mich zu verteidigen. Nun, wenn diese Herren so weit aus ihrer Höhe herabgestiegen wären, wäre mir das unangenehm gewesen und sie hätten sich die Wahl erspart, diese Wahl, die ich zwar annehmen *könnte*, aber nicht annehmen *will*.

Die banale Höflichkeit würde es wohl erfordern, daß ich Gründe angäbe oder daß ich mich wenigstens für die Ehre bedanke. Ich werde also unhöflich sein, sollen diese Herren über mich denken, was ihnen beliebt, so wenig liegt mir an ihnen! Und mich bedanken? Das fällt mir auch nicht ein<sup>18</sup>.

Die Behandlung der Künstler mit „Zuckerbrot und Peitsche“ verdeutlicht das zweite Ziel, das die IV. Klasse neben der materiellen Unterstützung der tschechischen Kunstentwicklung verfolgte: Sie wollte diesen Prozeß steuern<sup>19</sup>, indem sie das Gewollte subventionierte und Nonkonformisten ignorierte. Künstler, die das Kriterium der Nationalität nicht erfüllten, wurden nicht in die tschechische Nomenklatur aufgenommen, der anzugehören sich durchaus lohnte.

Wie sehr, läßt sich an der Verteilung der finanziellen Leistungen ablesen, die bis 1914 vergeben worden sind: Von den insgesamt 338 Empfängern waren 65 Akademiemitglieder<sup>20</sup>; diese machten damit zwar nur 19 Prozent der individuell Geförderten aus, erhielten aber 56 Prozent (239010 Kronen) der für diesen Zweck insgesamt verwendeten Mittel. Um es noch deutlicher zu machen: Diese 65 „Großmeister“ vergaben an sich selbst durchschnittlich 3677 Kronen, an die 273 ausgewählten Vertreter des künstlerischen Fußvolkes aber nur durchschnittlich 695 Kronen.

Diese Situation spiegelt sich überall wider: Je höher ein Preis dotiert war, um so größer war der Anteil der Akademiemitglieder an den Preisträgern: mit dem insgesamt fünfzigmal vergebenen Ersten Jahrespreis wurde nur ein einziger Akademiefremder ausgezeichnet – und der war beileibe kein Unbekannter, sondern der Autor des Husdenkmales, das 1915 auf dem Altstädter Ring aufgestellt worden ist. Auch die fünf Künstler (1 Prozent), die kontinuierlich Zuwendungen von der Akademie erhielten und dabei 12 Prozent (50300 Kronen) der Gesamtfördermittel auf sich vereinten, waren allesamt Akademiemitglieder. Das gleiche gilt für die 23 Personen (7 Prozent), die von der IV. Klasse bis 1914 mit 4000 Kronen und mehr ausgestattet worden sind (Spitzenreiter war Jaroslav Vrchlický mit stolzen 26000 Kronen) – insgesamt mit 169650 Kronen oder 40 Prozent der Gesamtfördermittel.

Dabei kam es auch zu Verteilungskämpfen der „Großkopften“ untereinander. Die Sektion für bildende Kunst konnte sich beispielsweise 1893 erst nach langem Tauziehen wenigstens auf die Vergabe des Zweiten Jahrespreises einigen. Als sich die Situation weiter zuzuspitzen drohte, wurde beschlossen, keine Geldpreise mehr, sondern nur noch Ehrenmedaillen zu vergeben. Zwei Jahre lang geschah das auch so. 1896

<sup>18</sup> Zit. n. Vivat Academia. Tvar 2 (1991) Nr. 25, 1 und 4, hier 4.

<sup>19</sup> Bráf, Albín: Jak vznikla Česká akademie. Zit. n. Vivat Academia. Tvar 2 (1991) Nr. 25, 1 und 4, hier 1. Stanley B. Winters verdanke ich den Hinweis, daß dieses Zitat Bráfs Erinnerungen (Život a dílo [Leben und Werk]. Hrsg. v. Josef Gruber und Cyrill Horáček. Praha 1922–1924) entnommen ist.

<sup>20</sup> Die Genannten waren entweder bereits zum Zeitpunkt der Förderung bzw. Preisverleihung Akademiemitglieder oder sie wurden es noch bis 1914.

wurde dann wieder um Prämien gerungen, und die alten Probleme waren wieder da. Doch diesmal fand man einen Ausweg – Josef Václav Myslbek erhielt einen „Ehrenpreis“, und der war zufällig genauso dotiert, wie es der nicht vergebene Erste Preis gewesen wäre<sup>21</sup>.

Im großen und ganzen hielt die Nomenklatur aber zusammen. Als sich derselbe Myslbek 1899 lange nach Ablauf der Antragsfrist um den Ersten Jahrespreis für dasselbe Jahr bewarb, wurde seine Bewerbung nicht zurückgewiesen, und drei Wochen später erhielt er den Preis auch zugesprochen. Und Professor Myslbek war nicht gerade bedürftig<sup>22</sup>.

Der hohe Stellenwert, der dem Kriterium der Nationalität verliehen wurde, wurde von den Dilettanten und Mittelmäßigen gern mißverstanden. So war Herr Josef Janda beispielsweise der Meinung, die Tatsache, daß er sich für einen wahrhaft *tschechischen* Schriftsteller halte, gäbe ihm bereits einen Anspruch auf Unterstützung durch eine Institution, deren Aufgabe ja gerade die Förderung der *tschechischen* Kunst sei. Jedenfalls beschwerte er sich, nachdem seine Anträge an die Akademie bereits wiederholt erfolglos geblieben waren, darüber bei der Landesregierung. Und die nahm den Vorfall ernst genug, um die IV. Klasse brieflich aufzufordern, Stellung zu diesem Vorgang zu beziehen<sup>23</sup>.

In den tschechischen Künstlerkreisen machte sich eine Vorsorgungsmentalität breit, für die das Verhalten der Božena Viková-Kunětická ein besonders anschauliches Beispiel lieferte: Diese mittelmäßige Schriftstellerin, die sich aber der Protektion Josef Václav Sládeks erfreute, war bereits 1892 mit einem der Jubiläumspreise aus Anlaß der ČAVU-Gründung und danach noch dreimal mit einem Dritten Jahrespreis versehen worden. 1910 hatte sie ein neues Theaterstück geschrieben und danach versucht, es auf die Bühne des Nationaltheaters zu bringen. Sechsmal war ihr das zuvor schon gelungen<sup>24</sup>. Doch diesmal lehnte die Intendantur ab, und auch ihr Verleger weigerte sich, ihr ein Honorar zu zahlen. Also wandte sie sich an die IV. Klasse, deren Vorsitz zu dieser Zeit ihr Gönner innehatte, – und sie wurde für die Hlávka-Stiftung vorgeschlagen! Deren Jury lehnte aber „wegen der tatsächlichen Schwäche dieser Arbeit“ ab<sup>25</sup>.

Vom Standpunkt der modernen europäischen Kunstentwicklung war das Vorgehen der IV. Klasse der ČAVU also nicht unproblematisch. Trotzdem war sie vor dem Ersten Weltkrieg die wichtigste Einrichtung für die Förderung der tschechischen Kunst. Hier hat sie vor allem eine beachtliche Breitenwirkung entfaltet. Und einige ihrer Mitglieder haben ihre Wahl genauso wirklich verdient wie zahlreiche Preisträger und Förderungsempfänger ihre Auszeichnung.

Die meisten der dargestellten Probleme und Auswüchse kommen auch überall an den Akademien unserer Tage vor. Auch dort ziehen die wenigen bedeutenden

<sup>21</sup> Protokoly o schůzích IV. třídy, 9. 4. 1894, 10. 11. 1894, 27. 11. 1895, 28. 11. 1896.

<sup>22</sup> Protokoly o schůzích IV. třídy, 25. 10. und 16. 11. 1899.

<sup>23</sup> Protokoly o schůzích IV. třídy, 7. 10. 1911.

<sup>24</sup> Procházka, Arnošt: Časopisy [Zeitschriften]. Moderní revue 1 (1895) 92f. – Ders.: Hádanky [Rätsel]. Moderní revue 19 (1907) 291ff. – Rutte, Mirko: Několik poznámek o správě Národního divadla [Einige Bemerkungen über die Leitung des Nationaltheaters]. Moderní revue 23 (1911) 517–523.

<sup>25</sup> Protokoly o schůzích IV. třídy, 24. 11. 1910.

Künstler nur sehr selten ein. Und wenn, dann zetteln sie meist Revolutionen an und verlassen unabhängig von deren Ausgang den Bereich der „veranstalteten Kunst“ recht bald wieder.

Der Fall der ČAVU zeichnet sich allerdings durch die besondere politische Funktion der Tschechischen Akademie aus, die Aufgaben übernahm, die vergleichbaren Institutionen im heutigen Europa höchstens noch am Rande gestellt werden. Sie mußte die noch fehlenden Bausteine für eine neue „Kulturnation“ zuerst herstellen und dann mit den bereits vorhandenen zusammenfügen. Außerdem sollte sie im Ausland um Anerkennung für die fertige Konstruktion werben. Diese Sonderrolle und -situation hat kulturideologische Blindheit gefördert und sachliche wie persönliche Auseinandersetzungen durch die Enge der Verhältnisse verschärft.

Trotzdem hat die ČAVU die ersten beiden Aufträge im Zusammenspiel mit anderen kulturellen Funktionsträgern der tschechischen Nation erfüllt. Auf dem dritten Sektor hat sie längst nicht alle Ziele erreicht, die ihr gesteckt wurden. So ist es der Akademie etwa trotz fünfmaligen Vorschlages (1904–1907 und 1912) und einer breitangelegten Kampagne nicht gelungen, dafür zu sorgen, daß Jaroslav Vrchlický mit dem Literatur-Nobelpreis ausgezeichnet wurde, was einen enormen Propagandaerfolg bedeutete<sup>26</sup>. Sie hat aber in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg dazu beigetragen, den Boden für spätere Erfolge der tschechischen Kunst im Ausland zu bereiten.

---

<sup>26</sup> Akce. Návrhy na udělení Nobelovy ceny Jaroslavu Vrchlickému [Aktionen. Vorschläge zur Erteilung des Nobelpreises an Jaroslav Vrchlický]. AAVČR, f. ČAVU, inv. 700, k. 269. – Čornej, Petr und Pokorný, Jiří: Jak jsme nedostali Nobelovu cenu. [Wie wir den Nobelpreis nicht bekommen haben]. Tvar 3 (1992) Nr. 5, 1 und 4f.

DIE TSCHECHISCHE GESCHICHTE IN DEUTSCHEN  
HISTORISCHEN FACHZEITSCHRIFTEN:  
EINE QUANTITATIVE ANALYSE

*Von Dieter Schallner*

Die Erfolge jeder Wissenschaft pflegen daran gemessen zu werden, welches Echo der jeweilige wissenschaftliche Bereich im Ausland hervorruft. Unter diesem Gesichtspunkt ist es gewiß interessant, danach zu fragen, welche Resonanz die tschechische historische Wissenschaft im benachbarten Deutschland findet. Nimmt man den umgekehrten Fall, so stellt man fest, daß das Interesse der tschechischen Historiker an den deutschen Ländern und an den Forschungsergebnissen der deutschen historischen Wissenschaft enorm ist<sup>1</sup>. Fragen wir weiter: ist das Interesse der deutschen Historiker an den böhmischen Ländern vergleichbar mit ihrem Interesse an anderen Ländern, die Deutschland im Hinblick auf territoriale Ausdehnung, geographische Lage und Bevölkerungszahl ähneln, oder sind diese anderen Ländern für Deutschland mehr oder weniger „Partnerländer“, d. h. in Europa vor allem Frankreich und Großbritannien?

Insbesondere anhand der Häufigkeit von Rezensionen in ausgewählten historischen Fachzeitschriften läßt sich dieses Interesse quantifizieren, wobei zu berücksichtigen ist, daß der zeitliche Abstand zwischen dem Erscheinen eines Buches und seiner Rezension die Quantifizierung selbstverständlich verzerrt. Deshalb wurden drei historische Fachzeitschriften ausgewählt: die *Historische Zeitschrift*, die *Zeitschrift für Ostforschung* und die *Bohemia*. Diese Zeitschriften unterscheiden sich nach ihrer Struktur und Ausrichtung erheblich<sup>2</sup>. Daraus ergibt sich auch, daß der Aussagewert dieser Zeitschriften zu unserer Problematik jeweils anders einzuordnen ist. Das Interesse der deutschen Geschichtswissenschaft an der tschechischen Geschichte läßt sich besser anhand der *Zeitschrift für Ostforschung* verfolgen, während uns die *Historische Zeitschrift* einen besseren Vergleich mit dem Interesse deutscher Historiker an der Geschichte einiger ausgewählter europäischer Länder ermöglicht.

---

<sup>1</sup> Vgl. Pešek, Jiří: *České a světové dějepisectví v současnosti* [Die tschechische Geschichtsschreibung und die Geschichtsschreibung in der Welt in der Gegenwart]. In: VII. sjezd českých historiků: Praha 24.–26. září 1993 [VII. Kongreß der tschechischen Historiker: Prag 24.–26. September 1993]. Praha 1994, 97–107.

<sup>2</sup> Die *Historische Zeitschrift* ist eine gesamtdeutsche historische Zeitschrift mit alter Tradition. Mit der tschechisch-böhmischen Problematik befaßt sich die *Zeitschrift* nur am Rande, vor allem gerade in Rezensionen. Nur in den sechziger Jahren veröffentlichte die *Zeitschrift* auch einige Aufsätze zu den böhmischen Ländern. Die *Zeitschrift für Ostforschung* erscheint seit 1952 als Zeitschrift des Marburger Herder-Instituts; sie stellt tschechischen Themen wesentlich mehr Raum zur Verfügung. Ausschließlich mit der böhmisch-tschechischen Geschichte befaßt ist die *Zeitschrift Bohemia*.

Die in dieser Abhandlung benutzten Begriffe „tschechische Problematik“ und „tschechische Geschichte“ bezeichnen historische Vorgänge und Ereignisse, die auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik stattgefunden haben. Die Zahlenangaben, die im Text vorkommen oder in den Graphiken dargestellt werden, ergeben sich aus der einfachen Addition der Zahlen von Artikeln und Rezensionen in den genannten historischen Fachzeitschriften<sup>3</sup>.

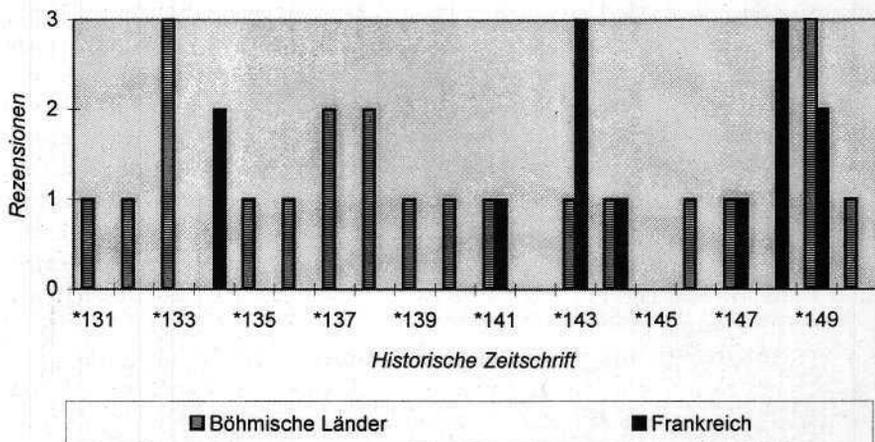
Im Hinblick auf unser Thema ist es zwar marginal, gleichwohl nicht uninteressant, nach der Beschaffenheit der Bestände böhmischer und mährischer Bibliotheken zu fragen, in denen man sich die *Historische Zeitschrift*, die *Zeitschrift für Ostforschung* und die *Bohemia* ausleihen bzw. diese benutzen kann. Seit dem Ende der fünfziger Jahre wurden diese Zeitschriften regelmäßig bezogen; im zweiten Drittel der siebziger Jahre verschwinden die *Historische Zeitschrift* und die *Zeitschrift für Ostforschung* aus den tschechischen Bibliotheken mit dem Hinweis darauf, daß beiden Zeitschriften das „Recht auf Verbreitung“ entzogen worden sei. Die *Bohemia* wurde zu Beginn der neunziger Jahre „nachträglich erworben“, die Bestände der *Historischen Zeitschrift* und der *Zeitschrift für Ostforschung* wurden lediglich für die späten achtziger Jahre ergänzt. Zu den politischen und den mit der Zensur verbundenen Schwierigkeiten kamen nun offenbar auch finanzielle Probleme hinzu, wobei das eine mit dem anderen zusammenhängen konnte.

Die ersten Rezensionen von Arbeiten zur Geschichte der böhmischen Länder verzeichnen wir in der *Historischen Zeitschrift* erst seit dem Jahr 1925; von diesem Zeitpunkt an finden sich in jeder Nummer ein bis zwei Rezensionen. Gegen Ende der dreißiger Jahre nimmt die Zahl der Rezensionen deutlich zu, bedingt dadurch, daß die *Historische Zeitschrift* sudetendeutschen Historikern (vor allem Josef Pfitzner), die verschiedentlich auch über die tschechische Geschichtswissenschaft informierten, Publikationsmöglichkeiten bot. Tschechische Historiker haben in der Zwischenkriegszeit in der *Historischen Zeitschrift* nicht veröffentlicht. Dennoch trugen die Rezensionen der sudetendeutschen Historiker dazu bei, daß die tschechoslowakische Vorkriegsrepublik gleich neben Frankreich rangierte, wie aus Diagramm 1 ersichtlich ist. Dies ist um so interessanter, als Frankreich – wie wir später zeigen werden – im Hinblick auf die Zahl der Rezensionen die höchsten Werte erreichte, die sich nur mit den Zahlen für Großbritannien vergleichen lassen.

Eine weitere Zunahme des Interesses an der Geschichte der böhmischen Länder ist gegen Ende der fünfziger Jahre festzustellen. Dieser Trend setzte sich – mit kleineren Abweichungen – bis in das erste Drittel der siebziger Jahre fort. Typisch für diesen Zeitabschnitt ist, daß ein Teil der in der *Historischen Zeitschrift* zur tschechischen Geschichte publizierten Rezensionen von František Graus stammt. Die Beziehungen

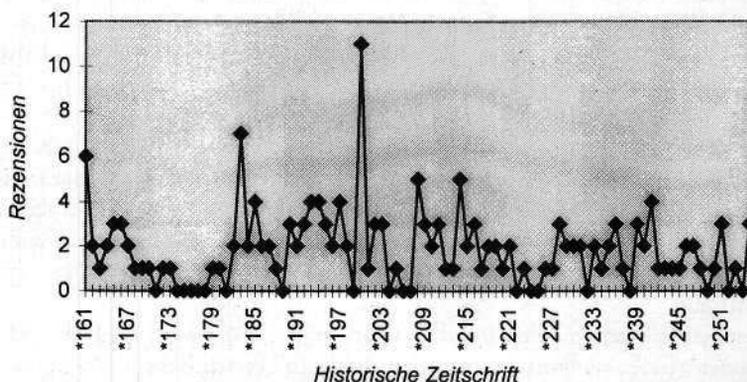
<sup>3</sup> Um diese Arbeit der Zusammenstellung von Aufsätzen und Rezensionen zu beschleunigen, wären die Register der *Historischen Zeitschrift* von Vorteil, wenn die Art der Registrierung von Rezensionen und Aufsätzen nicht Probleme aufwerfen würde. Die meisten Aufsätze und Rezensionen zu den böhmischen Ländern werden in den Registern der *Historischen Zeitschrift* in die Rubrik „österreichische Länder“ eingeordnet, viele – vor allem für das Mittelalter – „gehen verloren“, weil sie der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation zugeschlagen werden.

Diagramm 1



zur deutschen historischen Wissenschaft wurden enger. Vor allem in den sechziger Jahren veröffentlichte eine Reihe westdeutscher Bohemisten (Seibt, Prinz, Hoensch) ihre ersten Arbeiten. Niemals zuvor – und merkwürdigerweise niemals danach – war das Interesse an der tschechischen Geschichte größer. Ein leichter Anstieg dieses Interesses ist gegen Ende der achtziger Jahre zu verzeichnen, doch der politische Umbruch des Jahres 1989 hinterließ keine auffälligen Spuren. Auch nach 1989 finden wir im Durchschnitt in jeder Nummer der Historischen Zeitschrift höchstens drei Rezensionen von Untersuchungen zur tschechischen Geschichte (s. Diagramm 2).

Diagramm 2

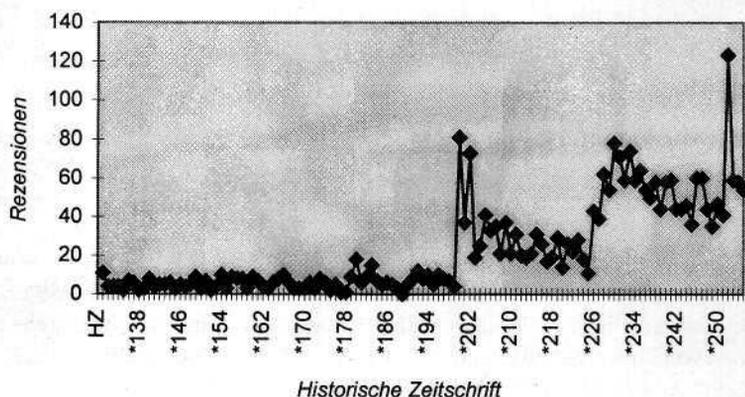


Dieses zunächst etwas konturlose Bild des Interesses der deutschen Historiographie an der Geschichte der böhmischen Länder können wir durch einen Vergleich mit

anderen europäischen Ländern in ein schärferes Licht setzen. Hierzu bieten sich Dänemark oder die Niederlande an, deren politisch-geographische Situation derjenigen Deutschlands ähnelt. Auch die Länder des ehemaligen „Ostblocks“ sind für einen solchen Vergleich geeignet. Für diesen wurden außerdem Großbritannien und Frankreich herangezogen.

Die deutsche Historiographie hat sich in der Zwischenkriegszeit und in den vierziger und fünfziger Jahren vorwiegend mit der deutschen Geschichte beschäftigt. Der Boom des Interesses an der Geschichte anderer Länder setzte erst um die Mitte der sechziger Jahre ein, wie Diagramm 3 veranschaulicht, die die Entwicklung der Anzahl der Rezensionen zu nichtdeutschen Ländern in den einzelnen Nummern der Historischen Zeitschrift darstellt:

Diagramm 3

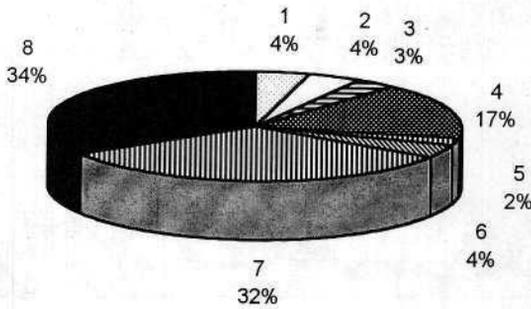


Für unsere Zwecke ist es daher sinnvoll, die Zahlenangaben zu ausgewählten Ländern erst seit Nr. 200 der Historischen Zeitschrift miteinander zu vergleichen, d. h. seit dem Jahr 1965. Die Angaben zu dem vorhergehenden Zeitraum belegen lediglich, daß das Interesse der deutschen Geschichtswissenschaft an anderen europäischen Ländern – ausgedrückt durch Rezensionen in der Historischen Zeitschrift – im Vergleich zu dem Interesse an der eigenen Geschichte nur als minimal bezeichnet werden kann. Im Zeitraum zwischen 1965 und etwa dem Ende der siebziger Jahre steigt die Häufigkeit der uns hier interessierenden Rezensionen, wobei es sich aus heutiger Sicht eher um durchschnittliche Zahlenwerte handelt (s. Diagramm 3). Zumal seit dem Beginn der achtziger Jahre nimmt die Häufigkeit der Rezensionen in der Historischen Zeitschrift zu.

In dem hier relevanten Zeitraum, d. h. seit dem Jahr 1965, weist die Häufigkeit der Rezensionen zu den von uns ausgewählten Ländern beträchtliche Unterschiede auf. Von daher können wir diese Länder in zwei Gruppen einteilen:

- 1) Länder, auf die mehr als zehn Prozent aller Rezensionen zur außerdeutschen Geschichte entfallen; dies sind Frankreich (8), Großbritannien (7) und Rußland (4);

Diagramm 4



2) Länder, auf die weniger als zehn Prozent aller Rezensionen zur außerdeutschen Geschichte entfallen; dies sind die böhmischen Länder (1), Polen (2), Ungarn (3), Dänemark (5) und die Niederlande (6).

Die in Diagramm 4 dargestellten prozentualen Anteile der eben genannten Länder machen deutlich, daß es keinen Sinn ergibt, zwei Gruppen mit derart unterschiedlichen Anteilen an den gesamten Rezensionen zur außerdeutschen Geschichte miteinander zu vergleichen. Ein Gesamtvergleich erübrigt sich also, und wir können feststellen, daß sich die Historische Zeitschrift in höherem Maße eher für die großen westeuropäischen Länder wie Großbritannien und Frankreich interessiert. Den Län-

Diagramm 5

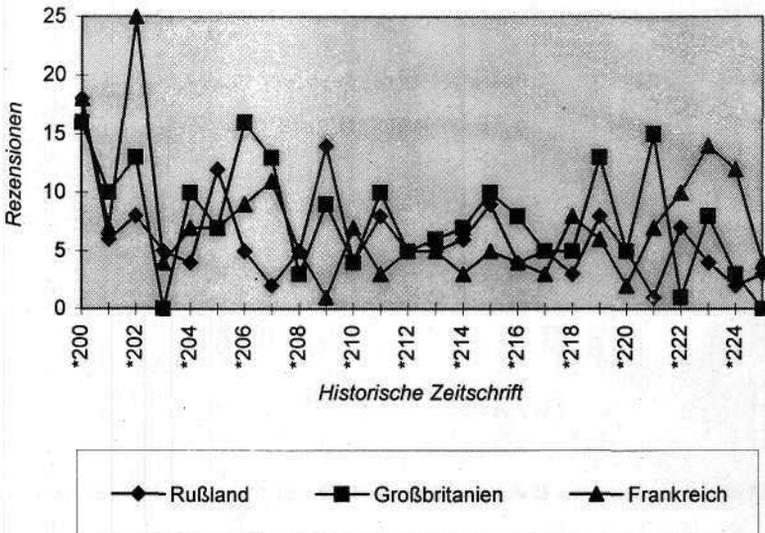
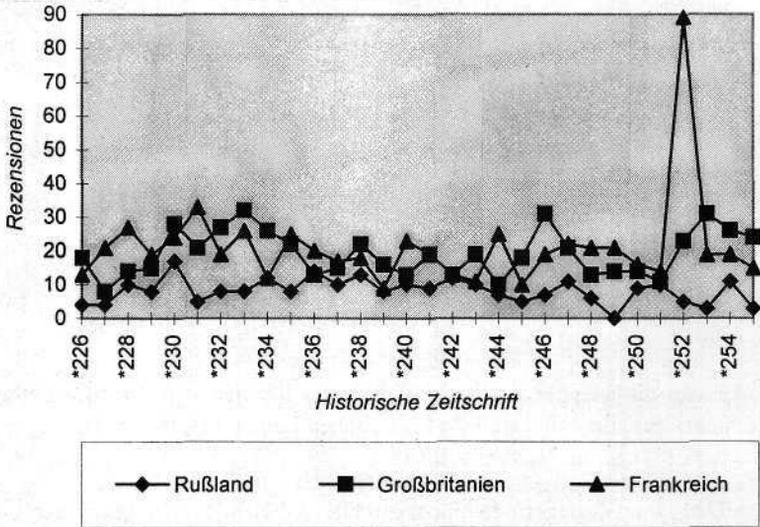


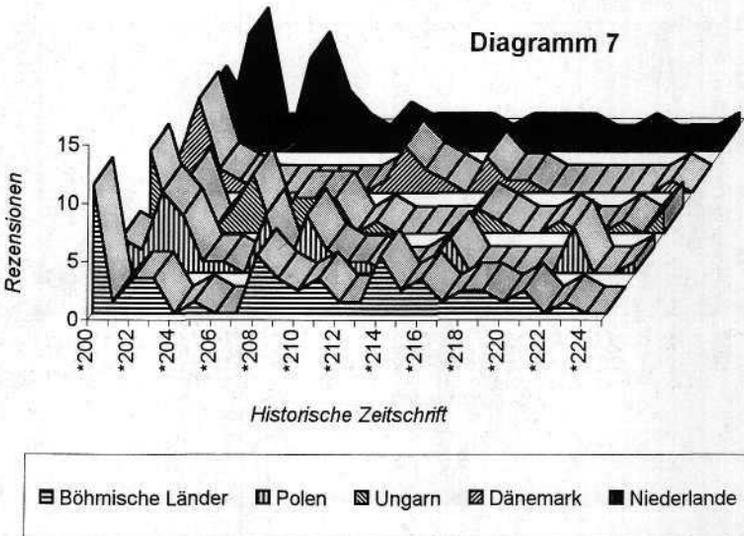
Diagramm 6



dern, die von ihrer politisch-geographischen Lage her Deutschland ähneln, bringt die Zeitschrift im großen und ganzen das gleiche Interesse entgegen. Polen weicht davon in einigen Nummern der Zeitschrift mit einem etwas höheren Anteil ab, ebenso Dänemark, dem in einigen Nummern der Historischen Zeitschrift minimales Interesse gewidmet wird.

In der Gruppe derjenigen Länder, auf die mehr als zehn Prozent aller Rezensionen zur außerdeutschen Geschichte entfallen, nehmen Frankreich und Großbritannien eine führende Position ein (s. Diagramme 5 und 6). Aus Diagramm 6 geht hervor, daß

Diagramm 7



anlässlich des 200. Jahrestages der Französischen Revolution ein erheblicher Teil der Rezensionen Darstellungen dieses Ereignisses gewidmet wurde, so daß die Gesamtzahl der Frankreich betreffenden Rezensionen weit über dem Durchschnittswert liegt. Rußland rangiert in dieser Gruppe unter dem Durchschnitt und findet bei weitem nicht die Aufmerksamkeit, wie sie Frankreich und Großbritannien beanspruchen.

In der Gruppe der „Kleinen“, deren Anteile an den Rezensionen in den Diagrammen 8a und 8b dargestellt werden, liegt Polen an der Spitze. Die Tschechische

Diagramm 8a

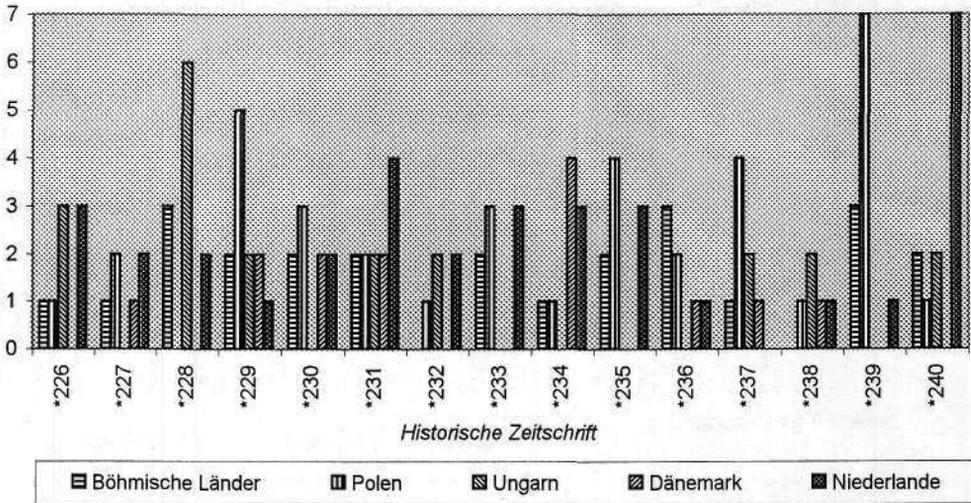
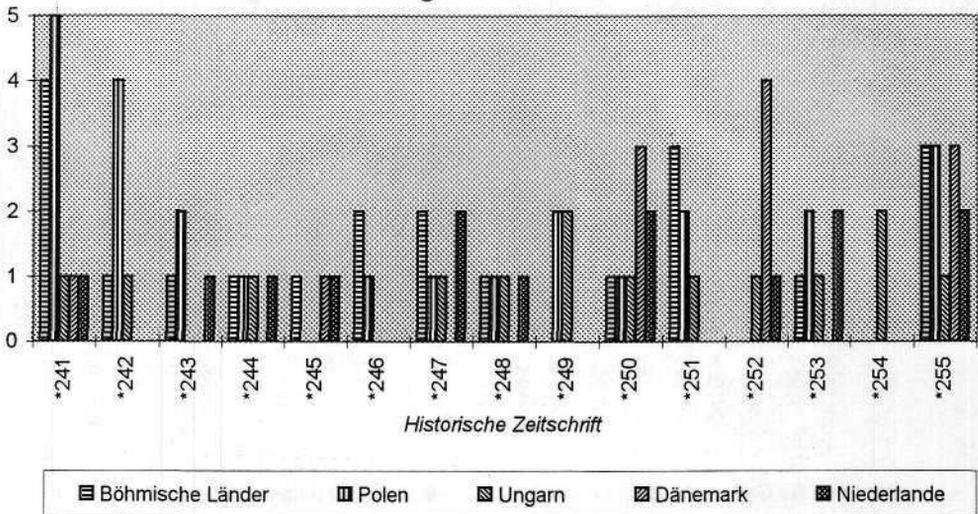
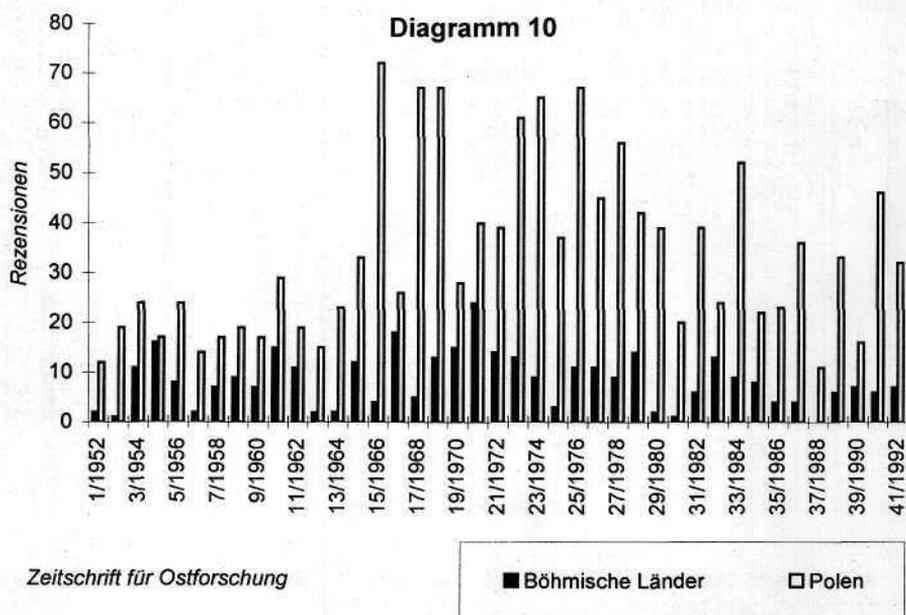
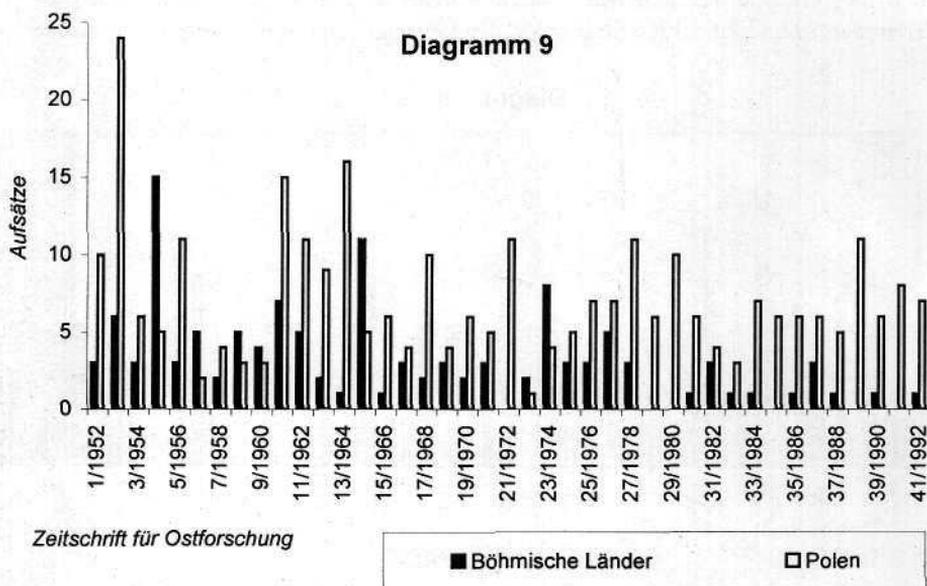


Diagramm 8b



Republik, die Niederlande und Ungarn sind durchschnittlich vertreten, auch wenn sich diese Positionen in letzter Zeit etwas angeglichen haben.

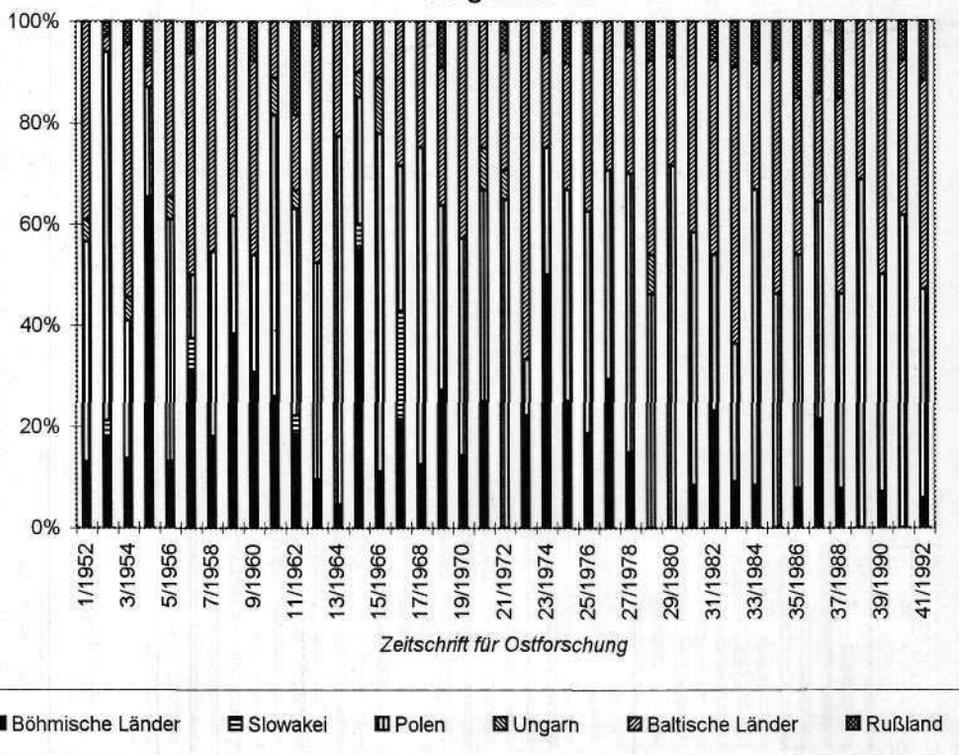
Zu welchen Ergebnissen kommen wir bei der Analyse der Rezensionen und der Aufsätze in der Zeitschrift für Ostforschung? Stellt man zunächst die böhmischen Länder und Polen gegenüber, und zwar einmal im Hinblick auf Aufsätze (s. Diagramm 9) und zum anderen im Hinblick auf Rezensionen (s. Diagramm 10), so ist auf-



fällig, daß das Interesse an den böhmischen Ländern zu Beginn der achtziger Jahre sinkt, während zugleich die Zahlen der Aufsätze und Rezensionen zu polnischen Themen steigen. Es ist zu vermuten, daß es sich hier um eine Reaktion auf die politischen Vorgänge in Polen zu jener Zeit handelt.

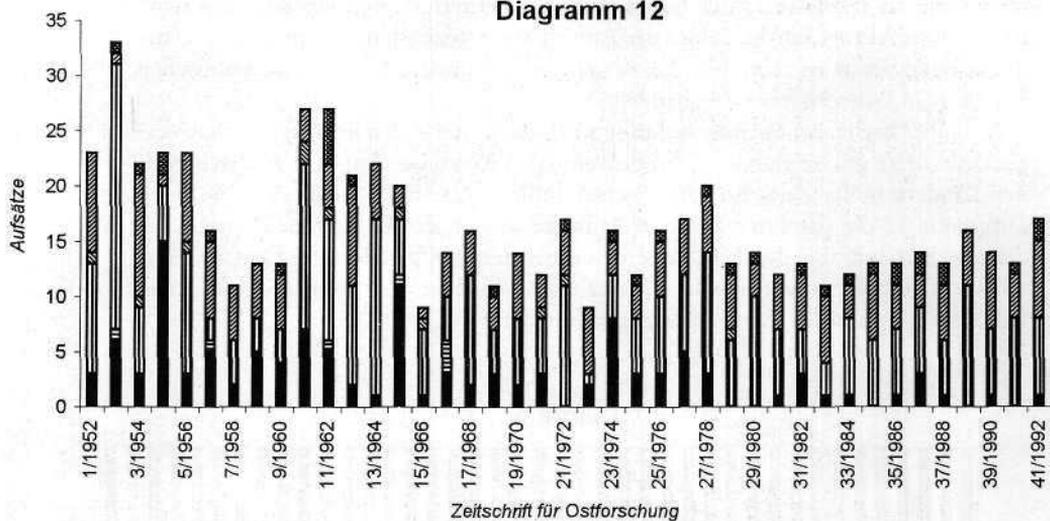
Auf einer breiteren, über die böhmischen Länder und Polen hinausgehenden Vergleichsbasis zeigt Diagramm 11 den prozentualen Anteil der Aufsätze zu den einzelnen Ländern in der Zeitschrift für Ostforschung im Zeitraum 1952–1992, während Diagramm 12 die absolute Zahl der Aufsätze wiedergibt. Diagramm 13 macht für den gleichen Zeitraum deutlich, daß die Rezensenten der Zeitschrift für Ostforschung vor allem mit Polen und den baltischen Ländern befassten, während der Slowakei und Ungarn nur minimales Interesse entgegengebracht wird.

Diagramm 11



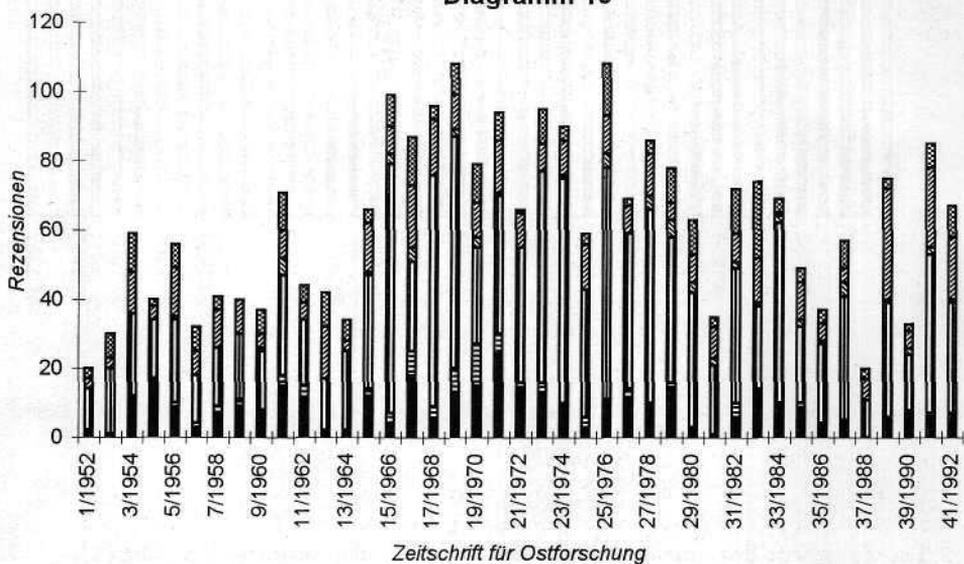
Die Zeitschrift Bohemia beschäftigt sich ausschließlich mit der böhmischen Geschichte. Daher stellt sich nicht die Frage nach der Häufigkeit von Aufsätzen und Rezensionen, die die Tschechische Republik betreffen. Dagegen kann diese Zeitschrift darüber Aufschluß geben, mit welchem Zeitraum der böhmischen/tschechi-

Diagramm 12



■ Böhmisches Länder    ▨ Slowakei    ▩ Polen    ▤ Ungarn    ▧ Baltische Länder    ▦ Rußland

Diagramm 13



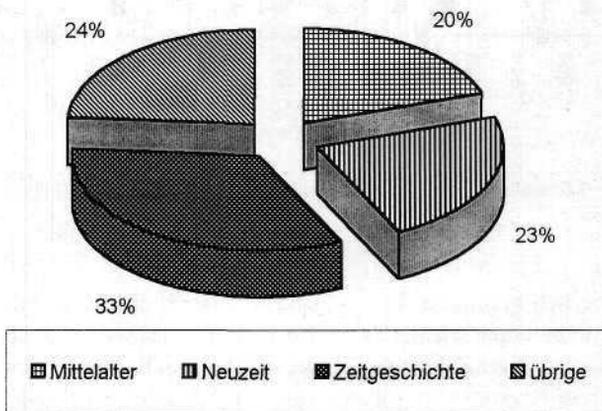
■ Böhmisches Länder    ▨ Slowakei    ▩ Polen    ▤ Ungarn    ▧ Baltische Länder    ▦ Rußland

schen Geschichte sich die deutschen Bohemisten am häufigsten befassen. Für unsere Zwecke führen wir vier Kategorien ein:

- 1) Mittelalter, d. h. der Zeitraum vom 9. Jahrhundert bis 1648,
- 2) Neuzeit, d. h. der Zeitraum 1648–1918,
- 3) Zeitgeschichte, d. h. der Zeitraum von 1918 bis zur Gegenwart,
- 4) übrige, d. h. Aufsätze, die sich nicht direkt auf einen der drei genannten Zeiträume beziehen.

Für die Zeit seit dem Jahr 1960 bis 1992 ergeben sich danach folgende Anteile für die vier Kategorien (Diagramm 14):

Diagramm 14

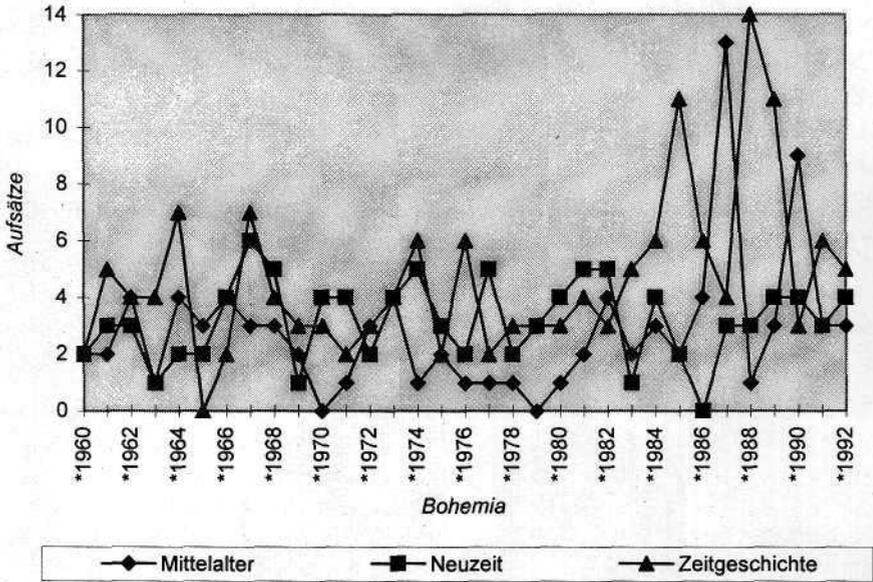


Im großen und ganzen handelt es sich also jeweils um ein Viertel, wobei die Zeitgeschichte das größte Interesse findet. Die anderen Zeiträume kommen jedoch mit ihren prozentualen Anteilen der Zeitgeschichte sehr nahe. In Diagramm 15 sind die Zeiträume Mittelalter, Neuzeit und Zeitgeschichte mit ihren Anteilen für die Zeit 1960–1992 auf die einzelnen Jahre umgelegt.

Die tschechische Geschichte nimmt in der deutschen Historiographie insgesamt keinen herausragenden Platz ein. Nur in der Zeitschrift *Bohemia* läßt sich das Interesse der deutschen Bohemisten an der tschechischen Geschichte erkennen. Dieses Interesse ist auf alle Perioden der tschechischen Geschichte fast gleichmäßig verteilt, ohne jegliche Ausnahmen und Abweichungen.

Die sogenannte Ostforschung wird durch die Zeitschrift für Ostforschung repräsentiert. Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen, daß sich diese Zeitschrift etwa bis zu den siebziger Jahren vorwiegend den ehemaligen „deutschen Ostgebieten“ widmete, d. h. dem heutigen Polen und den baltischen Ländern, Gebieten, in denen früher Deutsche gelebt hatten. In letzter Zeit läßt die Zeitschrift für Ostforschung erkennen, daß diese Tendenzen überwunden werden.

Diagramm 15



Länder, die sich gegenüber Deutschland in einer ähnlichen politisch-geographischen Situation befinden wie die Tschechische Republik, weisen in der Historischen Zeitschrift vergleichbare Zahlen von Rezensionen auf. Die Historische Zeitschrift ist jedoch in ihrem Rezensionsteil überwiegend auf Länder wie Großbritannien und Frankreich ausgerichtet. Dabei muß allerdings betont werden, daß sich die deutsche historische Wissenschaft erst in den sechziger Jahren außerdeutschen Themen zuzuwenden begann. Bis dahin gab es nur ein sporadisches Interesse an anderen europäischen Ländern. Die böhmischen Länder fanden jedoch in der Historischen Zeitschrift aufgrund der Beiträge sudetendeutscher Historiker verhältnismäßig oft Berücksichtigung.

## ZUM VERLAUF DER „SAMTENEN REVOLUTION“ IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Von Rüdiger Kipke

Die „Samtene Revolution“ jährte sich im November 1996 zum siebenten Mal. In wenigen Tagen war damals die Machtfrage entschieden worden, das alte Regime mußte dem „Druck der Straße“ weichen. Der nachfolgende Beitrag zeigt Ereignisse und Entwicklungen jener Zeit auf.

### *Entwicklung der politischen Opposition vor der Wende*

Organisationen der politischen Opposition gab es in der Tschechoslowakei bis zum Jahre 1986 nur zwei, die Charta 77 und den Ausschuß zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter (VONS), der mit der Charta 77 personell eng verflochten war. Im Jahre 1987 gründeten dann Mitglieder der Charta die Polnisch-Tschechische Solidarität (PČS). Alle diese Organisationen wirkten fast ausschließlich in der Hauptstadt Prag. Daneben entstanden im Jahre 1987 auch die ersten Gruppierungen, die außerhalb des Umfeldes der Charta tätig wurden. Es handelte sich vor allem um die Tschechoslowakische Demokratische Initiative (ČDI), den Ausschuß zur Verteidigung der Rechte der ungarischen Minderheit in der Slowakei (VOPMM), um die Zliner Gemeinschaft der USA-Freunde (SPUSA) sowie um die Pilsener T. G. Masaryk-Gesellschaft. Außer durch die Existenz dieser – mehr oder minder locker – organisierten Opposition manifestierte sich politische Unzufriedenheit in vielfältiger Form. Zu einem bemerkenswerten öffentlichen Votum der katholischen Kirche im Lande gegen das Regime geriet die Petition für Religionsfreiheit, die zum Jahreswechsel 1987–88 von annähernd 500.000 Menschen unterschrieben worden war. Die Forderungen der Petenten wurden am 25. März 1988 von Kardinal František Tomášek bei der ersten nicht-offiziellen Massenkundgebung seit dem Jahre 1969, der sog. Kerzendemonstration in Bratislava, an der etwa 15.000 Menschen teilnahmen, unterstützt<sup>1</sup>.

Im Jahre 1988 und mehr noch in den ersten Monaten des Jahres 1989 schossen die oppositionellen Gruppierungen wie Pilze aus dem Boden. Von Bedeutung war nicht nur ihr schneller zahlenmäßiger Anstieg, sondern auch ihre stärkere politische Profilierung und insbesondere ihr Vordringen in breitere Bevölkerungsschichten. So entstanden neben den Organisationen der ehemaligen Reformkommunisten, die sich im Club für sozialistische Umgestaltung *Obroda* (Erneuerung) sowie in der Gesellschaft für das Studium des Demokratischen Sozialismus zusammenfanden, auch solche, die der liberalen Rechten, der monarchistischen Bewegung sowie anderen politischen

<sup>1</sup> Vgl. Renner, Hans/Samson, Ivo: *Dejiny Československa po roku 1945* [Geschichte der Tschechoslowakei nach dem Jahre 1945]. Bratislava 1993, 187 u. 192 f.

Richtungen zuzuordnen sind. Zu erwähnen bleiben noch die Initiative für die Verteidigung sozialer Grundrechte und der Klub für Rechtsberatung, die beide politisch Verfolgten Beratungshilfe anboten. Schließlich soll der Hinweis auf die zahlreichen christlichen sowie Friedens- und Jugendgruppen nicht fehlen, die in dieser Zeit gegründet wurden. Diese unabhängigen Organisationen und Gruppierungen zählten in aller Regel nur einige Dutzend Mitglieder. Die größte und bis zum November 1989 dominierende Oppositionsgruppe war die Charta 77.

Daneben gab es offizielle Institutionen, die durch ihre Aktivitäten in die Kritik der KPTsch gerieten und faktisch in eine politische Oppositionsrolle gerückt wurden. Ein markantes Beispiel dafür ist das Schicksal der Jazz-Sektion, ein Zweig des damaligen offiziellen Musikerverbandes, zu deren Aufgaben insbesondere die Veranstaltung von Konzerten und Ausstellungen sowie die Herausgabe diverser Publikationen gehörte. Die Jazz-Sektion publizierte auch Werke von mißliebigen Autoren. Im September 1986 wurde ihre Tätigkeit eingestellt; sieben leitende Mitarbeiter wurden danach angeklagt und wegen unerlaubter unternehmerischer Tätigkeit zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt<sup>2</sup>.

In der kommunistischen Partei selbst hatten sich in den achtziger Jahren Gruppierungen gebildet, die radikale Reformen forderten. Dazu gehörte eine Gruppe um Lubomír Štrougal. Als Ministerpräsident hatte er im Jahre 1983 grundlegende Wirtschaftsreformen verlangt und diese Forderung in späteren Jahren wiederholt. Štrougal kämpfte für seine Vorstellungen innerhalb der Parteistrukturen, an denen er letztlich scheiterte. Im Herbst 1988 wurde er vom Amt des Ministerpräsidenten entbunden und durch Ladislav Adamec ersetzt, der ebenfalls auf Reformen drängte. Beiden, Štrougal wie auch Adamec, ging es um die Wirtschaft, nicht dagegen um eine Demokratisierung des politischen Systems.

Am Ende der achtziger Jahre hatte die Kommunistische Partei das Informationsmonopol weitgehend verloren. Mitte 1989 wurden etwa 130 Oppositionszeitschriften gezählt. Es gab mehrere autonome Büchereditionen. Die unmittelbare Wirkung der Samizdat-Literatur blieb indessen beschränkt. Nur 1% der Bevölkerung las diese regelmäßig und 8% gelegentlich<sup>3</sup>. Eine viel größere Rolle spielten die Programme ausländischer Fernseh- und Rundfunkanstalten. Die Zuschauer- resp. Hörerzahlen nahmen deutlich zu. Im Juni 1989 empfangen 43% der Bevölkerung wenigstens eine westliche Rundfunkstation. Auch die Popularität des sowjetischen Fernsehens stieg erheblich, und deutschsprachige Fernsehsender wurden in dieser Zeit von 37% der Bevölkerung empfangen<sup>4</sup>.

<sup>2</sup> Vgl. Ježek, Vladimír (Hrsg.): *Kde domov můj? 72 let Československa* [Wo ist meine Heimat? 72 Jahre Tschechoslowakei]. Praha 1992, 197. – Otáhal, Milan: *Der rauhe Weg zur „samtenen Revolution“*. Vorgeschichte, Verlauf und Akteure der antitotalitären Wende in der Tschechoslowakei. Köln 1992, 76 (Veröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 25/1992).

<sup>3</sup> Vgl. Krejčí, Oskar: *Proč to prasklo. Hovory o demokracii a „sametové revoluci“* [Warum es zum Bruch kam. Gespräche über Demokratie und die „samtene Revolution“]. Praha 1991, 50.

<sup>4</sup> Vgl. Krejčí: *Proč to prasklo* 52f.

*Der „heiße Januar“ 1989*

Die erste Großkundgebung der politischen Opposition nach fast 20 Jahren fand im Sommer 1988 in Prag statt. Am 21. August, dem Jahrestag des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR, demonstrierten in Prag über 10000 Menschen mit den Rufen „Dubček“ und „Masaryk“, was der Forderung nach substantiellen Reformen gleichkam. Die Charta 77 sowie andere unabhängige Gruppierungen veranstalteten im selben Jahr weitere Demonstrationen am tschechoslowakischen Nationalfeiertag, dem 28. Oktober, sowie am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember. Die Demonstrationen der Opposition vom Januar 1989, in der sog. „Palach-Woche“, kann man als ein Vorspiel zur „Samtenen Revolution“ im November desselben Jahres ansehen. Mehrere Gruppierungen hatten Anfang Januar erklärt, daß sie am 15. des Monats auf dem Prager Wenzelsplatz eine kurze Gedenkfeier für Jan Palach<sup>5</sup> veranstalten wollten. Eine behördliche Erlaubnis dafür wurde beantragt, aber nicht erteilt<sup>6</sup>. Die Veranstaltung fand dennoch statt und wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst. An den folgenden Tagen kam es wiederholt zu Protestkundgebungen, die teilweise in heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei endeten<sup>7</sup>. Das harte Durchgreifen der Ordnungskräfte war wohl die Ursache dafür, daß die Demonstrationen auf dem Wenzelsplatz für längere Zeit aufhörten. Erwartungsgemäß sah die politische Führung in den Januar-Ereignissen nur eine Provokation, die durch westliche Diversionen im Zusammenwirken mit den Anführern der Charta 77 angezettelt worden sei. Der Schriftsteller Václav Havel, langjähriger Dissident und führender Chartist, hatte die Vorgänge freilich mit anderen Augen wahrgenommen: „Es passierte etwas, was mir nie in den Sinn gekommen wäre. Das unnötige Vorgehen der Sicherheitsorgane gegen diejenigen, die in aller Stille und ohne öffentliches Aufsehen Blumen an der Wenzels-Statue niederlegen wollten, machten aus ganz zufälligen Passanten eine protestierende Menge. Erst da wurde mir bewußt, wie tief wohl die Unzufriedenheit der Bürger sein mußte, wenn etwas Derartiges passieren konnte.“<sup>8</sup>

*Die kommunistische Partei gerät in Bedrängnis*

Die politische Führung reagierte auf den wachsenden politischen Druck der Opposition nicht nur mit dem Einsatz ihrer Polizeikräfte und mit propagandistischen Kampagnen, sondern auch mit konkreten politischen Schritten. Demonstrationen im Prager Zentrum wurden verboten. Die strafrechtlichen Sanktionen für „Vereitelung der Tätigkeit von öffentlichen Organen“ und für „Störung der öffentlichen Ordnung“ wurden erhöht. Zu einem Vergehen im strafrechtlichen Sinne zählte nun auch die nichtgenehmigte Herausgabe und Verbreitung von Druckerzeugnissen, womit ein

<sup>5</sup> Der Philosophiestudent Jan Palach verbrannte sich am 15. Januar 1969 aus Protest gegen die sowjetische Okkupation des Landes. Palachs Selbstmord wurde zum Symbol des Protests gegen die militärische Besetzung und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“.

<sup>6</sup> Vgl. Vladislav, Jan/Prečan, Vilém: Horký leden 1989 v Československu [Der heiße Januar 1989 in der Tschechoslowakei]. Praha 1990, 59.

<sup>7</sup> Vgl. Rok na náměstí. Československo 1989 [Das Jahr auf den Plätzen. Die Tschechoslowakei 1989]. Praha 1990, 93 ff.

<sup>8</sup> Rok na náměstí 31.

Schlag gegen die Samizdat-Literatur beabsichtigt war<sup>9</sup>. Die Bundesregierung unter Führung von Ministerpräsident Ladislav Adamec wollte die Wirtschaftsreformen vorantreiben, um die politische Lage zu stabilisieren. Im Sommer und Herbst 1989 wurde ein ganzes Gesetzespaket verabschiedet, mit dem die angeschlagene Wirtschaft in Gang gebracht werden sollte. Die *přestavba*, die tschechoslowakische Variante der sowjetischen *perestrojka*, trat jedoch auf der Stelle. Das staatssozialistische System war nicht imstande, radikale Reformschritte einzuleiten. Außenpolitische Entwicklungen brachten die KPTsch zusätzlich in Bedrängnis. Die Veränderungsprozesse in manchem der „Bruderländer“, allen voran in der Sowjetunion, konnten die oppositionellen Kräften nur weiter stärken.

Auch in der Nationalen Front begann es zu bröckeln. Die Tschechoslowakische Sozialistische Partei brach aus ihrer vierzigjährigen Rolle als Transmissionsriemen der KPTsch aus. Ihre Parteiführung machte bereits im Frühjahr 1989 den Vorschlag, politische Grundrechte in einem Gesetz zu verankern. Einige ihrer Funktionäre knüpften überdies Kontakte zu oppositionellen Gruppierungen. In der größten nicht-kommunistischen Partei der Nationalen Front, der Tschechoslowakischen Volkspartei<sup>10</sup>, regte sich Widerspruch erst im Herbst 1989. Auf ihrem Parteitag im Oktober formierte sich unter den Delegierten eine oppositionelle Plattform, die sich gegen die alte Parteiführung stellte und schließlich erfolgreich deren Ablösung betrieb.

#### Die Ereignisse des 17. November 1989

Nach den Januar-Demonstrationen tat sich die Opposition schwer mit neuerlichen öffentlichen Auftritten. Bei den 1. Mai-Feiern 1989 traten die Bürgerbewegungen fast gar nicht auf. In der Opposition war man sich uneinig in der Frage, ob am 21. August und am 28. Oktober wieder Demonstrationen stattfinden sollten. Die Charta 77-Mitglieder waren in ihrer Mehrheit gegen Massenkundgebungen und wollten statt dessen den Dialog mit der politischen Führung des Landes. Die August- und Oktoberdemonstrationen fanden daraufhin nur geringe Unterstützung<sup>11</sup>.

Die nächste Großveranstaltung sollte zum 50. Jahrestag der Schließung der tschechischen Hochschulen durch die Nationalsozialisten und des Todes von Jan Opletal<sup>12</sup> am 17. November stattfinden, unter Beteiligung des Hochschulrates des offiziellen Sozialistischen Jugendverbands (SSM). Die Demonstrationen wurden auch behörd-

<sup>9</sup> Vgl. *Dvě desetiletí před listopadem 1989* [Zwei Jahrzehnte vor dem November 1989]. Praha 1993, 70.

<sup>10</sup> Nach der Mitgliederzahl folgte auf die KPTsch mit 1,7 Millionen die Tschechoslowakische Volkspartei mit 47 000 und die Tschechoslowakische Sozialistische Partei mit 14 400 Mitgliedern (1988); die beiden kleinen slowakischen Parteien in der Nationalen Front, die Partei der Freiheit und die Partei der Slowakischen Wiedergeburt, kamen lediglich auf 1100 bis 1200 Mitglieder (vgl. *Krejčí: Proč to prasklo* 39).

<sup>11</sup> Vgl. *Deset pražských dnů. 17.–27. listopadu 1989. Dokumentace* [Zehn Tage in Prag. 17.–27. November 1989. Dokumentation]. Praha 1991, 572f. u. 614f. – *O t á h a l*: Der rauhe Weg zur „samtenen Revolution“ 24.

<sup>12</sup> Der Student Jan Opletal wurde von der nationalsozialistischen Besatzungsmacht bei der Studentendemonstration am 28. 10. 1939 schwer verletzt und starb am 11. 11. 1939.

lich genehmigt; politisch gab es dazu gar keine Alternative. An dieser nahmen etwa 10 000 Schüler und Studenten vor der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität teil. Der amtlichen Genehmigung entsprechend sollte die Kundgebung mit einem Marsch zum Prager Vyšehrad enden. Die oppositionelle Studentengruppe STUHA rief jedoch zu einem weiteren Demonstrationzug bis in die Innenstadt auf; Tausende junger Menschen folgten dem Aufruf. Dort stießen die Demonstranten auf starke Polizeikräfte, die etwa 2000 Personen umzingelten. Nach einer Stunde des Wartens wurden die Eingeschlossenen blutig niedergeknüppelt. Bei der Polizeiaktion wurden fast 600 Menschen zum Teil schwer verletzt<sup>13</sup>. Die Falschmeldung vom Tod eines Demonstrationsteilnehmers tags darauf verschaffte den Emotionen zusätzliche Nahrung. Es ist nicht bekannt geworden, wer für den Polizeieinsatz am 17. November unmittelbar verantwortlich gewesen ist. Dem Sitzungsprotokoll des polizeilichen Einsatzstabes ist jedoch zu entnehmen, daß der Prager Parteisekretär Miroslav Štěpán, Mitglied des Politbüros, der Operation zugestimmt hat<sup>14</sup>.

### Gründung der großen Bürgerbewegungen

#### Das Bürgerforum

Das gewaltsame Vorgehen gegen die demonstrierenden Schüler und Studenten wirkte wie ein Funke, der einen Flächenbrand auslösen sollte. Die Nachrichten über die Vorgänge des 17. November hatten sich schnell über Prag und das ganze Land ausgebreitet. Aus der Bevölkerung kamen sichtbare Signale der Solidarität mit den Demonstrationsoffern. Am folgenden Sonntag, dem 19. November, versammelten sich ca. 50 000 Menschen auf dem Wenzelsplatz in Prag. Weitere Demonstrationen fanden in anderen Städten der Tschechoslowakei statt. An diesem Tag wurde das *Občanské fórum* (OF), das Bürgerforum<sup>15</sup>, in Prag gegründet. Die Polizei griff nicht ein, obwohl sie über die konstituierende Sitzung durchaus informiert war<sup>16</sup>.

In seiner Struktur bestand das Bürgerforum aus dem Prager Koordinationszentrum, das sich aus einem Aktionsausschuß (ca. 20–25 Mitglieder), einem Plenum (ca. 50 Mitglieder) sowie einem Krisenstab zusammensetzte. Im Laufe der Zeit wurde seine Struktur komplizierter und verlor an Transparenz. Darüber hinaus gab es – auf dem Gebiet der Tschechischen (Teil-)Republik – weitgehend autonom operierende lokale und betriebliche Bürgerforen, die mit dem Koordinationszentrum durch ein „horizontales Netz“ verbunden waren. Das Prager Zentrum sollte als Leitstelle für Organisation und Information dienen, dem aber auch das Recht vorbehalten war, das Bürgerforum als ganzes bei den Verhandlungen mit den zentralen Staats- und Partei-

<sup>13</sup> Bartuška, V.: *Polojasno* [Halbklar]. Praha 1990, 84f. u. 223f. – *Deset pražských dnů* 17f. u. 563.

<sup>14</sup> Vgl. Bartuška: *Polojasno* 222.

<sup>15</sup> Die Bezeichnung folgte entsprechenden Vorüberlegungen in der Charta 77 und lehnte sich an das Demokratische Forum in Ungarn und das Neue Forum in der DDR an.

<sup>16</sup> Vgl. *Mladá fronta Věkend* v. 17. 11. 1990.

organen zu vertreten<sup>17</sup>. In der Führung des Bürgerforums dominierten eindeutig Mitglieder der Charta 77. Daneben konnten einige andere Einfluß gewinnen, unter denen auch Mitarbeiter des Instituts für Prognosen<sup>18</sup> waren. Vor allem wegen ihrer Fachkompetenz in wirtschaftspolitischen Fragen wurden die Instituts-Vertreter geschätzt. Zu ihnen gehörte auch Václav Klaus, der spätere Ministerpräsident der Tschechischen Republik, der wenige Tage nach Gründung des Bürgerforums im Koordinationszentrum aktiv wurde.

Seine allgemeinen politischen Grundsätze formulierte das Bürgerforum im Programm *Co chceme* (Was wir wollen), das auf einer Plenartagung am 26. November nur kurz erörtert und anschließend angenommen wurde<sup>19</sup>. Das Programm wies auf die tiefe Krise in der Tschechoslowakei hin. Es wurde betont, daß die Probleme nicht allein durch personellen Wechsel in den Führungspositionen zu lösen seien. Gefordert wurde eine Rückbesinnung auf humanitäre Prinzipien sowie die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben. In der Schaffung demokratischer Institutionen und eines Rechtsstaates sah das Programm einen Ansatz zur Beseitigung der Krise. Es lehnte das bisherige Wirtschaftssystem ab und sprach sich für einen „nicht-deformierten Markt“ aus, zu dessen Elementen eine Vielfalt von Eigentumsformen und die wirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Weltmarkt gehören sollten. Man hielt an einer zentralen Rolle des Staates in der Wirtschaft fest, der makroökonomische Regulierungskompetenzen behalten und „für alle die gleichen Bedingungen zum Wirtschaften“ sicherstellen sollte. In dieser Zeit war in der oppositionellen Führung noch nicht die Rede von der Freien Marktwirtschaft. Auch das Anfang Dezember veröffentlichte Programm der Ökonomen des Instituts für Prognosen machte deutlich: „Es geht nicht um eine Rückkehr zum Markt“, sondern um „eine Verbesserung des bestehenden Marktmechanismus unter Beseitigung aller Deformationen“<sup>20</sup>. Die wenigsten Veränderungen strebte das Bürgerforum in der Außenpolitik an. Es war bereit, die bisherigen Bündnisverpflichtungen des Landes zu respektieren, unter Betonung des Grundsatzes „der vollen staatlichen Souveränität“. Es wurde nicht die Neutralität der ČSSR und ihr Austritt aus dem Warschauer Pakt gefordert. Diese Haltung basierte wesentlich auf der Überzeugung, daß der Zusammenbruch des staatssozialistischen Lagers auch zur Liquidierung der bestehenden militärischen Allianzen in Europa und zur Bildung zuverlässiger Sicherheitsmechanismen auf KSZE-Ebene führen würde.

Das Bürgerforum verstand sich als eine Brücke hin zu einer demokratischen Gesellschaft. Es wollte keine politische Organisation und erst recht keine politische Partei sein, sondern vielmehr ein Mittler des mehr oder minder spontanen Willens des

<sup>17</sup> Vgl. Deset pražských dnů 553 f.

<sup>18</sup> Das Akademie-Institut für Prognosen war ein Wissenschaftszentrum, das direkt dem ZK KPTsch unterstand. Dort war eine Gesamtprognose der wissenschaftlich-technischen und sozialen Entwicklung der ČSSR bis zum Jahr 2001 ausgearbeitet worden (im Oktober 1988 veröffentlicht), in der teilweise radikale Vorschläge zur Lösung der Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft gemacht wurden.

<sup>19</sup> Der Text des Programms *Co chceme* ist abgedruckt in Deset pražských dnů 503 ff.

<sup>20</sup> Vgl. Mladá fronta v. 2. 12. 1989.

Volkes<sup>21</sup>. Der rasche Niedergang des alten Regimes, der so von niemandem erwartet worden war, machte das Bürgerforum sehr schnell zu einer machtpolitischen Größe.

### *Die Öffentlichkeit gegen Gewalt*

In der slowakischen Hauptstadt Bratislava (Preßburg) verliefen die Ereignisse weniger spektakulär als in Prag. Am 19. November gründeten rund 500 Personen, vor allem Vertreter von Kultur und Wissenschaft, die Bewegung Verejnost proti násiliu (VPN), die Öffentlichkeit gegen Gewalt. War die erste große Demonstration am 21. November, an der rund 50 000 Menschen teilnahmen, noch eher ein spontaner Vorgang, so traten tags darauf VPN-Vertreter schon als Moderatoren bei der Demonstration auf. Die Öffentlichkeit gegen Gewalt wurde schnell zur zentralen Koordinationsstelle der Opposition in der Slowakei. In Prag nahm man die slowakische Bewegung zunächst nicht besonders zur Kenntnis; das Bürgerforum sah sich als Sprecher beider Nationen, als den „einzigsten faktischen Repräsentanten des einheitlichen Willens“<sup>22</sup>. Vertreter beider Bürgerbewegungen trafen dann am 29. November zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung bezeichneten sie beide Organisationen als souveräne Repräsentanten der tschechischen und slowakischen Bürgerbewegung, die auf der Grundlage der gegenseitigen Partnerschaft, die sich aus dem gemeinsamen Ziel ergibt, zusammenarbeiten. Das Ziel sollte die Umwandlung der Tschechoslowakei in einen demokratischen föderativen Staat sein<sup>23</sup>.

### *Reaktionen von Partei- und Staatsführung*

Am 27. November fand im ganzen Land ein zweistündiger Generalstreik statt, an dem sich etwa 3,5 Millionen Menschen beteiligt haben sollen. Das Bürgerforum hatte für den Streik geworben, bei dem es um einen politischen Akt, um ein Referendum über die Legitimität der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei gehen sollte<sup>24</sup>. Die KPTsch war dagegen nicht müde geworden, vor den negativen Konsequenzen eines Ausstandes für die gesamte Bevölkerung zu warnen.

Aus der politischen Führung traten nun zwei Akteure hervor, die sich, jeder auf seine Weise, der Situation stellten: das Politbüro-Mitglied Miroslav Štěpán sowie der tschechoslowakische Ministerpräsident Ladislav Adamec. Štěpán war offenbar die ganze Tragweite der politischen Ereignisse bewußt geworden. „Jetzt geht es weder um Umgestaltung und Demokratisierung noch um die Studenten, die Jugend oder die Prager Bevölkerung. Es geht vielmehr [...] um die drohende Machtübernahme durch reaktionäre Kräfte“, war seine Formulierung<sup>25</sup>. Er war durchaus zu Verhandlungen mit der Opposition bereit, lehnte aber nennenswerte politische Zugeständnisse ab. Er sprach mit dem Oberhaupt der Katholischen Kirche, Kardinal František Tomášek,

<sup>21</sup> Vgl. Hanzel, Vladimír: Zrychlený tep dějin [Beschleunigter Puls der Geschichte]. Praha 1991, 388.

<sup>22</sup> Vgl. Deset pražských dnů 394. – Rok na náměstích 85.

<sup>23</sup> Vgl. Lidové noviny v. 30. 11. 1989.

<sup>24</sup> Vgl. Krejčí: Proč to prasklo 75.

<sup>25</sup> Rudé právo v. 22. 11. 1989.

den er für einen gesonderten Dialog der Kirche mit der Kommunistischen Partei zu gewinnen suchte. Dabei stellte er die Lösung kirchlicher Probleme in Aussicht. Dieser Versuch der Spaltung blieb erfolglos; Tomášek lehnte das Angebot ab<sup>26</sup>. Štěpán war der ideologischen Orthodoxie innerhalb der KPTsch zuzurechnen. Mehr politische Flexibilität zeigte Ministerpräsident Adamec. Am 21. November nahm er Kontakt zum Bürgerforum auf. Das Treffen blieb zwar letztlich ohne substantielle Ergebnisse, hinterließ aber bei vielen aus der Opposition den Eindruck, mit ihm einen ernsthaften Gesprächspartner gefunden zu haben<sup>27</sup>. Für die Außendarstellung des Bürgerforums war die Begegnung positiv, ebenso ein Auftritt Havels als sein führender Repräsentant im tschechoslowakischen Fernsehen.

Auf der Plenarsitzung des ZK der KPTsch am 24. November kam es zu personellen Veränderungen. Generalsekretär Miloš Jakeš trat zurück, zu seinem Nachfolger wurde Karel Urbánek gewählt. Weitere Personen wurden aus ihren Ämtern abberufen, die als Exponenten der Politik der „Normalisierung“ galten<sup>28</sup>. „Ein neuer Kandidat, Urbjakeš!“ glossierte Volkes Stimme den Personalwechsel an der KPTsch-Spitze. Die Partei hielt an ihrem bisherigen Kurs gegenüber der Opposition prinzipiell fest. Sie lehnte einerseits den Einsatz von Volksmilizen und Armee zur Niederschlagung der Oppositionsbewegung ab, andererseits wollte man aber auch keine Verhandlungen mit dem Bürgerforum und schon gar nicht die Bildung einer Koalitionsregierung zulassen<sup>29</sup>. Zwei Tage später trat das ZK erneut zusammen, um weitere personelle Entscheidungen zu treffen. Seinem Präsidium räumte es das Recht ein, „unerläßliche Kaderfragen“ auch zwischen den ZK-Tagungen „operativ zu lösen“. Nunmehr zeigte sich das Gremium auch bereit, mit den im politischen Club *Obroda* organisierten „68ern“ Kontakte anzuknüpfen<sup>30</sup>. Beide Seiten wollten die politische Krise auf der Grundlage von Demokratie und Sozialismus lösen<sup>31</sup>.

Erst auf ihrem außerordentlichen Parteitag am 20./21. Dezember 1989, auf dem Ladislav Adamec in das neugeschaffene Amt eines Parteivorsitzenden berufen wurde, war die KPTsch bereit, sich von ihrer Vergangenheit der letzten 20 Jahre offiziell zu distanzieren. Die Delegierten rehabilitierten alle, die nach 1968 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden waren, und verabschiedeten eine „Entschuldigung“ für die begangenen Fehler der Partei. Gleichzeitig wurde erklärt, daß man die

<sup>26</sup> Vgl. Deset pražských dnů 65 u. 214f. – Weigel, G.: The Final Revolution. The Resistance Church and the Fall of Communism. New York-Oxford 1992, 184.

<sup>27</sup> Vgl. Deset pražských dnů 137 u. 176. – Horáček, Milan: Jak pukaly ledy [Wie das Eis brach]. Praha 1990, 21 ff.

<sup>28</sup> Vgl. Poslední hurá. Tajné stenografické záznamy z posledních zasedání UV KSČ v listopadu 1989 [Das letzte Hurra. Geheime stenographische Aufzeichnungen von den letzten Sitzungen des ZK KPTsch im November 1989]. Praha 1992, 144.

<sup>29</sup> Vgl. Poslední hurá 70 ff.

<sup>30</sup> Vgl. Deset pražských dnů 479f. – Otáhal, Milan/Hlušičková, Růžena: Čas Demokratické iniciativy. Sborník dokumentů [Die Zeit der Demokratischen Initiative. Dokumentensammlung]. Praha 1993, 209 ff.

<sup>31</sup> Nach Meinungsumfragen sollen sich im November 1989 noch 50 % der Bevölkerung für den Sozialismus und weitere 47 % für einen „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausgesprochen haben (vgl. Krejčí: Proč to prasklo 12).

Herabwürdigung derjenigen Parteimitglieder nicht zulassen werde, die jahrzehntelang ihre politischen und beruflichen Pflichten zum besten der Gesellschaft erfüllt hätten<sup>32</sup>.

### *Der Machtwechsel*

#### *Beteiligung der Opposition an der Regierung*

Während von seiten der Parteiführung das Bürgerforum prinzipiell ignoriert wurde, traf Ministerpräsident Adamec am 25. November ein weiteres Mal mit seinen Vertretern zusammen. Drei Tage später, nach erfolgreichem Generalstreik, kam es zu einem neuerlichen Treffen zwischen beiden Seiten. Neben aller Kontroverse um politische Positionen und Forderungen gab es auch Einvernehmen: das Bürgerforum war bereit, eine neue Regierung unter Adamec zu unterstützen. Die Vorstellung der neuen Regierung am 3. Dezember führte jedoch zu weiteren Demonstrationen. Entgegen allen vorherigen Aussagen handelte es sich weder um eine Regierung der „breiten Koalition“ noch um ein Kabinett von Experten, sondern erneut um eine kommunistische Regierung; unter ihren 20 Mitgliedern waren nur fünf ohne das Mitgliedsbuch der KPTsch. Das Bürgerforum drohte nun mit einem weiteren, für den 11. Dezember geplanten Generalstreik. Die Demonstranten, die sich tags darauf wieder in der Hauptstadt versammelten, verlangten die Demission der ganzen Regierung. Es schien, als könnte die politische Führung die Lage nicht mehr beruhigen, es sei denn durch den Rückzug von der Macht. Ende November hatte die Regierung noch einen Währungsplan verabschiedet, der 300 Millionen Dollar für Reisen ins (westliche) Ausland freigab, und die Beseitigung der Sperranlagen an der Grenze zu Österreich verfügte<sup>33</sup>. Die neue Regierung verurteilte den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 als Verletzung völkerrechtlicher Normen, und aus Moskau kam am 4. Dezember eine Erklärung, in der die Okkupation der Tschechoslowakei von 1968 als unrechtmäßiger Akt bezeichnet wurde<sup>34</sup>.

Es kam zu neuerlichen Gesprächen am 6. Dezember, an denen sich nun auch Generalsekretär Urbánek beteiligte. Danach lehnte Adamec die Bildung einer neuen Regierung ab und begründete dies mit dem politischen Druck, der seitens des Bürgerforums auf ihn ausgeübt werde<sup>35</sup>. Am selben Tag gab er in einer Fernsehrede seinen Rücktritt als Ministerpräsident bekannt. Sein Nachfolger sollte der Minister ohne Geschäftsbereich Marián Čalfa werden, dessen Nominierung vom Bürgerforum mitgetragen wurde. Die Zusammensetzung der neuen Regierung ist bei den Gesprächen des Runden Tisches am 8. Dezember ausgehandelt worden, an dem alle wichtigen politischen Lager vertreten waren. Das Bürgerforum machte sich mit Erfolg dafür stark, daß die Wahl des Ministerpräsidenten mit der des Nachfolgers für den (noch nicht zurückgetretenen) Staatspräsidenten Gustáv Husák verbunden wurde. Dabei sollte folgende nationale und politische Proporzregelung gelten: Eines der beiden

<sup>32</sup> Vgl. Rudé právo v. 21. 12. 1989.

<sup>33</sup> Vgl. Mladá fronta v. 1. 12. 1989. – Lidové noviny v. 30. 11. 1994.

<sup>34</sup> Ash, Timothy G.: Rok zázraků [Das Jahr der Wunder]. Pra 1991, 96f. – K r e j č í: Proč to prasklo 93 ff.

<sup>35</sup> Vgl. H a n z e l: Zrychlený tep dějin 175.

Ämter war durch einen Tschechen, das andere durch einen Slowaken zu besetzen, wobei einer von ihnen Parteimitglied, der andere parteilos sein sollte<sup>36</sup>. Die Gesprächsteilnehmer waren sich darüber im klaren, daß mit dem neuen Kabinett eine Interimsregierung geschaffen wurde, die die maßgeblichen politischen Kräfte im Lande widerspiegeln und die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft sicherstellen sollte. Mit neun Ministern stellte die KPTsch die meisten in der neuen Regierung. Die beiden nicht-kommunistischen tschechischen (Alt-)Parteien, die ČSL und die ČSS, erhielten eine politisch starke Position. Sie hatten zwar keine wichtigen Ressorts inne – die teilten sich die Kommunistische Partei, das Bürgerforum und die Öffentlichkeit gegen Gewalt –, ihre insgesamt vier Ministerposten bildeten aber in den kommenden Wochen „das Zünglein an der Waage“ im Kabinett Čalfa<sup>37</sup>. Die neue Regierung zeigte sich populistisch; die Minister fuhrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrer Ernennung, und eine der ersten Maßnahmen der neuen „Mannschaft“ war die Offenlegung der Gehälter und sonstiger Einnahmen<sup>38</sup>.

Gleichzeitig mit der gesamtstaatlichen (föderalen) Regierung wurden auch die Regierungen der nationalen (Teil-)Republiken, der ČSR und der SSR, neu gebildet. Dieser Prozeß vollzog sich im tschechischen Landesteil unter der maßgeblichen Regie des Bürgerforums, in der Slowakei unter jener des Runden Tisches.

#### *Václav Havel wird Staatspräsident*

Am 10. Dezember trat Staatspräsident Gustáv Husák von seinem Amt zurück, zuvor hatte er noch eine Amnestie für alle politischen Gefangenen unterschrieben. Sein Rücktritt wurde von der Opposition durchweg begrüßt, verschärfte allerdings die schon Ende November begonnene Auseinandersetzung in ihren Reihen um einen geeigneten Nachfolger. Zwischen Vertretern des Bürgerforums und der KPTsch kam es außerdem zu einer Kontroverse in der Frage des Modus der Neuwahl. Der Klub der kommunistischen Abgeordneten in der Bundesversammlung machte den Vorschlag, den Staatspräsidenten von den Bürgerinnen und Bürgern direkt durch ein Referendum wählen zu lassen. Das Bürgerforum sprach sich für eine Wahl durch die Bundesversammlung entsprechend der gültigen Verfassung aus. In den übrigen politischen Gruppierungen, einschließlich eines Teils der KPTsch, war man für eine möglichst rasche Wahl des Präsidenten, die Vorbereitung eines Referendums hätte einige Zeit in Anspruch genommen; sie unterstützten die Position des Bürgerforums<sup>39</sup>.

Der Runde Tisch, der zur Lösung des Problems am 13. Dezember zusammentraf, war mit dem Vorschlag einverstanden, einen parteilosen Kandidaten zum Präsidenten zu wählen. Im Hinblick auf die bestehende Rechtslage, die Verfassungstradition

<sup>36</sup> Vgl. H a n z e l : Zrychlený tep dějin 308f. Junktims dieser Art wurden auch bei der Besetzung der Positionen des Innen- und des Verteidigungsministers sowie des Außen- und des Außenhandelsministers gebildet.

<sup>37</sup> Vgl. Rok na náměstích 86.

<sup>38</sup> Das Vertrauen in die Regierung, das nach dem Rücktritt von Adamec auf 16 % gesunken war, lag am 12. Dezember bei stattlichen 82 % (vgl. K r e j č í : Proč to prasklo 95).

<sup>39</sup> Vgl. Informační servis [Informationsdienst des Bürgerforums]. Nr. 27/1989. – Rudé právo v. 12. 12. 1989.

sowie aus Kostengründen lehnte man ein Referendum ab. Zudem wurde das Argument geltend gemacht, daß eine Direktwahl dazu führen würde, die Slowaken gegenüber dem zahlenmäßig größeren tschechischen Volk zu benachteiligen<sup>40</sup>. Ein wesentliches Argument des Forums für seine ablehnende Haltung gegenüber einem Referendum kam nicht zur Sprache; bei dem geringen Bekanntheitsgrad Havels außerhalb Prags zu dieser Zeit hätte ihr Kandidat wenig Chancen gehabt<sup>41</sup>. Die Entscheidung des Runden Tisches über die Nominierung Václav Havels für das Amt des Staatspräsidenten ebenso wie die Nominierung Alexandr Dubčeks für das Amt des Präsidenten der Bundesversammlung fiel erst am 22. Dezember. Eine Reihe von Organisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sprachen sich für Havel als Präsidenten aus. Der prominente slowakische Dissident Miroslav Kušy unterstützte seine Kandidatur im Namen der Öffentlichkeit gegen Gewalt. Zustimmung kam auch von Kardinal Tomášek und schließlich von Alexandr Dubček, eine Zeitlang Havels schärfster Konkurrent um das Präsidentenamt<sup>42</sup>. Am 29. Dezember 1989 wurde Václav Havel als erster Präsident in der Geschichte der Tschechoslowakei per Akklamation durch die Bundesversammlung gewählt.

### *Neubesetzungen im Parlament*

Mit der Wahl Havels zum Präsidenten hatte die Entmachtung der KPTsch zweifellos einen Höhepunkt erreicht. Zwischenzeitlich waren aber auch schon gravierende Veränderungen in der personellen Zusammensetzung der Bundesversammlung in Gang gebracht worden. Am 29. November hatte das Parlament einschneidende Verfassungsänderungen beschlossen, wobei auch die führende Rolle der Kommunistischen Partei annulliert wurde. Anfang Dezember räumten die ersten kommunistischen Abgeordneten ihren Platz im Parlament. Das Verfahren zur Wiederbesetzung der Vakanzen wurde gesetzlich festgelegt. Danach wählte die Bundesversammlung selbst die neuen – gemeinsam von den politischen Parteien der Nationalen Front sowie vom Bürgerforum und der Öffentlichkeit gegen Gewalt vorgeschlagenen – Abgeordneten<sup>43</sup>. Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß hierbei das gleiche Prinzip der Selbsterneuerung angewandt wurde wie nach 1968 bei den Säuberungen im Parlament.

Eine grundlegende Umbesetzung des tschechoslowakischen Parlaments konnte jedoch erst durch eine weitere gesetzliche Änderung im Januar 1990 durchgeführt werden, die den einzelnen Parteien das Recht einräumte, „ihre“ Abgeordneten abzuberaufen. Die KPTsch verpflichtete sich in der Sitzung des Runden Tisches am 12. Januar 1990 dazu, 90 bis 100 Abgeordnete abzuberaufen, und die Tschechoslowa-

<sup>40</sup> Vgl. Informační servis, Nr. 28/1989. – Svobodné slovo v. 15. 12. 1989.

<sup>41</sup> Die Unterstützung der Bevölkerung für Havel als Präsidentschaftskandidaten war Anfang Dezember landesweit mit etwa 10 % gering; 25 % der Befragten sprachen sich für Adamec, 19 % für Dubček und 15 % für den KPTsch-Generalsekretär Urbánek aus (vgl. Rudé právo v. 2. 12. 1989).

<sup>42</sup> Vgl. Rok na náměstích 86f.

<sup>43</sup> Zum ganzen vgl. Cigánek, František u. a.: Kronika demokratického parlamentu 1989–1992 [Chronik des demokratischen Parlaments 1989–1992]. Praha 1992, 29ff.

kische Volkspartei sagte zu, daß drei bis vier ihrer Abgeordneten zurücktreten würden. In einer weiteren Runde des personellen Umbaus wurden noch einmal 105 Abgeordnetenplätze neu besetzt. Bis auf wenige Ausnahmen waren die neuen Mandatsträger Anhänger des Bürgerforums oder der Öffentlichkeit gegen Gewalt<sup>44</sup>. Unter den 350 Mitgliedern der Bundesversammlung (in zwei Kammern) war nun eine klare Mehrheit vorhanden, die den Übergang in ein anderes politisches System parlamentarisch vollziehen wollte. Personelle Veränderungen im Tschechischen Nationalrat und im Slowakischen Nationalrat fanden gleichzeitig statt, wenn auch in geringerem Umfang.

---

<sup>44</sup> Vgl. C i g á n e k : Kronika demokratického parlamentu 49.

## TÄTIGKEITSBERICHT des Collegium Carolinum für 1996

Von Robert Luft

Das Collegium Carolinum war auch in dem ereignisreichen Jahr 1996, dem vierzigsten Jahr seines Bestehens, in vielfältiger Weise als wissenschaftliche Einrichtung aktiv. Durch Publikationen, Konferenzen, Vorträge, Diskussionen und Gespräche mit deutschen, tschechischen, slowakischen, österreichischen, französischen, englischen und amerikanischen Kollegen wurde insbesondere versucht, die Forschung gemeinsam voranzutreiben und weiter an einem kritischen Geschichtsbild der deutsch-tschechischen Vergangenheit zu arbeiten. Die deutsch-tschechischen Beziehungen, die zur Zeit etwas mehr Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit finden als üblich, haben in diesem Jahr auch die Arbeit unseres Instituts in besonderem Maße bestimmt. Die um die Jahreswende 1996/97 vereinbarte politische Erklärung zwischen beiden Regierungen betont als wesentliche künftige Aufgabe auch die bilaterale wissenschaftliche Zusammenarbeit und bestätigt damit die Tätigkeit und Ausrichtung, die das Collegium Carolinum in den vierzig Jahren seines Bestehens vorgenommen hat.

Das Collegium Carolinum (CC) hat satzungsgemäß die Aufgabe, Kultur und Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechischen und auch der Slowakischen Republik in ihrer Gesamtproblematik wissenschaftlich zu bearbeiten. Dabei werden sowohl Fragen, die sich aus dem Zusammenleben der Völker dieses Raumes ergeben, wie auch allgemein die geschichtliche, gesellschaftliche, rechtliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung im europäischen Rahmen berücksichtigt. Besondere Beachtung findet überdies die Geschichte der Deutschen in den böhmischen Ländern und ihr Schicksal nach der Vertreibung. Mit seiner Arbeit trägt das Institut insgesamt zur Intensivierung der deutsch-tschechischen Beziehungen bzw. der bayerisch-böhmischen Nachbarschaft bei.

Ermöglicht wurden die vielfältigen Tätigkeiten des Collegium Carolinum durch die finanzielle Grundausstattung seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, wofür dem Ministerium angesichts der schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte ganz besonderer Dank gilt. Neben der kontinuierlichen Förderung durch den Freistaat Bayern ist für das Berichtsjahr dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der VW-Stiftung und dem Bundesministerium des Innern für die Finanzierung von Stipendien, wissenschaftlichen Tagungen, Publikationen und anderen Projekten und dem Auswärtigen Amt für die fortlaufende Finanzierung der „Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik“ zu danken. Ohne eine größere Spende des Heimatverbandes der Karlsbader e. V. wäre die Veröffentlichung eines abbildungsreichen Bandes nicht möglich gewesen. Die kostenfreie Überlassung der

Redaktionsräume des Sudetendeutschen Wörterbuchs verdanken wir der Justus-Liebig-Universität Gießen, die Sudetendeutsche Stiftung stellte die Räume für die Bibliothek zur Verfügung und unterstützte verschiedentlich finanziell die vom Collegium Carolinum verwaltete Bibliotheksgemeinschaft.

Im Berichtsjahr trat die Mitgliederversammlung des Collegium Carolinum e. V. am 15. März 1996 in München zusammen. Auf der Mitgliederversammlung wurde das Arbeitsprogramm und der festgestellte Wirtschaftsplan für das laufende Jahr sowie der Jahresabschluß für das Vorjahr in Verbindung mit der Entlastung des Vorstandes gebildet und als neue Mitglieder zugewählt: die Germanisten Prof. Dr. Otfried Ehrismann (Gießen) und Prof. Dr. Kurt Krolop (Prag), der Geograph Prof. Dr. Walter Sperling (Trier), die tschechische Historiker Prof. Dr. Ivan Hlaváček, Prof. Dr. Otto Urban sowie der tschechischen Rechtshistoriker Dr. Jiří Kejř (alle Prag). Am 7. Mai verstarb das neu gewählte Mitglied Otto Urban, der durch seine Gesamtdarstellung der tschechischen Geschichte zwischen 1848 und 1918 bekannt geworden ist.

Vorstandssitzungen fanden zur Beratung und Beschlußfassung über laufende Arbeitsvorhaben und künftige Projekte am 14. März, am 7. Oktober und am 22. November statt. Dem Vorstand des CC gehörten im Berichtsjahr an: Prof. Dr. PhDr. h. c. Ferdinand Seibt (1. Vorsitzender), Prof. Dr. Hans Lemberg und Prof. Dr. Jörg K. Hoensch (beide stellvertr. Vors.), Prof. Dr. Ernst Nittner und Prof. Dr. Horst Förster. Die satzungsgemäß bestellten Revisoren prüften die Geschäftsunterlagen des Vorjahres am 5. Februar.

Das Kuratorium kam am 23. Februar zu seiner Jahressitzung zusammen. Dem Beratungsgremium gehören an (in alphabetischer Reihenfolge): Ministerialdirigentin Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel, Prof. Dr. Edgar Hösch, Prof. Dr. Günther Hedtkamp, Ministerialrat Jörg Kudlich, Prof. Dr. Ernst Nittner, Prof. Dr. Dr. h. c. Erwin Oberländer, Ministerialrat Dr. Walter Rösner-Kraus, Ministerialdirigent a. D. Prof. Dr. Hans Sehling, Staatsminister a. D. Walter Stain sowie mit beratender Stimme Prof. Dr. PhDr. h. c. Ferdinand Seibt.

Das Institut Collegium Carolinum beschäftigte im Berichtsjahr folgende wissenschaftliche Mitarbeiter (mit Angabe der Fachrichtung):

- Dr. Eva Hahn (Geschichte und Politikwissenschaft)
- Dr. Peter Heumos (Geschichte)
- Markus Hipp, M. A. (Philosophie und Kirchengeschichte; seit 15. 11.)
- Dr. Antje Holzhauer (Germanistik)
- Bernd Kesselgruber (Germanistik)
- Robert Luft (Geschichte)
- Dr. Michaela Marek (Kunstgeschichte)
- Beate Martin (Germanistik; seit 1. 5.)

Die Geschäftsführung des Instituts lag in Händen von Robert Luft. Im Sekretariatsbereich waren festangestellt tätig: Rosemarie Stadelmeier, Gertraud Schreiner und Norbert Vierbücher. Außerdem halfen wiederum bewährte studentische und andere Hilfskräfte bei Institutsarbeiten mit, insbesondere in der Biographischen Sammlung Jiří Veselý und in der Sammlung des Sudetendeutschen Wörterbuchs Eva-Maria Englisch und Stefani Immel.

Im Sommer 1996 begann ein Evaluationsverfahren des Instituts durch eine unabhängige wissenschaftliche Kommission, die vom Beirat für Wissenschafts- und Hochschulfragen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst berufen wurde. Das Institut konnte seine Aufgaben und Zielsetzungen, seine Tätigkeit und Erfolge, aber auch Problembereiche und Wünsche in einer ersten Anhörung am 18. Juli, mittels einer ausführlicheren schriftlichen Stellungnahme und bei einer Institutsbegehung am 7. November der Kommission vorstellen. Der Schlußbericht der Kommission ist für Anfang 1997 angekündigt.

### *Wissenschaftliche Kooperation, Kontakte und allgemeine Tätigkeiten*

Zu wissenschaftlicher Kooperation kam es auf verschiedenen Ebenen insbesondere mit tschechischen und slowakischen, aber auch deutschen und österreichischen Institutionen. Besonders sind dabei hervorzuheben:

- das Institut für Zeitgeschichte in Prag (Ústav pro soudobé dějiny);
- der Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien am Institut für internationale Studien der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität in Prag (Katedra německých a rakouských studií, Institut mezinárodních studií, FSV UK);
- das Institut für tschechische Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität in Prag (Ústav českých dějin, FF UK);
- das Staatliche Zentralarchiv in Prag (Státní ústřední archiv);
- das Historische Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Bratislava (Historický ústav, Slovenská akadémia vied);
- das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut in Wien;
- das Bohemicum Regensburg-Passau am Institut für Slavistik der Universität Regensburg;
- das Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig.

Eine kontinuierliche fachliche Zusammenarbeit wird mit weiteren Instituten der Tschechischen und der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, mit tschechischen Universitätsinstituten in Aussig, Brünn, Budweis, Ostrau, Pilsen, Prag und Troppau sowie mit dem in Prag ansässigen französischen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut CeFREs und mit dem Goethe-Institut Prag gepflegt. Im Rahmen von Projekten besteht zudem eine enge Zusammenarbeit auch mit den Universitäten Wien, Salzburg und Cambridge. Schließlich verdichten sich die Beziehungen zum Herder-Institut in Marburg, zu dessen Trägerinstitutionen das Collegium Carolinum gehört, wie auch zu neu entstandenen Forschungsstellen in den neuen Bundesländern, insbesondere zum Geisteswissenschaftlichen Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig und zum Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden. Enger Kontakt besteht darüber hinaus zu den thematisch und räumlich benachbarten wissenschaftlichen Institutionen in München: Osteuropa-

Institut, Südost-Institut, Institut für Ostrecht. Schließlich bestehen enge Kontakte zur Historischen Kommission der Sudetenländer sowie zum Adalbert Stifter Verein, zum Teil auch zur Ackermann-Gemeinde und zur Seliger-Gemeinde.

Das Collegium Carolinum gehört folgenden Vereinigungen an: Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik (AHF), Arbeitsgemeinschaft Historischer Kommissionen und landesgeschichtlicher Institute, Arbeitsgemeinschaft der Münchener Osteuropa-Institute, Herder-Institut e. V. (Marburg), Koordinationsausschuß der bundesgeförderten Osteuropaforschung sowie der Czechoslovak History Conference (USA). Seine Publikationen tauscht das Collegium Carolinum mit über 70 Forschungseinrichtungen und Bibliotheken des In- und Auslands, insbesondere in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik sowie in Österreich.

Eine besondere Form der Zusammenarbeit ergab sich nun im zweiten Jahr mit der unabhängigen, von den jeweiligen Historikerverbänden berufenen und auf deutscher Seite vom Auswärtigen Amt finanzierten *Gemeinsamen deutsch-tschechischen und -slowakischen Historikerkommission*. Im Berichtsjahr lag das wissenschaftliche Sekretariat der von Prof. Dr. Dr. h. c. Rudolf Vierhaus, Göttingen, geleiteten deutschen Sektion bei Dr. Michaela Marek. Mit verwaltungstechnischer Unterstützung des Collegium Carolinum veranstaltete die Kommission internationale Tagungen und gab eine Publikation heraus. Die Kommission, die 1996 insgesamt fünfmal zusammenkam und unter anderem zweimal in den Räumen des Instituts tagte, widmete sich dabei den Themenkreisen Erster Weltkrieg, Judenemanzipation, Judenverfolgung, Antisemitismus sowie Problematik der Zahlen der Vertreibungsoffer. Vor allem arbeiteten aber die tschechische und deutsche Sektion der Kommission einen gemeinsamen Abriss der historischen Entwicklung der Beziehungen in den letzten 100 Jahren aus. Die von der Gemeinsamen Kommission herausgegebene zweisprachige Broschüre „Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung – Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert“ erschien im September 1996 im R. Oldenbourg Verlag in München.

Die Bedeutung des Instituts für die deutsch-tschechischen Beziehungen würdigte u. a. der 1996 neuernannte Botschafter in Prag, Dr. Anton Roßbach, am 26. März mit einem Besuch des Collegium Carolinum. Eingebunden ist das Institut zudem in die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. In einer ersten Gesprächsrunde Ende November konnte dabei in vergleichender Perspektive die Beschäftigung mit der kommunistischen Vergangenheit in der Tschechischen Republik vorgestellt werden.

Seine Tätigkeit präsentierte das Collegium Carolinum nicht nur anlässlich seines eigenen 40sten Jubiläums, sondern auch – anhand von Publikationen und deren Herstellungsprozeß am Beispiel des Sudetendeutschen Wörterbuchs – im März und April im Rahmen einer *Ausstellung* zum zehnjährigen Bestehen des Sudetendeutschen Hauses und dem 25jährigen Jubiläum der Sudetendeutschen Stiftung.

Seinem Auftrag zur *Koordination und Förderung von Forschung* und wissenschaftlicher Zusammenarbeit kam das Collegium Carolinum ebenfalls wiederum durch Betreuung und Beratung von in- und ausländischen Wissenschaftlern, insbesondere

aber auch von Studenten bei der Themenwahl und Anfertigung von Abschlusarbeiten, nach. Allgemein ist, wie bereits in den Vorjahren, ein wachsendes Interesse an Themen zu Geschichte und Kultur der böhmischen Länder festzustellen. In diesem Zusammenhang sind auch die von Institutsmitarbeitern übernommenen Lehraufträge an den Universitäten München und Gießen sowie die Teilnahme an zahlreichen Tagungen und anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen zu nennen. Vom 23. bis 25. Januar fanden zudem Gespräche über die Mitwirkung von deutschen Historikern an der vom Institut für Geschichte an der Karls-Universität in Prag organisierten Geschichtslehrerfortbildung statt, woraus bereits eine erste Vortragsveranstaltung im März in Prag resultierte. Schließlich ist die gutachterliche Tätigkeit von Institutsmitarbeitern zu erwähnen, insbesondere für wissenschaftliche Einrichtungen und Stiftungen in der Tschechischen Republik und in Deutschland sowie für bayerische Dienststellen. Zusätzlich zu den laufenden Forschungen, den Veranstaltungen und der Herausgabe von Publikationen half das CC durch Auskünfte und eine umfangreiche Beratungstätigkeit öffentlichen Institutionen, Forschern und den Medien. Das ganze Jahr über suchten zahlreiche Wissenschaftler, Vertreter wissenschaftlicher Institutionen, Studenten und Journalisten Rat und Kontakt bei den Mitarbeitern und beim Vorsitzenden des Collegium Carolinum.

### *Forschung und Sammlungen*

Das Collegium Carolinum, seine Mitarbeiter und seine Mitglieder konnten im Berichtsjahr mit ihren vielfältigen wissenschaftlichen Tätigkeiten dem umfassenden Arbeitsfeld der Forschungen zu den böhmischen Ländern gerecht werden (vgl. Publikationen). Die Forschungsarbeiten wurden entsprechend dem Arbeitsplan des Instituts fortgesetzt. Aus den zahlreichen Arbeitsvorhaben können hier nur einige exemplarisch hervorgehoben werden.

Neue Impulse konnten der westlichen *Slowakei-Forschung* durch ein eigenes Themenheft der Zeitschrift *Bohemia* gegeben werden. Neben einigen neueren deutschen Studien präsentieren zahlreiche Mitarbeiter des Historischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Bratislava meist erstmals in deutscher Sprache ihre jüngsten Forschungsergebnisse, wobei insbesondere die vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts im Mittelpunkt stehen.

Einen besonderen Rang nimmt das internationale Projekt *Soziale Strukturen in Böhmen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert* unter Leitung der Proff. Michael Mitterauer und Josef Ehmer ein, das auf drei Jahre angelegt ist und von der VW-Stiftung bis 1999 finanziert wird. Gemeinsam mit den Instituten für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universitäten Wien, Salzburg, Prag und Cambridge sowie mit der 1. Abteilung des Staatlichen Zentralarchivs in Prag und unter Einbeziehung der Universitäten in Aussig und Budweis und verschiedener böhmischer Regionalarchive wurden die Arbeiten an dem Forschungsvorhaben im Oktober aufgenommen. Das weitere Vorgehen wurde bei einem Arbeitsgespräch am 20. Juni in München und während eines Workshops Anfang Dezember in Prag erörtert. Zielsetzung ist es, anhand ausgewählter Herrschaften Nord-, Zentral- und Südböhmens Erscheinungsformen und Konsequenzen der ökonomischen und sozio-strukturellen Differenzierung zu erforschen

und der Frage nach einem eigenen böhmischen Typus im Rahmen der frühneuzeitlichen ostmitteleuropäischen Grundherrschaft nachzugehen.

Im Rahmen des Themenschwerpunktes *Geschichte der Tschechoslowakei 1918–1992*, zu dem schon durch Kolloquien und Arbeitsgespräche Vorarbeiten geleistet wurden, fand die Ausarbeitung eines Projektantrags zum Thema „Tschechoslowakische Sozialgeschichte in der kommunistischen Ära“ statt. Dabei sollen besonders die genutzten und ungenutzten Spielräume der tschechischen und der slowakischen Gesellschaft als eigenständiger Formation gegenüber Staat und Partei thematisiert werden. Darüber hinaus sind Detailstudien zu Fragen der tschechoslowakischen Geschichte, insbesondere in den dreißiger und vierziger Jahren und seit 1945, geplant.

Im Rahmen des vor einigen Jahren von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekts *Die Emigration aus der Tschechoslowakei 1945–1948* konnte ein weiteres Manuskript fertiggestellt werden, das 1997 in Prag erscheinen soll.

Fortgesetzt wurden nach Ablauf der Förderphase die Arbeiten an dem DFG-Vorhaben *Briefe zwischen ost- und westeuropäischen Sozialisten 1945–1948*.

Zwei Studien konnten publiziert werden zu dem Forschungsvorhaben *Utraquismus – Formen nationaler Zwischenstellungen im 19. und 20. Jahrhundert in den böhmischen Ländern*.

Weiter betrieben wurden auch Studien im Zusammenhang mit dem formal bereits abgeschlossenen DFG-Projekt über *Handwerk und Kleingewerbe in Böhmen 1848–1914*.

Beteiligt ist das Institut zusammen mit dem Herder-Institut in Marburg und dem Sudetendeutschen Archiv in München an einem neuen Vorhaben zur *Dokumentation des deutsch-tschechischen Schüleraustausches in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918 bis 1938*.

Mit Teil II der fünfteiligen Edition *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag* befindet sich der dritte Band, der die Jahre von 1921 bis 1926 umfaßt, im Satz. Begonnen wurde – mit finanzieller Unterstützung des Herder-Instituts in Marburg bzw. der Historischen Kommission der Sudetenländer – derweil mit der Bearbeitung von Teil V (1933–1938) und von Teil IV (1927–1932).

Weitergeführt wurden auch die Vorbereitungen zum dritten Teil der mehrbändigen Edition *Briefe und Dokumente zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie*, der die Epoche bis zur Wahlreform von 1907 und die ersten Jahre des Volksparlaments berücksichtigen wird.

Aus dem Arbeitsvorhaben *Tschechen, Deutsche und Sudetendeutsche im 20. Jahrhundert* konnten im Berichtsjahr Teilergebnisse mit einer tschechischen in Prag veröffentlichten Studie vorgelegt werden.

Unterbrochen werden mußten die Recherchen und Arbeiten zur Erstellung der *Bibliographie des böhmischen Glases*, ein Abschluß der Arbeiten ist für 1997 vorgesehen.

Im Rahmen ihrer Studien über „Osteuropa“ in der *historischen Stereotypenforschung* hielt sich eine Mitarbeiterin des Instituts einen Monat lang als Gastwissenschaftlerin am Institut für die Wissenschaft vom Menschen in Wien auf und veranstaltete in Prag mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung und der Franz Kafka-Gesellschaft eine Tagung über „Europa in der Sicht der Tschechen im 20. Jahrhundert“.

Im Zusammenhang mit institutseigenen Forschungen und Publikationen wurden die drei großen Sammlungen des Instituts intensiv genutzt und weiter ausgebaut.

Äußerst erfolgreich war die Arbeit der *Wörterbuchredaktion für die Mundarten der böhmischen Länder*, die durch eine neue Mitarbeiterin gestärkt wurde. Mit dem Abschluß des zweiten Bandes zu den Buchstaben B/P erreichte das Sudetendeutsche Wörterbuch einen wichtigen Teilabschnitt in der Publikations- und Forschungstätigkeit. Anlässlich seines 70. Geburtstages, der mit der Präsentation des Bandes und einer akademischen Feier in Gießen gewürdigt wurde, übergab der langjährige Herausgeber Prof. Dr. Heinz Engels die Leitung der Arbeitsgruppe und die Herausgeberschaft nunmehr in die alleinigen Hände von Prof. Dr. Otfried Ehrismann. Eine Arbeitstagung der Sächsischen Akademie der Wissenschaften im Frühjahr in Leipzig über deutschsprachige historische und dialektologische Wörterbücher bestätigte, daß das Sudetendeutsche Wörterbuch dank der langjährigen, gründlichen und systematischen Vorbereitung einen Vergleich nicht zu scheuen braucht und sich ebenbürtig in den Kreis der zur Zeit publizierten Wörterbücher eingliedert. So ist die Publikation des mehrere Varietäten vereinigenden Sudetendeutschen Wörterbuchs weiter fortgeschritten als beispielsweise das ein Jahrzehnt früher begonnene bayerische Mundartenlexikon. Während eines Sprachkurses in Brünn konnte schließlich eine Redakteurin die Kontakte mit Brünnener Sprachforschern und Volkskundlern reaktivieren. Fortgeführt wurde die dringend notwendige Erstellung von Sicherungskopien der in den fünfziger Jahren erhobenen Mundartenfragebogen, deren Papier dem Zerfall ausgesetzt ist.

Laufend ergänzt wurde im Berichtsjahr die *Biographische Sammlung* unter Beteiligung von Hilfskräften in München und von externen Mitarbeitern in Prag und Wien. Im Rahmen eines Studienaufenthaltes in Wien kam es zu intensiven Arbeitsgesprächen mit der Redaktion des Österreichischen Biographischen Lexikons. Durch eine Umgestaltung innerhalb des Instituts konnten die vorhandenen Sammlungen, nämlich die eigentliche „Sammlung des Biographischen Lexikons“, die „Sammlung Kuhn“ (Führungspersonen der kommunistischen Tschechoslowakei) und die „Sammlung Marschner“ (deutsche Techniker und Unternehmer) räumlich zusammengeführt werden und stehen so unter verbesserten Bedingungen auch auswärtigen Nutzern nach Anmeldung offen. Fortgesetzt wurden die Arbeiten an der neunten, den dritten Band abschließenden Lieferung des *Biographischen Lexikons zur Geschichte der böhmischen Länder*.

Die Arbeiten an der Erschließung des Nachlasses Vladimír Pekelský mit einem umfangreichen Bestand an tschechischen und slowakischen Exilzeitschriften aus den vierziger und fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts konnten weitgehend abgeschlossen werden. Für 1997 ist die Herausgabe eines Findbuchs für diesen Teil der *Schriftgutsammlung des CC* vorgesehen.

Dem aktuellen Informationsbedürfnis und dem Auftrag des Auswärtigen Amtes, die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Tschechischen und der Slowakischen Republik in übersichtlich knapper Form zusammenzufassen, kam das CC wiederum mit vierteljährlich herausgegebenen *Berichten zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik* nach, die anhand tschechischer und slowakischer Tageszeitungen von Dr. Peter Heumos und seit Heft 1/1996 von Petr und Pavel Jeřábek unter Mitarbeit von Norbert Vierbücher, Dipl.-Dolm., erstellt

wurden. Unter den im Berichtsjahr abgedruckten, meist übersetzten Dokumenten befinden sich die Erklärung der slowakischen Regierung zur Staatssprache, Dokumente zur Politik hinsichtlich der ungarischen Minderheit und die Ergebnisse der Wahlen zum tschechischen Abgeordnetenhaus vom Frühsommer 1996.

Schließlich ist auf die wissenschaftlichen Arbeiten hinzuweisen, die im Zusammenhang mit der Konzeption von Tagungen und mit der Herausgabe von Publikationen stehen. Darüber hinaus sind weitere wissenschaftliche Leistungen der Mitarbeiter des CC zu nennen, die sich in zahlreichen Publikationen, Vorträgen, Tagungsbesuchen und Beratungen niederschlugen und die für das Berichtsjahr weiter unten aufgeführt sind.

Als *Stipendiaten*, in der Regel durch Dritte finanziert, hielten sich längere Zeit am Institut mit folgenden Forschungsvorhaben auf: Jaroslav *Fajt*, Westböhmisches Universität Pilsen, „Die bayerisch-böhmische Grenze zur Zeit des Eisernen Vorhangs (1945–1965) und die Wiedereröffnung des Grenzübergangs Furth i. W./Folmava“ und Dr. Václav *Kural*, Institut für internationale Beziehungen Prag, „Geschichtsschreibung der Sudetendeutschen nach 1945“.

### Veranstaltungen

Den Beginn der Veranstaltungen des Collegium Carolinum im Jahr 1996 bildete die Feier des *40jährigen Bestehens von Verein und Institut*. Auf Einladung der Carl Friedrich von Siemens Stiftung konnte das Jubiläum am 14. März gemeinsam von Mitgliedern, Mitarbeitern, Freunden und Förderern des Collegium Carolinum mit einer Festveranstaltung im Areal von Schloß Nymphenburg begangen werden. Nach persönlichen Grußworten des tschechischen Botschafters Jiří Gruša, von Staatssekretär Dr. Rudolf Klinger und des Direktors des Historischen Instituts der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. František Šmahel sowie Grußbotschaften von wissenschaftlichen Institutionen aus den USA, Österreich, Frankreich, Deutschland, der Tschechischen und der Slowakischen Republik widmete der Vorsitzende des Collegium Carolinum seinen Festvortrag Überlegungen zum Thema „Geschichte in der Politik – Politik in der Geschichte“.

Ein Jubiläum stellte auch die *Jabrestagung* dar, die zum fünfundzwanzigsten Mal in Bad Wiessee abgehalten wurde. Im Berichtsjahr führte die Bad Wiessee Tagung in ein bisher kaum beachtetes Thema über „Bauen für die Nation – Strategien der Selbstdarstellung junger/kleiner Völker in der urbanen Architektur zwischen nationaler Identität und sozialer Ambition“ ein. Die von Dr. Michaela Marek konzipierte und organisierte Veranstaltung fand vom 21. bis 24. November statt und wird 1997 mit einem zweiten Teil ihren Abschluß finden. Die Formen und ideologischen Begründungen besonderer Ausprägungen des Historismus und der Moderne in der Epoche des Nationalismus wurden von Kunsthistorikern und Historikern anhand zahlreicher Beispiele für verschiedene Nationen diskutiert. Dabei reichte der europaweite komparative Ansatz von Katalonien und Slowenien bis Schweden, Estland und Finnland, ohne daß dabei jedoch die böhmische Perspektive aus den Augen verloren wurde. Gerade das Zusammenwirken der beiden Disziplinen und von Wissenschaftlern aus acht Staaten eröffnete völlig neue Perspektiven, die sich auch auf andere Arbeitsfelder

auswirken werden. Die Beiträge beider Tagungsteile werden in einem Sammelband der Reihe „Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum“ veröffentlicht werden.

Mitveranstalter war das Institut bei dem vom 6. bis 8. Dezember von der Ersten Abteilung des Staatlichen Zentralarchivs in Prag zusammen mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, der Faculty of Economics and Politics der University of Cambridge und dem Institut für tschechische Geschichte der Karls-Universität in Prag durchgeführten Workshop über *Soziale Strukturen in Böhmen*.

Der Abschluß der Wörterbuchpublikation zum Buchstaben B/P war Anlaß, im Zusammenhang mit der akademischen Feier für Professor Engels am 15. November ein *Kolloquium* zu veranstalten, in dessen Rahmen Prof. Dr. Otfried Ehrismann einen Vortrag „Zur Geschichte des Sudetendeutschen Wörterbuchs“ hielt und zwei Redakteure des Wörterbuchs Aspekte der praktischen Arbeit (Struktur der Wortartikel, Karten) vorstellten. Desweiteren sprach auf der gemeinsam von der Arbeitsstelle „Sudetendeutsches Wörterbuch“ in Gießen und dem Fachbereich 09-Germanistik der Justus-Liebig-Universität Gießen durchgeführten Veranstaltung

Prof. Dr. Peter Wiesinger (Wien) über „Stellung und Entwicklung des Nordbairischen“.

Auf dem 41. Deutschen Historikertag in München, der unter dem Leitthema „Geschichte als Argument“ stand, galt am 20. September 1996 erstmals in der langen Reihe der Historikertage eine eigene Sektion Fragen der böhmischen Geschichte. Die vom Collegium Carolinum veranstaltete und von Professor Dr. PhDr. h. c. Ferdinand Seibt geleitete Sektion *Geschichtsdiskurse und Geschichtsbilder im tschechisch-deutschen Dialog* war der Arbeit der gemeinsamen trilateralen Historikerkommission, derjenigen der Schulbuchkommission sowie allgemeinen Tendenzen der Geschichtswissenschaften in beiden Ländern gewidmet. Folgende Referate wurden gehalten:

Prof. Dr. Dr. h. c. Rudolf Vierhaus (Göttingen): Die schwierigen deutsch-tschechischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert und offene Fragen in der Arbeit der Gemeinsamen deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historikerkommission 1990–1996;

Heidrun Dolezel, M. A. (Rosdorf/Göttingen): Eine unbekannte Nachbarschaft im Schulbuch 1980–1996. Akzente und Lücken;

Dr. Peter Heumos (Oberschleißheim): Zur Tschechoslowakei-Forschung in der BRD;

Prof. PhDr. Jan Křen (Prag): Der Streit um den Sinn der tschechischen Geschichte – Entfaltung, Entwicklung, Entäußerung.

Darüber hinaus veranstaltete das Collegium Carolinum im Berichtsjahr folgende öffentliche *Freitagsvorträge* im Seminarraum des Instituts, die zum Teil in der Bohemia veröffentlicht werden sollen:

21. Juni, Markus Cerman (Wien): Soziale Strukturen in Böhmen in der Frühneuzeit. Eine Regionalstudie zu den nordböhmischen Herrschaften Friedland und Reichenberg 1550–1750;

5. Juli, PhDr. Alena *Mišková* (Prag): Hochschulpolitische Interessengruppen an der Deutschen Universität in Prag im Zweiten Weltkrieg 1939–1945;

25. Oktober, Dr. Carsten *Lenk* (Regensburg): „Unbedingt fortschrittlich und in allen Dingen national“. Der deutsche Böhmerwaldbund 1884–1938 und die Interessen des Budweiser Bürgertums.

Mit den Vorbereitungen begonnen wurde zu dem für März 1997 geplanten Münchner Bohemisten-Treffen, das dem inzwischen erfreulich groß gewordenen Kreis der „Bohemisten“ Gelegenheit geben soll, geplante und begonnene Forschungsvorhaben aus allen Bereichen der Geschichte und Kultur der böhmischen Länder vorzustellen und neue Forschungsergebnisse zu diskutieren.

### Veröffentlichungen

Im Berichtsjahr kam eine größere Zahl von Anfragen um Wiederabdruckerlaubnis für einzelne Beiträge, insbesondere aus den Tagungsbänden des CC. Auch wenn diese erst in den Folgejahren realisiert werden, so ist dies doch als Ausweis für die Qualität und fortbestehende Aktualität der langjährigen Institutsarbeit zu verstehen. In Użgorod/Ukraine erschien auf Initiative des Theresienthaler Heimatverbandes ein Nachdruck der zweiten Auflage des 1973 vom Collegium Carolinum publizierten Bandes „Deutsch-Mokra – Königsfeld. Eine deutsche Siedlung in den Waldkarpaten. Volkskundliche Darstellung, aufgrund der Sammlungen von Anton F. Zauner herausgegeben mit mehreren Mitarbeitern von Hans *Schmid-Egger*“ (Wissenschaftliche Materialien und Beiträge zu Geschichte und Landeskunde der böhmischen Länder 16).

Die Mitarbeiter des Collegium Carolinum konnten im Berichtsjahr 1996, wie in den Vorjahren, Periodika wie die Zeitschrift *Bohemia* (BohZ), Lieferungen von Hand- und Wörterbüchern sowie Bände aus den Reihen „Veröffentlichungen des Collegium Carolinum“ (VCC) und „Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum“ (BWT) in beachtlichem Umfang redaktionell und drucktechnisch betreuen und fertigen. Im einzelnen wurden veröffentlicht:

1. Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik. Jahrgang 1995, Heft 4, Selbstverlag Collegium Carolinum, München 1996.
2. Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik. Jahrgang 1996, Hefte 1–3, Selbstverlag Collegium Carolinum, München 1996.
3. *Bohemia*. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder. Hrsg. von Ferdinand *Seibt* und Hans *Lemberg*. R. Oldenbourg Verlag, München. Band 37 (1996) Heft 1, S. 1–254 (Themenheft Slowakei).
4. *Bohemia* (w. o.) Band 37 (1996) Heft 2, S. 255–526 (Universitätsprofessor Dr. Helmut *Slapnicka* zum 80. Geburtstag gewidmet).
5. Sudetendeutsches Wörterbuch. Wörterbuch der deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien. Hrsg. von Heinz *Engels* und Otfried *Ebrismann*. R. Oldenbourg Verlag, München 1996. Band II, Lieferung 8: Prälät – Promenier-stecklein (s. 561–640), 1 Karte.

6. Sudetendeutsches Wörterbuch. Wörterbuch der deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien. Hrsg. von Heinz Engels und Otfried Ebrismann. R. Oldenbourg Verlag, München 1996. Band II, Lieferung 9: Prominze-Bytschke (S. 641–792), 1 Karte.
7. Sudetendeutsches Wörterbuch. Wörterbuch der deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien. Hrsg. von Heinz Engels und Otfried Ebrismann. Band II: B/P. Bearb. von Norbert Englisch, Bernd Kesselgruber und Antje Holzbauer. R. Oldenbourg Verlag, München 1996, 792 Seiten, 10 Karten, 2 Abb.
8. Anton Gnirs: Topographie der historischen und kunstgeschichtlichen Denkmale in dem Bezirke Karlsbad (Prag 1933). Hrsg. vom Collegium Carolinum. Besorgt von Anna Gnirs. R. Oldenbourg Verlag, München 1996, VIII und 264 S. sowie 404 Abb. auf 268 S. (Handbuch der Sudetendeutschen Kulturgeschichte 8).
9. Christian Scharf: Ausgleichspolitik und Pressekampf in der Ära Hohenwart: Die Fundamentalartikel von 1871 und die nationale Entfremdung zwischen Tschechen und Deutschen. R. Oldenbourg Verlag, München 1996, 220 S., 20 Abb. (VCC 82).
10. 1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990. Hrsg. von Rudolf Jaworski und Robert Luft. R. Oldenbourg Verlag, München 1996, 455 S., 35 Abb. (BWT 18).
11. Jan Křen: Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918. Aus dem Tschechischen von Peter Heumos. R. Oldenbourg Verlag, München 1996, 405 S. (VCC 71).
12. Neuerwerbungen der wissenschaftlichen Bibliothek von Collegium Carolinum, Sudetendeutschem Archiv, Ackermann-Gemeinde und Adalbert Stifter Verein. 3 Lieferungen. München 1996, vervielfältigt zum internen Gebrauch.

Im Satz befanden sich Ende 1996 folgende Publikationen:

1. Thomas Weiser: Arbeiterführer in der Tschechoslowakei. Eine Kollektivbiographie sozialdemokratischer und kommunistischer Parteifunktionäre in der Ersten ČSR (VCC 72).
2. Polen und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Politik und Gesellschaft im Vergleich. Hrsg. von Peter Heumos (BWT 19).
3. Jan Hus – zwischen Zeiten, Völkern, Konfessionen. Hrsg. von Ferdinand Seibt unter Mitwirkung von Zdeněk Dittrich, Karl Josef Hahn, František Holoček, Norbert Kotowski, Zdeněk Kučera, Jan Lášek und Willem Rood. (VCC 85).

Die Druckvorbereitung für folgende Publikationen wurde begonnen oder weitergeführt:

1. Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder. Hrsg. von Ferdinand Seibt und Hans Lemberg. Band 38 (1997) Heft 1.
2. Sudetendeutsches Wörterbuch. Wörterbuch der deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien, Band III, Lieferung 1 und 2.

3. Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Band III, Lieferung 9: Sch (ff.).
4. Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil II: 1921–1926. Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander (VCC 49/II).
5. Kurt Pittrof/Robert Luft: Bibliographie des böhmischen Glases (VCC 68).
6. Jana Neumannová: Kulturpolitik in der Tschechoslowakei 1945–1948 (VCC 80).
7. Radko Břach: Die Tschechoslowakei und Locarno (VCC 81).
8. Rudolf M. Wlaschek: Juden in Böhmen. 2. erw. Auflage (VCC 66).
9. Andreas Reich: Die deutschen Konsumgenossenschaften in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918–1938 (VCC 87).
10. Heimat und Exil. Hrsg. von Peter Heumos (BWT 21).
11. Ungarn und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Zwei Nationen und zwei Länder im gesellschaftlichen und politischen Vergleich. Hrsg. von Robert Luft (BWT 22).
12. Martin Posselt: Richard Coudenhove-Kalergi und die Europäische Parlamentarier-Union (VCC 73).

Die Mitglieder des Collegium Carolinum traten im Berichtsjahr mit folgenden Publikationen an die Öffentlichkeit:

*Prof. Dr. Manfred Alexander*

1. Niemiecko-polskie stosunki w historii dnia dzisiejszym. In: Polska-Niemcy-Ukraina w Europie. Uwarunkowania, założenia i przesłanki wzajemnej współpracy. Hrsg. von Włodzimierz Bonusiak. Rzeszów 1996, 27–35.
2. Die deutsch-tschechischen Beziehungen in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Aktuelle und historische Probleme. In: Lehrerfortbildung. Die tschechisch-deutschen Beziehungen in Geschichte und Gegenwart. Aufgaben für die Zukunft. Hrsg. vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung Soest und vom Pädagogischen Zentrum Prag. Bönen 1996, 65–76.
3. Die Jahrestagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 24. bis zum 26. November 1995. Bohemia 38 (1996) 204–207.

*Prof. Dr. Detlef Brandes*

1. Die Wolgarepublik. Eigenstaatlichkeit oder nationales Gouvernement? In: Deutsche in Rußland. Hrsg. von Hans Rothe. Köln 1996, 103–130.

*Prof. Dr. Josef Breburda*

1. Zus. mit Gaodi Xie: Saline and Akali soils in Northwest China. ISCO-Konferenz. Bonn 1996.
2. Zus. mit Xuezheng Shi: Study on soil erodibility factor K of different type of soils in South China. ISCO-Konferenz. Bonn 1996.
3. Nachhaltige Landwirtschaft in Turkmenistan? Entwicklung und ländlicher Raum 30 (1996) Heft 4, 21–23.

4. Zus. mit Pierre-Henri Dimanche: Impacts de differentes techniques du travail du sol sur la degradation des sols argileux dans la region de Meknes (Maroc.) Gießen 1996, 281 S.

*Dr. Stephan Dolezel*

1. Historische Kommission der Sudetenländer. In: Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung. Hrsg. von Hugo Weczerka. Marburg 1996, 85–89 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 1).

*Dr. Anna M. Drabek*

1. Die politische Haltung der böhmischen und mährischen Stände zum Herrscherabsolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts: Von der traditionellen ständischen Rechtsposition zu frühkonstitutionellen Forderungen. In: Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Überregionale Gemeinsamkeiten in der Kultur vom 16.–18. Jahrhundert. Hrsg. von Joachim Bahlcke, Hans-Jürgen Bömelburg und Norbert Kersken. Leipzig 1996, 265–282.
2. Die Frage der Unterrichtssprache im Königreich Böhmen im Zeitalter der Aufklärung. Österreichische Ostheft 38/3 (1996) 56–81.
3. Zus. mit Richard G. Plaschka: Historische Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Annali dell' Instituto storico italo-germanico in Trento 20 (1994) 279–291.

*Prof. Dr. Winfried Eberhard*

1. Hrsg. zus. mit Alfred A. Strnad: Humanismus und Renaissance in Ostmitteleuropa vor der Reformation. Köln-Weimar-Wien 1996 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 28).
2. Grundzüge von Humanismus und Renaissance: Ihre historischen Voraussetzungen im östlichen Mitteleuropa. Eine Einführung. In: Ebenda 1–28.
3. Reformatorische Gegensätze – reformatorischer Konsens – reformatorische Formierung in Böhmen, Mähren und Polen. In: Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Überregionale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.–18. Jahrhundert. Hrsg. von Joachim Bahlcke, Hans-Jürgen Bömelburg und Norbert Kersken. Leipzig 1996, 187–215.
4. Ständische Strukturen in Ostmitteleuropa: Problemstellung und Thesen. Eine vorläufige Diskussionsbilanz. In: Ebenda 311–318.
5. Artikel zu: Erzbischöfen von Prag und Bischöfen von Olmütz und den Weihbischöfen. In: Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches 1448–1648. Ein biographisches Lexikon. Hrsg. von Erwin Gatz. Berlin 1996, passim (ca. 80 S.).
6. Artikel: „Hussites“ und „Utraquists“. In: Encyclopedia of the Reformation. Hrsg. von Hans J. Hillerbrand. 4 Bde. New York-Oxford 1996, hier Bd. 2, 278–280 und Bd. 4, 206–208.
7. Artikel: Hieronymus I von Prag; Hieronymus II von Prag; Hus, Jan/Hussiten; Johannes der Blinde, Kg. von Böhmen; Johannes von Bucca; Johannes von Drändorf; Johannes von Jen(tzen)stein; Johannes von Nepomuk; Johannes von Wesel. In: Lexikon für Theologie und Kirche. Bd. 5. 3. Aufl. Freiburg 1996.

*Prof. Dr. Otfried Ehrismann*

1. Hrsg. zus. mit Heinz Engels: Sudetendeutsches Wörterbuch. Wörterbuch der deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien. Band II: B/P. München 1996.

*Prof. Dr. Heinz Engels*

1. Hrsg. zus. mit Otfried Ehrismann: Sudetendeutsches Wörterbuch. Wörterbuch der deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien. Band II: B/P. München 1996.

*Prof. Dr. Wilfried Fiedler*

1. Vom territorialen zum humanitären Kulturgüterschutz. Zur Entwicklung des Kulturgüterschutzes nach kriegerischen Konflikten. Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht 37 (1996) 159–173.
2. Hermann Heller. In: Ostschlesische Portraits. Biographisch-bibliographisches Lexikon von Österreichisch-Ostschlesien. Teil 2: E-H. Berlin 1996, 179–183 (Schriftenreihe der Stiftung Haus Oberschlesien. Landeskundliche Reihe 2/2).
3. Internationaler Kulturgüterschutz – völkerrechtlich betrachtet. Spektrum der Wissenschaft (1996) Heft 8, 106–114.
4. Kulturgüterschutz – eine neue Dimension des internationalen Rechts. Archiv des Völkerrechts 34 (1996) 237–244.
5. Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Schutz des Eigentums. Europäische Grundrechte 23 (1996) Heft 13–14, 354–357.
6. Die Kulturgüter von Volksgruppen und Minderheiten am Beispiel der Sudetendeutschen. In: Schriften der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste 17: Vorträge und Abhandlungen aus geisteswissenschaftlichen Bereichen. München 1996, 207–232.
7. Safeguarding of Cultural Property during Occupation – Modifications of the Hague Convention of 1907 by World War II? In: Legal Aspects of International Trade in Art. Hrsg. von Martine Briat und Judith A. Freedberg. 1996, 175–183.

*Prof. Dr. Horst Förster*

1. Möglichkeiten der Kooperation im Bereich der Regionalforschung Ostmitteleuropas. In: Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung. Hrsg. von Hugo Wezzerka. Marburg 1996, 27–44 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 1).
2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit – das Fallbeispiel „Euroregion Neißة“. In: Aura – Ochrona Śródownska (1996) Heft 4, 32–34.

*Prof. Dr. Horst Glassl*

1. Lucemburská epocha, raný humanismus a husitství, počátek doby habsburské (1306–1620): Politika a hospodářství. In: Tisíc let česko-německých vztahů. Data, jména a fakta k politickému, kulturnímu a církevnímu vývoji v českých zemích. Praha 1995, 47–70.
2. České země za vlády Habsburků až do Vídeňského kongresu (1620–1815): Politika a hospodářství. In: Ebenda 97–114.

*Prof. Dr. Monika Glettler*

1. Ethnizität als gesellschaftliches Konfliktfeld in Preßburg und Budapest. In: Wien-Prag-Budapest. Urbanisierung, Kommunalpolitik und gesellschaftliche Konflikte (1867–1918). Hrsg. von Gerhard Melinz und Susan Zimmermann. Wien 1996, 219–283.
2. Bosnien-Herzegowina in der Habsburgermonarchie: Selbstregulierung oder Intervention? Ungarn-Jahrbuch 22 (1995/96) 217–231.
3. Die Bewertung des Faktors Deutschland in der österreichischen Historiographie. In: Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Michael Gehler u. a. Stuttgart 1996, 55–72.
4. Tschechen und Slowaken in Wien. In: Wir. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien. 217. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien. 19. September bis 29. Dezember 1996. Ausstellungskatalog. Wien 1996, 102–113.

*Dr. Gerhard Hanke*

1. Dr. Josef Scheidl (1875–1953). Zum 120. Geburtstag eines verdienten Heimatforschers des Dachauer Landes. *Amperland* 32 (1996) 285–288.
2. Die von ca. 1450 bis 1650 im alten Landgericht Dachau üblichen Taufnamen. *Amperland* 32 (1996) 308–314.
3. Die Siedlungsentwicklung von Dachau. In: Dachau. Straßen und Plätze in der Altstadt. Eine Dokumentation zur Neugestaltung. Dachau 1996, 9–13.

*Dr. Peter Heumos*

1. Die Bauernbefreiung in den böhmischen Ländern 1848. Anmerkungen zu den ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen der Agrargesellschaft. In: 1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990. Hrsg. von Rudolf Jaworski und Robert Luft. München 1996, 221–237 (BWT 18).
2. Zhroucení jednoho systému. Osm tezí rozpadu ČSR v letech 1938–1939. *Dějiny a současnost* 18 (1996) Heft 2, 25–28.

*Prof. PhDr. Ivan Hlaváček*

1. Hrsg. zus. mit Alexander Patschovsky: Reform von Kirche und Reich zur Zeit der Konzilien von Konstanz (1414–1418) und Basel (1431–1449). Konstanz 1996.
2. Sigismund von Luxemburg und sein Anteil an der Reichsreform. In: Ebenda 61–77.
3. Hrsg. zus. mit Jiří Cejpek und Pravoslav Kneidl: *Dějiny knihoven a knihovnictví v českých zemích a vybrané kapitoly z obecných dějin*. Praha 1996.
4. Přehledné dějiny českých a moravských knihoven do počátku novověku (ca. 1526). In: Ebenda 61–77.
5. Zwei bibliotheksgeschichtliche Miscellen zur intellektuellen Individualität im Spätmittelalter. Bürgerliche Bücherverzeichnisse und Ausleihkataloge im böhmisch-österreichisch-bayerischen Raum. In: *Miscellanea-Mediaevalia*. Bd. 24: Individuum und Individualität im Mittelalter. Hrsg. von Jan A. Aertsen und Andreas Speer. Berlin-New York, 577–587.
6. Epilog k rakovnické kauze „starý papír“. *Lidové noviny* vom 17. Januar 1996.
7. Materiály k dějinám knihovny pražské kartouzy. In: *Ars baculum vitae*. Sborník studií umění a kultury k 70. narozeninám prof. PhDr. Pavla Preisse, DrSc. Praha 1996, 33–39.
8. Pracovní den a týden v dvorské kanceláři Václava IV. In: *K počtě Jaroslava Marka*. Sborník prací k 70. narozeninám prof. dr. Jaroslav Marka. Praha 1996, 135–147.
9. Artikel: Steuer-Steuerwesen. In: *Lexikon des Mittelalters*. Bd. 8/I. München 1996, Sp. 154f.
10. Artikel: Strahov. In: Ebenda Sp. 209f.

*Prof. Dr. Jörg K. Hoensch*

1. Kaiser Sigismund. Herrscher an der Schwelle zur Neuzeit 1368–1437. München 1996. 652 S.
2. Die Zipser. In: *Die Deutschen in Ostmitteleuropa- und Südosteuropa*. Geschichte – Wirtschaft – Recht – Sprache. Hrsg. von Gerhard Grimm und Krista Zach. München 1995, 143–158 (Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerks 53).

*Prof. Dr. Rudolf Jaworski*

1. Hrsg. zus. mit Robert Luft: 1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990. München 1996, 455 S. (BWT 18).
2. Zus. mit Robert Luft: Vorwort. In: Ebenda 7–12.

3. Revolution und Nationalitätenfrage in Ostmitteleuropa 1848/49. In: Ebenda 371–382.
4. Osteuropa: Geschichtsdenken im Umbruch. *Damals* 28 (1996) Heft 10, 40–42.
5. Friedrich Naumann a Češi. In: Friedrich Naumann. *Přspěvky k pochopení osobnosti a díla*. Hrsg. von Ralf Dahrendorf u. a. Praha 1996, 23–36.
6. Obzvláštní truchlohra mezi Čechy a Němci. *Dějiny a současnost* 18 (1996) Heft 9, 42–45.
7. Deutsche und Polen im Gedächtnisjahr 1995/Niemcy i Polacy w Roku Pamięci 1995. *Transodra* [Deutsch-Polnisches Informationsbulletin] (1995) Nr. 12/13, 5–9.
8. Polnische Vergehen oder deutsche Übergriffe? Die Massenfestnahme von 250 Polen in Frankfurt/Oder am 24. Juni 1995 brachte alte Klischees wieder zum Vorschein. *Transodra* (1996) Nr. 14/15, 89–94.

#### *JUDr. Jiří Kejř*

1. *Dějiny pražské právnické univerzity*. Praha 1995, 154 S.
2. Pražská právnická fakulta a právnická univerzita. In: *Dějiny Univerzity Karlovy*. Bd. 1. Praha 1995, 163–181.
3. Die kirchenrechtsgeschichtliche Forschung in Böhmen und Mähren. *Zeitschrift der Savigny Stiftung für Rechtsgeschichte – Kanonistische Abteilung* 81 (1995) 328–339.
4. Historie a právo (Poznámky o interdisciplinaritě). In: *Pocta prof. JUDr. Karlu Malému, DrSc., k 65. narozeninám*. Praha 1995, 68–82.
5. Hus jako právní myslitel. In: *Jan Hus mezi epochami, národy a konfesemi*. Praha 1995, 197–207.
6. Die Prager Vorträge von Umberto de Lampugnano. *Studia Gratiana* 27 (1996) 249–270 [Festschrift R. Weigand].
7. Právní kultura českého středověku. *Minulostí západočeského kraje* 31 (1996) 7–25.

#### *Prof. Dr. Otto Kimminich*

1. Potsdam und die Frage der Vertreibung. In: *Deutschland und seine Nachbarn*, Heft 15. Hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Bonn 1996, 3–21.
2. Volksgruppenrecht: Eine europäische Zukunftsaufgabe. In: Ebenda 23–33.
3. Das Unrecht von 1945 in seiner völkerrechtlichen Bedeutung. In: Ebenda 35–45.
4. Towards a European Charter for the Protection of Ethnic Groups. In: *The Living Law of Nations. Essays in memory of Atle Grahl-Madsen*. Hrsg. von G. Alfredsson and P. Macalister-Smith. Kehl-Strasbourg-Arlington 1996, 249–257.
5. La propiedad en la constitución alemana. In: *Propiedad, Expropiación y Responsabilidad. La Garantía Indemnizatoria en el Derecho Europeo y Comparado*. Hrsg. von Javier Barnés. Madrid 1995, 151–173.
6. Asylrecht. In: *Ergänzbare Lexikon des Rechts* 5/20. Neuwied 1996, 4 S.
7. Deutschland (Rechtslage). In: *Ergänzbare Lexikon des Rechts* 5/180. Neuwied 1996, 8 S.
8. The Conventions for the Prevention of Double Citizenship and their Meaning for Germany and Europe in an Era of Migration. *German Yearbook of International Law* 38 (1995) 224–248.
9. Migration, Ethnizität und Recht in Europa. In: *Migration, Ethnizität, Konflikt*. Hrsg. von Klaus J. Bade. Osnabrück 1996, 349–366.
10. Völkerrecht und Geschichte im Disput über die Beziehungen Deutschlands zu seinem östlichen Nachbarn. *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 28/96 vom 5. Juli 1996, 28–38.
11. Potsdam und die Frage der Vertreibung. In: *Das Potsdamer Abkommen. III. Teil: Rückblick nach 50 Jahren*. Hrsg. von Boris Meissner, Dieter Blumenwitz und Gilbert Gornig. Wien 1996, 33–51.

12. Die internationalen Beziehungen der Kirchen und das Recht auf freien Verkehr. In: Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Joseph Listl und Dietrich Pirson. 2. Aufl. Berlin 1996, 217–250.
13. Hochschule im Grundrechtssystem. In: Handbuch des Wissenschaftsrechts. Hrsg. von Christian Flämig u. a. 2. Aufl. Berlin-Heidelberg-New York 1996, 121–156.
14. Die Rechtsgestalt der Hochschulen. In: Ebenda 227–235.
15. Die Positivierung der Menschenrechte. Politische Studien 47 (1996) Nr. 349, 71–90.
16. The United Nations' Contributions to the Development of International Law. Law and State 53/54 (1996) 90–112.
17. Der völkerrechtliche Gebietsstatus der Nord-Bukowina und seine Folgen. In: Schriften der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste. Bd. 17. München 1996, 185–205.

*Prof. Dr. Heinrich G. Jiří Kosta*

1. Der Prozeß der Wirtschaftsreformen in Ostmitteleuropa. Entwicklungen und Perspektiven. In: Der Transformationsprozeß in den Reformstaaten Ostmitteleuropas. 8. Leutherheider Forum vom 13.–16. 12. 1995. Paul-Kleinewefers-Stiftung. Hrsg. von Hans Süsmuth. Krefeld 1996, 25–30.
2. Die tschechische Wirtschaftsforschung in den Instituten der Akademie der Wissenschaften. In: Forschung und Lehre Ostmitteleuropas. Sozialwissenschaften in der Transformation. Hrsg. von Klaus Ziemer. Marburg 1996, 73–78 (Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien des J. G. Herder-Instituts 21).
3. Wenn ein Jugendlicher aus den Dreißigern Vergleiche zieht. Interview zum 75. Geburtstag des J. K. Prager Wirtschaftszeitung Nr. 22/1996, 15 (Beilage zur Prager Zeitung Nr. 41/1996).
4. Am liebsten unterwegs. Prager Tagblatt Nr. 42/1996.
5. Německo je náš největší hospodářský partner – dostává se česká ekonomika do područí souseda? Zemské noviny vom 13. 4. 1996.
6. Spolupráce na akademické půdě. Pracovní skupina pro vědu Německo-české společnosti se představuje. Česká škola (1996) Nr. 8, V.
7. Problémově i nadějně. Interview. Ekonom Nr. 52 vom 27. 12. 1996, 21–22.

*Prof. PhDr. Jan Křen*

1. Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918. München 1996, 405 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 71).
2. Tschechisch-deutsche Beziehungen in der Geschichte: Von Böhmen aus betrachtet. Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/96 vom 5. Juli 1996, 21–27.
3. Česko-německé dějiny. Literární noviny vom 4. Dezember 1996.
4. Probleme und Chancen der Kooperation tschechischer und deutscher Historiker. In: Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung. Hrsg. von Hugo Wezcerka. Marburg 1996, 17–26 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 1).
5. Úvodem. In: Doležal, Jiří: Česká kultura za protektorátu. Praha 1996, 7–8.

*Prof. Dr. Kurt Krolop*

1. Franz Kafkas „Brief an Milena“. In: Allemands, Juifs et Tchèques à Prague/Deutsche, Juden und Tschechen in Prag 1890–1924. Actes du colloque international de Montpellier 8–10 décembre 1994. Hrsg. von Maurice Godé, Jacques Le Rider und Françoise Mayer. Montpellier 1996, 253–272 (Bibliothèque d'Etudes Germaniques et Centre-Européennes 1).
2. „Wir aber wollen wieder teilnehmen an Prag“. Franz Werfel und seine Vaterstadt. Brücken NF 3 (1995) 5–24.

3. „Vlast“ mezi patriotismem a nacionalismem. Proměny v sebereflexi regionální literatury / „Heimat“ zwischen Patriotismus und Nationalismus. Wandlungen im Selbstverständnis regionaler Literatur. In: Znovuobjevná Šumava / Der wiederentdeckte Böhmerwald. Klavoty 1996, 30–34 und 35–40.
4. Zur Frühgeschichte der tschechischen Karl Kraus-Rezeption um 1910. Brücken NF 4 (1996) 19–32.
5. Karl Kraus a Češi / Karl Kraus und die Tschechen. In: Český lev a rakouský orel v 19. století / Böhmischer Löwe und österreichischer Adler im 19. Jahrhundert. Hrsg. von Zdeněk Hojda und Roman Prahl. Praha 1996, 189 und 310–327.
6. Sidonies Bücher. Tschechien erhält die Bibliothek von Janowitz zurück. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Dezember 1996, 37.

*Prof. Dr. Peter Krüger*

1. Hrsg.: Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte in der Neuzeit. München-Wien 1996 (Schriften des Historischen Kollegs 35).
2. Das Problem der Stabilisierung Europas nach 1871. In: Ebenda 171–188.
3. Frankreichs internationale Stellung in der Zwischenkriegszeit. In: Über Frankreich nach Europa. Hrsg. von Wolf D. Gruner und Klaus-Jürgen Müller. Hamburg 1996, 379–418.
4. The Federal Republic as a nation-state. Working Paper 5.40, Center for German and European Studies, University of California, Berkeley. Berkeley 1996.
5. Der Europagedanke in der Weimarer Republik. Locarno als Kristallisationspunkt und Impuls. In: Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Hrsg. von Jac Bosmans. Münster 1996, 15–32.
6. Einflüsse der Vereinigten Staaten auf die deutsche Verfassungsentwicklung. Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 18 (1996) 226–246.

*Prof. Dr. Gerhard Kurz*

1. Hrsg.: Gedichte von Friedrich Hölderlin. Stuttgart 1996.
2. Das Nächste Beste. In: Ebenda 166–185.
3. Mit-Hrsg.: Zwiesprache. Theorie und Geschichte des Übersetzens. Stuttgart 1996.
4. Die Originalität der Übersetzung. Zur Übersetzungstheorie um 1800. In: Ebenda 52–63.
5. „Innere Emigration“. Zur öffentlichen Kontroverse zwischen Walter von Molo, Thomas Mann und Frank Thieß. In: Öffentlicher Sprachgebrauch, praktische, theoretische und historische Perspektive. Hrsg. von K. Böke u. a. Opladen 1996, 221–235.
6. Graue Romantik. Zu Walter Flex' „Wildgänse rauschen durch die Nacht“. In: Hermenautik – Hermeneutik. Literarische und geisteswissenschaftliche Beiträge zu Ehren von Peter Horst Heumann. Hrsg. von H. Helbig u. a. Würzburg 1996, 133–152.
7. Zu einer Theorie des literarischen Klischees. In: Studi di teoria e storia letteraria in onore di Pieter de Meijer. Hrsg. von D. Aristodemo. Firenze 1996, 69–78.

*Prof. Dr. Hans Lemberg*

1. „Drang nach Osten“ – mit i rzeczywistość. In: Polacy i Niemcy. 100 kluczowych projęć. Bearb. von Ewa Kobylńska, Andreas Lawaty und Rüdiger Stephan. Warszawa 1996, 17–21 (Biblioteka „Więzi“ 84).
2. Problem wypędzeń w polityce europejskiej XX wieku. In: Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia deportace i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie. Prace zbiorowa. Hrsg. von Hubert Orłowski und Andrzej Sakson. Poznań 1996, 31–44 (Studia europejskie 3).
3. Transformation des internationalen Systems als Folge krisenhafter Veränderungen im östlichen Europa im 20. Jahrhundert. In: Das europäische Staatensystem im Wandel. Hrsg. von Peter Krüger. München-Wien 1996, 227–238 (Schriften des Historischen Kollegs 35).

4. Zwei „Excesse“ des Marienbader Lehrers Schusser im Mai 1885. Die Nervosität an der deutschböhmischem Peripherie und die k. k. Mässigungspolitik der Prager Landes-Selbstverwaltung. In: *Occursus – Setkání – Begegnung. Sborník ku počtĕ 65. narozenin prof. dr. Jana Křena*. Hrsg. von Zdeněk Poustka, Pavel Seifert und Jiří Pešek. Praha 1996, 135–152; als erweitertes Separatum 2. Aufl. Marburg/Lahn 1997, 136–158.

*Prof. Dr. Bedrich Loewenstein*

1. Projekt moderny. O duchu občanské společnosti a civilizace. Praha 1995, 296 S. (Tschech. Ausgabe von: *Der Entwurf der Moderne. Vom Geist der bürgerlichen Gesellschaft und Zivilisation*).
2. Über Gewalt und Gewaltfreiheit. Einige Überlegungen. In: *Gewaltfreiheit*. Hrsg. von A. Gestrich und B. Ulrich (Jahrbuch der historischen Friedensforschung). Münster 1996, 26–38.
3. Nejsme jako oni? Čtyři úvahy o symbolech a obrazech. *Literární noviny* (1996) Heft 6, 1–2.
4. Animal symbolic? Historisch-anthropologische Betrachtungen. *Filosofický časopis* (1996) 535–564.
5. Vorwort zu Epple, Angelika: *Henriette Fürth und die Frauenbewegung im Kaiserreich*. Pfaffenweiler 1996, VII–X.
6. Heslář B. Loewensteina. *Nová Přítomnost* (1996) Nr. 8–12.

*Prof. Dr. Franz Machilek*

1. Doba Přemyslovců, pokřesťanstění a východní osídlení (800–1306): Církev a kultura. In: *Tisíc let česko-německých vztahů. Data, jména a fakta k politickému, kulturnímu a církevnímu vývoji v českých zemích*. Praha 1995, 31–45.
2. Lucemburská epocha, raný humanismus a husitství, počátek doby habsburské (1306–1620): Církev a kultura. In: *Ebenda* 71–96.
3. Konrad Celtis und die Gelehrtensozialitäten, insbesondere in Ostmitteleuropa. In: *Humanismus und Renaissance in Ostmitteleuropa vor der Reformation*. Hrsg. von Winfried Eberhard und Alfred A. Strnad. Köln-Weimar-Wien 1996, 137–155 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 28).
4. Artur Michael Landgraf (1895–1958). In: *Fränkische Lebensbilder*. Bd. 16. Hrsg. von Alfred Wendehorst. Neustadt a. d. Aisch 1996, 241–269 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte VII A/16).
5. Georg Thomas (von) Rudhart. In: *Weismain. Eine fränkische Stadt im nördlichen Jura*. Hrsg. von Günter Dippold. Bd. 2. Weismain 1996, 421–430.

*Prof. Dr. Bernard Michel*

1. Bilan du nationalisme tchèque en 1914. *Etudes danubiennes* 12/1 (1996) 17–27.

*Prof. Dr. Peter Moraw*

1. Stiftspründen als Elemente des Bildungswesens im spätmittelalterlichen Reich. In: *Studien zum weltlichen Kollegiatstift in Deutschland*. Hrsg. von Irene Crusius. Göttingen 1995, 270–297.
2. Kaiser gegen Papst – Papst gegen Kaiser. Prozesse und Quasiprozesse als Mittel der theologisch-politisch-rechtlichen Auseinandersetzung von 800 bis 1350. In: *Große Prozesse. Recht und Gerechtigkeit in der Geschichte*. Hrsg. von Uwe Schultz. München 1996, 55–64, 429 und 449.
3. Zus. mit Hélène Millet: Clerics in the State. In: *Power Elites und State Building*. Hrsg. von Wolfgang Reinhard. Oxford 1996, 173–188.

4. Improvisation und Ausgleich. Der deutsche Professor tritt ans Licht. In: Gelehrte im Reich. Hrsg. von Rainer Christoph Schwinges. Berlin 1996, 309–326 (Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 18).
5. Das Reich und Österreich im Spätmittelalter. In: Sacrum Imperium. Das Reich und Österreich 996–1806. Hrsg. von Wilhelm Brauner und Lothar Höbelt. Wien - München - Berlin 1996, 92–130.
6. Fuldas Stellung im spätmittelalterlichen Reich. In: Fulda im Alten Reich. Hrsg. von Berthold Jäger. Fulda 1996, 63–83.
7. Landgraf Philipp der Großmütige von Hessen. In: Die großen Hessen. Hrsg. von Hans Sarkowicz und Ulrich Sonnenschein. Frankfurt/M. 1996, 41–50.
8. Von Turnieren und anderen Lustbarkeiten. Sport im Mittelalter. In: Schneller, Höher, Weiter. Eine Geschichte des Sports. Hrsg. von Hans Sarkowicz. Frankfurt/Main - Leipzig 1996, 66–78 und 466.
9. Die Aktualität der hessischen Geschichte. In: Fachjournalismus im Gespräch 13 (1996) 7–21.

*Prof. Dr. Ernst Nittner*

1. Liberalismus a nacionalismus, industrializace a sociální otázka. První světová válka (1815–1918): Kultura a duchovní život. In: Tisíc let česko-německých vztahů. Data, jména a fakta k politickému, kulturnímu a církevnímu vývoji v českých zemích. Praha 1995, 154–182.
2. Vyhánění sudetských Němců a konec německo-českého sousedství v českých zemích (1945–1946). In: Ebenda 223–243.
3. Sudetoněmecká národnostní skupina po vyhnání a její integrace (1945–1988). In: Ebenda 245–262.
4. Československo a český národ (1945–1989). In: Ebenda 263–273.
5. Slovenská otázka a rozdělení ČSFR (1992–1993). In: Ebenda 275–283.

*Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Richard G. Plaschka*

1. Geschichtsbild als Emotionsherd. In: Sosed vo ogleдалu sosedá od 1848 do danes. Ljubljana 1995, 17–22.
2. Zus. mit Anna M. Drabek: Historische Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento 20 (1994) 279–291.
3. „Wir schwören Gott dem Allmächtigen . . .“. Einige Überlegungen zur Eid-Problematik. In: Viribus Unitis. Österreichs Wissenschaft und Kultur im Ausland. Impulse und Wechselwirkungen. Bern - Berlin - Paris - Wien 1996, 321–327.
4. Um nationale und europäische Identität. Zu den Voraussetzungen zweier Integrationsprozesse des 20. Jahrhunderts in Ostmitteleuropa- und Osteuropa. In: Europäische Integration: Reminiszenzen – Perspektiven / Evropská integrace: Reminiscence – perspektivy. (Symposium der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität Prag und des Österreichischen Kulturinstituts Prag, 18.–19. November 1993) Hrsg. vom Ústav mezinárodních vztahů. Praha 1996, 13–24.
5. Hrsg. zus. Gerald Stourzh und Jan Paul Niederkorn: Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute. 2. Aufl. Wien 1996 (Archiv für Österreichische Geschichte 136).
6. Zus. mit Gerald Stourzh: Einleitung. In: Ebenda 7–13.

*Prof. Dr. Hans Rothe*

1. Hrsg.: Kralitzer Bibel / Kralická Bible. Bd. 1–6. Facsimile-Nachdruck der Erstausgabe Kralitz 1579–1594. Bd. 7: Kommentar. Paderborn 1995 (Biblia Slavica I, 3).

2. František Linharts geglückte Übersetzung eines mißglückten Heine. In: Das slawische Phänomen. Festschrift für Prof. Dr. Antonín Měšťan zu seinem 65. Geburtstag. Hrsg. von Karel Mácha. Prag 1996, 167–176.
3. Hrsg.: Deutsche in Rußland. Köln 1996.
4. Slavia Latina in the Middle Ages between Slavia Orthodoxa and the Roman Empire (the Pope and the Emperor). Ricerche Slavistiche 42 (1995) 75–87.
5. Aktuální problémy slovanské filologie. Slavia 65 (1996) 46–50.
6. Die Länder der Krone Böhmens als Bibellandschaft. Slavia 65 (1996) 239–253.

*Prof. Dr. Walter Schamschula*

1. Jakobson and His Concept of Medieval Drama. In: Roman Jakobson. Brno 1996, 317–322 (Sborník prací filosofické fakulty Brněnské university – Litteraria humanitatis IV).

*Prof. Dr. PhDr. h.c. Ferdinand Seibt*

1. Karol IV. Cesarz w Europie 1346–1378. Przełożył Czesław Tarnogórski. Warszawa 1996, 485 S.
2. Das Jahr 1848 in der europäischen Revolutionsgeschichte In: 1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990. Hrsg. von Rudolf Jaworski und Robert Luft. München 1996, 13–27 (BWT 18).
3. Die alten Kaiser. Neue Impulse der Spätmittelalterforschung. Bohemia 37 (1996) 291–309.
4. Nicht überführt und nicht geständig. Jan Hus in Konstanz. In: Die großen Prozesse der Weltgeschichte. Hrsg. von Uwe Schultz. München 1996, 89–102.
5. Abschied und Ankunft. In: Abschied und Ankunft. Zum Verlust der böhmischen Heimat. Grenzerfahrungen. Hrsg. von Adolf Thaller. Weiden 1996, 29–35.
6. Karl IV. In: Lebendiges Mittelalter. Ein Lesebuch. Hrsg. von Brigitte Hellmann, 2. Aufl. München 1996, 80–94.
7. Karl und Ferdinand. In: Deutsche Brüder. Zwölf Doppelporträts. 3. Aufl. Berlin 1996, 7–28.
8. Die Stunde Klios. In: Occursus – Setkání – Begegnungen. Sborník ku počtě 65. narozenin prof. dr. Jana Křena. Hrsg. von Zdeněk Poustka, Pavel Seifter und Jiří Pešek. Praha 1996, 199–215.

*Prof. PhDr. Emil Skála, DrSc.*

1. Zweisprachigkeit und Motivation zur mehrsprachigen Erziehung in der Tschechischen Republik. In: Politik – Bildung – Religion. Festschrift für Hans Maier. Paderborn 1996, 525–531.
2. Die Sprachgeschichte des Böhmerwaldes. In: Der wiederentdeckte Böhmerwald. Eine traditionsreiche europäische Region. Klatovy 1996, 15–29.
3. Tschechisch-deutsche Sprachkontakte. Germanistica Pragensia 12 (1996) 7–27.

*Univ.-Prof. Dr. Helmut Slapnicka*

1. Significato e funzione dell'autonomia nella politica austriaca dal 1867 al 1918. In: Autonomia e federalismo nella tradizione storica italiana e austriaca. Hrsg. von Maria Garbari und Davide Zaffi. Trento 1996, 79–99 (Collana di monografie edita dalla Società di studi Trentini di scienze storiche 56).

*Prof. PhDr. František Šmahel*

1. Husitská revoluce. Bd. II: Kořeny české reformace. 2. Aufl. Praha 1996, 367 S.; Bd. III: Kronika válečných let. 2. Aufl. Praha 1996, 431 S.; Bd. IV: Epilog bouřlivého věku. 2. Aufl. Praha 1996, 550 S.

2. Hrsg. zus. mit Alexander Patschovsky: Eschatologie und Hussitismus. Praha 1996 (Historica. Series nova, Supplementum 1).
3. Das „purgatorium sompniatum“ in der hussitischen Topographie des Jenseits. In: Ebenda 115–1138.
4. Die königlichen Feste im mittelalterlichen Böhmen. Bohemia 37 (1996) 271–290.
5. Das verlorene Ideal der Stadt in der böhmischen Reformation. In: Jahrbuch des Historischen Kollegs 1995. München 1996, 45–69.
6. Die Anfänge des Humanismus in Böhmen. In: Humanismus und Renaissance in Ostmitteleuropa vor der Reformation. Hrsg. von Winfried Eberhard und Alfred A. Strnad. Köln-Weimar-Wien 1996, 189–214 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 28).
7. Tabor als Modell einer Gesellschaftsordnung. In: Reform von Kirche und Reich zur Zeit der Konzilien von Konstanz (1414–1428) und Basel (1431–1449). Hrsg. von Ivan Hlaváček und Alexander Patschovsky. Konstanz 1996, 191–201.
8. Die Karlsuniversität Prag und böhmische Humanistenkarrieren. In: Gelehrte im Reich. Zur Sozial- und Wirkungsgeschichte akademischer Eliten des 14. bis 16. Jahrhunderts. Hrsg. von Rainer Christoph Schwinges. Berlin 1996, 505–513 (Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 18).
9. Literacy and Heresy in Hussite Bohemia. In: Heresy and Literacy, 1000–1530. Hrsg. von Peter Biller and Anne Hudson. 2. Aufl. Cambridge 1996, 237–254.
10. Otázky naruby a meze „zdravého rozumu“ (Pohled do historikovy dílny). In: K počtě Jaroslava Marka. Hrsg. von Lubomír Slezák und Radomír Vlček. Praha 1996, 257–267.
11. Středověké slavnosti, svátky a radostné chvíle. Documenta Pragensia 12 (1995) 33–44.
12. Dokument doby. Úvaha o stavu a perspektivních potřebách systematické dokumentace v rámci Historického ústavu ČSAV (přetisk cyklostilovaného textu z roku 1968). Bulletin Historického ústavu AV ČR VII-2/4 (1996) 15–23.

*Univ.-Prof. Dr. DDr. h. c. Gerald Stourzh*

1. Konfliktlösung in multiethnischen Staaten. Die späte Habsburgermonarchie als Modell und Warnung. In: Europäische Integration: Reminiszenzen – Perspektiven/Evropská integrace: Reminiscence – perspektivy (Symposium der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität Prag und des Österreichischen Kulturinstituts Prag, 18.–19. November 1993). Hrsg. vom Ústav mezinárodních vztahů. Praha 1996, 25–36 (tschech. Řešení konfliktů v mnohonárodnostních státech: pozdní habsburská monarchie jako model a varování. In: Ebenda 79–89).
2. The National Compromise in the Bukovina 1909/10. In: Viribus Unitis. Festschrift für Bernhard Stillfried aus Anlaß seines 70. Geburtstages. Hrsg. von Ilona Slawinski und Joseph B. Strelka. Bern 1996, 371–384.
3. Vier Fallstudien zur Spurensuche. In: Liberalismus – Interpretationen und Perspektiven. Hrsg. von Emil Brix und Wolfgang Mantl. Wien-Köln-Weimar 1996, 53–59 (Studien zu Politik und Verwaltung 65).
4. Hrsg. zus. mit Richard G. Plaschka und Jan Paul Niederkorn: Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute. 2. Aufl. Wien 1996 (Archiv für Österreichische Geschichte 136).
5. Zus. mit Richard G. Plaschka: Einleitung. In: Ebenda 7–13.
6. Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewußtseins – vom Zusammenbruch der Monarchie zur Zweiten Republik. In: Ebenda 289–311.

*Prof. PhDr. Otto Urban †*

1. Idea státu rakouského jako politická otázka. *Historický obzor* 6 (1995) Heft 11–12, 259–265.
2. Idea státu rakouského jako sociokulturní otázka. *Historický obzor* 7 (1996) Heft 5–6, 119–124.
3. 1848 – eine Modernisierungsetappe in der Habsburgermonarchie. In: 1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990. Hrsg. von Rudolf Jaworski und Robert Luft. München 1996, 383–391 (BWT 18).
4. La guerre 1914–18 dans la mémoire tchèque. In: Allemands, Juifs et Tchèques à Prague / Deutsche, Juden und Tschechen in Prag 1890–1924. Actes du colloque international de Montpellier 8–10 décembre 1994. Hrsg. von Maurice Godé, Jacques Le Rider und Françoise Mayer. Montpellier 1996, 115–124 (Bibliothèque d'Études Germaniques et Centre-Européennes 1).
5. Historické proměny idejí státu rakouského [Historische Wandlungen in der Auffassung des österreichischen Staates]. In: Český lev a rakouský orel v 19. století / Böhmischer Löwe und österreichischer Adler im 19. Jahrhundert. Hrsg. von Zdeněk Hojda und Roman Prah. Praha 1996, 13–21.

*Prof. Dr. Stanley B. Winters*

1. R. W. Seton-Watson a počátky výzkumu českých a slovenských dějin ve Spojených státech. *Moderní dějiny* 3 (1995) 213–228.
2. News about Scholars and the Profession. *Czechoslovak History Newsletter* 19/1 (1996) 9–11.
3. True to Its Mission. The Collegium Carolinum Celebrates a Jubilee. *Ebenda* 12–15.
4. Serials and Series issued by Collegium. *Ebenda* 15.
5. Marie Pavlíková, 1920–1995. *Ebenda* 7.
6. The Legacy of Otto Urban (1938–1996). *Ebenda* 19/2 (1996) 16–17.
7. A Banner Year for František Šmahel. Elected Honorary Foreign Member of the American Historical Association. *Ebenda* 29–32.
8. The 1995 National Convention of the American Association for the Advancement of Slavic Studies. *Bohemia* 37/1 (1996) 213–215.
9. The Beginnings of American Scholarship on Czech and Slovak History. In: *Czech and Slovak History: An American Bibliography*. Hrsg. von George J. Kovtun. Washington/DC 1996, VII–XXIV.

## Veröffentlichungen der Mitarbeiter des Collegium Carolinum:

*Dr. Eva Hahn*

1. Sudetoněmecký problém: obtížné loučení s minulostí. Praha 1996, 276 S.
2. Německý spor o dějiny. *Nová Přítomnost* (1996) Heft 4, 14–16.
3. Němci a Češi: protentokrát obráceně. *Tvar* (1996) Heft 12, 10f.
4. „Česká otázka“ od Masaryka k Havlovi. *Prostor* (1996) Heft 31, 7–15.
5. Wo fängt der Osten an? *Die Presse* vom 12. Dezember 1996, V.

*Dr. Peter Heumos (siehe Mitglieder)**Markus Hipp, M.A.*

1. Über den Umgang mit Schuld in Kurt Drawerts deutschem Monolog *Spiegelland*. *Sborník prací filozofické fakulty brněnské univerzity R 1* (1996) 69–83 (Brüner Beiträge zur Germanistik und Nordistik 10).

*Robert Luft*

1. Hrsg. zus. mit Rudolf Jaworski: 1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990. München 1996, 455 S. (BWT 18).
2. Zus. mit Rudolf Jaworski: Vorwort. In: Ebenda: 7–12.
3. Publikationen zum Böhmisches Glas im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Böhmisches Glas – Phänomen der mitteleuropäischen Kultur des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Referate anlässlich des Internationalen Symposiums im Passauer Glasmuseum vom 29. April bis 2. Mai 1993. Hrsg. von Jan Mergl. (Schriften des Passauer Glasmuseums 1) Passau 1995, 76–80.
4. Die deutsche liberale Volksbildung in Böhmen im 19. und 20. Jahrhundert. Germanoslavica – Zeitschrift für germano-slawische Studien NF 2 (1995) 225–239.
5. Nationale Utraquisten in Böhmen. Zur Problematik „nationaler Zwischenstellungen“ am Ende des 19. Jahrhunderts. In: Allemands, Juifs et Tchèques à Prague / Deutsche, Juden und Tschechen in Prag 1890–1924. Actes du colloque international de Montpellier 8–10 décembre 1994. Hrsg. von Maurice Godé, Jacques Le Rider und Françoise Mayer. Montpellier 1996, 37–51 (Bibliothèque d'Études Germaniques et Centre-Européennes 1).
6. Zwischen Tschechen und Deutschen in Prag um 1900. Zweisprachige Welten, nationale Interferenzen und Verbindungen über ethnische Grenzen. Brücken – Germanistisches Jahrbuch Tschechien – Slowakei NF 4 (1996) 143–169.
7. Gemeinsame europäische Perspektiven für den Geschichtsunterricht? Tagung des Europarats in Prag. Internationale Schulbuchforschung/International Textbook Research 18/1 (1996) 108–110.
8. Zu den tschechisch-deutschen Schulbuchbeziehungen [Geschichte und Ergebnisse der tschechisch-deutschen Schulbucharbeit]. Bohemia 37 (1996) 222–224.
9. Umbruch oder Kontinuität: Die Tschechoslowakei und Ostmitteleuropa 1945–1948. Nordost-Archiv NF 5/1 (1996) 107–112.

*Dr. Michaela Marek*

1. „Prag 1848/49“ und die nationale Symbolik in der tschechischen populären Druckgraphik. Skizzen zur Funktion eines „Massenmediums“. In: 1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990. Hrsg. von Rudolf Jaworski und Robert Luft 1996, 97–128 (BWT 18).

\* \* \*

*Referententätigkeit und Tagungsteilnahme der Mitarbeiter*

Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Collegium Carolinum nahmen im Berichtsjahr im Rahmen ihrer Dienstpflichten an zahlreichen Fachtagungen im In- und Ausland teil, auf denen sie meist referierten und die bilateralen wie internationalen wissenschaftlichen Kontakte intensivierten. Über einige der Veranstaltungen wurde von den Mitarbeitern im Chronikteil der Bohemia bereits berichtet.

## Lehraufträge:

*Michaela Marek*: Übung „Wien - Prag - Budapest im 19. Jahrhundert. Architektur und Stadtentwicklung im gesellschaftlichen Kontext“ am Kunsthistorischen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität in München (SS 96).

*Antje Holzbauer*: Lektürekurs zu „Hartmann von Aue. Irwein“ am Germanistischen Institut der Justus-Liebig-Universität in Gießen (SS 96).

Proseminar „Der deutsche Minnesang“ am Germanistischen Institut der Justus-Liebig-Universität in Gießen (WS 96/97).

#### Tagungsveranstaltung:

*Eva Hahn*: Od Západu na Východ a zpět? Evropa očima Čechů ve 20. století [Von West nach Ost und zurück? Europa in der Sicht der Tschechen im 20. Jahrhundert] vom 22.–23. Oktober in Prag mit der Heinrich-Böll-Stiftung Prag und Společnost Franze Kafky veranstaltet.

#### Vorträge und Tagungsteilnahmen:

- 20.–22. 2. Gemeinsame deutsch-tschechische und -slowakische Historikerkommission, Bratislava: Tagung Der Erste Weltkrieg als Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Tschechen, Slowaken und dem Deutschen Reich;
- 7.–8. 3. Stadtarchiv Pilsen, Nationalgalerie Prag, Tagungen im Rahmen der Smetana-Tage Pilsen: Kunst und Öffentlichkeit im Böhmen des 19. Jahrhunderts;
- 7.–9. 3. Sächsische Akademie der Wissenschaften, Leipzig: Arbeitstagung der deutschsprachigen historischen und dialektologischen Akademiewörterbücher;
- 14. 3. Collegium Carolinum, München: Festveranstaltung zum 40jährigen Bestehen;
- 22. 3. Philosophische Fakultät der Karls-Universität, Prag; Referentin *Eva Hahn*: „My“ a „oni“: k problémům česko-německých vztahů v moderních dějinách;
- 26. 3. Peter Parler Haus, Prag; Referentin *Eva Hahn*: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im tschechisch-deutschen Dialog;
- 27. 3. Historický ústav SAV, Bratislava; Referentin *Eva Hahn*: Sudetoněmecký problém: co to je, proč je obtížný;
- 29.–31. 3. Bernard Bolzano Stiftung und Ackermann-Gemeinde, 5. Iglauer Treffen, Iglau/Jihlava; Referentin *Eva Hahn*: Die Beichte eines Kindes der Nachkriegszeit;
- 11. 4. Nationalgalerie Prag, Festveranstaltung zum 200jährigen Bestehen;
- 12.–13. 4. Historische Kommission der Sudetenländer, Bad Wiessee: Jahrestagung Die Prager Universitäten in unserem Jahrhundert, Teil I;
- 19.–21. 4. Ostsee-Akademie, Lübeck-Travemünde: Tschechen und Deutsche. Fragen ihrer Nachbarschaft in Geschichte und Gegenwart; Referentin *Michaela Marek*: Bauen für die Nation. Architektur und nationale Identität in Böhmen;
- 30. 4.–3. 5. Institut für Bayerische Literaturgeschichte, München: Tagung Die deutschsprachige Literatur in den böhmischen Ländern;

- 3.-4.5. Gemeinsame deutsch-tschechische und -slowakische Historikerkommission, Karlsk bei Prag: Arbeits- und Redaktionssitzung;
- 3.-4.6. Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Leipzig; Eröffnungsveranstaltung und Kolloquium Ostmitteleuropa – Begriff und Struktur;
- 8.-11.7. III. International Medieval Congress, Leeds; Referentin *Antje Holzbauer*: „Pillow talk“ – Modelle von Herrscherinnenverhalten in der mittelhochdeutschen Epik;
- 16.7. Seminar für osteuropäische Geschichte der Philipps-Universität, Marburg; Referentin *Michaela Marek*: „Nation“ oder „Gesellschaft“. Zur Rolle der Architektur in der nationalen Emanzipation der Tschechen und Deutschen in Böhmen;
- 8.8. Gemeinsame deutsch-tschechische und -slowakische Historikerkommission, München: Arbeits- und Redaktionssitzung;
- 17.-20.9. 41. Deutscher Historikertag, München: Geschichte als Argument; Referent *Peter Heumos*: Zur Tschechoslowakei-Forschung in der BRD;
- 7.-10.10. Gemeinsame deutsch-tschechische und -slowakische Historikerkommission, Leipzig: Tagung Judenemanzipation, Antisemitismus und Judenverfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den böhmischen Ländern und in der Slowakei;
- 21.-22.10. Centre Français de Recherche en Sciences Sociales, Prag: Les enjeux de l'histoire en Europe centrale aujourd'hui; Referentin *Eva Hahn*: Místo Němců v současném českém hledání nových dějinných obrazů;
- 22.-23.10. Heinrich-Böll-Stiftung und Společnost Franze Kafky, Prag: Od Západu na Východ a zpět? Evropa očima Čechů ve 20. století; Referentin *Eva Hahn*: Češi a imaginární hranice mezi Západem a Východem Evropy;
- 26.10. Vereinigung sudetendeutscher Familienforscher, Haus des Deutschen Ostens, München: Fachseminar Familienforschung in den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten;
- 3.11. Ackermann-Gemeinde Nord-Westdeutschland, Herbsttagung, Viersen; Referentin *Eva Hahn*: Entfremdung der Deutschen und Tschechen in Böhmen, Mähren und Schlesien;
- 4.11. Bohemicum Regensburg-Passau, Universität Regensburg: Eröffnungsveranstaltung des Bohemicums;
- 8.-12.11. Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München: Das gemeinsame Kulturerbe. 3. Arbeitstagung deutscher und polnischer Kunsthistoriker;
- 15.11. Fachbereich Germanistik der Justus-Liebig-Universität Gießen, Collegium Carolinum München: Sudetendeutsches Wörterbuch – Präsentation des II. Bandes; Referentin *Antje Holzbauer*: Struktur des Wortartikels im Sudetendeutschen Wörterbuch; Referent *Bernd Kesselgruber*: Die Karte im Sudetendeutschen Wörterbuch;

- 21.–24. 11. Collegium Carolinum, Bad Wiessee: Jahrestagung Bauen für die Nation (I) – Strategien der Selbstdarstellung junger/kleiner Völker in der urbanen Architektur zwischen nationaler Identität und sozialer Ambition; Referentin *Michaela Marek*: Einführung;
25. 11. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Expertengesprächsrunde, Bonn; Referentin *Eva Hahn*;
27. 11. Koordinationsbesprechung der Bibliothekare der Münchner Institutionen der Ost- und Südosteuropaforschung, München;
3. 12. Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien; Referentin *Eva Hahn*: Vom Glanz und Elend der Ausgegrenzten: Die Osteuropäer in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts;
- 4.–6. 12. Ústav pro soudobé dějiny, Prag: Bilance výzkumu česko-německých vztahů a německých studií v České republice; Referent *Peter Heumos*: Konzeptionelle Fragen der deutschen und tschechischen Forschung zum deutsch-tschechischen Verhältnis;
- 6.–8. 12. 1. Abteilung des Státní ústřední archiv v Praze, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, Faculty of Economics and Politics der University of Cambridge, Collegium Carolinum, Ústav českých dějin Univerzity Karlovy, Prag: Workshop Soziale Strukturen in Böhmen in der Frühneuzeit;
11. 12. Institut für die Wissenschaft vom Menschen, Wien; Referentin *Eva Hahn*: Populist Arguments in the Current Czech-German Discussion;
- 11.–12. 12. Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und Sammlungen deutscher Kultur im Osten, Hannover: Fachtagung „Deutsche Buch- und Bibliotheksgeschichte im Osten Europas“; Referent *Robert Luft*: Bibliotheken in den böhmischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges;
- 13.–15. 12. Gemeinsame deutsch-tschechische und -slowakische Historikerkommission, München: Arbeitssitzung zur Diskussion der Problematik der Vertreibungsoffer-Zahlen;
18. 12. Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien; Referentin *Eva Hahn*: „Eastern Europe“ in Europe in the 20th Century: Images and Stereotypes of the European East.

In diesem Zusammenhang ist noch ein vierwöchiger Sprachkurs in Brünn einer Mitarbeiterin des Sudetendeutschen Wörterbuchs anzuführen. Desweiteren besuchten hauptamtliche Mitarbeiter des Collegium Carolinum die Jahres- oder Mitgliederversammlungen folgender Organisationen: Osteuropa-Institut, München (19. 1.), AHF – Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen, München (4. 3.), Institut für Ostrecht, München (21. 3.), Historische Kommission der Sudetenländer, Bad Wiessee (12.–13. 4.), Herder-Institut, Marburg/Lahn (26. 4.), und nahmen an Redaktionsitzungen der Zeitschrift „Soudobé dějiny“ teil.

Die Wissenschaftliche *Bibliothek*, die mehr als zehn Jahre als Bibliotheksgemeinschaft von insgesamt vier themenverwandten Institutionen besteht und vom Collegium Carolinum verwaltet wird, hat ihre Stellung als größte böhmische Spezialbibliothek außerhalb der böhmischen Länder bzw. der Slowakei festigen und ein erfolgreiches Tätigkeitsjahr verzeichnen können. Der Bibliotheksausschuß der zusammengeschlossenen Institute tagte am 11. März und am 24. September. Zu danken ist der Sudetendeutschen Stiftung für die Überlassung der Räume und für die kontinuierliche Unterstützung der Bibliothek, im Berichtsjahr insbesondere für die Anschaffung eines neuen Kopiergerätes und für die Übernahme von Kosten für studentische Hilfskräfte. Im Rahmen einer Ausstellung zum zehnjährigen Bestehen des Sudetendeutschen Hauses präsentierte die Bibliothek sich mit alten Drucken und mit Fachliteratur zu Kleinregionen der böhmischen Länder.

Das Collegium Carolinum beschäftigte im Berichtsjahr in der Bibliothek folgende festangestellte Mitarbeiter: Helene Vadas (Bibliothekseleiterin) und Gabriele Zeller und in Teilzeit Gerhard Ach sowie Eva Neubert (ab Mai). Ohne die Mitarbeit mehrerer studentischer Hilfskräfte, unter denen sich erfreulicherweise viele mit tschechischen oder slowakischen Sprachkenntnissen befinden, wäre der Betrieb der Bibliothek im gegebenen Umfang nicht möglich gewesen. Die angespannte Finanzlage verlangt weiterhin eingeschränkte Öffnungszeiten. Durch zusätzliche Mittel konnte im Berichtsjahr die Erschließung des kunsthistorischen Sonderbestandes im Adalbert Stifter Verein weitgehend abgeschlossen werden.

Der inventarisierte Bibliotheksbestand vermehrte sich im Berichtsjahr um 2607 auf 125707 Einheiten, von denen 3797 in den beiden Handapparaten zur freien Verfügung stehen. Das Collegium Carolinum verzeichnete dabei eine Zunahme seiner Bestände um 1415 Einheiten und stellt mit 68714 Einheiten weiterhin etwa 55 Prozent des Gesamtbestands. Unter anderem konnten die verfilmten Landtagsprotokolle des Königreichs Böhmen von 1867 bis 1913 erworben werden. Trotz der Ausgabensteigerung aufgrund der fast explosionsartigen Zunahme von Fachpublikationen in der Tschechischen Republik in den letzten Jahren und der sich langsam an westliches Niveau anpassenden Buchpreise war es nicht möglich, Neuerscheinungen im notwendigen Umfang zu erwerben. Laufend bezogen werden 375 Periodika – davon 223 vom Collegium Carolinum, teilweise im Tausch, und zwar 10 Zeitungen, 134 Zeitschriften, 79 Jahrbücher. Bei den insgesamt laufend geführten Periodika handelt es sich um 243 deutschsprachige, 93 tschechische und 18 slowakische, 15 englische, drei französische, zwei polnische und eine ungarische Veröffentlichung. Unter den kontinuierlich bezogenen Zeitungen befinden sich neben deutschen insbesondere tschechische und slowakische Presseorgane.

Die Bibliothek verzeichnete im Berichtsjahr insgesamt 2631 Besuche und mehrere Besuchergruppen aus dem In- und Ausland. Den Benutzern und den Mitarbeitern des Hauses wurden knapp 6000 Bände vorgelegt, nicht eingerechnet die Handbibliotheken. 86 Bände über die Fernleihe und 401 Kopieraufträge wurden für andere Bibliotheken und an Benutzer außer Haus ausgeliehen bzw. bearbeitet und insgesamt 500 Bände bei den wechselnden thematischen Buchausstellungen in der Bibliothek präsentiert. Eine besondere Rolle spielte die schriftliche und telefonische Auskunftserteilung, unter anderem an Behörden, an die Medien und an Nichtwissenschaftler.

Die Arbeitsbedingungen und die Ausstattung mit Geräten konnte durch den Kauf eines neuen Kopiergeräts verbessert werden. In drei Lieferungen wurden die Neuzugänge der Bibliothek in kopierten Heften den Mitarbeitern und interessierten Bibliotheken bzw. Institutionen zur Verfügung gestellt. Katalogkartenduplikate wurden wiederum an den „Gesamtkatalog Ostmitteleuropa“ des Herder-Instituts übersandt. Gesichtet und in neuen Listen erfaßt wurde der Dublettenbestand. Die Arbeit an den Sachkatalogen einschließlich des Zeitschriften-, des Personen- und des Ortskatalogs konnte – neben den regulären Arbeiten – mit eigenen Mitteln nur in sehr geringem Umfang fortgeführt werden, da die dazu notwendigen Bibliothekskräfte nicht zur Verfügung standen. Erfreulicherweise konnte aber im Berichtsjahr wieder die vor einigen Jahren abgebrochene Verzettelung von unselbständigen Arbeiten, insbesondere von Aufsätzen in ausgewählten Fachzeitschriften und Sammelbänden, aufgenommen werden. Über die historischen Buchbestände der Bibliothek erschien der Ende 1989 abgeschlossene Forschungsbericht von Herrn Alexander Usler:

München 41 – Wissenschaftliche Bibliothek im Sudetendeutschen Haus (von Alexander Usler). In: Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland. Band 10: Bayern / München. Hrsg. von Eberhard *Dünninger*. Bearb. von Irmela *Holtmeier* unter Mitarb. von Birgit *Schaefer*. Hildesheim-Zürich-New York 1996, 281–284.

## BAUEN FÜR DIE NATION (I)

Strategien der Selbstdarstellung junger/kleiner Völker in der urbanen Architektur  
zwischen nationaler Identität und sozialer Ambition

Jahrestagung des Collegium Carolinum, 21.–24. November 1996

Die Tagung stand insofern unter einem unorthodoxen Vorzeichen, als sie den Versuch unternahm, eine aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft (Nationalismusforschung) formulierte Fragestellung mit kunsthistorischen Methoden, kombiniert mit dem Instrumentarium der Sozial- und ggf. der Mentalitätsgeschichte, zu untersuchen. Das Thema war aus dem Befund entwickelt worden, daß in der öffentlichen Bautätigkeit jener nationalen Gemeinschaften, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts neu formierten bzw. emanzipierten, die Kategorie der „nationalen Identität“ – im Unterschied insbesondere zur Sprache und Literatur, aber auch Bildungspolitik, Ökonomie usw. – offenbar keine Rolle gespielt hat. Vielmehr stand allem Anschein nach – so die These – auch und gerade bei den „jungen“, aufstrebenden Nationen der gesellschaftliche Modernisierungsprozeß im Vordergrund, wobei die öffentliche Architektur und Ausstattung der jeweiligen Metropole nicht zuletzt den Nachweis sozialer, kultureller und ökonomischer Gleichwertigkeit und Konkurrenzfähigkeit liefern sollte. Das national indifferente und allenfalls je nach Bauaufgabe differenzierte Formenvokabular konnte argumentativ national kodiert werden, ebenso wie die urbanistische Situierung, Umstände der Planungs- und Baugeschichte usw. für „nationale Spezifität“ in Anspruch genommen werden konnten. In einer ersten Übersicht von

Beispielen sollte abgeklärt werden, ob sich Selbstdarstellungsstrategien abzeichnen, die als spezifisch für den Emanzipationsprozeß nationaler Gemeinschaften – im Unterschied zu anderen sozialen Gruppen – oder gar für einzelne Nationen gewertet werden können.

Die Paarung der Begriffe „nation building“ und „Bauen für die Nation“, die Michaela Marek in ihrer strukturierenden Einleitung dem Symposium vorgegeben hat, hält in wünschenswerter Breite die Beziehungsfelder offen zwischen dem „Bau“, der Konstituierung, der inneren und äußeren, politisch-sozialen und bewußtseinsmäßigen Durchsetzung und Behauptung von Nation/en einerseits und dem Planungs- und Bauprozeß, der Propagierung, Nutzung und der Rezeption national kodierter Architektur andererseits. Bauen für die Nation als Vehikel von „nation-building“ durchmißt eine weite Skala zwischen aktiver Teilhabe national intendierten Bauens an politisch ideologischer Konsensstiftung und bloßem Reflex nationaler Inhalte in architektonischer Chiffrierung.

Als Sollbruchstelle zwischen den beteiligten Fächern Geschichte und Kunstgeschichte hat sich nicht, wie eingangs von dem einen oder anderen Historiker befürchtet, die vielberufene „Autonomie des Ästhetischen“ erwiesen, die offenbar, als „feste Burg“ kunsthistorischen Denkens unterstellt, eine tendenzielle Fremdheit der Kunstgeschichte unter den historischen Wissenschaften beschwören hilft. Daß von kunsthistorischer Seite ästhetische Autonomie kein einziges Mal konkret postuliert worden ist, liegt wohl an den Gegenständen, mit denen sie das Tagungsthema exemplifiziert hat. Hätte statt dessen unter der Rubrik „Geschichtsbild“ etwa Manets „Erschießung Kaiser Maximilians von Mexiko“ zur Debatte gestanden, wäre der Befund wahrscheinlich anders ausgefallen.

Das Plädoyer für das „Aushalten des methodischen Spannungsverhältnisses von Geschichte und Kunstgeschichte“ (Rudolf Jaworski, Kiel) ist nicht an diesem Punkt strapaziert worden, eher schon im auffällig unterschiedlichen Umgang mit zentralen Begriffen. In den historischen Referaten am ersten Vormittag (Bedrich Loewenstein, Berlin/Kronach, und Klaus von Beyme, Heidelberg) tauchte eher beiläufig und in mehr oder weniger kritischer Distanzierung der historische Begriff des „Nationalstils“ bzw. nationaler Stile auf. In diesem Zusammenhang war von Konstrukt, Fiktion und Propaganda, von der Notwendigkeit einer Entmythologisierung die Rede. Allerdings erfuhr man nicht näher, wann und von wem der Begriff in die Welt gesetzt, geprägt worden ist und ob/inwiefern er im Laufe der Jahrzehnte einen Wandel in Bedeutung und Anwendbarkeit erfährt. In den kunsthistorischen Referaten schien – von einer Ausnahme abgesehen – der Rekurs auf den „Nationalstil“ als eine unbezweifelte, nicht weiter reflektierte, scheinbar spezifisch kunstwissenschaftliche Stilebene durchgehend unverzichtbar. Es mag erstaunen, daß von den Historikern niemand in den Diskussionen zu dieser Diskrepanz Stellung bezogen hat, einige sich gelegentlich in ihren Redebeiträgen der Diktion des anderen Faches anbequemten haben – etwa aus fremdelnder Scheu gegenüber einem formal konditionierten Stilbegriff der Kunstgeschichte? Wenn Kunsthistoriker weiter mit Stil kategorien operieren wollen, ob Individualstil, Zeitstil, Regionalstil etc., wofür es ja manche guten Gründe gibt, dann ist eine präzise Differenzierung geboten, damit „der Nationalstil“ der publizistischen Debatten nicht zum Kuckucksei im Nest unserer Terminologie, zum U-Boot

im Geleitzug der Formanalyse, zum Blindgänger im Trümmerfeld unserer Begrifflichkeit verkommt.

Es würde ein falscher Eindruck entstehen, dächte man sich den „Nationalstil“ als ein zentrales Argument in den Referaten zur Architektur verschiedener Länder, aber als Krücke, als Prothese bei der Suche nach spezifischen Eigenheiten, nach einem roten Faden durch das Gewebe eines national eingegrenzten Untersuchungsfeldes blieb er doch stets explizit oder implizit präsent, schien Abgrenzung vom internationalen Historismus und der frühen Moderne zu verbürgen. Aber für den von der Tagung gewünschten, „möglichst systematischen Vergleich“ (Marek) sind andere Parameter aufgestellt worden (von Beyme), die nach der Fülle vorgeführter Fallstudien im Hinblick auf den zweiten Teil des Symposions im nächsten Jahr zu bilanzieren wären. Im Streben nach Ebenbürtigkeit mit konkurrierenden Nationen/Staaten wird der Prozeß sozialer und institutioneller Ausdifferenzierung, wie er sich im repräsentativen, öffentlichen Bauen in den Groß- bzw. Hauptstädten architektonisch niederschlägt, zu einem wesentlichen Indikator; die Unterschiede bzw. die Ungleichheit, etwa in der städtebaulichen Entwicklung von Prag (Praha) und Reval (Tallinn), sind diesbezüglich relevant. Wer bestellt, finanziert, sponsort in einem umfassenderen Sinn nationale Architektur? Die Ungleichheit der ökonomischen Mittel zwischen unterdrückten bzw. aufstrebenden Nationalbewegungen, die sich zunächst noch in privaten Gruppen und Vereinen organisieren, und bereits eigenstaatlich etablierten Nationen, konditioniert erheblich alle über Architektur vermittelten Strategien. Welche Instanzen, Gruppen, Personen prägen und vermitteln „nationale“ Formen? Ein breites Spektrum von Akademien über Behörden und Publizisten, von öffentlich ausgeschriebenem Wettbewerben bis zu im Alleingang operierenden, nationalistisch engagierten Architekten wurde vor Augen geführt. Wie reagieren unterschiedliche Staatsformen auf das Bedürfnis nach „nationaler“ Architektur? Hierzu sind, sowohl was ihre Propagierung als auch ihre Abwehr betrifft, nur schemenhaft differente Strategien erkennbar geworden.

Die Reihe der Fallstudien wurde sinnvollerweise mit einem Beispiel aus dem Bereich der sog. „Revolutionsarchitektur“ des späten 18. Jahrhunderts in Frankreich eröffnet (Susanne von Falkenhausen, Berlin). An Boullées stark bildhaft gestalteten Kugelentwürfen ließ sich die metaphorische Beziehbarkeit einer begrifflichen Abstraktion, der Volkssouveränität, als Derivat des abstrakt definierten, nachrevolutionären Staates, auf die geometrisch bzw. stereometrisch abstrahierte reine Kugelform zeigen, und zwar im Medium der malerisch gesteigerten, sensualistisch rezipierbaren Architekturzeichnung, die tendenziell ästhetisch autonom gegenüber einer platten Entwurfsvorlage zu verstehen ist. Die Kugel repräsentiert körperhaft die Totalität der politisch egalisierten Gemeinschaft – inklusive der fortbestehenden Geschlechterdifferenz: Kuppel und Grotte als Teilformen der Kugel – und soll als Gehäuse zur Inszenierung eines politischen Kultes dienen. Der Kugelbau versteht sich als Denkmal, als „monument public“, in Abgrenzung von den „fabriques“ in der Privatsphäre englischer Gärten, in der erstmals ein Stilpluralismus für die Inszenierung von Geschichte im landschaftlichen Naturraum möglich wurde. Die Gestalt des Kugelbaus entspricht dem spezifischen „caractère“ seiner Aufgabe.

Beide Bestimmungen vererbt die in der Praxis scheiternde „Revolutionsarchitek-

tur“ an den erfolgreicherer Staatsklassizismus, den letzten normativen Universalstil, und schließlich an den pluralistischen Historismus. Der „caractère“ hat das sozial regulierte Decorum der vitruvianischen Ordnungsarchitektur, als Gradmesser von Bauherrn- und Aufgabenhierarchien einer ständisch differenzierten Gesellschaft, unwiederbringlich aufgelöst und die Architektur zum „Sprechen“ gebracht („architecture parlante“). Sozial exklusiv blieb der Klassizismus, solange sein Monopol auf repräsentative, also öffentliche Architektur unbestritten war. Der aufkommende Historismus als grundsätzliche Verfügbarkeit über die Stile aller Zeiten und Räume vermittelt nunmehr weitgehend egalisierte, nicht länger hierarchisch abgestufte Ansprüche auf architektonische Charakterisierung. Jeder, der einen Bauplatz und die ökonomischen Mittel zum Bauen besitzt, kann mit Hilfe stilistisch differenter „caractères“ partikulare wie übergreifende Ansprüche architektonisch deklarieren. Erst die seit der Jahrhundertwende fortschreitende Nivellierung der Bauaufgaben und Bautypen verabschiedet den „caractère“ als wichtigste Bestimmung für eine abbildende Architektur. (Gilbert Scott adaptierte in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts einen neugotischen Entwurf zum Foreign Office für das Bahnhofshotel St. Pancras in London; Otto Wagner übernahm 1912 den Entwurf seiner Tbc-Klinik für ein Projekt zum Wiener Stadtmuseum.)

Beliebig differenzierbare Konkurrenz- und Abgrenzungsstrategien wurden in den Referaten zu „nationaler“ Architektur in Prag (Praha), Budapest, Graz, Laibach (Ljubljana), Reval, Helsinki, Stockholm und Barcelona deutlich. Das finnische Beispiel (Rainer Knapas, Helsinki) zeigt das seit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vor der Folie des älteren, in seinen Charakterisierungsmöglichkeiten beschränkten Staatsklassizismus, dessen städtebaulichen und stadträumlichen Impulsen der Prozeß der Metropolenbildung im neuen Helsinki (gegen das schwedisch geprägte ältere Turku) viel verdankt. Der imperiale Maßstab der um eine offene Platzanlage gruppierten „monuments publics“ denunziert noch eher jedwede nationale Absicht, die sich erst schrittweise über soziale und institutionelle Ausdifferenzierung hauptstädtischer Bauaufgaben, und zwar in lokaler und in stilistischer Konkurrenz zu dem vom zaristischen St. Petersburg vorgegebenen bzw. aufoktroierten klassizistischen Forum (darüber wurde in der Diskussion keine Einigkeit erzielt) einstellt. St. Petersburg bleibt Maßstab für den erstrebten Rang und negativer Bezugspunkt für ein eigenständig finnisches Profil der neuen Hauptstadt Helsinki.

In Prag zeichnete sich ab, wie versuchsweise fast jeder historische Stil der Region, von der Renaissance über die Barockgotik Santin-Aichels bis zum Kubismus, zeitweise national projiziert und an einem bestimmten Punkt wieder verworfen wurde (Alena Janatková, Berlin/Zürich). Lediglich die frühzeitig in beiden Volksgruppen als „landespatriotisch“ besetzte Neugotik erwies sich offenbar für die Ziele der tschechischen Nationalbewegung als ungeeignet (Taťána Petrasová, Prag). Kontraproduktiv entpuppte sich der Versuch ungarischer Kreise, den postulierten „asiatisch-hunnischen Volkscharakter“ in orientalischen Formanleihen auszudrücken. Die intendierte nationale Abgrenzung schlug als Ausgrenzung auf ihre Propagandisten zurück, weil das „Hunnische“ außerhalb Ungarns als barbarisch-unzivilisiert verstanden wurde (Ilona Sármany-Parsons, Wien/Budapest).

Nur ein Beitrag widmete sich explizit einer vergleichenden Analyse von Strategien

zur „nationalen“ Chiffrierung von Architektur in mehreren Städten mit unterschiedlicher Ausgangslage. Aus dem Vergleich der Rezeption öffentlicher Bauten in Graz und Laibach/Ljubljana, den Hauptstädten zweier habsburgischer Kronländer mit deutscher bzw. slowenischer Dominanz, ergab sich der zwingende Schluß: Architektur spricht nicht per se national; die Zuordnung nationaler Bedeutung erfolgt von außen durch andere Medien, besonders die Publizistik (Heidmarie Uhl, Graz). Der weitgehenden Beliebigkeit in der Besetzung ein und desselben Stils, etwa des maria-theresianischen Neubarock des Grazer Opernhauses, durch nationale (deutsch versus slowenisch) oder gruppenspezifische (Provinz Steiermark versus Residenz Wien; bürgerlich-liberal versus klerikal) Interessen korrelieren oft eindeutiger national kodierte Zeichen in der alltäglichen Besetzung des öffentlichen Stadtraums durch Straßennamen, Laden- und Geschäftsschilder, Inschriften und Werbung allgemein. Auf die historistische „architecture parlante“ bezogen, könnte dem Kunstgeschichtler ein banaler, aber zweischneidiger Merksatz aus dem Proseminar in den Sinn kommen, demzufolge man aus einem Bild das herausieht, was man zuvor sich angelesen bzw. hineingelesen hat. Ohne Vorwissen um nationale Bedeutungen teilt der Stil einer Architektur in der Regel weniger mit als beiläufigere Signale in Form von Beschriftungen oder applizierten Dekorationsformen. Mareks – rhetorische – Frage im Vorbereitungspapier für die Tagung: „Gibt es überhaupt Nationalstile in der Architektur? Oder handelt es sich um einen Mythos, eine Fiktion?“ schien nach dem aufschlußreichen Referat der Historikerin Uhl negativ erledigt. Ein Wendepunkt ist es aber für den weiteren Verlauf des Symposions nicht geworden, da die nachfolgenden kunsthistorischen Referenten, die jeweils eine/ihre Hauptstadt bzw. eine/ihre Nation ins Visier nahmen, die wie auch immer vermittelte, national aufgeladene Rezeption von Architekturformen und -typen zumindest stillschweigend für den Beweis von Eigenständigkeit nehmen wollten. So war es interessant zu hören, daß in Estland das Vokabular des „international style“ bzw. der „weißen Moderne“ als „ethnisch modifizierter Funktionalismus“, also antisowjetisch interpretiert werden konnte, während zwei von ferne an Venturi erinnernde Säulen vor dem Eingang eines Eigenheims dieses zu einem „spätstalinistischen“ abstempelten, das kein nationalbewußter Este mieten mochte! (Krista Kodres, Tallinn).

Heidmarie Uhl hatte ihren Vergleich Graz/Laibach mit einem knappen perspektivischen Ausblick auf die Architektur in Leipzig zur gleichen Zeit abgerundet. Dort wird mit grundsätzlich ähnlichen Stilformen nicht im nationalen Kontext operiert – dazu bestand bei einer national homogenen Bevölkerung kein Anlaß –, sondern in der Konkurrenz bürgerlich-merkantiler Eliten mit aristokratisch-konservativ orientierten; Leipziger Architektur definierte sich regional immer noch zuerst in Abgrenzung vom höfischen Dresden. Daraus ergibt sich eine Frage, die während der drei Tage in Bad Wiessee unbeantwortet blieb. Gibt es überhaupt ein Spezifikum national argumentierender Konkurrenz- bzw. Abgrenzungsstrategien, das sie von der Rezeption von Architekturstilen, Bautypen oder Dekorationsformen etwa im konfessionellen Kontext oder aber in der Auseinandersetzung von Klassen, Schichten und ideologischen Milieus unterscheidet?

Klärungsbedürftig ist schließlich die Relation von „nationaler“ Architektur und international rezipierter Moderne, etwa seit der Wende zum 20. Jahrhundert, geblie-

ben. Die Schwierigkeiten beginnen bereits mit den in Geschichts- und Kunstwissenschaft unterschiedlich definierten und periodisierten Begriffen „Modernisierung“ bzw. „Moderne“. „Modernisierung“ umfaßt einen weitgespannten historischen Prozeß, in dem Industrialisierung und Urbanisierung ebenso ihren Stellenwert haben wie die Entfaltung bürgerlicher Gesellschaften in Nationalstaaten. Demgegenüber wird von kunstgeschichtlicher Seite „die Moderne“ in der Regel in einem engeren Bezugsfeld gesehen, das die fortschreitende Freisetzung der Künste von außerkünstlerischen Zwecken zum Gradmesser und in der Architektur die Überwindung des Historismus zur Voraussetzung hat, also erst im späteren 19. Jahrhundert angenommen wird. Leider blieb Mareks Vorschlag, die These der Musikwissenschaftlerin Helga de la Motte-Haber für das Tagungsthema abzuklopfen, ohne Echo. Sie sieht im national motivierten Rekurs auf Elemente der Volkskunst, des Handwerks, der mythischen Quellen der „Volksseele“ (Herder) – wie sie von Skandinavien bis Ungarn wiederholt als Referenz für eine neu zu schaffende Nationalkunst bzw. -architektur postuliert wurden –, einen Katalysator für die Entwicklung der modernen Musik (Bartok). Im Referat zur katalanischen Architektur (Andrea Mesecke, Düsseldorf) wurde eingeräumt, daß die nationale Kodierung der Bauten von Puig y Cadafalch u. a. nur nach innen, als Abgrenzung Barcelonas von Madrid verstanden wurde, während dieselbe Architektur außerhalb der iberischen Halbinsel als Leistung der sich konstituierenden internationalen Moderne rezipiert wurde. Das ist für die ökonomisch boomende, industrialisierte katalanische Gesellschaft an der Peripherie der rückständigeren „dominant nation“ des spanischen Staates kein Widerspruch gewesen, aber nicht überall gehen Modernisierung und nationale Ambition ein so sinnfälliges Bündnis ein. Der etwas einseitige Schwerpunkt im ostmitteleuropäischen und nordeuropäischen Bereich, also im Gravitationsfeld der konservativen Vormächte Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, sollte in der zweiten Runde 1997 um westeuropäische Horizonte erweitert werden. Dem katalanischen Beispiel könnte man um 1900 Glasgow an die Seite stellen, dessen Aufbau zur modernen Metropole der schottischen Peripherie nationale Ressentiments gegen London mobilisiert. Eine prononciert moderne Architektur überformt seit 1890 das städtebauliche Gesicht von Brüssel, Kapitale eines jungen binationalen Staates, der anstelle fehlender staatlicher und nationaler Traditionen das Prestige einer erfolgreich konkurrierenden Kolonialmacht als Grundlage einer kollektiven Identität inszeniert. Ist es zufällig, daß in Barcelona, Brüssel und Glasgow, also in entwickelten westeuropäischen Gesellschaften, der private Haus- und Wohnungsbau eine Pionierrolle bei der architektonischen Behauptung von Eigenständigkeit und Unverwechselbarkeit gespielt hat, hinter der das öffentliche Bauwesen zurücktritt?

Das Schlußreferat (Werner Oechslin, Zürich) relativierte die enge Fokussierung auf das 19. und frühe 20. Jahrhundert, indem klar wurde, daß die nationale Dimension schon in vorbürgerlicher Zeit in der Architektur präsent war (Versuche, national konditionierte Varianten der klassischen Ordnungen im 17./18. Jahrhundert zu erfinden) und selbst in den Hochzeiten des Internationalismus der zwanziger Jahre als Folie aktueller Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe spürbar blieb. Inwieweit ist die imperialistische Ansprüche demonstrierende „latinità“, mit deren Hilfe das übernationale Formenvokabular der rationalistischen Architektur dem faschistischen Italien dienstbar gemacht wurde, eine taktische Camouflage gegenüber rivalisieren-

den Architektengruppen? Lassen sich nationale und regionale Abgrenzungen in der Architektur des 20. Jahrhunderts voneinander trennen?

Marx und Engels erhofften sich bereits von der ersten Londoner Weltausstellung 1851 entscheidende Impulse für die Nivellierung des gesellschaftlichen Überbaus. Sie sahen in der Schaustellung industrieller Leistungskraft vorschnell einen Beweis „von konzentrierter Gewalt, womit die moderne Industrie überall die nationalen Schranken niederschlägt und die lokalen Besonderheiten in der Produktion, den gesellschaftlichen Verhältnissen, den Charakter jedes einzelnen Volkes mehr und mehr verwischt“.<sup>1</sup> Tatsächlich wurden gerade die Weltausstellungen mit ihren nationalen Pavillons zu Tummelplätzen ideologisch unterfütterter Abgrenzung von Märkten und der Feier des national Besonderen. Nirgendwo ist national aufgeladene Architektur so zweckgerichtet gegeneinander aufgetreten wie auf dem Forum konkurrierender Nationalökonomien. Beschwörend und prophetisch mutet das Plädoyer eines Redakteurs der „Allgemeinen Bauzeitung“ gegen den „Nationalitätenschwindel“ in der Architektur an, wenn er 1885 schreibt: „Der schließlich resultierende Baustyl des 19. Jahrhunderts wird ein anderer, ein neuer und trotz Nationalitätenparoxysmus kein nationaler sein; er wird sich herausbilden an der Hand der riesigen konstruktiven Erweiterungen, die uns das neue Baumaterial des 19. Jahrhunderts, das Eisen, gebracht hat.“<sup>2</sup> Der Primat einer „zeitgemäßen Baukunst“ vor einer nationalen kündigt sich an, Otto Wagner läßt grüßen! Aber auch Köstlin und Wagner argumentieren nicht im luftleeren Raum, sondern als Vertreter einer akut abstiegsgefährdeten „dominant nation“, die in den österreichischen Bemühungen um einen nationalen Barockstil eine hilflose Reaktion auf die Emanzipationsstrategien der übrigen k. u. k. Völker erkennen. Ernüchternd lesen sich 40 Jahre später die Zweifel Karel Teiges, der sich über einen Freund um die Zustimmung von Adolf Loos bemüht, sein Werk im Zusammenhang mit tschechischer Kunst am Bauhaus zu besprechen: „Bitte fragen Sie ihn danach und sagen Sie, daß es sich um keine nationalistische Annexion, sondern im Gegenteil um eine Kosmopolitisierung des Kulturverkehrs handelt.“<sup>3</sup> Wenn die Reserve in diesem konkreten Fall auch unbegründet war, so kennzeichnet sie doch eine Atmosphäre, auf die selbst international orientierte Pioniere der Moderne Rücksicht nehmen mußten.

Noch weitere Begriffe wurden in den Referaten unterschiedlich verwendet. Die in den skandinavischen Ländern Schweden und Finnland seit langem etablierte „Nationalromantik“, hier vor allem an Stockholmer Beispielen vorgeführt (Lars Olof Larsson, Kiel), wurde auch im ungarischen Kontext in Anspruch genommen, meinte dort aber etwas anderes (I. Sárnányi-Parsons). Ein Begriffsdilemma soll nicht unerwähnt bleiben, wobei es nicht um Fachtermini geht, sondern um die problematische Kopplung nicht zwingend zusammengehörender Vorgänge mittels einer metaphorisch ein-

---

<sup>1</sup> Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Bd. 7. Berlin 1964, 431.

<sup>2</sup> Köstlin, August: Das neue Wien. Allgemeine Bauzeitung 50 (1885) 2.

<sup>3</sup> Zit. bei Šlapeta, Vladimír: Adolf Loos und die tschechische Architektur. In: Akten des XXV. Internationalen Kongresses für Kunstgeschichte, Wien 4.–10.9.1983. Bd. 8. Wien 1986, 87.

gesetzten Begrifflichkeit. Der Prozeß der hauptstädtischen Modernisierung von Prag um die Jahrhundertwende, eine stark national kodierte Urbanistik, wurde als Inbesitznahme, Annexion, Tschechisierung des Stadtraums beschrieben (Christopher Storck, Köln). Prekär erscheint daran, daß der Referent mit dem abschließenden Verweis auf die Vertreibung der deutschböhmisches Bevölkerung nach 1945 einen direkten Konnex, eine Art logische Konsequenz des letzteren aus dem ersteren suggerierte. Der Kontext der nationalen Uminterpretation des Prager Stadtraums im späten 19. Jahrhundert ist woanders zu suchen – man könnte an die etwa zeitgleiche „Italienisierung“ von Triest denken – und taugt nicht zur Erklärung der Folgen des zweiten Weltkriegs.

Vielleicht macht es Sinn, sich am Ende dieser sehr anregenden Tagung, die viele Fragen und Perspektiven, vorläufig noch etwas unübersichtlich und wenig strukturiert, für den zweiten Teil im nächsten Jahr aufgeworfen hat, einen Augenblick ins Bewußtsein zu rufen, was gewöhnlich unausgesprochen bleibt, weil es heikel und sensibel scheint und doch selbstverständlich ist. Keiner der Referenten, Diskutanten und Zuhörer geht wohl gänzlich unbefangen an ein solches Thema heran, jeder bringt eine andere Sozialisation, andere Prägungen, eine andere Mentalität, subjektiv gefärbte Wertmaßstäbe mit, die das Forschungsinteresse beeinflussen können. Während die einen der Nation und dem Nationalen mit kritischer Distanz gegenüberstehen und darin lediglich einen Anlaß für eine wissenschaftliche Fragestellung sehen, die in ihrem alltäglichen Leben keine Rolle spielt, werden andere eine gewisse Verbindlichkeit dieser Begriffe und eine sympathische Teilnahme an allem, was damit verbunden ist, auch für ihren Alltag in Anspruch nehmen wollen. Wir sollten das gelegentlich bedenken, um manche leise Irritation oder schleichende Mißverständnisse im wissenschaftlichen Austausch schon im Ansatz zu zerstreuen, bevor sie unsere gemeinsame Arbeit an einem nicht ganz unaktuellen Thema behindern könnten.

München

Hans Lange

#### BILANZ DER FORSCHUNG ZU DEN TSCHECHISCH- DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN UND DEN DEUTSCHLANDSTUDIEN IN DER ČR

„Bilanz der Forschung zu den tschechisch-deutschen Beziehungen und der Deutschlandstudien in der Tschechischen Republik“ – unter diesem Titel fand vom 4. bis 6. Dezember in Prag ein wissenschaftliches Seminar statt, das gemeinsam vom Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften (ÚSD) und vom Institut für Internationale Studien an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karls-Universität (IMS) veranstaltet wurde. Im Verlaufe der Konferenz stellte sich allerdings heraus, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt allenfalls eine Zwischenbilanz gezogen werden kann; zu viele „weiße Flecken“ harren noch einer wissenschaftlichen Aufarbeitung, und an interessanten Forschungsthemen wird es auch in den nächsten Jahren keinen Mangel geben. Das Seminar hatte den Charakter einer Arbeitstagung und erwies sich für alle Teilnehmer als äußerst fruchtbar, was auch von den beiden Veranstaltern – die anfänglich Bedenken hatten – am Ende mit Befriedigung konsta-

tiert wurde. Zu dem Erfolg trug einerseits die mit 30 bis 40 Personen bewußt recht klein gehaltene Teilnehmerzahl bei, was eine lebendige Diskussion im Plenum ermöglichte, andererseits das für solche Veranstaltungen hervorragend geeignete Umfeld der Villa Lanna, die die Akademie der Wissenschaften für dieses Seminar zur Verfügung gestellt hatte.

Nach den Eröffnungsansprachen der beiden Schirmherren, des Vorsitzenden der Akademie Rudolf Zahradník und des Rektors der Karls-Universität Karel Malý, folgte das erste Referat von Jan Křen (Institut für Internationale Studien) über die tschechische bzw. böhmische Geschichte in der Historiographie der Bundesrepublik Deutschland. Die Historikerkunft beziehe im Falle der tschechisch-/böhmisch-deutschen Beziehungen ihre Fragestellungen nach wie vor aus nationalen Positionen und lasse damit „nicht-nationale“ – aber vielleicht fruchtbare – Fragen wie z. B. das Verhältnis zwischen Unitarismus, Demokratie und Zentralismus in den Hintergrund geraten. Davon sei auch die „Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert“ der Gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission gekennzeichnet<sup>1</sup>; allerdings seien in diesem Fall bewußt die im gesellschaftlich-politischen Diskurs besonders heißen Fragen aufgegriffen worden. In der deutschen Historiographie vermißte er vor allem eine intensivere Beschäftigung mit der Okkupationszeit. An die tschechischen Historiker richtete er die Aufforderung, in Zukunft mehr in den „Weltsprachen“ zu publizieren, wie es z. B. bei den ungarischen Kollegen gang und gäbe sei; ferner sei es ohne tiefere Kenntnis der Beziehungen Deutschlands zu seinen anderen Nachbarn schwierig, die deutsch-tschechischen Beziehungen richtig einzuordnen.

Das Referat von Peter Heumos (Collegium Carolinum, München) widmete sich konzeptionellen Fragen der deutschen und tschechischen Forschung zum deutsch-tschechischen Verhältnis. Er wiederholte seine bekannte Forderung nach mehr sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Ansätzen. Infolge der (uneingestandenen) Legitimierungsfunktion der Historiographien auf beiden Seiten während des Kalten Krieges überwiege die „politische Geschichte“ in einem nicht mehr nachvollziehbaren Maße.

Josef Bartoš (Palacký-Universität, Olmütz) verzichtete in seinem Vortrag auf eine Wiederholung des schriftlich vorgelegten Forschungsberichts über das Grenzgebiet und die abgetrennten Gebiete der ČSR 1938–1945 und konzentrierte sich auf einige allgemeinere Fragen. Er kritisierte die Zerstreuung des Archivmaterials und die schlechte Zugänglichkeit in vielen Archiven, aber auch die Forscher, die bei der Auswahl der Quellen wenig Mut zum Beschreiten von Neuland zeigten. „Auch im Umgang mit den Medien bei der Popularisierung der Forschungsergebnisse seien sie wenig innovativ.“

In der an den ersten Referatszyklus anschließenden Diskussion kam es zu einem Disput über den Wert der sudetendeutschen Heimatliteratur als Quelle für die historische Forschung. Seitens der tschechischen Forscher wurde einhellig der Wunsch nach einer Sammlung dieser ihnen bisher weitgehend unbekanntem Literatur auch in der

---

<sup>1</sup> Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert. Hrsg. v. der Gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission. München 1996.

ČR geäußert; den von Peter Heumos geäußerten massiven Vorbehalten konnten sie (noch?) nicht folgen.

Erfreulicherweise konnte konstatiert werden, daß die noch relativ jungen Universitäten in Aussig (Ústí n. L.), Reichenberg (Liberec)<sup>2</sup> und Budweis (České Budějovice), aus Pilsen war leider kein Vertreter anwesend, mittlerweile rege Forschungsaktivitäten entwickeln. Im Mittelpunkt steht die lange vernachlässigte Geschichte in den Regionen; darunter auch so brisante Themen wie der *odsun* oder Widerstand und Kollaboration. Zumindest in der Historiographie scheint das Ende des „Pragozentrismus“ nicht mehr nur ein entfernte Vision zu sein.

Den zweiten Block von Referaten leitete Jan Gebhart vom Historischen Institut der Akademie (HÚ) ein. Er informierte über ein großangelegtes Editionsprojekt „Die Beziehung des Staates zur deutschen Bevölkerung in der Ersten Republik“, das Josef Harna am HÚ leitet, und über ein ebenso großes Projekt des Instituts für Internationale Beziehungen (ÚMV), das die Edition von Quellen zur Außenpolitik in Themenbänden zum Ziel hat.

Alena Mířková vom Institut für internationale Studien stellte in ihrem Referat das fast vollständige Fehlen von Literatur zur Geschichte von Wissenschaft, Kultur und Kunst im tschechisch-deutschen Spannungsfeld im 20. Jahrhundert fest. Insbesondere die Geschichte der deutschen Wissenschaftslandschaft in der Tschechoslowakei sei ein einziger weißer Fleck. Einige Lücken zur Prager Hochschulgeschichte werden demnächst geschlossen, ferner soll Ende 1997 eine Konferenz zur Geschichte der deutschen Universität in Prag stattfinden.

Christoph Boyer vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden stellte in seinem Referat zunächst den Arbeitsbereich Tschechoslowakeiforschung dieses jungen Instituts vor. Im folgenden präsentierte er einige Ergebnisse seiner Forschungen zu den reichsdeutsch-sudetendeutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit, die trotz aller Wirtschaftskriegsrhetorik meist von Pragmatismus gekennzeichnet waren.

In der Diskussion wurde daher gewarnt, die „alte“ Literatur aus der Zeit vor 1989 zu unterschätzen; es sei auch mehr vergleichende Rezensionstätigkeit erforderlich, um die Spreu vom Weizen zu trennen. Auf die Wunschliste wurden Alltagsgeschichte und ein Vergleich der deutschen und der tschechischen Jugendbewegungen gesetzt.

In der vorletzten Runde referierte zunächst Jindřich Pecka aus dem ÚSD über die Erschließung der Geschichte der Okkupation 1938–1945. Der intensiven und lebendigen Diskussion über Widerstand und Okkupation in den sechziger Jahren folgten die siebziger und achtziger Jahre, in denen von der offiziellen Historiographie zwar eine Vielzahl von Arbeiten veröffentlicht wurde, von denen aber keine wesentlichen Impulse ausgingen. Wenig Beachtung fanden die über 100 Arbeiten aus dem Samizdat. Für die Zeit nach 1990 ist zu konstatieren, daß die Existenz „älterer“ Literatur zu häufig ignoriert wird. Als Desiderate nannte Pecka eine Alltagsgeschichte der tschechischen Bevölkerung und eine Untersuchung der Schriftstelleremigration. Mehr Aufmerksamkeit hätte seiner Meinung nach der Konflikt zwischen den Vorstellungen des inländischen Widerstandes für die Nachkriegszeit, der sich deutlich von der Ersten Republik distanzierte, und den Vorstellungen der Londoner Emigration verdient. Gleiches gilt für den Generations- und Elitenwechsel in der Nachkriegszeit.

Im Anschluß referierte Václav Kural vom ÚMV über die Arbeit der gemeinsamen Deutsch-Tschechischen Historikerkommission, der nicht zuletzt dank der staatlichen Unterstützung ein viel längeres Leben beschieden ist als ursprünglich erwartet.

Věra Vohlídalová aus der Staatsbibliothek Reichenberg informierte über die Schwierigkeiten bei der Literaturanschaffung, die nicht nur durch fehlende Gelder und die Lockerung der Vorschriften über Pflichtexemplare bedingt sind, sondern auch durch chaotische Zustände auf dem tschechischen Buchmarkt und mangelnde Informiertheit. In den nächsten Jahren will sich Reichenberg zum bibliographischen Zentrum für die tschechisch-deutsche Problematik entwickeln.

Václav Babička, Direktor des Staatlichen Zentralarchivs (SÚA), berichtete über die Erschließung von Beständen zur deutsch-tschechischen Problematik, der auf zentraler Ebene mit Ausnahme der in den siebziger und achtziger Jahren aus dem Innenministerium übernommenen Materialien befriedigend sei. Neben den beiden allgemein bekannten Dokumentenverzeichnissen – zur Zusammenarbeit der tschechoslowakischen und deutschen Arbeiterbewegung und zur Geschichte der Deutschen in der Tschechoslowakei – existiert in Manuskriptform ein weiteres Verzeichnis zur Literatur der deutschschreibenden Schriftsteller in der Tschechoslowakei, das im SÚA eingesehen werden kann. In Vorbereitung befindet sich eine Edition zur Geschichte der deutschen Irredenta in der Tschechoslowakei bis 1926.

In der auf diesen Block folgenden Diskussion machte J. Štěpánek aus Brünn auf die mangelnde Nutzung der reichhaltigen Brünner Archivbestände aufmerksam. Miroslav Kárný von der „Theresienstädter Initiative“ wies auf Probleme bei der Definition des Begriffs „Jude“ und den sich bei der Einordnung der Opfer daraus ergebenden Problemen hin. Jaroslav Macek aus Leitmeritz (Litoměřice) nannte als Schwierigkeit bei der Arbeit mit Beständen aus der Okkupationszeit deren Unvollständigkeit; in der Nachkriegszeit seien vielfach Materialien für Gerichtsverfahren oder von der Studienabteilung des Innenministeriums aus den Archivbeständen entnommen worden. Einhellig wünschten sich Jan Gebhart und Vilém Prečan eine Untersuchung der personellen Zusammensetzung der Protektoratsverwaltung. Jan Křen fügte als weiteres Desiderat eine Aufarbeitung der Vertreibung der Tschechen aus dem Sudetenland 1938 hinzu. Man könne schon jetzt konstatieren, daß es nicht nur Staatsangestellte waren, sondern auch viele Landwirte. Ferner mahnte er eine tiefere Beschäftigung mit der deutschen Terminologie an: es sei immer noch strittig, was hinter Begriffen wie „Heimat“, „Volksgruppe“ und „Unrecht“ stehe. Václav Kural drückte in diesem Zusammenhang auch sein Unbehagen darüber aus, daß die Historikerkommission auf deutsch verhandele; die tschechischen Teilnehmer seien dadurch automatisch im Nachteil. Peter Heumos wiederum kritisierte, daß die Kommission nicht immer den aktuellen Forschungsstand zusammentrage und sich in altbekannter Weise vor allem den Haupt- und Staatsereignissen widme und andere Sichtweisen, z. B. die der Sozialgeschichte, vernachlässige. Otfried Pustejovsky fügte hinzu, daß die bisher erschienenen Sammelbände bisweilen ein deterministisches Geschichtsbild durchscheinen ließen.

Den vierten und letzten Vortragsblock leitete Jaroslav Kučera vom IMS mit einer kritischen Stellungnahme zu den bisherigen Forschungsergebnissen über Vertreibung und Zwangsaussiedlung ein. Zwar sei eine Fülle von Arbeiten erschienen, um einige

wichtige Fragen wie z. B. die Vorbereitung des *odsun* ab 1943, die verschiedenen erörterten Varianten, die Zusammenarbeit mit den Großmächten und seine Auswirkung auf die Resistenz der tschechischen Gesellschaft gegen den Kommunismus werde jedoch nach wie vor ein großer Bogen gemacht. Was die Bearbeitung der Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland nach 1945 betreffe, sei ein katastrophaler Stand zu konstatieren.

An diesen Punkt knüpfte Jiří Pešek vom IMS an und berichtete über die aktuellen Arbeiten im Bereich der „Deutschlandstudien“. Den Schwerpunkt bildeten derzeit kulturgeschichtliche Themen wie das Bild der Deutschen von den Tschechen und umgekehrt, aber auch die Geschichte der deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen in der Tschechoslowakei.

Helena Krejčová informierte über die Abteilung für jüdische Studien des ÚSD. Die Bibliographie zur Geschichte der Juden in der Tschechoslowakei seit 1938 mit über 12.000 Einträgen ist mittlerweile abgeschlossen. Im Druck befindet sich ein Sammelband über die Juden in der Kriegszeit. Das nächste Projekt untersucht die Beziehungen zwischen der tschechischen Gesellschaft und den Juden in den Jahren 1938–1941; als weitere Vorhaben nannte sie Untersuchungen zum Verbleib des jüdischen Eigentums nach dem Krieg, zur Kollaboration von Juden mit der deutschen Besatzungsmacht und zum „Antizionismus“ nach 1970.

František Svátek (ÚSD) stellte in seinem Referat die Problematik der Forschungsfinanzierung durch Stiftungen und Sponsoren dar; zwar hätten diese vielfach große Verdienste bei der Wiederbelebung der Forschung nach dem Umbruch 1989/90, aber angesichts der nicht selten unklaren Herkunft der Mittel sei dennoch Vorsicht angebracht. Zu den aktivsten und größten Förderern der historischen Forschung in der ČR gehörten Adenauer- und Böll-Stiftung.

In der Abschlußdiskussion wurde darüber informiert, daß die Universität Aussig zum Zentrum für die Erforschung der Geschichte des Sudetenlandes 1938–1945 werden soll; die bibliographischen Arbeiten erfolgen in der Staatsbibliothek Reichenberg. Jaroslav Macek machte auf die Sammlung von Berichten deutscher Geistlicher im Archiv für Kirchengeschichte und auf das Lastenausgleichsarchiv als bisher vernachlässigte Quellen aufmerksam.

In seinem Schlußwort zog Vilém Prečan die pauschale Behauptung, daß die Quellenbasis nicht mehr anwache, in Zweifel; manche Bestände seien bisher übersehen worden, andere könne man mit dem heutigen Wissen anders sehen als früher. Große Bedeutung habe ansichts der Altersstruktur der heutigen Forschergeneration die Heranbildung von Nachwuchs auf den Hochschulen; wichtig sei auch eine adäquate sprachliche Ausbildung, um im internationalen Kontext arbeiten zu können.

Unter den Teilnehmern des Seminars herrschte Einvernehmen darüber, daß sich die Veranstaltung gelohnt habe, auch wenn mehr neue Fragen aufgeworfen als alte beantwortet wurden. Sie stellte keinen Schlußpunkt dar, sondern, im Gruša'schen Sinne, einen „Doppelpunkt“, als Aufforderung zu weiterem Suchen und Fragen. Eine regelmäßige Wiederholung ist sicherlich wünschenswert. Für diejenigen, die am Seminar nicht teilgenommen haben, wird „demnächst“ ein Sammelband mit allen Redebeiträgen erscheinen.

## SOZIALE STRUKTUREN IN BÖHMEN IN DER FRÜHNEUZEIT

Der Wandel sozialer Strukturen in Böhmen vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert steht im Mittelpunkt eines von der VW-Stiftung geförderten größeren internationalen Forschungsvorhabens, an dem neben österreichischen, tschechischen und englischen Institutionen auch das Collegium Carolinum beteiligt ist. Am Beispiel ausgewählter Herrschaften in verschiedenen Regionen Böhmens sollen im agrarischen wie im gewerblich protoindustriellen Bereich die Strategien von Einzelnen, Haushalten und Dorfgemeinschaften bei Heirat, Erbfolge, Berufswahl, Erwerbstätigkeit und Besitzverhältnissen sowie das Verhältnis zwischen Obrigkeit und Bevölkerung erforscht werden. Ausgangspunkt bildet die im Vergleich mit anderen Regionen Europas äußerst günstige Quellensituation für das 17. Jahrhundert. Die Verknüpfung von Informationen aus Glaubensverzeichnissen, Haushalts- und Steuerlisten (Berní rula) mit Gerichtsentscheidungen, Dorfchroniken, Herrschaftsakten und anderen Quellen ermöglicht insbesondere Kontinuität und Wandel von dörflich lebensweltlichen Konzeptionen im Rahmen der böhmischen Feudalverfassung exemplarisch und komparativ nachzugehen.

Übergeordnet soll nach der Relevanz der wirtschaftlichen Krise des Spätmittelalters für Böhmen, nach Beginn und Form einer neuen Phase der Erbuntertänigkeit im 17. Jahrhundert (Refeudalisierung, zweite Leibeigenschaft) und nach den Gründen für die unter gutsherrlichen Verhältnissen entstehende Proto-Industrialisierung gefragt werden, um die böhmische Situation zwischen dem Typus der osteuropäischen Gutsherrschaft und der soziostrukturellen Entwicklung in weiten Teilen des Heiligen Römischen Reiches besser klassifizieren zu können.

In einem ersten Workshop, der vom 6. bis 8. Dezember 1996 im Prager Zentralarchiv stattfand, wurden erste Ergebnisse von Projektmitarbeitern und anderen Forschern präsentiert und weitere Arbeitsschritte besprochen. Der einführende Themenblock galt dem Wandel der Agrarverfassung zwischen 1350 und 1650 in Böhmen (Michael Mitterauer/Markus Cerman, beide Wien, und Václav Ledvinka, Prag) und in Mecklenburg (Ernst Münch, Rostock). Dabei deutet sich an, daß für die rechtlich-ökonomische Entwicklung der Dreißigjährige Krieg bzw. der „Weiße Berg“ weniger einschneidend war, als bisher allgemein angenommen.

Im Mittelpunkt standen jedoch mikrohistorische Analysen für bäuerliche und unterbäuerliche Schichten. Dem Besitzwechsel und der Erbpraxis hinsichtlich von Hofstellen und Familienstruktur zwischen 1650 und 1750 widmeten sich für südböhmische Herrschaften Hermann Zeithofer (Wien) und Josef Grulich (Budweis/České Budějovice), für nordböhmische Herrschaften Dana Štefanová (Wien) und Markéta Seligová (Aussig/Ústí nad Labem). Deutlich tritt die Vielfalt der tatsächlichen Regelungen von Eigentumsverhältnissen und der daran gebundenen Pflichten am Institut des Ausgedinges hervor. Lebensformen sind dabei auf die Hofstelle hauswirtschaftlich und nicht familiär bezogen und zeigen, wenn auch in wechselnder Intensität, eine hohe Mobilität und Flexibilität.

Den Wandel der Besitzstrukturen und die Rolle der Wüstungen während der „zweiten Leibeigenschaft“ untersuchten für mittel- bzw. ostböhmische Herrschaften Alena Pazderová und Lenka Matušíková, während Alice Klášterská (alle drei Prag)

die erneute Änderung in der Erbpraxis nach den josephinischen Reformen am westböhmischen Beispiel vorstellte. Der Stellung der Dorfgemeinde in den sozioökonomischen Wandlungen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts ging Eduard Maur (Prag) nach und betonte, daß diese trotz der allgemeinen Formalisierung und der Auflösung der Freigerichte relativ stark blieb. Die Frage dörflicher Autonomie und sich verändernder Rechtsnormen während des 17. Jahrhunderts spiegeln die Akten des Amtsgerichts Friedland/Frýdlant wider, die Sheilagh Ogilvie (Cambridge) auswertete.

Abschließend thematisierte Josef Ehmer (Salzburg) Fragen von Mobilität und Kontinuität im Handwerk anhand des Wanderns böhmischer und mährischer Gesellen nach Wien im 18. und frühen 19. Jahrhundert. Er wies dabei einerseits auf die große Menge gelernter Handwerker, wohl insbesondere aus protoindustriellen Gewerben, andererseits auf die geringe Wirksamkeit obrigkeitlicher Wanderbeschränkungen hin.

München

Robert Luft

## URSPRÜNGE, KONTEXTE UND ENTWICKLUNGSMUSTER DES TSCHECHISCHEN KAPITALISMUS

Einen hochinteressanten Beitrag zur interdisziplinären Kooperation von Ökonomen, Sozialwissenschaftlern und Historikern aus Ost und West stellte die von der Forschungsgruppe „Transformation und Globalisierung“ des Wissenschaftszentrums Berlin am 8. und 9. November 1996 in Berlin veranstaltete Tagung zum Thema „Ursprünge, Kontexte und Entwicklungsmuster des tschechischen Kapitalismus“ dar. Ausgangspunkt dieses Versuchs einer Historisierung aktueller Entwicklungen auf dem Gebiet der industriebetrieblichen Restrukturierung im Gesamtrahmen der Transformation in der Tschechischen Republik war, wie der Initiator und „spiritus rector“ der Tagung, Dirk Tänzler vom WZB, einleitend ausführte, die Beobachtung, daß der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft nicht bloß als Strukturbruch, gefolgt von einer uniformen „nachholenden Modernisierung“ zu verstehen sei. Im Postsozialismus können vielmehr recht unterschiedliche Transformationspfade beobachtet werden; insbesondere läßt sich von einem besonderen tschechischen Weg vom Sozialismus zum Kapitalismus sprechen. Die Suche nach den Wurzeln dieser Unterschiede in der Vorgeschichte des sozialistischen Ancien régime legte den Rekurs auf die Erste Tschechoslowakische Republik nahe.

Deren „politökonomische Konfiguration“ war, wie die Beiträge des ersten thematischen Blocks im einzelnen darlegten, durch eine Kombination von vergleichsweise fortgeschrittener industrieller Entwicklung, Marktwirtschaft, parlamentarischer Demokratie und prononciert korporatistischer Elemente charakterisiert. Wolfgang Sadler (Berlin) führte in die Geschichte der Industrialisierung in Böhmen ein, durch die seit dem späten 19. Jahrhundert das Gebiet der späteren Tschechoslowakei zu einer der wichtigsten und am weitesten fortgeschrittenen Industrieregionen der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde. Eduard Kubů (Prag) arbeitete zentrale Charakteristika des Verhältnisses von Staat, Banken und Industrie in der Ersten Republik heraus. Markant hierbei war insbesondere die außerordentlich enge Verflechtung des

Staates mit den nationaltschechischen Banken, wie sie die tschechische Wirtschaft auch heute wieder prägt – zwar keine direkten Kontinuitäten, aber doch ins Auge fallende Parallelen. Hinsichtlich der von Christoph Boyer (Dresden) thematisierten Rolle der Deutschen in der tschechoslowakischen Wirtschaft hingegen überwiegen die Unterschiede zwischen damals und heute. Der gegen den beträchtlichen deutschen ökonomischen Einfluß in der ČSR gerichtete tschechische Wirtschaftsnationalismus nährte sich aus einer nicht unberechtigten Furcht vor der besonders in den dreißiger Jahren evidenten Bedrohung der wirtschaftlichen und – in der Konsequenz – der politischen Selbständigkeit der Tschechoslowakei durch das Deutsche Reich und seine „Fünfte Kolonne“ im Land. Andererseits vertat die Republik auf diese Weise Chancen auf „Modernisierungsgewinne“ durch die Zusammenarbeit mit den Deutschen. Dieses Dilemma dürfte sich heute entschärft haben: Politisch motivierte Vorbehalte gegen eine binationale Kooperation sind keineswegs völlig verschwunden, werden aber vermutlich in geringerem Umfang wirksam.

Gegenstand des zweiten Themenblocks waren die Spezifika der Industriebetrieblichen Restrukturierung der tschechischen Wirtschaft und deren geschichtliche Grundlagen – deutlich wurde hier eine charakteristische Mischung von Neuansätzen und Kontinuitäten sowohl zur Zwischenkriegszeit wie auch zur Ära des Sozialismus. Durchwegs zeigten die Beiträge, daß es sich bei diesen historischen Voraussetzungen um bewahrenswertes Erbe wie um entwicklungshemmende Hypotheken gleichermaßen handeln kann. Jan Vláčils (Prag) Ausführungen über Arbeiter, Manager und industrielle Beziehungen im Sozialismus und in der Transformation arbeiteten heraus, wie die sozialpartnerschaftliche Einstellung der Manager, typisch für die tschechische politische Konsenskultur seit der Zwischenkriegszeit, dort zum Modernisierungshemmnis wird, wo sie mit (post-)sozialistischer Bürokratenmentalität und schwach entwickelter unternehmerischer Verantwortung paart. Jens Hanke (Bielefeld) spürte den Kontinuitäten zwischen den „Produktionswirtschaftlichen Einheiten“ – Äquivalent zu den DDR-Kombinaten – und aktuellen Zentralisierungstendenzen nach, Ulla Mense-Petermann (Magdeburg) beschrieb anhand einer Fallstudie den Weg eines Maschinenbaubetriebs vom Glied eines sozialistischen Konzernbetriebs zum Teilnehmer an einem deutsch-tschechischen Joint-venture. Dirk Tänzler (Berlin) und Ivana Mažálková (Prag) untersuchten am Beispiel eines Maschinenbaukonzerns die Auswirkungen des industriellen Umbaus vor allem im Hinblick auf die innerbetrieblichen Sozialverhältnisse. Die Umgliederung führt zu Konflikten um Leistungs- und Qualitätsstandards; die Kontrolle der Arbeiterschaft durch das Management wird intensiviert. Angeregt diskutiert wurde Tänzlers These, der aus dem Umbau resultierende Modernisierungsdruck werde als ausgesprochene „Modernisierungszumutung“ empfunden, weil die tschechische Arbeiterschaft durch unverkennbar vormoderne Züge – teilweise Verwurzelung im ländlichen Milieu – charakterisiert sei.

Der dritte Themenblock war zentralen makroökonomischen und ordnungspolitischen Aspekten der Entwicklung seit 1989, ihren Chancen wie ihren Gefahrenpotentialen gewidmet. Neben der Bestandsaufnahme spielte hier die Prognose eine wichtige Rolle. Ilja Srubar (Erlangen) kontrastierte die Transformationsverläufe in Tschechien und in den neuen Ländern der Bundesrepublik und arbeitete – bei ähnlichen

politischen und ökonomischen Ausgangsbedingungen – Unterschiede hinsichtlich der Modalitäten der Privatisierung, der sozialstrukturellen Verschiebungen sowie der Verteilung der Transformationsgewinne und -verluste auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen heraus. Franz X. Keilhofer (Warschau) legte in einer prägnanten Analyse der Wechselbeziehungen von Transformation und Ordnungspolitik den Finger auf gravierende ungelöste Strukturprobleme der Wirtschaft in Tschechien: die aus der sozialistischen Epoche resultierende ungesunde „großbetriebslastige“ Betriebsgrößenverteilung, deutliche Tendenzen zur Konzentration ökonomischer Macht und die nach wie vor typisch „sozialistische Branchenstruktur“ mit einem unverkennbaren Schwergewicht auf der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie unter Vernachlässigung der Konsumgüterproduktion. War der Tenor von Keilhofers Ausführungen über die drohende Gefahr einer „Entwicklungsfalle“ – Niedriglohnland und verlängerte Werkbank des Westens – eher pessimistisch, so stellte Jiří Kosta (Frankfurt) der tschechischen Wirtschaft hinsichtlich der „Strukturanpassung“ eine im Vergleich zu anderen osteuropäischen Transformationsländern ausgesprochen günstige Langzeitprognose.

Die ebenso angeregte wie anregende, durch das „Samstagsmittag-Fallbeil“ nur mühsam zu kappende Schlußdiskussion kreiste in erster Linie um die „Keilhofer-Kosta-Kontroverse“. In dieser abschließenden Gesprächsrunde wurde immer wieder die Politik mit der Geschichte verklammert: So wurde etwa die Brücke geschlagen von der für die Ersten Republik charakteristischen intimen Verflechtung der Politik mit der Wirtschaft, insbesondere dem Bankenwesen, zum tschechischen Postsozialismus, für den – das thatcheristische Image der Klaus'schen Politik Lügen strafend – ähnliche Strukturzüge bezeichnend sind. Die Tagung hat zweierlei beispielhaft gezeigt: Historische Reflexion kann für die Lösung von Problemen der Gegenwart fruchtbar gemacht werden. Und: Der Blick über die Hecke der Disziplingrenzen in die benachbarten Schrebergärten lohnt sich.

Dresden

Christoph Boyer

## VOM WESTEN IN DEN OSTEN UND ZURÜCK?

### Tschechische Europabilder im 20. Jahrhundert

Die tschechische Nationalhymne beginnt mit der bekannten Frage „Kde domov můj?“ und besingt anschließend die Schönheiten der heimatlichen Wiesen, Haine und Berge. *Wo* dieses „wunderschöne Land, das Heimatland“ allerdings liegt, wo in Europa es geortet werden sollte, erfahren wir in diesem Lied nicht, und es mag für seine Entstehungszeit symptomatisch sein, daß es sich quasi selbstbezogen gibt, ohne jede Bezugnahme auf die Welt außerhalb der besungenen Heimat. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden dann Überlegungen darüber, wie sich die vielfach besungenen eigenen nationalen, historischen und kulturellen Traditionen mit denen anderer europäischen Völker vergleichen lassen, zur Lieblingsbeschäftigung tschechischer Intellektueller. Seitdem suchte tschechisches historisches Bewußtsein die böhmische Geschichte im Kontext der gesamteuropäischen Vergangenheit zu verorten, wozu

nicht mehr nur die eigenen Traditionen beschrieben, sondern auch die der anderen charakterisiert und klassifiziert werden mußten. „Kde domov můj?“ wurde für viele tschechische Intellektuelle zur Frage „Wo in Europa liegt Böhmen?“

Ähnlich wie bei Angehörigen anderer europäischer Völker machte sich auch bei den Tschechen rasch eine Vielfalt der Europa-Bilder bemerkbar, die um Popularität in der tschechischen Öffentlichkeit rivalisierten. Wie diese Bilder aussahen, hing vor allem davon ab, auf welche sprachlichen und kulturellen Räume die einzelnen Autoren Bezug nahmen und welche Prioritäten ihre eigenen Wertvorstellungen aufwiesen. Dementsprechend wurden dann unterschiedliche Gliederungen des europäischen Kontinents in sich vermeintlich voneinander kulturhistorisch grundlegend unterscheidende Teile vorgenommen. Meist spielten dabei konfessionelle Abgrenzungen die Hauptrolle; Thomas G. Masaryk gehört etwa zu den tschechischen Vertretern der These von der Überlegenheit des protestantischen über das katholische Europa.

Es ist also kaum verwunderlich, daß sich auch die Stereotypen von einer Teilung Europas entlang der Grenze zwischen dem westlichen und dem orthodoxen Christentum großer Beliebtheit erfreuten. Die Annahme einer grundlegenden Andersartigkeit des westlichen und des östlichen Europas wurde unter den tschechischen Intellektuellen wie anderswo populär, aber es war nicht immer die konfessionelle Grenze, entlang derer die Linie zwischen Osten und Westen gezogen wurde. Neben dem „orthodoxen“ Osten begegnen wir natürlich auch bei den Tschechen dem „slawischen“ Osten, dem historisch „jungen“ ebenso wie dem „unverdorbenen“ oder aber „unzivilisierten“ Osten. Im Laufe des 20. Jahrhunderts spielten solche Bilder eines zweigeteilten Europas eine außerordentlich wichtige und, wie wir heute wissen, für Millionen von Menschen verhängnisvolle Rolle, man denke nur an die Folgen des deutschen „Generalplan Ost“ oder an die Anziehungskraft Sowjetrußlands als der Vorbote einer vermeintlich besseren Zukunft, *ex oriente lux* ...

Zwischen Deutschland und Rußland standen freilich gerade die Tschechen angesichts einer angenommenen kulturhistorischen Ost-West-Dichotomie Europas vor keiner leichten Aufgabe, ihren eigenen Ort auf dem europäischen Kontinent zu finden. Die mit der Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung von der Franz-Kafka-Gesellschaft am 22. und 23. Oktober 1996 veranstaltete Tagung *Vom Westen in den Osten und zurück? Tschechische Europabilder im 20. Jahrhundert* bot den Teilnehmern und der Prager Öffentlichkeit die Gelegenheit, die im Laufe unseres Jahrhunderts in tschechischer Belletristik und Publizistik, in der Dichtung sowie in den Geisteswissenschaften und im politischen Denken entwickelten Vorstellungen davon, was der Begriff „Europa“ bedeute, Revue passieren zu lassen und kritisch zu hinterfragen.

Die Tagung war in vier Sektionen aufgeteilt. Die erste Sektion beschäftigte sich mit der Frage „Was ist das Europa?“. Die Referate der zweiten Sektion waren dem „Tschechischen Weg in den Westen“ und damit den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts gewidmet. In der dritten Sektion wurden unter dem Titel „Deutsches Trauma“ die Zusammenhänge zwischen den tschechischen Wahrnehmungen und Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs einerseits und der Zuwendung großer Teile der Öffentlichkeit zum europäischen „Osten“ nach dem

Kriegsende andererseits unter die Lupe genommen; die vierte Sektion („Und wohin nun ...?“) bot vor allem die Gelegenheit, die gegenwärtigen Europavorstellungen zu diskutieren.

Nach den einführenden Vorträgen von Vladimír Macura (Prag) über „Europa: die Semiotik eines Raumes“ und Eva Hahn (München) über die „Tschechen und die imaginäre Grenze zwischen dem Westen und Osten Europas“ behandelten die Literaturhistoriker Miroslav Zelinský (Ostrava), Alexander Stich (Prag) und Jiří Holý (Prag) mit ihrem breiten Horizont in ihren Vorträgen ein weites Spektrum einschlägiger tschechischer literarischer Texte. Bedrich Loewenstein (Kronach/Fischbach) setzte sich in seinem Beitrag mit Masaryks Konzept des „neuen Europa“ auseinander, Martin Schulze Wessel (Berlin) diskutierte die Zusammenhänge zwischen den tschechischen kirchenpolitischen Bestrebungen nach 1918 einerseits und der westlich orientierten politischen und kulturellen Ausrichtung des neuen Staates andererseits, und Peter Bugge (Aarhus) präsentierte eine brillante Analyse der populärsten Europabilder sowie der gesamteuropäisch orientierten politischen Bemühungen der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Der an der Harvard University (Cambridge, Massachusetts) lehrende Alfred Thomas analysierte anhand Karel Čapeks Reiseberichten dessen subtile Ambivalenzen im Verhältnis zum westlichen Europa, und der Skandinavist Zdeněk Hojda (Prag) erweiterte den Diskussionshorizont um die Bezugnahme auf den, wenn von der West-Ost-Teilung Europas die Rede ist, so oft vernachlässigten Norden.

Die lebhaftesten Diskussionen erweckte erwartungsgemäß die Frage, wie „westlich“ Deutschland und wie „östlich“ Rußland sei. Jiří Pešek (Prag) präsentierte dazu die Ergebnisse seiner Studien über die Forschungsinteressen tschechischer Historiker und deren Rezeption der internationaler Fachliteratur. Christiane Brenners (Berlin) anregender Vortrag über die Europabilder der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie Dušan Třeštíks (Prag) lebhafteste Diskussionsbeiträge sorgten dafür, daß sich auch das Publikum mit großem Elan an der Diskussion beteiligte. Selbstverständlich spielten dabei aktuelle Fragen wie die der europäischen Einigung bzw. des tschechischen Beitritts zur EU und der NATO eine wichtige Rolle, und es war offensichtlich, daß alle Teilnehmer am Ende in ihren Aussagen darüber, was Europa sei und wer dazu gehöre, vorsichtiger geworden waren.

Trotz der Teilnahme zahlreicher ausländischer Gäste und Referenten, war die Verhandlungssprache dieses Symposiums tschechisch. Dies wurde allgemein als eine, leider nur selten anzutreffende, freundliche Geste gegenüber den tschechischen Teilnehmern einer internationalen Tagung begrüßt, von denen nur allzuoft nahezu selbstverständlich erwartet wird, daß sie auch mit ihren Bohemisten-Kollegen in deren Sprachen anstatt in der sich vom Fach her wohl eher anbietenden tschechischen Sprache kommunizieren. Die Vorträge, von denen einige schon unmittelbar nach der Tagung von der tschechischen Wochenzeitung *Tvar* zur Veröffentlichung angefordert wurden, werden in dem von der Franz-Kafka-Gesellschaft geplanten Sammelband der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

## HISTORICKÁ OLOMOUC XI.

Two themes featured the symposium *Historická Olomouc XI.* that was held at the Palacký University in Olomouc on 2–3 October 1996. One was the origin and development of the university, the other was the history of scientific institutions in Bohemia and Moravia. The symposium was one of several events that commemorated the renewal of the university in 1946, after it had been canceled by an Imperial Decree of 1860. A visit to the city by President Václav Havel, meetings of educational and cultural organizations, and concerts and exhibitions also took place during the commemoration.

*Historická Olomouc XI.* was cosponsored by Josef Jařab, rector of the university, and Rudolf Zahradník, president of the Academy of Sciences of the Czech Republic (AV ČR). The cooperating agencies were the university's Philosophical Faculty, the Archive of the AV ČR (AAV ČR), the Nadace Patriae, and the Czech Society for the History of Science and Technology. The assembled scholars and guests were welcomed in the morning of 2 October by Rector Jařab, Vilém Herold, a member of the Presidium of the Academic Council of the AV ČR representing Ing. Zahradník, and Eduard Petrů of the Philosophical Faculty.

The themes of the symposium were discussed in two sections held simultaneously. Section I. was titled *Dějiny univerzity v Olomouci 1573–1946–1996*. Twenty-two papers were presented. Selected papers are given as follows with their Czech titles rendered into English. They included Ivana Čornejová (Prague), "The Jesuit university in Olomouc in times of prosperity and fading glory"; Miloš Kouřil (Olomouc), "The Jesuit period of Olomouc University"; László Szögi (Budapest), "Students from Hungary of Olomouc University"; Richard Apfelbauer (Salzburg), "Die Universitäten Olmütz und Salzburg – ein Vergleich Ihrer Geschichte"; Vladimír Malíšek (Olomouc), "Cultivation of the exact sciences at the first Moravian university"; Dobroslav Líbal (Prague), "The fundamental significance of the symposium *Historická Olomouc* for deepening knowledge of its past"; Václav Pumpřla (Olomouc), "Efforts toward the establishment of a Czech university in Moravia in the 19th century"; Jana Burešová (Olomouc), "Attempts to revive the university in Olomouc at the turn of the 19th and 20th centuries"; Wanda Baczkowska (Cracow), "Germanisierung der Krakauer Universität im 19. Jahrhundert im Vergleich zu den anderen Hochschulen in der Donaumonarchie"; Karel Konečný (Olomouc), "Foreign relations of the renewed university 1946–1990"; František Mezihorák (Olomouc), "Several aspects of the so-called normalization and rehabilitation at the Palacký University."

The title of Section II. had two sub-topics: "*Societas incognitorum*. The development of scientific societies of an extra-university character in the European context." Twenty-one papers were scheduled but several listed presenters sent their regrets. Among the papers delivered were Antonín Kostlán (AAV ČR), "Early modern learned societies and the *Societas incognitorum*"; Jiří Kroupa (Brno), "Muratori und Gianini – from cultural history of the idea of the history of art"; Miloslav Krbec (Olomouc), "Dobrovský's stay in Olomouc"; Petr Pavlovský (Prague), "*Societas incognitorum* 'secunda' (1976–1989)"; Libuše Hrabová (Olomouc), "Forerunners of scientific societies"; Jiří Majer, "Kašpar Sternberk and European natural science" read by Jan

Janko; Zdeněk Hojda (Prague), "The Society of Patriotic Friends of Art in Bohemia as a scientific institution"; Jan Janko (AAV ČR), „Jan Evangelista Purkyně and the scientific institutions of his time”; Ivo Barteček (Olomouc), "The Moravian-Silesian Society for the Cultivation of Ploughing, Knowledge of Nature and the History and Geography of the Homeland, and Christian d'Elvert"; Václav Podaný (AAV ČR), "The organization of Czech science in the 1920s and 1930s"; Magdalena Pokorná (AAV ČR), "Changes in scientific institutions after the Second World War"; Stanley B. Winters (NJIT, USA), "The period of transition from the ČAVU to the ČSAV"; Hana Barvíková (AAV ČR), "The Czechoslovak Academy of Sciences during the so-called normalization"; Zdeněk Slouka (SVU, USA), "The Czech-American Society of Sciences and Arts."

Discussion of the papers dealt, among other points, with the questions of whether the *Societas incognitorum* was a "private" society or a "secret" society, whether factors internal to science or external were instrumental in bringing about significant organizational change, and the extent to which continuity or discontinuity predominated in each change. Antonín Kostlán delivered a skillful summary of the major ideas in the papers and of the issues still remaining to be clarified, in concluding the proceedings.

Most of the papers are being prepared for publication. They should add considerably to our knowledge of the Palacký University – with which Palacký had only the frailest of connections – and of the process by which learned and scientific organizations developed in the Bohemian Lands. Several useful publications that were prepared especially for the university's jubilee and symposium are: *Univerzita Palackého v Olomouci*, an attractive illustrated booklet with concise information on the university's history, faculties (Theology, Medicine, Philosophy, Natural Sciences, Pedagogy, Physical Education, and Law), teaching departments, and student housing; *Padesát let. Z dějin obnovené univerzity* (355 pp.), which gives the history of the individual faculties, their members past and present, and their specialties and years of service; a handsome, oversized illustrated volume, *Universitas Olomucensis 1573–1946–1996* (123 pp.), jointly sponsored by the university and the Olomouc Museum of Art in connection with a commemorative exhibition at the museum. This volume contains Czech and English versions of essays by Josef Jařab and Miloš Kouřil on the symbols and legal authority of the university and one by Milan Togner on the graphic art produced as theses by university graduates in Baroque times. The essays are complemented by full-page plates of the theses with an account of the artistic techniques involved in drafting and printing them and of their influence on the art of early modern Moravia. An essay by Ivo Hloubil discusses the university's scepter, chains, medals, and standard. The originals of these treasures were displayed at the museum's exhibition.

The Archive of the Academy of Sciences ČR published for the occasion a valuable booklet that traces the development of early scientific societies in Bohemia and the Habsburg monarchy with respect to the larger European-wide phenomenon up to the mid-nineteenth century. Titled *Societas incognitorum. První učená společnost v českých zemích* (74 pp.), it was written and edited by Antonín Kostlán, director of the archive, with the assistance of Emilie Těšínská and Zdeněk Hojda.

At a festive reception in the Museum of Art, Ferdinand Seibt read a chapter from *Německo a Češi – dějiny sousedství uprostřed Evropy* (Academia, 1996), the Czech edition of his *Deutschland und die Tschechen*, to an audience of about 200 persons. This was followed by an instrumental concert of early chamber music. Some participants in the next days visited Svatý Kopeček, a monumental Baroque church built on a height 10 km northeast of Olomouc and commanding a panoramic view of central Moravia to the south. The symposium's sessions were graced by the presence of Prof. Dr. Josef Polišenský of Charles University, a native of the neighboring city of Prostějov and at age 81 the dean of active Czech historians. Arrangements for the participants at *Historická Olomouc XI.* were thoughtfully handled by Roman Zaoral and Libuše Hrabová, head of the history department in the university's Philosophical Faculty.

Olomouc is an old city undergoing much needed reconstruction and modernization. The enthusiasm and commitment shown by the faculty, students, and administration of the Palacký University bode well for the city's future.

Port Charlotte, Florida

Stanley B. Winters

#### GALA RECEPTIONS FOR BOOK OF SETON-WATSON DOCUMENTS

Rarely has a book on the Czechs and Slovaks received a multinational welcome comparable to that accorded *R. W. Seton-Watson and His Relations with the Czechs and Slovaks. Documents/Dokumenty 1906–1951* between September 1996 and January 1997. Its publication was celebrated at festive meetings in Prague, Bratislava, Martin, and London attended by Seton-Watson's surviving son Christopher, the editors of its two volumes and well-wishers and dignitaries. This wide acclaim was primarily due to the long and trustworthy relationship between R. W. Seton-Watson (1879–1951), the Scottish historian, publicist, editor, and educator, and leading founders and officials of interwar Czechoslovakia such as T. G. Masaryk, Edvard Beneš, Milan Hodža, and Anton Štefánek. Then there is the book's high quality. Its 228 carefully edited letters and other documents in volume I and the informative indexes of names and places in volume II show Seton-Watson's intimate involvement with the political and nationality problems of the Czechs and Slovaks from their rule by Austria-Hungary until the communist takeover in 1948.

The book was the product of an impressive institutional and personal collaboration. It was jointly published by the *Ústav T. G. Masaryk* in Prague and the *Matica slovenská* in Martin, with financial support from the Czech *Komerční banka* and the French *Fondation pour le progres de l'homme*. Thomas D. Marzik of St. Joseph's University in Philadelphia and Jan Rychlík of the *Ústav TGM* were its editors, assisted by Miroslav Bielík of the *Matica slovenská*. Christopher Seton-Watson provided many of his father's personal papers and wrote an introductory essay on his career.

The first of the four receptions or "launches" was held on 17 September at the Academy of Sciences of the Czech Republic in downtown Prague. It was cosponsored by

the Czech Academy, the British Embassy, and the Ústav TGM, with Václav Pačes, Vice President of the Academy, officiating. The speakers included His Excellency Sir Michael Burton, KCVO, CMG, the British Ambassador; Jaroslav Opat, Director of the Ústav TGM, and Christopher Seton-Watson, with remarks by Jan Rychlík and Thomas Marzik. The Ambassador quoted approvingly from the documents in the book as evidence of Great Britain's solicitude for the Czechs and Slovaks from early in this century – apart from the Munich Agreement – and into the Second World War and beyond.

After dining with Sir Michael at the British Embassy in Malá Strana, Dr. Rychlík and Professors Marzik and Seton-Watson motored to Slovakia. In Bratislava, they presented their book to the Historical Institute of the Slovak Academy of Sciences at a meeting chaired by Dušan Kováč, Director of the Institute. Present in the audience was Ondrej A. Halaga, archivist and historian from Košice, whose letter of 27 February 1951 to R. W. Seton-Watson is the last document to be reprinted in the book.

The travelers then went to Martin, where they were warmly greeted by their colleague Miroslav Bielik, Administrative Director of the *Matica slovenská*. On 19 September, he bestowed on each of them the "Pamätná medalia Matice slovenskej." There they met Mrs. Želmíra Bellušová, the daughter of Anton Štefánek, who had attended the prior reception in Prague. Ružomberok was the next stop, where they placed flowers at a bust of Seton-Watson, the only memorial to him in Slovakia and the Czech Republic. At Bystrička, a village near Martin, they saw the house in which the family of T. G. Masaryk summered from the 1880s onward, and where Alice Masaryková had a small villa.

The trip to Slovakia became a sentimental journey for Christopher Seton-Watson. He revisited places he had seen as a lad, when traveling to them in 1929 with his parents and brother Hugh. In Topoľčianky, he met a young woman whose grandfather had been Masaryk's butler. He recalled having sat next to Masaryk at the president's country retreat in Topoľčianky during a screening of a Russian film about Cossacks. The grandnephew of Vavro Šrobár treated him and his two companions to a tour of the local château. Going on to Bradlo, they paid their respects to Milan Rastislav Štefánik at his memorial monument.

The final reception was held at Senate House, the School of Slavonic and East European Studies, on 10 January 1997. It was sponsored by Michael Branch, Director of the School, and chaired by Robert B. Pynsent, Professor of Czech and Slovak Literature. Jan Dömök, Chargé d'Affaires of the Slovak Embassy, and Milan Jakobec, Minister-Counsellor of the Czech Embassy, extended greetings and congratulations to those responsible for the book. Christopher Seton-Watson described the effect of him of retracing his father's steps. Along with the three editors and guests, those attending included Mrs. Mary R. Seton-Watson, Hugh's widow; her two daughters-in-law and a son-in-law.

Dr. Rychlík and Prof. Marzik used the occasion to explain how their enterprise began and the shoals they had to navigate so as to finance it, arrange its delicate bi-national aegis, gather and edit the documents, monitor the proofreading and printing, and stay in close contact despite the ocean, the continents, and the time zones bet-

ween them. Prof. Marzik observed the appropriateness of their meeting at the School of Slavonic and East European Studies, with its connections to Seton-Watson, Masaryk, and the interwar republic that had endowed the Masaryk Chair of Central European History, of which Seton-Watson was the first occupant.

This concluded a fascinating chapter not only in Slavic-Anglo-American cooperation, to which Seton-Watson had devoted his life, but also in the recent history of scholarly book publishing.

Port Charlotte, Florida

Stanley B. Winters

### FRANTIŠEK ŠMAHEL HONORED BY THE AMERICAN HISTORICAL ASSOCIATION

The American Historical Association has elected František Šmahel to be an Honorary Foreign Member. He becomes the second member of Collegium Carolinum to receive this distinction; the late Karl Bosl was the first in 1990. The AHA announced its choice of Šmahel on 3 January 1997 during its 111th Annual Meeting held 2–5 January in New York City. It established the category of Honorary Foreign Member in 1885, when it elected Leopold von Ranke as its initial honoree. Šmahel is the 81st historian to be elected, the first Czech and the third from a predominantly Slavic country. The other two were Mikhail N. Tikhomirov (USSR, 1963) and P. A. Zaionchkovskii (USSR, 1967). The only other East European elected was David Prodan (Romania, 1986).

Šmahel's election was announced by incoming AHA president Prof. Joyce Appleby (University of California, Los Angeles) in a ceremony attended by about 250 persons at the Association's General Meeting in the New York Hilton. She cited Šmahel's contributions to Hussite and Reformation studies, his roles in directing the Historical Institute of the Czechoslovak and Czech Academies of Science since 1989 and in opening Czech historiography to world influences, and his help to and recognition of American scholars conducting research in his country. She quoted from letters endorsing Šmahel's candidacy written by specialists in medieval and early modern history in the United States, Germany, Great Britain, France, and Switzerland as testimony to his international reputation. Šmahel's curriculum vitae lists over 900 published items, including numerous monographs, books, and articles in journals and collaborative works.

In addition to directing the Historical Institute, Šmahel serves as Professor and Head of the Seminar on Czech Medieval History at the Philosophical Faculty of Charles University; Editor-in-Chief of *Český časopis historický*, Chairman of the František Palacký Foundation, and member of the International Commission of the History of Universities, among others. In 1994, he won the Forschungspreis der Stiftung Historisches Kolleg München, and in 1996 the Hans-Sigrist-Preis of the University of Bern for outstanding service to and research on the history of East Central Europe.

Prof. Šmahel was unable to come to New York for the ceremony. Its only mishap occurred when Prof. Appleby forgot to ask the representative from the Permanent

Mission of the Czech Republic to the United Nations, who was delegated to accept the award in Šmahel's behalf, to come forward while she read the citation. It will be sent to him in Prague and was reprinted in the February 1997 issue of the AHA's newsletter. The Honorary Foreign Membership is limited to 30 living scholars. They receive the *American Historical Review* and other benefits associated with regular membership, and are exempt from paying dues. German honorary members, apart from von Ranke and Bosl, have included Theodor Mommsen (1900), Friedrich Meinecke (1947), Franz Schnabel (1952), Gerhard Ritter (1959), and Fritz Fischer (1984).

Port Charlotte, Florida

Stanley B. Winters

## NEUE LITERATUR

*Nová encyklopedie českého výtvarného umění [Neue Enzyklopädie der tschechischen/böhmischen bildenden Kunst]. Hrsg. v. Anděla Horová.*

Academia, Praha 1995, 2 Bde., zus. 1103 S.

Die vielbeschworene wiedergewonnene Freiheit der Geisteswissenschaften in der Tschechischen Republik hat in der Kunstgeschichte jüngst ein ebenso staunenswertes wie nützliches Ergebnis gezeitigt. Das Nachschlagewerk entstand seit 1991 im Institut für Kunstgeschichte der AV ČR unter Beteiligung von 244 einzelnen Autoren. Die Bezeichnung „Enzyklopädie“ soll nicht etwa Vollständigkeit vortäuschen – die Herausgeberin weist darauf in ihrem Vorwort ganz unnötigerweise hin und greift sogar möglichen Einwänden hinsichtlich der Ausgewogenheit der Auswahl, Lücken oder sonstiger Mängel vor –; vielmehr zielt sie auf das breite thematische Spektrum der Einträge, das einen der entscheidenden Vorzüge des vorliegenden Werkes ausmacht. Nach Aussage der Herausgeberin ging es bei dem Unternehmen vorrangig darum, die 1975 erschienene „Encyklopedie českého výtvarného umění“ [Enzyklopädie der tschechischen bildenden Kunst] zu ersetzen, die ein ideologisch „bereinigtes“ Bild der Kunstgeschichte bot, und außerdem Lücken zu schließen, die das Künstlerlexikon von Prokop Toman nicht nur aufgrund seines Erscheinungsdatums (1947–50), sondern auch durch die von nationalen Gesichtspunkten geleitete Auswahl der Einträge aufweist. Gelungen ist hier allerdings weitaus mehr, als Anděla Horová's Absichtserklärung vermuten läßt.

Die Personeneinträge berücksichtigen Künstler vom Mittelalter bis zur Gegenwart (d. h. bis zum Geburtsjahr 1963), außerdem Kunstkritiker, -theoretiker und sogar die wichtigsten Kunsthistoriker (unter Ausschluß der lebenden). Breiten Raum nehmen Künstlervereine und -gruppen sowie Institutionen und Körperschaften von Museen und Galerien bis zu Ausbildungsanstalten ein, und in einigen Einträgen (mit Querverweisen) auch alle periodischen Publikationen von Zeitschriften und Almanachen der verschiedenen Künstlergruppen bis hin zu den heutigen Fachzeitschriften. Die Sachstichworte erschließen nicht nur engmaschig alle Stilepochen und Kunstgattungen, die man in einem Nachschlagewerk zu finden erwartet, sondern geben auch Auskunft über verschiedenste Kunstrichtungen (vorwiegend der Moderne und nicht nur in der tschechischen Kunst) sowie über Forschungsansätze und Methoden der Kunstgeschichte und Kunstwissenschaft bis hinüber zur Ästhetik, Kunstphilosophie, -psychologie und -soziologie. Desweiteren werden in pragmatisch getroffener Auswahl Fachtermini erklärt. Alle Artikel sind einheitlich und übersichtlich aufgebaut (das System ist eingangs erläutert) und mit Literaturangaben versehen (internationale und bis zum Erscheinungsjahr 1995!). Hinzu kommen außer einem Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur auch in einer eigenen Übersicht aufgelistete Hinweise auf Archivbestände zu einzelnen Künstlern und Körperschaften (sofern sie geordnet und

zugänglich sind) sowie ein Namensregister, das zusätzlich eine Vielzahl von Persönlichkeiten erschließt, die keinen eigenen Eintrag erhalten haben.

Der thematische Schwerpunkt liegt aus den eingangs dargelegten Gründen im 19. und 20. Jahrhundert; der Großteil der neuen Informationen, die die Enzyklopädie bringt, betrifft mithin zum einen die deutschböhmisches und die jüdische Kunst vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg und zum anderen jenen Teil der Kunst seit 1945, der im Exil (nach 1945 und nach 1968) erschaffen wurde. Für den ersten Bereich sind offenbar vor allem Ergebnisse der mehrjährigen Vorarbeiten für die Ausstellungen „Lücken in der Geschichte 1890–1938. Polemischer Geist Mitteleuropas. Deutsche, Juden, Tschechen“, die 1994/95 in Prag, Eisenstadt (Österreich) und Regensburg stattgefunden hat, ausgewertet worden. Der vergleichsweise junge Forschungsstand bringt es unvermeidlich mit sich, daß hier ohne Zweifel noch immer Lücken bestehen, doch muß man um so höher anerkennen, daß die Herausgeber und Bearbeiter alle damit verbundenen Risiken hinsichtlich möglicher Kritik in Kauf genommen und pragmatisch die heute verfügbaren Informationen zugänglich gemacht haben. Besonders dankenswert sind dabei neben den Daten zu einzelnen Künstlern diejenigen über Vereine und Künstlergruppen sowie deren Ausstellungs- und publizistische Tätigkeit. Ein ebenso wohltuendes wie richtungweisendes Detail der Konzeption muß in diesem Zusammenhang gebührend betont werden: Angaben zu nationaler Zugehörigkeit, zu Vertreibung bzw. Emigration u. s. w. werden nicht ausdrücklich angeführt, sondern ergeben sich aus den biographischen Daten und fallweise auch aus der Charakterisierung der künstlerischen Tätigkeit.

Deutsch sprechende Künstler werden nicht anders behandelt als etwa die vielen italienischen Künstler, die in der Barockzeit in Böhmen tätig waren, und deutschböhmisches Künstlervereinigungen werden zuallererst einfach durch die deutschsprachige Angabe ihres Namens als solche kenntlich gemacht. So wird erfolgreich vermieden, daß außerkünstlerische oder gar politische Aspekte stärker als notwendig oder gerechtfertigt in den Vordergrund rücken; zugleich wird – endlich – der Realität Rechnung getragen, daß das nationalistische Schubladendenken zu einem erheblichen Teil erst nachträglich in die Vergangenheit – und besonders in die des kulturellen Lebens – projiziert worden ist.

Entsprechendes gilt auch für die Kunst seit 1945. Hier kann das Nachschlagewerk deshalb eine Fülle neuer Informationen bieten, weil etliche Kenner der inoffiziellen Kunstszene(n) Insiderwissen zur Verfügung gestellt haben. Wiederum ist nur selten von politischer Repression die Rede – und wenn, dann nie in der sonst durchaus gewohnten topischen Form –, vielmehr liegt der Akzent auch hier auf der Sachinformation, und die Begleitumstände kann man etwa daraus entnehmen, daß Literaturangaben fehlen oder „nur“ Samizdat-Drucke angeführt sind. Diese sachlich distanzierte Perspektive verbot es umgekehrt auch, Exorzismus zu betreiben und Protagonisten der offiziellen Kunst in der kommunistischen Ära ihren Rang nachträglich abzuspochen, wie man es nicht selten im Umgang der (ost-)deutschen Kunstgeschichte mit der Kunst der DDR beobachten kann. Der sozialistische Realismus hat einen eigenen Eintrag, und in den Artikeln zu den einzelnen Künstlern sind die Karriereschritte einschließlich aller Großaufträge, Preise und Auszeichnungen nachzulesen.

Dem überaus umfangreichen und fein differenzierten Komplex der Sachstichworte kann eine Besprechung auf begrenztem Raum unmöglich gerecht werden, deshalb sollen hier nur einige wenige besondere Züge hervorgehoben werden: Zahlreiche Stichworte geben über „historische“ und aktuelle Methoden und Forschungsansätze Auskunft, und zwar ohne Rücksicht darauf, wie nachhaltig sie sich bisher in der tschech(oslowak)ischen Kunstgeschichte niedergeschlagen haben (darunter auch ganz „neue“ wie die Architekturikonologie – Gleiches gilt für westeuropäische und amerikanische Richtungen der zeitgenössischen Kunst), so daß sich ein ebenso breiter wie solider Überblick über die allgemeine Kunstgeschichte ergibt und quasi nebenbei auch das wissenschaftliche Instrumentarium mit der dazugehörigen Standardliteratur ausbreitet wird. Dazu trägt auch die Konzeption der kunsthistorischen Stichworte bei. Die großen Kunstepochen etwa werden durchweg zunächst mit einer knappen und informativen Darstellung ihrer europäischen Entwicklung eingeführt, anschließend wird ihre Geschichte in den böhmischen Ländern ausgeleuchtet; in der Gegenüberstellung werden regionale Spezifika anschaulich, aber auch Phasenverschiebungen. Besonderen Phänomenen der böhmischen Kunstgeschichte sind eigene Stichworte gewidmet, so der Kunst in der hussitischen Ära oder der rudolphinischen Hofkunst (und der Kunstförderung durch andere Herrscher, sofern sie einen spezifischen Charakter entwickelt hat), außerdem findet die Geschichte des Sammelwesens und des Mäzenatentums breite Berücksichtigung, und zwar von einzelnen (historischen) Privatsammlungen über Auftragsprofile der verschiedenen religiösen Orden (aber auch etwa die Architektur von Zlin unter der Auftraggeber- und Mentorschaft von Tomáš Bat'a) bis hin zu Museen und Galerien heutiger Zeit. In etlichen Fällen sind die Artikel zu Glanzstücken von Handbuchformat und -qualität gediehen, etwa wenn sich hinter dem unauffälligen Stichwort „antike Kunst“ eine konzise Geschichte der Antikenrezeption und des Sammelns von Antiken und Abgüssen in Böhmen verbirgt, wie man sie in der bisherigen tschechischen Literatur vergeblich suchte. Sehr gut erschlossen sind auch vermeintliche Randbereiche der Kunstgeschichte wie Kunsthandwerk (darunter etwa Glockenguß, Waffen- und Kunstschmiedehandwerk), Graphik (mit eigenen Stichworten z. B. für Plakate, Exlibris oder Gelegenheitsgraphik und Buchkunst), Computergraphik und -animation in ihren verschiedenen Verzweigungen, Photographie und Zeichentrickfilm.

Natürlich bleiben hier und da auch Wünsche offen. So könnten in der nächsten Ausgabe die Namensvarianten (z. B. „Parlěr [Parler]“) konsequenter angegeben werden, um Blüten wie „Piepenhagenová-Weyrother-Mohr, Charlotta“ [1821–1902], oder „Metznerův svaz“ [recte: „Metzner-Bund“] zu vermeiden, doch nehmen sich solche Einwände eher kleinlich aus. Wenn die Herausgeberin ihnen schon im voraus zu begegnen sucht, indem sie auf den „work-in-progress“-Charakter in einigen Bereichen hinweist, so kann man ihr guten Gewissens versichern, daß es damit solche Eile nun auch wieder nicht hat. Im Gegenteil: Schon in diesem Bearbeitungsstadium wünschte man sich die Übersetzung in irgendeine weiter verbreitete Sprache, um den interessierten Kollegen in verschiedenen Ländern den Zugang zu dieser Informationsfülle zu erleichtern. Übrigens ist das Werk mit 780 Kronen erschwinglicher als heutzutage schon manche Monographie und wird nicht zuletzt dadurch auch Studenten zugute kommen und hoffentlich in breitere Kreise der Öffentlichkeit durchdringen

(und dort einiges Wichtige für Bewußtseinsbildung und -wandel bewirken). Fazit, in jeder Hinsicht: Hut ab, poklona!

München

Michaela Marek

*Brandes, Detlef / Boyer, Christoph / Götze, Andreas / Handl, Vladimír / Hoensch, Jörg K./Lemberg, Hans u. a.: Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa. Hrsg. v. der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung.*

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1995, 190 S.

Titel, Design und eigentlich auch Herausgeber und Papier sagen dem Rezensenten: „Das hatten wir schon!“ Aber das ist ein Irrtum. Unter dem wirklich nicht mehr ganz neuen Anliegen, einen Nachbarn, eben den vergessenen Nachbarn unter acht anderen, ins Bewußtsein zu heben, seit fünf Jahren im Schwange, hat dieser Band einen besonderen Charakter: er ist gut geraten!

Er vereint neun kleine Studien. Außer den im Titel bibliographisch Hervorgehobenen haben noch Jiří Kořalka, Jiří Veselý und Bedřich Moldan mitgearbeitet, und der Bibliograph sollte wohl entweder alle, oder nur die üblichen drei oder keinen nennen. Aber das ist vielleicht das einzige Unbedachte an der Konzeption. Im übrigen liegt hier nicht so sehr ein bemerkenswerter, chronologisch geschlossener Abriss vor, sondern eine gelungene, auf ihre Art ausgewogene Zusammenfassung des Wesentlichen. Das gelingt Historikern bei ihrer berufsbedingten Liebe zum Detail nur selten.

Nach dem Rückblick auf die guten alten Zeiten wird der Umbruch von 1918 und ein Grundgerüst von Aussagen über die Erste Republik vorgeführt, es wird danach das Katastrophenjahrzehnt von 1938 bis 1948 dem Leser erklärt, in dem sich weit mehr ereignete, als der sudetendeutsche Rückblick meist sich nur merken will: die Zerschlagung des Staates, die Auflösung 1000jähriger Grenzen, die brutale Unterdrückung des politischen Selbstbewußtseins der Tschechen, die Ausrottung der Juden, danach erst die Vertreibung der Deutschen und schließlich die Einverleibung des Landes in das sowjetische Imperium, wovor Palacký auf seine Weise hundert Jahre zuvor gewarnt hatte – wer konnte ahnen, daß seine Worte in der vorausschauenden Prophetie sich treffender bewahrheiten sollten, als manche Deutungen, die er als rückwärtsgewandte Prophetie seinen Lesern überantwortete.

Unter diesen Umständen ist die Nachkriegsverständigung in den letzten sechs Jahren schwieriger geraten, zumal das Geschichtsbild der Zwischenkriegszeit, wie es einst die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins propagierte und nach der Vertreibung auch auf ihre Weise wiederbelebte, ebenso zäh in den Köpfen von deutschen Antagonisten haftet wie die Warnung vor dem deutschen Revanchismus aus der kommunistischen Propaganda von einst bei ihren tschechischen Gegen- oder vielleicht besser sogar Mitspielern.

Nun ist das tschechische Problem seit 1918 auch ein slowakisches Problem, bis zur so lakonischen Trennung der beiden Einheiten vor fünf Jahren. Also darf ein kundiger Abriss nicht fehlen, wie man ihn üblicherweise in einen solchen Überblick nicht

einbezieht. Eine andere Zusammenstellung literarischer und wirtschaftlicher Wechselseitigkeiten, so knapp sie ist, ersetzt zumindest im Überblick, was andere Darstellungen gar nicht aufgreifen.

Schließlich gibt es noch einen Einblick in die Umweltsituation. Auch das ist ein ungewöhnliches, aber durchaus berechtigtes Anliegen von „Nachbarschaft“.

Soviel zum Konzept. Nun aber noch ein Wort zu den Autoren. Der Band vereinigt die meisten wirklichen deutschen Sachkenner der tschechischen oder tschechoslowakischen Geschichte dieses Jahrhunderts. Sie haben fast alle eine ansehnliche Publikationsliste. Anders die tschechischen Mitverfasser: hier begegnen wir neben dem vielleicht fleißigsten tschechischen Autor der Gegenwart, Jiří Kořalka, dem Versuch, auch junge und nach den beruflichen Erschütterungen der letzten Jahrzehnte doch hoffnungsvolle Autoren zu Wort kommen zu lassen. Dabei haben diese Kollegen ein weites Feld vor sich: wir dürfen ja nicht vergessen, daß nun einmal in der Tschechoslowakei und ihren Nachfolgestaaten über vierzig Jahre hin keine freie Forschung möglich war, daß heißt aber, was man hinter dieser Formel oft nicht hervorholt, daß alle unsere tschechischen und slowakischen Kollegen gerade beruflich einen ungeheueren Nachholbedarf haben. Sie haben es ja doch nicht jahrzehntelang besser gewußt, aber unter Druck anders dargestellt. Sie haben es in vielen Fällen geradeso sich gedacht und erklärt, wie sie unter dem Druck der Verhältnisse denken und erklären durften. Dabei gab es bekanntlich „lichte Abschnitte“ in diesen vierzig Jahren mit unterschiedlichem Charakter. Es gab auch wohlbekannte persönliche Ausnahmen. Im Ganzen aber sind unsere tschechischen Kollegen nur mit äußerster Anstrengung wirklich auf dem „Stand der Forschung“ in unserem Fach, auch hinsichtlich seiner Methodenprobleme, und ihre Mühe ist weit größer als die unsere, wenn wir auf gleicher Ebene miteinander diskutieren. Es ist ein Verdienst dieses Bandes, daß er hierzu, daß er also auch innerhalb der historiographischen Beziehungen, nicht nur der politischen, einen Beitrag geleistet hat.

Haar

Ferdinand Seibt

*Lutovský, Michal / Profantová, Nad'a: Sámova Říše [Samos Reich].*

Academia, Praha 1995, 90 S.

Über die erste westslawische Reichsbildung im 7. Jahrhundert, das Reich des Samo, berichtet nur eine einzige zeitgenössische schriftliche Quelle, die fränkische Chronik des sog. Fredegar. Die wenigen Nachrichten des nicht immer zuverlässigen Autors gaben der Forschung stets die Möglichkeit verschiedenster abweichender Deutungen. Archäologische Befunde und Funde sind die zweite, zunehmend wichtige Quellengattung zur Geschichte dieses dunklen Zeitraums. Die Verfasser des Büchleins haben für ihre Darstellung beide Quellengattungen ausführlich herangezogen und zu kombinieren gesucht. Die lebendig geschriebene Darstellung ist bewußt populärwissenschaftlich gehalten, verzichtet auf Anmerkungen und verweist nur auf einige wichtige Literatur. Zahlreiche Photographien, Zeichnungen und Karten veranschaulichen vor allem das archäologische Material.

Alle im weitesten Sinn mit dem Samoreich zusammenhängenden und meist strittigen Probleme und Thesen breiten die Verfasser im folgenden aus. Zunächst werden die „handelnden“ Völker, Slawen, Franken und Awaren vorgestellt, dann die mit der Person Samos zusammenhängenden Fragen erläutert, ebenso der Handel der Zeit auch mit den Awaren (nach Fredegar war Samo ein fränkischer Kaufmann). Zum Königtum ist er vielleicht mit der Unterstützung des fränkischen Königs Dagobert gelangt. Das slawisch-awarische Zusammenleben wird, das ist ein wichtiger Punkt, nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt Unterwerfung gesehen, sondern eher als Symbiose begriffen, die zu einer komplexen synkretistischen Kultur besonders in Südmähren (Mikulčice) führte. Nur archäologische Quellen tragen zur Darstellung des Lebens in der Zeit Samos bei, neben awarischen und slawischen sind auch byzantinische und fränkische Einflüsse spürbar. Samos Einflußbereich dürfte nach dem Sieg über die Franken von Thüringen bis Kärnten gereicht haben, wobei das Sorbenland und Kärnten unter eigenen Herrschern wohl nur zeitweise angegliedert waren. Von festen Grenzlinien kann in dieser Zeit ohnedies nicht gesprochen werden.

Samos Machtzentrum vermuten die Autoren, ohne absolut sichere Belege, im südlichen und mittleren Mähren (Mikulčice, Olmütz). Der Aufstand der Slawen gegen die Awaren, an dem sich Samo beteiligte, wird im Raum Preßburg angenommen.

Den Krieg mit König Dagobert schildern die Verfasser nach dem Fredegarbericht: Während eine langobardische und eine alemannische Heeresabteilung (an der sich nach einleuchtender Vermutung auch die Bayern beteiligten) im Slawenland erfolgreich sind, scheitert das austrasische Hauptkontingent vor Samos Befestigung „Wogastisburc“. Mindestens ein Dutzend Lokalisationen vom Staffelberg bei Staffelstein bis zu Wien oder Preßburg sind von Wissenschaftlern vorgeschlagen worden; eine Reihe von ihnen, darunter auch der Burberg (Úhošť) bei Kaaden, scheiden nach neueren Ergebnissen der Archäologie aus. Die Autoren neigen zu einer neuen Identifikation des Archäologen Josef Bubeník, der den Berg Rubín bei Podersam (Podbořany) für Wogastisburg hält: er bietet östlich der Duppauer Berge die Kontrolle über die Zugänge ins mittlere und westliche Böhmen, dort ist neben frühslawischen Erdwällen auch die größte Zahl von Gegenständen awarischer Herkunft in Böhmen gefunden worden, was auf Beziehungen zu Mikulčice hinweist. Schließlich fragen die Verfasser, wie die Zusammenhänge des Samoreichs mit der späteren mährischen und böhmischen Geschichte zu sehen sind. Nach der 35jährigen Regierung des Samo ist weder in schriftlichen noch in archäologischen Quellen ein Zerfall des Reiches eindeutig nachzuweisen. Die Burgsiedlungen existieren weiter, allerdings ist auch wieder ein neues Erstarken des awarischen Einflusses festzustellen. Zwar wollen die Verfasser nicht so weit gehen, eine awarische Herkunft des großmährischen Herrschergeschlechts der Mojmiriden anzunehmen, sie glauben jedoch, Großmähren habe insofern das Erbe des Samoreiches übernommen, als es ebenso wie dieses einen politischen Rahmen gebildet habe, in dem es zu einem Kulturaustausch slawisch-awarisch-fränkischer Einflüsse gekommen sei.

Mit ihrer gut erklärenden und vorsichtig urteilenden Darstellung haben Lutovský und Profantová das historische Thema und Problem des Samoreiches einem breiten Leserkreis vorbildlich erschlossen.

*Schmidtberger, Helga Susanne: Die Verehrung der heiligen Elisabeth in Böhmen bis zum Ende des Mittelalters.*

N. G. Elwert Verlag, Marburg 1992, 300 S.

Die Marburger Dissertation aus der Anregung von Hans-Bernd Harder schließt eine Informationslücke über Religiosität, Volkskunde, und im weiteren Sinn auch die Kommunikationsgeschichte einer religiös akzentuierten Mentalität in den spätmittelalterlichen Jahrhunderten. Die Autorin ist in sehr umsichtiger Weise der Verbreitung einer Heiligenverehrung nachgegangen, deren Erkenntnis nicht nur eine Bereicherung für die Ikonographie bedeutet. Die heilige Ungarnprinzessin und thüringische Landgräfin selbst ist ja ein Symptom für die Festigung der Sozialordnung in Mitteleuropa durch den Einsatz seiner Eliten, noch genauer: für die eigenartige caritative und katechetische Wirksamkeit einer ganzen Generation von Prinzessinnen, die ihren Anstoß vielleicht am ungarischen Hof empfangen. Die heilige Margarethe und eben Elisabeth stammen von da, die Wege führen aber auch zur Andechser Prinzessin Hedwig von Schlesien, zu Agnes von Böhmen und möglicherweise auch zu ihrer verfeimten Schwester Wilhelmina und zu der wenig bekannten heiligen Zdislava. Das alles gedeutet aus den Chiffren der Zeit erscheint als eine Antwort auf die Sozialprobleme, wie sie Landesausbau, Städtegründung, Kapitalisierung des Sozialstandards und eben jener Prozeß hervorgebracht hatten, der das östliche Mitteleuropa im bekannten Zusammenhang mit der Zufuhr von Agrartechnik, Agrarorganisation und Handels- und Handwerksorganisation so tiefgreifend veränderten. Nicht nur mobiler Reichtum, eben die Geldwirtschaft, entstand da in den Händen einer mobilisierten Bevölkerung, sondern auch Armut. Die aus der alten Fürsorge Gefallenen bedurften besonderer Zuwendung. Im sozialen Aufbruch des Hochmittelalters wirkten, mit der für diesen Raum typischen Verspätung freilich, nun eben auch jene hochadeligen Damen durch ihre soziale Stellung weit über die unmittelbaren caritativen Hilfsmöglichkeiten hinaus.

In diesem Zusammenhang spielen dementsprechend die Nachrichten von ihrem beispielhaften Wirken eine besondere Rolle, umgesetzt mit den Mitteln der kirchlich geprägten Kultur in religiösen Kult, in der Pflege ihres Andenkens an ihnen gewidmeten Altären und Kirchen, in der religiösen Kunst, in Wort und Bild, in der Heiligenliteratur wie in der Liturgie, kurz im großen Erinnerungsschatz der so sehr kirchlich geprägten christlichen Religion.

Allen Fragestellungen aus diesem Zusammenhang ist die Autorin nachgegangen und fast allen konnte sie wichtige Antworten abgewinnen. Der Akzent liegt dabei auf der literarischen Tradition, erklärlicherweise, und in diesem Zusammenhang legt sie auch umfangreiche Textuntersuchungen und -editionen vor. Beachtenswert sind ihre Einsichten in die Einführung des Elisabethkultes in Böhmen „von oben“, in Verbindung gebracht mit der Teilnahme König Přemysl Ottokars I. an der Beisetzung der Heiligen in Marburg und mit den besonderen gesellschaftspolitischen Impulsen des Heiligenkultes unter Karl IV. Aber auch die nationale Akzentuierung des Kults durch deutsche Kolonisten, und schließlich die noch lebendige, wenn auch im modernen Gesellschaftsprozess kaum mehr recht wirksame Erinnerung an die Heilige liefern Einsichten in Umfang und Fortwirkung jener Mentalität.

*Bláhová, Marie (Hrsg.): Staročeská kronika tak řečeného Dalimila (Bd. 3) v kontextu středověké historiografie latinského kulturního okruhu a její pramenná hodnota [Die alttschechische Chronik des sog. Dalimil im Kontext der mittelalterlichen Historiographie des lateinischen Kulturraums und ihr Quellenwert].*

Academia, Praha 1995, 489 S. (Texty a studie k dějinám českého jazyka a literatury 6).

Die 1988 erschienene zweibändige kritische Edition des sog. Dalimil (vgl. BohZ 31/1990, 397f.) wird durch Bláhová jetzt vorliegenden Kommentarband erst wirklich benutzbar. Im ersten Kapitel liefert die Verfasserin einen knappen Abriss der europäischen Historiographie des Mittelalters, wobei sie besonders auf die Reimchroniken in den Volkssprachen eingeht und die den Quellenwert bestimmenden Faktoren sowie die erschließbaren Funktionen und Tendenzen der Chronistik zusammenstellt. Das über 70 Seiten umfassende zweite Kapitel beschreibt die böhmische Historiographie von Cosmas von Prag bis zum Beginn der humanistischen Geschichtsschreibung. Auch wenn es eine auführliche Quellenkunde nicht ganz ersetzen kann, so ist dies doch ein wertvoller quellenkundlicher Überblick mit ausreichenden weiterführenden Literaturhinweisen, der zum Teil auf zahlreichen publizierten Vorarbeiten der Verfasserin beruht. Seit Palackýs „Würdigung“ (1869) ist eine solche Übersicht meines Wissens nicht erschienen.

Werk und Autor stehen im Mittelpunkt des dritten Teils der Arbeit, wobei die Frage der möglichen Quellen der Reimchronik (besonders ihr Verhältnis zu Cosmas), der Inhalt (besonders die Bezüge zum Rittertum, das Verhältnis zu den Deutschen und zum Reich) und die Darstellungsmittel des Werks, die Charakterisierung der Personen und das Geschichtsbild des sog. Dalimil breiten Raum einnehmen. Die schon immer auf großes Interesse stoßende Frage nach der Person des Autors kann auch Bláhová nicht beantworten; mit guten Gründen vermutet sie in ihm einen gebildeten Kleriker, der sein Werk allerdings bewusst für Laien, für den herrschenden tschechischen Adel, schrieb. Warum er seinen Namen und Stand verschwie, muß weiterhin offen bleiben. Die Funktion des Werkes dagegen ist deutlich: es etablierte ein neues Geschichtsbild, das der adligen Führungsschicht und ihrer Ideologie entsprach. Ihr konnte die lateinische Cosmaschronik mit ihren veralteten gesellschaftlichen Vorstellungen nicht mehr dienen.

Bewußt verzichtete Bláhová auf die Wirkungsgeschichte des sog. Dalimil in der späteren böhmischen Historiographie sowie auf ihre Verwendung in den nationalen Auseinandersetzungen der Neuzeit – das wäre eine weitere große Untersuchung wert. Damit mag zusammenhängen, daß die Verfasserin den bisherigen Forschungsgang zum sog. Dalimil nicht ausführlich und kritisch schildert. Die drei einleitenden Kapitel schließen mit einer 20seitigen deutschen Zusammenfassung.

Der folgende auf die einzelnen Stellen der Quelle bezogene historische Kommentar ist nicht nur übersichtlicher und auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht, sondern auch unideologischer als der ältere Kommentar von Zdeněk Kristen (1958). Den Band beschließen umfassende Literaturangaben und ein Gesamtregister (Personennamen, Ortsnamen, einige Sachstichworte) für alle drei Bände (Edition und Kommentarband).

Bláhovás Buch überzeugt durch die Sorgfalt der Darstellung (bis auf einige Druckfehler), aber auch durch wissenschaftlich nüchterne und auf Objektivität bedachte Untersuchung der für die Geschichte des Nationalbewußtseins und des deutsch-tschechischen Verhältnisses (nicht nur in ihrer Zeit) wichtigen Geschichtsquelle. Ein bedeutender Fortschritt ist ebenso die Einbettung der altschechischen Reimchronik in die europäische Historiographie des Mittelalters.

Tübingen

Peter Hilsch

Wörster, Peter: *Humanismus in Olmütz. Landesbeschreibung, Stadtlob und Geschichtsschreibung in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts.*

N. G. Elwert Verlag, Marburg 1994, 231 S. (Kultur- und geistesgeschichtliche Ostmitteleuropa-Studien 5).

In seiner zeitlich an den Amtszeiten der beiden herausragenden Bischofspersönlichkeiten Stanislaus Thurzó von Běthlenfalva (1497–1540) und Johannes Dubravius (1541–1553) orientierten lokalen Fallstudie über den Olmützer Humanismus verfolgt Peter Wörster das Ziel, „das geistige Umfeld von Olmütz in jener Zeit sowohl personenkundlich wie auch ideengeschichtlich in mancherlei Hinsicht konkret zu erfassen und anschaulich zu machen, um damit zugleich Prolegomena zu einer künftigen sozial- und institutionengeschichtlichen Studie über die Rahmenbedingungen des Humanismus in Mähren zu gewinnen“ (S. 179). Mit seiner literaturwissenschaftlichen Studie fügt der Autor, der bereits mehrere Beiträge zu diesem Themenkreis auf der deutsch-tschechischen Humanismuskonferenz vorgetragen hat, seine Einzelbeobachtungen zu einem Gesamtbild zusammen. Es ist zu hoffen, daß sowohl Wörsters Ergebnisse als auch die Befunde der zeitgleich erarbeiteten, stärker die kunsthistorische Entwicklung hervorhebenden Studie von Ivo Hlobil und Eduard Petrů<sup>1</sup> auch in die historische vergleichende Ostmitteleuropa-Forschung einfließen werden.

Nach einem Blick auf die personelle Zusammensetzung des Olmützer Humanistenkreises, die Herkunft und die Studienorte seiner Mitglieder sowie auf die Bibliotheks-situation in der mährischen Landeshauptstadt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts untersucht Wörster detailliert die drei literarischen Gattungen Landesbeschreibung (Konrad Altheimer), Stadtlob (Valentin Eck, Johannes Borgbirus, Stephan Taurinus, Georg Sibus, Simon Ennius) und Geschichtsschreibung (Stephanus Taurinus, Augustinus Moravus, Johannes Dubravius). Wie kompliziert dabei im einzelnen die Ermittlung der Quellen und Vorbilder der einzelnen literarischen Werke sowie deren Wirkungsgeschichte nachzuzeichnen ist, zeigt der Autor in besonderer Ausführlichkeit an der 1551 in Kremsier verfaßten „Historia Boemiae“ des Johannes Dubravius, der umfangreichsten Darstellung der böhmischen Geschichte, die jemals in Mähren geschrieben wurde. Hier hätte das Auslassen manch philologischer Feinheit über den formalen Aufbau der Argumentationslinie sicherlich nicht geschadet; an anderer Stelle wünschte man sich gelegentlich ein deutlicheres Urteil, selbst wenn dies die zwangs-

<sup>1</sup> Hlobil, Ivo/Petrů, Eduard: *Humanismus a raná renesance na Moravě* [Humanismus und Frührenaissance in Mähren]. Praha 1992.

läufig schmale Quellengrundlage nicht ganz erlaubt. Insgesamt wurde der lateinische Humanismus Olmützer, d. h. katholischer Prägung durch die besondere Stellung der Markgrafschaft Mähren im politischen System der Böhmisches Krone gefördert, die sich in kirchen- und ständegeschichtlicher ebenso wie in kultur- und geistesgeschichtlicher Hinsicht prägend auswirkte. Die Tatsache, daß der Prager erzbischöfliche Stuhl zwischen 1421 und 1562 unbesetzt war, erhöhte die Zentralfunktion von Olmütz im ostmitteleuropäischen Raum. Darüber hinaus profitierten das Bistum Olmütz und seine beiden funktionsfähigen Domkapitel – das 1260 gegründete Kapitel zu St. Mauritius in Kremsier wurde 1432 von den Hussiten verwüstet – vom Fehlen eines landesherrlichen Hofes und einer universitären Bildungsstätte in Mähren.

Als prägende Bildungszentren der geistigen Führungsschicht in Olmütz, das an der Schwelle zur Neuzeit etwa 6000 Einwohner zählte, erwiesen sich Krakau und Wien. Besonders rege Wechselwirkungen bestanden in dieser Zeit zwischen Olmütz und dem schlesischen Raum, die sich noch bis weit in das 17. Jahrhundert hinein erhielten. Dennoch vermochte Olmütz zu keinem Zeitpunkt aus dem Schatten der benachbarten Zentralorte herauszutreten. Offenbar wirkten sich fehlende Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten außerhalb des kirchlichen Sektors nachteilig für die Anziehungskraft von Olmütz aus, wo sich nicht einmal eine leistungsfähige Druckerei dauerhaft zu etablieren vermochte. „Institutionen und Personen müssen zusammenkommen, um den Humanismus zu befördern“ (S. 16).

Leipzig

Joachim Bahlcke

*Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne. Hrsg. von Ferdinand Seibt.*

Propyläen, Berlin-Frankfurt/M. 1995, 448 S. im Großformat, 290 Abb., 1 Karte.

Eine unvoreingenommene Gesamtdarstellung des kulturellen Geschehens, das Deutsche wie Tschechen im Zeitalter vor dem Ersten Weltkrieg in Böhmen bewirkt haben, lag bisher weder in deutscher noch in tschechischer Sprache vor. Sie ist nun zu einer Zeit erschienen, in der beide Nationen zu einem neuen Miteinander finden müssen. Somit schließt sie nicht nur eine wissenschaftliche Lücke, sondern kann darüber hinaus dazu beitragen, die Erinnerung an die gemeinsame Geschichte lebendig zu erhalten. Es ist deshalb zu bedauern, daß bei Theater und Musik sowie Teilen der bildenden Kunst nicht beide nationalen Stränge gleichermaßen und in ihrem Zusammenhang beleuchtet worden sind. Überhaupt können nicht alle 17 Beiträge das hohe Gesamtniveau der Publikation halten, denn einige Texte leiden – in freilich unterschiedlichem Maße – darunter, daß sie Zusammenstellungen von Einzelfaktoren bieten, wo Analysen und der Hinweis auf Strukturen wünschenswert gewesen wären.

Die überzeugende *Einführung* von Ferdinand Seibt (S. 9–23) stellt mit ihren grundlegenden Fragestellungen, die sich aus den vom Nationalismus geprägten kulturellen Entwicklungen ergeben, den Hintergrund her, vor dem die nachfolgend behandelten Probleme zu sehen sind.

Der Herausgeber umreißt das 19. Jahrhundert als einen Zeitraum, der wie eine Schwelle zwischen dem Ancien Regime und der Moderne liegt und der entscheidend

geprägt ist von den Napoleonischen Kriegen und deren Folgen. Besondere Bedeutung mißt er dabei der Revolution von 1848/49 bei – einem Ereignis, in dessen Verlauf die Weichen für die weitere Entwicklung Böhmens zumindest bis zum Ersten Weltkrieg gestellt werden – in deren Mittelpunkt er die zunehmende Problematisierung des Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen sieht, bis schließlich jeder Lebensbereich in zwei selbständige nationale Organismen gespalten war und es zu einem Kräfteressen kam, dessen wichtigste Arena das kulturelle Leben war.

Die daraus entstehende Konkurrenzsituation hatte auf die künstlerische Entwicklung der beiden Seiten unterschiedliche Auswirkungen: Während die Tschechen, deren Identität entscheidend auf dem Selbstverständnis als eigenständige Kulturnation beruhte, einen rasanten Aufschwung dieses Sektors erlebten, mußte die deutsche Kultur in Böhmen bald um ihr Überleben kämpfen. Grund dafür waren nicht nur die unterschiedlichen demographischen Voraussetzungen, sondern auch die Abwanderung gerade der besten Künstler in für sie bedeutendere Metropolen wie Wien oder Berlin.

Letztlich, das wird aus Seibts Schilderung auch deutlich, scheiterte in Böhmen nicht nur das Miteinander von Deutschen und Tschechen an der Unversöhnlichkeit der Nationalismen, sondern die Existenzgrundlage der Donaumonarchie insgesamt wurde in Frage gestellt.

Helmut Slapnickas Artikel über den *Rechtswandel vor dem Hintergrund und der Sprachenfrage* (S. 25–36) zeichnet den Prozeß der Regionalisierung und später der Nationalisierung des Rechtes nach, der für Böhmen 1819 mit der Kodifizierung einer zweisprachigen Provinzialgesetzgebung eingeleitet wurde, und zeigt, wie sich Gesetzgebung und Rechtspraxis nach 1848 zu Fragen öffentlichen Interesses entwickelt haben.

Die Schriftlichkeit bildete unbestritten den Kernbereich der Nationalbewegung; die *tschechische Literatur*, die von Antonín Měšťan (S. 37–48) vorgestellt wird, spielte eine zentrale Rolle beim Aufbau einer Gesellschaft mit tschechischen Vorzeichen: Die Belletristik war nicht nur bis 1862 der einzige nennenswerte Faktor des nationalen Kulturlebens, sie hatte noch Jahre darüber hinaus die Last zu tragen, einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung und Verbreitung einer tschechischen Identität zu leisten. Měšťan verweist nüchtern auf die Entwicklungsstufen der tschechischen Literatur seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert und nennt deren wichtigste Vertreter mit den jeweiligen Hauptwerken. Die Leistung der aufgeführten Schriftsteller und die Bedeutung ihrer Werke wird jedoch kaum – weder im nationalen noch im internationalen Bezugsrahmen – gewertet; die außerordentliche Bedeutung von Julius Zeyer oder der *Moderní revue* etwa läßt sich nicht einmal zwischen den Zeilen herauslesen. Die Faszination, die von der Entwicklung der tschechischen Literatur ausgeht, wird so nicht vermittelt.

Dies gelingt hingegen Peter Becher mit der Darstellung der *deutschböhmisches Literatur* (S. 49–60). Er zeigt in anschaulicher Weise die Entwicklung einer selbstbewußten Literaturszene, die am Austausch mit der slawischen Kultur wie mit den Geistesgrößen der benachbarten deutschen Länder interessiert ist, hin zu Resignation und Haß des Konkurrenten, der ahnt, daß er im nationalen Wettstreit unterliegen wird. Aber Bechers Blick bezieht auch das Handeln von Tschechen wie Juden mit ein. Er verdeutlicht die schwierige Situation einer Gesellschaft, die mit dem Umbau Prags

zum Zentrum der tschechischen Nation ihren kulturellen Mittelpunkt verliert und darauf mit dem Rückzug in die Randgebiete oder mit Abwanderung ins benachbarte deutsche Ausland reagiert, was nicht nur in den deutschnationalistischen Grenzlandromanen, sondern auch in den Texten Rilkes und der Autoren des Prager Kreises thematisiert wird.

Die Geschichte des *Theaters* in Böhmen stellt Ernst Schremmer (S. 49–60) in ihre beiden nationalen Entwicklungsstränge getrennt dar, wobei die größere Aufmerksamkeit dem deutschsprachigen Bühnenwesen gilt, das gegenüber dem tschechischen den Vorteil hatte, organischer Bestandteil des gewachsenen deutschen Theaters zu sein. Neben der Metropole Prag wird auch die ungewöhnliche Theaterdichte in den deutschen Siedlungsgebieten der böhmischen Länder beschrieben. Auf der tschechischen Seite wird dagegen die außerordentliche Bedeutung der Nationaltheaterbewegung für die Nationsbildung nicht gewürdigt, was nicht zuletzt auf die mangelnde Berücksichtigung der tschechischen Fachliteratur zurückzuführen sein dürfte.

Ähnliches ist über Detlev Gojowys Porträt des *Musiklebens* (S. 61–74) zu sagen. Die Spannung zwischen Weltoffenheit und der Besinnung auf ethnische Wurzeln hat nicht nur die künstlerische Entwicklung beeinflusst, sondern war auch eine existentielle Frage für viele Musiker, da Böhmen traditionell mehr von ihnen hervorbrachte, als das Land ernähren konnte. Mit der Nationalisierung der Musik seit 1860 wurden aus diesen beiden Tendenzen dann ideologische Grundpositionen; denn die entstehende tschechische Kunstmusik wurde vom gesamtdeutschen Zusammenhang abgekoppelt und sollte Eigenständigkeit beweisen. Daraus ergab sich das Dilemma, daß tschechische Musik einerseits zeitgemäß sein sollte, um international bestehen zu können, andererseits aber auch volkstümlich genug, um als „Nationalmusik“ identifiziert zu werden.

Weshalb die Musik in das geschilderte Dilemma gelangte, zeigt Jaroslav Stríteckýs bestehende Analyse der Herausbildung der modernen *Kunstkritik* (S. 75–86). Deren Ursprung war die fortschreitende Loslösung des Musiklebens aus dem Gefüge der Ständegesellschaft seit dem Vormärz. Das aufstrebende Bürgertum nahm die Musik in seinen Besitz, demokratisierte sie und machte sie zur Ware, die auf einem Markt frei gehandelt wurde. Dafür benötigte das nicht ausreichend sachverständige Publikum fachkundige Vermittler, also Kunstkritiker. Strítecký läßt deutlich werden, daß der Kritiker sich dabei entscheiden mußte, welcher Instanz er vor allem dienen wollte: der Kunst oder der Gesellschaft. Dementsprechend mußte er die Autonomie des Kunstwerkes oder die soziale Instrumentalisierung der Kunst vertreten. Die Nationalbewegungen – die tschechische bildete da keine Ausnahme – haben die zweite Variante genutzt, um auch das Musikleben in ihren Dienst zu stellen, eine kollektive Identität herzustellen und im Bewußtsein der potentiellen Mitglieder der neuen sozialen Großgruppen zu verankern.

Der Beitrag über die böhmischen *Schlösser* von Ivan Muchka und Jiří Kuthan (S. 99–131), der zur Architektur überleitet, bringt viele vordergründige Informationen über die Bauten sowie biographische Angaben.

Im Gegensatz dazu bindet Pavel Zatloukal die Entwicklungen von *Kirchenbau und Denkmalpflege* (S. 133–147) in einen gesamtgeschichtlichen Kontext ein. So betrachtet er beispielsweise den Wandel bei der Sakralarchitektur vor dem Hintergrund des

soziopolitischen Positionswechsels, den die katholische Kirche im Zuge der Modernisierung Österreichs seit 1814 erfahren hat. Im Zentrum seines Interesses steht jedoch die Denkmalpflege, die als landespatriotische Reaktion auf den Josephinismus begann und später eine wichtige Funktion für die nationale Bewußtseinsbildung in Böhmen erhielt. Zatloukal zeigt, wie die Historisierung einzelner alter Bauwerke kurz vor der Jahrhundertwende mit dem modernen Bemühen um die Ästhetisierung von ganzen Städten oder deren Teilen konfrontiert wird. Welche ideologischen Veränderungen damit verbunden waren, führt er an der „Assanierung“ der Prager Altstadt vor.

Die Entwicklung des *Städtebaus* insgesamt wird von Michaela Marek (S. 149–233) als Teil des sozioökonomischen Wandels veranschaulicht, der nach 1848 in Böhmen stattgefunden hat und den sie in den gesamteuropäischen Zusammenhang einordnet. Ihre breit angelegte Darstellung, die auf alle wesentlichen Fragen eingeht und die vorhandene Literatur erschöpfend berücksichtigt, überzeugt mithin durch eine klare Linie. Als das zentrale Thema der Architektur dieses Zeitabschnitts wird der Antagonismus von Funktionalität und optischem Ausdruck erkennbar: Die Städte standen einerseits vor dem Problem, ihre gewachsenen Strukturen überwinden zu müssen, um sich ausdehnen und eine moderne Infrastruktur schaffen zu können; andererseits wurden sie zunehmend zum Repräsentationsraum eines aufstrebenden Bürgertums, das im Falle der böhmischen Länder auch noch in zwei konkurrierenden nationalen Varianten auftrat. Die Anlage prestigeträchtiger Prachtstraßen und Monumentalbauten erhielt so zusätzliche Bedeutung, zumal sie – besonders von den Tschechen – dazu benutzt wurden, der eigenen Nation wie der Außenwelt den Anspruch auf die böhmische Geschichte und Tradition vor Augen zu führen.

Dieter Kleins Darstellung der *Bautätigkeit des Bürgertums* (S. 235–249) ist demgegenüber weitgehend deskriptiv und überschneidet sich zu großen Teilen thematisch mit dem vorausgegangenen Beitrag. Die Darstellung der frühen Moderne in der tschechischen Architektur einschließlich der einzigartigen kubistischen Sonderentwicklung leidet daran, daß der Verfasser wohl die entscheidenden theoretischen Schriften nicht kennt, die in den zeitgenössischen Zeitschriften *Volné směry*, *Styl* und *Umělecký měsíčník*, aber neuerdings auch in *Osma a Skupina výtvarných umělců 1907–1917* (Praha 1992) erschienen sind.

Die Architektur wird mit Jindřich Vybíral's Beitrag über *Ingenieurbauten und Zweckarchitektur* (S. 251–272) abgeschlossen, in dem es um das Verhältnis zwischen der technischen und der künstlerischen Entwicklung des Bauens vor dem Hintergrund der Industrialisierung Böhmens geht. Vybíral zeigt, wie das Bauingenieurwesen einerseits auf die neuen funktionalen Herausforderungen und andererseits auf die Erweiterung der technischen Möglichkeiten reagierte, und führt mit Hilfe eindrucksvoller Photographien zugleich vor Augen, welche ästhetischen Neuansätze sich aus der Verwendung der neuen Baustoffe Eisen und Beton, aber auch des Hartziegels ergeben haben.

Petr Wittlich hat bei seiner Behandlung der *Plastik* vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg (S. 273–294) der klassizistischen – und vornationalen – Phase offenbar nur wenig abgewinnen können. Mit dem Wirksamwerden des romantischen Historismus sowie dem Auftreten explizit tschechischer Bildhauer und namentlich der Vertreter der Generation des Nationaltheaters wird der Text deutlich

aussagekräftiger, und bei der Herausbildung der frühen Strömungen der tschechischen Moderne überzeugt er vollends. Wittlich geht vom Grundproblem der europäischen Plastik im ausgehenden 18. Jahrhundert aus, daß Kirche und Adel als Auftraggeber allmählich wegfielen, worauf etwa eine Generation später im Denkmalkult des auf Emanzipation bedachten landespatriotischen Bürgertums ein Ausweg gefunden wurde, der in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in einer monumentalen Selbstdarstellung der heranwachsenden tschechischen Gesellschaft mündete, bevor er mit deren Etablierung und der Abnabelung der Kunstentwicklung von der Nationalbewegung abbrach.

Die parallele Entwicklung in der *Malerei* wird von Olga Macková (S. 295–318) behandelt, der die Darstellung des Nebeneinanders der Stile und Malweisen vor dem Bau des Nationaltheaters besser gelingt. Doch dafür besitzt ihre Schilderung der Aufbrüche der „Generation der neunziger Jahre“ und der „Jungen“ nicht die mitreißende Intensität wie bei Wittlich; ihr Beitrag kommt auch in diesem Abschnitt kaum über ein Geflecht aus – allerdings eingängig geschriebener und sinnvoll zusammengestellter – Werkbeschreibungen und Künstlerbiographien hinaus. Wie bei der Plastik, so führte auch die von der Krise der Auftragskunst ausgelöste Suche der Maler nach neuen Wegen letztlich zur Einbindung in die Nationalbewegung; eine Entwicklung, die beide Autoren leider nur für den tschechischen Strang nachzeichnen, während die deutschböhmisches Parallele im Dunkeln bleibt.

Obwohl der Beitrag Jana Kybalová über *Kunstgewerbe und Wohnkultur* (S. 319–346) ausdrücklich den Wandel der Gebrauchskunst in Böhmen im Zusammenhang mit den ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen zeigen soll, besteht ihre Darstellung vor allem aus einer Fülle von Einzelheiten und nur ansatzweise aus einer Analyse. Wichtige Problemkreise wie die „Demokratisierung“ der Alltagsästhetik durch deren industrielle Reproduzierbarkeit oder die massenhafte Verbreitung von Gebrauchsgegenständen, die zur Etablierung einer nationalen Symbol- und Formensprache beigetragen haben, kommen nicht zum Vorschein. Und auch bei der interessanten Erörterung des Versuchs zu einer zweiten Erneuerung des Kunstgewerbes durch die expressionistische Avantgarde wird die Frage nach den Ursachen und den Zielen dieser internationalen Bewegung nur angedeutet. Sie lebt der Artikel von einzelnen Passagen wie den Erfolgsgeschichten des Hauses Thonet oder des Mucha-Stils.

Die *Graphik*, die der bildenden Kunst im Laufe des 19. Jahrhunderts ein neues, viel breiteres Publikum erschlossen hat, schildert Jana Wittlichová (S. 347–359) ausgehend vom Zeitpunkt der Etablierung als eigenständige akademische Disziplin um 1800. Die Verfasserin zeigt, wie der Landespatriotismus und der romantische Historismus zu einem ersten Aufschwung der Graphik beitragen, bevor das Bemühen der tschechischen „Erwecker“, die symbolischen Ereignisse, Stätten und Persönlichkeiten der entstehenden nationalen Geschichtsschreibung zu veranschaulichen, diesem Trend zwei Jahrzehnte später weiteren Schub verlieh. Die weitere künstlerische Entwicklung, der auf tschechischer Seite die Generation der neunziger Jahre geradezu revolutionäre Impulse gab, bringt Wittlichová genauso deutlich zum Ausdruck wie die parallelen Prozesse im deutschen und jüdischen Prag, während die versprochene Darstellung der Herausbildung einer tschechischen Gesellschaft und deren Kulturleben unterbleibt.

Diese Lücke schließt der anschließende Beitrag von Jan Rous (S. 361–370), der zunächst die *Illustration* in Beziehung zu der außerordentlichen Bedeutung setzt, die das gedruckte Wort in der eigenen Sprache für die tschechische Nationalbewegung hatte. Wie eng die Entwicklung dieser Kunstform mit dem fortschreitenden Aufbau der neuen Gesellschaft verbunden war, wird unter anderem daraus ersichtlich, daß das nationale Verlagswesen wie das entsprechende Lesepublikum erst den Stand erreichen mußten, der den „Luxus“ des Buches als Gesamtkunstwerk möglich und zu einem Gegenstand der Nachfrage machte. Spezifische Züge gewann die tschechische Buchillustration erst in dem Moment, als ihre Autoren in die Aufgabe eingebunden wurden, nationale Typen und Symbole zu prägen und zu popularisieren – eine Instrumentalisierung, gegen die kurz vor der Jahrhundertwende eine Gegenbewegung entstand, die von der völligen Freiheit des künstlerischen Individuums ausging.

Im zweiten Teil des Textes richtet Rous die Aufmerksamkeit auf einen Anwendungsbereich der Graphik, der in Prag erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts erschlossen wurde und der bis heute die sichtbare Öffentlichkeit der Industriegesellschaft prägt: das *Plakat*, das zu einem wesentlichen Mittel der Massenmobilisierung jeglicher Art geworden und darum wie kaum eine andere Kunstform mit dem Alltagsleben verbunden ist.

Einen noch stärker revolutionierenden Einfluß auf die Alltagswirklichkeit als Graphik und Kunstgewerbe hatte die *Photographie*. Pavel Scheufler (S. 371–381) schildert nicht nur den technischen Fortschritt auf diesem Gebiet, sondern erklärt, wie das Aufblühen dieser Abbildungsform mit der Entfaltung der tschechischen Gesellschaft zusammenhing. Beide Entwicklungen begannen 1860 und erlebten um 1890 einen Durchbruch, als es nach der Einführung neuer Verfahren und Apparate erstmals möglich wurde, Momentaufnahmen anzufertigen und gleichzeitig mit dem umstehenden Text zu drucken. Tagesereignisse konnten nun spontan im Bild festgehalten und zeitgleich an ein Massenpublikum weitergegeben werden. Der Beruf des Photoreporters entstand damit zu einer Zeit, in der die Printmedien dafür sorgten, daß sich die nationalen Gegensätze in Böhmen dramatisch zuspitzten, und in Prag eine groß angelegte tschechische Leistungsschau organisiert wurde. Diese Jubiläumsausstellung wurde zu einem Meilenstein für die neue Technik, deren verschiedene Anwendungsbereiche Scheufler vorstellt.

Der von Ferdinand Seibt herausgegebene Band schließt eine Lücke in der Kulturgeschichte der böhmischen Länder. Da in dem untersuchten Zeitraum sich jene Prozesse vollzogen, deren Auswirkungen die tschechisch-deutschen Beziehungen bis heute bestimmen, leistet das Buch zudem einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Diskussion über die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen beiden Nationen. Wenn es auch nicht allen Autoren gelungen ist, die von ihnen behandelten Teilgebiete voll auszuschöpfen und in das vom Herausgeber vorgegebene Konzept einzubinden, so eröffnet Böhmen im 19. Jahrhundert deutschsprachigen Lesern dennoch erstmals die Möglichkeit, sich umfassend und tiefgehend mit den Entwicklungen im Musterland des Kulturnationalismus auseinanderzusetzen.

*Morava, Georg J.: Sehnsucht in meiner Seele. Božena Němcová, Dichterin. Ein Frauenschicksal in Alt-Österreich.*

Haymon-Verlag, Innsbruck 1995, 224 S., 42 Abbildungen im Text.

Božena Němcová, die bedeutendste tschechische Schriftstellerin des 19. Jahrhunderts, ist außerhalb ihrer Heimat vorwiegend als Autorin des heute zuweilen zu Unrecht als „biedermeierliche Idylle“ betrachteten Romans *Babička* (Die Großmutter, 1855) bekannt. Weit weniger fanden dagegen im Ausland ihre übrigen, zwischen Spätromantik und Realismus oszillierenden Erzählungen mit sozialkritischem Einschlag Anklang, ihre nach Volksmotiven gestalteten Kunstmärchen, und ihre volkskundlichen Skizzen vornehmlich über die Slowakei. Umso mehr wurde sie in Böhmen selbst zu einem Mythos, zumal ihr als engagierter Patriotin, als indirekter Mitbegründerin der tschechischen Frauenbewegung, und als Vertreterin sozialutopischen Gedankenguts in ihrem an Entbehrungen reichen Leben jene öffentliche Anerkennung verwehrt blieb, die ihr posthum in desto größerem Maße zuteil wurde.

Wesentlich gestützt auf die detaillierte Dokumentensammlung von Miloslav Novotný (*Život Boženy Němcové* [Das Leben Božena Němcová], 6 Bde., Prag 1951–1959) und Němcová's umfangreiche Korrespondenz, konzentriert sich der Verfasser dieser ersten ausführlichen deutschsprachigen Biographie auf die streng chronologische Nacherzählung ihres Lebenswegs, gelegentlich aufgelockert durch leicht romanhafte Schilderungen einzelner Szenerien. Sein Augenmerk gilt vor allem ihren materiell äußerst beengten Lebensumständen, ihrer Ehe mit einem ungeliebten, charakterlich nicht zu ihr passenden Mann, ihren (auch intimen) Freundschaften mit Vertretern der tschechischen Literaturszene, und ihrer Ablehnung durch Teile der kulturellen Öffentlichkeit sowie dem zeitweilig seitens der Behörden auf sie ausgeübten politischen Druck. So entsteht schließlich das Bild einer Märtyrerin, die indirekt von ihrer Umwelt zugrunde gerichtet wurde, wie es aus der älteren Němcová-Literatur nicht unbekannt ist.

Die Darstellung ist in der Verwertung der Fakten durchaus solide, soweit es die Zeit ab etwa 1830 betrifft, kann jedoch naturgemäß angesichts der alleinigen Verwendung bekannter Fachliteratur keine grundlegend neuen Einsichten vermitteln. Äußerst problematisch ist dagegen die Schilderung der Herkunft und Jugend Němcová's, bei der sich der Verfasser an die ältere Tradition hält, derzufolge sie 1820 als uneheliche Tochter eines Dienstmädchens und eines Kutschers geboren wurde. Jüngere Untersuchungen insbesondere von Helena Sobková und Miroslav Ivanov haben jedoch ergeben, daß sie um 1817 als uneheliche Tochter wahrscheinlich einer Adligen aus dem Umkreis der Herzogin Katharina von Sagan zur Welt kam. Dies wäre nicht weiter von Bedeutung, hätte die Herzogin ihr nicht gleichsam als Entschädigung eine ihren tatsächlichen sozialen Status übersteigende Schulbildung ermöglicht, und hätte das Bewußtsein, man habe ihr möglicherweise die ihr eigentlich zustehende gesellschaftliche Stellung verwehrt, nicht auch ihre sozialutopischen Gedanken beeinflusst. Der Verfasser übergeht jedoch die bereits zu Lebzeiten Němcová's aufgekommenen Diskussionen über ihre Abstammung zunächst mit Schweigen, um sie dann einzig als Produkt einer gegen Ende der kommunistischen Ära publizierten Studie zu kennzeichnen, die „bis heute die Gemüter erhitze“ (S. 211).

Enttäuschend ist die Behandlung des schriftstellerischen Oeuvres Nĕmcovás. Die einzelnen Werke werden jeweils nur kurz inhaltlich an ihrem chronologischen Ort gestreift und bestenfalls mit pauschalen positiven Urteilen gewürdigt, und selbst der *Babička* widmet der Verfasser gerade einmal eine Druckseite (S. 99). Desgleichen wird das kulturelle Leben Böhmens nur höchst fragmentarisch sichtbar, ja noch die Zeit um 1840 gilt als ein „Tiefpunkt“, da sich um „die Literatur und deren Schöpfer niemand kümmerte – außer der Zensur“ (S. 8), und erst der vom Verfasser gegenüber allen anderen Literaten deutlich in den Vordergrund gestellte Tyl habe 1844 mit seinem *Poslední Čech* (Der letzte Tscheche) den ersten (!) tschechischen Roman vorgelegt. Angesichts derartiger Fehlurteile fallen einzelne Versehen kaum noch ins Gewicht, so die Präsentation Josef Čejkas einzig als Arzt Nĕmcovás (und nicht als einer der bedeutendsten literarischen Übersetzer seiner Zeit), oder etwa die völlig unangemessene Charakterisierung der verdienstvollen Publizisten des Vormärz Jakub Malý als „stockkonservativ“ (S. 47). Entsprechend mangelt es der auf Quellenangaben zu Zitaten ebenso wie auf ein Inhaltsverzeichnis (!) verzichtenden Studie, ungeachtet der über weite Strecken durchaus brauchbaren biographischen Informationen, an eben jenem „gebührend weitgreifenden Blick“, den der Verfasser an den „meisten Arbeiten im gegenwärtigen Tschechien“ vermißt (S. 5).

Freiburg i. Br.

Peter Drews

*Burger, Hannelore: Sprachenrecht und Sprachgerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867–1918.*

Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1995, 284 S. (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 26).

Die schwierige Nationalitätenfrage der Habsburgermonarchie fand ihren stärksten Ausdruck in den Auseinandersetzungen über die Verwendung der einzelnen Sprachen in „Schule und Amt“. Grundlage bildete dabei die in Artikel 19 der Dezemberverfassung von 1867 festgelegte Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erreichte die Sprachenfrage angesichts der Ungleichheit der Kräfteverhältnisse von mindestens acht nationalen Gruppen im zisleithanischen Teil des Reiches eine derartige Brisanz, daß der Politik nur ein äußerst geringer Handlungsspielraum blieb. Parlament, Presse und Öffentlichkeit wie auch Staatsverwaltung und Rechtsprechung wurden von dieser Problematik in besonderem Maße gefesselt und beansprucht.

Es überrascht daher, daß erst jetzt eine zusammenfassende Studie über das Sprachenrecht im österreichischen Unterrichtswesen vorgelegt wurde. Die Wiener Dissertation von Hannelore Burger, die an die einschlägigen Studien ihres Betreuers Gerald Stourzh über die Entscheidungen von Reichs- und Verwaltungsgericht in Nationalitätenfragen anknüpft, geht den einzelnen Aspekten des Themas für alle zisleithanischen Konfliktzonen von den böhmischen Ländern, Galizien und der Bukowina über Dalmatien, Triest, das Küstenland und die slowenischen Gebiete bis hin zu Südtirol material- und kenntnisreich nach. Nach einer Einführung über die Bedingungen seit

1848 folgen drei Kapitel über die Perioden des Liberalismus bis 1878 und des Konservatismus bis 1892 sowie die Phase von Radikalisierung und Ethnisierung bis 1914; die Jahre des Ersten Weltkriegs werden nur auf zwei Seiten gestreift.

Anhand von ministeriellen Akten, der Parlamentsprotokolle und der zeitgenössischen pädagogischen und politischen Schriften werden die Fragenkomplexe Unterrichtssprache und obligatorischer Sprachunterricht an Volksschulen und an Mittelschulen (Gymnasien und Realschulen), Sprachenzwangsverbot sowie Nationalitäten- oder Minoritätsschule für die einzelnen nationalen Konfliktzonen, insbesondere für die deutsch-tschechische, die deutsch-slowenische und die polnisch-ruthenische, analysiert. Dabei überwiegt eine Interpretation aus der Perspektive der zwischen bzw. über den nationalen Parteien stehenden Wiener Schuladministration, wobei die Akten immer wieder illustrative Beispiele aus der alltäglichen Schulrealität vor Ort vermitteln. Stellungnahmen und Erinnerungen von Lehrern oder Schülern bleiben dabei in der Regel ausgeklammert. Auch die in den einzelnen Nationalitäten geführten Diskussionen werden nicht tiefergehend behandelt. So werden z. B. weder die zeitgenössischen Konzeptionen des tschechischen Politikers, Prager Pädagogikprofessors und Mittelschulreformers František Drtina noch die neueren tschechischsprachigen Arbeiten von Jan Havránek oder Oldřiška Kodedová berücksichtigt, was angesichts der Breite des Themas aber durchaus verständlich ist, jedoch weitere Forschungsaufgaben aufzeigt.

Zu den wesentlichen Ergebnissen der Arbeit gehört, daß gerade in der Phase des Liberalismus nicht von einer Germanisierung im Schulwesen gesprochen werden kann. Trotz einer einseitigen Bevorzugung der Deutschösterreicher kam es zu einem Ausbau des liberal fundierten Rechtssystems, und am grundsätzlichen Recht auf Unterricht in der Muttersprache wurde für alle Kronländer auch von deutscher und administrativer Seite festgehalten. Das zunehmend praktizierte Recht auf Einklagbarkeit sprachlich-nationaler Gleichberechtigung führte vielmehr dazu, daß Kommunen und die Staatsverwaltung zu einem bestimmten Handeln – wie Gründung oder sprachliche Teilung von Schulen – verpflichtet wurden.

Unter dem Einfluß der zeitgenössischen deutschen Pädagogik, welche Zwei- oder Mehrsprachigkeit und nicht soziale Faktoren für Entwicklungsprobleme von Schülern verantwortlich machte, ging die Tendenz zu grundsätzlich einsprachig muttersprachlichem Volksschulunterricht, entstand so in der Habsburgermonarchie eine „Pathetisierung der Muttersprache“ (S. 239). Das in der Verfassung verankerte Verbot einer Unterrichtspflicht in einer weiteren Landessprache konnte nur in Ausnahmefällen (mährisches Realschulgesetz von 1895; dalmatinisches Gymnasialmodell) durchbrochen werden, obwohl solch ein genereller Sprachunterricht von vielen für sinnvoll erachtet wurde. Auch bei den Mittelschulen ging reichsweit seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Entwicklung unaufhaltsam weg von den *utraquistischen* (bilingualen) hin zu *nationalsprachlichen* Einrichtungen.

Der Streit über Einrichtung und Finanzierung von Minoritätsschulen war in diesem Zusammenhang mehrfach für das Scheitern von Ausgleichsverhandlungen, insbesondere in Böhmen, verantwortlich. Die materielle Seite des immer weiter national durchgliederten und zum Teil parallel aufgebauten Bildungswesens, das gerade die am höchsten industrialisierten, reichen Länder Böhmen und Mähren kurz vor dem

Ersten Weltkrieg in den Bankrott trieb, wird von der Autorin dabei aber unterschätzt und als nur kommunales Problem angesehen.

Burger weist zu Recht darauf hin, daß der Verzicht auf die Durchsetzung einer Staats- und Unterrichtssprache – anders als in Ungarn – in Zisleithanien kein Zeichen von Schwäche, Dekadenz oder Zerfall war, sondern aus dem Bemühen um Sprachgerechtigkeiten resultierte und ein Element nationaler Mäßigung darstellte, wie es vor allem in der österreichischen Hochbürokratie verbreitet war. Die Sprachenproblematik entzog sich in der vielschichtigen Habsburgermonarchie einer systematisch-einheitlichen und endgültigen Lösung. Es bleibt trotz allem aber die Frage, warum angesichts der Dominanz von Kategorien sprachlich-nationaler Identität gerade das charakteristische Milieu der Polyglossie wie auch die administrativen Führungsgruppen nach 1900 zu resignieren begannen. Sie vermochten nicht mehr, aktiv nach neuen und eigenständigen, den gewandelten Gesellschaftsstrukturen wie den sprachlichen Bedingungen der Monarchie adäquaten Konzepten zu suchen bzw. entsprechende Positionen zu propagieren, um das Dilemma von Assimilation und Segregation zu entschärfen.

München

Robert Luft

*Kudělka, Milan/Šimeček, Zdeněk/Večerka, Radoslav: Česká slavistika v prvním období svého vývoje do počátku 60-ých let 19. století [Die tschechische Slavistik in ihrer ersten Entwicklungsphase bis zum Anfang der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts].*

Praha 1995, 393 S. (Práce Historického ústavu AV ČR, Reihe A, Bd. 12).

Die drei Brüner Autoren, die sich seit Jahrzehnten mit der Geschichte der tschechischen Slavistik befassen, haben das Manuskript zu diesem Buch bereits Anfang des Jahres 1989 abgeschlossen; an einigen Stellen haben sie nachträglich Hinweise auf neuere Literatur eingefügt. Der Text wurde in der neostalinistischen Ära der sogenannten „Normalisierung“ in der Tschechoslowakei geschrieben, und er mußte mithin den Bewertungskriterien der marxistisch-leninistisch ausgerichteten staatlichen Zensur genügen, der auch die wissenschaftlichen Publikationen unterlagen. Das Buch gibt keine Auskunft darüber, ob bzw. in welchem Maße die Autoren den Text für die Drucklegung 1995 überarbeitet haben. Hier und da sind jedenfalls Formulierungen stehengeblieben, die deutlich von der Entstehung des Textes vor 1989 zeugen. Ein Beispiel (S. 43): „Ein fundamentaler Mangel des tschechischen Slaventums in der Zeit der nationalen Wiedergeburt war die Unfähigkeit, ideelle Werte vom sozialen Standpunkt aus einzuschätzen.“ Oder, auf S. 134: „Dobrovskýs gefestigte Weltanschauung gründete in den Prinzipien jener die ganze Menschheit umfassenden Humanität, wie sie die Aufklärung vertrat und der es in erster Linie um die Freiheit und Gleichberechtigung der schöpferischen Individuen und ihrer geistigen Aktivität zu tun war, nicht um die Freiheit nationaler Gemeinschaften oder sozialer Klassen.“ An einigen Stellen wimmelt es nur so von „Ideologie“ und „Ideologen“; so ist auf S. 36 von den „Ideologen der Generation Jungmanns und Šafaříks“ die Rede.

Das Buch beschäftigt sich mit der Entwicklung der Slavistik – und damit auch der Bohemistik – seit den Anfängen Dobrovskýs bis zum Jahr 1861, dem Todesjahr Pavel Josef Šafaříks und Václav Hankas. Dennoch wird in der Einleitung (S. 11–17) ein kurzgefaßter Überblick über das slavistische Interesse in den böhmischen Ländern vom 9. Jahrhundert bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gegeben. In acht Kapiteln konzentrieren sich die Autoren dann nicht nur auf die Geschichte der tschechischen Slavistik in der Zeitspanne von etwa 80 Jahren, sondern bieten auch eine dichte Darstellung der historischen Entwicklungen in den böhmischen Ländern. Die einzelnen Kapitel sind Werken der Geschichtsschreibung, sprachwissenschaftlichen Studien sowie literarhistorischen und volkskundlichen Themen gewidmet. Die bibliographischen Angaben in den Fußnoten liefern detaillierte Information über die tschechischen Publikationen zum Thema aus den letzten Jahrzehnten, und sie erschließen auch einschlägige Arbeiten, die in den anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks erschienen sind. Allerdings hatten die Autoren vor dem November 1989 nicht die Möglichkeit, im notwendigen Maß die entsprechenden Publikationen aus den sogenannten „kapitalistischen“ Ländern kennenzulernen; selbst wenn solche verfügbar gewesen wären, hätten sie nicht ohne weiteres zitiert werden können. Diejenigen „West“-Publikationen – Bücher und Zeitschriftenaufsätze –, die in den Fußnoten angeführt werden, scheinen den Autoren eher zufällig bekanntgeworden zu sein. Vollständig fehlen etwa die (Buch-)Veröffentlichungen des Collegium Carolinum wie auch die in der Bohemia erschienenen Aufsätze, obwohl diese das Thema des Buches bisweilen direkt berühren. Unberücksichtigt bleiben sogar die bedeutendsten Spezialisten aus dem „Westen“, so Roman Jakobson, von dem lediglich eine Arbeit aus der Zwischenkriegszeit erwähnt wird. Der Aufgabe, über die neueste Literatur zum Gegenstand zu informieren, wird das Buch also nur bedingt gerecht. In den fünf Jahren seit 1989 sollte es möglich gewesen sein, sich einen Überblick zu verschaffen und auf die fehlenden Titel wenigstens in den Anmerkungen aufmerksam zu machen.

Diese Vorbehalte sollen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Buch einen hohen Wert hat, in mehrfacher Hinsicht sogar eine Pionierleistung darstellt und zweifellos auf lange Zeit hinaus das Standardwerk über die Geschichte der tschechischen Slavistik – und der Slavistik in den böhmischen Ländern überhaupt – im gegebenen Zeitraum bleiben wird. Auf S. 8 weisen die Autoren auf folgendes hin: „Außer der Publikation, die den Lesern hiermit vorgelegt wird, wurde in der Brüner Zweigstelle des Historischen Instituts auch ein Manuskript über die Geschichte der tschechischen Slavistik seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1918 vorbereitet, als sich durch den Zerfall der Habsburgermonarchie und die Entstehung des selbständigen tschechoslowakischen Staates die Bedingungen für die weitere Entfaltung der slavistischen Forschung grundlegend wandelten. Mit der Fertigstellung dieses zweiten Manuskriptes ist nunmehr eine vollständige Darstellung der Entwicklung der tschechischen Slavistik von ihren Anfängen bis zum Jahr 1939 abgeschlossen.“ Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß eine weitere Publikation über die Geschichte der tschechischen Slavistik, umfassend die Periode von 1860 bis 1939, herausgegeben werden soll. Es wäre zu wünschen, daß der Text dann den heutigen Vorstellungen entsprechend bearbeitet wird und daß auch die wichtigen Veröffentlichungen zum Thema aus dem „Westen“ Berücksichtigung finden.

In allen Abschnitten des Buches ist die Durchdringung des eigentlichen Gegenstandes mit der „deutschen Problematik“ zu spüren, was nur natürlich ist. So fließt aber die deutsche Slavistik, und zwar sowohl die in den böhmischen Ländern als auch die in Deutschland selbst, ebenfalls in die Darstellung ein; die österreichische Slavistik, vor allem die Wiener, wird selbstverständlich einbezogen. Ein Abschnitt trägt den Titel „die Anfänge der deutschen nationalen Historiographie über die Slaven“ (S. 223–229). Er beginnt mit den Worten: „Die deutschen Historiker, die in den böhmischen Ländern wirkten, haben im Rahmen der Historiographie der Aufklärung keine eigene Konzeption der böhmischen Geschichte entwickelt.“ Auf S. 227f. wird dann der Schluß gezogen: „Den böhmischen Deutschen fehlte es bis in die fünfziger Jahre an einer eigenen Konzeption der böhmischen Geschichte. Den Ausweg aus diesem ideellen Mangel, der seinerseits eine Folge der historischen Überlegenheit des tschechischen Elements in den böhmischen Ländern war, suchte [Joseph Alexander] Helfert als Sprachrohr der konservativen deutschen Kreise in Böhmen gerade in der alten, aus der Zeit des Vormärz stammenden Vorstellung, daß nationale Geschichtsschreibung im Geiste wechselseitiger nationaler Toleranz betrieben werden müsse, die wiederum in der Idee des Landespatritismus und der Ideologie eines gesamtösterreichischen Patriotismus wurzelte.“ Während die Überschrift eine Darstellung der „deutschen nationalen Geschichtsschreibung über die Slaven“ verspricht, behandelt der Abschnitt lediglich die in den böhmischen Ländern tätigen Historiker und sagt nichts über die Art des Interesses der übrigen deutschen (und österreichischen) Historiker an den Slaven aus. Allerdings liegt auf der Hand, daß eine Abhandlung über alle jene deutschen und österreichischen Historiker, die zwischen 1780 und 1860 über die Slaven geschrieben haben, ein eigenes Buch ergeben würde.

Das Buch der drei Brüner Autoren verdient die größte Aufmerksamkeit aller Forscher, die sich mit der Problematik der böhmischen Ländern beschäftigen. Es bringt interessante Erkenntnisse über den böhmischen Austroslavismus, über Elemente des Panslavismus, über die antagonistischen, aber auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen tschechischen und deutschen Gelehrten, über den Anteil der Deutschen an der Erforschung der slavischen – und insbesondere der tschechischen – Geschichte sowie der slavischen Sprachen. Es wird in Zukunft kaum möglich sein, über das tschechisch-deutsche Verhältnis von 1780 bis 1860 zu schreiben, ohne diese wichtige Publikation zu berücksichtigen.

Freiburg/Prag

Antonín Měšťan

*Rösel, Hubert: Die deutsche Slavistik und ihre Geschichte an der Universität Prag.*

LIT Verlag, Münster 1995, 135 S. (Erträge böhmisch-mährischer Forschungen 1).

Der Autor der vorliegenden Publikation promovierte 1940 im Fachbereich Slawistik an der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität in Prag mit einer Arbeit über die Ortsnamen des politischen Bezirks Nachod. Rösel gibt in seiner Untersuchung einen gedrängten, dabei jedoch sehr kenntnisreichen Überblick über die Entwicklung der slawistischen Forschungen an dieser Universität. Im Blick auf die Geschichte der einstigen Karl-Ferdinands-Universität vor ihrer nationalen Teilung im Jahr 1882 erinnert der Verfasser an die Tätigkeit einiger tschechischer Gelehrter, vor

allem an Jan Nejdlý, Jan P. Koubek, František L. Čelakovský und den Slowaken Martin Hattala, während er bei den deutschen Wissenschaftlern insbesondere auf den bedeutenden Philologen August Schleicher hinweist. Gerade Schleicher legte mit seinem Kompendium der vergleichenden Grammatik der indoeuropäischen Sprachen für lange Zeit die Methode der vergleichenden Sprachwissenschaft fest. Rösel verweist allerdings mit Recht darauf, daß sich die bohemistische sprachwissenschaftliche Forschung anfangs vorwiegend außerhalb der Universität entwickelte (S. 9). Dennoch wurden zwischen 1849 und 1876 an der Prager Universität eine Reihe von Fachseminaren eingerichtet, wobei sich allerdings die Gründung eines Seminars für slawische Philologie bis zum Wintersemester 1880/81 hinzog, und dies auch aufgrund der ablehnenden Haltung Hattalas.

Nach der Teilung der Prager Universität wurde das Slawische Seminar, das unter der Leitung Jan Gebauers stand, von der tschechischen Universität übernommen. Dagegen entwickelte sich die Slawistik an der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität, wie der Autor zeigt, nur allmählich zu einer wissenschaftlichen und pädagogischen selbständigen Disziplin und sonderte sich praktisch erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts als eigenständiges Studienfach aus der ursprünglich weiter gefaßten Indogermanistik aus. Nach dem Ausscheiden von Professor Alfred Ludwig wurde der Lehrstuhl für vergleichende Sprachwissenschaften in den Jahren 1901–1902 in zwei Extraordinariate aufgeteilt, von denen eines, unter Leitung von Erich Berneker (das zweite beschäftigte sich mit indischer Philologie), im Rahmen der vergleichenden Sprachwissenschaft allmählich auch zu slawistischen Studien übergang. Bis 1918 hatte die Slawistik an der Deutschen Universität allerdings eine Reihe von Hindernissen zu überwinden, die sich, wie Rösel zeigte, oft aus einer gewissen Voreingenommenheit der deutschen Universitätskreise ergaben. Die Entwicklung der deutschen Slawistik in Prag verband sich in diesem Zeitraum mit der Tätigkeit der Professoren Paul Diels und Reinhold Trautmann sowie mit der Habilitation von Franz Spina, dem führenden deutschböhmischen Bohemisten der Zwischenkriegszeit. Ein selbständiger Lehrstuhl für slawische Philologie wurde an der Deutschen Universität in Prag erst 1920, also nach der Gründung des tschechoslowakischen Staates eingerichtet.

Rösel zeigt in seiner Darstellung, daß in der Zwischenkriegszeit an keiner anderen deutschen Universität slawistische Studien so intensiv und fruchtbar betrieben werden konnten wie in Prag, das deutschen Studenten der Slawistik optimale Möglichkeiten bot. Als wichtige Zäsur betrachtet Rösel das Jahr 1924, als an der Philosophischen Fakultät der Prager Deutschen Universität zwei slawistische Ordinariate ins Leben gerufen wurden: eines für Bohemistik, das andere für allgemeine Slawistik. Dies förderte die Entwicklung der Slawistik, die in den dreißiger Jahren ihren Höhepunkt erreichte. Überzeugend belegt wird dies durch die Breite des Lehrangebots, die Vielfältigkeit der thematischen Orientierung und durch die steigende Hörerzahl in der Bohemistik und Slawistik. In diesem Zusammenhang skizziert der Autor auch die wissenschaftlich-pädagogische Tätigkeit der führenden Vertreter der Prager deutschen Bohemistik und Slawistik, zu denen Franz Spina, Gerhard Gesemann, Eugen Rippl, Edmund Sandbach, Konrad Bittner, Edmund Schneeweis, Ferdinand Liebewehr und einige andere gehörten. Der Autor hat die letzten Jahre dieses bemerkens-

werten Aufschwungs der Prager deutschen Slawistik als Student selbst erlebt und widmet dieser Zeit eine interessante persönliche Erinnerung (S. 42–45).

Die politischen Ereignisse in der Tschechoslowakei am Ende der dreißiger Jahre und der nachfolgende Weltkrieg stellten für die sich vielversprechend entwickelnde slawistische Forschung und die Philosophische Fakultät der Prager Deutschen Universität einen schweren Rückschlag dar, der sich allerdings erst – wie Rösel an anderer Stelle nachweist – in den Jahren 1941–1942 bemerkbar machte, als die Zahl der verteidigten Dissertationen im Fach Slawistik stark zurückging. Rösels Darstellung befaßt sich ferner mit den Studienbedingungen, der Seminarbibliothek und den deutschen slawistischen Periodika, für deren Herausgabe die deutschen Slawisten sorgten. Größere Aufmerksamkeit hätte in diesem und in anderem Zusammenhang die Beziehung zwischen dem slawistischen Zentrum an der Deutschen Universität in Prag und dem Verein „Deutsche Gesellschaft für slavische Forschungen“ verdient, der diese bedeutende Publikationstätigkeit (besonders im Hinblick auf die „Slawische Rundschau“ und die „Germanoslavica“) unterstützte und förderte.

Einen sehr wertvollen Bestandteil der Publikation bildet die Auswahlbibliographie der deutschen Professoren der Slawistik, die an der Universität gewirkt haben. Diese hätte es freilich verdient, durch die wichtigsten Lebensdaten dieser Professoren (einschließlich der Zeit ihrer Tätigkeit an der Deutschen Universität) ergänzt zu werden. Derartige Angaben muß der Leser an anderer Stelle suchen, ohne dort immer ausreichend informiert zu werden. Dokumentarisch wichtig sind zwei umfangreichere Beilagen: Die Verzeichnisse der Vorlesungen, Seminare, Übungen und Kurse aus dem Bereich der Slawistik an der Prager Deutschen Universität in den Jahren 1900–1945 einschließlich der Namen derjenigen, die diese Lehrveranstaltungen durchführten (S. 51–97), und eine Zusammenstellung der an dieser Universität im Fach Slawistik zwischen 1909 und 1945 vorgelegten Dissertationen (S. 98–120). Deren Gesamtzahl – und dies ist gewiß beachtlich – betrug 245, wobei der Verfasser darauf hinweist, daß mindestens 200 weitere Dissertationen die slawistische Thematik mehr oder weniger berühren.

Abschließend bleibt festzustellen, daß die Untersuchung von Hubert Rösel einen wertvollen Beitrag zur vertiefenden Einsicht in die Entwicklung und die Situation der Slawistik an der Deutschen Universität in Prag darstellt und damit auch zur Geschichte dieser 1945 aufgelösten Hochschule.

Prag

Jan Novotný

*Zeil, Wilhelm: Slawistik an der Deutschen Universität in Prag (1882–1945).*

Otto Sagner, München 1995, 150 S. (Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe II: Marburger Abhandlungen zur Geschichte und Kultur Osteuropas 35, Beiträge zur Geschichte der Slawistik 1).

Zeitgleich mit der Darstellung Hubert Rösels „Die deutsche Slavistik und ihre Geschichte an der Universität Prag“ erschien die umfangreiche Monographie Wilhelm Zeils zum selben Thema. Das ist im engeren Sinne ein Zufall, im weiteren aber das Zeichen für eine Zeit, die ein Desiderat der deutschen Wissenschaftsgeschichte aus deutscher Sicht endlich einlöst.

Man kann die Geschichte eines Faches durch Aufzählung von Namen, Titeln usw. vorführen. Damit wäre hier wenig erreicht. Der kulturpolitische Bezugsrahmen einer deutschen Slavistik in einem slavischen Land in fruchtbarer Konkurrenz zur dortigen slavischen Slavistik kann eigentlich gar nicht ausgeblendet werden. Es handelte sich schließlich nicht um ein „Orchideenfach“ jenseits des politischen Lebens. Die Brisanz des Themas klingt daher, da der Verfasser den letzteren Weg einschlägt, schon in dem Louis Pasteur entlehnten Motto zu Beginn seiner Arbeit an: „Es ist der Mangel an Kenntnis, der die Menschen trennt, und die Wissenschaft, die sie vereint.“ Entsprechend sucht der Verfasser *sine ira et studio* die Prager deutsche Slavistik im Kräftefeld nationaler Leidenschaften und den Versuch, das Fach zu instrumentalisieren, darzustellen, und zwar in ihrem Selbstverständnis, ihrer wissenschaftlichen Leistung, ihrem wechselvollen Geschick und dem ihrer Träger. Zu ihnen zählt Verfasser auch so unterschiedliche Historiker Böhmens und Osteuropas wie Wilhelm Wostry, Josef Pfitzner und Eduard Winter, was den Gegenstand noch farbiger macht.

Die von Zeil gebotene Charakterisierung der wissenschaftlichen Leistung aller deutschen Slavisten in Prag vor und nach der Spaltung in eine deutsche und tschechische Universität (1882) bis 1945 (besonders Schleicher, Ludwig, Berneker, Diels, Trautmann, Spina, Gesemann, Schneewis, Bitner, Rippl, Winter) läßt an akribischer Vollständigkeit und Würdigung keine Wünsche offen. Der Rezensent beschränkt sich auf die Beurteilung der vom Verfasser behandelten wissenschaftspolitischen Implikationen, die von fachübergreifender Bedeutung sind. Man muß ja bedenken, daß besondere Bedingungen für das Fach bestanden, die im Deutschen Reich oder Deutschösterreich (die Lehrstühle Berlin, Leipzig, Breslau, München, Königsberg, Wien, Graz) fehlten, nämlich Brückenfunktion und Wettkampf im national aufgewühlten Milieu vor und nach 1918 in einem zu sein.

Damit rückte das Fach in Prag ohne eigenes Zutun in vorderste Front der Aufmerksamkeit. Diesen Umstand spricht folgerichtig auch Rösel mit der Bemerkung von der „politischen Relevanz“ an<sup>1</sup>. Erstmals macht Zeil nachdrücklich auf den fast vergessenen Sprachwissenschaftler Alfred Ludwig (1832–1912) aufmerksam, der nach der Gründung der Deutschen Universität eine deutsche Slavistik institutionell durchzusetzen bemüht war, was ihm die Feindschaft der Deutschnationalen in der Fakultät einbrachte: „Unbegreiflich ist heute der politisch motivierte Widerstand des deutschen Professorenkollegiums gegen den Ministererlaß vom 28. Juni 1897 über die Einführung von Tschechischkursen an der deutschen Universität [...]“ (S. 19), wo doch die Universität Wien bereits 1775 (!) einen Lehrstuhl für Tschechisch installiert hatte. Die Verankerung der Slavistik an der deutschen Carolo-Ferdinanda war dennoch mit der Berufung Erich Bernekers seit 1902 nicht mehr aufzuhalten.

Daneben darf das Schuldkonto der tschechischen Kulturpolitik nach 1918 nicht übersehen werden, wodurch sich die Lager nur gegenseitig hochschaukelten. Die kleinliche Gesinnung der tschechischen Administration der Ersten Republik verhehlt ein wahrlich unverdächtiger Zeuge wie der Ireniker Franz Spina nicht, der als Minister

<sup>1</sup> Rösel, Hubert: Die deutsche Slavistik und ihre Geschichte an der Universität Prag. Münster 1995, 13 (Erträge Böhmisches-Mährischer Forschungen 1).

im noch um Ausgleich bemühten Kabinett Švehla 1926 schrieb, das Bestreben der tschechischen Schulpolitik sei das „Herabdrücken des deutschen Schulwesens auf einen tiefen Stand“ (S. 46 f.), was Eduard Winters Worte über die ökonomische Lage der Deutschen Universität jener Zeit beleuchten: „Benachteiligung im Haushaltsplan durch die Regierung, Unterbringung in unzulänglichen Gebäuden“ (S. 46)<sup>2</sup>. Verwunderlicherweise hatte ausgerechnet Staatspräsident T. G. Masaryk bereits 1919 den deutschen Staatsbürgern der neuen Republik lediglich eine geduldete Kostgängerrolle zuerkannt (S. 44). Dafür tönt es im Todesjahr Masaryks 1937 aus der Feder Rudolf Jungs über die Tschechen: „Wir werden insbesondere an der Einstellung zum Hakenkreuz und zur Judenfrage [...] ein Volk vor uns sehen, das mit dem unsrigen nicht wesensverwandt ist“ (S. 124), eine unterschwellige völkische Liquidationsandrohung. Zeil resümiert zutreffend: „Die Entwicklung der Slawistik an der deutschen Universität in Prag vollzog sich in einem für ihre Vertreter höchst komplizierten und risikoreichen Spannungsfeld [...] Für die um einen deutsch-tschechischen Ausgleich bemühten Kräfte der deutschen Slawistik [...] war ihre Tätigkeit an dieser Wissenschaftseinrichtung immer eine Gratwanderung, ein Balanceakt zwischen den Extremen“ (S. 47), ein Urteil, dem nichts hinzuzusetzen ist<sup>3</sup>. Der Rezensent bestätigt es anhand der persönlichen Erfahrungen seines Vaters. Dieser las als Prorektor nach der tschechischen Belagerung des der Deutschen Universität angehörenden Carolinums im November 1934 vierundsechzig Pflastersteine auf, die der Mob in das Rektorat geworfen hatte. Im Winter 1938/39 wurde er in die Prager Deutsche Gesandtschaft beordert, wo man ihn undeutscher Gesinnung und Judenfreundschaft bezichtigte und mit den Worten bedrohte, man könne ihn, wolle er nicht parieren, „einfach totschiagen“, so geschehen noch vor Errichtung des Protektorats.

So weitet sich die Monographie Zeils im Endkapitel zu einem Modellfall des Totalitarismus am Beispiel der Slavenkunde. Es gilt festzuhalten, daß selbst in der schwärzesten Periode der Deutschen Universität im Schatten der ideologischen Hochburg Reinhard Heydrichs objektive slavistische Arbeit in beschränktem Maße geleistet wurde. Jedenfalls kamen aus dem Mund von Gelehrten wie Winter, Schneewis, Rippl, Gesemann nie slavenfeindliche Worte. Der Rezensent gedenkt des untadeligen Bohemisten Eugen Rippl, der als schuldloses Opfer am 10. Mai 1945 sterben mußte.

Mit seiner durch und durch gediegenen Arbeit hat Wilhelm Zeil einen Baustein zu einer Ideologiegeschichte deutsch-tschechischer Beziehungen auf dem Feld der Slavistik geliefert. Hätten ihm Entnazifizierungsunterlagen zu allen Prager Slavisten zur Verfügung gestanden und nicht nur zu einem, wäre das Bild sicherlich noch plastischer ausgefallen<sup>4</sup>.

Puchheim

Wolfgang Gesemann

<sup>2</sup> Rössel: Die deutsche Slavistik 28 ff. im gleichen Sinne.

<sup>3</sup> Sehr aufschlußreich hierzu die Erinnerungen aus der Studentenzeit von Stämmler, Heinrich: Slavistes d'autrefois. Akademische Lehr- und Wanderjahre. In: Festschrift für Hans-Bernd Harder zum 60. Geburtstag. München 1995, 511–540, hier besonders 523–533 (Märburger Abhandlungen zur Geschichte und Kultur Osteuropas 36).

<sup>4</sup> Angemerkt sei ein Druckfehlerteufel: Anstatt „Koštana oder von den Serben Mazedoniens“ muß dieser Titel natürlich lauten „Koštana oder von der Seele Mazedoniens“ (S. 131).

*Židé a Morava. Sborník příspěvků z konference konané v říjnu 1994 v Kroměříži [Juden und Mähren, Sammelband mit Beiträgen aus der im Oktober 1994 in Kremsier stattgefundenen Konferenz].*

Museum Kroměřížska, Kroměříž 1995, 105 S.

Prag hat seinem inzwischen dem Rat der jüdischen Kultusgemeinden zurückgegebenen jüdischen Museum ein Zentrum für wissenschaftliche Beschäftigung mit Geschichte und Religion des Judentums, dessen Tätigkeit sich eigentlich auf Böhmen, Mähren und Schlesien erstrecken sollte, das aber einen sehr starken Akzent auf Prag und Böhmen legte (und noch legt). Diesem in Mähren als Manko empfundenen Umstand wollte man in Kroměříž (Kremsier) mit dem Versuch begegnen, eine speziell mährisch-jüdische Forschungsstelle aufzubauen. Dazu gehören inzwischen drei Konferenzen unter dem Generalthema „Židé a Morava“ (Juden und Mähren), auf denen Wissenschaftler und Liebhaberhistoriker ihre einschlägigen Forschungen vorstellten. Die meisten Beiträge zur ersten derartigen Veranstaltung im Oktober 1994 liegen inzwischen in einem Sammelband vor.

Auf wenigen Seiten gibt Miroslav Marada eine kurze, präzise Einführung in die mährisch-jüdische Geschichte, Bohumír Smutný behandelt die südwestmährischen Judengemeinden aus der Sicht der Quellen im Brünner Mährischen Landesarchiv, Jiří Lapáček die Versuche aus den Jahren 1726 bis 1730 im Kreis Přerov (Prerau), die Juden von der christlichen Bevölkerung zu separieren. Vratislav Grolich schildert die Entwicklung der jüdischen Gemeinde in Lomnice (Lomnitz) bei Tišnov (Tischnowitz), Jan Janák die Anfänge jüdischen Textilunternehmertums in Mähren und Schlesien, Miloslav Peterka Entstehung und Untergang des Ghettos in Prostějov (Proßnitz). Dazu steuert Marie Dokoupilová eine Einführung in die Quellen- und Literaturlage bei. Helmut Teufel stellt neue Forschungsergebnisse über die Prager Druckerfamilie der Gersoniden in Mähren vor und František Färber erzählt aus der Geschichte der Juden in Kremsier. Jaroslav Klenovský schließlich befaßt sich mit der Pflege jüdischer Denkmäler in Mähren und Schlesien. Leider wurde auf einen Abdruck von Jan Skutils Referat über den Historiker Berthold Bretholz verzichtet. Die Tatsache, daß bei den zahlreichen Illustrationen die Bildtexte fehlen, macht das Durchblättern des Bandes für den nicht Eingeweihten zu einer Art Quiz.

Großostheim

Helmut Teufel

*Svátěk, František: Politické elity v historiografii a politologii. Náčrt problematiky ideologie-slova-pojmu elity [Politische Eliten in Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft. Eine Skizze der Problematik von Ideologie-Wort-Begriff der Elite]. In: Politické elity v Československu 1918–1948. Hrsg. von Ivana Koutská und František Svátěk.*

Ústav pro soudobé dějiny, Praha 1994, 33–64.

*Ders.: K dějinám sociálních elit první Československé republiky [Zur Geschichte der gesellschaftlichen Eliten der Ersten ČSR]. Soudobé dějiny 2/2–3 (1995) 169–200.*

František Svátěk, Leiter einer Arbeitsgruppe am Prager Institut für Zeitgeschichte, die sich mit politischen Eliten der Tschechoslowakei befaßt, ein überaus belesener

und produktiver Historiker der älteren Generation, reflektiert in einem kenntnisreichen Abriß den Elitendiskurs seit Pareto und Michels (der übrigens in der ČSR von Jan Mertl rezipiert wurde). Er weist auf die Wandlungen des Begriffs hin, der ja ursprünglich durchaus mit antidemokratisch-faschistoiden Implikationen verknüpft war, zu einer eher wertneutralen Konjunktur von Elitenstudien nach 1945 (um 1968 wurden die Bücher des kritischen US-Politikwissenschaftlers Charles Wright Mills auch ins Tschechische übersetzt). Svátek äußert die Meinung, über die Kompromittierung des marxistischen Klassenbegriffs hinaus ermögliche der Begriff Elite besser als etwa „Adel“ oder „Bürgertum“, die Komplexität von Macht, Autorität und Prestige zu erfassen. Nicht nur die Wende von bloßer Sozialgeschichte zu soziokulturellen Forschungen, auch die Analyse politischer Entscheidungsbildung legt somit die Verwendung eines diversifizierten Elitenbegriffs nahe (1938 kapitulierte nicht Präsident Beneš allein!). Svátek thematisiert die Unterscheidungen von *Leisure Class* und demokratischen Leistungseliten, auch die Entwicklung der tschechischen Termini (*výtečníci*), nicht zuletzt die schwierige Herausbildung moderner tschechischer Führungsschichten.

In seinem zweiten Aufsatz geht er nochmals auf die ideologischen Risiken einer allzusehr auf die Eliten ausgerichteten „Geschichte von oben“ ein, nämlich eine Disqualifizierung anderer Perspektiven als „unreif“ und „quantité négligeable“. Gerade die historische Kritik an den deutschen Eliten, auch die spätere Bürgertumsforschung, ist ihm allerdings ein Beweis der Fruchtbarkeit eines „nicht-elitistischen“ Umgangs mit dem Begriff. Historisch relevant ist Svátek vor allem das Problem des Elitenwechsels, das Zusammenspiel bzw. die Konkurrenz verschiedener Elitegruppen (sozialer, wirtschaftlicher, politischer, intellektueller etc.). Die eigentliche Skizze befaßt sich nur mit den tschechischen (also nicht mit sudetendeutschen oder slowakischen) Führungsgruppen, auch nicht mit der kommunistischen Gegenelite. Von Interesse ist das Thema der durch die Entstehung der ČSR brüskierten kaiserlichen Eliten von Geburt, Amt, Finanz, Armee und hohem Klerus. Der Verfasser geht an die Frage mit einem breitgefächerten Problembewußtsein, etwa zum Thema Verbürgerlichung des europäischen Adels oder der Nobilitierungspraxis Kaiser Franz Josephs, heran. Anders als die gegenwärtige Nostalgiewelle, betont er die längerfristige Entfremdung der alten Eliten, einschließlich der geadelten Aufsteiger, vom tschechischen Nationalismus, und folgerichtig deren vorwiegend ablehnende Haltung zum neuen Staat. Zwar spielte der Adel im politischen Leben der Republik keine Rolle, im gesellschaftlichen aber durchaus, wie auch der adelige Lebensstil auf weitere Kreise ausstrahlte.

Das sieht Svátek analog auch bei großen Teilen des hohen Klerus, der mit dem Hause Habsburg verbunden und vom antiklerikalen Getöse der ersten Jahre nach 1918 abgestoßen war; andererseits stellt Svátek einen enormen Einfluß der katholischen Kirche in den ländlichen und kleinstädtischen Regionen fest. Die Schaffung eines Modus vivendi spätestens ab 1928 mochte dennoch kaum die Schadenfreude der kirchlichen Eliten am Sturz der Demokratie 1938 mindern. In einem weiteren Anlauf untersucht die Studie, wieder auf der Basis eines beachtlichen internationalen Diskurswissens, die Herausbildung eines tschechischen Bürgertums im Zusammenhang mit dem „Modernisierungs“-Prozeß. Als Aperçu sei auf den Hintergrund einer oft festgestellten pragmatischen Mentalität bei den Tschechen hingewiesen: den Zwang

zu einer Ausbildung mit schnellem Abschluß und anschließend bezahlter Praxis. Nicht so eindeutig scheint dem Rezensenten die von Svátek herausgestellte Parallelität der industriellen und nationalen Wertorientierung. Für die Wende zum 20. Jahrhundert hält der Aufsatz den Begriff der „unvollständigen“ Sozialstruktur für nicht mehr zutreffend; man könne von „asymmetrischer“ Gesellschaft sprechen, d. h. einem Übergewicht kleinbürgerlicher Schichten (und einem dichten Netz von Ortsvereinen und Provinzzeitungen als Profilierungschance). Die „demokratische“ Mentalität der bürgerlichen Gruppen, denen 1918 die politische Führung des neuen Staates zufiel, wird nach Svátek verständlich aus deren Nähe zur Kleinstadt und den familiären Bindungen zum ländlichen Milieu: erst allmählich überwand die tschechischen Eliten die Kleinheit ihrer soziokulturellen Entstehungsbedingungen. Übrigens überwog über die politische und kulturelle Linke hinaus ein negatives Klischeebild des Bürgers als Parvenu. Die vielversprechende programmatische Skizze muß allerdings noch mit empirischen Sonden abgestützt und möglicherweise falsifiziert werden.

Fischbach/Kronach

Bedrich Loewenstein

*Votýpka, Vladimír: Příběhy české šlechty [Lebensgeschichten böhmischer Adelliger].*

Mladá fronta, Praha 1995, 400 S., Schwarzweißfotos.

Schicksale, Geschichte, Begebenheiten böhmischer Adelliger. Ein journalistisch ausgezeichnet gemachtes Buch – auch Fotos, alte und neuere, Schnappschüsse – dessen Autor schon in den siebziger Jahren mit seinen Recherchen, Gesprächen und Besuchen bei den „Leuten mit einem Wappen“ (so hieß eine Filmreihe im Tschechischen Fernsehen) begonnen hatte. Er spürte immer wieder, daß es ein Risiko war, eine gewisse Indiskretion, solche Personen zu besuchen. Die äußeren Umstände entsprachen nicht mehr im Entferntesten den Verhältnissen vor dem Zweiten Weltkrieg: kein Besuch in einem Schloß, auch wenn diese „Dagebliebenen“ zu den ältesten Familien Böhmens gehörten, deren Mitglieder in der Geschichte des Landes durch Jahrhunderte eine Rolle gespielt hatten, die in jedem Geschichtsbuch nachzulesen war: Lobkowicz, Kinsky, Sternberg, Czernin, Schlick, Schwarzenberg, Wratislav, Hruby, Strachwitz, Bubna, Dohalsky und als Beispiel der spät ins Land Gekommenen Mensdorff-Pouilly.

Wo traf er nach Anmeldung seines Besuches diese Einzelnen aller Generationen – ganz Alte, Jugendliche, Ehepaare? In einem Hegerhaus, in der Pfarrei, in einer kleinen Mietwohnung – da und dort ein Möbelstück von früher, ein Foto. Und immer zuerst der Wunsch, das Gespräch auf die Geschichte zu konzentrieren, auf die Rolle der Familie auch in den letzten Jahrzehnten der Freiheit, dann im Protektorat – und innerlich frei, aber doch auch zurückhaltend, die letzten Jahre, hier in diesem Land, das Heimat ist und geliebt bleibt. Wie verschiedenartig ist jeweils der Ansatz des Berichterstatters, wie lebendig werden Situationen, Räume, in denen diese Gespräche stattfinden, geschildert. Er wagt es überzeugend, Gespräche, gleichsam in verteilten Rollen, nachzuschreiben. Wenn man, wie ich, einige der Befragten kennt, dann ist es erstaunlich, wie diese Portraits „stimmen“. Man spürt den Respekt vor der Souveränität und Ruhe der Befragten – und welche Schicksale sind zu berichten!

Es ist anders als die ebenfalls so erschütternden Berichte deutscher Familien, die nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 in die grausame Maschinerie, der Rache der Nationalsozialisten, gerieten – es handelt sich hier in Böhmen und Mähren nicht um einige Jahre, sondern um Jahrzehnte, um ein ganzes Leben unter Willkür, Ungerechtigkeit, Angst, Not, Demütigung und dies alles im Bewußtsein, daß es nicht so sehr die konkrete Person ist, sondern der Name; daß einer, der bereit wäre, auch weiter im Uranbergwerk zu arbeiten, wohin er verschickt worden war, dies nicht darf, eben weil er ein Kinsky ist, und weil er nach der Strafe zu viel Geld verdienen würde. Den alten Vater und die Mutter hatte man in Kosteletz aus dem Schloß geholt, einfach auf die Straße – der Mesner nahm sie auf. Ein Juwel des Biedermeier wurde Versuchsanstalt für Schweinezucht, im ovalen Saal mit dem herrlichen Parkett floß Blut, wurden chemische Versuche gemacht, alles verrottete, das Dach war durchlässig, die Möbel wurden in andere Schlösser verteilt. Da alle Konten gesperrt waren, lebte das fürstliche Ehepaar von „milden Gaben“ der Bevölkerung, und Sohn, Schwiegertochter und Enkel in Prag in einer Zweizimmerwohnung aus der Studentenzeit. Wie oft hätten sie in den sechziger Jahren zu den Verwandten nach Deutschland oder Österreich gehen können – nein, sie blieben: böhmischer Adel!

Dem Sohn Diepold, der mit seiner Frau Polyxena, einer geborenen Lobkowicz, und einer ständig wachsenden Kinderschar, als Letzter der Familie Czernin im Lande blieb, schlug der Vater, Rudolf Graf Czernin, der 1964 nach Österreich gegangen war, vor, doch auch zu kommen – er hätte ein ganzes Jahr Zeit sich eine Existenz zu schaffen und könnte inzwischen, so scherzte er, jeweils 3–4 Tage auf Besuch bei einem Czernin'schen Verwandten sein – so viele sind ja da! Dieser Graf war vom *Národní výbor* 1948 vorgeladen worden – das Schloß hatte er schon ohne einen Gegenstand mitnehmen zu dürfen, verlassen müssen – was er denn überhaupt für eine Qualifikation hätte? „Furianty“, also „von oben herab“ sagte er: „Ich habe mit Kaiser Karl Poker gespielt, genügt das?“

Die meisten dieser Herren hatten bei der Ergebnisadresse an Beneš sich für die Tschechoslowakei – in welcher Form immer – entschieden. Die Deutschen haben ihren Besitz beschlagnahmt, manche mußten ins KZ, kurz war die Atempause von 1945–1948, dann kam alles, was hier geschildert wird – ohne Harm, ohne Bitterkeit – da und dort ist noch ein Kapitel über die Zeit nach 1989 hinzugefügt: der Automechaniker Mensdorff wird Generalkonsul in Paris. Als Elfjähriger muß Karl Schwarzenberg die Heimat verlassen, als Berater des Präsidenten Havel wird er auf der Prager Burg wohnen. Und Ernst Schwarzenberg, der geblieben war, der wie es unter dem Foto heißt, 24mal sein Quartier als Untermieter wechselte? Er sei an Lungenentzündung gestorben, aber die Spuren des Uran waren nicht zu übersehen.

Dieses Buch von „Zeitzeugen“ verdiente es, ins Deutsche übersetzt zu werden. Es ist nicht nur spannend, ja erschütternd zu lesen, nein, es zeigt auch, daß es eine Kraft des Überlebens gibt, nicht zuletzt bei diesen Menschen, genährt aus dem Wissen um eine lange Geschichte in und für dieses Land Böhmen, und in einem tiefen Glauben an Gott. Dies alles wollte Jeder und Jede – so klingt es immer wieder an, den Kindern und Kindeskindern weitergeben.

*Lücken in der Geschichte 1890–1938. Polemischer Geist Mitteleuropas. Deutsche, Juden, Tschechen. Ausstellungskatalog.*

Galerie hlavního města Prahy in Zusammenarbeit mit der Národní Galerie v Praze, Museum der österreichischen Kultur und der Ostdeutschen Galerie, Prag-Eisenstadt-Regensburg 1994/1995, 140 S., zahlreiche Abb.

Das Buch entstand im Zuge eines bereits 1988 initiierten Ausstellungsprojektes über die „multinationale“ Kunst in den böhmischen Ländern, das die Galerie der Hauptstadt Prag nun erst in Zusammenarbeit mit der Prager Nationalgalerie sowie dem Museum österreichischer Kultur in Eisenstadt und der Ostdeutschen Galerie Regensburg realisierte. Der Band ist als Aufsatzsammlung angelegt, ergänzt durch einen biographischen Anhang und ein knapp gefaßtes Verzeichnis der ausgestellten Werke, außerdem Abbildungen, deren Auswahl offenbar weitgehend unabhängig vom Inhalt der Texte getroffen wurde. Die Beiträge erheben in ihrer Zusammenstellung durchaus den Anspruch auf Handbuchcharakter: Einer historischen Einführung von Otto Urban folgen Texte über die jüdische Kunst und Kultur (Arno Pařík), über die bildenden Künste in den Zentren Prag (Anna Janišťinová), Brünn (Jitka Sedlářová) und Reichenberg (Nad'a Řeháková) und die Architektur in Böhmen (Zdeněk Lukeš) und Mähren (Jindřich Vybíral). Eingestreut sind Einzelstudien über die Plakatkunst (Josef Kroutvor) und die Zeitschrift Witiko (Hana Rousová) sowie die zwei Künstler Wenzel Hablik (Ivana Thomaschke) und Richard Teschner (Josef Kroutvor). Es sei vorausgeschickt, daß sich die Autoren mit Ausnahme Paříks sämtlich auf die „deutsche“ Kunst,scene“ konzentrieren; die „Tschechen“, im Untertitel des Buches als Teil des Themas angekündigt, bilden lediglich eine undifferenzierte Hintergrundfolie.

Das Buch und die Ausstellung sollten – so Hana Rousová in ihrer Einführung „Abenteuer einer Ausstellung“ – der damals für die Prager überraschenden Erkenntnis Rechnung tragen, daß die Geistes- und Kulturgeschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei vor 1945 keine rein „tschechische“ gewesen war, sondern starke „deutsche“ und „jüdische“ Komponenten hatte. Durch die kommunistische Ideologie verschüttete Traditionen sollten wieder ans Licht geholt werden. Nachdem der „Eiserne Vorhang“ niedergerissen worden war und „im Namen der Freiheit alle ideologischen Tabus verschwunden sind“, wuchs dem Projekt, so Rousová optimistisch, zusätzlich die Rolle zu, den europaweit wuchernden Nationalismen entgegenzuwirken. Eben darin liegt freilich die Problematik des Unternehmens, die von den Beiträgen des Buches zumeist eher zementiert als aufgelöst wird.

Weiter erläutert Rousová das Geschichtsbild, wie es in den nachfolgenden Texten unter verschiedenen Aspekten illustriert werden soll: Die drei nationalen Gruppen hätten in einer „antagonistischen Symbiose“ gelebt, wobei die Unterschiede zwischen der „tschechischen“ und der „deutsch-jüdischen“ (!) Kunst und Kultur „sehr tiefgreifend“ gewesen seien. Die „tschechische Kunst“ sei nämlich zwar provinziell gewesen, aber immerhin bemüht, den Anschluß an die internationalen Entwicklungen zu halten, wohingegen die „deutsche Kunst“ ihre Provinzialität nur „petrifiziert“ habe, so Rousová's Befund auf der Grundlage der soeben beschworenen neuen Ideologiefreiheit. Was die nationalen Zuordnungen der Künstler betrifft, seien „paradoxe Feststellungen“ nicht immer zu vermeiden gewesen, doch habe man sich dadurch „von der gewählten Methode nicht abbringen“ lassen.

Aus historischer Sicht steckt Otto Urbans Beitrag über „Zeit – Menschen – Politik“ den Rahmen ab. Der Leser erfährt, daß die Tschechen seit den 1860er Jahren besonders im kulturellen Bereich ebenso heldenmütig wie zielstrebig eine eigene Infrastruktur aufgebaut hätten, was dann in den neunziger Jahren die ersten politischen Krisen gezeitigt habe. Mit der Staatsgründung 1918 hätten endlich „die Erniedrigten [...] triumphiert“, während die Deutschen „verunsichert“ worden seien, weshalb sie später den Bemühungen der Tschechen um friedliche Koexistenz zum Trotz alles versucht hätten, um den „modernen tschechischen [!] Staat“ zu „zerstören“. Die „Ereignisse der Jahre 1938/39“ seien so für das Staatsvolk unausweichlich in eine „Frage von Sein oder Nichtsein“ eingemündet. Dieses Geschichtsverständnis und die nachgerade nationalistisch starre tschechische Perspektive, die „die Deutschen“ als amorphe, zumeist bedrohliche Masse erscheinen läßt, hält den Autor nicht davon ab, hoffnungsfroh festzustellen, daß „dort, wo die sachliche Kenntnis und der gegenseitige gute Wille zur Geltung kommen, dort können viel schwieriger die manipulierten Vorurteile gedeihen“.

Als einziger Beitrag aus der Sicht eines Historikers hätte Urbans Text unter dem sozialgeschichtlichen Aspekt die problematische Frage der nationalen Identitäten anschneiden oder zumindest darauf hinweisen müssen, daß schon nach dem heutigen – bei weitem noch nicht hinreichenden – Forschungsstand die nationale Loyalität jedenfalls vor 1918 keineswegs immer so festgefügt war, wie es hier in bester Tradition der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung vor ihrer „Enttabuisierung“ glauben gemacht werden soll. Folgerichtig wird auch nicht erörtert – weder von Urban noch von einem der anderen Autoren –, welchen Kriterien die Unterscheidung zwischen deutschen und tschechischen Künstlern unterliegt. Ebenso vergeblich sucht der Leser auch nach einer Erklärung, was es mit dem „polemischen Geist in Mitteleuropa“, also zwischen Tschechen, Deutschen und Juden, auf sich hat.

Die Autoren der kunsthistorischen Beiträge bemühen sich um – wünschenswerte, weil in weiten Teilen bis heute ausstehende – Faktensicherung. Zu diesem Zweck werden überaus zahlreich Namen angeführt, Künstlervereine und Ausstellungen aufgelistet. Nur Jitka Sedlářová weist aber auf die Mängel der Quellenlage hin und mahnt zur Vorsicht hinsichtlich der Schlußfolgerungen, die diese ermöglicht. Bleibt die Darstellung der „deutschen“ Künstler und Künstlergruppierungen sowie deren Aktivitäten zwangsläufig bruchstückhaft, so ist um so weniger verständlich, warum keiner der Autoren den Versuch unternimmt, zu analysieren, welche Eigenarten – möglicherweise – die „deutsche Kunst“ und ihren gesellschaftlichen Kontext vom „tschechischen Gegenpol“ unterschieden. Offen bleibt deshalb auch die Frage, ob sich das durchgehend konstatierte Bemühen der „deutschen“ Künstler um Eigenständigkeit irgendwie in ihrer Arbeit – in Bildthemen etwa oder auch in der Stilsprache – niederschlug oder ob es sich ausschließlich auf der gesellschaftlichen Ebene der Vereine und der Publizistik abspielte (und wie sich diese Kategorien zueinander verhielten). Erst recht wundert sich der Leser dann, aufgrund welcher Kriterien das durchweg vernichtende Urteil über das Niveau der „deutschen Kunst“ gefällt wurde und worin genau der „defensive Charakter der Kulturaktivitäten der Böhmendedeutschen“ (Janištinová, S. 46) bestand. Die Kunst selbst nämlich – Oeuvres einzelner Künstler, Ideen der verschiedenen Künstlergruppierungen u. s. w. – wird in den allermeisten Beiträgen

keines Blickes gewürdigt, nach dem Selbstverständnis ihrer Urheber und Förderer wird nicht gefragt, und Vergleiche – seien es auch nur quantitative – zu den Aktivitäten der „tschechischen Kunstszene“ werden nicht gezogen. Wo immer über „gemischt-nationale“ Künstlergruppierungen zu berichten ist, etwa die *Osmá* (Acht), wird das Phänomen als eine Art zeitweilige Verirrung aufgefaßt. So ist die *Osmá* für Janištinová (S. 45) nur gleichsam als Vorstufe für die Abspaltung ihrer „deutschen“ Mitglieder in einen eigenen – national ausgerichteten – Verein erwähnenswert. Die Unbeirrbarkeit in der einmal gewählten „Methode“ (vgl. Rousovás Einführung) bringt es folgerichtig auch mit sich, daß zwar „wahrheitsgemäß“ etwa auf die gemeinsame Ausbildung tschechischer und deutscher Schüler in verwaltungstechnisch nach Nationalitäten getrennten Klassen der Akademie hingewiesen wird, daß dies aber mit Ratlosigkeit übergangen wird.

Die Aufgliederung der Kapitel zu den Bildkünsten nach regionalen Kriterien – Prag, Reichenberg, Brünn – legt Unterschiede nahe, noch gewinnen diese in den einzelnen Abhandlungen keine Konturen; auch die Darstellung der chronologischen Entwicklung wird auf einen fortschreitenden „Rückzug der Deutschen in die Mittelmäßigkeit“, besonders nach 1918, reduziert. Immerhin liefert aber wenigstens Jitka Sedlářová's Beitrag über Brünn und Mähren einen gewissenhaften Überblick über die sozialen Strukturen des deutschsprachigen Kulturlebens, soweit sie aus den zugänglichen Archivmaterialien rekonstruiert werden können.

Auch Kroutvor's Skizze über die „deutsche Plakatkunst“ gibt mehr Auskunft über das Geschichtsverständnis des Autors als über den Gegenstand selbst. Mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit wird die Inkunabel der böhmischen Plakatkunst, das Plakat zur Jubiläumsausstellung 1891 von Vojtěch Hynais, als tschechische nationale Kulturleistung vorgeführt, weil Hynais Schöpfer des Bühnenvorhangs im Nationaltheater gewesen sei und weil der zweischwänzige Löwe auf dem Plakat erscheine (!). Die deutschsprachigen Plakate, gleich, ob sie für kulturelle Veranstaltungen oder für Firmen warben, zeichneten sich, so Kroutvor (S. 72), stets durch „Phantastik, Romantik, Erotismus, Exotismus und Mystik“ aus – samt und sonders Symptome eines „Fluchtbedürfnisses“ und der Einsicht ins unvermeidliche „Ende“. Auf vergleiche mit der „tschechischen“ Plakatkunst verzichtet der Autor und umschiffet so auch die Frage, inwieweit die so interpretierten Stilmerkmale – die n. b. in Varianten europaweite Verbreitung hatten – eher als Versuch zu verstehen sind, mit den Anforderungen der überstürzten sozialen Modernisierung fertig zu werden als mit einer „nationalen Realitätsflucht“. Bezeichnenderweise wundert sich Kroutvor, daß er „sogar“ auf einem Plakat von Mikoláš Aleš einen deutschen Text vorfindet, und rettet sich, indem er diesen für ihn beunruhigenden Befund als einen bösen Scherz des „polemischen Lebens“ interpretiert (S. 73). Dieses Schubladendenken hindert ihn dann aber nicht daran, festzustellen, daß die „demokratischen Verhältnisse und Gesetze der ersten Republik“ alle nationalen Unterschiede eingeebnet hätten. Erst die „30er Jahre“ hätten „Öl ins Feuer“ gegossen, merkwürdigerweise besonders weil „deutsche Emigranten auf der Flucht vor Hitler“ in die Tschechoslowakei gekommen sind.

Herausgehoben zu werden verdient der Beitrag Arno Pařík's über die jüdischen Künstler „Zwischen den Tschechen und den Deutschen“ (so der Titel). Der Autor

zeichnet eindrucksvoll nach, wie sich unter dem Druck des Antisemitismus in beiden, selbst noch in der Ausdifferenzierung begriffenen nationalen Gesellschaften eine eigene jüdische Kunst, 'szene' bildete und wie sie gleichsam erst nachträglich versuchte, eine spezifische Eigenart herauszuarbeiten. Bis in die späten zwanziger Jahre hinein ist keine Tendenz zu einer Separierung der tschechisch wie auch deutsch sprechenden Juden zu erkennen; offenbar war eine „jüdische Identität“ kein Thema, und auch der Antisemitismus führte noch nicht zu einer Veränderung im Selbstverständnis der Juden. Allerdings führt Pařík schon für diese Zeit eine Reihe von Künstlerbiographien an, deren Leitmotiv die Abwanderung ist. Es ist problematisch, Künstler, die von Jugend an nicht in Böhmen tätig waren, als „böhmische jüdische Künstler“ zu klassifizieren und zu befinden, daß sie sich unterschiedlich entwickelt haben. Dahinter steht die unreflektierte Vorstellung, daß die Herkunft die „Identität“ bestimme und nicht das Milieu, in dem man sich bewegt. So wird die in Brünn geborene Malerin Anna Ticho behandelt, die 1912 achtzehnjährig nach Jerusalem ging und bis zu ihrem Tod 1980 dort blieb; über ihren – sonst nicht näher charakterisierten – Stil erfährt man, daß er in den fünfziger Jahren „lockerer“ geworden sei. Auf der anderen Seite wird die Frage, weshalb gerade jüdische Künstler es vorzogen, nach Ausbildungsphasen im Ausland ihrer Heimat fernzubleiben, nicht genauer untersucht. Unklar bleibt auch, möglicherweise bedingt durch die Quellenlage, wie es in den zwanziger Jahren dazu kam, daß der Künstlerverein *Krasoumná Jednota* mehrere Ausstellungen jüdischer Künstler des In- und Auslandes veranstaltete, und ebenso, warum sich verschiedene prominente Künstler jüdischen Glaubens nicht daran beteiligten. Emanzipationsbestrebungen sind erst in den dreißiger Jahren zu beobachten, beginnend mit einer Ausstellung 1930, die ein jüdischer Frauenverein organisierte. Die im Katalog offenbar erstmals gestellte Frage nach einer „jüdischen Eigenart“ in der Kunst blieb unbeantwortet. Die Immigration jüdischer Künstler aus Deutschland und Österreich beförderte für kurze Zeit, bis das Münchener Abkommen und die Einrichtung des Protektorats ihm ein gewaltsames Ende setzten, die Bildung eines eigenständigen jüdischen Kunstmarktes in Prag, der freilich offenbar weiterhin eher gesellschaftlich als künstlerisch definiert war. Besonderes Augenmerk richtet Pařík dankenswerterweise auch auf das Kunstschaffen im Theresienstädter Ghetto, dessen erhaltene Zeugnisse eine einzigartige, bis heute nicht hinreichend gewürdigte Quelle darstellen.

Ähnlich problematisch wie die Überblickskapitel über die Bildkünste fallen auch die zwei Abschnitte über die „deutsche“ Architektur in Böhmen und in Mähren aus, und das nicht nur bedingt durch die Defizite in der Aufarbeitung der Quellen. Wiederum wird der Leser hauptsächlich mit Aufzählungen von Namen und Werken traktiert sowie mit der Feststellung, daß die „deutschen“ Architekten zu konservativ-geschmäcklerischen Stilrichtungen tendiert hätten und deshalb mit dem fortschrittlichen Geist der Tschechen nicht hätten mithalten können. Vybíral konstatiert für Mähren, daß man dort die Wiener und später auch Berliner moderne Architektur rezipiert hat, und wertet das als Mangel an eigener Erfindungskraft; die Deutschen seien schon nach der Jahrhundertwende angesichts der Überlegenheit der Tschechen mutlos geworden und hätten sich fremd gefühlt. Weder für Vybíral noch für Lukeš scheint es regionale Unterschiede oder solche zwischen Metropolen und Kleinstädten gegeben zu haben (mit bemerkenswerter Selbstverständlichkeit werden sämtliche deutsch

sprechenden Einwohner der böhmischen Länder als „Sudetendeutsche“ bezeichnet!); beide Autoren interessieren sich ausschließlich für die – oft genug wohl nur unterstellte – Nationalität des jeweiligen Architekten (und auch dies oft recht verquer: so ist vom „deutschen“ Architekten Arnošt [Ernst] Wiesner die Rede), nicht aber für diejenige der Auftraggeber und die Frage, welche Rolle diese Kategorie überhaupt bei der Auftragsvergabe gespielt hat. Kein Thema ist die Frage, inwieweit sich ein künstlerischer Antagonismus zwischen den „tschechischen“ und den „deutschen“ Architekten entwickelt hat, nachdem sie ihre Ausbildung gemeinsam absolviert hatten. Unterschieden wird aber nicht einmal nach Bauaufgaben und -typen, etwa zwischen öffentlichen Repräsentationsbauten und Einfamilienhäusern, und ohne Bedeutung ist für die Autoren auch, ob Projekte ausgeführt wurden oder nicht (und gegebenenfalls warum nicht) bzw. ob sich etwa in den ausgeführten Entwürfen eine „Anpassung“ an herrschende Geschmacksnormen feststellen läßt.

Die Reihe der Kritikpunkte, auch der grundsätzlichen, ließe sich fortsetzen. Es ist zu hoffen, daß das Buch weiterhin ungelesen bleibt, weil es den – nota bene auch von denselben Autoren andernorts betriebenen – seriösen Bemühungen, die multinationale Vergangenheit der böhmischen Länder aufzuarbeiten, einen Bärendienst erweisen würde. Die Chancen stehen nicht schlecht, besonders dank der nachgerade haarsträubenden Übersetzung ins Deutsche (wiewohl eine deutsche und eine österreichische Institution mitverantwortlich zeichnen und der Text laut Impressum eigens sprachlich überarbeitet wurde): Bei der äußerst mühsamen Lektüre trifft man nicht nur auf unfreiwillig komische Blüten („vegetative [vegetabile] Motive“), sondern auch auf makabre wie den „freiwilligen Exitus [Exodus?] der Deutschen während des Krieges“ (S. 55); über weite Strecken bleiben die Texte – man muß wohl sagen: glücklicherweise – schlicht unverständlich.

München

Michaela Marek

## SUMMARIES

### THE *RISORGIMENTO* OF THE OTHERS: ITALIAN OPINION ON THE EMANCIPATION PROCESS IN CENTRAL AND SOUTHEAST EUROPE

*Christiane Liermann*

This article examines attitudes and conceptions of Italian intellectuals towards the culture and the political goals and ambitions of the Slav peoples in the first half of the 19th century. Whereas the rather moderate viewed the Habsburg monarchy as a stabilizing factor in Southeast Europa, the more radical exponents of the liberationist movement, among them Giuseppe Mazzini, sought to mould the nations under Habsburg rule – especially the Slavs and the Italians – into a group tied together by common goals of resistance and emancipation. Leaving aside pure ideological agitation and considerations of political power, it was principally the poet Niccolò Tommaseo with his Dalmatian roots who understood the necessity of intercultural understanding, which he saw threatened by ethnic and inter-nation conflict.

### THE CAPITAL CITY OF MORAVIA AROUND 1800 AND THE BRNO CHAPTER OF THE *AUGUSTINER-EREMITEN*

*Dušan Uhlíř*

For quite a long time, the two towns of Brno (elevated to municipal status in 1243 by King Václav I) and Olomouc, vied for the first place among the towns of Moravia, with Brno becoming the capital only during the Thirty Years' War. In the second half of the seventeenth and during the entire eighteenth century Brno enjoyed a prospering economy, which, to a lesser degree, continued into the nineteenth century. Above all, it was the textile and later the machine building industry that boomed. Mostly due to its fine cloth products, Brno became known as the „Austrian Manchester“, and went on to become one of the most important industrial regions of the Habsburg monarchy in the nineteenth century. This extraordinary economic boom was accompanied by a considerable development in the intellectual sphere also. From the era of enlightenment onwards, Brno had witnessed activities of learned societies, Masonic lodges and scientific associations, with the so-called *Ackerbaugesellschaft* (agricultural society) becoming the most widely-known. The chapter of the monachic order of the *Augustiner-Eremiten* in the old part of Brno became an important centre of intellectual life

in Brno. Many prominent scholars worked there, one of them being Johann Gregor Mendel. The author of this contribution focuses on the parallelity of important scientific accomplishments by members of the order on one hand and the attempts by the ecclesiastical hierarchy at checking independent thinking and the quest for freedom on the other.

### THE *DEUTSCHBÖHMEN* REGIONAL GOVERNMENT AND THE RIGHT TO SELF-DETERMINATION, 1918-1919

*Susanne Maurer-Horn*

On October 29, 1918, the greatest area of ethnic German settlement in Bohemia was constituted as *Deutschböhmen* province, and a provincial government was set up which existed for almost eleven months. It tried in vain to prevent *Deutschböhmen* from being included into the territory of the Czechoslovak state. What has hitherto rather been overlooked is the disputes within this regional government for *Deutschböhmen*, and whether its politics were in keeping with what the population of the province wanted. Taking recourse to the proceedings of the provincial government and the reports of the Prague ambassador of the German Reich, consul Baron Fritz von Gebattel, it is possible to show that the provincial government, especially in the first months of its tenure, could not be sure where the population of *Deutschböhmen* would lean in case of a referendum. There had to be a "national awakening" first. Although both Conservatives and Social Democrats, who were cooperating for the first time in the framework of the provincial government, fought for the right to self-determination for *Deutschböhmen*, they understood this differently, as is apparent from the propaganda publications examined. This was possible because the formula of a nation's right to self-determination left a margin for interpretation which could accommodate both popular-nationalistic and democratic views.

### GERMANY, ITALY, AND CZECHOSLOVAKIA DURING THE INTERWAR YEARS

*Manfred Alexander*

There is hardly a common denominator for the relations between these three nations. The author thus selected five problem areas with the aim of sketching the interests of the different nations, namely the stance taken respectively towards France, Yugoslavia, Austria, Poland, and the League of Nations. The basic pattern that emerges is that the ČSR sought to preserve the status quo as stipulated by the Versailles peace treaties, while Germany maintained a revisionist attitude, and Italy could be found on either side, depending on the problem in question. One problem common to all three nations is the existence of ethnic minorities within their boundaries, and in this respect Italy can be seen to suppress the Germans in South Tyrol, Germany chose to disregard the problem of the Sorbs in Lusatia, and Czechoslovakia enjoyed the most liberal regime of the interwar period.

## THE PRESENT-DAY RELEVANCY OF EMANUEL RÁDL'S PHILOSOPHY

*Shimona Löwenstein*

When raising the question of the present-day relevancy of Rádl's philosophy, one has to differentiate between its meaning in the framework of the thinking of its time, and its importance for today. Of definite topicality in today's philosophy are certain ideas of his which have a bearing on earlier philosophical approaches or even predate others. Among these are Rádl's heuristic subjectivism with its biological foundations, his historical-philosophical criticism of the sciences, and the resultant teleological, normative outlook on the world. Rádl's interpretation of several contemporary developments and of Western civilisation as a whole seems problematic from today's point of view. His appraisal of the dangers threatening civilisation, however, is apt to uncover aspects in the history of ideas which could be instructive with respect to the actual situation and the cultural conflicts still unsolved.

## MISSED OPPORTUNITIES? THE TREATIES BETWEEN BONN AND PRAGUE IN THE VIEW OF THE SUDETEN GERMANS

*K. Erik Franzen*

This contribution, based on a master's dissertation submitted at Cologne university, assesses the reaction of politically organized Sudeten Germans to the Prague Treaty of 1973 and the Treaty on neighbourly relations of February 27, 1992, between the Federal Republic of Germany and Czechoslovakia. Appraisals and statements by the political leadership of the ethnic group, the *Sudetendeutsche Landsmannschaft* and the *Sudetendeutscher Rat*, are placed in relation to those proffered by organizations of a more cultural and idealistic nature (*Ackermann-Gemeinde*, *Seligler-Gemeinde*, *Witkeobund*). Taking into account detailed objections to the treaties, in relations to the important question of how the Sudeten Germans see themselves and their own role in history, the present analysis reaches the conclusion that especially the "ethnic leadership" has not yet managed to take a critical look at its own position. With a conception of history that is oriented exclusively into the past and not entirely unencumbered by nationalist sentiment, the historical role of the Sudeten Germans is seen almost exclusively as that of a group collectively victimized; the complexities of one's own active role, of possible personal guilt, tending to be overlooked. In the difficult process of reaching mutual understanding between Germans, Sudeten Germans, and Czechs, only the *Ackermann-Gemeinde* and the *Seligler-Gemeinde* seem able to look forward, by placing reconciliation in the forefront of their activities.

## THE GREAT MORAVIAN EMPIRE: TWO NEW STUDIES

*Markus Osterrieder*

Two recent studies, by Charles R. Bowlus and Martin Eggers respectively, are based upon István Boba's thesis from the 1960s, according to which the nucleus of the 9th century "Great Moravian empire" lay south of the Danube, the consequence being that "Czechoslovakization" of the "Great Moravian" history is something one has to assess as something purely ideological. Whereas Bowlus localizes the capital of Rastislav's principality near Sirmium, for Eggers it is Marosvár on the Theiß river. Osterrieder critically reviews their theses, his principal objection being that those written sources which seemingly support a more southerly localization of the "Great Moravian empire", are themselves an early kind of "Yugoslavism". In this regard Osterrieder points out how closely intertwined the discovery of the "Great Moravian" history in the 19th and 20th centuries was with the development of both Czechoslovakism and Yugoslavism.

"THE AUTHOR HAS TO BE OF CZECHOSLOVAK NATIONALITY" – THE CZECH ACADEMY AS SUPPORTER AND SUPERVISOR OF THE NATIONAL ARTS, 1891–1914

*Christopher P. Storck*

Until autonomous statehood was reached, the activities of the Academy of the Arts and Sciences in the framework of the Czech national movement had a much stronger political orientation than was and is the case in comparable institutions within established European societies. The driving force, when the Academy was founded in 1890, was the desire to get closer to what was perceived as the level of nations with an established cultural standing. Consequently, Class IV of the Academy was assigned the task of developing Czech Cultural life and propagating its achievements abroad. This task it fulfilled on the whole successfully, even though it was first and foremost a welfare service for prominent artists and their adherents. Its second function however, that of centrally directing the development of the arts in the country, it was able to fulfil but in a political sense. That its support went almost exclusively to proponents of an ethnic or nationalist orientation, has doubtless contributed to national consolidation, but not to narrowing the distance to the leading European nations.

CZECH HISTORY IN GERMAN HISTORICAL JOURNALS:  
A QUANTITATIVE ANALYSIS

*Dieter Schallner*

Three German journals, *Historische Zeitschrift* (HZ), *Zeitschrift für Ostforschung* and *Bohemia*, are the principal objects of this comparative analysis. The author makes the point that among German historians, interest in the history of the Bohemian lands

is confined mainly to the relatively small number of specialized Bohemists, principally those from the Collegium Carolinum or close to it. Analysis of book reviews in the HZ also shows that the growing interest discernible since the middle of the 1960s is obviously due to a new generation of historians, who have devoted a greater share of their work to non-German history in general. However, the principal beneficiaries were Britain and France; the Bohemian lands, on the other hand, are among those countries usually accounting for less than ten percent of the total number of book reviews. With the *Zeitschrift für Ostforschung*, interest in the Bohemian lands ranked comparably low. This makes *Bohemia* the only journal which, now as before, devotes extensive coverage to Czech historiography, with all epochs being taken into account, contemporary history enjoying a slight predominance.

### CHRONICLING THE "VELVET REVOLUTION" IN CZECHOSLOVAKIA

*Rüdiger Kipke*

Setting out with a brief history of the gestation of oppositional movements in communist Czechoslovakia, the contribution then proceeds to the most important developments in the political turnaround during the course of 1989. Among these are the mass demonstrations in the streets of Prague reaching their climax on November 17, the founding of the big popular movements in both Czech and Slovak parts of the nation, Civic Forum and Public against Violence respectively, as well as the reactions of the communist leadership to the domestic crisis becoming more and more acute. Finally, the process of the democratic opposition factually assuming power is described, starting when it was granted a circumscribed share of government. This was followed by Václav Havel being elected to the office of President and finally by the former opposition receiving parliamentary majority when 1989 drew to a close.

## RÉSUMÉS

### LE RISORGIMENTO DES AUTRES: DES VOIX ITALIENNES AU SUJET DU PROCESSUS D'ÉMANCIPATION EN EUROPE CENTRALE ET DANS L'EUROPE DU SUD-EST

*Christiane Liermann*

Dans cet essai, l'auteur nous fait un portrait du regard que les intellectuels italiens portent sur la culture, les intérêts politiques et les ambitions des peuples slaves dans la première moitié du XIX<sup>e</sup> siècle. Tandis que l'Empire des Habsbourg apparaissait aux plus modérés comme un facteur possible de stabilité dans l'espace danubien, pour les partisans plus radicaux des mouvements de libération par contre (parmi lesquels celui de Giuseppe Mazzini), il s'agissait d'organiser une communauté de résistance et d'émancipation à partir de la communauté de destin qui se trouvait sous domination habsbourgeoise – en particulier les Slaves et les Italiens. C'est surtout le poète d'origine dalmate Niccolò Tommaseo, qui au-delà de tout calcul politique et d'agitation idéologique, s'est rendu compte de la nécessité pour les différentes cultures de s'entendre, car il voyait cela menacé par les conflits ethniques et nationaux.

### LA CAPITALE RÉGIONALE MORAVE VERS 1800 ET LES ERMITES AUGUSTINS DE BRNO

*Dušan Uhlíř*

La ville de Brno/Brünn (droits accordés à la ville en 1243 par le roi Venceslas I) a rivalisé pendant longtemps avec la ville d'Olomouc pour être à la première place parmi les villes moraves mais c'est seulement pendant la guerre de Trente Ans qu'elle devint la capitale morave. Dans la deuxième moitié du XVII<sup>e</sup> siècle et pendant tout le XVIII<sup>e</sup> siècle, la ville connut un grand essor économique qui se prolongea jusqu'au XIX<sup>e</sup> siècle. Ce sont surtout l'industrie textile et plus tard celle de la construction de machines qui se développèrent. Brno devint surtout internationalement connue comme „la Manchester autrichienne“ pour sa production textile de tissus fins en coton. Elle devint au XIX<sup>e</sup> siècle une des régions industrielles les plus importantes de la monarchie habsbourgeoise. Cette conjoncture inhabituelle économique fut accompagnée aussi d'un développement intellectuel considérable. Depuis le siècle des Lumières, agissaient à Brno des sociétés savantes, des loges franc-maçonnnes et des associations intellectuelles dont la soi-disante Société Agricole (Ackerbaugesellschaft) fut la plus

connue. Le monastère des ermites augustins à Altbrünn devint un centre important de la vie intellectuelle de Brno et de nombreux scientifiques connus comme Johann Gregor Mendel y furent actifs. Dans son essai, l'auteur se concentre surtout sur le fait que se côtoyaient l'activité intense de recherche de l'ordre des Augustins et les tentatives de la hiérarchie ecclésiastique de réprimer pendant l'ère Metternich toutes pensées indépendantes et toutes tentatives libérales.

## LE GOUVERNEMENT RÉGIONAL POUR LA BOHÈME ALLEMANDE ET LE DROIT À L'AUTODÉTERMINATION EN 1918/1919

*Susanne Maurer-Horn*

Le 29 octobre 1918, le plus grand territoire de colonisation de la population allemande fut constitué en Bohême sous le nom de „Province de la Bohême allemande“ et un gouvernement régional fut formé, qui ne dura que tout juste onze mois. Ce gouvernement essaya en vain d'empêcher que la partie bohème allemande devienne une partie du territoire d'Etat tchécoslovaque. Jusqu'à présent, on n'avait pas prêté attention à la recherche sur les discussions à l'intérieur du gouvernement régional pour la Bohême allemande et à la question de savoir si sa politique était en accord avec les souhaits de la population de la Bohême allemande. Au vu des actes du gouvernement régional et des rapports de l'envoyé de l'état allemand à Prague, le consul Fritz Freiherr de Gebsattel, on peut montrer que le gouvernement régional ne pouvait pas, surtout les premiers mois, être sûr de la propagande politique et savoir comment la population bohème allemande se comporterait en cas de référendum. Il fallait d'abord „éveiller nationalement“ la population. Les bourgeois et les sociaux-démocrates qui travaillent pour la première fois ensemble à l'intérieur du gouvernement régional luttèrent, il est vrai, tous les deux pour „l'autodétermination de la Bohême allemande“ mais ils l'interprétèrent différemment, comme on peut le constater dans les écrits de la propagande. Cela fut rendu possible par le fait que la formule du droit à l'autodétermination des peuples offrait une marge suffisamment large d'interprétation dans laquelle les représentations autant nationalistes populaires que démocratiques avaient leur place.

## L'ALLEMAGNE, L'ITALIE ET LA TCHÉCOSLOVAQUIE PENDANT L'ENTRE-DEUX-GUERRES

*Manfred Alexander*

En ce qui concerne les relations entre ces trois Etats, on ne trouve pas beaucoup de points communs entre eux. C'est pourquoi l'auteur essaie de retracer les intérêts de ces Etats par rapport à cinq pôles d'intérêt: leur position vis à vis de la France, de la Yougoslavie, de la Hongrie, de l'Autriche, de la Pologne et de la Société des Nations. Ainsi se confirme que la Tchécoslovaquie cherchait à préserver le status quo du traité de Versailles tandis que l'Allemagne, au contraire, se trouvait dans le camp des révisionnistes.

L'Italie appartenait aux deux courants en fonction de la situation et de ses intérêts. Ces trois Etats avait un point commun: c'était l'existence de minorités ethniques. Sur ce point il est à noter que l'Italie a opprimé les Allemands dans le Tyrol du Sud, que les Allemands, eux, ont refoulé le problème des Sorbes de Lusace et que la Tchécoslovaquie, elle, avait la réglementation la plus libérale pendant l'Entre-deux-guerres.

## AU SUJET DE L'ACTUALITÉ DE LA PHILOSOPHIE DE EMMANUEL RÁDL

*Shimona Löwenstein*

Au sujet de l'actualité de la philosophie de Rádl, il faudrait faire la différence entre sa signification dans le contexte de la pensée contemporaine et l'importance qu'elle a aujourd'hui. Certaines manières de penser qui concernent ou même anticipent d'anciennes ébauches de pensée scientifiques et philosophiques présentent un intérêt philosophique. Le subjectivisme de Rádl, biologiquement fondé sur la théorie de la connaissance, sa critique des sciences historique et psychologique, de même que sa vision téléologique et normative du monde qui en résultait en font partie. La signification que Rádl donne à certains phénomènes du moderne et de la civilisation occidentale semble être aujourd'hui problématique. Son diagnostic des dangers pour la civilisation nous révèle les dessous de l'histoire des idées, ce qui pourrait nous être utile pour mieux aborder la situation actuelle et les conflits culturels à venir.

## DES CHANCES NON SAISIES? LES CONTRATS ENTRE BONN ET PRAGUE DANS L'OPINION DES ALLEMANDS DES SUDÈTES

*K. Erik Franzen*

Cet essai, qui provient d'une maîtrise de Cologne, traite de la réaction des Allemands des Sudètes organisés politiquement au contrat de Prague du 11 décembre 1973 et au contrat de voisinage du 27 février 1993 entre l'Allemagne fédérale et la Tchécoslovaquie. Aux déclarations et appréciations de la „Volksgruppenführung“ (la direction des groupes populaires), des Sudetendeutsche Landsmannschaft et Sudetendeutscher Rat, sont confrontés en complément les jugements des soi-disantes „Gesinnungsgemeinschaften“ (communautés de convictions politiques), à savoir: Ackermann-Gemeinde, Seliger-Gemeinde et Witikobund. En tenant compte de la critique détaillée du contrat, l'analyse en arrive à la conclusion que dans la question importante concernant leur propre compréhension et celle de l'histoire de ses acteurs, la „Volksgruppenführung“, en particulier, n'est pas en mesure de remettre en question ses propres positions de manière différenciée: sa compréhension historique étroitement nationale et tournée vers le passé interprète en grande partie le rôle historique des Allemands des Sudètes comme étant toujours pratiquement une communauté sacrifiée et elle occulte la question complexe de savoir si elle n'était pas d'une certaine manière

responsable de cette situation. Heureusement, les Ackermann-Gemeinde et Seliger-Gemeinde ont montré que, dans le processus difficile de compréhension mutuelle entre Allemands, Allemands des Sudètes et Tchèques, elles étaient capables de regarder vers l'avenir en mettant au premier rang de leurs préoccupations la réconciliation de tous les concernés.

## LE ROYAUME DE GRANDE-MORAVIE: DEUX NOUVELLES ÉTUDES

*Markus Osterrieder*

Deux nouvelles études de Charles Bowlus et Martin Eggers développent la thèse établie par Istvan Boba dans les années soixante qui disait que le centre du soi-disant royaume de „Grande Moravie“ au IX<sup>e</sup> siècle était à chercher au sud du Danube et qu'on devait évaluer la „tchécoslovaquisation“ de l'histoire de Grande Moravie par conséquent de manière purement idéologique. Tandis que Bowlus situe le siège du gouvernement de Rastislav à Sirmium, Eggers le situe plutôt à Marosvár sur le Theiss. M. Osterrieder considère cette thèse d'un oeil critique et il souligne tout particulièrement que les sources écrites qui semblent appuyer la thèse d'une localisation au sud de la „Grande Moravie“ propagent l'idée d'une forme prématurée du „yougoslavisme“. Sous cet angle, M. Osterrieder fait remarquer que la découverte de l'histoire de „la Grande Moravie“ au XIX<sup>e</sup> et XX<sup>e</sup> siècle est étroitement liée au développement du tchécoslovaquisme et du yougoslavisme.

## „SON AUTEUR DOIT ÊTRE DE NATIONALITÉ TCHÉCOSLOVAQUE“ L'ACADÉMIE TCHÈQUE EN TANT QUE PROMOTEUR ET CONTRÔLEUR DU DÉVELOPPEMENT DE L'ART NATIONAL DE 1891 À 1914

*Christopher P. Storck*

Jusqu'à la création de l'État indépendant, l'activité de l'Académie des Sciences et des Arts était, dans le cadre du mouvement national tchèque, beaucoup plus marquée politiquement que les établissements comparables dans les sociétés établies européennes. La volonté de se rapprocher de l'image représentative des nations culturelles reconues est à l'origine de la fondation de l'Académie en 1890. La quatrième classe de l'Académie avait comme tâche de compléter la vie culturelle tchèque et de faire connaître ses performances à l'étranger. Elle a atteint son but avec succès, même si elle a surtout été un établissement de protection sociale pour les artistes éminents et leurs épigones. Sa deuxième fonction qui consistait à guider de manière centralisée le développement national des Arts a été par contre remplie seulement à point de vue politique. La promotion à sens unique des courants ethniques-nationaux a, il est vrai, contribué de manière indiscutable à la consolidation nationale, mais elle n'a pas permis de trouver l'accès plus étroit au sommet européen.

L'HISTOIRE TCHÈQUE DANS LES MAGAZINES  
HISTORIQUES ALLEMANDS:  
UNE ANALYSE QUANTITATIVE

*Dieter Schallner*

Cette analyse comparative repose sur trois magazines allemands: *Historische Zeitschrift*, *Zeitschrift für Ostforschung* et *Bohemia*. L'auteur montre que l'histoire des pays bohèmes se réduit en gros au cercle plutôt restreint des spécialistes de la Bohême et en particulier à l'entourage du *Collegium Carolinum*. L'analyse suivante des discussions de livres dans la *Historische Zeitschrift* montre aussi que, depuis la moitié des années 60, l'intérêt grandissant est d'évidence en rapport avec l'activité d'une nouvelle génération d'historiens qui s'intéressent de plus en plus à l'histoire des pays non-allemands et spécialement à la Grande-Bretagne et à la France. Les pays bohèmes appartiennent à ces pays dont les livres représentent moins de 10% des discussions de livres dans la *Historische Zeitschrift*. Il en va de même pour le *Zeitschrift für Ostforschung*. Ainsi le magazine *Bohemia* reste toujours le seul à informer pleinement et régulièrement sur les différentes périodes historiques de l'histoire tchèque avec un intérêt légèrement plus grand pour les temps modernes.

AU SUJET DE „LA RÉVOLUTION DES VELOURS“  
EN TCHÉCOSLOVAQUIE

*Rüdiger Kipke*

Après une courte introduction sur le déroulement de l'histoire des mouvements d'opposition en Tchécoslovaquie communiste, cet essai nous présente les principaux événements des bouleversements politiques au cours de l'année 1989, à savoir des démonstrations de masse dans les rues de Prague qui atteignent un pic le 17 novembre, la fondation des grands mouvements des citoyens dans les parties tchèque et slovaque et celle du „Forum Civique“, le „Public contre la violence“ et les réactions des dirigeants communistes à la crise politique montante. L'auteur termine sur la prise institutionnelle du pouvoir par l'opposition démocratique qui alla de la participation démocratique au gouvernement à l'élection comme président de Václav Havel et enfin à l'obtention de la majorité des sièges au parlement au tournant des années 1989/1990.

## RESUMÉ

### RISORGIMENTO TĚCH DRUHÝCH: ITALSKÉ ECHO NA EMANCIPAČNÍ PROCES VE STŘEDNÍ A JIHOVÝCHODNÍ EVROPĚ

*Christiane Liermann*

V tomto příspěvku nás autorka konfrontuje s představami italských vzdělavců o kultuře, politických zájmech a ambicích slovanských národů v první polovině 19. století. Zatímco se umírněným stoupecům osvobozenického hnutí zdála být habsburská říše v jihovýchodní Evropě stabilizačním faktorem, šlo radikálním přívržencům (k nimž patřil Giuseppe Mazzini) o to, udělat z osudového společenství národů, nacházejících se pod nadvládou Habsburků – především Slovanů a Italů –, odbojové a emancipační společenství. Stranou veškerých mocensko-politických záměrů a ideologické agitace to byl především z Dalmácie pocházející básník Niccolo Tommaseo, který rozpoznal nezbytnost dorozumění mezi kulturami, jež bylo v následku etnických a nacionálních konfliktů vážně ohroženo.

### HLAVNÍ MĚSTO MORAVY KOLEM ROKU 1800 A BRNĚŇSTÍ AUGUSTINIÁNI EREMITÉ

*Dušan Uhlíř*

Město Brno (udělení městských práv r. 1243 králem Václavem 1.) soupeřilo dlouhou dobu s Olomoucí o rozhodující mocenské postavení mezi moravskými městy, ale teprve v průběhu třicetileté války se stalo hlavním městem Moravy. V druhé polovině 17. století a během celého 18. století prožilo město dobu velkého hospodářského rozmachu, z kterého čerpalo i v 19. století. Především se zde rozvíjel textilní, a později i strojírenský průmysl. Brno proslulo mezinárodně především díky svým výrobkům z jemného vlněného sukna jako „rakouský Manchester“ a představovalo v 19. století jednu z nejdůležitějších průmyslových oblastí habsburské monarchie. Tato neobvyklá hospodářská konjunktura byla doprovázena i pozoruhodným intelektuálním rozvojem. Už z doby osvícenství působily v Brně učené společnosti, zednářské lóže a vědecké spolky, mezi nimiž byla nejznámější *Ackerbaugesellschaft*. Důležitým centrem brněnského intelektuálního života se stal klášter augustiniánů eremitů ve Starém Brně, ve kterém působilo mnoho proslulých vědců, mimo jiné i Johann Gregor Mendel. Autor se ve své studii soustřeďuje především na to, ukázat koexistenci čilé badatelské činnosti řádových bratří na jedné straně, a na straně druhé pokusy církevní hierarchie potlačovat během Metternichovy éry úsilí o duchovní nezávislost a liberální smýšlení.

## ZEMSKÁ VLÁDA PRO DEUTSCHBÖHMEN A PŘÁVO NA SEBEURČENÍ V LETECH 1918–1919

*Susanne Mauerer-Horn*

Jako „Provinzie Deutschböhmen“ byla 29. října 1918 ustanovena největší sídelní oblast německy mluvícího obyvatelstva v Čechách a vytvořena zemská vláda, která existovala zhruba jedenáct měsíců. Tato vláda se marně snažila zabránit tomu, aby se Deutschböhmen staly součástí československého státního území. Stranou pozornosti zůstaly v bádání doposud vnitřní rozepře této zemské vlády pro Deutschböhmen i otázka souladu mezi její politikou a přáními obyvatelstva Deutschböhmen. Na základě akt zemské vlády a zpráv říšskoněmeckého poslance v Praze, konzula Fritze svobodného pána z Gebstattu, lze ukázat, že obzvláště v prvních měsících své agitace si tato vláda nemohla být jista, jak se obyvatelstvo Deutschböhmen v případě lidového hlasování rozhodne. Obyvatelstvo muselo být nejdříve „národně obrozeno“. A tak sice začali příslušníci občanských stran a sociálních demokratů poprvé společně bojovat za „sebeurčení pro Deutschböhmen“, vykládali ho ovšem každý po svém, jak vychází najevo z analýzy propagačních spisků. To bylo možné, neboť formule o sebeurčení národů obsahovala mezery, které bylo možno vyplnit jak prostonárodně-nacionalistickými, tak i demokratickými představami.

## NĚMECKO, ITÁLIE A ČESKOSLOVENSKO V MEZIVÁLEČNÉM OBDOBÍ

*Manfred Alexander*

Vztahy mezi těmito třemi státy neprokazují téměř žádné styčné plochy. Ve výkladu se proto autor snaží načrtnout zájmy těchto států s ohledem na pět problémových okruhů: jejich stanovisko vůči Francii, Jugoslávii a Maďarsku, Rakousku, Polsku a Společnosti národů. Přitom se opět potvrzuje základní schéma, podle kterého se ČSR snaží uchovat status quo Versailleské mírové smlouvy, zatímco Německo stojí v táboře revizionistů; Itálie se dá podle konkrétní, pro ni výhodné situace přiřadit k oběma směrům. Společnou problematikou těchto tří států byla existence etnických menšin; pro Itálii lze v této otázce konstatovat potlačování Němců v jižních Tyrolách, pro Německo zamlčování problematiky Lužických Srbů. S nejliberálnějším řešením menšinové otázky v meziválečném období se setkáváme v Československu.

## K AKTUALITĚ FILOZOFIE EMANUELA RÁDLA

*Shimona Löwenstein*

V otázce po aktualitě Rádlovy filozofie by se mělo rozlišovat mezi jejím významem v rámci soudobého myšlení a její relevancí pro dnešek. Z hlediska filozofie jsou zajímavé určité myšlenkové komplexy, které se dotýkají dřívějších vědeckých a filozofických přístupů nebo je dokonce anticipují. K nim patří Rádlův biologicky založený

gnoseologický subjektivismus, jeho historicky-psychologická kritika vědy, jakož i z toho rezultující teleologicky-normativní pojetí světa. Rádlův výklad některých fenoménů moderny a západní civilizace se zdá být dnes problematickým. Jeho rozpoznání příčin ohrožení civilizace dělá ovšem patrnými i ideově-historické souvislosti a může být tak instruktivní i v dnešní situaci, v době blížících se kulturních konfliktů.

## PROMEŠKANÉ ŠANCE? SMLOUVY MEZI BONNEM A PRAHOU V ÚSUDCÍCH SUDETSKÝCH NĚMCŮ

*K. Erik Franzen*

Tento článek, který spočívá na autorově kolínské diplomové práci, se zabývá reakcí politicky organizovaných sudetských Němců na pražskou smlouvu z 11. prosince 1973 a smlouvu o dobrém sousedství z 27. února 1992 mezi SRN a Československem. Výpovědi a hodnocení „vedení národnostní skupiny“ (Sudetoněmeckého krajan-ského sdružení a Sudetoněmecké rady) jsou doplněny a konfrontovány s míněním tzv. „názorových společenství“, t. j. společenství, spočívajících na základě srovnatelného kulturně-politického smýšlení (Ackermannova obec, Seligerova obec, Witikův spolek). I když analýza přihlíží k podrobné kritice smluv, vede v důležité otázce, jak tito aktéři chápají dějiny a sebe sama, k výsledku, že obzvláště „vedení národnostní skupiny“ není dodneška v stavu, se diferencovaně zamyslet nad vlastní roli a uvést své stanovisko případně i v pochybnost: jeho nacionálně zúžené a do minulosti odvrácené chápání dějin interpretuje historickou roli sudetských Němců téměř bez výjimek jako společenství obětí a opomíjí jeho „subjektivní charakter“, t. j. komplexní otázku o spoluúčasti na historických událostech, a tím i otázku o spoluvinně. Pouze Ackermannova a Seligerova obec projevují v tomto obtížném procesu dorozumění mezi Němci, sudetskými Němci a Čechy schopnost, klást důraz na budoucnost tím, že do popředí své činnosti staví smíření.

## VELKOMORAVSKÁ ŘÍŠE: DVĚ NOVÉ STUDIE

*Markus Osterrieder*

Dvě nové studie, jejichž autory jsou Charles R. Bowlus a Martin Eggers, rozvíjejí dále tezi Istvána Boby z šedesátých let, podle které se centrum tzv. Velkomoravské říše nacházelo v 9. století na jih od Dunaje. V důsledku toho je tedy třeba hodnotit pokus „počechoslovakizovat“ „velkomoravské“ dějiny jako čistě ideologickou záležitost. Zatímco Bowlus předpokládá, že se panovnické sídlo Rostislava nacházelo poblíže Sirmia, přemísťuje ho Eggers do Marosváru na Tise. K této tezi zaujímá M. Osterrieder kritické stanovisko, především zdůrazňuje, že písemné prameny, které zdánlivě podporují jižní lokalizaci „Velké Moravy“, propagují naopak ranou formu „jugoslavismu“. V této souvislosti poukazuje Osterrieder na to, jak úzce bylo v 19. a 20. století propojeno objevení „velkomoravských“ dějin se vznikem a rozvojem čechoslovakismu a jugoslavismu.

„AUTOR MUSÍ BÝT ČESKOSLOVENSKÉ NÁRODNOSTI“  
ČESKÁ AKADEMIE JAKO MECENÁŠ A DOZORČÍ VÝVOJE  
NÁRODNÍHO UMĚNÍ V LETECH 1891–1914

*Christopher P. Storck*

Až k dosažení státní samostatnosti byla činnost Akademie věd a umění v rámci českého národního hnutí podstatně silněji politicky orientovaná než to bylo a je běžné pro srovnatelné instituce v etablovaných evropských společnostech. Její založení v roce 1890 souviselo se snahou, přiblížit se ideálnímu obrazu uznávaných kulturních národů. Čtvrtá třída Akademie dostala proto za úkol, rozšířit český kulturní život a seznámit zahraničí s jeho výkony. Tento úkol splnila vcelku úspěšně, i když byla především zaopatřovací ústavem pro prominentní umělce a jejich epigony. Svou druhou funkci, být centrálou při řízení vývoje národní kultury, splnila naproti tomu jen v politickém ohledu. Jednostranná podpora etnicko-nacionalistických proudů prospěla bezpochyb sociální konsolidaci, ale nenapomohla tomu, přiblížit se evropské špičce.

ČESKÉ DĚJINY V NĚMECKÝCH ODBORNÝCH  
HISTORICKÝCH ČASOPISECH:  
KVANTITATIVNÍ ANALÝZA

*Dieter Schallner*

V centru předkládané srovnávací analýzy stojí tři německé časopisy: *Historische Zeitschrift*, *Zeitschrift für Ostforschung* a *Bohemia*. Autor ukazuje, že se zájem německých historiků na dějinách českých zemí omezuje vlastně jen na relativně malou skupinku specializovaných „bohemistů“, především z okruhu *Collegia Carolina*. Předkládaná analýza knižních recenzí v „*Historische Zeitschrift*“ ovšem ukazuje, že vzrůstající zájem o české dějiny, který lze zaznamenat od poloviny šedesátých let, souvisí zřejmě i s působením nové generace historiků, kterou vykazuje vesměs vzrůstající zájem na dějinách ne-německých zemí. Ve středu tohoto zájmu stojí Velká Británie a Francie, české země patří k těm zemím, jejichž knihám je v „*Historische Zeitschrift*“ věnováno zpravidla jen deset procent z celkového počtu recenzí. Podobně nepatrný je i zájem časopisu „*Zeitschrift für Ostforschung*“ o české země. Tímto způsobem je to nakonec zase jenom „*Bohemia*“, která informuje o české historiografii podrobně a s ohledem na jednotlivé historické dobové epochy celkem vyrovnaně, přestože lze konstatovat lehkou převahu novodobých témat.

K PRŮBĚHU „SAMETOVÉ REVOLUCE“  
V ČESKOSLOVENSKU

*Rüdiger Kipke*

Po krátkém úvodu do dějin vývoje opozičních hnutí v komunistickém Československu představuje příspěvek podstatné události politického převratu v průběhu roku 1989. K tomu patří masové demonstrace v ulicích Prahy, vrcholící 17. listopadu, zalo-

žení velkých občanských hnutí v české a slovenské části státu, Občanského fóra a Verejnosti proti násiliu, jakož i reakce komunistického vedení na přiostrhující se vnitropolitickou krizi. Příspěvek končí procesem institučního převzetí moci demokratickou opozicí, které vedlo od účasti na vládě až k volbě Václava Havla státním prezidentem a nakonec, na přelomu roku 1989/1990, k nabytí většiny ve Federálním shromáždění.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AČ	Archivní časopis (Prag)
Acta UC	Acta Universitatis Carolinae (Prag)
AHY	Austrian History Yearbook (Minneapolis, Minn.)
AKBMS	Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien (Königstein/Taunus)
AR	Archeologické rozhledy (Prag)
AZ	Archivní zprávy ČSAV (Prag)
BohZ	Bohemia. Zeitschrift für Kultur und Geschichte der böhmischen Länder
BNGP	Bulletin Národní galerie (Prag)
CASS	Canadian-American Slavic Studies (Vancouver, B. C.)
CEH	Central European History (Atlanta, Georgia)
ČČH	Český časopis historický
ČL	Český lid (Prag)
ČMM	Časopis Matice moravské (Brünn)
ČMorM	Časopis Moravského muzea (Brünn)
ČNM	Časopis Národního muzea, řada historická (Prag)
ČSAV	Československá akademie věd
ČsČH	Československý časopis historický (Prag)
ČSM	Časopis Slezského muzea, vědy historické (Troppau)
CSP	Canadian Slavonic Papers (Ottawa)
ČSPSC	Časopis Společnosti přátel starožitností českých
DArb	Deutsche Arbeit. Zeitschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen (Prag)
Don	Der Donauraum. Zeitschrift des Forschungsinstituts für den Donauraum (Wien)
DVT	Dějiny věd a techniky (Prag)
ECE	East Central Europe (Salt Lake City, Utah)
EEQ	East European Quarterly (Boulder, Colo.)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FHB	Folia historica bohemica
HČ	Historický časopis (Preßburg)
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv (Wien)
Hist	Historica ČSAV (Prag)
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (Berlin)
HT	Husitský Tábor (Tabor)
HZ	Historische Zeitschrift (München)
JbGO	Jahrbücher für Geschichte Osteuropas (Wiesbaden)
JBoh	Judaica Bohemiae (Prag)
JbWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (Berlin)
JsBH	Jihočeský sborník historický (Budweis)
MGH	Monumenta Germaniae historica
MGSL	Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde (Salzburg/Stuttgart)
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (Wien)

MSI	Il Mondo Slavo (Padua)
MZČK	Minulostí Západočeského kraje
ÖOH	Österreichische Osthefte
ÖZG	Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften
PA	Památky archeologické (Prag)
PBoh	Postylla Bohemica (Konstanz-Bremen)
PHS	Právněhistorické studie (Prag)
PP	Památky a příroda
PKSČ	Příspěvky k dějinám KSČ (Prag)
RES	Revue des études slaves (Paris)
SbAP	Sborník archívních prací (Prag)
SbH	Sborník historický (Prag)
SbMM	Sborník Matice moravské (Brünn)
SbNM	Sborník Národního muzea v Praze, řada A-Historie (Prag)
SbPFFB	Sborník prací filozofické fakulty brněnské univerzity, řada historická (Brünn)
SEEJ	Slavic and East European Journal (Tucson, Ariz.)
SEER	The Slavonic and East European Review (London)
SIHS	Slovanské historické studie (Prag)
SOF	Südostforschungen (München)
SovSl	Sovetskoe slavjanovedenie (Moskau)
SR	Slavic Review (Cheshire, Conn.)
SSb	Slezský sborník (Troppau)
StJb	Stifter-Jahrbuch (München)
Umění	Umění (Prag)
UŘ	Umění a řemesla (Prag)
VČA	Věstník České akademie
VCC	Veröffentlichungen des Collegium Carolinum
VČSAV	Věstník ČSAV (Prag)
VfZ	Vierteljahrshfte für Zeitgeschichte (Stuttgart)
VKČSN	Věstník Královské české společnosti nauk
VPZM	Vědecké práce Zemědělského muzea (Prag)
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Wiesbaden)
VVM	Vlastivědný věstník moravský (Brünn)
WS	Die Welt der Slaven (München)
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte (München)
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin)
ZfO	Zeitschrift für Ostforschung (Marburg/L.)
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Weimar)

## MITARBEITER DES HEFTES

- Prof. Dr. Manfred Alexander, Leipziger Ring 11a, 50374 Erfstadt-Liblar  
Dr. Joachim Bahlecke, Störmthaler Straße 8, 04299 Leipzig  
Dr. Christoph Boyer, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Mommsenstraße 13, 01062 Dresden  
Prof. Dr. Peter Drews, Slawisches Seminar, Universitätsstraße 9, 79098 Freiburg  
K. Erik Franzen, Maybachstraße 163, 50670 Köln  
Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Gesemann, Postfach 1132, 82167 Puchheim  
Dr. Eva Hahn, Sybrandts-Rastedt-Weg 17, 26689 Augustfehn  
Dr. Peter Hilsch, Hermann-Kurz-Straße 39, 72074 Tübingen  
Dr. Johanna v. Herzogenberg, Schumannstraße 10, 81679 München  
Prof. Dr. Rüdiger Kipke, Basteistraße 46, 53173 Bonn  
Christiane Liermann, Villa Vigoni, Via G. Vigoni 1, I-22017 Loveno di Menaggio  
Prof. Dr. Bedrich Loewenstein, Hinterstöcken 15, 96317 Kronach/Fischbach  
Dr. Shimona Löwenstein, Helmholtzerstraße 27, 10587 Berlin  
Robert Luft, Aventinstraße 6, 80469 München  
Dr. Michaela Marek, Blücherstraße 3, 80634 München  
Susanne Maurer-Horn, Samariterstraße 33, CH-8032 Zürich  
Prof. Dr. Antonín Měšťan, Slovanský ústav, Valentinská 1, CZ-111000 Praha 1  
Dr. Jan Novotný, Historický ústav AV ČR, Prosecká 74, CZ-19000 Praha 9  
Markus Osterrieder, M. A., Maria-Eich-Straße 34, 82166 Gräfelfing  
Matthias Roesser, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Mommsenstraße 13, 01062 Dresden  
Dr. Dieter Schallner, Katedra historie FF UP, Křížkovského 10, CZ-77180 Olomouc  
Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Seibt, Joseph-Haydn-Straße 14, 85540 Haar  
Christopher P. Storck, Kreuzbroicher Straße 34, 51375 Leverkusen  
Dr. Helmut Teufel, Pflaumheim, Am Bergweg 12, 63741 Großostheim  
Dr. Dušan Uhlíř, Foerstrova 11, CZ-61600 Brno 16  
Prof. Dr. Stanley B. Winters, 1169 Presque Isle Drive, Port Charlotte, Florida 33952-2741, USA